
Für die Zukunft.

TRUMAN SHOW

Texte zu Zeitenwende, Technokratie und Korporatismus II



regenauer.press | Anthologie 2023

Tom-Oliver Regenauer

Impressum:

c/o mgmt International Management GmbH
Via dei Gilardi 13, CH-6926 Montagnola
E-Mail: info@regenauer.press

Redaktionell verantwortlich: Tom-Oliver Regenauer

Lektorat: Eliane Pichon

Cover-Collagen: Sebastian Herrling

Grafik-Bearbeitung: Tina Ovalle

Umschlaggestaltung: Tom-Oliver Regenauer

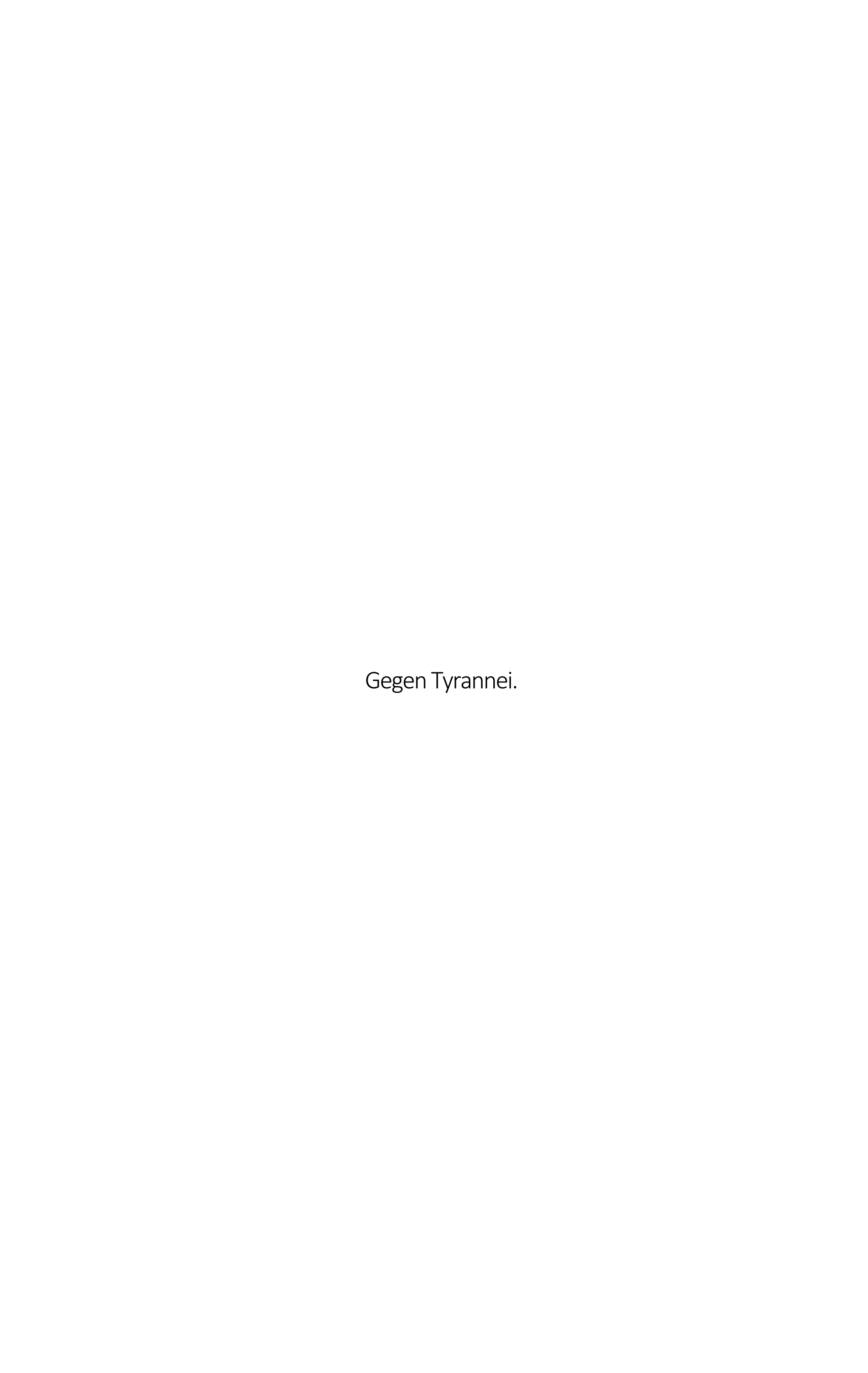
Fotografie: Inés Kieferle

Druck und Distribution im Auftrag des Autors:
tredition GmbH, Heinz-Beusen-Stieg 5, 22926 Ahrensburg, Germany

ISBN: 9783384119452

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.




Gegen Tyrannei.

Inhaltsverzeichnis

»Eines Tages wird man zugeben müssen,
dass das, was wir Wirklichkeit getauft haben,
eine noch größere Illusion ist als die Welt des Traumes.«

Salvador Dalí

Vorspann

Als ich vor gut fünfzehn Jahren meinen Part für den mit rustikaler Aufnahmetechnik konservierten Song »Weltkrieg V3.0« schrieb (siehe S. 502), trug sich ein Teil von mir immer noch mit der Hoffnung, dass all die in dem Musikstück skizzierten Visionen einer dunklen Zukunft nie Realität werden würden. Dass sich die in den auf Band gebannten Versen beschriebenen Gräuel der Vergangenheit nicht wiederholen und stattdessen als dunkle Flecken der Mahnung ins kollektive Gedächtnis einbrennen mögen. Ich hoffte, dass die organisierte Kriminalität am oberen Ende der Hackordnung vielleicht doch nicht dermaßen machttrunken war, wie meine Lektüre nahelegte. Dass es nicht auf das Worst-Case-Szenario hinauslaufen würde. Ich hoffte trotz aller gegenteiligen Indizien noch inständig, dass die historisch wiedergängigen Handlungsmuster mafiöser Parasitärherrschaft, die ich in den Untiefen kritischer Literatur zu erkennen glaubte, nicht strukturell angelegt waren, meine pessimistischen Annahmen in Bezug auf die Zukunft nur paranoide Schwarzmalerei. Spätestens die zurückliegenden vier Jahre haben diese Hoffnung allerdings endgültig begraben. Es ist eingetreten, was ein anderer Teil von mir nach dem Studium unzähliger Bücher befürchtet und Anfang 2008 für besagtes Lied in Reimform gebracht hatte: der Anfang vom Ende.

2023 führte uns das erneut unmissverständlich vor Augen. Wir sind Zeugen eines Untergangs. Einer Havarie. Die Tage des korporatistischen Neofeudalismus sind gezählt. Das System ist am Ende. Und zwar nicht nur partiell. Denn dieses Mal steht nicht nur *ein* Königreich, *ein* Land oder *eine* Region zur Disposition, sondern die ganze Welt. War es früher die Schreckensherrschaft eines einzelnen Despoten, derer sich ein auf-

gebrachtes Staatsvolk durch zivilen Ungehorsam oder Rebellion entledigte, sieht heute die gesamte global operierende »*Super Class*« (D. Rothkopf, 2008) diesem Schicksal entgegen.

Das erkannte auch der US-Milliardär Nick Hanauer. Vor gut zehn Jahren schrieb er einen offenen Brief an seine wohlhabenden Freunde und Kollegen, in dem er erklärte:

»*Wenn wir nicht bald etwas tun, um die eklatanten Ungerechtigkeiten* (…) *zu beheben, werden die Mistgabeln kommen. Keine Gesellschaft kann diese Art von wachsender Ungerechtigkeit dauerhaft aufrechterhalten. Es gibt in der Tat kein einziges Beispiel in der Geschichte der Menschheit, wo Reichtümer wie diese angesammelt wurden und nicht irgendwann die Mistgabeln gekommen sind. Am Anfang ist es ein Polizeistaat, dann kommen die Aufstände.*«

Diese Warnung formulierte Amazon-Mitgründer Nick Hanauer drei Jahre nach den Occupy-Wall-Street-Protesten, die am 17. September 2011 in New York (USA) begannen und ein gerechteres Wirtschafts- und Finanzsystem forderten. »*Wir sind die 99,9 Prozent*«, skandierten Demonstranten in Amerika, Großbritannien, Deutschland, Italien, Österreich oder der Schweiz damals. Doch die Protestwelle verebbte genauso rasch, wie sie über die Komfortzone der wertewestlichen Bankenhegemonie hereingeschwappt war. Konkret erreicht wurde nichts.

Trotzdem muss die intensive Insubordination in den Straßenschluchten der Metropolen einen gewissen Eindruck in den Chefetagen der Hochfinanz hinterlassen haben. Einige Vertreter der Prädatorenkaste schienen damals zu realisieren, dass ihr dysfunktionales Herrschaftsvehikel – der Raubtierkapitalismus – seit der Finanzkrise des Jahres 2008 auf sehr dünnem

Eis manövrierte und der Lynchmob möglicherweise nur noch einen Bankencrash entfernt war.

Da klang Warren Buffet im Jahr 2011 noch deutlich siegessicherer, als er bei CNN verlauten ließ: »*Die letzten zwanzig Jahre gab es einen Klassenkampf. Und meine Klasse hat gewonnen.*« Zwischenzeitlich stimmt man in den Elfenbeintürmen der Macht deutlich leisere Töne an, will Vertrauen zurückgewinnen. Siehe WEF-Meeting 2024. Motto: »Rebuilding Trust«.

Schaffen es die parasitären Herrschaftszirkel nicht, die Alternativlosigkeit von Herrschaft durch neue Begründungen zu rechtfertigen, durch »*neue Geschichten*«, wie sie es nennen, besteht die reale Chance, dass die Herrschaft der wenigen über die vielen in naher Zukunft endet. Denn die zwecks Verhaltenskontrolle lancierten Nudging-Narrative, Spaltpilze und Strohmänner verfangen nicht mehr. Viren-Wahn, Weltuntergangskult, Kriegsgeläut und Ad-hominem-Attacken erzielen kaum noch die gewünschten Effekte. Zwei Drittel der Social-Media-Beiträge zum Thema Klimawandel sind schon jetzt skeptischer bis offen ablehnender Natur. Und als »*Nazi*« gilt mittlerweile ohnehin jeder, der den Kurs der Regierung nicht vollumfänglich unterstützt. Die Lügen sind zu plump, die hilflosen Umdeutungen des Offensichtlichen stümperhaft. Die neue Ordnung funktioniert nicht. Ein wachsender Anteil der Bevölkerung hat die leitmedial vermittelte Version von Realität als das erkannt, was sie ist – eine widersinnige, ideologisch aufgeladene Simulation. Eine »Truman Show«.

So hat die im algorithmisierten Stechschritt eingeführte digitalzensorische Gleichschaltung der »Neuen Normalität« auch ihr Gutes. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit ist sich die gesamte Spezies zur gleichen Zeit und auf dem ganzen

Globus darüber im Klaren – oder hat zumindest die historisch einmalige Chance dazu –, dass sie von transgenerational konspirierenden Kriminellen kontrolliert wird. Von einer nimmersatten Parasitärkaste. Denn für nichts anderes steht der antidemokratische Stakeholder-Kapitalismus der Public Private Partnerships, die »*Global Governance*«. Wie bei jeder Form von »-ismus«, von welchem politischen Spektrum er auch ausgehen mag, dreht es sich auch jetzt wieder um Konsolidierung, Kollektivismus und Kontrolle. Das realisiert so langsam jeder. Auch die Konformisten, Opportunisten und Duckmäuser.

Das gesichtslose Monster supranationaler Notstandsbürokratie schlägt also im Rahmen seiner finalen Atemzüge nicht nur wild um sich, um mittels Polykrise und Biosicherheitsdoktrin die nächste Ausbaustufe des Überwachungskapitalismus zu installieren – es schlägt um sich, weil es um seine Vulnerabilität weiß. Um sein nahendes Ende.

Die Achillesferse des Systems ist der Glaube einer Mehrheit an seine Legitimation. Es hat nur so viel Macht, wie wir ihm zugestehen. Doch wie bei den institutionellen Kirchen wird die Herde hypnotisierter Schäfchen seit Jahrzehnten konstant kleiner. Vor diesem Hintergrund zieht das marode System nun alle Register. Lässt die Propaganda-Posaunen mit einer Wucht ertönen, als wetterten sie gegen die Mauern Jerichos. Und wenn die konzertierte Angst-Agitation via Konzernmedien und Frontlinienpersonal nicht genügt, um Gehorsam zu erzwingen und Massen um die Flagge zu scharen, passen die Drehbuchautoren der Demokratiesimulation das Skript der Show ein wenig an, bringen neue Bösewichte, Helden oder Katastrophen auf den Plan – oder strahlen eine sedierende Episode »Hopium« aus. Zeitigen selektive Berichterstattung und manipulative Kommunikation nicht die gewünschten Effekte, generiert das dialektische Empörungsmanagement nicht das er-

wartete Momentum, kommt die künstliche Intelligenz (KI) zum Einsatz. Diesbezüglich hat das Jahr 2023 vor allem gezeigt, dass es ab sofort eben nicht mehr nur simple Lügengebilde, wacklige Narrative, mutwillig unterschlagene Informationen und die üblichen Krisenprofiteure sind, mit denen man sich als kritischer Chronist der Zeit auseinandersetzen muss, sondern – diesem Arbeitsschritt vorangehend – vor allem die Frage: Was ist eigentlich real? Was ist wirklich geschehen? Und *ist* es überhaupt geschehen? Dank des Roll-outs von KI-Anwendungen lässt sich gefühlte Realität heutzutage von jedermann mit ein paar Klicks am Heimcomputer erschaffen. Events müssen nicht mehr stattgefunden haben, um zur Tatsache zu werden. Ein emotionalisierendes Bildermeer, das schon ob seines Umfangs jeder Falsifizierbarkeit entbehrt und ein ohrenbetäubendes Hintergrundrauschen erzeugt, überlagert die Evaluation überprüfbarer Argumente. Diskurskontamination verengt den Meinungskorridor. Es ist ein Trommelfeuer visueller Eindrücke, das unser sensorisches Ökosystem attackiert. Die Feder hat ihre liebe Mühe, gegen die anschwellende Flut illusorischer Impressionen anzuschreiben.

Aus dem Informationskrieg, der seit Dekaden an Intensität gewinnt, ist ein Krieg um unsere Lebensrealität geworden. Um Schein oder Sein. Aus einem erbitterten Gefecht um Wahrheit wurde eine skrupellose Schlacht um Wahrnehmung. Ein existenzieller Kampf um das eigene Ich – welches sich in seinem Habitat nur dann zu erkennen und entfalten vermag, wenn es in direkte Wechselbeziehung mit seiner analogen Umwelt treten kann. Das ist auch den Sozialingenieuren der einflussreichen Transatlantik-Thinktanks bewusst. Deshalb steht dort seit Beginn des 20. Jahrhunderts psychologische Kriegsführung im Zentrum des Interesses. Unterstützt von den technologischen Errungenschaften unserer Zeit spielen die Strippenzie-

her der Macht heute mit den Emotionsamplituden der Massen wie auf einer Klaviatur.

Sie implementieren virtuelle Welten, plädieren für digitales Geld, Plattform-Monopolismus, empathielose Online-Kommunikation und gläserne Bürger, die als Datenmine fungieren. Ziel ist die Entfremdung des Menschen vom Kern seines Wesens. Somit sind die zunehmend invalide Interaktion des Homo demens mit seiner Umwelt und die mentale Beugehaft in einer von Maschinen kreierten, morphenden Echokammer nicht als Zufall zu verstehen, sondern als 5G-Kriegsführung. Kriegsführung der fünften Generation (Eng.: »Fifth Generation Warfare«). Ein modular geführter Krieg auf fünf Ebenen. Ein Weltkrieg autoritärer Oppressoren gegen die Bevölkerung. Management-Präsentationen des 2023 pensionierten NASA-Chefwissenschaftlers Dennis M. Bushnell, der dem militärisch-industriellen Komplex der USA 60 Jahre lang in leitender Funktion diente, stellten schon im Juli 2001 in Aussicht, dass sich die Kriegsführung der amerikanischen Streitkräfte ab dem Jahr 2020 auf »*Bio/NANO-Technologie, gesteuerte Evolution, Schallwaffen, Informationskrieg, genetisches Design, Bewusstseinskontrolle, künstliche Intelligenz*« und »*speziesübergreifende Molekularentwicklung*« fokussieren werde. Und ab 2025 auf »*Bots und Borgs*«. Bei Bushnells verstörenden Vorträgen zu »*zukünftigen strategischen Fragen der Kriegsführung ab circa 2025*« stand erstaunlicherweise kaum jemals ein externer Gegner als Feind im Mittelpunkt, sondern stets die eigene Bevölkerung. Bushnell konnte sich vermutlich – wie Hanauer – ausmalen, welche Reaktionen die Exzesse seiner Kaste dereinst heraufbeschwören würden.

Die honorigen Herren lagen nicht allzu falsch, wie der Status quo mit seiner zunehmend übergriffigen Führungsebene impliziert. Volksvertreter vertreten Partikularinteressen, Gerichte

beugen Recht, Universitäten zerstören Bildung, Kirchen den Glauben und Friedensaktivisten die Friedensbewegung. Die Inklusionsagenda exkludiert, die »Green Economy« ist eine umweltschädliche Vernichtungsindustrie, Bioethik nur Eugenik 2.0 und postmoderner Humanismus eine Depopulationsstrategie. Pharmaprodukte machen krank, Medien Propaganda und Banken arm. Deutlicher als mit derartigen Auswüchsen kann man sein baldiges Ableben als Herrschaftskonstrukt nicht ankündigen.

Wir wohnen dem letzten Aufbäumen eines moribunden Machtapparates bei. Einer Phase, in der das kollabierende System traditionell mit frappierender Arroganz agiert. Dekoriert mit dem Blendwerk imaginärer Unbezwinglichkeit. Charakterisiert von zunehmender Gewalt. Denn »*alle Tyranneien herrschen durch Betrug und Gewalt, aber sobald der Betrug aufgedeckt ist, müssen sie sich ausschließlich auf Gewalt verlassen*« (G. Orwell). Exakt an diesem Punkt im Koordinatensystem zivilisatorischer Evolutionsprozesse scheinen wir uns derzeit (wieder einmal) zu befinden. Ein Kataklysmus steht ins Haus. Er war vorhersehbar. Passiert mit Ansage. Der herrschaftspolitische Extremismus unserer Epoche kulminiert in einem sozioökonomischen Supergau. Hoffen wir, dass er unblutig vonstattengeht. Man muss nur die Strategie- und Positionspapiere von »RAND-Corporation«, »Council on Foreign Relations«, »Tavistock Institute« oder der »Rockefeller Foundation« lesen, um erahnen zu können, was kommt. Die zivilisationshistorischen Vektoren gleichen sich seit dem Mittelalter. »*Teile und herrsche*« – und danach »*Ordnung aus dem Chaos*«.

Einem »Reset« folgen Phasen des Aufatmens und Aufbaus, der Prosperität, Freiheit und Zuversicht. Sobald das neue System etabliert ist, bläht es sich auf und erweitert zunehmend ent-

hemmt seine Befugnisse, reißt kontinuierlich mehr Macht an sich. Ist sein Zenit überschritten, erzeugt das erste Widerstände in intellektuellen Milieus. Darauf reagiert das System mit dem Einfordern bedingungsloser Solidarität. Es beginnt, die Rechte des Kollektivs über die Rechte des Einzelnen zu stellen. Aus Etatismus wird Totalitarismus. Das amplifiziert den Widerstand, der sich schlussendlich auf weite Teile der Bevölkerung ausdehnt und das Kartenhaus zum Einsturz bringt. Dann beginnt das Spiel von vorn.

Kluge Köpfe haben zeitlebens vor solch evolutionären Mustern gewarnt. Lange bevor ich als Jugendlicher mit Hermann Hesse die Literatur für mich entdeckte, mahnten George Orwell, Hannah Arendt, Henry L. Mencken, Bertolt Brecht, Friedrich Nietzsche, Erich Fromm, Antonio Gramsci, John Lennon und viele weitere kritische Kapazitäten aller Couleur zur Vorsicht. Denn sie hatten unabhängig von ihrer politischen Gesinnung erkannt, »*dass die Geschichte die Menschen lehrt, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt*« (M. Gandhi). Dass Herrschaft auf der Unfähigkeit des Einzelnen besteht, sich selbst zu beherrschen. Einer Unfähigkeit, die antrainiert ist – und deshalb auch wieder überwunden werden kann. Offenbar wurden diese Warnungen von zu wenigen Menschen verstanden. Oder von zu vielen missverstanden. Denn es passiert schon wieder. Und wie bereits Umberto Eco prophezeite, wird man den neuen Faschismus »*nicht sagen*« hören: »*Ich bin der Faschismus. Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus*«.

So sitze ich nun kurz nach Anbruch des neuen Jahres an meinem Schreibtisch, einen Steinwurf entfernt von der Casa Camuzzi, Hermann Hesses ehemaliger Wirkungsstätte, jenem extravaganten Gemäuer, in dem »Siddhartha«, »Der Steppenwolf« oder »Narziss und Goldmund« entstanden, und bin dankbar für den Umstand, dass ich mich gewappnet fühlen

darf. Angstfrei. Bereit für den oktroyierten Rückschritt in die Zukunft. Die zahlreichen Texte, Bücher, Strategiepapiere, Studien, Listen und Zusammenhänge, all die Songs, Bilder, Filme und Vorträge, die ich mich seit Mitte der 90er angeschickt habe zu analysieren, mögen ein Grund sein, warum mich die Entwicklungen der vergangenen vier Jahre weniger schockiert als fasziniert haben. Denn Geschichte verläuft in vergleichbaren Zyklen. Sie wird von den Gewinnern geschrieben. Und es war schon lange klar, dass sie sich zu oft wiederholt hat – dass es an der Zeit ist, sie zu ändern.

Als die »Neue Normalität« im Windschatten der Coronakrise ausgerollt wurde, kam es mir vor, als würde ein Theaterstück, dessen Drehbuch ich schon ein Dutzend Mal gelesen habe, das ich schon kenne, aber noch nie live mitverfolgen durfte, endlich aufgeführt. Als säße ich in der ersten Reihe, um dem, was ich mir schon viele Male vorgestellt hatte, persönlich beizuwohnen. Es fühlte sich an, als wäre der Zeitpunkt gekommen, auf den mich meine Neugier seit gut drei Dekaden vorbereiten wollte. Als wäre es das Wissen um die Vergangenheit, das vor Angriffen der Zukunft auf das freie Denken feit. Der Zweck geistiger Defensivarbeit besteht ja nicht nur darin, die Inhalte von Propaganda als solche zu erkennen und die Lügner Lügen zu strafen, sondern vor allem darin, sich von den perfiden Methoden psychologischer Kriegsführung nicht in die Resignation treiben zu lassen. Denn exakt diese Koordinaten zwischen Apathie und Agonie sieht 5G-Sozialarchitektonik für jene vor, die sich ein holistisches Bild von der Lage machen und den Betrug erkennen. Sie sollen sich ob der agitativen Übermacht multimedialer Flächenbombardements handlungsunfähig, überwältigt, intellektuell vergewaltigt und isoliert fühlen. Umso dankbarer bin ich jenen Autoren und Künstlern, die nicht mit ihrer Meinung hinterm Berg hielten, die intellektuel-

len Inzest vermieden. Den Individuen, die den Mut hatten, klare Kante zu zeigen, die Courage, unpopuläre Positionen zu vertreten. Weitsichtigen Geistern, die einen Blick hinter die Fassaden der Potemkinschen Dörfer wagten, Kontextualisierung für die Ereignisse ihrer Ära lieferten und schonungslose Ausblicke in die Zukunft nicht scheuten.

Ohne John Lennon hätte ich als Fünfjähriger nicht die Musik für mich entdeckt. Ohne Hesse nicht die Welt der Bücher. Und ohne Umberto Ecos »Foucaultsches Pendel« hätte sich mit sechzehn kaum mein Interesse an Hintergrundrecherchen in puncto Geheimgesellschaften und Schattenpolitik entwickelt. Ohne die intellektuelle Rückendeckung unbeugsamer, freisinniger, kühner und reflektierter Autoren säße ich an diesem milden Tessiner Winterabend nicht hier und schriebe den vorliegenden Text. Ihre Werke halfen mir, die Seifenoper, in der wir verdrießlich vor uns hin vegetieren sollen, nicht ernst zu nehmen. Sie waren wichtig, um die Gegenwart einzuordnen, um falsche Autoritäten als solche entlarven zu können. Ihren Anstrengungen habe ich zu verdanken, dass ich als Komparse der postmodernen »Truman Show« zwar *in* einer Lüge, aber nicht *die* Lüge leben muss. Wenn ich mit den hier zusammengetragenen Texten nur den Bruchteil eines solchen informativen Widerhalls erzeugen, einer einzigen Person ähnliche Dienste leisten kann und ein wenig mentale Schützenhilfe für den ein oder anderen zu bieten vermag, haben sich die vielen hundert Stunden Arbeit, die im vorliegenden Projekt stecken, mehr als gelohnt. Ich veröffentliche es, damit die Gegenwart – als Vergangenheit der Zukunft – ein weiteres nicht zensierbares Artefakt mit auf ihre Reise durch die Zeit nehmen kann.

Aus diesem Grund freue ich mich, mit der vorliegenden Publikation nun im dritten Jahr in Folge eine Anthologie von 35 Recherchen, Essays und Polemiken präsentieren zu können.

Konserviert in physischer Form, auf Papier, um sie vor der digitalen Bücherverbrennung zu bewahren, die das zunehmend zensierte Internet wie ein bösartiger Tumor durchwuchert.

Aufgrund des Formats meiner Arbeiten, die in der Regel online publiziert werden, habe ich, wie in den letzten Jahren auch, auf das Anfügen von Fußnoten im Buch verzichtet. Ansonsten wäre es noch dicker und damit auch teurer geworden. Alle referenzierten Quellen sind jederzeit über meine Webseite (regenauer.press) nachzuvollziehen, wo alle Texte kostenlos und chronologisch sortiert zum Download zur Verfügung stehen. Sollte meine Webseite – aus welchen Gründen auch immer – offline sein, sind alle Texte jederzeit als ZIP-Archiv via E-Mail an »regenauer.press@proton.me« erhältlich.

Zusätzlich habe ich eine Backup-Seite im »Internetarchiv« (www.archive.org) erstellt und auch dort alle meine Arbeiten frei zugänglich gemacht. Eine kurze Suche sollte zum Ziel führen. Begriffe, Informationen, Aussagen und Zitate, die im Originaltext mit weiterführender Literatur belegt sind, sind im Buch unterstrichen. Das sollte die Verifikation von Angaben im vorliegenden Werk mittels raschem Aufruf des Hyperlinks im entsprechenden PDF erleichtern.

Ausgangs möchte ich mich noch herzlich dafür bedanken, dass Sie mit dem Erwerb dieses Buches helfen, meine Arbeit in analoger Form für die Nachwelt zu erhalten. Vielen Dank!

»Die Zukunft hat viele Namen: Für Schwache ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance.« (Victor Hugo)

| Montagnola, am 5. Januar 2024

Stilblüten und Scheingefechte

Silvester-Krawalle in Berlin, deutsche Panzerlieferungen für Kiew, Klima-Endkampf in Lützerath, CO_2-Budget für jedermann, 15-Minuten-Städte und vermeintlich überraschende Enthüllungen dank der Twitter-Files. Eine Inventur der Polarisierungsdialektik zum Jahresbeginn.

Das neue Jahr begann, wie das alte endete: mit einem bunten Strauß medialer Stilblüten. Mit Fehlinformation, Framing und Feigenblatt-Journalismus. Vor allem in Bezug auf die Natur der Krawalle der Berliner Silvesternacht.

Denn obwohl nach Angaben der Polizei klar ist, dass die Mehrzahl der aggressiven Böllerwerfer einen Migrationshintergrund aufweist, lässt die dunkelgrüne Polarisierungsdialektik nichts unversucht, diesen Umstand zu kaschieren. Nicht, weil die Bundesregierung in puncto Migrationspolitik versagt hätte, sondern weil sozialer Unfrieden offensichtlich gewollt oder zumindest goutiert wird.

Nicht zuletzt, um jeden Widerspruch gegen die Narrative der woken Deutungselite zu torpedieren. Galt im öffentlichen Diskurs bislang nur die AfD pauschal als rechts, ist es nach kritischen Äußerungen von Ex-BlackRock-Deutschlandchef Friedrich Merz zur Migrationspolitik nun auch die CDU. So agitiert WDR-Moderator Jean-Philippe Kindler via Instagram und ruft bereits öffentlich zur »*Radikalisierung*« im Kampf gegen die Partei auf.

Mit dem Demokratieverständnis und Duktus eines George W. Bush, der die Welt nach 9/11 wissen ließ: »*Entweder sie sind auf unserer Seite – oder gegen uns*«. Selbstredend ist nach wie vor keine der Parteien im Bundestag wählbar. Aber

dass jedwede Opposition, jede kritische Stimme sofort diffamiert wird, ist ein deutlicher Beleg dafür, dass wir es längst mit totalitären Strukturen zu tun haben.

Für eine Spezies, die sich als zivilisiert betrachtet und auf einen humanistischen Wertekatalog beruft, die als Menschheitsfamilie in friedlicher Koexistenz zusammenleben möchte, sind derartige Vorgänge schlicht unwürdig. Und sie zeigen einmal mehr, dass es nicht um links oder rechts geht, um Gemeinwohl, die Lösung von Problemen oder um die Beantwortung von Sachfragen, sondern ausschließlich um Identitätspolitik und verblendeten Kollektivismus. Denn je gespaltener eine Gruppe ist – Divide et impera! – desto leichter ist sie zu kontrollieren.

Der Kolumnist Harald Martenstein schreibt dazu in der WELT vom 15. Januar 2023: »*Ich verstehe die Wut der Silvesterrandalierer, dieses Land hat ihnen nichts zu bieten*«, und hat damit Recht. Denn unter der neofeudalen Geo-, Wirtschafts- und Migrationspolitik des vergangenen Jahrhunderts leidet vor allem die Normalbevölkerung – sowohl in den Herkunftsländern der Flüchtlinge als auch in jenen Staaten, in denen sie glauben, ein besseres Leben führen zu können.

Freilich hallt auch die von Logik, Kohärenz und Transparenz weiträumig gemiedene »Doppeldenk«-Farce rund um den vermeintlichen Reichsbürgerputsch noch nach. Oder der schwelende Ukraine-Konflikt, den die Kriegstreiber in Washington, Berlin und Brüssel augenscheinlich gewillt sind zu eskalieren – immerhin liefert nun auch Deutschland offiziell Schützenpanzer vom Typ »Marder« sowie das Patriot-Raketenabwehrsystem nach Kiew und wird damit zur offen konfrontativen Kriegspartei. Gegen Russland. Diesen Umstand muss man sich erst einmal so richtig bewusst machen.

Darauf hat Robert Habeck vermutlich verzichtet. Denn bereits am 8. Januar 2023 spricht er davon, sich vorstellen zu

können, auch Leopard-Panzer zu liefern. So wird dieser Konflikt in absehbarer Zukunft entweder massiv aus dem Ruder laufen – oder sich über Jahre hinziehen und sein destabilisierendes Potenzial weiter entfalten. In jedem Falle wird das Thema noch lange die Gazetten füllen.

Wie auch die evidenzfrei operierenden Klima-Apokalyptiker weiter von sich reden machen werden, weil sie die dringend benötigten Bilder zum vermeintlichen Kampf ums Überleben des Homo sapiens generieren. Ohne diesen staatlich-philanthrop und von reichen Einzelpersonen finanzierten Öko-Aktivismus aus dem wohlstandsverwahrlosten Bildungsbürgertum vergäße man nämlich unter Umständen, dass das Klima uns nach offizieller Lesart in Kürze auslöschen wird. Oder würde die Panikmache einfach nicht mehr ernst nehmen.

Immerhin wird die meteorologische Apokalypse seit Jahrzehnten aufgeschoben und nach hinten datiert. So wurde aus der anfangs postulierten »Klimaerwärmung« im Verlauf der Zeit die nun gängige Bezeichnung »Klimawandel«. Passt – weil flexibler einsetzbar – besser zu Doppeldenk, konstruierten Bedrohungsszenarien und kognitiven Dissonanzen. Denn man könnte es ja durchaus besser wissen, weil selbst in Mainstream-Medien schon vor Jahren darüber berichtet wurde, dass die CO_2-Theorie nur »*geniale Propaganda*« ist, wie ein Artikel der WELT vom 4. Juli 2011 oder der »Climate-Gate-Skandal« im Jahr 2009 unterstreichen.

Dennoch: Die kameraaffinen Exodus-Influencer machen unbeirrt weiter. Dieser Tage, indem sie Lützerath besetzen, einen verlassenen Miniatur-Weiler in Nordrhein-Westfalen, der einem RWE-Tagebau weichen soll, und für den Wikipedia am 31. Dezember 2022 die Einwohnerzahl »drei« verzeichnet. Selbst prominent-betuchte Klimawandel-Ikonen wie Luisa Neubauer oder Greta Thunberg geben sich ein

Stelldichein auf jenem ruralen Fleck Ödland, der von der medienstrategisch gut geschmierten Marketingmaschine der »Letzten Generation« kurzerhand zum Nabel der untergehenden Welt erklärt wurde. An diesem lässt sich Neubauer ablichten, während sie inmitten einer Gruppe von scheinbar eingekesselten Demonstranten steht – eigentlich eine Stresssituation – und in aller Seelenruhe ein Buch liest. Perfekt ausgeleuchtet natürlich. Noch surrealer kann die Inszenierung kaum werden.

Lützerath: da wird nun also – bevor man mit dem Privatflugzeug zum WEF (World Economic Forum) nach Davos jettet – die Schlacht um die Zukunft der Menschheit geschlagen. Unter anderem mit Steinen und »Molotow-Cocktails«. Das ZDF meint am 14. Januar, dass sich vor Ort »*Szenen wie bei Herr der Ringe*« abgespielt hätten. Man kann sich allenthalben des Eindrucks nicht erwehren, dass die Demonstrationen der Corona-Maßnahmenkritiker im Vergleich deutlich friedlicher vonstatten gingen. Zudem wäre im Sinne der im Aufwind befindlichen Cancel Culture zu eruieren, ob die vorgeblich pazifistischen Klima-Protestler nicht kulturelle Aneignung beim neuen Erzfeind des Wertewestens betreiben, bezieht sich der Name des beim Aufprall explosiv entflammenden Wurfgeschosses doch auf den Russen Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow.

Bemerkung am Rande: Diejenigen Corona-Maßnahmenkritiker, die jetzt schadenfroh die Polizeigewalt gegen Klima-Protestler beklatschen, sind keinen Deut besser als die COVID-Konformisten, die im Lauf der vermeintlichen Pandemie dazu aufriefen, die unsolidarischen Impfskeptiker niederzuknüppeln. Sie tun genau das, was die Sozialingenieure von ihnen erwarten – sie verschärfen die Spaltung der Gesellschaft.

Parallel zur Berichterstattung um die Proteste am Rande der RWE-Kohlegrube installiert der öffentlich-rechtliche Rundfunk bereits die diskursiven Kommunikationsleitplanken für die nächste Stufe staatlicher Übergriffigkeit – das persönliche CO_2-Budget für jedermann. Die nächste vermeintliche Verschwörungstheorie, die zu bitterer Praxis wird. So berichtet die ARD am 12. Januar 2023 über Vorschläge des Klimaforschers Hans Joachim Schellnhuber vom »Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung« (PIK), der einen maximalen Pro-Kopf-Verbrauch von drei Tonnen CO_2 pro Jahr und Bürger vorsieht. Ein Wert, von dem Deutschland meilenweit entfernt ist und der sich nur mit drastischen Einschränkungen der Individualmobilität erreichen lässt.

In diese Kerbe schlägt auch das Konzept der 15-Minuten-Stadt, das mittlerweile in nahezu allen Industrienationen auf dem Vormarsch ist. So plant das englische Oxford, sein Verwaltungsgebiet ab dem Jahr 2024 in sechs »15-Minuten-Zonen« einzuteilen, um die Bewegungsradien der Bürger im Detail regulieren zu können. Auch in Frankreich, den USA oder Neuseeland wird der Vorschlag langsam aber sicher salonfähig diskutiert – und bedeutet nichts anderes, als dass der eigene Wohnort künftig zum Freiluftgefängnis wird.

So wird eine im Widersinn sozialisierte, indoktrinierte Jugend als fremdgesteuerter Akteur der Endzeit-Show jenes Großkapitals instrumentalisiert, das die Aktivisten vermeintlich bekämpfen. Mit Denkschablonen, Affekten und Ressentiments, die auf Kommando abrufbar sind. Für und gegen jeden mobilisierbar. Zudem: in Lützerath protestiert die grüne Jugend gegen die Beschlüsse der eigenen Parteispitze. Der Stern nennt das am 12. Januar einen »*Spagat*«. Ich nenne es eine Beleidigung für den Intellekt eines jeden halbwegs sortierten Geistes. Selbst der in Bezug auf sonstige Staatsnarrative »sattelfeste« Jan Fleischhauer kommentiert am 12. Januar 2023 diesbezüglich treffend bei Twitter:

»Ich kann mir nicht helfen, ich finde es leicht pervers, wie deutsche Bürgerkinder in einem verlassenen Dorf bei Düsseldorf eine Art Endkampf ums Klima inszenieren (…).«

Am 14. Januar legt Fleischhauer nach und schreibt:

»Mir fehlt das richtige Wort. Wie nennt man Leute, die am Wochenende gegen das demonstrieren, was sie eben selbst noch beschlossen haben? Wendehals trifft's nicht so richtig, finde ich. Heuchler auch nicht. Das ist etwas ganz Spezielles, das gibt's so nur bei den Grünen.«

Unter Fleischhauers Text prangen zwei Fotos. Eines zeigt das Abstimmungsverhalten der beiden Grünen-Abgeordneten Emilia Fester und Nyke Slawik in Bezug auf den Weiterbetrieb des Kohletagebaus in Lützerath. Beide haben mit »ja« gestimmt. Das andere Foto zeigt die beiden Nachwuchsdogmatiker vor Ort bei den Protesten gegen den Abriss des Weilers durch den Energiekonzern RWE. Mehr Doppelmoral ist schwer vorstellbar.

Man vergisst ob dieses mit hoher Taktung ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gepeitschten Kriegs- und Klimawahnsinns allenthalben, dass uns bis vor nicht allzu langer Zeit ein Killer-Virus geißelte. Wäre da nicht Deutschland und sein Gruselkabinett von Pharma-Lobbyisten und Pandemie-Profiteuren, diese Kaste polit-medialer Berufsdrangsaleure, die immer noch über die endgültige Abschaffung der Corona-Maßnahmen diskutiert, während viele Länder schon seit mehr als einem Jahr alle Maßnahmen zurückgenommen haben. Exemplarisch für den Habitus von »Team Geisterfahrt« steht der Umgang der Deutschen Bahn mit ihren Kunden, wo Zugbegleiter noch immer machttrunken Fahrgäste aus dem Zug werfen lassen, die sich – weil sie gerade einen Kaffee trinken – nicht preußisch-strikt an die Maskenpflicht halten.

Augenfällig bis schizophren zudem die mentalen Verrenkungen der Leit- und Konzernmedien, die sich im Tagesrhythmus darin überbieten, die massive Übersterblichkeit in der mit mRNA-Produkten behandelten Bevölkerungsgruppe kleinzuschreiben. Dabei kann wohl zwischenzeitlich jeder im eigenen Umfeld beobachten, dass primär »geimpfte« Personen von fiesen Erkältungen oder noch schlimmeren Krankheiten heimgesucht werden. Doch offizielle Stellen und Leitmedien marginalisieren das Leid einer ungeheuer großen Anzahl von Menschen mit Impfschaden programmatisch, um das Versagen – oder die niederträchtigen Absichten – der Verursacher und Verantwortlichen zu vertuschen. Dabei schreit mittlerweile selbst der dahingehend bisher eher zurückhaltend kommunizierende Kabarettist Serdar Somuncu die Wahrheit von der Bühne und stellt klar, dass ein »*Indizienprozess gegen die Verantwortlichen geführt werden muss*«, um dem Wunsch nach Aufarbeitung einigermaßen gerecht zu werden.

Bedauerlicherweise ist jedoch davon auszugehen, dass weder Angela Merkel, Jens Spahn, Christian Drosten, Karl Lauterbach noch Lothar Wieler oder Olaf Scholz jemals für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden. Die obrigkeitshörige, weisungsgebundene und daher dysfunktionale deutsche Justiz wird sich hüten, noch einmal gegen ihre Dienstherren vorzugehen.

Denn an jener Handvoll Staatsanwälte und Richter, die dieses Wagnis in jüngerer Vergangenheit auf sich nahmen, statuierte das System abschreckende Exempel. Und wäre Justitia nicht bereits auf beiden Augen blind, säße im Speziellen Olaf Scholz – von Ulrich Thiele bei »Cicero« unlängst trefflich Pinocchio-Kanzler getauft – längst hinter Gittern.

Der Staat agiert, wie der Staat in Kriegs-, Krisen- und Umbruchszeiten immer agiert: er säubert die eigenen Reihen von

Zweiflern, Kritikern und Häretikern. Gleichzeitig versucht er, seine direkten Untergebenen, die Beamten, durch Zugeständnisse, Belohnungen, Sonderzahlungen und Prämien zu beschwichtigen, will sie mit Geschenken bei der Stange halten. So erhöht das Land Nordrhein-Westfalen die Besoldung vieler Beamten signifikant, wie die Rheinische Post am 2. Dezember 2022 zu berichten wusste. Nachzahlungen für rückwirkend erhöhte Mietzuschüsse können je nach Beamtenhaushalt gut und gerne 5.000 bis 10.000 Euro betragen.

Und auch die Familienzulagen nach Landesbesoldungsgesetz wurden zum 1. Dezember 2022 angehoben. Für einen mir persönlich bekannten Lehrer bedeutete dies den Erhalt einer Sonderzahlung von mehr als 5.000 Euro im vergangenen Dezember. Der Staat verteilt sein Bestechungsgeld mit vollen Händen, obwohl seit Jahren bekannt ist, dass gerade die Beamtenbezüge und deren Pensionslast die »*öffentlichen Haushalte sprengen*«, wie die WirtschaftsWoche schon am 13. September 2019 titelte.

Auch ein Blick über den großen Teich macht wenig Hoffnung auf eine ernsthafte Aufarbeitung der Corona-Verbrechen. Obgleich die sogenannten Twitter-Files allen Anlass dazu böten. Denn es zeigte sich im Rahmen der entsprechenden Enthüllungen rasch, dass alle Verschwörungstheorien, die in Bezug auf Twitter in den vergangenen Jahren ventiliert wurden, wahr sind – so Elon Musk in einem Interview kurz nach Weihnachten.

Ob »Shadowbanning«, »Blacklisting«, Zensur kritischer Inhalte direkt durch die Pharma-Branche, Sperrung oder Löschung von spezifischen Accounts durch FBI, CIA und NIH, oder gezielte Beeinflussung der amerikanischen Öffentlichkeit bezüglich des Hunter Biden-Laptop-Skandals und seiner potenziell negativen Auswirkungen für die US-Demokraten hinsichtlich der Präsidentschaftswahlen 2020/2021 – die

woke Twitter-Chefetage tat willfährig exakt das, was staatliche Stellen ihr befahlen.

Dezidierte Zensur-Teams unterdrückten jede Meldung in Bezug auf Hunter Biden, den drogen-affinen Präsidentensohn, sowie jegliche Links zum Inhalt des Corpus Delicti, des Laptops, der bei »Marco Polo« online abrufbar ist. Cancel Culture und Propaganda in voller Blüte. Bis Elon Musk die wichtigste Social Media Plattform der Welt übernahm und begann, die Meinungsfreiheit zu retten. So zumindest die landläufige Annahme.

Warum ich den WEF-Young Global Leader Musk nicht für den Messias des Libertarismus halte, sondern für eine Art Trojanisches Pferd, das eine gewiefte PR-Kampagne fährt, habe ich bereits im Oktober 2022 im Rahmen eines ausführlichen Artikels über den neuen Twitter-Chef dargelegt. Warum ich auch die vermeintlich revolutionären Enthüllungen der Twitter-Files oder Musks Absage an das WEF 2023 als PR-Coup betrachte, will ich im Folgenden erläutern.

Zunächst einmal wirft die Darreichungsform der Twitter-Files Fragen auf. Warum werden primär Screenshots veröffentlicht, anstatt tatsächliche Dokumente, Protokolle oder E-Mails? Wer stellt diese Screenshots zusammen, entscheidet, was veröffentlicht wird und was nicht? Und welche Informationen gibt es in den betreffenden Datenbanken, Mailboxen oder Dokumenten noch? Wenn wir uns an die Veröffentlichungen von WikiLeaks, die Panama-Papers, die Pandora-Papers oder jene Teile des Edward Snowden-Archivs erinnern, die publik gemacht wurden, handelte es sich dabei stets um originäre, vollständige Dokumente, deren Inhalt sich im Rahmen von Eigenrecherche falsifizieren ließ. Bei den Twitter-Files gilt es, sich auf unbekannte Kuratoren zu verlassen. Auf Schnipsel und Fetzen der Originaldokumente.

Ja, es ist als positiv zu bewerten, nochmals in Schriftform bestätigt zu sehen, was jeder, der sich ein wenig mit der Geschichte, der Arbeitsweise und der Staatsnähe von Big Tech oder Social Media Unternehmen beschäftigt hat, ohnehin schon wusste – dass diese Firmen unter der Fuchtel von US-Regierung und US-Geheimdiensten stehen. Wenn sie nicht gar indirekt von diesen finanziert oder gegründet wurden – so wie Facebook, das nur einen Tag (4. Februar 2004) nach dem Abschalten (3. Februar 2004) des in der Öffentlichkeit verpönten DARPA-Projektes »Life Log« online ging und exakt die gleichen Funktionen erfüllt. Nur geben die Nutzer ihre Daten nun freiwillig ein, anstatt dass das Militär sie sammelt.

So dürfte es ebenfalls kaum dem Zufall zuzurechnen sein, dass ehemalige FBI- und CIA-Mitarbeiter zuhauf bei amerikanischen TV-Sendern und Tech-Unternehmen arbeiten, wo sie zumeist für die »*Identifikation und Bekämpfung von Fake News*« zuständig sind. Ob CNBC, CNN, MSNBC, Facebook (META) oder Twitter – die Geheimdienste haben die Medienlandschaft der Vereinigten Staaten großflächig infiltriert.

Mark Zuckerberg bestätigte bereits im Sommer 2022 während eines dreistündigen Interviews mit dem weltbekannten Podcaster Joe Rogan, dass das FBI ihn explizit aufforderte, »*polarisierende Inhalte*« im Vorfeld der US-Wahlen 2020 zu überwachen und deren Reichweite zu reduzieren. Und auch während der COVID-Krise zensierte, kuratierte und blockierte Facebook im Sinne der Regierung – während Zuckerberg engen Mitarbeitern im Rahmen eines Video-Calls persönlich empfahl, die mRNA-Injektion zu meiden. Dass Twitter, Instagram und andere Plattformen das gleichfalls taten, ist also wenig überraschend.

Eine weitere Frage in Bezug auf die Twitter-Files stellt sich in Bezug auf die von Elon Musk persönlich selektierten Journalisten, die nach Unterschreiben einer Geheimhaltungserklärungen nun federführend die entsprechenden Enthüllungen zusammenstellen, moderieren und bei Twitter veröffentlichen dürfen – Matt Taibbi und Bari Weiss.

Taibbi scheint zunächst einmal ein recht ungehaltener, cholerischer und pietätsloser Zeitgenosse zu sein, wie diverse Medienberichte über ihn nahelegen. Er bejubelte öffentlich Todesfälle politisch Andersdenkender, bewarf Personen in Bars mit Trinkgefäßen und eckte mit seinem niveaulosen bis asozialen Humor, den er selbst als »*satirisch und sarkastisch*« bezeichnet, immer wieder an.

Seine Karriere nahm ab 2004 beim Musikmagazin »Rolling Stone« so richtig Fahrt auf, für das er mehrere Jahre als freier Autor schrieb. Unter anderem über politische Themen. Noch im Juli 2019 publizierte er für das Magazin einen Artikel über Verschwörungstheorien und die Frage, warum sich diese im öffentlichen Bewusstsein so hartnäckig halten – von der Mondlandung und dem Mord an John F. Kennedy über 9/11 bis hin zu Donald Trump. Alles, was nicht dem offiziellen Narrativ der US-Regierung folgt, stempelte Taibbi bisher rigoros als Blödsinn ab. Dass knapp 70 Prozent der Amerikaner glauben, dass die CIA in das Attentat auf JFK verwickelt war, was durch bis anhin klassifizierte Geheimdokumente, die im Dezember 2022 veröffentlicht wurden, bestätigt wird, führt Taibbi auf mangelnde Bildung zurück. Gleiches gilt laut Taibbi für den Umstand, dass etwa die Hälfte der US-Bevölkerung überzeugt ist, dass die eigene Regierung in die Anschläge von 9/11 verwickelt war.

Dennoch haftet ihm hartnäckig der Ruf des subversiven und regierungskritischen Investigativ-Journalisten an, der den »*Sumpf in Washington*« nun mit den Enthüllungen der Twit-

ter-Files bloßstellt. Dieses Image dürfte vor allem auf seiner Arbeit für »First Look Media« fußen, einem im Oktober 2013 von eBay-Gründer und Ex-PayPal-Besitzer Pierre Omidyar mit 250 Millionen US-Dollar grundfinanzierten Medien-Outlet. Nach initialen Angaben von Omidyar sollte First Look Media als Dachgesellschaft für mehrere Magazine mit investigativem Charakter fungieren. Für Magazine, die ihre Autoren nicht zensieren.

Das erste war »The Intercept« – das 2014 öffentlichkeitswirksam gegründet wurde, um exklusiv über die Enthüllungen von Edward Snowden zu berichten. Als zweite Publikation war ein politisches Magazin namens »Racket« vorgesehen, dessen Chef Matt Taibbi werden sollte. Der Hype um die Enthüllungen von Edward Snowden machte unter anderem »The Guardian«-Schreiberling Glen Greenwald als Intercept-Mann der ersten Stunde zum Star-Journalisten. Und auch Matt Taibbis Karriere profitierte von der Arbeit bei First Look Media beziehungsweise The Intercept.

Trotz massivem öffentlichen Interesse und entgegen den hehren Versprechungen zu Beginn des Projektes stellte The Intercept das Snowden-Projekt jedoch bald ein. Angeblich wegen zu hoher Kosten. Es wurden kaum mehr als 20 Prozent der hochbrisanten Informationen, die die US-Regierung mutmaßlich schwer belasten, veröffentlicht. Sie befinden sich bis dato unter Verschluss im Besitz der privaten Medienorganisation. Und Matt Taibbi verließ First Look Media nach sieben Monaten, weil er sich scheinbar mit Hauptfinancier Omidyar überwarf. Dennoch gelten alle Beteiligten am Snowden-Projekt bis heute als Star-Journalisten und Investigativ-Reporter par excellence. Man könnte die ganze Intercept-Story demnach auch als geschickte Image-Design- und Marketing-Kampagne betrachten.

Der Vorgang weist Parallelen zur aktuellen Situation von Bari Weiss auf, der ehemaligen »New York Times«-Autorin, die das woke Blatt unlängst mit viel Tamtam verließ, und nun vielbeachtete Co-Journalistin von Matt Taibbi in Bezug auf die ominösen Twitter-Files ist. Denn genau zu dem Zeitpunkt, zu dem ihre Karriere durch die Enthüllungen rund um die Social Media Plattform enormen Aufwind erfährt, wird bekannt, dass Weiss jüngst ein neues Medien-Start-up ins Leben rief. Mit zehn Vollzeitbeschäftigten und einem Dutzend Freiberufler.

In weniger als einer Woche hatte ihre neue Firma über 100.000 Follower auf Twitter und circa 25.000 neue Abonnenten. Viele von ihnen bezahlen für das Angebot. Weiss' Start-up schaltete schon kurz darauf kostspielige Werbung in New York, San Francisco und anderen Großstädten. Auf ihrem persönlichen Twitter-Account verdoppelte sich die Follower-Zahl von 500.000 auf knapp eine Million. Trotz dieses kometenhaften Erfolgs hat »The Free Press« – wie sich das neue Unternehmen nennt – nach Aussagen von Weiss »*bisher keinen Cent ausgegeben*«. Die Zusammenarbeit mit Musk lohnt sich demnach nicht nur in puncto Reputations- und Image-Design, sondern auch finanziell.

Und auch für Elon Musk selbst, der bis vor etwa zwölf Monaten noch das »Darling« der US-Demokraten und Linken war, läuft die Twitter-PR-Kampagne ausgezeichnet. Jetzt ist er Liebling der US-Republikaner, Rechten, Liberalen und Konservativen und plant, den freien »Volksjournalismus« auf Twitter zu etablieren. Auf einer zentralisierten Plattform, die immer noch nach Gutdünken Accounts sperrt, auch wenn deren Inhaber sich nichts Justiziables zu Schulden kommen ließen, und die bis 2017 nur 140 und jetzt 280 Zeichen pro Mitteilung erlaubt. Ein Unding. Ja – für Echtzeitinformation, Links, Meinungsbilder oder die Mitteilungen offizieller Stellen, Behörden, Ministerien, Leitmedien, Independent-Me-

dien und Kulturschaffenden ist die Plattform durchaus wertvoll. Aber nicht für echten Journalismus, der auf mehr basieren muss als auf ein paar Screenshots und drei Sätzen.

Wer also nachvollziehen möchte, was in puncto Twitter wirklich gespielt wird, muss die derzeitigen Vorgänge nicht nur im Lichte von Elon Musks Werdegang, Geschäftsbeziehungen und finanziellen Abhängigkeiten betrachten, sondern auch hinsichtlich der langfristig profitierenden Beteiligten. Und das sind neben Musk selbst und Individuen wie Taibbi oder Weiss eben auch das US-Establishment und der supranationale Korporatismus, der ein vertieftes Interesse an Musks Polarisierungsdialektik haben dürfte. In diesem Zusammenhang sollte nicht vergessen werden, dass sich das elitäre WEF-Meeting im Jahr 2022 das Motto »Rebuilding Societal Trust« (D., gesellschaftliches Vertrauen wieder aufbauen) auf die Fahnen schrieb. Wer könnte das in jenen Kreisen, die sich von ihrer Regierung belogen und betrogen fühlen, besser als eine neue Galionsfigur des Libertären?

Zudem sei jedem, der Elon Musk für einen Freiheitskämpfer im Dienste des einfachen Bürgers hält, nahegelegt, das heimlich aufgezeichnete Protokoll des ersten Meetings von Musk mit dem ehemaligen Twitter-Vorstand zu lesen. Im Zuge der Unterredung drückt der neue Twitter-Eigner klipp und klar sein Interesse daran aus, Twitter zur westlichen Version der chinesischen »WeChat«-Applikation zu machen, einer sogenannten Alles-App des chinesischen Konzernriesen »Tencent«. Das bedeutet schlussendlich, dass Twitter zu einem omnipotenten Werkzeug für digitale Identifikation, Überwachung und erweiterte Manipulation des Einzelnen ausgebaut werden soll. Wie Facebook es in großem Masse schon jetzt ist.

Wer die angeführten Widersprüche nicht analysiert und sich vom medialen Hype oder der Ikonisierung einer Einzelper-

son blenden lässt, macht nichts besser als die Corona-Konformisten, die einem Christian Drosten als Helden huldigten. Es muss doch zumindest stutzig machen, wenn Elon Musk stets öffentlich betont, die Bedrohung durch künstliche Intelligenz sei real und ernst, während er auf der anderen Seite mit »Neuralink« ein transhumanistisches Projekt vorantreibt, das Menschen mittels Gehirnimplantaten zerebral aufpeppen und upgraden soll – um so die zivilisatorische Kapitulation vor künstlicher Intelligenz und Transhumanismus abzuwenden.

Sprich: Musk, der Mann, der mit einer »New World Order«-Jacke bei Promi-Galas aufläuft, rettet uns mittels Transhumanismus vor künstlicher Intelligenz und Transhumanisten. Allzu lange nachdenken darf man über dergleich obszöne Kontradiktionen vermutlich nicht, will man den Schutzpatron der eigenen Passivität nicht vom überhöhten Podest der Ehrerbietung stürzen.

| fertiggestellt am 15. Januar 2023

Die Truman Show

Vermeintliche »Weltmacht« WEF, Twitter-Files, Kriegshetze, Greta in Lützerath, et cetera. Ein medial hochgejazzter Strohmann jagt den nächsten. Empörungsmanagement und Social Engineering lenken dabei vom zentralen Problem ab: Dass die vermeintlich heißen Themen des Tages nur eine Simulation von Realität sind – eine »Truman Show«.

The Truman Show – der im Jahr 1998 veröffentlichte Film mit Jim Carrey in der Hauptrolle ist den meisten vermutlich bekannt. Der Hollywood-Streifen über einen Versicherungsangestellten, der ein glückliches Leben zu führen glaubt, bis er herausfindet, dass er unwissentlich die Hauptrolle in einer TV-Serie spielt, die sein Leben von Geburt an mit über 5.000 Kameras live begleitet, ist ein Klassiker. Und die Handlung vielsagend. Denn was da 24 Stunden live ausgestrahlt wird, ist die Illusion eines Lebens, das unter einer Glaskuppel oberhalb des Hollywood Schriftzuges inszeniert wird. Nichts ist echt. Außer »Truman«, der zentralen Figur des Plots.

Denn er weiß von nichts. »Truman Burbank« beginnt erst im Alter von 29 Jahren, nach 10.909 Tagen Live-Übertragung, an seiner Lebensrealität zu zweifeln. Als ihm aus dem sprichwörtlich heiteren Himmel ein Scheinwerfer vor die Füße fällt.

Es dürfe nicht allzu viel Fantasie erfordern, die Parallelen zwischen jenem Film, der Jim Carrey seinen ersten »Golden Globe« einbrachte, und der vermeintlichen Realität von heute auszumachen. Schließlich gilt auch in puncto Status Quo: nichts ist echt. Nichts! Exemplarisch dafür steht die plumpfüßig aufgebauschte Berichterstattung rund um die

vermeintliche Polizeigewalt gegenüber Klima-Protestlern in Lützerath und Umgebung.

Seit Apokalyptiker-Ikone Greta Thunberg Mitte Januar vor Ort eintraf überschlugen sich die Meldungen. Zuerst vermeldeten die Protestler, Thunberg sei von der Polizei grob angefasst und geschubst worden. Videos des Vorfalls belegten jedoch rasch, dass die Vorwürfe gegen die Polizei haltlos sind. Tatsächlich stand Thunberg lediglich in einer Gruppe von Menschen, die von der Polizei zwar zwecks Räumung der Lokation in eine Richtung bugsiert, aber weder misshandelt noch geschlagen wurde. Thunberg selbst hatte augenscheinlich zu keinem Moment körperliche Berührungspunkte mit den Beamten. Und auch die von den Aktivisten öffentlichkeitswirksam verkündeten »*lebensgefährlichen Verletzungen*« einer Anzahl von Demonstranten im »*zwei- bis dreistelligen Bereich*« waren Fiktion. Wie die WELT am 17. Januar 2023 berichtete, musste die »Letzte Generation« die Behauptungen nach zwei Tagen zurückziehen, weil sich sämtliche Vorwürfe gegen die Polizei als haltlos erwiesen. Im Gegenzug waren im Rahmen der Proteste jedoch 81 Beamte verletzt worden.

Einen Tag später berichteten Leitmedien wie die Süddeutsche Zeitung aufmerksamkeitsheischend wie dramatisierend davon, dass die Klimawandel-Influencerin Thunberg »*festgenommen*« wurde. Man habe ihre Identität feststellen wollen. Allerdings legen bewegte Bilder des Vorgangs nahe, dass es sich um nichts weiter handelt als um ein von vorne bis hinten inszeniertes Medien-Spektakel. In der Realität steht Thunberg minutenlang entspannt und lächelnd mit zwei Polizisten herum, die sie behutsam an Händen und Schulter festhalten, damit es nach – wie die Exekutive es nennen würde – »*Zugriff*« oder »*Fixierung*« aussieht, während eine

Gruppe Fotografen wild vor der Klima-Krawallschachtel herumwuselt, um die identitätspolitische Farce ins rechte zu Bild setzen. Zudem verkündete die Pressesprecherin der Polizei, dass man die Personalien von Greta nicht habe feststellen wollen, »*sie sei ja bekannt*«.

Übertroffen wird diese mediale Beleidigung für den Intellekt nur noch davon, wie die zwei schwarz vermummten Beamten in Kampfmontur Greta links und rechts an der Hand fassen, vorgeblich um sie abzuführen und in Gewahrsam zu nehmen – denn nach nur ein paar gemeinsam zurückgelegten Metern löst sich das Trio überraschend auf. Die Polizisten lassen Greta los und gehen zurück an ihre Ausgangsposition. Entweder, um die gestellte Szene noch einmal zu wiederholen – oder, weil die Aufnahme in Ordnung und im Kasten war. Abgeführt wurde die mittlerweile 20-jährige Schwedin jedenfalls nicht. Die NZZ (Neue Zürcher Zeitung) titelt diesbezüglich am 18. Januar 2023 folgerichtig mit der Frage: »*Alles nur gestellt?*«. Und die freie Journalistin Aya Velazquez kommentiert die Inszenierung am gleichen Tag treffich, wenn sie festhält:

»Das Verstörendste an diesem Video ist: Es zeigt, dass Greta ganz offensichtlich weiß, dass sie zentraler Part einer Inszenierung ist. Sie ist kein armes, manipuliertes Mädchen – sie weiß Bescheid. Das heißt: Sie lügt.«

Simples Fazit: Singulärer Sinn und Zweck des ganzen Lützerath-Spektakels ist die Produktion von Bildern, mit denen sich die Bevölkerung für den nächsten Krisen-Hype, das nächste Panik-Narrativ sensibilisieren lässt – den dramatisierten Klimawandel, dessen evidenzloses Postulat vom menschengemachten Untergang der Welt ich mit entsprechender Recherche an anderer Stelle bereits entkräftet habe.

Nun kann es natürlich auch purer Zufall sein, dass genau parallel zum Spektakel am RWE-Tagebau mediale »Testballons« wie das persönliche CO_2-Budget für jedermann oder das euphemistisch als 15-Minuten-Stadt bezeichnete Freiluftgefängnis der Zukunft losgelassen werden. Daran zu glauben wäre allerdings naiv. Denn praktisch alles, was uns in den Medien derzeit präsentiert wird, muss im Kontext von ausgefeiltem »Social Engineering« betrachtet werden.

So auch die von vielen geradezu als Offenbarung gewerteten »Twitter-Files«. Dass diese in meinen Augen weder revolutionär neue Sachverhalte enthüllen noch als journalistische Arbeit im eigentlichen Sinne betrachtet werden können, habe ich in einem Artikel vom 16. Januar bereits dargelegt. Dass der Trubel, den Elon Musk, Matt Taibbi und Bari Weiss rund um die Geschichte erzeugen, zudem stark an das journalistische Fiasko mit dem »Snowden-Archiv« und die anhängige Lancierung der vorgeblich investigativen Mediengruppe »First Look Media« durch eBay-Gründer Pierre Omidyar erinnert, habe ich im gleichen Beitrag erläutert.

Das Ergebnis in Bezug auf das Archiv von Edward Snowden war, dass besagte privat finanzierte Mediengruppe, die als NGO firmiert, nun im Besitz dieser Unterlagen und Informationen ist, deren Publikation vom einzigen echten Magazin der Dachgesellschaft, The Intercept, aber »*aus Kostengründen*« eingestellt wurde. Obwohl bislang nicht mehr als zwanzig Prozent der brisanten Informationen an die Öffentlichkeit gelangten. Whitney Webb, eine echte Investigativ-Journalistin, hat zu den fragwürdigen Ereignissen in Bezug auf das Snowden-Archiv in der Vergangenheit mehrere aufschlussreiche Artikel veröffentlicht und dabei sowohl Doppelmoral als auch Fadenscheinigkeit von Omidyars Intercept-Projekt offengelegt.

Summa summarum haben von dem Trubel um die Snowden-Files nur das von Omidyar gegründete Medienunternehmen, das durch massives Interesse an den Snowden-Enthüllungen monetär reüssierte, und involvierte Journalisten wie Glen Greenwald oder Matt Taibbi profitiert, die seitdem als Starjournalisten und Speerspitze für Investigativ-Recherche gehandelt werden. Obschon sowohl Greenwald als auch Matt Taibbi konstant gegen »*Verschwörungstheoretiker*« und »*Anti-Vaxxer*« (Impf-Skeptiker) hetzen und auf Twitter Menschen diskreditieren, die – wie die Mehrheit der 9/11 Kommission und die Hälfte der Amerikaner – nicht an die offizielle Darstellung der US-Regierung im entsprechenden 9/11-Report glauben.

So wird wohl auch im Zuge der Twitter-Files nur die Spitze des Eisbergs gestreift. Denn die Informationen befinden sich in Privatbesitz und ein Großteil wird unter Verschluss bleiben. Die entscheidende Frage aber auch hier: Cui bono? Wem nutzt das Chaos? Zunächst natürlich der halbseidenen Image-Ikone Elon Musk. Ihm gedeiht durch den medialen Tumult eine PR-Kampagne an, die von Agenturen so kaum umsetzbar wäre. Langfristig wird Twitter zudem als Plattform profitieren, weil Musk es zur vielgepriesenen Alles-Applikation auszubauen plant, nach Vorbild der chinesischen »WeChat«-App, über die im Ergebnis hohe Rendite zu erwirtschaften sein wird. Und die drüber hinaus einen massiven Machtzuwachs für Elon Musk in seiner Kaste bedeutet, da er in den kommenden Jahren signifikanten Einfluss auf den öffentlichen Diskurs und damit gesellschaftliche Strömungen nehmen können wird.

Dies wiederum wird seine distanzlose Nähe zum Staat, zu verschiedenen Geheimdiensten und dem militärisch-industriellen Komplex der USA, dem er durch Starlink und Space

X bereits auf lukrative Weise zuarbeitet, zusätzlich zementieren. Im Oktober 2020 verlieh das Pentagon (amerikanisches Verteidigungsministerium) Musks Firma Space X gar einen »Award«.

So profitiert von den Twitter-Files zu guter Letzt auch der korporatistische Überwachungskapitalismus mitsamt seinem durch eine Handvoll Presseagenturen und finanzielle Usurpierung de facto gleichgeschalteten Propaganda-Apparat. Das System also, gegen das sich Elon Musk so lautstark in Stellung zu bringen scheint. Denn zum einen forciert die auf politische Spektren limitierte Debatte rund um Twitter die staatlich goutierte Polarisierungsdialektik, also den sinnfreien Grabenkampf zwischen links und rechts, und dient somit als Spaltpilz, der die Zivilgesellschaft dies- und jenseits des Atlantik weiter auseinanderdividiert.

Zum anderen liefern Charaktere vom Typ Elon Musk, Matt Taibbi, Donald Trump, Wolfgang Kubicki, Reiner Fuellmich (Corona-Ausschuss), Pavel Durov (Telegram), et al. vor allem eines: »Hopium«, ein Sedativum, das temporär die Hoffnung darauf bestärkt, dass irgendjemand den Karren aus dem Dreck ziehen wird.

Das Resultat dieses fatalen Irrglaubens, dem nicht wenige Politikverdrossene, oppositionelle Geister und Regierungskritiker anheimfallen, ist, dass der eigene Allerwerteste allabendlich träge in der Komfortzone des Sofas oder sonst eines anheimelnden Sitzmöbels ruht. Die Episoden der Scripted-Reality-Sendung namens »Zeitenwende« werden nun zwar nicht mehr bei den in Verruf geratenen Propaganda-Trompeten ARD und ZDF verfolgt, sondern in den neuen Medien, der sedierende bis paralysierende Effekt ist allerdings gleich. Denn schlussendlich verharrt ein Großteil

der Bevölkerung in Passivität und konsumiert die dargebotene Endzeit-Show wie ein Entertainment-Programm, anstatt sich – um in der Metapher zu bleiben – selbst zu ermächtigen und aktiv gegen Drehbuchautoren, Sponsoren und Regisseure vorzugehen oder selbst in die Hauptrolle des eigenen Films zu schlüpfen.

So halten konstruierte Hoffnung, kontrollierte Opposition, Social Engineering und vorgeblich alternative Digital-Angebote wie Telegram oder Bitcoin der herrschenden Kaste die erbosten, enttäuschten und frustrierten Massen vom Hals. Darüber hinaus darf nicht unterschlagen werden, dass auch allgemeine Politikverdrossenheit der schleichenden Machtergreifung des internationalen Korporatismus dienstbar ist. Denn je grösser der Hass gegenüber der eigenen Regierung, gegenüber dem Modell Nationalstaat, desto einfacher lässt sich eine supranationale »Global Governance« unter Ägide der Vereinten Nationen (UN) rechtfertigen und installieren. Problem, Reaktion, Lösung. Hegelsche Dialektik in Reinform.

Dass auch hinsichtlich des vor Russlands Haustüre hochkochenden militärischen Konflikts nichts so ist, wie es in den Leitmedien dargestellt wird – schließlich ist die Wahrheit immer das erste Opfer eines jeden Krieges – dürfte gleichfalls wenig überraschend sein. Sinnbildlich dafür steht ein journalistisches Machwerk der BILD-Zeitung vom 18. Januar 2023, das sich kaum als »Artikel« bezeichnen lässt, und das mit der widersinnigen Überschrift »*Ukraine plant geheimen Wald-Angriff*« aufmacht. »*Geheim*« – aber schon jetzt bei BILD. Die Überschrift wurde zwar zwischenzeitlich geändert und lautet nun: »*Ukraine plant neuen Befreiungsschlag*«, der Vorgang verdeutlicht jedoch einmal mehr, wie

volatil der Zustand ist, den uns der Propaganda-Apparat als Realität verkaufen will.

Und dann ist da noch das Weltwirtschaftsforum (WEF) mit seinem Bilderbuch-Bösewicht Klaus Schwab, der in jedem James Bond Film eine gute Figur machen würde. Mit Sicherheit die dickste Nebelkerze, das größte Ablenkungsmanöver der globalisierenden »Superclass«. Ja, es ist nicht von der Hand zu weisen, dass das WEF Einfluss auf den Lauf der Welt nimmt. Auch nicht, dass in Davos geopolitische wie sozioökonomische Prioritäten gesetzt, Roadmaps koordiniert und Narrative kommuniziert werden.

Koordinieren und *kommunizieren* sind aber nun mal nicht gleichzusetzen mit *entscheiden*. Das WEF ist keine »*Weltmacht*« und operiert schon gar nicht »*im Hintergrund*«, wie Ernst Wolff sein aktuelles, gut recherchiertes, aber auf der Suche nach Verantwortlichen deutlich zu kurz greifendes Buch untertitelt. Das gilt ebenso für das aktuelle Werk von Miryam Muhm namens »Die Krake von Davos«. Auch wenn Elon Musk ins gleiche Horn stößt, als er am 18. Januar schreibt: »*Das WEF wird zunehmend zu einer nicht gewählten Weltregierung, die die Menschen nie gefordert haben und die sie nicht wollen*«.

Schwabs Organisation ist die für eine breite Öffentlichkeit weithin sichtbarste Sammelstelle korrumpierter Karrieristen, die sich der Macht anbiedern. Orientiert man sich an der Aufbauorganisation eines multinationalen Großkonzernes, könnte man das WEF als mittlere bis gehobene Management-Ebene bezeichnen. Keinesfalls jedoch als Vorstandsetage.

Natürlich stimmt es, dass 3.800 »Young Global Leader« aus Schwabs Nachwuchsförderung »*weltweit Kabinette penet-*

rieren«, wie der Davoser Hausherr es selbst formuliert. Richtig ist auch, dass Klaus Schwab inhumane, kollektivistische, neofeudale Ansichten vertritt, sich für Transhumanismus engagiert und einer Unternehmerfamilie entstammt, die mit dem faschistischen Nazi-Regime im Dritten Reich kooperierte. Und es ist zutreffend, dass das jährliche Event in Davos eine im Kern antidemokratische Veranstaltung ist, bei der Politik, Wirtschaft und Medien in verschwiegener Vertrautheit koordinieren, wie sie die ökonomischen Entwicklungen, die mediale Öffentlichkeit, kulturelle Strömungen und die Zivilgesellschaft nach ihrem Gustus manipulieren.

In dem als Beispiel angeführten Großkonzern wäre das Aufgabe eines »Change-Management Teams«, das sich aus Projektmanagern, Kommunikationsprofis und Trainern, die sogenannte »Change Agents« ausbilden, zusammensetzt. Mit genau diesen »Change Agents«, deren Aufgabe es ist, sich unter die normale Belegschaft zu mischen und die gewünschten Änderungen »von unten« anzustoßen, kann man die Mehrzahl der Teilnehmer des Forums vergleichen. Sie sind es, die nach der Lagebesprechung in den Alpen die Massen über Bildschirme und Displays für die Ziele des Klassenkampfes von oben begeistern sollen. Wenn dagegen BlackRock-Chef Larry Fink durch die Gassen von Davos flaniert, ist tatsächlich mal jemand aus der Vorstandsebene zugegen, wie unter anderem die Lektüre von Werner Rügemers Buch »BlackRock & Co. enteignen!« aus dem Jahr 2021 verdeutlicht.

Bei all dem Trubel um das Weltwirtschaftsforum, bei all der Projektionsfläche, die ein Klaus Schwab der kritischen Öffentlichkeit bietet, darf man eines nie vergessen: wenn etwas derart sichtbar ist wie das WEF, wollen »die«, dass man es sieht.

Darüber sollte man nachdenken, anstatt über die wohldosierten Testballons und Buzzword-Panels in Davos.

Stellt sich die Frage: wer sind »die«? Wer trifft die fundamentalen strategischen Entscheidungen, die den Lauf der Welt nachhaltig beeinflussen? Wie setzt sich die Vorstandsebene des internationalen Korporatismus zusammen? Folgt man der Entstehungsgeschichte des WEF in die Vergangenheit, stößt man auf entsprechende Hinweise und Verbindungen. Eine Schlüsselfigur ist der WEF-Ehrenvorstandsgrande und mutmaßliche Kriegsverbrecher Henry Kissinger, den Klaus Schwab bereits 1966 beim von der CIA-Tarnfirma »Fairfield Foundation« finanzierten »Harvard Management Seminar« traf und fortan als Mentor betrachtete.

Fünf Jahre später, im Jahr 1971, rief Schwab, ohne über entsprechende Kontakte zu verfügen, das European Management Symposium ins Leben, das einige Zeit später in Weltwirtschaftsforum umbenannt wurde. Klaus Schwabs Symposium war eine exakte Replika von Kissingers Harvard-Projekt, das mehrere hundert Führungskräfte ausbildete, aber 1969 eingestellt wurde, da Kissinger von seinen Dienstherren wichtigere Aufgaben zugewiesen wurden. In puncto Finanzierung herrschte aber offensichtlich Kontinuität. Denn Schwab übernahm Kissingers Projekt und diente fortan den gleichen Auftraggebern wie sein Mentor. Der prominenteste und einflussreichste: Finanzmogul und Industrie-Tycoon David Rockefeller.

David Rockefeller hatte den in Fürth (Bayern) geborenen Heinz Alfred Kissinger als jungen Emporkömmling mit deutschen Wurzeln beim »Council on Foreign« (CFR) getroffen, einem 1918 initiierten und seit den 1930er Jahren primär von den Industriellen-Familien Ford und Rockefeller fi-

nanzierten Ableger des britischen »Institute of Royal Affairs«, das zeitgleich von Kreisen der angelsächsischen Hochfinanz aufgesetzt wurde. Sprich: der einflussreiche CFR ist lediglich eine US-Dependance des für die englische Krone arbeitenden »Institute of Royal Affairs«, das heutzutage unter dem Namen »Chatham House« firmiert und von London aus maßgeblich die Geopolitik beeinflusst. Ohne sich dabei an demokratischen Prozessen zu orientieren.

Kissinger war beim CFR in den Kreisen der seit Beginn des 20. Jahrhunderts über den Atlantik hinweg kollaborierenden angloamerikanischen Hochfinanz angekommen. Und weil David Rockefeller Gefallen am offensichtlich willfährigen Kissinger fand, ihn unter seine Fittiche nahm und förderte, fand dieser sich bald an exponierter Stelle in Washington wieder, wo er fortan linientreu die globalistischen Interessen von Rockefeller und Konsorten vertrat, wie ich in meinem Artikel über den US-finanzierten Aufstieg Mao Zedongs bereits ausführlich beschrieben habe. Klaus Schwab wiederum vertritt in Folge seit 1971 die Interessen von Henry Kissinger und dessen Gönnern. Für diese Schlussfolgerung braucht es nicht allzu viel kriminalistisches Kombinationsvermögen. Welche Interessen das sind, unterstreicht ein aus guten Gründen recht häufig angeführtes Zitat aus David Rockefellers Memoiren:

»Manche glauben, wir seien Teil einer geheimen Verbindung, welche gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet; sie charakterisieren meine Familie und mich als Internationalisten und behaupten, dass wir uns weltweit mit anderen zur Errichtung einer global integrierten, politisch-wirtschaftlichen Struktur verschworen haben (...).

Wenn das die Anklage ist, bekenne ich mich schuldig, und ich bin stolz darauf.«

In diesen Kontext ist anzumerken, dass Kissingers CIA-Harvard-Projekt weitere Ableger-Organisationen produzierte. Neben Klaus Schwabs Symposium entstand 1982 unter anderem das »Georgetown Leadership Seminar«, dessen Führungskomitee neben Henry Kissinger auch illustre Persönlichkeiten wie Madeleine Albright und Zbigniew Brzezinski angehörten. Gemeinsam mit Brzezinski gründete und leitete David Rockefeller 1973 auch die »Trilaterale Kommission«, die sich speziell um das Zusammenwachsen der drei internationalen Machtblöcke bemühen sollte. Mitglied wird man nur auf Einladung. Wem diese Ehre derzeit zuteil ist, zeigt die offizielle Mitgliederliste der Kommission des Jahres 2022. Aus Deutschland sind das unter anderem Matthias Wissmann (ehem. MdB, Präsident OICA), Martin Weiss (CEO Hubert Burda Mediengruppe), Heinrich Weiss (CEO SMS Group), Klaus-Peter Müller (ehem. CEO Commerzbank), Roderich Kiesewetter (MdB), Michael Inacker (CEO WMP EuroCom), Uwe Fröhlich (Co-CEO DZ Bank Frankfurt) oder Jürgen Fitschen (ehem. CEO Deutsche Bank).

Damit nicht genug der Geheimniskrämerei. Auch der in Wien gegründete »Club 45« wurde durch Kissingers Forum inspiriert und trieb zwischen 1973 und 1992 sein tiefenstaatliches Unwesen. Ebenso das vornehmlich anonym operierende außenpolitische Forum namens »Le Cercle«, das seit 1952 jährlich zusammenkommt, um sich diskret gegen atomare Abrüstung, für den Krieg gegen Terrorismus und europäische Integration zu engagieren. Frühe Mitglieder waren unter anderem Konrad Adenauer und Otto von Habsburg.

In ähnlich radaruntersteuernder Flughöhe operieren die »Bilderberg Meetings«, die zwei Jahre nach »Le Cercle« begannen und seither jährlich stattfinden. Das offizielle Narrativ in Bezug auf Bilderberg war bis vor einigen Jahren, dass es eine solche Gruppe überhaupt nicht gibt. Die zunehmende Emanzipierung des freien Journalismus durch die technologischen Fortschritte des Medienzeitalters setzte dem Verleugnen ein Ende. Denn einfache Bürger begannen, die Events zu dokumentieren. Autoren setzen an, darüber zu schreiben. Bücher, wie jenes von Marcus Klöckner, Björn Wendt und Sascha Pommrenke mit dem Titel »Wie Eliten Macht organisieren – Bilderberg und Co.: Lobbying, Think Tanks und Mediennetzwerke«, analysieren den langanhaltenden Einfluss der Gruppe auf den Lauf der Welt. Regelmäßige Teilnehmer der Meetings waren selbstverständlich David Rockefeller und Henry Kissinger. Nicht umsonst nennt die renommierte Fachzeitschrift The Lancet den Rockefeller-Clan im Mai 2013 »*die einflussreichste Kraft der letzten 100 Jahre hinsichtlich der internationalen medizinischen Agenda*«.

Nachdem selbst die britische Zeitung The Telegraph oder vereinzelte Leitmedien über die streng geheim gehaltenen Meetings schrieben, ging man zähneknirschend an die Öffentlichkeit – indem man eine wenig informative Webseite einrichtete, knappe Teilnehmerlisten veröffentlichte und generische Agenda-Punkte kommunizierte. Man versuchte, den fraglos weitreichenden Einfluss der Gruppe herunterzuspielen, die sich seit nunmehr über fast 70 Jahren trifft. Analog ging man seitens der »Trilateralen Kommission« vor, die nach Jahrzehnten der Verleugnung mittlerweile eine magere und damit trotzdem vielsagende Onlinepräsenz hat. Wer die vorgängig angeführten externen Quellenverweise überprüft, kann ein Muster erkennen. Je stärker ein Social Club, eine

Lobbyisten-Gruppe, eine Geheimgesellschaft oder ein verschwiegener Think Thank durch Angehörige von Hochfinanz, Konzern-Dynastien und altem Hochadel durchdrungen ist, desto spärlicher werden die offiziellen Informationen zu den jeweiligen Aktivitäten.

Lässt sich zur 1889 in Genf gegründeten Interparlamentarischen Union oder der sagenumwobenen Yale-Studentenverbindung Skulls & Bones noch halbwegs ordentlich recherchieren, wird die Informationsdecke bei exklusiveren Elite-Veranstaltungen wie der seit 1902 aktiven »The Pilgrims Society« sehr dünn. Obgleich man immer wieder auf identische Familiennamen stößt: Rockefeller, Carnegie, Ford, Schiff, Morgan, Windsor, Dulles, Bush, Aldrich, Rothschild, von Amerongen, Warburg, et cetera. Daneben begegnet man fortlaufend den seit Jahrhunderten bestehenden Adelsdynastien, so wie der Linie Sachsen-Gotha oder den sonstigen, für den Stand der Monarchie berechtigten »souveränen Häusern erster Abteilung« Europas. Deren antidemokratische, neofeudalistische und augenscheinlich generationsübergreifend-kriminellen Aktivitäten wären durchaus von öffentlichem Interesse. Doch der Zuschauer wendet seinen Blick eben vornehmlich dahin, »wo die Musik spielt« – nach Davos, Lützerath, Berlin, Washington oder Kiew.

Dabei wäre ein Blick ins London des angehenden 20. Jahrhunderts aufschlussreicher, will man verstehen, wer auf der internationalen Bühne tatsächlich den Ton angibt. Denn auch wenn die Vereinigten Staaten mit ihrer Dollar-Dominanz, ihren Geheimdiensten und ihrem Militärapparat als Weltpolizei auftreten, ist das Land der unbegrenzten Möglichkeiten trotz Unabhängigkeitskrieg schlussendlich immer noch Vasall des britischen »Empire« – des »Commonwealth of Nations«, der bis heute 56 Länder und 2,5 Milliarden Menschen

umfasst. Nicht nur der CFR ist ein Ableger der in Großbritannien ansässigen Dachorganisation »Chatham House«, auch die CIA, die aus dem 1942 mit den Briten gegründeten »Office of Strategic Services« (OSS) hervorging, ist schlicht ein Außenposten des mindestens seit 1857 operativen britischen Nachrichtendienstes, der zu dieser Zeit unter dem Titel »War Office« firmierte und heute als SIS (Secret Intelligence Service) oder MI6 (Military Intelligence, Section 6) bekannt ist.

Das britische Empire, das Imperium, »*in dem die Sonne niemals untergeht*«, und das seit geraumer Zeit von deutschstämmigen Adelsfamilien regiert wird, hat nie aufgehört, nach Weltmacht zu streben. So konzentriert sich die finanzielle Macht der westlichen Hegemonie bis heute in der mit rechtlichem Sonderstatus ausgestatteten Enklave der »City of London«, die von der »City of London Corporation« regiert wird. Und die militärische in den Vereinigten Staaten. Dass dies kein Zufall ist, implizieren die präzisen Recherchen des renommierten Harvard- und Princeton-Historikers Caroll Quigley, der die geopolitische Evolution von der angelsächsisch- hin zur angloamerikanisch-dominierten Hegemonie in seinen Büchern »Tragedy and Hope – A History of the World in our Time« (1966) und »The Anglo-American Establishment: From Rhodes to Cliveden« (1981) ausführlich beschrieb.

»Professor Carroll Quigley präsentiert entscheidende Schlüssel, ohne welche die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts niemals vollständig verstanden werden können.« (Google Books)

Wer den Status Quo besser einzuordnen gedenkt, könnte auch beim Testament des vorgängig erwähnten Cecil Rho-

des beginnen, das als Buch im PDF-Format frei verfügbar ist. Rhodes war einer der einflussreichsten Menschen seiner Zeit, siehe Rhodesien oder Rhodes-Stipendien, Gründer der größten Diamantenproduktion der Welt, De Beers, und beschrieb in seinem letzten Willen unmissverständlich, wie er gedachte, seinen Visionen von einem Aufblühen des Empire und einer Neuordnung der Welt posthum Nachdruck zu verleihen – nämlich durch Gründung von diskret operierenden Zirkeln, die Politik, Wirtschaft und Finanzwelt infiltrieren und nach den Vorstellungen von Rhodes und Konsorten beeinflussen sollten. Nach Rhodes' Tod führte Lord Alfred Milner, der vor Winston Churchill die britischen Kolonien regierte, seine Pläne weiter. Er gründete Milner's Kindergarten, aus dem später die sagenumwobene Round Table Bewegung hervorging – von der man auf Basis der Indizien annehmen muss, dass sie in Organisationen wie der UN, Chatham House, dem CFR, der BIZ, dem IWF oder der Trilateralen Kommission aufgegangen ist. Denn die Spur des Geldes trügt in der Kriminalistik selten. Und darum geht es hier: organisierte Kriminalität.

Ein Blick nach London lohnt auch in Bezug auf die postulierte Klima-Apokalypse. Das britische Königshaus erkannte nämlich sehr früh das Social-Engineering-Potenzial dieses Narratives. Das zeigt die Vita von Ex-Prinz Charles. Die Recherchen der US-Autorin Joan M. Veon, die bereits im Jahr 1997 das kaum noch zu ergatternde Buch »Prince Charles: The Sustainable Prince« (D., Prinz Charles: Der nachhaltige Prinz) veröffentlichte, belegen seinen dahingehenden Elan mehr als eindrücklich. So engagierte sich Charles III. seit Mitte der 1980er Jahre für die heute im Fokus stehenden »Nachhaltigkeitsziele«.

Dafür übernahm er die vom »Club of Rome« 1972 unter dem Titel »Limits to Growth« publizierten Thesen zur vermeintlich drohenden Klima-Apokalypse und arbeitete eng mit den Gründern der 1968 ins Leben gerufenen und in Winterthur (Schweiz) ansässigen Nichtregierungsorganisation zusammen. Analog zum »Club of Rome«-Langzeitmitglied Beatrix Wilhelmina Armgard, besser bekannt als ihre »Königliche Hoheit Prinzessin Beatrix der Niederlande«. Außerdem mit dabei und Gründer des »Club of Rome« – wie könnte es bei globalistischen Aktivitäten anders sein – Finanzmogul David Rockefeller, dessen diskret agierende Stiftungen die Welt in den vergangenen 100 Jahren stärker beeinflusst haben als jeder Spitzenpolitiker.

Darüber hinaus gründete der ehemalige Prinz von Wales bereits im Jahr 1985 die Organisation »Business in the Community«, die später zum »International Business Leaders Forum« wurde. Dieses stellte seine Geschäftstätigkeit zwar im Jahr 2013 ein, die operativen Aufgaben führen jedoch zwei daraus hervorgegangene Organisationen fort: das »International Business Leaders Forum Global« sowie die »Partnering Initiative«. Beide widmen sich dem gleichen Ziel wie das omnipräsente WEF und komplementieren dessen Aktivitäten hinsichtlich Zementierung korporatistischer Strukturen auf supranationaler Ebene. Empfehlenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein Blick in die Familien-Archive der Rockefellers oder Rothschilds, die online einsehbar sind und überraschend viele Informationen zur Geopolitik zurückliegender Jahrhunderte bereitstellen.

Von all diesen Namen, Akronymen, Umtrieben und historischen Hintergründen sieht und hört man wenig im öffentlichen Raum. Obwohl selbst der vorliegende Text noch eine sehr oberflächliche Betrachtung dieser Netzwerke und Fi-

nanzkonglomerate darstellt. Allein über den 1872 in San Francisco (USA) gegründeten »Bohemian Club« und sein alljährliches okkultistisch anmutendes Meeting namens »Bohemian Grove«, bei dem unter anderem der deutsche Altkanzler Helmut Schmid mehrfach zugegen war, wie er selbst begeistert in seinem Buch »Menschen und Mächte« berichtet, könnte man seitenweise Details zu Papier bringen.

Und auch der »Good Club«, der sich aus David Rockefeller, Warren Buffett, George Soros, Bill Gates, Oprah Winfrey und Ted Turner zusammensetzte und gemäß Berichten der »THE TIMES« der Bekämpfung der Überbevölkerung verschrieb, wäre eine genauere Betrachtung wert. Doch auch Berichte des The Guardian oder anderer Medien, die von diesem bemerkenswerten wie finanzstarken Zusammenschluss berichteten, erzeugten keinen vergleichbaren Wirbel wie das WEF. Mehr Raum müsste man auch der Organisation »The Giving Pledge« bieten, dem »*Club der Super-Spender*«, wie der SPIEGEL die Philanthropen-Clique von 105 Superreichen in einem Artikel vom 21. Februar 2013 bezeichnete. Öffentlicher Aufschrei? Kritik an Machtakkumulation und antidemokratischer Einflussnahme? Fehlanzeige.

So weit, so schlecht – könnte man meinen. Denn was macht man nun mit der Erkenntnis, dass die Menschheit noch immer unter Feudalherrschaft steht, die Vorstandsebene dieses Systems kaum greifbar ist, die propagandistisch erzeugte Scheinwelt in keinem Verhältnis mehr zur Realität steht und man zeitnah droht, vollends Sklave des eigenen Fortschritts zu werden? Wie geht man damit um, dass die repräsentative Demokratie ein Korsett der Polarisierungsdialektik ist, die Unmündigkeit des Souveräns gewollt?

Wie dispensiert man sich von einem System, von dem man im hohen Maße abhängig ist, während es einen gleichzeitig zu egalisieren droht?

Die wohl schlagkräftigste Waffe gegen den Status Quo ist Ignoranz. Denn das herrschende Konstrukt, ein technokratisch-totalitärer Korporatismus, ist auf ökonomischer Ebene zwar eine marktkonsolidierende Plattform-Ökonomie, im Kern aber eine Aufmerksamkeits-Ökonomie. Man will unsere Zeit, unsere zerebrale Kapazität. Nur über dieses sozialarchitektonische Scharnier ist Social Engineering überhaupt möglich, ist Propaganda und Indoktrination von oben wirksam. Demnach scheint der erste Schritt in Richtung Lösung auf der Hand zu liegen: Einfach nicht mehr beachten! Abschalten, umdrehen, weggehen, selbst machen. Kraft in den Aufbau des Neuen investieren, statt sich mit dem Alten zu beschäftigen. Und so oft wie möglich »Digital Detox«, keine Bildschirme und Displays. Wer zwei Wochen ganz ohne Smartphone, Internet, TV und Nachrichtenflut verbracht hat, spürt wieder, wie sich analoge Realität anfühlt.

Und ohne unsere Aufmerksamkeit, soziale Multiplikatoren, unsere Energie und ein intaktes, von Angst befeuertes Abhängigkeitsverhältnis zum System, wird die »Truman Show« des »New Normal« alsbald an Zulauf einbüßen – und irgendwann eingestellt. Das Publikum hat es sprichwörtlich in der Hand.

Jeder kann entscheiden, ob er nur in einer Lüge – oder die Lüge leben will.

| fertiggestellt am 21. Januar 2023

Reject Your Idols!

Wir leben in einem Dekadenzphänomen. In tradierter Hierarchie der Devotion. Wo der Mensch sich unterordnet, sich verführen lässt, weil er nicht sein eigenes Leben lebt, sondern konfektionierte Existenz-Schablonen. Weil er sich Idole sucht.

Abschließende Notizen zu meinen ersten beiden Texten des Jahres 2023, die sich mit dem Thema Social Engineering auseinandersetzten.

»Reject Your Idols!«, »Reject False Icons!« – oder gar »Kill Your Idols!«. Markige Sprüche aus der Punk- und Pop-Kultur. Laut und auf den Punkt. In der Prä-Internet-Ära konnte man mit solchen Slogans, die bevorzugt in Verbindung mit einem Jesus- oder Präsidenten-Bild im Hintergrund präsentiert wurden, noch provozieren. Pubertierende Fans trugen den einprägsamen Imperativ auf T-Shirts hinaus in eine Welt, die sie glaubten, grundlegend verändern zu können. So wie es die Jugend immer tut. Doch mit zunehmendem Alter, wenn es sich langsam mühsam gestaltet, die verbrauchte Anzahl von Lebensjahren auf dem Geburtstagskuchen mit Kerzen abzubilden, klopft der Ernst des Lebens an die Tür. Auf leisen Sohlen hält die Ernüchterung darüber Einzug, dass von den wilden Träumen, tiefen Überzeugungen, hehren Zielen und großen Plänen der Adoleszenz im Angesichte grauer Realität kaum etwas bleibt – weil der Mensch sich schlussendlich eben doch unterordnet, sich verführen lässt. Weil er nicht sein eigenes Leben lebt, sondern oktroyierte Schablonen. Existenzentwürfe von der Stange. Weil er sich Idole sucht.

Weil er sich an Vor- und Leitbildern, an Autoritäten oder Experten orientiert, Projektionsflächen anstarrt, und schon im

Kindesalter beginnt, sich einem wie auch immer gearteten Identitätsdenken unterzuordnen. Er räumt Ikonen, Institutionen, Systemen – und somit einem externen Wertekodex – Vorrang gegenüber eigenen Prämissen ein. Meist unbewusst. Als wäre er dahingehend programmiert, mental oder emotional so disponiert. Konditioniert. Indoktriniert. Oft genug tatsächlich im Glauben, etwas Gutes für sich, die Familie, die Karriere, die Partei, die Wahrheit oder gar die Gemeinschaft zu leisten, verliert sich die eigene Persönlichkeit wie Staubkörner im Wind. In den vorgefertigten Strukturen des Kollektivs der Wahl.

Intrinsische Bedürfnisse, Bauchgefühl und Erlerntes werden negiert. Die unstillbare Neugier, das Draufgängertum und der naive Tatendrang der Jugend werden ad acta gelegt. Das Dasein verkopft. Für ein Dekadenzphänomen, das man »erfülltes Leben« nennt. Für ein sozial-ethisches Korsett, einer euphemistisch als Gesellschaftsvertrag verklausulierten Assimilation des Geistes, die das grundlegendste Recht des Einzelnen, in Ruhe gelassen zu werden, längst nicht mehr inkludiert.

Derart seelisch-moralisch entkernt erscheint dem Herdenmenschen jede Kritik am gewählten Identifikationsobjekt – ob Religion, Ideologie, Profession, Fußballverein oder Einzelperson – als persönliche Attacke. Protektionismus macht sich breit. Abgrenzungsverhalten.

So funktioniert, stark simplifiziert, die Teile-und-herrsche-Dialektik der Postmoderne. Die Mentalität eines devoten, autozensorischen Konformismus, der vor jedem Dogmatismus kampflos kapituliert. Obwohl früher selbstredend nicht alles besser war. Geschichte wiederholt sich. Götter, Helden,

Lichtgestalten, Führer, Gurus, Erlöser und andere Heilsbringer hatten zeitlebens Hochkonjunktur.

Allerdings haben die Ikonisierung multimedialer Einflussgrößen sowie die ideologiegetriebene Diskurskontamination mit der allumfassenden Digitalisierung des menschlichen Lebensraums seit der Einführung des Smartphones im Jahr 2007 ungekannte Ausmaße erreicht. Die subjektive Wahrnehmung von Realität hat sich drastisch verändert, jegliches Korrelat zur analogen Welt verloren. In diesem Lichte lässt sich konstatieren, dass die eingangs rezitierten Punk-Phrasen deutlich mehr Diskussionspotenzial zu bieten haben als den oberflächlich anmutenden Provokationsversuch. Denn fraglos ist die hominide Sozialkompetenz als gestört und die zwanghafte Identifikationssucht als krank zu bezeichnen. Charakterliche Defizite, mangelndes Selbstbewusstsein und allgemeine Orientierungslosigkeit sind fruchtbarster Nährboden für Identitätspolitik. Für Helden. Ja, das tiefsitzende Verlangen nach Leitbildern ist das Kernproblem einer Spezies, »*die sich mit dem Weltuntergang befassen würde, solange er nur aktuell ist, daraus aber keine Konsequenzen zieht*« (K. Kraus).

So huldigen die vollends Vereinnahmten heute einer Biosicherheitsdoktrin, die Situationen zeitigt, in denen man die FDP für eine liberale Kraft hält und die CDU für eine Alternative zur amtierenden Regierung, obschon mit Merkel der Spuk begann und beide Parteien Lockdowns sowie Ausgangssperren für ein Virus mit Mortalitätsrate im Promillebereich mittrugen. Und aktuell erklären beide Parteien Krieg zu Frieden. Der Gegenpol der Dialektik applaudiert derweil einer Posse, in der man das WEF als Weltmacht verteufelt, aber »Young Global Leader« Elon Musk als Inkarnation von »Tony Stark« inthronisiert. Obgleich sein Imagedesign mehr

als durchschaubar ist und er identische Geschäftsziele verfolgt wie manch anderer in Verruf gekommener Oligarch.

Am erbärmlichsten jedoch wirkt das kulturlose Vakuum des Intellekts, in dem ein Denken das Feuilleton dominiert, das Logik und Kohärenz hintenanstellt, um kognitiven Dissonanzen von links wie rechts Vortritt zu gewähren. Nur, um das Podest, auf dem die Idealisierten predigen, nicht ins Wanken zu bringen.

Ohne den über Jahrhunderte eingeschliffenen, kultisch anmutenden Habitus von Autoritätsgläubigkeit und Personenkult fiele der Homo demens manipulativer Propaganda bei Weitem nicht so unbedarft anheim. Ließe sich nicht derart spielerisch durch die Inszenierungen illegitimer Deutungseliten überrumpeln, wäre sich der inszenierten Gruppendynamik eines neofeudalistischen Systems bewusst, das jede Anstrengung unternimmt, um die Wahrheit mit »alternativen Fakten« relativ erscheinen zu lassen und Bevölkerungsteile gegeneinander aufzuwiegeln. Ohne diese an Leibeigenschaft erinnernde Obrigkeitshörigkeit hätte der moderne Mensch sein Recht auf körperliche Unversehrtheit kaum für ein paar leere Versprechen zwielichtiger Götzen oder eine Bratwurst über Bord geworfen.

An diesem Punkt spannt der vorliegende Text den Bogen zu den ersten zwei Essays des Jahres 2023, die sich ausführlich mit »Stilblüten und Scheingefechten« sowie der von mir als »Truman Show« metaphorisierten, medial-kuratierten Realität unserer Zeit befassten. Mit Social Engineering. Dies, weil die in den referenzierten Texten identifizierte Polarisierungsdialektik des »New Normal«, die den öffentlichen Diskurs mittlerweile vollständig usurpiert hat – Ad hominem und Ad populum, anstatt Sachdiskussion – sich nur deshalb so rasant

etablieren konnte, da ein Großteil der menschlichen Zivilisation unfähig ist, Idole abzulehnen. Weil der Mensch nie gelernt hat, sich selbst Idol zu sein. So lässt er sich ungefragt wie unbedarft von Pseudo-Koryphäen in Politik, Wirtschaft, Kultur, Klerus, Adelsstand oder seinem Milieu befehligen, belügen, bestehlen und beleidigen.

Dabei sind es beileibe nicht mehr nur die Inhalte, die den Intellekt eines jeden klar denkenden Menschen desavouieren, auch die infantilisierend lächerliche Darreichungsform des beschämend durchschaubaren und schwerfällig konzertierten »Woko Haram«-, Cancel Culture- und Protest-Tohuwabohus ist eine Zumutung. Vermeintlich anspruchsvolle TV-Wissenschaftsformate im ÖRR laufen zwischenzeitlich Gefahr, mit der »Sendung mit der Maus« verwechselt zu werden. Was nicht visuell auf zwei bunten Kacheln darstellbar ist, wird nicht kommuniziert. Der Duktus der Regentenkaste, Medienvertreter und Idole normalisiert degenerative Kommunikationsformen. Und die Nachrichten – um sich danach zu richten – gleichen einer eindimensionalen Endlosschleife widersinniger Brainwash-Phrasen. Dem Publikum serviert man diesen meist evidenzfreien Wortsalat, als sprächen die Protagonisten der Einheitsmeinung zu einer Gruppe Lobotomie-Opfer.

In den digitalen Räumen vermittelt die individualisiert-zensurierte Plattform- und Aufmerksamkeitsökonomie passend zur Generaldoktrin den Eindruck, als beherrschten Spaltung, Hass und diametral gegensätzliche Weltanschauungen den Alltag des Normalbürgers. Kaum meldet sich der »User« (so nennt man übrigens auch Drogen-Junkies) auf einer der großen Plattformen an, befindet er sich im Konflikt. Entweder im Inneren, mit sich selbst, weil die Technologie manipulativ, invasiv und trügerisch fesselnd ist, Stress, Angstgefühle,

Soziophobie, Depressionen und emotionale Instabilität befördert – oder im Äußeren, weil er zwangsläufig in Kontakt mit der Meinungsblase des erklärten Opponenten gerät, den Kontrahenten schon an einer Flagge, Spritze, einem Hashtag, dem Pronomen oder einem farbigen Punkt im Profil erkennt. »Icons« und »Emojis« ersetzen so jede unvoreingenommene Konversation. Emotionen entscheiden. Aber so funktioniert soziales Miteinander nicht.

Doch sind ein derartiges Online-Verhalten, der asoziale zwischenmenschliche Umgang in Kommentarspalten und die permanente Konfrontation tatsächlich das Spiegelbild der Realität – eine virtuelle Variante unserer Welt? Ein Abbild des alltäglichen gesellschaftlichen Zusammenlebens? Existieren nur noch Echokammern, Verrückte, Idyll-Bremsen, Hass, Hetze und Chaos? Wollen 63 Prozent wirklich weiter freiwillig Maske tragen, wie zahlreiche Umfragen behaupteten? Oder nur die paar Maskenträger in Bus und Bahn, die man seit Aufhebung der Maskenpflicht in Deutschland noch mit dem Stofffetzen sieht? Sprengt Russland wirklich die eigene Pipeline? Oder leiden weite Teile der Bevölkerung an selektiver Wahrnehmung, kognitiver Dissonanz und dysfunktionalem Sozialverhalten, weil sie die Welt über viele Stunden des Tages nur noch via widersprüchlicher Bildschirm- und Display-Erfahrungen erleben?

Besucht man beispielsweise eines sonnigen Frühlingsnachmittags frohen Mutes ein gut besuchtes Straßencafé in der Fremde, steht niemandem die politische Gesinnung direkt ins Gesicht geschrieben. Niemand trägt seine »Icons« und »Emojis« um den Hals, um dem räumlichen Umfeld seine Meinung zu Corona, Ukraine oder Genderwahn ungefragt und agitierend aufzudrängen. Kaum jemand ist nur aufgrund optischer Merkmale treffsicher als fanatischer Anhänger der

»Woko Haram« oder als »Verschwörungstheoretiker« auszumachen. Abgesehen von ein paar hartnäckigen Klischees, Vorurteilen hinsichtlich milieutypischer Kleidung oder Verachtung für die miserablen Tischmanieren eines Gastes bleiben wir offen. Neutral. Kümmern uns um uns selbst. Lassen jedem das Seine.

Wir teilen die anderen Menschen im Café nicht sofort in die Kategorien »Gut« und »Böse«, Pro und Contra, Freund oder Feind ein, sondern begegnen uns in der Regel mit einem Mindestmaß an Respekt und Empathie. Als Spezies, die sich gezwungenermaßen ein Habitat teilt. Instinktiv versucht man, sich mit seiner Umwelt in einer für alle akzeptablen Weise zu arrangieren. Selbst wenn man sich generell eher misanthrope Anwandlungen bescheinigt. Permanentem Stress, Nervosität und emotionalen Schweißausbrüchen setzt sich wohl kaum jemand mutwillig und mit Freuden aus, wenn er den öffentlichen Raum betritt.

Fällt dem Tischnachbar die Serviette auf den Boden, hebt man sie in der Regel auf und reicht sie freundlich hinüber. Passiert ein Malheur, hilft man. Fehlt auf dem eigenen Tisch der Salzstreuer, fragt man höflich am Nebentisch nach Ersatz. Und watschelt der betagte Pudel eines älteren Ehepaars träge herüber, um sich ein paar Streicheleinheiten abzuholen, lässt man ihm diese in der Regel gerne zukommen – und wechselt noch ein paar Worte mit der gebrechlichen Seniorin, die ihren Vierbeiner wieder unter Kontrolle zu bringen sucht. Ob sie vor einem Jahr noch Nachbarn ohne Maske bitter beschimpft und gestern für die Ukraine gespendet hat, weiß man nicht. Und es fragt sich, ob das in diesem Moment überhaupt eine Rolle spielt.

Ohne äußerlich sichtbare Symbole, Logos, Wappen, Embleme und sonstige identitätsstiftende Merkmale, die der Umwelt unmissverständlich eine bestimmte Überzeugung oder Gesinnung vermitteln, richten wir nicht binnen Sekundenbruchteilen zu Lasten unseres Gegenübers. Deswegen sind Ikonen, Symbolik, Slogans und Idole so fundamental für den Machterhalt eines auf plumper Pro-Contra-Dialektik basierenden Herrschaftsmodells.

Immer dann, wenn man beginnt, sich mit etwas gemein zu machen, sich auf eine Seite zu schlagen, sich mit einer Idee, Gruppe oder Strömung zu identifizieren, entsteht automatisch eine Grenzlinie. Eine Gegenseite. Eine Fraktion, die es zu besiegen gilt. Die zum Hassobjekt wird. Und entmenschlicht. Naheliegendes Beispiel: Maskenträger. Fielen der Masse im Supermarkt bis vor nicht allzu langer Zeit noch jene vereinzelten Menschen auf, die *keine* Maske trugen, sind es nun jene vereinzelten Menschen, die *noch* eine Maske tragen. In beiden Fällen sind en gros Abschätzigkeit, Häme und stille Verachtung das Ergebnis im sozialen Umgang. Fissuren. Konflikte. Spaltung. Die postpandemisch zu diagnostizierende Erosion der Empathiefähigkeit ist ohne Maske als Zugehörigkeitssymbol und Loyalitätsbeweis praktisch undenkbar. Der am Horizont heraufziehende, weitaus totalitärere Maßnahmenstaat der Zukunft, er wäre ohne das massenpsychologische »Corona-Warm-up« rasch als solcher entlarvt worden.

COVID aber hat dahingehend ein einmaliges Exempel nach Machart des Milgram-Experiments statuiert. Wie nun in den USA, in Deutschland und der Schweiz offiziell bestätigt wurde, unter massiver Mithilfe der Leitmedien und Tech-Konzerne. Ohne sie wäre die programmatische Fragmentierung der ohnehin konfrontativen politisch-ideologischen

Meinungsblasen in noch kleinere Partikel gesellschaftlicher Zugehörigkeit nicht umsetzbar gewesen. Stigmatisierung von Nonkonformisten, segregierende G-Reglements, konzertierte, orwellsche Umdeutung sprachlicher Definitionen – all das war konditionierend. Corona war Paradebeispiel und Warnschuss, war Lehrstück und Lektion dafür, wie Social Engineering im Sinne einer Deutungselite auf der großen Bühne des Medienzeitalters funktioniert. Wenn Menschen isoliert werden. Wenn die Welt wie gebannt auf gleichgeschaltete Newsfeeds oder Dashboards starrt – und glaubt. Wie an einen Kult.

Nun hat sich zwischenzeitlich weiträumig die Erkenntnis Geltung verschafft, dass in Bezug auf die vermeintliche Pandemie eigentlich nichts so war, wie von den Massenmedien dargestellt. Die ventilierte Panik war substanzlos. Prognosen waren manipulierter Schrott. Die Lügen kommen ans Tageslicht. Wenn auch nur langsam und tröpfchenweise. Trotzdem erkennen weite Bevölkerungsteile offensichtlich noch nicht, dass auch die anderen »Themen des Tages« nicht nur mit den gleichen Kommunikationsmethoden in den öffentlichen Debattenraum gepresst werden, sondern dass auch die strategischen Ziele dieser Narrative jenen des Viren-Wahns gleichen.

Ob Klima-Apokalypse, Damoklesschwert des Nuklearkrieges, Energiekrise, Panikmache vor und WHO-Verträge wegen weiteren Pandemien, Zuwanderungsdebatte, künstliche Intelligenz, radikale Rechte oder radikale Linke – die Ergebnisse sind stets identisch: mehr Angst, mehr Spaltung – und dann mehr Staat.

Dabei ist gleichgültig, ob etablierte oder neue Medien die Angst-Narrative verbreiten. Ohne Kontextualisierung, kon-

struktives Einordnen und lösungsorientierte Kommunikation befördern Nachrichten – deren Inhalt zumeist negativ konnotiert ist – vor allem Defätismus. Und spielen damit dem System in die Hände, wie Communiqués diverser Regierungen belegen. Siehe »Panik-Papier« des Bundesinnenministeriums oder britische »Nudging-Unit«. Oder in führender Rolle auf diesem Gebiet seit 1947: das Tavistock Institute. Es hat Methode, die Massen zu ängstigen. Dass Kontrolle und totale Überwachung oberste Priorität staatlichen Handelns geworden ist, scheint unübersehbar. Eventuell sogar unstrittig. Das erzeugt Widerstand bei jenen, die sich nicht gutgläubig um die Fahne sammeln. Daher die geradezu panischen Versuche der herrschenden Kaste, Narrative, die ihren Machterhalt sichern, möglichst gewaltlos durchzusetzen. Widerstand verteuert den Wandel.

So kontrollieren gewiefte Machthaber seit jeher beide Seiten des Spektrums, inszenieren oder instrumentalisieren Opposition, Proteste und Attentate, um öffentliche Meinung zu steuern. Sie lassen die korrumpierte Presse lügen, um Mehrheiten und Trends zu simulieren. Um Meinung – im Wortsinne – »*zu machen*«. Sie schaffen Bilderwelten. Syntax wird der schnelllebigen Oberflächlichkeit dieser Ära kaum noch gerecht. Fotos und eine Headline aber verfangen sofort. Diesen kontinuierlich präziser wie aufdringlicher werdenden Manipulationsprozessen der Sozialingenieure kann nur Wind aus den Segeln genommen werden, wenn alle Spektren aufhören, in den Schemata der vorgegeben Dialektik zu denken.

Doch kaum flaut die Corona-Krise ab, schwenkt der Fokus gen Ukraine. Hysterie. Dann zu Energiekrise und den Twitter-Files. Wieder Hysterie. Jetzt »Pfizer-Gate«. Während parallel die drohende Klima-Apokalypse in zunehmender Häufigkeit zur Titelstory avanciert. Ob manipulativ dunkelrot bis

violett gefärbte Wetterkarten des ÖRR im vergangenen Sommer, inszenierte Protestbilder aus Lützerath, das jährliche CO_2-Budget für jedermann oder die 15-Minuten-Stadt, die nichts anderes bedeutet als einen Klima-Lockdown. Da braut sich – oder man – etwas zusammen. Und ohne Widerstand sind die psychosozialen Testballons von heute die Realität von morgen. In Großbritannien werden von Staats wegen bereits vielerorts Straßenblockaden errichtet, die die Bevölkerung daran hindern, motorisiert einen festgelegten Radius zu verlassen. Die »Councils« der einflussreichen »Net-Zero-Allianz« UK100 unterzeichneten unlängst eine Erklärung, um das 15-Minuten-Radius-Gehege landesweit zu ermöglichen.

Natürlich wirkt das von oben angepriesene Utopia von Zeitenwende und Agenda 2030 vordergründig verlockend, wie etwas Gutes. Der Weg dorthin wird meist als alternativlos dargestellt. Externe Zwänge und Faktoren. Und wer möchte nicht gern mithelfen, die Welt zu retten? Aber: wenn es nach der EU und vielen anderen UN-Mitgliedsstaaten geht, soll die Weltwirtschaft bis 2050 vollständig dekarbonisiert sein. Damit bliebe für jeden Menschen rechnerisch ein jährliches CO_2-Budget von eineinhalb Tonnen. Dieser Wert ist nicht mal von einem vegan lebenden Obdachlosen, der keinerlei elektronische Geräte besitzt, zu erreichen. Es sei denn, er stellt das Atmen weitgehend ein.

Tot wäre er dann natürlich nicht, folgte man Robert Habecks Logik, er würde nur nicht mehr weiterleben. Das kollektivistisch verbrämte Utopia der »Green Economy«, der »vierten Industriellen Revolution«, das uns der supranationale Korporatismus da verkaufen möchte, wird auf dem Rücken von Abermillionen ausgebeuteter Menschen im globalen Süden errichtet.

»Wokistan« baut seine moralisierenden Mauern auf den Ruinen der Zukunft.

Auf sozialen Ungleichheiten, beispielloser Armut, Raubbau an der Natur und Krieg. Da ist überhaupt nichts »*nachhaltig*«. Außer, dass diese »Green Agenda« die Dominanz des wertewestlichen Neokolonialismus nachhaltig sichern soll. Obschon kaum jemand Mutter Erde heftiger vergewaltigt als die internationalen Rohstoff-Konglomerate und Minen-Konzerne, die – oft von geschundener Kinderhand – seltene Erden, Smartphone- und Batteriebestandteile aus der Erde der Entwicklungsländer scharren lassen.

»Skynet« ist gierig. Und nichts dem Herrschaftskomplex wichtiger als die vollkommene, granulare Digitalisierung des Alltags. Die Technokratie. Nur über diesen sozialarchitektonischen Hebel und die damit einhergehende Dehumanisierung des Lebens ist der totalitäre Öko-Gulag des »Net-Zero«-Projektes überhaupt möglich. Entmenschlichende Tendenzen sekundierend, zieht derzeit gehäuft das Thema »Artificial Intelligence« (AI) seine Kreise im öffentlichen Raum. Im Kontext transhumanistischer Strömungen lösen die skizzierten Szenarien biochipbasierter Überlegenheit, die düsteren Geschichten von künstlicher Superintelligenz, Singularität und dem Ende unserer Spezies das gleiche aus wie alle Herrschaftsnarrative – Angst.

Aktuelles Beispiel: »ChatGPT«. Ein für jeden zugängliches AI-Projekt auf dem Wissensstand von 2020, mit dem man nach kostenloser Anmeldung interagieren, diskutieren oder Inhalte produzieren kann. Die künstliche Intelligenz schreibt auf Kommando selbstständig Fachaufsätze, philosophische Essays, Gedichte und Software-Code oder beantwortet x-beliebige Fragen aller Themengebiete. Vor einigen Tagen be-

stand die Maschine im Alleingang verschiedene Examensprüfungen an US-Universitäten.

Nicht nur Kinder, Berufsschüler oder Studenten empfinden nach anfänglicher Faszination für die Fähigkeiten dieser Innovation so etwas wie Ohnmacht. Auch bei vielen Berufstätigen dürfte alsbald die Gewissheit reifen, dass sie in absehbarer Zukunft von einem ähnlich gearteten Automat abgelöst werden könnten. Und angesichts der Tatsache, dass man sich künftig in Konkurrenz mit so einem omnipotenten »Ding« am Arbeitsmarkt befinden wird, kann man sich schon einmal obsolet vorkommen.

»ChatGPT« erzeugt Angst vor einer Technologie, die sich des Homo sapiens schleichend entledigt – zunächst im digitalen Raum, gesteuert von autonomen Algorithmen, entwickelt zur automatisierten Zensur von Gegenöffentlichkeit. Anschließend auf psychischer Ebene. Durch invasive Technologie, die krank macht, und Simulation einer dunklen Realität. Einer Matrix, die unweigerlich Resignationsgefühle auslöst. Und in letzter Konsequenz physisch, da eine Super-AI, die selbstständig agiert, lernt und sich demzufolge Zugriff auf alle Systeme schafft, den Homo sapiens zwangsläufig als Bedrohung für ihren Lebensraum einstufen und vernichten wird. Wer annimmt, solch ein »Terminator«-Szenario läge in weiter Ferne, sollte sich bewusst machen, dass schon 2017 mehr als die Hälfte des gesamten Internet-Traffic automatisch erzeugt wurde. Von »Bots« und »Malware«. Von Schadprogrammen. Tendenz: steigend, wie Statista vor allem für den Zeitraum ab 2020 attestiert.

Nicht vergessen sollte man in diesem Kontext, dass die NASA, die einen Großteil ihres üppigen Budgets für militärische Forschung aufwendet, den Beginn des Zeitalters der

»*genetischen Kriegsführung*« bereits im Jahr 2001 präzise auf 2020 prognostizierte. Die Machtübernahme durch Maschinen prophezeite die Weltraumagentur für 2030 ff. Es bleibt also noch etwas Zeit, die Wachablöse durch den Cyborg oder »Skynet« zu verhindern. Sputen sollte sich unsere Spezies trotzdem. Denn die Kakophonie psychologischer Kriegsführung, der sich eine Klasse moderner Lohnsklaven derzeit ausgesetzt sieht, wird begleitet von kontinuierlich rückläufiger Fertilität. Ab 2060 schwingt das Bevölkerungswachstum nach aktuellen Berechnungen global ins Negative um.

Und genau daran arbeiten Pharma-Mafia, biosoziale Forschung und Bioethik, wie sich die Eugeniker heutzutage bevorzugt nennen. Depopulationsvisionen waren selten so en Vogue. Klima-Apokalypse und so. Der Klassenkampf von oben zeichnet sich nicht mehr durch physische Gewalt aus, sondern durch mentale Vereinnahmung der Opfer. Durch das Brechen des Willens. Durch das perfide Vortäuschen eines Solidaritäts- und Gemeinwohlgedankens, eines Kollektivs, das totalitäre Übergriffigkeit mit orwellschem Neusprech übertüncht. Durch Simulation von Realitäten, die das politische Handeln alternativlos erscheinen lassen. Durch Aufbau und Abriss von Feindbildern nach Belieben. Durch Spaltpilze, deren Sporen nach Ausbringung zunächst unauffällig keimen, häufig über Jahre und Jahrzehnte, die unter der Oberfläche der Massenwahrnehmung gedeihen, subkutan ihr Myzel ausbilden – bis die herrschende Kaste sich ihrer zu bedienen sucht und der Fruchtkörper plötzlich über Nacht platzt.

Je poröser unser Geflecht sozialer Bindungen wird, je weiter das lose Gefüge digital isolierter Pseudo-Individualisten auseinanderdriftet, desto sicherer ist den Geostrategen und So-

zialingenieuren der Machterhalt. Darum schaltet der Nudging-Apparat stets einen Gang zu, sobald sich ein entscheidender Protagonist demontiert oder ein elementares Herrschaftsnarrativ droht, zu implodieren. So blasen die Propaganda-Posaunen dieser Tage im Fortissimo.

Denn das eigentliche Grundkapital der Regierenden, die Vertrauenswerte, wetteifern seit Jahren um neue Negativrekorde. Weniger als die Hälfte der deutschen Bevölkerung glaubt, dass man seine Meinung im Lande noch frei äußern kann. Die Wahlbeteiligung ist über die Dekaden hinweg konstant rückläufig. Die Politikverdrossenheit nimmt zu. Entertainment ist spannender. Sodass die etablierten Parteien zusammen gerade noch etwa eine Million Mitglieder zählen. Bei knapp 84 Millionen Einwohnern, von denen 61 Millionen wahlberechtigt sind.

Das wachsende Desinteresse an der spitzenpolitischen Schmierenkomödie ist ein deutliches Signal dafür, dass sich das System längst selbst delegitimiert hat. Doch anstatt die Ursachen zu bekämpfen und die Demokratie durch mehr Partizipation zu beleben, naheliegenderweise nach dem Vorbild der Schweiz, arbeiten Deutschland und die EU an Konzepten des »prädiktiven Wählens«. Sprich: das Smartphone stimmt in elektoralen Zyklen automatisch für seinen Besitzer ab. Denn es weiß aufgrund des permanenten Datendiebstahls ohnehin mehr über ihn als er selbst. Eine Demokratur der Degeneration. Demnächst in einer »15-Minuten-Stadt« oder »Smart City« in ihrer Nähe.

Die Ära der 2020er Jahre steht für nichts Geringeres als den Beginn eines offen geführten, historisch bedeutsamen, globalen Kampfes um die Existenz der Spezies. Es geht um freies Leben oder Freiluftgefängnis. Um sozialen Zusam-

menhalt oder technokratisch-totalitäre Isolationshaft. Um die Souveränität des Einzelnen – oder Vereinnahmung durchs Kollektiv.

»*Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht*«, heißt es so schön. Aber wie? Nach dem Motto: »*Macht kaputt, was euch kaputt macht!*«? Oder vielleicht mit »*Friede den Hütten, Krieg den Palästen!*«, wie man früher häufig auf Postern in versifften Jugendzimmern lesen konnte? Unwahrscheinlich, dass mit solch spätpubertären Revolutionsfantasien noch ein Blumentopf zu gewinnen ist. Zumal Revolution nur neue Idole nach oben spült und das entstandene Machtvakuum schlicht mit einer weiteren Portion heißer Luft gefüllt wird. Dabei wäre ein Funken Anarchie vermutlich nicht das Schlechteste. Denn im Gegensatz zur landläufigen, antrainierten Assoziation steht Anarchie nicht für die Abwesenheit von Ordnung, sondern für Abwesenheit von Herrschaft. Und das ist im Grunde Kerngedanke direkter Demokratie. Leitlinie des Subsidiaritätsprinzips. Spontane Ordnung. Selbstverwaltung.

Sinnvoll wie sofort realisierbar wäre dezentrale Organisation auf kleinstmöglicher Ebene. Dieser Ansatz hat nichts mit Revisionismus, einer Absage an die Völkerverständigung oder »De-growth«-Bestrebungen zu tun, sondern mit Systemlehre. Wer annimmt, anarchische Organisation bedeute Rückschritt oder schwindende Wirtschaftskraft, verwechselt Ökonomie mit Sozialarchitektur. Nach dem spanischen Bürgerkrieg waren die anarchisch organisierten Regionen ungleich produktiver als der Rest des Landes. Und wer bei solchen Überlegungen an strukturell zementierten Denkschablonen wie Reich, Staat, Land, Währung oder Handelszöllen hängen bleibt, ist Opfer von Indoktrination und Social Engineering. Seine Religion ist Etatismus.

Diesem dürfte ein Großteil der Zivilisation verfallen sein. Deswegen muss man ab und an schreien, um sich in der aktuellen Auseinandersetzung Gehör verschaffen zu können. Metaphorisch gesehen. Manchmal auch dem Wortsinn nach. Nur wo eine Reaktion provoziert wird, entsteht Interaktion. Katharsis. Wie bei guter Kunst. Und das braucht die Gesellschaft mehr denn je. Über alle ideologischen Barrieren hinweg. Denn wo eine engagierte Diskussion zu einem Sachthema als Mikroaggression verteufelt und die emotional engagierte Debatte um Standpunkte als passive Aggression oder verdeckte Gewalt geahndet wird – was an US-Universitäten bereits gang und gäbe ist – glänzt Demokratie höchstens mit Abwesenheit.

Der Demos organisiert sich idealerweise durch eigenverantwortliches Erstreiten des Konsens. Aber ohne Reibungshitze ist dieser kaum herzustellen. Konflikte sind normal. Waren es immer. Nur deren konstruktive Lösung ebnen den Weg in eine kollaborative Zukunft für alle Teilnehmer eines Systems. Moralische Leitplanken, humanistische Grundsätze und unveränderliches Naturrecht sorgen in der Regel dafür, dass sie nicht eskalieren. Wenn eine Gemeinschaft nicht konfliktfähig ist, sich nicht selbst zu Entscheidungen und Lösungen durchringen kann, bekommt sie diese vorgesetzt. Durch Zentralismus. Durch eine Neuauflage von Kulturrevolution und unerbittlichen Klassenkampf von oben.

Schon eine alte Redewendung stellte fest: »*der Fisch stinkt immer vom Kopf her*«. Sollte also in naher Zukunft nicht aus allen Ecken der Zivilgesellschaft der Lärm engagierter Streitgespräche, ehrlicher und hart geführter Diskussionen hallen, engagierter Schlagabtausch und ergebnisoffene Auseinandersetzung zwischen allen Lagern, Parteien und Spektren den Debattenraum erfüllen, sodass daraus eine Form von de-

mokratischem Momentum, Selbstermächtigung und partei-übergreifender Initiative für Selbstbestimmung hervorgeht, passiert der Menschheit genau das, was ihr in der Zivilisationsgeschichte bisher immer passierte: sie folgt einem Idol – und zwar in den Abgrund.

»Falls Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.« (George Orwell, Animal Farm: A Fairy Story, 1945)

| fertiggestellt am 04. Februar 2023

Gestatten – Bush

Das generationsübergreifende Verbrechersyndikat der Familie Bush: Ein Jahrhundert Betrug, Banken-Kartelle, Bomben und Faschismus. Ginge es nach ihnen – und hätte es General Smedley Butler nicht gegeben – wären die Vereinigten Staaten heute eine Diktatur. Geschichte, aus der es zu lernen gilt.

Nach einer entlarvenden Betrachtung von Bertrand Russel nun der zweite Teil einer losen Reihe von Portraits, die mittels historischer Kontextualisierung und einem genaueren Blick auf einflussreiche Personen der Vergangenheit versuchen will, Entwicklungen der Gegenwart in einem klareren Licht erscheinen zu lassen. Denn Geschichte wiederholt sich – wenn wir es zulassen.

Warum Bush? Der Präsident? Welcher Bush überhaupt? Und warum gerade jetzt? Kein Mitglied des Clans bekleidet derzeit ein wichtiges Amt – die vermutlich ersten Gedanken, die dem Leser der Überschrift in den Sinn kommen mögen. Und die Antwort ist relativ simpel: die Familie Bush ist das Paradebeispiel für einen verstörenden Umstand, den ich in meinen Texten wiederholt als »generationsübergreifend organisierte Kriminalität« bezeichnet habe. Sie steht stellvertretend für Habitus und Selbstwahrnehmung einer »Super Class«, wie Autor David Rothkopf die einflussreichsten 7.000 Menschen der Welt in seinem gleichnamigen Buch aus dem Jahr 2008 bezeichnete. Für eine Kaste, die für sich das Recht beansprucht, keine Gesetze befolgen zu müssen.

Damit stehen die Bushs in einer unrühmlich langen Liste von Verwandtschaftskonglomeraten, die über Dekaden und abseits jeglicher demokratischen Prozesse massiven Einfluss

auf die internationale Wirtschaft, den Wissenschaftsbetrieb, Bildung, Geopolitik und gesellschaftliche Entwicklungen genommen haben. Aber kaum jemand agierte dabei aggressiver und offensichtlicher – und damit medial besser dokumentiert – als jene Familie, die von der BBC noch im Dezember 2018 als die »*modernen Kennedys*« bezeichnet wurde, obschon sie mehr auf dem Kerbholz hat als die meisten Mafiosi.

Die unglaubliche bis ungeheuerliche Geschichte des Bush-Clans verdeutlicht nicht nur, mit welch neofeudalistischen Überzeugungen und Netzwerken wir es in der Kaste der Herrschenden zu tun haben, sie belegt auch, dass die häufig als »Tiefenstaat« bezeichneten Machtstrukturen hinter der Fassade offizieller Regierungsgeschäfte nicht nur real, sondern zumeist eigentliche politische Kraft im Lande sind. Dabei ist es naiv anzunehmen, derartige Verhältnisse bestünden nur in den Vereinigten Staaten, wie schon mein separater Artikel über den europäischen Hochadel belegt.

Allerdings gehen die Industrie- und Finanz-Eliten in Amerika besonders dreist, ruch- und skrupellos vor, um offizielle Ämter zu penetrieren und ihre Agenda mittels politischer Vehikel zu forcieren. Man hält mit seinem Machtanspruch oder Reichtum nicht hinterm Berg. Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten scheint nämlich vor allem in puncto Korruption alles ungesühnt möglich zu sein. Zudem erscheint es dieser Tage geradezu als ein Ding der Unmöglichkeit, das Präsidentenamt der USA zu bekleiden, entstammt man nicht einer der hiesigen Oligarchen-Dynastien, oder ist zumindest Protegé einer solchen.

Entsprechend das Vorgehen im Hause Bush. Dort diente man sich mit Geld, Einfluss und verdeckt operierenden Netz-

werken zunächst Hochfinanz und militärisch-industriellem Komplex an, um sich in Folge entsprechender Allianzen Unterstützung für die eigene Roadmap eines neokolonialistischen Raubtierkapitalismus zu sichern. Anschließend begann man, den amerikanischen »Deep State« zu infiltrieren, um Geheimdienste, Militär und Legislative zum verlängerten Arm der eigenen Agenda zu machen. Diese richtete sich stets nach den finanziellen und geopolitischen Interessen der amerikanischen Banken-Kartelle. So entstanden die »Corporate States of America«. Ein Korporatismus unter Rockefeller, Morgan, Du Pont, Ford, Warburg, Schiff und Co. Nur durch diese korrupten wie korrumpierten Verflechtungen der Macht war es den Patriarchen des Bush-Clans möglich, ungleich erfolgreicher als ihre Konkurrenten in politische Hochämter vorzudringen.

Und das mit einem beträchtlichen Ausmaß an krimineller Energie. Nicht umsonst untertitelte Autor Russ Baker sein Buch über die Sippe aus dem Jahr 2009 – »Family of Secrets« – mit der Zeile: »*Amerikas geheime Regierung und die versteckte Geschichte der letzten 50 Jahre*«. Noch klarer wird nur Roger Stone, der seinen aufschlussreichen Wälzer über den Clan aus dem Jahr 2016 direkt »Jeb and the Bush Crime Family« nannte. Und tatsächlich erinnert die Geschichte der 1510 in England erstmals erwähnten Bushs eher an eine Verbrecherorganisation als an eine Familie politisch engagierter Geschäftsleute.

Betrachtet man den vollständigen Stammbaum des vergangenen Jahrhunderts, der eigentlich aus vier Zweigen bestehenden »Bush-, Walker-, Pierce- und Robinson-Dynastie«, wird klar, dass familiäre Expansion in diesen Kreisen Methode hat. Wie auch das Ehelichen von Verwandten zweiten Grades. Die verheerenden gesundheitlichen Folgen dieser in-

zestösen Tradition ist hinlänglich bekannt und dokumentiert. In Großbritannien beschäftigen sich ganze Forschungsgruppen mit dem königlichen Blut, mit Erbkrankheiten, Gendefekten und sonstigen Insuffizienzen, die durch das royale »Inbreeding« verursacht werden.

Dabei – das muss in diesen Zeiten leider angemerkt sein – ist es unerheblich, welchem Glaubensbekenntnis sich die verschiedenen Clans verpflichtet fühlen, welche Hautfarbe sie haben oder welchem Kulturkreis sie angehören. In meiner Werteordnung existieren nur zwei Sorten von Menschen: gute und schlechte. Und die vorgängig aufgezählten gehören ganz sicher nicht zur ersten Kategorie.

Das belegt schon das rege Engagement der Bushs für die 1832 von der Opium schmuggelnden Universitäts-Gründerfamilie Russel initiierte, mythenumrankte Studentenverbindung »Skull & Bones«, einem düsteren wie einflussreichen Zirkel mit Sitz an der Elite-Hochschule »Yale« (Connecticut, USA). Der US-Autor Webster Griffin Tarpley nennt diese Verbindung in seinem Buch über George Bush Senior den »*rassistischen Albtraum in Yale*«. Die Mitgliederliste spricht Bände. Und das mit dem Opium ist mitnichten keine Ausnahme. Viele US-Dynastien gründen ihren Reichtum auf dem Opiumhandel. So auch die Namensgeber des Forbes-Magazine. Selbst der History Channel berichtete am 30. Mai 2018, dass der erste Multimillionär Amerikas, John Jacob Astor, seinen Reichtum einer Karriere als Drogendealer verdankt.

Yale ist im Übrigen jene Ivy-League-Bildungsstätte, ohne die Mao Zedong nie zum »überragenden Führer« und Massenmörder geworden wäre. Yale ist ein Inkubator für neofeudale Geopolitiker, Geheimdienstler und Deep-State-Akteure.

Für die politischen Eliten des Landes. Siehe Fotos im Yale-Archiv, die unter anderem Mao in vertrauter Runde mit Henry Kissinger zeigen; oder Artikel der »Yale Daily News«, die stolz die »*Leistungen*« des »*ehrenwerten*« Alumnus Mao Zedong loben. Wohlgemerkt, nachdem er Millionen von Menschen auf dem Gewissen hatte. Oder der Einfluss von Yale-Absolventen und »Skull & Bones«-Mitgliedern auf das Entstehen der Sowjetunion, auf China als erste Technokratie der Welt und die beiden Weltkriege. Die Uni bietet ein Studium, ausgelegt auf imperialistische Brandrodungen und Neokolonialismus, so scheint es.

Vielsagend wie verblüffend ist demzufolge die Absolventen-Liste der Universität. Neben so schillernd benamsten Abgängern wie Bonaparte, Nachfahren von Napoléon Bonaparte, brachte die Uni vor allem Präsidenten, Vize-Präsidenten, unzählige Senatoren, Bundesrichter, Gouverneure, Diplomaten, Autoren, Pulitzer- und Nobelpreisträger hervor. In einer Fülle, die Programmatik nahelegt. Mittendrin – Familie Bush, beziehungsweise deren männliche Vertreter. Denn Frauen sind bei »Skull & Bones« nicht zugelassen. Welch weitreichenden Einfluss die geheimnisvolle Studentenbewegung auch international hat, zeigen die Recherchen des angesehenen Historikers Antony C. Sutton.

Schon 1985 verfasste er das Taschenbuch »How the order controls education«, mit dem er aufzeigt, wie das angloamerikanische Bildungssystem, und damit auch die Bildung im nachziehenden Europa, von den Yale- und Bonesman-Eliten zu ihren Gunsten manipuliert wurde und wird. Sein 2002 veröffentlichtes Buch »America's secret establishment: an introduction to the order of Skull & Bones« geht noch tiefer und belegt mit detaillierten Recherchen den globalen Einfluss der Gruppe, die seit 1832 jährlich 15 neue Adepten auf-

nimmt, um sie auf eine Rolle an den Schalthebeln der Macht vorzubereiten. In der Kurzbeschreibung zum Buch liest man:

»*Enthüllung der wahren Ambitionen und Ziele des Ordens und seiner Agenda zur Schaffung einer Neuen Weltordnung, einer Welt bewohnt von einer verdummten Gesellschaft von Bürgern, die mit ihrer Rolle zufrieden sind, die Autoritäten nicht in Frage stellen und darauf trainiert sind, sich unterzuordnen – vor allem der Staatsgewalt.*«

Analysiert man den Status Quo, scheint das Ziel dieser bald 200 Jahre bestehenden, kriminellen Vereinigung weitgehend erreicht. Weiterführende Informationen lieferte Sutton mit fünf Co-Autoren in einem weiteren Werk namens »*Fleshing Out Skull & Bones: Investigations Into America's Most Powerful Secret Society*«, welches im Jahr 2003 erschien. Der Umfang des vorliegenden Formats kann der schieren Fülle an Informationen, die es in diesem Kontext aufzuzählen gälte, natürlich nicht gerecht werden. So sollen die folgenden Zeilen lediglich einen Überblick zu den folgenschwersten Vergehen des Bush-Clans bieten und anhand der referenzierten Original-Literatur zur selbständigen Verifikation animieren.

Um zu verstehen, mit welchen Methoden die Bushs zu Reichtum gelangt sind, beginnt man am besten bei Samuel Prescott Bush (1863 – 1948), dem Sohn eines anglikanischen Priesters. Samuel legte den Grundstein für den späteren Einfluss der Familie. Er wuchs in 20 Kilometern Entfernung zur Elite-Universität Princeton auf, 15 Kilometer entfernt von »Rocktown«, dem Erstsiedlungsort der deutschstämmigen Familie Rockefeller aus Rockenfeld, einem kleinen Kaff unweit von Neuwied. Nachdem er sein Studium in Hoboken (New Jersey) abgeschlossen hatte, wurde Samuel Prescott

Bush Generaldirektor der »Buckeye Steel Castings Company« – einem Unternehmen, das Frank Rockefeller gehörte, dem Bruder von Ölmagnat John D. Rockefeller.

Unter Samuels Kunden befanden sich die Unternehmen von Edward Henry Harriman, eine weitere Familie neben den Rockefellers, mit der die Bushs bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs eng verbunden bleiben sollten. Und als 1918 das amerikanische »War Industry Board« (Rat für Kriegsindustrie) umstrukturiert wurde, weil sich die USA auf den Eintritt in den ersten Weltkrieg vorbereiteten, übernahm Samuel Bush die Leitung für den Bereich »Waffen und Munition«, trug die Verantwortung für die staatliche Unterstützung von und die Beziehungen zu Munitionsfirmen. Er koordinierte fortan die Rohstoffbeschaffung der Wilson-Regierung und war zu einem der wichtigsten Industriellen seiner Zeit avanciert.

Und er hatte fünf Kinder. Eines davon war Prescott Sheldon Bush (1895 – 1972), Vater von George H. W. Bush (1924 – 2018), dem 41. Präsidenten der USA und Großvater von George W. Bush (geb. 1946), dem 43. Präsidenten der USA. Prescott war bereits in jungen Jahren führendes Mitglied von »Skull & Bones«. Mit Verbindungsmitgliedern stahl er 1918 den Schädel des legendären Apachen-Häuptlings Geronimo, der im Jahr 1909 nach zwei Dekaden Kriegsgefangenschaft in Fort Still (Oklahoma, USA) verstarb. Bush und seine Mannen verbrachten Geronimos Gebeine in die als »Tomb« (Grab) bezeichneten Räume der Studentenverbindung, die zwar auf dem Gelände von Yale stehen, rechtlich jedoch eigenständig gestellt sind. Daher bleiben laut Berichten der New York Times wohl auch die zahlreichen Klagen gegen Yale, »Skull & Bones« oder die Familie Bush selbst erfolglos, die seit 1986 von Nachfahren der indigenen Legende an-

gestrengt werden, um die Herausgabe der leiblichen Überreste des einstigen Stammesführers zu erwirken.

Diese offensichtliche Ignoranz jeglicher Moral durchzieht das Leben von Prescott Sheldon Bush. Denn nachdem er Dorothy Walker geheiratet hatte, die Tochter eines einflussreichen Bankiers, verschaffte dieser seinem Schwiegersohn einen Posten beim 1818 gegründeten und bis heute privat geführten Bankhaus Brown Brothers Harriman, das seinerzeit William Averell Harriman gehörte – während des Zweiten Weltkriegs Botschafter der USA in der Sowjetunion, auf Du und Du mit Churchill, Stalin oder US-Präsident Truman, und später Koordinator des Marshallplans. Mit dessen Bruder, Roland Harriman, war Prescott bereits gemeinsam bei »Skull & Bones«. So schließen sich Kreise.

Dann ging Prescott Bush in die Politik. Dank seines Netzwerkes reüssierte er bei den Republikanern und wurde 1952 im zweiten Anlauf zum US-Senator im Bundesstaat Connecticut gewählt. Dieses Amt hielt er bis 1963. Weitere einflussreiche Positionen folgten. Richard Nixon betrachtete Prescott Bush als seinen politischen Mentor und holte vor wichtigen Auftritten dessen Rat ein. Später machten Bush und seine Buddys Nixon zum US-Präsidenten. Diese »Bilderbuchkarriere« gelang Prescott Bush trotz seiner aktiven Unterstützung für das deutsche Nazi-Regime unter Hitler und der Tatsache, dass sein Unternehmen signifikante Profite aus der Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern zog. Am 25. September 2004 titelte die britische Zeitung The Guardian: »*Wie Bushs Großvater Hitler zur Macht verhalf*«. Am 13. Januar 2015 berichtete FOX News über Prescott Bush und seine Unterstützung für die Nationalsozialisten, die ohne massive Hilfe der Wall Street niemals so ein Momentum hätten generieren können.

Diese Fakten sind nicht neu und unstrittig. Ebenfalls 2004 verklagte zum Beispiel die »Projektgruppe Ausschwitz« den Enkel von Prescott Bush, George Bush Junior, auf 400 Millionen US-Dollar Schadenersatz, weil das über Generationen vererbte Vermögen des Bush-Clans primär aus der Zusammenarbeit mit Hitlers Regime stammt. Neun Jahre später, im Jahr 2013, entschied denn auch endlich ein US-Richter, dass Bush Junior vor Gericht auszusagen habe. Passiert ist erwartungsgemäß nichts. »*Sie (die Bushs) haben an den ganzen Geschäften mit der Schwerindustrie verdient und hinterher noch Entschädigungen kassiert. Ein Gutteil ihres Vermögens stammt aus Geschäften mit dem Dritten Reich*«, so Eva Schweitzer in ihrem Buch »Amerika und der Holocaust – Die verschwiegene Geschichte« aus dem Jahr 2004. Verantworten musste sich von den Bushs bis heute niemand.

Prescott Bush und seine Bank »Brown Brothers Harriman« waren in den 30er-Jahren der wichtigste Ansprechpartner für die Industrie des Dritten Reiches. Fritz Thyssen, von der Zeitung »New York Harald Tribune« als »Hitlers Engel« bezeichnet und einer der ersten finanziellen Unterstützer der NSDAP, stand in regem Kontakt mit der Wall Street Hochfinanz. Handel mit Deutschland war in den USA nicht illegal. Erst als Präsident Roosevelt sechs Tage nach Pearl Harbour entsprechende Gesetze erließ, änderte sich das. Am 20. Oktober 1942 ordnete die US-Regierung die Einstellung des Bankverkehrs mit Deutschland an.

Doch nach Recherchen des Autors Mark Gorton belegen deutsche Dokumente, die Richard Nixon im Jahr 1945 als Anwalt bei der US-Navy sichtete, dass die Nazis noch bis zu diesem Zeitpunkt mit Allen Dulles, einem verdächtig engen Vertrauten der Familie Bush, zusammenarbeiteten. US-Bundesdokumente weisen gar aus, dass Prescott Bush noch

bis 1951 mit den Resten von Nazi-Deutschland kooperierte. Dulles und Bush mischten jedenfalls kräftig mit beim Chaos in Kontinentaleuropa.

Dulles hatte schon 1917 mit Lenin in der Schweiz verweilt, bevor dieser in einem deutschen Zug nach Sankt Petersburg transportiert wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg war Dulles als Diplomat in Versailles, um am Friedensvertrag mitzuarbeiten. In den späten 1920ern und frühen 1930ern traf er sich als in Bern (Schweiz) stationierter Leiter des OSS (Office of Strategic Services), der Vorgängerorganisation der CIA, mit Hitler, Mussolini und Litvinov. Dulles sprach auch mit Joseph Goebbels und schwärmte im Nachgang von dessen »*Ehrlichkeit und Offenheit*«, wie Peter Grose in seinem lesenswerten Buch über den späteren CIA-Direktor schreibt (S. 111-116). Und der Journalist James Corbett umschrieb Allen Dulles einst treffend mit den Worten: »*Diplomat, Spion, Wall Street Anwalt, Regierungssturz-Spezialist, Nazi-Kollaborateur, MK-Ultra Boss, Faschist und Präsidenten-Mörder*«.

Diese Eigenschaften standen der Verleihung der »National Security Medal« durch Präsident John F. Kennedy im November 1961 aber augenscheinlich nicht im Wege. JFK konnte zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen, dass Allen Dulles, der Mann, dem er da eine Rede widmet und die Ehrennadel ans Revers heftet, nur zwei Jahre später maßgeblich dafür Sorge tragen wird, die wahren Hintergründe um das Attentat auf ihn zu vertuschen. Denn nach Prescott Sheldon Bushs Vorarbeit und der Anhäufung eines Vermögens durch Kollaboration mit Hitlers Nazi-Regime setzte George H. W. Bush die kriminellen Umtriebe der Sippe mit gesteigertem Elan fort. Zunächst war er in den Mord an John F. Kennedy verwickelt. Die Dokumentation »Dark Legacy: George Bush

and the JFK Assassination« beleuchtet die Details. In der Einleitung des Films heißt es:

»*Teil drei widmet sich den Nazi-Verbindungen der Familie Bush, die das FBI dazu veranlassten, ihr Vermögen während des Zweiten Weltkriegs als Nazi-Vermögen zu beschlagnahmen. Er behandelt die unterdrückte Tatsache, dass der Watergate-Einbrecher und CIA-Agent Howard Hunt von den Geschworenen im Prozess in Dallas lokalisiert und als an der Verschwörung zur Ermordung Kennedys beteiligt angesehen war. Howard Hunt war ein Vorgesetzter der fehlgeleiteten, CIA-geführten Anti-Castro-Kubaner, die in das Watergate Hotel einbrachen. Hunt ist nicht nur über Watergate mit Bush verbunden; und durch Bushs Vater Prescott; denn fünf Tage nach der Ermordung schrieb der Leiter des FBI, J. Edgar Hoover, ein Memo mit dem Titel »Ermordung von Präsident John Fitzgerald Kennedy«, in dem er »George Bush von der Central Intelligence Agency« als den Vorgesetzten jener fehlgeleiteten kubanischen Mörder des Präsidenten identifizierte. Bush sagte, er erinnere sich nicht an die Ereignisse dieses Tages, aber FBI-Dokumente verorten ihn eindeutig in Dallas*.«

George H. W. Bush war praktisch an allen historisch relevanten Skandalen, Sauereien und Verbrechen beteiligt, die man seit den 60ern aus den Vereinigten Staaten erinnert. Ob Operation 40, Schweinebucht-Invasion, Iran Contra-Affäre, Watergate-Skandal, Golfkriege oder 9/11. Ob mit Nixon, Ford oder Reagan. Ob als Botschafter der USA in China, CIA-Chef, Vize-Präsident, US-Präsident oder Präsident a. D. – stets handelte Bush Senior im Sinne von Partikularinteressen. Im Sinne des totalitär-imperialistischen Establishments. Für Mammon. Und bar jeder Moral.

Genau wie sein Sohn, ein langjähriger Alkoholiker, der allerdings nicht mit der gleichen bösartigen Intelligenz gesegnet zu sein scheint wie sein Erzeuger. Das hat er im Laufe seiner politischen Karriere oft genug unter Beweis gestellt. Vor allem im Präsidentschaftswahlkampf 2004, als er gegen seinen Skull & Bones-Kameraden John Kerry antrat.

Selbst seine Rolle in puncto 9/11 legt nahe, dass Papa Bush weiterhin die Fäden in der Hand hielt, um mit seiner Clique um Donald Rumsfeld und Dick Cheney das Land zu terrorisieren und sein Sohn lediglich Befehlsempfänger war. Finanziell profitiert haben von dem Terrorakt in New York nämlich vor allem jene intransparenten Netzwerke der Neo-Cons, die Amerika seit den 1960ern geheimdienstlich unterwandert und seit den 1970er-Jahren finanziell ausgenommen haben. Die miserable Reputation der Bushs in der amerikanischen Bevölkerung hinderte Jeb Bush nicht daran, als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 2016 anzutreten. Er scheiterte zwar kläglich, demonstrierte mit seinem Antreten aber einmal mehr, mit welcher Arroganz das Machtdenken in diesen Kreisen verseucht sein muss.

So verstörend die kriminellen Umtriebe der jüngeren Bush-Generation sein mögen – sie füllen zu Recht dutzende von Büchern – nichts übertrifft den Versuch einer Bande von Wall Street-»Bankstern«, die amerikanische Regierung von Franklin D. Roosevelt zu stürzen, um ein faschistisches Regime zu installieren. Mittendrin, statt nur dabei: Prescott Sheldon Bush. Fan von Adolf Hitler und Mussolini.

Kurz nach Hitlers Machtergreifung, im Jahr 1934, gründeten einflussreiche Kreise aus der amerikanischen Oberschicht die rechtsradikale »American Liberty League«. Mit dabei die Familie Du Pont (Remington Arms Co.), Alfred P. Sloan von

General Motors, John Jacob Raskob, der das Empire State Building gebaut hatte, Unternehmen wie Goodyear, U.S. Steel, Standard Oil, Chase National Bank sowie vorneweg die vom Faschismus begeisterten Wall Street Bankiers um J. P. Morgan, Rockefeller, Warburg, Harriman, Bush und Co., die die »Liberty League« gönnerhaft grundfinanzierten. Die von der Hochfinanz gesponserte Gruppierung beschäftigte alsbald 50 feste Mitarbeiter in einem New Yorker Büro, verteilte über 50 Millionen Kopien offen rechtsextremistischer Pamphlete, gründete Niederlassungen an 26 Universitäten, produzierte landesweite Radiospots und hatte im Januar 1936 bereits 125.000 Mitglieder. Zwischen August 1934 und November 1936 veröffentlichte die New York Times ganze 35 wohlwollend formulierte Titelseiten über die faschistische »Liberty League«.

Die Verschwörer hatten sich zum Ziel gesetzt, einen Militärputsch durchzuführen. Mit Hilfe eines einflussreichen Generals der US-Armee sollte ein Kampfverband von 500.000 Soldaten unter Waffen gebracht werden, der auf Washington marschiert, um Roosevelt zu stürzen und ihn durch einen Diktator zu ersetzen. Die Umsturzpläne wurden 1935 durch eine offizielle Anhörung im US-Kongress bestätigt. Und der Coup d'état scheiterte nur aus einem Grund: weil sich die Industrie-Magnaten und Finanz-Faschisten der Wall Street den falschen General ausgesucht hatten. Einen, dem seine Überzeugungen wichtiger waren als die Versprechungen der Eliten, die ihn versuchten zu bezirzen. General Smedley Butler.

Er war das bis zu seinem Ableben am höchsten ausgezeichnete Mitglied der US-Streitkräfte und erhielt zwei Mal die Medal of Honor. Als ein Abgesandter der Wall Street-Verschwörer ihn kontaktierte, spielte Butler zunächst mit. Zeigte sich offen, hörte zu. Er wog die Kontaktperson, Gerald C.

MacGuire, die ihm im Zuge konspirativer Treffen die Pläne der Wall Street Eliten darlegte, in Sicherheit. Doch als Butler genug Details in Erfahrung gebracht hatte, machte er den Plot publik und zerstörte damit jegliche Hoffnung der Banken-Kartelle, einen Diktator im Weißen Haus installieren zu können.

Butler sagte vor dem US-Kongress aus, lieferte alle Informationen, die er hatte. Er war davon überzeugt, die Verschwörer würden sich vor Gericht verantworten müssen. Doch nichts geschah. Keiner den Bänker landete vor Gericht. Nicht einmal vor dem Kongress mussten sie Rede und Antwort stehen. Eine ernsthafte Untersuchung gab es nicht. Und die New York Times veröffentlichte gar einen Artikel, der versuchte, Butler zu diskreditieren und seine Darstellung der Ereignisse als überzogen und realitätsfremd erscheinen zu lassen. Der hochdotierte General war enttäuscht. Von seiner Regierung, der Justiz und den systemtreuen Medien. Er verstand, mit was er es zu tun hatte, durchschaute den militärisch-industriellen Komplex und das Finanzsystem. Er begann, den Kapitalismus an sich zu hinterfragen und offen zu kritisieren. Dabei hielt er im Jahr 1935 eine beachtenswerte Rede mit dem Titel »I was a Gangster for Capitalism« (D., Ich war ein Krimineller für den Kapitalismus).

»*Ich verbrachte dreiunddreißig Jahre und vier Monate im aktiven Dienst bei der wendigsten Streitmacht des Landes, den Marines. Ich habe in allen Rängen vom Leutnant bis zum Generalmajor gedient. Und während dieser Zeit verbrachte ich die meiste Zeit damit, ein erstklassiger Zuhälter für Big Business, für die Wall Street und die Banker zu sein. Kurz gesagt, ich war ein Zuhälter, ein Gangster für den Kapitalismus. Damals vermutete ich nur, dass ich Teil einer Abzocke war. Jetzt bin ich mir sicher. Wie alle Angehörigen des Mili-*

tärberufs hatte ich nie einen originellen Gedanken, bis ich den Dienst verließ. Meine geistigen Fähigkeiten blieben in Schwebe, während ich den Befehlen der Vorgesetzten gehorchte. Das ist typisch für alle im Militärdienst.

So half ich 1914, Mexiko und insbesondere Tampico für die amerikanischen Ölinteressen zu sichern. Ich half, Haiti und Kuba zu einem Ort zu machen, an dem die Typen von der National City Bank Einnahmen generieren konnten. Ich half bei der Vergewaltigung eines halben Dutzend zentralamerikanischer Republiken zugunsten der Wall Street. Die Geschichte der Erpressung ist lang. 1909-1912 half ich, Nicaragua für das internationale Bankhaus Brown Brothers and Co. zu reinigen. 1916 brachte ich Feuer in die Dominikanische Republik wegen des Handels mit Zucker. 1903 half ich, Honduras für amerikanische Obst-Konzerne »in Ordnung« zu bringen. 1927 half ich in China, dafür zu sorgen, dass Standard Oil unbehelligt seinen Weg gehen konnte. In diesen Jahren hatte ich, wie die Jungs im Hinterzimmer sagen würden, einen Lauf als Betrüger. Ich wurde mit Ehrungen, Medaillen und Beförderungen belohnt. Wenn ich darauf zurückblicke, habe ich das Gefühl, dass ich Al Capone vielleicht ein paar Hinweise gegeben habe. Das Beste, was er tun konnte, war, Abzocke in drei Stadtteilen zu betreiben. Die Marines operierten auf drei Kontinenten.«

Im gleichen Jahr veröffentlichte Smedley Butler das noch bemerkenswertere Essay »War Is A Racket« (D., Krieg ist Betrug), welches die in seiner Rede zunächst oberflächlich angebrachte Kapitalismuskritik vertieft und hart mit der US-Hegemonie ins Gericht geht. Folgend einige Sätze aus Einleitung und Schlussteil, die hoffentlich dazu inspirieren, den Rest des Textes zu lesen. Denn selten war es wichtiger als jetzt, zu verstehen, was Krieg bedeutet. Selten war es rele-

vanter, die boshafte Natur des neoimperialistischen Treibens selbsternannter Eliten zu verurteilen, für die Menschenleben keinen Wert haben. Nie war es nötiger, dem gesichtslosen Imperium ungeschminkt die Wahrheit zu sagen. So wie Roger Waters vor wenigen Tagen der UN.

»*Krieg ist Betrug. Das war er schon immer. Er ist möglicherweise das älteste, bei weitem das profitabelste, sicherlich das bösartigste Geschäft. Das einzige mit internationalem Geltungsbereich. Es ist das einzige, bei dem die Gewinne in Dollar und die Verluste in Leben abgerechnet werden. (…) Nur eine kleine Insider-Gruppe weiß, worum es geht. Krieg wird zum Nutzen der ganz Wenigen auf Kosten der ganz Vielen betrieben. Aus dem Krieg machen ein paar Leute riesige Vermögen. (…) Wäre die Geheimhaltung in Bezug auf Kriegsverhandlungen verboten worden und wäre die Presse eingeladen worden, bei dieser Konferenz anwesend zu sein, oder hätte Radio zur Verfügung gestanden, um die Verhandlungen zu übertragen, wäre Amerika niemals in den Weltkrieg eingetreten. Aber diese Konferenz war, wie alle Kriegsbesprechungen, von größter Geheimhaltung umgeben. Als unsere Jungs in den Krieg geschickt wurden, wurde ihnen gesagt, es sei ein Krieg, um die Welt sicher für die Demokratie zu machen – und ein Krieg, um alle Kriege zu beenden. Nun, achtzehn Jahre später hat die Welt weniger Demokratie als damals. Außerdem, was geht es uns an, ob Russland oder Deutschland oder England oder Frankreich oder Italien oder Österreich unter Demokratien oder Monarchien leben? Ob sie Faschisten oder Kommunisten sind? Unser Problem ist, unsere eigene Demokratie zu bewahren. Und sehr wenig, wenn überhaupt etwas, wurde erreicht, um uns zu versichern, dass der Weltkrieg wirklich der Krieg war, der alle Kriege beenden sollte. (…)*

Es gibt nur einen Weg, um mit dem Anschein von Praktikabilität zu entwaffnen. Das bedeutet, dass alle Nationen zusammenkommen und jedes Schiff, jede Kanone, jedes Gewehr, jeden Panzer, jedes Kriegsflugzeug verschrotten. Doch auch das würde, wenn es möglich wäre, nicht ausreichen. Der nächste Krieg wird laut Experten nicht mit Schlachtschiffen, nicht mit Artillerie, nicht mit Gewehren und nicht mit Maschinengewehren geführt. Es wird mit tödlichen Chemikalien und Gasen gekämpft. Insgeheim studiert und perfektioniert jede Nation neuere und grässlichere Mittel, um ihre Feinde im großen Stil zu vernichten.

Ja, Schiffe werden weiter gebaut, denn die Schiffbauer müssen ihre Gewinne machen. Und es werden immer noch Waffen hergestellt und Pulver und Gewehre werden hergestellt, denn die Munitionshersteller müssen ihre riesigen Gewinne erzielen. Und natürlich müssen die Soldaten Uniformen tragen, denn auch die Fabrikanten müssen ihre Kriegsgewinne erzielen. Aber Sieg oder Niederlage werden durch die Fähigkeiten und den Einfallsreichtum unserer Wissenschaftler bestimmt. Wenn wir sie weiter dazu einsetzen, Giftgas und immer mehr teuflische mechanische und explosive Zerstörungsinstrumente herzustellen, werden sie keine Zeit für die konstruktive Arbeit haben, keine Zeit, um mehr Wohlstand für alle Völker zu schaffen. Indem wir sie für eine nützliche Arbeit einsetzen, können wir alle mit Frieden mehr Geld verdienen als mit Krieg. Selbst die Munitionshersteller.

Also – ich sage: Zur Hölle mit Krieg!«

Diesem Schlusswort von Butler ist kaum etwas hinzuzufügen. Krieg ist falsch. Immer. Und gerade in einer Zeit, deren Parallelen zu düsteren Kapiteln vergangener Tage nicht von der Hand zu weisen sind, sollten wir jene Personen hartnä-

ckig mit der Vergangenheit konfrontieren, die aus ihr nichts gelernt haben. Diejenigen, die die Gräuel dieser dunklen Ära erneut heraufbeschwören wollen.

Schon George Orwell mahnte:

»Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.«

| fertiggestellt am 12. Februar 2023

Wetter als Waffe

Seit über 70 Jahren versuchen Menschen, sich das Wetter Untertan zu machen, es zu kontrollieren und als geostrategische Waffe zu missbrauchen. Zeit, sich einen Überblick zu Geschichte und Status Quo in puncto Geoengineering zu verschaffen und das für die gesamte Spezies hochrelevante Thema öffentlich zu diskutieren.

Am 1. Mai 1958 verkündete der Physiker James A. Van Allen vor der »Nationalen Akademie der Wissenschaften« der USA, dass die Geigerzähler an Bord der Satelliten »Explorer 1« und »Explorer 2« an verschiedenen Stellen im Orbit außerordentlich hohe Strahlungswerte gemessen hatten. Er schloss daraus, dass die Erde von mächtigen Strahlengürteln umgeben sein muss. Heute ist der nach ihm benannte Van-Allen-Gürtel stummer Zeuge davon, dass er richtig lag. Der an der »University of Iowa« beschäftigte Wissenschaftler machte die erste große Entdeckung des aufkeimenden Raumfahrt-Zeitalters – um noch am gleichen Tag Mitarbeiter von Operation Argus zu werden, einem streng geheimen Projekt des US-Militärs, dessen Ziel es war, Nuklearwaffen im erdnahen Weltraum detonieren zu lassen, um so einen künstlichen Strahlengürtel zu erzeugen, der später als Waffe oder Barriere gegen Angriffe eingesetzt werden kann. Die Ionosphäre sollte erobert, kontrolliert und instrumentalisiert werden.

»*Das Weltall ist radioaktiv*«, notierte seinerzeit Van Allens Kollege Ernie Ray. Und das US-Militär, vertreten durch die »Advanced Research Projects Agency« (ARPA, heute DARPA), die später mit dem ARPA-Net den Vorläufer des

Internet sowie die Tarnkappentechnologie entwickelte, wollte es mit der Explosion von nuklearen und thermonuklearen Sprengköpfen noch radioaktiver machen, um in Kriegszeiten Feindsatelliten oder Interkontinental-Raketen vernichten und gegnerischen Funkverkehr stören zu können. So schoss ein Marine-Verband im Herbst 1958 drei 1,7-Megatonnen-Bomben über dem südlichen Atlantik ins All, um die unbekannten Weiten rund um die Erde mit Partikeln und radioaktiven Trümmern anzureichern. Die Sowjetunion zog bald nach und zündete im Jahr 1961 zunächst vier kleinere Atombomben im Orbit. Gefolgt von drei deutlich größeren Sprengköpfen im Jahr darauf. Zu einem Zeitpunkt, als die Kuba-Krise sich dem Gipfel der Eskalation näherte.

Dass man sich bereits deutlich früher mit der Manipulation des Wetters, der Ionosphäre sowie Atmosphäre befasste, zeigt eine Liste von mehr als 200 Patentanmeldungen in diesem Bereich. Der erste Eintrag datiert aus dem Jahr 1891 und betrifft die künstliche Erzeugung von Regen. Die aktuellste Patentanmeldung stammt aus dem Jahr 2014 und beschreibt eine Ionen-Kanone, die Wolkenformationen modifizieren können soll. Und diese Übersicht enthält nur die öffentlich bekannten US-Patente. Es ist davon auszugehen, dass das amerikanische Militär sowie eine Vielzahl entwickelter Industrienationen vergleichbare »Innovationen« vorzuweisen haben.

Die Geschichte der Wettermanipulation ist lang, verworren und intransparent, weil neben zivilen Einsatzmöglichkeiten stets der potenzielle militärische Nutzen im Fokus stand. Mitarbeiter des »General Electric Reserach Laboratoy« (GERL) erzeugten bereits am 13. November 1946 den ersten menschengemachten Schneesturm der Geschichte vor der Küste von New York City (USA). Basierend auf ersten erfolgrei-

chen Eingriffen ins Wettergeschehen riefen die Vereinigten Staaten im August 1953 das »Advisory Committee on Weather Control« ins Leben. Die Organisation beschäftigte sich gemäß dem im Jahr 1958 veröffentlichen Abschlussbericht noch primär mit nationalen Einsatzmöglichkeiten des »Cloud-Seeding« (Wolkenimpfen) in der Landwirtschaft. Doch bereits am 11. Dezember 1950 zeigte ein kurzer Artikel der »Charleston Daily Mail«, wohin die Reise gehen sollte. Die Zeitung zitierte dabei den Wissenschaftler Dr. Irving Langmuir, der an den frühen Experimenten des GERL beteiligt war.

»*Regenerzeugung oder Wetterkontrolle kann eine ebenso mächtige Kriegswaffe sein wie die Atombombe, sagt ein Physiker, der mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Dr. Irving Langmuir, Pionier der Regenerzeugung, sagte, die Regierung solle das Phänomen der Wetterkontrolle genauso behandeln wie die Atomenergie (…). In Bezug auf die freigesetzte Energiemenge entspricht die Wirkung von 30 Milligramm Silberjodid unter optimalen Bedingungen der einer Atombombe, so Langmuir.*«

Die US-Luftwaffe (USAF) verstieg sich in einem Report zum Thema »Kriegsführung 2025« aus dem Jahr 1996 bereits zu der Aussage, dass sie das globale Wetter für militärische Zwecke kontrollieren werde. Weiter heißt es in dem Dokument:

»*Die Wettermodifikation wird Teil der nationalen und internationalen Sicherheit und könnte unilateral erfolgen (…). Sie könnte offensive und defensive Anwendung finden und sogar zu Abschreckungszwecken eingesetzt werden. Die Fähigkeit, Niederschlag, Nebel und Stürme auf der Erde zu erzeugen oder das Weltraumwetter zu modifizieren, (…) und die Er-*

zeugung von künstlichem Wetter sind Teil eines integrierten Sets von Technologien, die eine erhebliche Steigerung der Fähigkeiten der USA oder der Verminderung von Fähigkeiten eines Gegners dahingehend ermöglichen können, globale (…) Reichweite und Macht zu erreichen.«

Diesen historischen Hintergründen Rechnung tragend, beleuchtete das Nachrichtenportal Slate in einem Artikel vom September 2010 die »*verstörende Geschichte des Geoengineering*«. Verfasser James Fleming überschreibt seinen Text mit der Headline: »*Wetter als Waffe*«. Nicht zu Unrecht. Denn wie umfangreich die Bestrebungen waren, Wetter gezielt als Waffe einzusetzen, speziell im Zuge des Kalten Krieges, verdeutlicht ein Artikel des »Smithsonian Magazine« vom 5. Dezember 2011. Autor Matt Novak beschreibt die in den 1950er-Jahren um sich greifende Sorge der Westmächte, Russland könne bald die Thermometer der Welt kontrollieren. Und auch die englische Zeitung The Guardian fragte am 16. Februar 2015 nicht grundlos: »*Kann die CIA das Wetter als Waffe einsetzen?*«. Obschon Guardian-Autor Patrick Barkham gen Ende seines Beitrages jegliche Theorien zum aktiven Einsatz von Geoengineering, kontrovers diskutierter HAARP-Technologie und der operativen Machbarkeit von globaler Wettermanipulation als abwegig einordnet, stellt er im Text einige korrekte Informationen heraus. Zitat:

»*Cloud-Seeding wurde 67/68 Realität, als die US-Operation Popeye den Niederschlag über Teilen Vietnams um schätzungsweise 30 Prozent erhöhte, um die Bewegung von Soldaten und Ressourcen nach Südvietnam zu reduzieren.*«

Doch nicht nur das Militär wollte sich die Wettermanipulation zunutze machen. Das Regenmachen kommerzialisierte

sich. Ein ganzer Industriezweig ist im Land der unbegrenzten Korruption damit beschäftigt, sich über die Natur zu erheben. Das zeigen Firmen wie die 1961 gegründete und in North Dakota ansässige Weather Modification Inc., deren privat buchbares Angebot vom punktuellen Eingriff bis zum ausgewachsenen Wetter-Modifikationsprogramm alles abdeckt. Oder die bereits in den 50er-Jahren gegründete Weather Modification Association, eine Art Dachverband der Branche, der sich nach eigenen Angaben um das Erwartungsmanagement zwischen Sponsoren und der wissenschaftlichen Community sowie um überregionale Koordination von »*atmosphärischem Wassermanagement*« kümmert.

Die Munition für solch mutwillige Störungen meteorologischer Kreisläufe, sogenannte »Ice Flares« zum Beispiel, Materialien also, die von Fluggeräten in der Tropo- oder Stratosphäre ausgebracht werden, um Wolkenbildung oder Abregnungsverhalten zu verändern, liefern Unternehmen wie I.C.E. (Ice Crystal Engineering). Firmen wie Brazen Geoengineering entwickeln derzeit sogenannte Mini-Vulkane, die, an Ballons hängend, Partikel in der Stratosphäre ausbringen sollen, um den Planeten herunterzukühlen. Die Autorin Susette Horspool führt in einem Editorial vom Juli 2022 an, dass im Jahr 2012 weltweit bereits über 150 aktive Cloud-Seeding- und Geoengineering-Projekte gezählt wurden. Tendenz: stark steigend. Ob Amerika, Indien oder China – seit über 70 Jahren versucht der Homo sapiens vehement, sich das Wettergeschehen untertan zu machen. Und zwar ohne die langfristigen Folgen wirklich abschätzen zu können.

Vor allem im »Reich der Mitte« haben die Bemühungen zur Wettermanipulation bislang ungekannte Ausmaße erreicht. Siehe die weithin kritisch kommentierte Wetterkontrolle bei

den Olympischen Spielen im Jahr 2016. Der Autor, Journalist und ehemalige Berufspilot William Langewiesche schrieb zu den Bemühungen Chinas, das Wetter zu kontrollieren, bereits in einem Artikel mit dem Titel »Stealing Weather« (Wetter stehlen) für die »Vanity Fair« vom 1. Mai 2008:

»*Unter der nominellen Anleitung der China Meteorological Administration (C.M.A.) bewerten lokale Wetterdienststellen im ganzen Land nun unabhängig ihre Möglichkeiten und machen sich regelmäßig auf den Weg, um Wolken zu impfen. Nach Angaben der C.M.A. sind 39.000 Außendienstmitarbeiter beteiligt. Sie sind mit 7.113 Flugabwehrkanonen und 4.991 auf Lastwagen montierten Raketenwerfern ausgestattet. 2006 feuerten sie eine Million Schüsse auf das Wetter ab und starteten 80.000 Raketen. Für die ehrgeizigsten Bemühungen hatten sie Zugang zu 35 speziell ausgerüsteten Flugzeugen, die im selben Jahr 590 Einsätze flogen und 26.158 Pfund Trockeneis, 1.487 Pfund Silberjodid und 2.300 Gallonen flüssigen Stickstoff ausbrachten. Insgesamt gaben die Betreiber an, mehr als ein Drittel der Landmasse Chinas abgedeckt zu haben, Taiwan ausgenommen.*«

Mit knapp 100 Flugzeugen ließe sich demnach ganz China bearbeiten. Mit 9.596.960 Quadratkilometern Fläche immerhin das drittgrößte Land der Erde. Für die gesamte Landfläche des Planeten, knapp 150 Millionen Quadratkilometer, wären also circa 1.500 Flugzeuge nötig. Allerdings nur dann, wenn diese weltweit parallel im Einsatz sind. Regionalisiert und sequenziert man die Geoengineering-Aktivitäten, käme man leicht mit einer Flotte von 500 bis 750 Flugzeugen aus und wäre dennoch in der Lage, den gesamten Globus abzudecken.

Einen Überblick zur Entstehungsgeschichte der Atmosphärenforschung und Wettermanipulation bietet das 2016 publizierte Buch »Inventing Atmospheric Science« von Professor James R. Fleming. Es zeigt anhand des Wirkens dreier Forscher, wie aus kühnen Überlegungen zur Unterwerfung des Wettergottes alltägliche Praxis wurde. Über diese absolut unstrittigen Sachverhalte hinausgehende Quellen und Recherchen, zum Beispiel zu »Textron«, einem 1923 gegründeten, militärisch-industriellen Konzern-Konglomerat, das hinsichtlich Geoengineering eine Schlüsselrolle innezuhaben scheint, sowie eine detaillierte Aufarbeitung der Historie in puncto militärisch koordinierter Wettermanipulation bietet der US-Autor Peter A. Kirby in seinem Buch »Chemtrails Exposed: A New Manhattan Project« aus dem Jahr 2020. Wobei der Titel von Kirbys 600-Seiten-Wälzer bereits eines der Probleme offenbart, dem man bei der Recherche zu diesem Themenkomplex begegnet – die Terminologie.

Denn sucht man bei Google nach Chemtrails oder Geoengineering, finden sich vor allem Faktenchecks, die das Thema als abstruses Hirngespinst charakterisieren. Oder Texte staatsnaher Publikationen, die die Idee globaler Wettermanipulation zwar häufig kritisieren, gleichzeitig jedoch negieren, dass diese bereits weiträumig stattfindet. Diese Vorhaben befänden sich lediglich im konzeptionellen Stadium, so der Tenor von beispielsweise Max-Planck-Gesellschaft und Heinrich Böll Stiftung. Und auch das Umweltbundesamt spricht in einer Stellungnahme zur Geoengineering-Governance nur von »*Ideen*«. Brauchbare Informationen finden sich zu dem Themenkomplex erst, wenn man bei einer richtigen Suchmaschine, siehe Presearch oder Metacrawler, nach Begriffen wie »*Solar Radiation Management*«, »*Stratospheric Aerosol*

Injection«, »*Atmospheric Water Resources Management*« oder »*Carbon Dioxide Removal*« sucht.

Während Cloud-Seeding in vielen Industrienationen oder auch den Vereinten Arabischen Emiraten mittlerweile gang und gäbe ist, lösen Begriffe wie Chemtrails, Geoengineering oder Wetter-Kriegsführung weiterhin reflexartige Abwehrreaktionen oder verächtliches Abwinken aus. Achtung, Verschwörungstheorien! Dies, obwohl die angeführten Prozesse sogar von US-Chefstrategen wie Zbigniew Brzezinski beschrieben wurden. In seinem aus heutiger Sicht fast hellseherisch wirkenden Buch »Between Two Ages« (Zwischen zwei Zeitaltern) notierte er 1970:

»*Heute beginnen die industriell fortgeschrittensten Länder (in erster Linie die Vereinigten Staaten) aus dem industriellen Stadium ihrer Entwicklung herauszukommen. Sie betreten ein Zeitalter, in dem Technologie und insbesondere Elektronik – daher mein Neologismus Techneronic – zunehmend zu den Hauptdeterminanten des sozialen Wandels werden und die Sitten, die soziale Struktur, die Werte und die globale Perspektive der Gesellschaft verändern. (...) Ich sehe eine Zeit voraus, in der wir die Mittel haben und daher unvermeidlich der Versuchung erliegen werden, das Verhalten und die intellektuellen Funktionen aller Menschen durch umweltbedingte und biochemische Manipulation des Gehirns zu manipulieren. (...)*

Es werden nicht nur neue Waffen entwickelt, sondern einige der grundlegenden Konzepte von Geographie und Strategie grundlegend geändert worden sein; Weltraum- und Wetterkontrolle haben Suez oder Gibraltar als Schlüsselelemente der Strategie ersetzt. Neben verbesserter Raketentechnik, Multi-Raketen sowie stärkeren und präziseren Bomben kön-

nen zukünftige Entwicklungen durchaus automatisierte oder bemannte Weltraumkriegsschiffe, Tiefseeanlagen, chemische und biologische Waffen, Todesstrahlen und andere Formen der Kriegsführung umfassen – sogar das Wetter wird manipuliert werden können. (…) Bis zum Jahr 2018 wird die Technologie den Führern der großen Nationen eine Vielzahl von Techniken zur Durchführung geheimer Kriegsführung zur Verfügung stellen, sodass nur ein absolutes Minimum der Sicherheitskräfte involviert werden muss.« (S. 5, 12, 28)

Auch der ehemalige CIA-Direktor John O. Brennan räsonierte bei einer Rede vor dem einflussreichen Geopolitik-Think-Tank »Council on Foreign Relations« (CFR) im Jahr 2016 öffentlich über das Potenzial des Geoengineering, als er die jährlichen Kosten für ein umfassendes Programm in den USA auf zehn Milliarden US-Dollar bezifferte und »Stratospheric Aerosol Injection« (SAI) als seine präferierte Variante für die nachhaltige Veränderung der Erdatmosphäre hervorhob. Dass es den Geostrategen dabei niemals um das simple »Impfen« von Wolken oder postmodernes Regenmachen für einzelne Großfarmen und Landstriche ging, verdeutlichten schon die Ausführungen von US-Navy-Captain Howard Thomas Orville im Jahr 1958. In seinem Essay namens »Weather as a Weapon« (Wetter als Waffe) beschrieb er vor mehr als einem halben Jahrhundert die sieben bekannten und bereits zum damaligen Zeitpunkt realisierbaren Methoden zur weltweiten Wettermanipulation.

- Von Raketen/Flugzeugen verteilte Gaswolken, um die Menge an Sonnenenergie zu erhöhen oder zu verringern, die die Erde erreicht.
- Elektronisches Bombardement der Ionosphäre, um ihre elektrische Ladung zu verändern.

- Kontrollierte thermonukleare Reaktion zur Erwärmung großer Bereiche der Atmosphäre.
- Reflektoren auf Weltraumplattformen, um die Sonnenstrahlen auf die Erde zu bündeln.
- Wärmeabsorbierende Stoffe auf den polaren Eiskappen.
- Farbstoff, Öl oder Vegetation auf Meeresgebieten, um ihre Reflexionseigenschaften zu verändern.
- Chemikalien auf der Meeresoberfläche, um Verdunstung und damit Niederschlag zu beeinflussen.

Orville beendet diese Aufzählung mit dem Satz: »*All diese Methoden würden die Wärmeverteilung in verschiedenen Teilen der Erdatmosphäre regulieren. Dies ist die Grundlage der globalen Wetterkontrolle*«. Welchen Stellenwert das Thema Wetterkontrolle speziell für das US-Militär hat, veranschaulicht ein Report des seit 1946 bestehenden Air War College vom April 1993. Auf Seite drei führt das Dokument mit dem vielsagenden Titel »*Wettermodifikation: Die ultimative Waffe*« aus:

»*Die erste Frage, die bei der Untersuchung der militärischen Nutzung des Wetters beantwortet werden muss, ist, ob solche Techniken einen militärischen Nutzen haben. Diese Frage ist sehr einfach mit Ja zu beantworten. Selbst die lokale Manipulation kleinerer Wettersysteme ist entscheidend für die Unterbrechung der Operationen eines Feindes in kritischen Zeiten. Vielleicht wird der Nebel des Krieges eines Tages mehr sein als nur eine beschreibende Anspielung auf das Schlachtfeld. Wenn man die entscheidende Rolle bedenkt, die das Wetter in vielen Schlachten gespielt hat, wird klar, dass die Fähigkeit, das Wetter zu ändern, einen enormen Vorteil für das Militär darstellen wird.* (…) *Trotz des enormen militärischen Nutzens von offensiver Wetter-Modifikation, muss die Verwendung dieser Technologie als moralisch verachtens-*

wert betrachtet werden. Dies bedeutet aber nicht, dass alle Forschungen hinsichtlich des offensiven Einsatzes von Wettermodifikationen eingestellt werden sollten, denn es gibt eine Reihe von Regierungen, die sich nicht durch konventionelle Moral eingeschränkt fühlen. Zumindest sollte man die Möglichkeit haben, Versuche zu erkennen, das Wetter zu verändern, um diesen Auswirkungen aktiv entgegenwirken zu können. Tatsächlich hatte in den frühen 1970er Jahren das Projekt Nile Blue für die Defense Advanced Research Project Agency (DARPA) oberste Priorität.«

Doch nicht nur der militärisch-industrielle Komplex der Vereinigten Staaten befasst sich begeistert mit Geoengineering. Auch die deutsche Bundeswehr engagiert sich in diesem Bereich. Das zeigt ein 48 Seiten umfassendes Strategiepapier des »Dezernat Zukunftsanalyse« des Planungsamtes der Bundeswehr vom November 2012. Auf Seite zehn führt besagtes Dezernat unter der Zwischenüberschrift »Neue Gefahr« vieldeutig aus:

»*Jenseits der bisherigen Darstellung könnten auch nichtstaatliche Akteure möglicherweise Geoengineering einsetzen. Ein radikalisierter und finanzstarker Akteur könnte sich als Retter der Welt verstehen und mit der Einbringung von Partikeln in die Stratosphäre einen massiven SRM-Einsatz durchführen. Hierzu benötigt er eine entsprechende Infrastruktur, um Partikel in die Stratosphäre einbringen zu können. Entgegen anderen SRM-Maßnahmen, die ständig betrieben werden müssen, könnte dies, aufgrund der langen Verweildauer von Partikeln in der Stratosphäre, eine globale und andauernde Maßnahme darstellen. Ein solcher privater Einsatz könnte durch Staaten nur schwer unterbunden werden.*«

Hatte sich nach Berichten des Forbes-Magazine und anderer Nachrichtenportale nicht unlängst ein weltbekannter Philanthrop mit zweifelhaften Ruf angeschickt, die Sonne mittels künstlichem Staub verdunkeln zu wollen? Hat die Regierung von Mexiko vielleicht deshalb Anfang 2023 eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der sie verkündet, dass Geoengineering-Experimente auf ihrem Terrain künftig verboten sind?

In Washington scheint man dahingehend jedenfalls keine Bedenken zu haben, wie das Projekt der Biden-Administration zeigt, einen offiziellen Fünfjahresplan zur »Klima-Intervention« zu erarbeiten. Wen wundert es. In den Vereinigten Staaten hat es Tradition, die Bevölkerung als Versuchskaninchen für Militär, Geheimdienste und Big Pharma zu missbrauchen. Das belegt die erschreckend lange Liste unethischer Experimente, denen die Menschen in den USA seit Mitte des 19. Jahrhunderts unwissentlich ausgesetzt wurden.

Auch in Großbritannien finanziert die Regierung Geoengineering-Projekte wie »SPICE«, auf dessen offizieller Webseite sich zudem eine Übersicht der verschiedenen Stoffe findet, die als Partikel über den Köpfen der Bevölkerung ausgebracht werden. Über gesundheitliche Implikationen der großflächigen Ausbringung von Sulfaten, Schwefeldioxid, Silberjodid, Aluminium, Silikon, Titan oder Zinkoxid findet sich bei SPICE allerdings bedenklich wenig. Darüber hinaus ist fraglich, inwieweit der Vollständigkeit dieser Liste zu trauen ist. Denn schon der Biologe Paul Ehrlich sagte 1969 in Bezug auf die vermeintlich bedrohliche Bevölkerungsexplosion:

»*Wenn freiwillige Methoden zur Geburtenverringerung nicht funktionieren, müsste eine Nation möglicherweise auf*

die Zugabe eines vorübergehenden Sterilisationsmittels zu Grundnahrungsmitteln oder zur Wasserversorgung zurückgreifen.«

Es braucht wenig Fantasie, um sich vorzustellen, dass Staaten oder finanzstarke Interessengruppen kaum davor zurückschrecken dürften, derartige Substanzen auch über vorgebliche Geoengineering-Unterfangen unters Volk zu bringen, wenn sie sich von Überbevölkerung bedroht sehen. Und das ist offenkundig in allen Industrienationen der Fall. Überall, wo die »Woko Haram« von der Deutungshoheit Besitz ergriffen und den Klassenkampf von oben losgetreten hat, gilt der Homo sapiens als Problem. Der Staat betrachtet seine eigene Bevölkerung als Bedrohung. Als Ballast. Wieso sollte man in diesem Szenario also noch zu irgendeinem Zeitpunkt davon ausgehen, dass die amtierende Regierung zum Wohle des eigenen Volkes handelt?

Die gesichtslosen Imperien der Postmoderne ignorieren skrupellos die Flut von schweren mRNA-Impfschäden sowie eine frappierend hohe Übersterblichkeit von 37 Prozent (Stand: Dezember 2022, Deutschland) – warum sollten sie sich um negative Auswirkungen von Chemikalien zur Klimarettung auf die Bevölkerung Gedanken machen, wenn die Aktivitäten in diesem Bereich deutlich weniger Visibilität generieren als eine landesweit propagierte, agitierend kommunizierte Injektionskampagne. Man spricht seitens Regierung und Leitmedien nicht einmal ausführlich über die verheerenden Auswirkungen der weithin sichtbaren Chemieunfälle, Naturkatastrophen und Großfeuer, die binnen der zurückliegenden vier Wochen in auffälliger Häufigkeit den Himmel über mancher Stadt verdunkeln oder Erde und Wasser verseuchen.

In East Palestine (Ohio, USA) entgleiste am 3. Februar ein Zug mit hochgiftigen Chemikalien. Weil man die verkeilten Waggons und deren instabilen Inhalt nach Angaben offizieller Stellen nicht bergen konnte, ließ man die toxische Fracht »*kontrolliert*« abbrennen – und erzeugte damit ein »*zweites Chernobyl*«, wie Business Insider lokale Medien zitiert. Über der Stadt entstand eine Rauchsäule, die einem Atompilz in kaum etwas nachstand. Während die Tiere im Umland sterben, Haustiere verenden und die Gewässer von East Palestine wegen der abgelagerten Chemikalien in Regenbogenfarben schimmern, sieht die Regierung keine Risiken für die Bevölkerung. Die Luft ist sicher, das Trinkwasser ist sicher, so der Bürgermeister. Dieses Verhalten – im verlinkten Video von Independent Journalist Ryan Cristian ab Timecode 30:10 ausführlich beschrieben – lässt sich kaum anders bezeichnen als fahrlässige Tötung der eigenen Bevölkerung.

In den Vereinigten Staaten entgleisen statistisch 1.704 Züge pro Jahr. Viele davon befördern sensible Güter. Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung gibt es kaum. Die Infrastruktur der USA ähnelt der eines Dritte-Welt-Landes. Vielleicht erklärt das auch den Umstand, dass die fünf Umweltspezialisten, die sich auf den Weg nach East Palestine gemacht hatten, um den tatsächlichen Grad der Kontamination zu ermitteln, niemals ihr Ziel erreichten. Denn ihr Flugzeug stürzte auf dem Weg zur Unglücksstelle überraschend ab. Alle Insassen starben. Die genaue Analyse der Umweltbelastung und gesundheitlichen Risiken für die Anwohner steht weiterhin aus.

Nach der Chemie-Katastrophe in Ohio gerieten in kurzem Abstand knapp ein Dutzend weitere Industriestandorte in den USA in Brand und schickten schwarze Giftwolken gen Stratosphäre. Darunter weitere Chemie-Anlagen sowie eine Metallfabrik. Seit dem 23. Februar brennen nun gleich drei Öl-

Lager des mexikanischen Staatsunternehmens »Pemex« und verpesten die Luft. Von Vertretern der »Letzten Generation« hört man aber erstaunlicherweise kein Wort zu diesen auffällig synchron auftretenden Katastrophen. Gleiches gilt für Regierungen, Umweltschutzorganisationen oder die Leitmedien. Funkstille. Obwohl schon bald eine ganze Menge an mutmaßlich giftigen Stoffen auf die Erde herabregnen dürfte oder dies bereits der Fall ist.

In China, einem Land, dessen technokratisch-kollektivistisches Gesellschaftsmodell Spitzenpolitiker wie Robert Habeck oder Justin Trudeau als Vorbild bezeichnen, verteilten automatisierte Drohnenschwärme Desinfektionsmittel über ganze Stadtteile, um ein Grippevirus zu bekämpfen. Menschen wurden in ihren Gebäuden eingeschweißt, interniert und ausgehungert. Kollateralschäden waren im Krieg gegen die Seuche zweitrangig. Und bei Massenprotesten versprühen die gleichen Drohnen mutmaßlich Sedativa, um den aufgebrachten Mob emotional herunterzufahren. Wenn die Regentenkaste eine Zero-Covid-Hölle wie im »Reich der Mitte« als ideales Herrschaftsmodell betrachtet und jegliche Kollateralschäden im Krieg gegen einen unsichtbaren Feind in Kauf nimmt, darf man sich gewiss sein, dass ihr Menschenleben egal sind.

So ist wohl auch zu erklären, dass es keinerlei öffentliche Diskussion zum Thema Geoengineering gibt, obwohl Regierungen weltweit mit Hochdruck daran arbeiten, den planetaren Schutzschild zu kontrollieren. Unabhängige Berichterstattung, detaillierte Informationen, Anhörungen, Parlamentsdebatten, Sondersendungen, transparenter, wissenschaftlicher Diskurs? Keine Spur. Hier und da geben mühsam zu lokalisierende Dokumente offizieller Stellen Einblick in die Vielzahl parallel stattfindender Aktivitäten in

diesem Bereich. Ein Protokoll des »Komitee für Wissenschaft und Technologie« des US-Repräsentantenhauses vom 5. November 2009 veranschaulicht, welchen Elan man diesbezüglich an den Tag legt:

»*Wissenschaftliche Hypothesen, die Geoengineering thematisieren, wurden bereits Mitte des 20. Jahrhunderts veröffentlicht, doch die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema hat erst in den letzten Jahren begonnen. 1992 veröffentlichten die »National Academies of Sciences« einen kurzen Überblick zu Konzepten der Klimatechnik und lieferten grobe Kostenschätzungen für die Injektion von Aerosolen in die Stratosphäre, um das Sonnenlicht zu reflektieren. Die Akademien werden außerdem Anfang 2010 einen Bericht fertigstellen, der sich zum Teil formell mit Geoengineering befasst. Das Gleiche plant der »Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen« (Intergovernmental Panel for Climate Change, IPCC) in seinem 5. Bericht, der 2014 fertig gestellt werden soll. (…) Die NASA veranstaltete im April 2007 Workshops, um Optionen für das Management der Sonneneinstrahlung zu erörtern. Im Mai 2008 veranstaltete der »Council on Foreign Relations« (CFR) das Forum »Geoengineering: Workshop on Unilateral Planetary Scale Geoengineering«. Anfang 2009 begann die »Defense Advanced Research Projects Agency« (DARPA) mit der Erwägung, bestimmte Geoengineering-Forschungsinitiativen zu finanzieren. Und die NSF hat unabhängige Forschungsprojekte zu möglichen Auswirkungen finanziert. Letzten Freitag veranstaltete das »Massachusetts Institute of Technology« (MIT) ein Symposium mit dem Titel »Eine kühlere Welt erschaffen: Können wir es? Sollen wir es tun?*«.

Ob sie es können, lässt sich kaum seriös feststellen. Vermutlich wissen sie es selbst nicht, da Klima und Wetter nichtli-

neare, chaotische Systeme sind. Aber es wäre besser, sie ließen es bleiben oder beherrschten es. Denn folgt man den vom Handelsblatt zitierten Aussagen des geradezu fanatischen Harvard-Forschers und Geoengineering-Verfechters David Keith, der zusammen mit Bill Gates das Scopex-Experiment betreibt, »*rettet dieser Ansatz im besten Falle die Menschheit vor dem Klimawandel, während es im schlimmsten Falle zur Auslöschung des Lebens auf der Erde kommen kann*«.

Dass sie es tun, lässt sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bestätigen. Selbst wenn in offiziellen Publikationen zumeist nur von Ideen und Konzepten fabuliert wird, legen die vorgängig angeführten historischen Tatsachen nahe, dass entsprechende Interessengruppen schon längst internationale Programme zur Klimakontrolle durchführen und dabei kaum Rücksicht auf Kollateralschäden in der Bevölkerung genommen wird. Logistisch ist Geoengineering auf globaler Ebene längst machbar. Und auch die gezielte oder geduldete Einflussnahme auf die Fertilität, körperliche Entwicklung oder psychische Gesundheit des Homo sapiens kann im Zuge solcher Programme mitnichten ausgeschlossen werden. Zu oft sprachen und sprechen Vertreter oder Vordenker des Neofeudalismus davon, die Weltbevölkerung reduzieren zu wollen, sie reduzieren zu müssen. Was läge näher, als synergetische Effekte zu nutzen und aus Gründen der Kosteneffizienz zwei Ziele parallel zu verfolgen?

Die verblendete Endzeit-Ideologie der Klima-Apokalyptiker und Bioethiker scheint genau jene pseudo-humanistischen Weltenretter auf den Plan gerufen zu haben, vor denen das »Dezernat Zukunftsanalyse« der Bundeswehr in seinem zuvor zitierten Strategiepapier emsig warnte. Jene, die sich von höheren Gnaden dazu berufen fühlen, den Planeten samt seinen Bewohnern nach ihren Vorstellungen zu formen.

Was sie tun, das lässt sich aufgrund der im vorliegenden Text zusammengetragenen Informationen partiell nachvollziehen und erahnen. Auch wenn nicht jeder Kondensstreifen am Himmel eine Geoengineering-Attacke darstellt, darf dennoch davon ausgegangen werden, dass in Tropo- und Stratosphäre bereits jetzt weiträumig Partikel zur Wetterkontrolle ausgebracht werden. Im schlimmsten Falle sogar zur Bevölkerungskontrolle. Auch wenn dies bis dato nicht explizit nachzuweisen ist. Die Indizien lassen derartige Rückschlüsse als Arbeitshypothese durchaus zu. Darüber hinaus geben außergewöhnliche meteorologische Phänomene und mysteriöse plattentektonische Ereignisse der jüngsten Zeit ausreichend Anlass zur Annahme, dass Extremwetter und Naturkatastrophen zwischenzeitlich durchaus als geostrategische Waffen fungieren könnten.

Wer das für unwahrscheinlich hält, sollte sich zumindest fragen, warum Scientific American am 28. Februar 2023 über ein Papier der Vereinten Nationen (UN) berichtet, das fordert, Geoengineering Aktivitäten global zu regulieren. Das wäre wohl kaum nötig, fänden derartige Aktivitäten nicht bereits in weitem Rahmen statt. Eines steht fest: je eindringlicher man sich mit diesem Themenkomplex beschäftigt, desto mehr Fragen kommen auf. Fragen, deren Beantwortung die Verifikation einer Vielzahl weiterer Informationen bedingt – und die daher in einer Fortsetzung aufgegriffen werden müssen.

»Jeder redet über das Wetter, aber keiner tut etwas dagegen.« (Mark Twain)

| fertiggestellt am 26. Februar 2023

Krieg ist Frieden ist Krieg

Die Tribunalisierung des Debattenraumes schreitet zusehends enthemmt voran. Die parasitären Corona-Leugner und Ratten von gestern sind die entmenschlichten Friedensschwurbler, Lumpenpazifisten und Zellhaufen von heute. Ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis auch das Echauffement über »entartete Kunst« wieder salonfähig ist?

»*Wenn die Macht der Liebe über die Liebe zur Macht siegt, wird die Welt Frieden finden.*«

Dieses hoffnungsvolle Bildnis von Utopia skizzierte dereinst der Ausnahmegitarrist, Komponist, Sänger und unter mysteriösen Umständen leidlich jung verblichene Club 27-Debütant James Marshall Hendrix alias Jimi Hendrix. Damit fasste der legendäre Musiker eine der wichtigsten zivilisatorischen Tatsachen in prägnante Worte: dass Gewalt immer von jenen ausgeht, die Macht besitzen. Dass die ultimative Form von Gewalt – der Krieg – stets der Absicherung oder Ausweitung bestehender Machtverhältnisse dient. Obwohl im Grunde niemand das Recht hat – und haben kann – einem anderen Menschen Gewalt anzutun.

Nähme man Naturrecht, nähme man universelle und unveräußerliche Menschenrechte auf politischer Ebene ernst, gäbe es längst keine militärischen Auseinandersetzungen mehr auf diesem Planeten. Stellten die Vereinten Nationen (UN) eine friedliebende Vertretung befreundeter Völker dar, die sich für das globale Gemeinwohl über die Interessen einzelner Staaten hinwegsetzt, würde heutzutage jeder Konflikt am Verhandlungstisch gelöst. Denn der moderne Mensch, die aufgeklärte Gesellschaft, ja die gesamte Spezies hat das blu-

tige Wesen des Krieges nach Jahrhunderten von sinnlosem Gemetzel verstanden und hinter sich gelassen. Barbarei war gestern. Zumindest, wenn es nach uns, den einfachen Menschen geht, deren schlichtes Ziel es ist, jeden Tag nach ein bisschen Glück zu streben und in friedlicher Koexistenz mit ihrem Umfeld zu leben. Künstlich vitalisiert wird das inhumane wie lukrative Geschäft mit dem Tod ausschließlich von Machtkonglomeraten, die davon profitieren. Dahingehend hat sich im Verlauf der vergangenen 1.000 Jahre kaum etwas geändert.

»Was man mit Gewalt gewinnt, kann man nur mit Gewalt behalten.« (M. Ghandi)

Auf philosophischer Ebene ist schon das Gewaltmonopol des Staates fragwürdig. Denn wenn das Individuum nicht das Recht besitzt, Gewalt auszuüben, oder gar zu töten, wie kann ein politischer Repräsentant jenes Individuums dieses Recht dann durch Wahl erwerben? Warum ist Töten legal und der Schießbefehl rechtens, wenn Volksvertreter ihn erteilen, deren Volk dieses Recht nicht hat? Ist nicht bereits das neofeudale Herrschaftsmodell, das sie installiert haben, oder vertreten, kriminell? Worin unterscheidet sich denn eine korrupte Funktionärskaste, die sich mit zunehmend totalitären Mitteln und Methoden an der Macht hält, von einem international operierenden Mafia-Clan oder einem skrupellos-ausbeuterischen Großkonzern? Genau.

Dabei könnte es so einfach sein. Denn eine friedliche, offene, faire, freiheitlich organisierte Gesellschaft fußt im Grunde auf einem einzigen, sehr simplen Grundsatz:

Jeder Mensch hat das Recht, in Ruhe gelassen zu werden.

Diese Faustregel genügt. Würde dieses fundamentale Recht von allen Mitgliedern einer Gemeinschaft respektiert und rigoros auf alle Lebensbereiche angewandt, bedürfe es kaum noch anderweitiger Jurisdiktion, um die Autonomie des Individuums in einem dennoch konstruktiven wie produktiven Miteinander zu gewährleisten. Gewalt wäre passé. Krieg ein Relikt dunkler Vergangenheit – und Globalisierung vielleicht wirklich ein Akt der Völkerverständigung, anstatt Panoptikum geostrategischer Rochaden.

Krieg ist seit jeher ein dreckiges Geschäft. Es basiert auf Lügen, Täuschung, Verrat, Betrug und Agitation. Deswegen blasen die Propaganda-Posaunen derzeit im Fortissimo. Der Bundeswehrverband sieht nach Meldungen bei »n-tv« vom 28. Februar schon einem »*Kriegsjahrzehnt*« entgegen. Unglaublich. Da entscheiden Leute über Krieg und Frieden, die selbst nie Gefahr laufen werden, auf dem Schlachtfeld zu sterben. Siehe Robert Habeck, der diesen Umstand sogar noch mit dem dummdreisten Stolz herrschaftlicher Arroganz garnierte, als er am 24. Februar 2022 in der Talkshow von Sandra Maischberger sagte: »*Ich muss da nicht kämpfen und ich werde auch nicht sterben in diesem Krieg*«. Oder Funktionäre, deren Kinder im Ausland studieren und Nobelkarossen fahren, während an der heimischen Front die Söhne ihrer Untergebenen in Schützengräben krepieren. Siehe Andrij Melnyk, ehemaliger Botschafter der Ukraine in Deutschland und bekennender Nazi.

Unter militärischen Konflikten leidet immer und zuvorderst die Normalbevölkerung. Kein Krieg in der Geschichte, der den Bürgern einer Kriegspartei ausschließlich zum Vorteil gereicht hätte. Ob wirtschaftliche Turbulenzen, Verlust der Lebensleistung, Armut und Hunger, Krankheiten oder Tod – den Kriegstreibern und Profiteuren an der Spitze bleiben

diese Schicksale meist erspart. So wurden bei den Nürnberger Prozessen insgesamt 185 hochrangige Mitglieder des NS-Regimes angeklagt. Von diesen 185 Personen wurden 35 freigesprochen, gegen 24 wurde die Todesstrafe verhängt, 20 wurden zu lebenslanger Haft und 98 zu Freiheitsstrafen zwischen 18 Monaten und 25 Jahren verurteilt. Am 31. Januar 1951 setzte man jedoch zahlreiche Strafen herab. Und von den 24 zum Tode Verurteilten, für die sich unter anderem Konrad Adenauer eingesetzt hatte, wurden zwölf hingerichtet. Elf wurden zu Haftstrafen begnadigt und einer an Belgien ausgeliefert, wo er später eines natürlichen Todes starb.

185 Angeklagte. In Anbetracht eines Staatsapparates von abertausenden Tätern, Mittätern, Mitwissern und Mitläufern ein Tropfen auf den heißen Stein. Gleichzeitig holten die USA im Zuge von »Operation Paperclip« still und heimlich über 1.600 hochrangige Entscheider, Knowhow-Träger, Funktionäre, Ingenieure und Wissenschaftler aus Nazi-Deutschland nach Amerika, wo diese in Geheimdiensten, Konzernen, Universitäten oder bei der NASA reüssierten. In Deutschland gruben sich zu diesem Zeitpunkt noch Trümmerfrauen durch die Reste von Existenzen.

Wer sich von einseitiger Propaganda beeinflussen, sich gegen einen von oben verordneten Gegner aufbringen lässt, zu dem er keinerlei realen Bezug hat, wer konstruierte Feindbilder unreflektiert verinnerlicht, um sich blindlings in den Dienst einer Fahne zu stellen, die von korrupten Marionetten über einem eskalierenden Mob geschwenkt wird, hat die allgemeinen Menschenrechte nie verstanden. Denn Krieg beginnt nicht mit dem ersten Schusswechsel an der Frontlinie, einer Invasion im Morgengrauen oder der ersten Rakete, son-

dern mit der Verrohung von Sprache. Das gilt in gleichem Maße für Faschismus.

Und Sprache bereitet die Bevölkerung schon seit Ende letzten Jahres auf kriegerische Zeiten vor. Als ein ARD-Kommentar von Nils Dampz unliebsame Social-Media-Nutzer als »*rassistische oder verschwörerische Ratten*« bezeichnete, die man in ihre »*Löcher zurückprügeln*« müsse. Mit derlei Spaltpilzen konstruiert der polit-mediale Komplex die innerstaatlichen Feindbilder, die benötigt werden, um jedwede Opposition zu diskreditieren und die Debatte um Sachfragen zu emotionalisieren. Schon Hermann Göring gab im »Nürnberger Tagebuch – Gespräche der Angeklagten mit dem Gerichtspsychologen« (G.M. Gilbert, 1962, S. 270) auf die Frage nach strukturellen Unterschieden zwischen Nazi-Deutschland und Amerika zu Protokoll:

» (...) Das Volk kann mit oder ohne Stimmrecht immer dazu gebracht werden, den Befehlen der Führer zu folgen. Das ist ganz einfach. Man braucht nichts zu tun, als dem Volk zu sagen, es würde angegriffen, und den Pazifisten ihren Mangel an Patriotismus vorzuwerfen und zu behaupten, sie brächten das Land in Gefahr. Diese Methode funktioniert in jedem Land.«

Umso befremdlicher ist es gerade aus deutscher Sicht, wenn hierzulande ein vergessen geglaubter Duktus Raum greift, ein dehumanisierender Neusprech, bei dem man nicht umhinkommt, sich an die Hetz- und Propaganda-Sprechblasen der NSDAP erinnert zu fühlen. Galt es bis anhin bereits als unpopulär oder blasphemisch, sich differenziert zu Corona oder dem vermeintlichen »Klimawandel« zu äußern, rangiert nun quasi jede vom offiziellen Narrativ abweichende Meinung zur Ukraine-Krise unter Hochverrat.

Talkshows wie »Hart aber fair« verkommen vollends zu Tribunalen für Andersdenkende. Der Moderator wird zum Scharfrichter. Auch wenn die der Häresie bezichtigten »Abweichler« inhaltlich vollumfänglich im Recht sind. Wer sich erdreistet, nicht kritiklos der Doktrin des Wertewestens zu folgen, nicht die dunkelgrüne Polarisierungsdialektik bedienen will, wer die schleichende NATO-Osterweiterung ins Spiel bringt oder – wie Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh – berechtige Nachfragen zur augenscheinlich von Washington beauftragten Sprengung der Nord Stream Pipelines stellt, gilt als Vaterlandsverräter, Volksfeind, Schädling, Abschaum. Ad hominem, statt Argumente.

Sascha Lobo, der mehrfach gescheiterte Unternehmer, systemkonforme Buzzword-Blogger, willfährige Werbetexter und SPIEGEL-Kolumnist mit geradezu abstoßendem Geltungsdrang, bezeichnete Menschen, die sich für Frieden engagieren, in einem Artikel vom 22. Februar 2023 abfällig als »*Friedensschwurbler*«. Keine sonderlich kreative Wortschöpfung für jemanden, der sich als Guru der Werbebranche und literarische Avantgarde der »*digitalen Bohème*« geriert. Ein plumper Abklatsch der Corona-Diffamierungen. Aber genau deswegen publikumswirksam. Und eine orwellsche Vergewaltigung von Sprache, die ihres Gleichen sucht.

Dabei hat die pseudo-subversive Kunstfigur Lobo, dessen berechnend-provokante Irokesen-Frisur bei der kulturcancelnden »Woko Haram« übrigens längst als kulturelle Aneignung hätte gerügt werden müssen, nicht nur diese eine Stilblüte im Gepäck. Sein als Journalismus feilgebotenes Machwerk bietet einen ganzen Strauß an haltlosen Vorwürfen. So bezichtigt Lobo die Initiatoren eines Friedensmanifestes, das zum jetzigen Zeitpunkt (3.3.2023, 23:19 Uhr) mehr als 731.476 Unterstützer unterzeichnet haben – Sahra

Wagenknecht und Alice Schwarzer – der »*Selbstbesoffenheit*« sowie des »*Egoismus*«, unterstellt ihnen, sie wollten sich mit »*Mördern und Vergewaltigern arrangieren*«, weil sie Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland fordern.

Lobo negiert die Tatsache, dass Wagenknecht und Schwarzer diese Verhandlungen fordern, um dem professionalisierten Massenmord eines Krieges Einhalt zu gebieten. Verhandlungen, die im Übrigen längst hätten stattfinden können, wären sie nicht im Frühjahr 2022 aktiv vom ehemaligen britischen Premierminister Boris Johnson sabotiert worden. Unter Umständen sollte der Establishment-Punk Lobo noch einmal nachlesen, was kognitive Dissonanz bedeutet. Vielleicht erhält er aber auch ganz profan Geld für sein Programm und es fehlt ihm schlicht die charakterliche Stärke, es abzulehnen.

Während die Framing-Farce um das Friedensmanifest munter mediale Wellen schlägt, kostet jeder verstrichene Tag weitere Menschenleben. Auf beiden Seiten. Und auch in jedem anderen der vielen bewaffneten Konflikte weltweit, die Lobo offenbar nicht im Geringsten tangieren. Keines dieser Menschenleben ist mehr oder weniger wert als ein anderes, nur weil der jeweilige Soldat auf gegnerischer Gemarkung stirbt. Denn alle Menschen sind gleich. Ausnahmslos alle! Dieser Auffassung scheint der Inklusion heuchelnde Coffee-Shop-Söldner Lobo offensichtlich nicht zu sein. Denn er will augenscheinlich mehr Leichen sehen, mehr Verstümmelte und Tote. Mehr Zerstörung.

Die Waffenlobby zelebriert. Der korrupte, betrügerische, kriminell und absolut moralfrei operierende Rüstungskonzern Rheinmetall twitterte zum Jahrestag des russischen Einmarsches: »WE STAND WITH UKRAINE«. Wen wundert es?

Jeder weitere Kriegstag bringt Geld. Der Konzern stünde auch auf Seiten jedes anderen Landes, Kriegstreibers oder Tyrannen, solange dieser nur entsprechendes Auftragsvolumen verspricht.

Sekundiert wird Lobos hetzerische Diskurskontamination von Clemens Wergin, Chefkorrespondent für Außenpolitik der WELT und seit 2013 Kommentator für die New York Times. Dieser bezeichnete Wagenknecht, Schwarzer und Co. in einem WELT-Beitrag vom 27. Februar 2023 als »*Lumpenpazifisten*«. Eine Formulierung, die er zwar billig bei Lobo geklaut hat, die aber auch gut und gerne von Joseph Goebbels hätte stammen können. Nachdem sich ob dieser menschenverachtenden Wortwahl ein veritabler Shitstorm auf den zunehmend von Geheimdiensten gemanagten Big-Tech-Plattformen entwickelte, änderte die »WELT« den entsprechenden Passus klammheimlich. Natürlich ohne die nachträgliche Anpassung in irgendeiner Form kenntlich oder nachvollziehbar zu machen. Entgegen aller journalistischen Standards. Jetzt liest man über Wergins entschärftem Artikel nur noch »*deutsche Pazifisten*«. Zum Glück gibt es www.archive.org.

Während Wergin in tradiertem NSDAP-Sprech gegen eine friedlich aufkeimende Friedensbewegung, die sich aus allen Bevölkerungsschichten speist, agitiert, bekennt er sich stolz zur pro-ukrainischen NAFO, einer vom polnischen Antisemiten Kamil Dyszewski gegründeten Organisation mit eigener Webseite, die via Crowdfunding-Aktionen Kriegsverbrecher wie die »Georgian Legion« finanziert und auf Twitter konzertierte Social-Media-Propaganda-Aktionen fährt. Eine antisemitisch unterlegte, aggressiv auftretende, menschenverachtend kommunizierende Troll-Armee. Wergin

bezeichnet sich auf seinem Twitter-Profil schamlos als »*inoffizielles Mitglied der #NAFO Brigade*«. Bravo @WELT!

So scheint, analog der »Lobo-Logik«, auch der WELT-Journalist und Sofa-Soldat Clemens Wergin den Krieg als Frieden und jegliche Friedensinitiative als Kriegserklärung zu verstehen. George Orwell würde sich im Grabe umdrehen. War sein dystopischer Klassiker »1984« doch als Warnung zu verstehen, nicht als Gebrauchsanleitung.

Vielleicht war die besagte Jahreszahl manchem ein böses Omen, gereichte dem ein oder anderen in puncto geistiger Entwicklung zum Nachteil. Denn 1984 erblickte auch Bastian Bielendorfer das Licht der Welt – ein unspektakulärer, aber selbstverliebter Autor, TV-Sidekick und C-Promi. Der spalterische Moderator einer WDR-Sendung bezeichnete Sahra Wagenknecht am 28. Februar 2023 als die »*leere Hülle eines seelisch und menschlich komplett verdorbenen Zellhaufens*«. Man solle sie »*nicht in Talkshows einladen, sondern therapieren*«. Als sein entsprechender Tweet kurz nach der Veröffentlichung für Twitter-Deutschland ausgeblendet wurde, weil er klar die Merkmale von »Hassrede« erfüllte, bedauerte Bielendorfer diese Zensur sogar und schrieb: »*Es bleibt die Wahrheit*«.

Diese zunehmend entmenschlichenden Entgleisungen und Dammbrüche sind ein mehr als deutliches Indiz dafür, dass sich im Windschatten multipler Krisen ein totalitäres System etabliert hat. Gleiches gilt für den hanebüchenen Kommentar des SPIEGEL vom 2. März 2023, der die – mit Verlaub – idiotische Frage zu klären sucht, »*was man unter Frieden überhaupt versteht*«. Man fragt sich, was der Autor dahingehend klären will. Frieden beginnt zunächst einmal da, wo

keiner mehr schießt. Zu dieser Erkenntnis ist man in der SPIEGEL-Redaktion offenbar noch nicht vorgedrungen.

In einer fairen, freiheitlich-demokratisch organisierten und Menschenrechte achtenden Gesellschaft wären solch rüde Umgangsformen, Scheindebatten und Spaltpilze zu keinem Zeitpunkt akzeptabel. Doch die innerstaatlichen Fronten verhärten sich – und wir erleben Hermann Goerings vorgängig zitiertes Prozedere in Aktion. Das ist Opportunisten wie Lobo, Wergin, Klamroth, Bielendorfer, Hayali, Blome, et al. bewusst. Propaganda ist ihr Beruf. Und an Friedensbemühungen kann es kategorisch nichts zu kritisieren geben. Von niemandem. Das ist eine Eins-Null-Entscheidung. Schwarz oder weiß. Ja oder Nein. Jeder Schuss ist einer zu viel. Egal, wer diesen abfeuert. Schon Marcus Tullius Cicero wusste: »*Der ungerechteste Frieden ist immer noch besser als der gerechteste Krieg*«. Denn »*100 Stunden umsonst verhandeln ist immer noch besser als eine Minute schießen*«, wie Helmut Schmidt gesagt haben soll.

So gilt es dieser Tage, Menschen wie Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer, Ulrike Guérot, Oskar Lafontaine, Daniele Ganser, Roger Köppel, et cetera Respekt zu zollen. Jenen Personen, die sich massiver Diffamierung, Verleumdung und Ächtung zum Trotz nicht den Mund verbieten lassen, wenn es um eine differenzierte Sicht auf den Ukraine-Konflikt und Geopolitik geht. Wenn es um Frieden geht. Darum, dass das Sterben aufhört. Man muss die politischen Positionen und persönlichen Überzeugungen der Friedensaktivisten nicht teilen, sie nicht mögen – aber man muss sie akzeptieren. So lange es um ein übergeordnetes Ziel wie Frieden in einem bewaffneten Konflikt geht, sind persönliche Befindlichkeiten zweitrangig. Und Gründe, den Respekt gegenüber dem Individuum vermissen zu lassen, gibt es grundsätzlich nicht.

Ja, ein System, das keinerlei Opposition aushält oder duldet, ist keine Demokratie. Dass es sich im Falle Deutschlands zwischenzeitlich mindestens um eine Kakistokratie handeln muss, zeigt die Posse um die Absage eines Konzertes von Pink-Floyd-Mitgründer Roger Waters in der Messehalle Frankfurt. Der Altrocker hatte sich unlängst mit offener Kritik am NATO-Kurs und Forderungen nach einem Waffenstillstand in der Ukraine in Misskredit bei den Leitmedien gebracht. Außerdem beschuldigt man ihn des Antisemitismus, weil er sich in der Vergangenheit gegen die umstrittene Siedlungspolitik Israels ausgesprochen hatte. Weil er der israelischen Regierung, die selbst nach Berichten der Washington Post mittlerweile »*ganz rechts außen*« angekommen ist, Apartheidpolitik vorwarf.

Einen Vorwurf, den übrigens auch die Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch« in einer Publikation vom 27. April 2021 gegenüber der israelischen Administration erhob. Darüber hinaus habe ich selbst in Israel und Gaza gelebt und gearbeitet und kann aus erster Hand bestätigen, dass dieser gespaltene Staat keine Demokratie, sondern ein nicht-säkularer, totalitärer Militärapparat ist und der Gaza-Streifen ein Freiluftgefängnis. Meine zahlreichen israelischen Freunde und Kollegen geben das unumwunden zu – ob sie den Kurs der israelischen Regierung unterstützen oder nicht.

»Die schlimmste Weltanschauung ist die Weltanschauung der Leute, die die Welt nie angeschaut haben.« (Alexander von Humboldt)

Von der demnach völlig berechtigten Kritik an der israelischen Regierung abgesehen, wirft man Roger Waters vor, auf seinen Konzerten tendenziös präparierte Luftballons in der Form von Schweinen steigen zu lassen. Auf diesen

prange ein Davidstern. Unterschlagen wird im Rahmen dieses Framing-Versuchs gerne, dass die rosa Schweine seit dem Jahr 1977 ein Markenzeichen von Pink Floyd sind. Seitdem eine Sau im besagten Jahr das Plattencover des Albums »Animals« zierte. Die Schweine-Ballons auf Konzerten gibt es mindestens seit 1987. Sie sind Kult. Und sie sind stets mit verschiedensten Symbolen, Logos, Zeichen, Sprüchen und Motiven dekoriert. Der Davidstern war auch schon darunter. Das stimmt. Und auf einem anderen Schwein stand – »RELIGIONS DIVIDE« (Religionen spalten).

Kann das sensible Gemüter, Ideologen und Fanatiker provozieren? Ist das unbequem? Kann das schockieren, Diskurs, Empörung und Streit auslösen? Ja. Genau das sollte Kunst auch tun! Wenn sie nur gefällig ist, ist es keine Kunst, sondern Unterhaltung.

Der leider zu früh verstorbene Autor, Journalist und Moderator Roger Willemsen fand im Jahr 2011 im Zuge einer pointierten wie angriffslustigen Rede mit dem Titel »Angriff auf die Demokratie« sehr treffende Worte, um sein Verständnis von Kunst und gesellschaftlichen Schutzräumen für dieselbe zu beschreiben. Er beginnt sein famoses Plädoyer für die Freiheit der Kreativen mit den Worten:

»*Der Komponist Arnold Schoenberg stritt eines Tages mit einem jungen Mann über Kunst. Im Verlaufe des Gespräches sagt der junge Mann unvorsichtigerweise: Das kann ich beweisen! Daraufhin sagt Schoenberg missvergnügt: In der Kunst kann man überhaupt nichts beweisen! Dann machte er eine Pause und sagte: Und wenn, dann nicht Sie. Dann machte er nochmal eine Pause und sagte: Und wenn Sie – dann nicht mir.*«

Dass man Roger Waters Unrecht tut, wenn man ihn als Antisemiten oder Hetzer gegenüber einer bestimmten Glaubensgemeinschaft bezeichnet, belegt schon seine circa 15-minütige, völkerverbindende Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) in New York am 8. Februar 2023 in der er fragt: »*Was haben die Millionen ohne Stimme zu sagen*?«. Im Zuge seiner mutigen wie obrigkeitskritischen Ansprache setzte sich der Musiker unmissverständlich für Menschen aller Schichten, Hautfarben und Religionen ein. Waters fordert ein Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine und beklagt unumwunden die zweifelsohne neokolonialistische Politik der dominanten Hegemonialmächte. Dieses Recht steht nicht nur jedem freien Bürger, sondern erst recht jedem Künstler zu.

Ein dogmatisch-totalitäres System, das sich nach massiven Einschränkungen der Meinungsfreiheit jetzt auch noch offensiv an der künstlerischen Freiheit vergeht, kann sich beileibe nicht mehr als Demokratie beschreiben. Diese kurze Phase simulierter Repräsentativ-Partizipation hat Deutschland nach einem halben Jahrhundert schon wieder hinter sich gebracht. Die absolute Narrenfreiheit des Künstlers, dem es unabhängig von Form und Format gestattet sein muss, die Herrschenden zu kritisieren oder zu verspotten – und zwar ohne, dass ihm dadurch irgendwelche Nachteile entstehen – ist das charakteristischste Merkmal einer offenen Gesellschaft.

Was also wollen wir – Kunst oder seichte Unterhaltung? Information oder Propaganda? Partizipation oder Autoritarismus? Frieden oder Krieg? Einen Wertewesten ohne irgendwelche Werte? Pazifismus, der mit Waffengewalt durchgesetzt wird? Wollen wir vulnerable Gruppen schützen – oder uns nur im Angesicht von Leid selbst aufwerten? Wollen wir

Mutter Natur und unsere Umwelt schützen – oder schauen wir uns einfach gerne coole Tiere an? Wer sind diese derangierten Hominiden der Postmoderne hinter ihren Bildschirmen und Displays? Sind sie noch Mensch genug, der wie ein bösartiges Krebsgeschwür wuchernden Entmenschlichung Einhalt zu gebieten?

Dieser Tage besteht die Möglichkeit – ja die dringliche Notwendigkeit – selbstkritisch Antworten auf solch elementare Fragen zu finden. Für die Zukunft. Gegen Tyrannei. Denn es gibt immer zwei Wahrnehmungen der Gegenwart, die schon in nicht allzu ferner Zukunft eine helle und eine dunkle Seite der Geschichte formen werden. Zeit, sich zu entscheiden.

| fertiggestellt am 04. März 2023

Wir haben die Macht

Eine Rezension zu »Strategien der Macht«, dem neuen Buch von Roland Rottenfußer.

Ich war schon immer ein freiheitsliebender Mensch. Ob als Kind in der Schule, das seinem überbordenden Tatendrang nicht folgen durfte, oder in den verworrenen Hierarchien internationaler Konzerne, in denen ich später als Manager tätig war – mit Autoritäten konnte ich mich nie anfreunden. Vor allem deshalb, weil sich deren Durchsetzung zumeist im Gebot der Einhaltung sinnfreier Reglements manifestiert. Und sinnlose Regeln befolge ich nun einmal nicht. Macht übt Macht häufig um ihrer selbst willen aus. In einem Rausch der Selbstbesoffenheit. Sie tritt in Form stumpfer Befehle zu Tage, in widersinnigen Aufgaben, befremdlichen Verboten und offenbarendem »Micro-Management« von Vorgesetzten, die keine Autorität besitzen – aber Macht. Für die willfährige Teilnahme an solch einer »Truman Show« war mir das Leben schon immer zu kurz und wertvoll.

Schon aus diesem Grund schätze ich das neue Buch von Roland Rottenfußer mit dem Titel »Strategien der Macht«. Denn der versierte Autor und Chefredakteur des Rubikon-Magazins liefert mit seinem Werk keine weitere Analyse der organisatorischen oder finanziellen Machtstrukturen supranationaler »Corporate Governance« – dahingehend ist der Markt gesättigt –, sondern ein Plädoyer für Freiheit, eine erfrischend andere Perspektive, einen tiefergehenden, durchdringenderen Blick auf die Probleme unserer Zeit. Denn diese nehmen ihren Ursprung, entgegen der landläufigen Wahrnehmung, oft nicht im Außen, sondern im Innen. Beim Individuum selbst, das aus einer Vielzahl von Gründen, de-

nen Rottenfußer in fesselnder Schreibweise nachstellt, immer wieder bereit ist, sich illegitimen Machtstrukturen zu unterwerfen.

Das am 20. März 2023 erscheinende und gut 400 Seiten starke Buch wendet sich gleichsam an jene, die die international dominierenden Machtstrukturen längst verstanden und durchschaut haben als auch an Leser, die erst aufgrund der Corona-Krise oder des Ukraine-Konfliktes begonnen haben zu verstehen, dass sie nicht wirklich in einem freiheitlich-demokratischen System leben. Rottenfußer dokumentiert nicht nur die zivilisationshistorischen Entwicklungen, Prozesse, Hebel und Methoden, mit denen sich Macht etabliert, sondern seziert darüber hinaus in mühevoller Kleinarbeit die Mentalität der Mächtigen, die kranke Psychologie der Herrschens sowie die Destruktivität des neofeudalen Raubtierkapitalismus. Und das aus einem Winkel, den jeder nachvollziehen kann, weil der Mensch im Mittelpunkt von Rottenfußers literarischer Obduktion des Status Quo steht. Das eine Puzzleteil im dystopischen Trugbild der »Zeitenwende« also, das jeder Leser dieser Zeilen aktiv beeinflussen kann.

Hier verortet sich unter Umständen auch der größte Zugewinn bei der Lektüre von Rottenfußers Buch – denn anstatt nur Probleme herauszustellen und den schieren Wahnsinn des herrschenden Krisen-Kanons zu kommentieren, was schlussendlich eher ein Gefühl von Ohnmacht befeuert als zu freiheitlicher Lebensgestaltung zu motivieren, zeigt der kluge Denker gangbare Wege auf, mit den Herausforderungen der oktroyierten Kulturrevolution von oben umzugehen, ohne dabei intellektuell wie emotional kapitulieren zu müssen.

Anhand einer Vielzahl von Zitaten und in Stein gemeißelten Erkenntnissen von Vordenkern wie Erich Fromm oder George Orwell kontextualisiert der Autor hochaktuelle Themenkomplexe wie Technokratie, Propaganda oder biologische Devolution und unterstützt den Leser auf diese Weise bei der persönlichen Einordnung manch einer beängstigenden Entwicklung. Sein Buch ist Munition für persönliches »Empowerment«. Für Selbstermächtigung.

Im Laufe von neun kurzweilig formulierten, dicht recherchierten und höchst informativen Kapiteln mit Überschriften wie »Das Wesen der Macht«, »Die Pandemie des Gehorsams« oder »Die Wiedereroberung der Freiheit« macht Rottenfußer klar, dass die aktuelle Situation kritisch, aber eben nicht hoffnungslos ist. Dass Freiheit es im Spannungsverhältnis zu postmodernen Machtstrukturen und Herrschaftskonglomeraten leichter hat, die Oberhand zu gewinnen. Dass die Autonomie des Individuums bei der sozioökonomischen Weiterentwicklung der modernen Gesellschaftsordnung nicht verloren gehen muss. Dass Kollektivismus ungleich Freiheit ist. Denn Freiheit basiert nicht auf mühsam konstruierten und damit stets instabilen Lügengebilden, Strohmännern oder Scheinargumenten – sondern auf Wahrheit.

»*Wenn Du Deinen Feind und Dich selbst kennst, brauchst Du das Ergebnis von 100 Schlachten nicht zu fürchten*«, notierte dereinst der chinesische General, Militärstratege und Philosoph Sun Tzu (544 v. Chr. – 496 v. Chr.).

Kaum ein Aphorismus charakterisiert treffender, wofür man »Strategien der Macht« im Bücherregal stehen haben sollte. Ist es doch exakt die von Sun Tzu beschriebene Aufgabe – das Kennenlernen des Feindes, der wir uns oft genug selbst sind – die Rottenfußers neue Publikation geradewegs zu ei-

ner Notwendigkeit unserer Zeit macht. Zu einem Aufschrei, einem Hilferuf in Ketten, der sich zu keinem besseren Zeitpunkt hätte erheben können. Zu einem Weckruf für jene, die Freiheit nie verstanden haben, weil sie nie von ihr Gebrauch machen konnten.

| fertiggestellt am 10. März 2023

Nahrung als Waffe

Ob Belagerung im Mittelalter oder Inflation der Gegenwart, Lebensmittel sind seit Menschengedenken eine Waffe. Ein Hebel der Herrschenden zur Bevölkerungskontrolle. Doch mit mRNA-Impfungen für Nutztiere, genetisch veränderten Sporen zur Optimierung globaler Lieferketten und CBDC-Zahlungen für Wasser erreicht der Kampf ums Überleben ein neues Level.

Im Dezember 1974 verfasste Henry Kissinger ein geheimes Strategiepapier für den »Nationalen Sicherheitsrat« der Vereinigten Staaten. Es trug den bürokratisch schwerfälligen Titel »*National Security Study Memorandum 200: Implications of Worldwide Population Growth for U.S. Security and Oversea Interests*« (D., Implikationen weltweiten Bevölkerungswachstums für die Sicherheit der USA und Überseeinteressen). Die vom deutschstämmigen Heinz Alfred Kissinger in diesem berüchtigten Dokument skizzierte Strategie wurde im Jahr 1975 offizielle politische Leitlinie von Präsident Gerald Ford.

» (…) *das Bevölkerungswachstum wird ernsthafte Auswirkungen auf den Bedarf an Nahrungsmitteln haben*«, liest man da. Daher müsse die Nahrungsmittelhilfe für die Entwicklungsländer möglicherweise an obligatorische Sterilisationsprogramme oder Bevölkerungsreduktionsquoten geknüpft werden, folgert Kissinger. Dieser Gedankengang führt den in Diensten des einflussreichen Rockefeller-Clans stehenden Geostrategen wiederum zu der amoralischen Erkenntnis, dass Lebensmittel in solch einem Szenario zu ei-

nem wirksamen »*Instrument nationaler Macht*« avancieren. Er erklärt Nahrungsmittel zur Waffe.

Diese Idee ist natürlich nicht neu. Schon seit Jahrhunderten erachten Kriegsherren, Despoten und Tyrannen Hunger als probates Mittel, um ihre Feinde zur Kapitulation zu zwingen. Belagerungen und Sabotage der Lebensmittelversorgung waren, historisch betrachtet, ebenso wichtig wie Pfeile oder Schwerter. Schon vor 3.000 Jahren belagerten die Griechen Troja, um es auszuhungern, wie man in Homers Ilias nachlesen kann. Sparta belagerte Athen, um die peloponnesischen Kriege zu beenden (431 - 404 v. Chr.). Athen war am Ende, als es den Spartanern gelang, die feindliche Marineflotte zu zerstören und so die Nachschubwege in die Stadt abzuschneiden. Während der Belagerung, die dem deutsch-französischen Krieg im Jahr 1870 ein Ende bereitete, waren die Menschen in Paris gezwungen, Ratten zu essen. Und während der 500 Tage andauernden Belagerung Leningrads im Zweiten Weltkrieg starb über eine Million Menschen – mehr als durch die Bomben auf Hamburg, Dresden, Tokio, Hiroshima und Nagasaki zusammen. So ist Hunger vielleicht sogar die mächtigste Waffe, die man gegen einen Gegner einsetzen kann.

Das zeigt auch die »Große Hungersnot in Irland« (E., Irish Potato Famine) von 1845 bis 1849, in Folge derer ebenfalls etwa eine Million Menschen starb. Zwölf Prozent der irischen Bevölkerung. Weitere zwei Millionen Menschen wanderten aus. Von diesem massiven Bevölkerungsverlust hat sich Irland bis in die Gegenwart nicht vollständig erholt. Und entgegen der gängigen Lesart einschlägiger Enzyklopädien waren die primären Auslöser für diese humanitäre Katastrophe nicht Missernten oder eine neuartige Kartoffelfäule, sondern die von Hochfinanz und Partikularinteressen korrum-

pierte, wirtschaftsliberale Politik der britischen Regierung unter Lord John Russel, dem Großvater des Eugenik-Anhängers Bertrand Russel.

Wie das »Mises Institute« in einem Editorial vom 17. März 2017 ausführt, schufen die Engländer erst die wirtschaftspolitischen und logistischen Voraussetzungen für die Hungersnot, um dann tatenlos dabei zuzusehen wie diese eintrat und Millionen von Iren das Leben oder die Existenz kostete. Sir Charles Trevelyan, der zuvor für die kriminell-kolonialistische »East India Company« tätig war und die Krise im Auftrag der britischen Regierung managen sollte, sabotierte gar aktiv jegliche Hilfslieferung für das hungernde Irland. Kein Wunder, wie eine menschenverachtende Stellungnahme des Elitisten belegt, in der er schreibt:

»Es war Gottes Urteil, das das Unglück sandte, um die Iren eine Lektion dahingehend zu lehren, dass es auch nicht zu wenig Unglück geben darf.«

Trevelyan war übrigens auch für das Management der nahezu parallel stattfindenden Hungersnot in Schottland (Highland Potato Famine) von 1846 bis 1856 verantwortlich. Mit mutwillig herbeigeführten Nahrungsmittelengpässen arbeitet das »Empire« häufiger. Das zeigt die Hungersnot in Bengalen im Jahr 1943, die bis zu vier Millionen Indern auf qualvolle Art und Weise das Leben kostete. Diese ist nicht auf Dürren zurückzuführen, wie die offizielle Geschichtsschreibung gerne glauben macht, sondern auf Fehlverhalten der britischen Kolonialmacht. Das belegt eine Studie indischer Wissenschaftler, die Dürreperioden der vergangenen 150 Jahre analysierten. Sie kamen zu einem klaren Ergebnis, über das die indische Zeitung »The Economic Times« in einem Artikel vom 20. März 2019 berichtete. Überschrift des Tex-

tes: »*Hungersnot in Bengalen von 1943 ausgelöst durch Versagen britischer Politik, nicht Dürre.*«

Auch US-Präsident Herbert Hoover militarisierte die Nahrungsmittelzufuhr, um seine geopolitischen Ziele zu erreichen. Zum Beispiel als er dem von Deutschland besetzten Belgien im Verlauf des Erstes Weltkrieges Lebensmittel lieferte. Und den Bolschewiken nach Ende des Krieges. Das räumen selbst die offiziellen Publikationen der nach dem ehemaligen Präsidenten benannten »Hoover Institution« ein. Dass die hinter Hoovers Politik stehenden Interessen internationaler Bankenkartelle sogar noch deutlich düsterer und weitreichender waren, verdeutlichen die 2018 in Buchform publizierten Recherchen der Autoren Jim MacCregor und Gerry Docherty, die belegen, wie das anglo-amerikanische Establishment den Ersten Weltkrieg mutwillig um bis zu dreieinhalb Jahre verlängerte, um seine geostrategischen Ziele zu erreichen.

Doch nicht nur der Westen setzt Hunger als Waffe ein. Im 20. Jahrhundert nutzte auch Josef Stalin seine Macht, um mittels Nahrungsmittelverknappung die »Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik« in die Knie zu zwingen. Holodomor, so die Bezeichnung für die von manchen als Genozid gewerteten Hungersnot in den 1930er-Jahren, kostete drei bis vier Millionen Menschen das Leben. Kannibalismus war keine Seltenheit.

Doch Mao Zedongs Tyrannei toppte alles. Unter seiner Ägide verhungerten zwischen 1958 und 1962 mindestens 24 Millionen Menschen. Maos Devise war gemäß eines Zitates: »*Es ist besser, die Hälfte der Menschen sterben zu lassen, damit die andere Hälfte sich satt essen kann*«. Das belegen die Recherchen von Frank Dikötter, Professor und Inhaber

des Lehrstuhls für Geisteswissenschaften an der Universität Hong Kong. Er veröffentlichte 2010 das aufschlussreiche Buch »Mao's Great Famine« (D., Maos große Hungersnot).

In Anbetracht dieser Historie wäre es geradezu naiv, anzunehmen, dass Nahrungsmittel im 21. Jahrhundert nicht als Waffe eingesetzt werden. Allerdings ist der Feind nun offenbar ein anderer – und die Gefechtsstrategie erscheint etwas subtiler. Disruption, künstliche Verknappung, Verunreinigung mit Giftstoffen, biotechnische Zusätze und genmanipulierte Rohstoffe, anstatt Belagerung oder Vernichtung der gegnerischen Flotte. Die Corona-Lockdowns haben gezeigt, wie fragil die Lieferketten der Nahrungsmittelindustrie sind. Insolvenzen und Entlassungen hatten rasch negative Auswirkungen auf die Versorgungslage in Deutschland, Großbritannien, China, Amerika, Kanada, Japan und vielen anderen Ländern. Es entstanden massive Engpässe für Milch, Reis, Früchte, Gemüse und Weizen. Bauern wurden ihre frischen Waren nicht mehr los, weil die Transportlogistik versagte. Vieles verdarb. Das meiste wurde teurer.

Dieses Chaos wiederum zeitigte Folgeeffekte für das Transportgewerbe, den Handel oder die Gastronomie. Lieferdienste reüssierten und veränderten nachhaltig den Markt zugunsten von Grossisten, Plattform-Ökonomie und digital-finanziellem Komplex. Viele Familienbetriebe und Kleinunternehmen gingen bankrott. Die Versorgungsengpässe sorgten für Massenpanik in Kenia, Aufstände in Bangladesch, Plünderungen in Kolumbien oder soziale Unbill in Südafrika.

Dann sorgte die russische Invasion in der Ukraine für zusätzliches Chaos. Im Jahr 2022 produzierte die Ukraine 19 Millionen Tonnen Weizen. Ein Rückgang von 40 Prozent ge-

genüber dem Vorjahr. Der daraus folgende Mangel an Ressourcen auf Seiten der Landwirte wird für einen noch geringeren Ertrag im Jahr 2023 sorgen. Durch den Krieg ausgelöste Logistikprobleme, die daraus resultierende Mangelwirtschaft, zum Beispiel in puncto Düngemitteln, und die explodierenden Energiekosten taten ihr Übriges. Auch hierzulande. Siehe das hiesige Bäckereihandwerk, das massivst unter den gestiegenen Gaspreisen litt. Das »Redaktions-Netzwerk Deutschland« (RND) fragte in einem Artikel vom 17. Juli 2022: »*Droht ein Bäckereisterben?*«, während die Antwort anhand der Zahlen längst auf der Hand lag.

Die Ernteausfälle in der Ukraine haben verheerende Auswirkungen auf Länder wie Ägypten, Tunesien, Marokko, Indonesien oder Pakistan, die einen Großteil ihres Weizens aus dem vom Krieg kontinuierlich stärker gezeichneten Land importieren. Und Subsahara-Afrika leidet unter dem fehlenden Mehl, das aus ukrainischem Weizen in der Türkei hergestellt wird. So steigen die Preise für Weizen, Korn und Soja weltweit und gefährden die Versorgungslage von Millionen Menschen. Die Anzahl jener, die akut von Hunger bedroht sind, hat sich seit Ausrufung des pandemischen Zustands weltweit verdoppelt.

Darüber hinaus arbeiten Regierungen weltweit an der Implementierung einer »Green Economy«, an der Null-CO_2-Agenda und euphemistisch verklärten Nachhaltigkeitszielen. Dies setzt Landwirte unter Druck, die den strengeren Emissionsvorgaben und steigenden Kosten ohnehin kaum noch gewachsen sind. Ob Niederlande, Irland, Polen, Italien, Kanada, Argentinien oder Sri Lanka – der Staat zwingt die Bauern, Tiere zu keulen, Herden zu verkleinern, die Produktion herunterzufahren und Milch in den Abfluss zu kippen. Dabei ist sich der Staat bewusst, dass diese Vorgehensweise lang-

fristig zu Verknappung, Hungersnöten und sozialen Unruhen führt. Die Protestwellen rollen bereits. Deutschland, Italien, Polen, Spanien, Panama, Argentinien – überall machen Landwirte, nachgelagerte Berufszweige und Konsumenten ihrem Ärger Luft. Verzweiflung treibt sie auf die Straßen. Bald könnte es der blanke Hunger sein.

In den Niederlanden, wo der Staat unter WEF-Günstling Mark Rutte besonders übergriffig auf dem Agrarsektor agiert und eine Vielzahl von Landwirtschaftsbetrieben »*für den Klimaschutz*« schließen möchte, scheinen die massiven Bauernproteste gar kein Ende mehr zu nehmen. Deutschland und Belgien schicken bereits Wasserwerfer, um die niederländische Regierung beim Niederknüppeln der Proteste zu unterstützen. Und Rutte fährt militärisches Gerät gegen seine eigene Bevölkerung auf. Doch dergestalt Machtdemonstrationen können auch nach hinten los gehen. In Sri Lanka stürmten die von ökonomischen Turbulenzen gebeutelten und zu Recht erzürnten Massen im Sommer 2022 zum Beispiel den Präsidentenpalast sowie die Privatresidenz des Staatsoberhauptes, das in der Folge hastig Reißaus nehmen und das Land verlassen musste.

Neben den vom supranationalen Nachhaltigkeitskorporatismus induzierten oder instrumentalisierten Problemen in der Nahrungsmittelproduktion scheinen noch weitere Kräfte an der vorsätzlichen Störung der Lebensmittelversorgung interessiert und beteiligt zu sein. Wie sonst soll man die Unmenge an dubiosen Katastrophen in der verarbeitenden Industrie erklären, deren Zeuge wir in jüngerer Vergangenheit wurden? Zufall zu unterstellen, wirkt angesichts der schieren Anzahl naiv. Eine mit Einzelquellen angereicherte kartographische Übersicht von »ZeeMaps« verdeutlicht das Ausmaß der Hackerangriffe, Brände, Giftunfälle oder sonstigen Atta-

cken auf die Nahrungsmittelversorgung in den Jahren 2021 und 2022. Es wirkt fürwahr mehr als unwahrscheinlich, dass es sich hier um organische Entwicklungen oder zufällige Ereignisse handelt.

Ob Landwirtschaftsbetriebe, Düngemittelhersteller, Fleischereien, Geflügelfarmen, Firmen die Kartoffeln, Nüsse oder Meeresfrüchte verarbeiten, ob 250.000 Hühner oder 18.000 Kilogramm lieferbereite Lagerware – allerorten brennen sich tiefe Löcher in die Versorgungssicherheit. Das destruktive Phänomen hat sein Epizentrum eindeutig in den USA, wie die Karte von »ZeeMaps« eindrücklich visualisiert. Doch seit Herbst 2022 nehmen derartige Vorfälle auch in Europa und Großbritannien zu. Schon im Mai 2020 beschrieb der Journalist James Corbett aktuelle wie auch damals bereits absehbare Probleme hinsichtlich der zukünftigen Lebensmittelversorgung in einem Artikel mit der Überschrift »*Up Next: The Collapse of the Food Supply Chain*« (D., Als Nächstes: Der Zusammenbruch der Nahrungsmittelversorgung).

In seinem Beitrag beleuchtet Corbett nicht nur die seit Jahrzehnten konzertiert Raum greifende, vorsätzliche wie unnötige Anreicherung einer Vielzahl von Lebensmitteln mit Zucker, sondern vor allem die generelle Transformation der Nahrungsmittelindustrie, die natürliche Zusatzstoffe zunehmend durch künstliche ersetzt. Prominentestes Beispiel dabei: Fleisch aus dem Labor. Schon 2013 präsentierte der niederländische Pharmakologe Mark Post von der Universität Maastricht den Prototypen für dieses vermeintlich reine Fleisch, das im Zuge industrieller Massenproduktion dem Tierwohl dienen soll.

Seit mindestens fünf Jahren legen vor allem der umstrittene Microsoft-Gründer Bill Gates, mittlerweile größter Grundbesitzer der USA, oder Google Ventures viel Elan auf diesem Gebiet an den Tag. Gleichzeitig investiert Gates viel Geld in die Erforschung und Veränderung des Mikrobioms, einem komplexen Ökosystem aus Bakterien, Pilzen, Archaen und Viren, das unter dem Sammelbegriff »Darmflora« maßgeblich die Verdauungsprozesse des Homo sapiens steuert und vor allem im ersten Lebensjahr eines Kindes großen Einfluss auf dessen geistige und körperliche Entwicklung nimmt. Damit will Gates – der konstant seine Bedenken hinsichtlich »*Überbevölkerung*« artikuliert – Kindern in Entwicklungsländern helfen. Was könnte da schon schiefgehen?

Leider sind all diese Entwicklungen in keinster Weise als Engagement für den Tierschutz oder das Gemeinwohl zu bewerten. Denn das erklärte Ziel der Nahrungsmittel-Oligarchie ist die Ablösung natürlicher, gesunder und autonom kultivierbarer Nahrungsmittel durch synthetische, patentierte und industriell erzeugte Produkte, die von einer Handvoll skrupelloser Konzerne verwaltet werden. Ein Exempel auf diesem Gebiet statuierte das skandalumwitterte Unternehmen »Monsanto«, das mit seiner kontroversen Saatgut-Politik seit Jahrzehnten aktiv an der Zerstörung der traditionellen Landwirtschaft arbeitet, wie eine Publikation von »Global Research Canada« aus dem Jahr 2013 mit dem Titel »*Seeds of Suicide*« (D., Saatgut des Selbstmords) aufzeigt.

Selbst der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) schreibt diesbezüglich: »*Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen erhöht die Abhängigkeit der Landwirte von einigen wenigen Saatzuchtfirmen, denen sie Lizenzgebühren zahlen müssen*«. Die Organisation »Unser Planet« kommentierte Monsantos Umtriebe am 24. Dezem-

ber 2018 unter dem Titel: »*Monsantos Saatgut: Monopol und Elend von Afrika bis Europa*«. Dass Glyphosat, das im Verdacht steht, krebserregend zu sein und das Erbgut zu schädigen, entgegen aller Bemühungen es vom Markt zu nehmen, zwischenzeitlich zum meistverwendeten Herbizid der Welt avanciert ist, scheint keine Rolle zu spielen. In puncto Nahrungsmittel entscheiden schon lange nicht mehr Geschmack, Zutaten, Nachfrage, Konsumentenwillen oder Gesundheitsaspekte über den Erfolg eines Produktes, sondern ausschließlich die Marktmacht des jeweiligen Herstellers.

Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die nun ins Haus stehenden Transformationsprozesse in der Nahrungsmittelbranche sind deutlich tiefgreifender. Das zeigen die weltweit aufkeimenden Bemühungen, der Bevölkerung den Verzehr von Insekten schmackhaft zu machen. So genehmigte die Europäische Union Anfang 2023 bereits zwei Sorten Krabbeltier für den menschlichen Verzehr – Mehlwürmer und Heuschrecken. Sie finden sich schon jetzt in Brot, Pizza, Schokolade oder Nudeln. Acht weitere Arten warten derzeit auf Zulassung. Urbane Insektenfarmen wie »Entocycle« (London) oder »Crick« (Zürich) gelten als Patentlösung für die Versorgungssicherheit kommender Generationen. Tatsächlich befinden sich Insekten aber bereits seit Jahren in verschiedensten Produkten von Milka, Ferrero, Mentos, Müller (Milch) oder Ehrmann (Joghurt) wie »OE24« im Februar 2023 berichtete. TV, Rundfunk und Journaille werben neben Promis wie Nicole Kidman bereits eifrig mit Rezepten, Kochsendungen und Online-Ratgebern für den schwer verdaulichen Speiseplan von Morgen.

Parallel werden natürliche Nahrungsmittel wie Eier dämonisiert oder gar für die rasante Zunahme an Herzinfarkten und

Blutgerinnseln verantwortlich gemacht. Namhafte Philanthropen haben natürlich rechtzeitig in die Entwicklung künstlicher Eier investiert. Problem – Reaktion – Lösung. Althergebrachte Herrschaftsdialektik. Da nimmt es kaum Wunder, dass der elitäre Globalisten-Zirkel des Weltwirtschaftsforums (WEF) aus Davos bereits am 16. Juli 2018 prognostizierte, dass wir bald primär Insekten essen werden. Wer auf der Webseite des WEF nach dem Begriff »*Insects*« sucht, erkennt umgehend, welchen Stellenwert dieses Veränderungsprogramm für bestimmte Kreise hat. Der Internetauftritt der Davos-Clique quillt förmlich über vor Lobhudeleien auf den Verzehr des unappetitlichen Getiers.

Üppig finanzierte Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie EAT, die unter anderem vom einflussreichen, Eugeniknahen und auch während der Corona-Krise federführend strategierenden »Wellcome Trust« gegründet wurde, setzen sich mit Nachdruck für eine katalysierende, systemische Transformation der gesamten Lebensmittelversorgung ein. Diese scheint, wie so viele von oben verordnete Veränderungen, nur dann zu funktionieren, wenn bisherige Strukturen obsolet oder zerstört werden. Um für potenzielle Disruptionen auf dem Nahrungsmittelsektor gewappnet zu sein, trafen sich bereits im November 2015 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaftsbetrieb zu einem Planspiel namens Food Chain Reaction. Man verabredete sich in den Räumen des korrupten »World Wildlife Fund« in Washington und simulierte Preiserhöhungen von bis zu 400 Prozent für Nahrungsmittel, die Auswirkungen von Naturkatastrophen oder Terrorattacken auf die Lebensmittelindustrie sowie Regimewechsel in Pakistan und der Ukraine.

Auch das 1975 gegründete, von der CIA-Frontorganisation USAID (United States Agency for International Develop-

ment) durchdrungene BIFAD (Board for International Food and Agricultural Development) veröffentlicht regelmäßig Arbeitspapiere, die sich mit der Zukunft der Nahrungsmittelversorgung auseinandersetzen. Im Zuge der Corona-Krise zum Beispiel das 133 Seiten zählende Dokument »*Systemic Solutions: For Climate Change Adoption and Mitigation in Agriculture, Nutrition and Food Systems*« (D., Systemische Lösungen: Für die Anpassung an und die Abfederung des Klimawandels in Landwirtschaft, Ernährung und Lebensmittelsystemen). Bei der Lektüre solcher aus den Elfenbeintürmen finanzieller Macht gesponserten Operationsszenarien wird klar: Das Allerletzte, was künftig eine Rolle in Sachen Essen spielt, ist der Mensch.

Was für Konzern-Plutokratie und supranationalen Korporatismus eine Rolle spielt, ist bio-digitale Konvergenz (Eng.: Biodigital Convergence) – die Verschmelzung unserer analogen, biologischen Welt mit dem digitalen Raum. Transhumanismus. Was darunter zu verstehen ist, formulierte der Think Tank »Policy Horizons Canada«, eine Denkfabrik der kanadischen Regierung, die sich mit Zukunftsprojektionen beschäftigt: »*Vollständige physische Integration von biologischen und digitalen Einheiten, Koevolution von biologischen und digitalen Technologien sowie konzeptionelle Konvergenz von biologischen und digitalen Systemen*«, steht da auf der Agenda. Und in diesem Rahmen spielen auch Nahrungsmittel eine Rolle. Denn sie werden zunehmend mit Inhaltsstoffen angereichert, die nicht nur unnötig und ungesund sind, sondern auch eine Grenzverschiebung zwischen natürlicher Nahrungsaufnahme und der Implementierung biodigitaler Systeme.

So werden Nutzpflanzen seit 1983 genetisch manipuliert, um sie gegen Schädlinge zu wappnen oder das Wachstum zu sti-

mulieren. Soja, Mais, verschiedene Getreidesorten, Tomaten, Kartoffeln, Auberginen, Salate, Erdbeeren, und so weiter. Wer einmal in einer amerikanischen Kantine zum Lunch war, kennt die übergroßen wie geschmacklosen Landwirtschaftserzeugnisse, die aus genetisch modifiziertem Anbau stammen. Auf die Natur sowie die traditionelle Landwirtschaft hat der Eingriff ins pflanzliche Erbgut bereits fatale Auswirkungen. Monokulturen und Vermischung natürlicher Sorten mit genetisch manipulierten Gewächsen ist vielerorten ein massives Problem. Und dass Firmen wie Monsanto oder BASF, die mit modifiziertem Saatgut den Markt dominieren wollen, wussten, dass dieses Geschäftsmodell den Ruin vieler Bauern bedeuten wird, zeigt ein internes Dokument des unheilvollen Joint Ventures der beiden Konzerne, über das der englische »Guardian« noch am 30. März 2020 berichtete. Schon 2013 begann Monsanto im großen Stil US-Landwirte nach dem Patentrecht zu verklagen und ihrer Existenz zu berauben. Landwirte, die konventionelle Saaten anbauen, auf deren Feldern aufgrund von Pollenflug und unkontrollierter Verbreitung aber plötzlich Hybride keimten.

Die langfristigen Effekte von genetisch verändertem Gemüse auf den Menschen sind unterdes bis heute unklar. Ungeachtet dessen befindet sich bereits das erste genmanipulierte Lebewesen im Genehmigungsprozess bei der amerikanischen FDA (Food and Drug Administration) – ein Lachs. Knapp ein Dutzend weiterer sind in Vorbereitung. Nun gibt es für genveränderte Produkte in den meisten Ländern Kennzeichnungspflichten. Man könnte mit einigem Aufwand demnach vermeiden, diese zu konsumieren. Wären da nicht verschiedene Schlupflöcher. So arbeitete ein Start-up bereits vor vier Jahren an »*Sweet Proteins*«, die wie Zucker schmecken, aber wie Proteine verdaut werden – also ein genetisch

modifizierter Zusatzstoff für menschliche Nahrung, der nach aktuellen Standards nicht als solcher auf der Verpackung ausgewiesen werden muss. Im Dunkeln bleibt bis dato auch, wie das maßgeblich von der Bill & Melinda Gates Stiftung finanzierte »Apeel« langfristig auf den menschlichen Organismus wirkt. »Apeel« ist eine bedenkliche, neuartige Schutzschicht, die Obst und Gemüse länger frisch halten soll. Anwendung findet das Produkt bereits in 65 Ländern. So auch in Deutschland, wie unter anderem Edeka stolz auf der Unternehmenswebseite verkündet. Das Problem: der Lebensmittelüberzug erinnert eher an eine Biowaffe. Denn er enthält diverse Giftstoffe – und kann nicht abgewaschen werden. Als lege es die Industrie förmlich darauf an, dass man diese Schadstoffe zu sich nimmt.

Ungleich beunruhigender ist die fortschreitende Entwicklung von »Bioengineered Spores«, genetisch veränderten Sporen, die dafür sorgen, dass künftig jedes Nahrungsmittel vom Acker bis auf die Gabel im Mund nachverfolgt werden kann. Dazu werden Mikroben als »*Tracking Devices*«, als Überwachungsgeräte benutzt. Das erläuterte der Firmengründer in einem Interview am 4. März 2021. Dabei werden Datensätze in DNA umgewandelt, die anschließend in Mikroorganismen eingebracht wird. Diese Mikroorganismen können auf jedes agrarwirtschaftliche Erzeugnis übertragen werden. Egal, ob Rind oder Schwein, Gemüse, Früchte oder Getreide. Dieser »*DNA-Barcode*«, wie das Unternehmen die vermeintliche Innovation nennt, ist weder durch Hitze oder Kälte noch durch Waschen und Häckseln der Ware zu vernichten. Zudem enthält das Produkt Giftstoffe, die jedoch in geringer Dosierung als »*generell unbedenklich*« eingestuft werden. Was die korporatistischen Kartelle unter solchen Floskeln verstehen, dürfte nach dem Injektionsdebakel der

letzten Jahre bekannt sein. Offizieller Sinn und Zweck der Entwicklung: »*Die Optimierung globalisierter Lieferketten*«. Das Wohlergehen der Spezies Mensch steht demnach jedenfalls nicht im Mittelpunkt.

Noch mulmiger darf einem in Anbetracht der Tatsache zumute sein, dass Nahrungsmittel in naher Zukunft mit mRNA- oder RNA-Zusatz ausgeliefert werden. Big-Pharma-Profiteure wie Bill Gates kündigen seit langem an, die experimentellen wie schädlichen Substanzen über Nahrungsmittel verteilen zu wollen, um diese so auch jenen Personen zuzuführen, die sich der COVID-Injektion verweigerten. Dazu haben der Pseudo-Philanthrop mit Eugenik-Elternhaus und das britische Regierungsmitglied Penny Mordaunt die Organisation »Global Academy of Agriculture and Food Security« gegründet, mit der nun Einfluss auf den Agrarsektor genommen wird. Am 13. Januar 2023 bestätigte ein Artikel der »World Tribune«, dass Unternehmen wie »Bayer« und »BioNTech« seit über sechs Jahren an mRNA-Impfungen für Nutzvieh arbeiten. Schon im Jahr 2015 erteilte die zuständige US-Aufsichtsbehörde USDA eine bedingte Lizenz für eine mRNA-Impfung für Zuchtschweine.

Dass mRNA-Produkte über die Nahrungsaufnahme in den menschlichen Körper gelangen und dort ähnlich negative Effekte haben könnten wie die COVID-Injektionen, wird von den Entwicklern derweil natürlich verneint. Gegenteilige Thesen werden wie gehabt zensiert, unterdrückt oder als Fake-News deklariert. Gefördert wird dieser Anspruch auf Deutungshoheit seitens der Pharma-Mafia unter anderem von »Science Feedback«, einer Fakten-Check-NGO für den medizinischen Sektor, die von so sympathischen Geldgebern wie META (Facebook), Google, TikTok oder Roland Berger Consulting unterstützt wird.

Auch das »IFCN« (International Fact Checking Network), das unter anderem von Bill Gates und eBay-Gründer Pierre Omidyar finanziert wird, versucht, jegliche Berichte über Pläne für mRNA-Impfungen bei Nutztieren oder deren Schädlichkeit als Falschmeldung zu verunglimpfen. Genau wie das Nachrichten-Outlet USA TODAY oder die »Agence France-Presse« (AFP), die mit dem IFCN und Facebook zusammenarbeiten, um offizielle Narrative im digitalen Raum auf Kurs zu halten.

So ist es auch die AFP, die am 11. Oktober 2022 für einen sogenannten Fakten-Check titelt: »*Nein. Australische Landwirte werden nicht gezwungen, Nutzvieh mit vermeintlich tödlichen mRNA-Impfungen zu behandeln*«. Begründung: mit Stand vom 11. Oktober 2022 seien keine mRNA-Impfungen für Nutztiere in Australien zugelassen. Zwei Zeilen weiter führt der gleiche AFP-Text allerdings an, dass die Regierung des Bundesstaates »New South Wales« (NSW) sehr wohl plane, ein solches Produkt zeitnah zuzulassen. Zieltermin: August 2023. Und bereits am 28. September 2022 verkündete die Administration von NSW auf der hauseigenen Webseite, dass man für die Nutztier-mRNA-Impfungen einem beschleunigten Zulassungsverfahren entgegensehe.

Die renommierte Wissenschaftspublikation »Frontiers« bezeichnete die neuartigen Impf-Technologien auf dem Agrarsektor schon in einem Artikel vom April 2015 als »*Vorboten*« für neue Behandlungsmethoden in der Human-Medizin. Das »Wall Street Journal« berichtete ab 2016 über die vermeintlichen neuen Wunderwaffen der Pharmabranche. Und der 2010 vom US-Militärforschungskonstrukt »DARPA« gegründete Impfstoff-Hersteller »Moderna« mindestens seit 2017. In den Massenmedien ist das Thema dennoch nicht präsent, obwohl verschiedenste Organisationen mit Hoch-

druck daran arbeiten, mRNA in die menschliche Nahrungskette zu integrieren.

So veröffentlichte das kanadische »Livestock Research Innovation Corporation im September 2021 ein »White Paper« namens »*The Future of Livestock Vaccines*« (D., die Zukunft des Impfens in der Viehzucht). Der Fokus – man ahnt es – liegt auf der Verabreichung von mRNA-Produkten bei Nutztieren. Die »Iowa State University« rief am 1. Oktober 2021 ein Entwicklungsprojekt für mRNA-Vakzine in der Veterinäranwendung ins Leben. Es wird deutlich: die Kartelle der Pharmaindustrie üben an allen Ecken und Enden Druck aus, um die Behandlung von Zuchtvieh mit Antibiotika zeitnah zu beenden und durch Gentherapien zu ersetzen.

Unternehmen wie Bayer und BioNTech bilden nach Berichten der »Genetic Engineering & Biotechnology News« seit langem die Speerspitze dieser Unterfangen. Der angesehene Wissenschaftler und Miterfinder der mRNA-Technologie, Robert W. Malone, griff das Thema am 11. Januar 2023 in einem Artikel auf und wies im Zusammenhang mit der Entwicklung derartiger Impfungen für Nutztiere darauf hin, dass in der Veterinärmedizin noch weniger Transparenz hinsichtlich der Test- und Zulassungsverfahren herrsche als in der Humanmedizin. Sprich: das Risiko für den Endverbraucher ist noch grösser als bei den COVID-Injektionen, da der Öffentlichkeit noch weniger Daten als bis anhin zur Verfügung gestellt werden dürften.

Dabei muss man nicht warten bis August 2023, um in den zweifelhaften Genuss von Fleischprodukten zu kommen, die mit genverändernden Arzneimitteln angereichert sind. Der Pharma-Konzern »Merck« war schon im Jahr 2018 stolz darauf, bald SEQUIVITY auf den Markt bringen zu können –

eine *RNA*-Partikel-Technologie für den veterinärmedizinischen Bereich. Dieser Umstand entgeht den gängigen Fakten-Checks selbstverständlich beflissentlich. Immerhin fehlt ein Buchstabe. Dabei sind RNA- und DNA-Impfungen in der Massentierhaltung längst im Einsatz. Eine Studie der Autoren Laurel Redding und David B. Werner, die über die amerikanische »National Library of Medicine« abrufbar ist, beschäftigte sich bereits im Jahr 2009 ausführlich mit DNA-Impfungen in der Viehzucht. Das Ergebnis der Forscher: »*DNA-vaccines for veterinary use are safe and effective*« (D., DNA-Vakzine für den Einsatz in der Veterinärmedizin sind sicher und effektiv). Klingt vertraut, aber wenig vertrauenserweckend.

Die kanadische Regierung bietet auf ihrer Internetseite gar eine detaillierte Übersicht zu den im Land im Einsatz befindlichen RNA- und DNA-Produkten an. Mindestens eine Handvoll wird bereits flächendeckend angewandt. Die auf Gentechnik basierenden Impfungen sind also entgegen aller anderslautenden Fakten-Checks bereits im Einsatz. Sie laufen lediglich unter anderen Labels. Und mRNA-Impfungen für die Viehzucht sind zwar noch nicht zugelassen, befinden sich jedoch in einem beschleunigten Zulassungsverfahren, sodass ab Sommer 2023 mit ihrer Markteinführung zu rechnen ist. Regelungen zur Kennzeichnungspflicht: unbekannt.

Ob die Kennzeichnung von Produkten, die mRNA-Vakzine oder ähnliche Stoffe enthalten, dabei helfen würde, deren Einnahme zu vermeiden, ist ohnehin fraglich. Denn auch sogenannte »Self-disseminating Vaccines«, sich selbst verbreitende Impfstoffe, dürften bald zum Einsatz kommen, wie einem verstörenden Artikel des »Quanta Magazine« vom 24. August 2020 zu entnehmen ist. Dabei werden die Impfstoffe nur einigen wenigen Trägern verabreicht, die als Multiplika-

toren dienen und die genetische Information mittels verschiedener Übertragungswege an den Rest der jeweiligen Population weitergeben. Damit will man nach offizieller Lesart reaktives Handeln vermeiden und proaktiv gegen mögliche Infektionswellen vorgehen. Indem man, ohne die Zustimmung des Individuums einzuholen oder ein »Opt-out« zu ermöglichen, schlicht alle Vertreter einer Spezies behandelt. Im schlimmsten Falle, ohne diese über das Vorgehen in Kenntnis zu setzen.

Die »Zukunft des Impfens« als zentrale Strategie der euphemistisch verklärten »One Health Initiative« einer korrupten Weltgesundheitsorganisation (WHO) lässt also beileibe nichts Gutes erwarten. Denn augenscheinlich ist nun die indirekte Zufuhr von genveränderten und genverändernden Stoffen über die Nahrungsaufnahme das künftige Mittel der Wahl, um Big-Pharma-Skeptikern ein Schnippchen zu schlagen. Als wären Pestizide, Konservierungs- und Farbstoffe, Fast Food, Wachs, Mikroplastik, Zucker, Fluoride, Schwermetalle, et cetera nicht bereits Kriegserklärung genug. Der menschliche Organismus scheint dieser Tage vollends zum Schlachtfeld zu verkommen.

Der zunehmenden Zentralisierung der Nahrungsmittelversorgung muss dringend Einhalt geboten werden. Ebenso der inflationären Durchdringung von Lebensmitteln mit Giftstoffen und der Verdrängung natürlicher Waren durch synthetische Produkte. Denn Nahrung ist eine Waffe. Vielleicht die mächtigste, die elitäre Kasten gegen ihre eigene Bevölkerung einsetzen können. Ein Herrschaftsinstrument. Nicht umsonst engagiert sich die EU für die »*Regulierung*« privater Nutztierhaltung und möchte den Eigenanbau von Nahrungsmitteln zusehends erschweren. In Nigeria ist man dahingehend sogar noch einen Schritt weiter. Das afrikanische

Land ist nach den Bahamas das zweite, das digitale Zentralbankwährungen (CBDC) eingeführt hat. Wasser bekommt in Nigeria jetzt nur noch, wer seinen CBDC-QR- oder RFID-Code scannt. Gut möglich also, dass bald durstig bleibt oder stirbt, wer auf seinen mit dem Zentralbankkonto gekoppelten Social-Media-Profilen gegen die Regierung wettert.

»Hunger, Seuchen, Durst und andere armutsbedingte Lokalkonflikte zerstören jedes Jahr fast genauso viele Männer, Frauen und Kinder wie der Zweite Weltkrieg in sechs Jahren. Für die Menschen der Dritten Welt ist der Dritte Weltkrieg unzweifelhaft in vollem Gang.« (Jean Ziegler)

| fertiggestellt am 19. März 2023

Im Auge des Sturms

»Qualität ist kein Zufall. Es ist immer das Ergebnis einer intelligenten Anstrengung.« (John Ruskin)

Ein kleiner Reisebericht. Erschienen am 1. April 2023 auf www.paulbrandenburg.de.

Es gab Jahre, da habe ich über 300 Nächte im Hotel verbracht. Oft waren es zwei oder drei verschiedene pro Woche. In unterschiedlichen Zeitzonen. Das schlaucht. Umso wichtiger ist es, dass man sich in seiner temporären Unterkunft wohl fühlt. Dass man abschalten, arbeiten, Sport machen oder einfach mal ausschlafen kann. Doch wer viele Hotels von innen gesehen hat, ist sich bewusst, dass dies in den seltensten Fällen funktioniert. Denn irgendwas ist immer.

Vielleicht sind die Zimmer wieder schlecht isoliert und man hört das viel zu laut aufgedrehte TV-Gerät des Nebenraums, die laustarke Diskussion des Obermieters auf dem Balkon, die Bass-Boxen des englischen Pubs im Erdgeschoss und die Baustelle gegenüber. Oder man darf sich an einer Klima-Anlage erfreuen, die einem das Gefühl vermittelt, man säße noch im Flugzeug. Kommt man zu vorgerückter Stunde, wenn der Lärm endlich erträglich wird – oder das Gehör abgestumpft genug ist – auf den Gedanken, sich nun doch noch ein Getränk aus der Mini-Bar zu gönnen, ist diese mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit leer. Weil in der Vergangenheit zu oft die Zeche geprellt wurde.

Nun gut. Irgendwie erreicht man schließlich doch das Land der Träume. Bis man nach drei oder vier Stunden rabiat von hektisch operierenden Servicekräften geweckt wird, die gerne schon ab sechs Uhr morgens damit beschäftigt sind,

den Gang zu saugen. Oder das Nebenzimmer. Manche unterhalten sich dabei parallel – und gegen den Staubsauger anbrüllend – mit ihren Kollegen, die schon fünf Räume weiter sind. Man versteht sich eben gut auf Schicht. Und weiß nichts von den Einzelschicksalen hinter all den Anonymität versprühenden Türen.

Nach einem in der Regel unsanften Erwachen, und nachdem man sich damit abgefunden hat, dass auch die Ohrenstöpsel aus dem Flieger einem nicht dabei helfen werden, nochmals einzuschlafen, akzeptiert man, dass es Morgen ist – und wünscht sich, zumindest in meinem Falle, nichts mehr als einen heißen Kaffee. Natürlich gibt es aber weder Kaffeemaschine noch einen Wasserkocher. Und wenn doch, funktioniert das als Staubfänger konzipierte Ding nicht, ist völlig verkalkt, oder die einzige freie Steckdose dafür befindet sich links unter dem Bett. Der Weg in die Dusche und den Frühstücksraum scheint im Ergebnis der leichtere zu sein.

Ist man ein Morgenmensch, mag einem der hell erleuchtete, gut gefüllte und von Gesprächen durchhallte Frühstücksraum nichts ausmachen. Aber das bin ich nicht. Und Hunger habe ich morgens ebenfalls selten. Daher ist für mich oberste Priorität, umgehend eine Tasse, oder besser gleich ein Kännchen Kaffee aufzutreiben. Ist dieses nach mehr oder weniger zeitraubendem Beschaffungsprozess endlich auf dem letzten freien Tisch neben dem Ausgang platziert, nimmt man sich dann doch was vom Buffet. Wenn man schon mal da ist. Spart ja auch das Mittagessen. Und um 18:00 Uhr ist bereits das nächste Geschäftsessen geplant. Leider sehen die ausliegenden Waren der Frühstücksarrangements oft besser aus als sie mit dem vom Zeitzonen-Hopping gereizten Magen oder individuellen Essensrhythmus harmonieren.

Und das wiederum rächt sich gerne im Rahmen der kulinarisch konnotierten Verabredung am Abend. Oder bereits zuvor. Im hauseigenen Fitness-Center, das leider kein eigenes WC vorzuweisen hat, weshalb man in dringenden Fällen kurzfristig die 28 Stockwerke bis zum eigenen Zimmer überwinden muss. Murphy's Law sieht vor, dass just in diesem Moment eine Reisegruppe von mindestens zwanzig Personen den Check-in erledigt hat und sich mit Koffern vor den Fahrstühlen tummelt. Oder dass es Schabbat in Tel Aviv ist und der Lift in jedem Stockwerk hält, weil die Instrumententafel aus religiösen Gründen deaktiviert ist. Oder man sich in einem Hotel in Saudi Arabien befindet, wo gerade nur der gesonderte Lift für Frauen funktioniert.

Hotels sind eine Welt für sich. Vor allem für Vielreisende, die nach langwierigen Interkontinentalflügen schlaftrunken und gerne zu gewöhnungsbedürftigen Uhrzeiten über leere Flughäfen, Bahnhöfe oder Hotelflure schlurfen. Es ist eine einsame und gleichförmige Welt. Egal ob Frankfurt, New York, London, Bukarest, Tel Aviv, Madrid, Mexico City oder Johannesburg – Zimmer, Abläufe, Rezeptionen, Aufzüge und Einrichtungen sind nahezu identisch. Und das Versprechen vieler Hotels, eine Heimat weit weg von der Heimat zu bieten, »A Home Away From Home« zu sein, wird eigentlich nie erfüllt. Was einen auf solchen Business-Trips bei Laune hält, ist die Gewissheit, in ein paar Tagen wieder mal zwei Nächte im eigenen Bett schlafen zu können.

Aber es gibt sie, die wenigen Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Eine davon befindet sich am Potsdamer Platz in Berlin. In puncto Klientel, Kultur und Nachtleben nicht gerade mein präferiertes Viertel, dafür aber verkehrstechnisch günstig gelegen und nachts nicht allzu laut. Zudem befindet

sich gegenüber des gut zu erreichenden Sony Centers das »Mandala«.

Eine Oase von Hotel. Ein privat geführtes Kleinod in einer von Family-Brands, Ketten und Konglomeraten kontrollierten Branche. Denn all die kleinen und großen Ärgernisse, die ich vorgängig beschrieben habe, werden einem dort garantiert nicht die Stimmung trüben. Auch die unzähligen anderen Unannehmlichkeiten und Störfaktoren, die mir in Bezug auf Hotels nach fast zwei Jahrzehnten beruflichen Reisens einfallen, sind bei einem Besuch im »Mandala« kaum zu erwarten. Das Haus hat Stil, einen grandiosen, immer freundlichen Service und bietet vor allem eines – Ruhe.

Alle Zimmer haben eine kleine Küchenzeile mit Kühlschrank, jedes Gerät funktioniert, es gibt überall Steckdosen, die Räume sind einladend hell dekoriert und lichtdurchflutet, können zum Schlafen aber auch tagsüber gut abgedunkelt werden. Die Betten sind bequem, die Kissen super, Fernbedienung und Telefon sind nicht völlig eingestaubt, sondern picobello sauber, ebenso die großen Bäder. Balkone in jedem Zimmer erlauben einen Gang an die frische Luft, das Fitness-Center im elften Stockwerk ist modern ausgestattet und der Spa-Bereich auf der gleichen Etage eine Wucht.

Das Frühstück sucht seinesgleichen, die Bar ist bequem für einen kleinen Lunch oder netten Drink am Abend und das hauseigene Restaurant serviert vom Feinsten. Wobei die Abendkarte durchaus für den gut gefüllten Geldbeutel und nicht für den weniger gut gefüllten Magen ausgelegt ist. Für den großen Hunger oder deftige Hausmannskost geht man einfach gegenüber zum Touristen-Bavarianer und bestellt sich die günstige wie reichhaltige Gulaschsuppe, Wurstsalat oder ein Schnitzel.

Ein besonderes Phänomen ist der Zimmer-Service. Man muss quasi Glück haben, um ihm überhaupt zu begegnen. Denn egal wann man das Zimmer verlässt, hat man den »Make up Room«-Button beim Hinausgehen gedrückt, kann man sich praktisch sicher sein, dass das Bett gemacht und alles aufgeräumt ist, wenn man zurück kommt. In der Mini-Bar befinden sich übrigens tatsächlich Getränke. Und sie werden täglich zuverlässig aufgefüllt.

Das Mandala-Hotel ist eines von drei oder vier Hotels weltweit, in dem ich es schaffe, auszuschlafen. Oder nach internationalen Flügen zu chaotischen Zeiten etwas Bettruhe nachzuholen. Man hört nämlich fast nichts von der Außenwelt. Oder vom Hotelbetrieb. Vor allem in den oberen Etagen. Nichts und niemand stört. Und im Gegensatz zu anderen Berliner Hotels vergleichbarer Kategorie sind die Preise für zum Beispiel ein »Garten-Studio« geradezu ein Schnäppchen. Darüber hinaus ist das »Mandala« – neben Ferienunterkünften in der Natur oder am Meer natürlich – das einzige Hotel, bei dem ich am Abreisetag denke: »*Schade, eigentlich würde ich gerne noch ein paar Tage bleiben*«.

Das ist der »*intelligenten Anstrengung*« des Schweizer Besitzers zu verdanken, der sich täglich persönlich davon überzeugt, dass in seinem Betrieb alles so läuft, wie sein Anspruch es von ihm verlangt. Das »Mandala« trägt die Handschrift seines Inhabers. Es hat Charakter. Das zeigt sich schon daran, dass man in den Zimmern nicht von billigen Werbebroschüren, »Wokeness«-Insignien oder Klatsch-Gazetten belästigt wird, wie es in den meisten Hotels der Fall ist. Stattdessen stehen ein paar Bücher im Regal, auf dem Tisch liegt die aktuelle Ausgabe des Cicero – und im Regal eine deutsch-englische Zusammenfassung der allgemeinen Menschenrechte als Büchlein im Hosentaschenformat.

In Anbetracht der von grünbrauner Gentrifizierung dominierten Lage des Hotels am Potsdamer Platz, wo klimabewegte Protestler der allerletzten Generation immer mal wieder gerne ihre Hände auf den Asphalt kleben, fühlt man sich im Mandala geradezu wie im windstillen Auge eines Sturms.

| fertiggestellt am 01. April 2023

Royal Punker

»Ich hätte nie gedacht, dass ich den Tag erleben würde, an dem die Konservativen die Coolen sind, die dem Establishment den Mittelfinger zeigen, und die Linken die wehleidigen, selbstgerechten Trottel, die alle beschimpfen.« (Johnny Rotten, Sex Pistols)

Dass viele Künstler in dieser Ära multipler Krisen und staatlicher Übergriffigkeiten eine herbe Enttäuschung darstellen, ist nicht neu. Spätestens nach der Pharma-Propaganda-Phase der zurückliegenden drei Jahre ist klar, wer auf wessen »*Seite*« steht. Und bei den meisten Mainstream-Künstlern ist das bedauerlicherweise nicht die Seite ihres Publikums. Ob Udo Lindenberg, Marius Müller-Westernhagen, Silbermond, Die Ärzte, Jan Delay oder der cholerisch auf Passanten einprügelnde Herbert Grönemeyer – kaum einer der Gutverdiener des deutschen Showbusiness hat sich kritisch gegenüber der Regierung, den mRNA-Drückerkolonnen oder der Exekutive positioniert. Auch wenn sie alle in ihren Liedern von Freiheit singen.

Gekrönt wird all der intellektuelle Inzest aber derzeit von Andreas Joachim Wolfgang Konrad Frege, besser bekannt als »Campino«. Frontmann der Düsseldorfer Band »Die Toten Hosen«. Künstler, Punk, Anarchist – zumindest dem öffentlichen Image und der bevorzugten Selbstdarstellung des vermeintlichen Underdogs nach zu urteilen. Dabei ist schon bei der Musik des Pseudo-Revoluzzers nicht das drin, was drauf steht – Punk.

So werden Campino und seine fürwahr toten Hosen als Protagonisten stumpfsinnigen Suff-Pogos mit Copy-and-Paste-

Punk-Appeal in die Annalen der Musikgeschichte eingehen. Als billiger Abklatsch dessen, was sie vorgeben zu verkörpern. Das im Kern revolutionär-anarchische Musikgenre Punk wurde durch die Düsseldorfer Hafensängertruppe über gut vierzig Jahre als Konsumartikel missbraucht und damit ad absurdum geführt. Statt unabhängiger Anti-Establishment-Attitüde, Konsumverweigerung und Garagen- oder Keller-Sound lieferte die Band Hochglanz-Produktionen bei Major-Labels. Tränendrüsen-Balladen, Mitsing-Hymnen und Anbiederung an wirkliches jedes Zeitgeist-Narrativ. Das waren die Schlüssel zum Erfolg im Land des Musikantenstadls. Ganz nach dem Motto: »*Wir sind die Jungs von der Opel-Gang, wir haben alle abgehängt*«; und »*An Tagen wie diesen – eisgekühlter Bommerlunder*«.

Was bei all dem fadenscheinigen Image-Design und der Vielzahl kommerzieller Spagate etwas ins Hintertreffen gerät, ist die Frage, wo Campinos Wildheit, der zur Schau gestellte Punk denn eigentlich herkommt. Das schien auch die alkoholisierten Wochenend-Irokesen seiner Band mit ihren Katalog-Tattoos auf den Oberarmen nie wirklich zu interessieren. Dabei gäbe die Vita des feinen Herrn Andreas Joachim Wolfgang Konrad Frege durchaus Grund, an seiner postulierten Motivlage zu zweifeln. Denn Campino ist ein Spross der bekannten Leipziger Bankier-Dynastie von Christian Gottlob Frege.

Dieser eröffnete 1782 eine Privatbank am Ort, war reicher Großgrundbesitzer und betrieb Bergbau-Unternehmen. Geldadel verpflichtet. Campino ist Sohn eines Richters. Sein Großvater war gar Präsident des Bundesverwaltungsgerichts. Dieser Umstand könnte dem Vorzeige-Rowdy natürlich dabei geholfen haben, zu entscheiden, auf welcher Seite »die Guten« stehen.

Besonders peinlich war ein Auftritt des Tote Hosen-Frontmanns im Jahr 2018, als er gegenüber den beiden deutschen Rappern »Farid Bang« und »Kollegah«, die sich deutlich anarchischer gebärden als der Berufsstaatsfeind, den Oberlehrer markierte. Den Zeigefinger erhob Campino aufgrund einer bewusst provokant gewählten Metapher auf einem Bonus-Track des bodybuildenden Duos die da lautete: »(…) *Mein Körper definierter als Auschwitz-Insassen*«. Nicht gerade geschmackvoll. In hohem Masse irritierend. Stimmt. Aber nicht justiziabel. Und eben eine Metapher in einem Genre, bei dem es in Bezug auf die Texte primär um das Finden besonders abwegiger, doppeldeutiger oder provokanter Metaphern geht. Provokation ist Kern des Erfolgsrezepts der beiden Rapper. Das kann man mögen – oder nicht. Wer jedoch für Kunstfreiheit eintritt, muss auch Geschmacklosigkeiten aushalten. So wie eine Demokratie die Grünen.

Neben Herrn Frege legten auch Alice Weidel und andere Personen des massenmedialen Raumes Schnappatmung ob der »Punchline« an den Tag. Man empörte sich gemeinschaftlich über den »*asozialen*« Marokkaner Farid Bang. Campino ließ im Nachgang und bei der zwischenzeitlich zum Glück eingestellten Echo-Preisverleihung verlauten, er sei weder Prüfstelle noch Oberzensor, wolle aber »*das Feld nicht den anderen überlassen*«. Jenen, die sich »*als Opfer darstellen, obwohl ihnen keine Opferrolle zusteht*«. Entscheidet demnach Herr Frege darüber, wer in dieser Gesellschaft ein Opfer ist und wer nicht? »*Jeder von uns muss für sich eine Linie ziehen*«, forderte er. Eine Linie? Durch die Freiheit der Kunst? Trennung in konform und nicht konform? Und ab welchem Zeitpunkt sprechen Protagonisten der Einheitsmeinung dann wieder von *entarteter* Kunst?

In einem Interview mit der »taz« sagte Campino im Jahr 2008, dass er immer glücklich gewesen sei, wenn er erleben durfte, wie Joschka Fischer Deutschland in der Welt repräsentiert habe. Den völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg auf Serbien hatte er sich da vielleicht schon aus dem Gedächtnis gekokst oder gesoffen. Darüber hinaus räsonierte er über seine Herkunft, die Hausbesetzer-Szene, und darüber, dass Musiker generell an politischer Relevanz eingebüßt hätten. Oskar Lafontaine sei ein »*Brechmittel*«, gab er zu Protokoll. Auf der anderen Seite fände er es jedoch »*immens*«, was »*diese kleine Person*« Greta Thunberg »*durch ihre Energie und ihren Einsatz bewegen konnte*«.

Für ihn sei der Zeitpunkt überfällig, das Thema Klimawandel in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte zu rücken. »*Wer das jetzt noch ignoriert, dem kann man nicht mehr helfen*«. Auch sein Sohn sei Anhänger der klimabewegten »Fridays for Future«-Jugend und bei diversen Demos in Berlin dabei gewesen. »*Wenn er damit ein Problem bekommen würde, würde ich mich für ihn einsetzen*«, sagte der Pseudo-Punk hinsichtlich potenzieller Probleme wegen des Fehltagen in der Schule. »*Es kann jeder etwas dazu beitragen. Jeder kann sich fragen, wie viel Klamotten und Flüge er braucht*«, so Campino weiter.

Wasser predigen und Wein saufen – das war stets Campinos Devise. Das Motto eines Menschen, der sein Leben lang in feinstem Punker-Zwirn um die Welt jettete. Und wenn es jemand wagte, seine äußerst wohlhabende und kaum zum Marketing-Design passende Familie zu kritisieren, wurde er unangenehm. In der TV-Sendung »Beckmann« verteidigte er zum Beispiel eifrig seinen Bruder: der rette mit seiner segensreichen Arbeit als Insolvenz-Berater doch viele Arbeitsplätze. Dabei verdiente Michael Frege damit fast so viel Geld

wie Campino selbst. Für die Abwicklung der Lehman-Brothers-Pleite soll die Wirtschaftskanzlei Weiss & Hasche, in der Michael als Partner reüssiert, mehrere hundert Millionen Euro kassiert haben. Ebenfalls unter den Kunden von Weiss & Hasche: die kriminelle Maple Bank GmbH, die manchem noch von den Cum-Ex-Betrügereien oder der fragwürdigen Insolvenz-Abwicklung des Versandhändlers Neckermann bekannt sein dürfte.

Mit dem kapitalistischen System hatte Campino nie Probleme. So wurde er auch schamlos zu einem der wichtigsten Botschafter der deutschen mRNA-Injektionskampagne und forderte gewissenlos jeden auf, sich das experimentelle Produkt verabreichen zu lassen. Aufgrund des Ukraine-Kriegs hinterfragte er jüngst auch seine einstige Wehrdienst-Verweigerung. Heute würde er wahrscheinlich in den Krieg ziehen, deutete er im Stern an. »*Gerade lernen wir doch eindrücklich, warum eine Identität als Europäer so wichtig ist und warum wir eine Wertegemeinschaft sein müssen. Das hat dann leider auch etwas mit Aufrüstung zu tun*«.

In der Rolle des vom System goutierten Punk-Proleten und Subkultur-Besserwissers scheint sich Campino zu gefallen. Warum sonst befahl er Schlager-Sängerin Helene Fischer, endlich »*das Richtige zu tun*«. Sie solle sich gefälligst klar positionieren und öffentlich kundtun: »*Ich bin gegen die AfD und gegen die rechtsextreme Stimmung*«, so der vorlaute Herr Frege. Von diesem Schritt würde Fischers Management aber wohl abraten, mutmaßte Angela Merkels Lieblingsrocker. »*Sie würde vermutlich unglaublichen Hass auf sich ziehen. Das Management würde sagen: So einen Ärger brauchen wir nicht. Wir haben eine gut geölte Maschine, die perfekt läuft. Also bitte in Bezug auf Politik den Mund halten*«, vermutete er weiter. Diese Posse passt zu Campinos State-

ment, dass er nur zu gerne das Geld von Mitbürgern verschmähe, die die deutsche Einwanderungspolitik nicht unterstützen.

Anhand unzähliger weiterer Exempel ließe sich beweisen: Campino ist der regierungskonformste Musiker der letzten zwanzig Jahre. Er hatte und hat mit echtem Punk rein gar nichts zu tun. Er kann höchstens als »Agitprop-Ikone« betrachtet werden. Mitsamt den eingangs erwähnten System-Poppern und Pseudo-Klassenkämpfern. Keiner von ihnen hat in den vergangenen drei Jahren die elementare Aufgabe der Kunst in einer Demokratie erfüllt: der Gesellschaft den Spiegel und der Regierung ihr neofeudalistisches Handeln vorzuhalten. Im Gegenteil.

Viele haben das System schamlos hofiert. Ihm gedient, anstatt es in Frage zu stellen. Siehe Smudo von den »Fantastischen Vier«, der mit seiner Luca-App im Zuge der Corona-Krise zweistellige Millionenbeträge aus Steuergeldern einstrich. Doch während Smudos Verhalten »nur« gierig und verwerflich ist, gibt Campino ein ganzes Genre der Lächerlichkeit Preis, wenn er zum Besuch von Ex-Prinz Charles im schlecht sitzenden Frack aufläuft und sein aufgedunsenes Haupt in Demut vor einem Monarchen senkt, dessen langjähriger Freund und Vertrauter – Jimmy Saville – in Großbritannien als schlimmstes Sex-Monster der Geschichte gilt. Mindestens 214 Opfer im Alter von acht bis 47 Jahren hat Saville im Lauf der Jahre missbraucht. Nicht zu vergessen Charles’ Bruder, Prince Andrew, der über zwei Dekaden hinweg enge Verbindungen zu den Kinderhändlern und Vergewaltigern Jeffrey Epstein und Ghislaine Maxwell unterhielt. Oder die dubiosen Todesumstände von Prinzessin Diana.

Ein feine Familie, diese Royals. Lebendige Vertreter eines menschenverachtenden, generationsübergreifend kriminellen Imperialismus. John Lennon hatte der königlichen Familie gegenüber zurecht harschere Töne angestimmt und seinen »Member of the British Empire«-Orden, der den Beatles aufgrund ihrer Erfolge in jungen Jahren verliehen worden war, zurückgegeben. Herrn Frege scheint all das egal zu sein. Campino ist Konformist. Vielleicht hat er aber auch einfach darauf spekuliert, mal eine Runde im extra eingeflogenen 3400-Kilo-Bentley des royalen Paares drehen zu dürfen. Das fehlt ihm vermutlich noch in seiner Sammlung herrschaftlicher Anerkennungen.

Die Kunst ist frei. Sie sollte sich keinem Zwang unterworfen, keiner Zensur ausgesetzt, keiner Ideologie verpflichtet und keiner Instrumentalisierung genötigt sehen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Wer nach diesen tradierten Grundsätzen seinem Künstlerdasein frönt, wird gecancelt. Siehe Nena. Feiglinge, Opportunisten und Raffgeier wählen den Weg des geringsten Widerstandes. Das belegen dieser Tage anschaulich die »Scorpions«. Deren Song »Wind of Change« wird kurzerhand der Zeitenwende angepasst und umgeschrieben. Er ruft nun nicht mehr zum Frieden, sondern zum Sieg der Ukraine über Russland auf.

| fertiggestellt am 03. April 2023

Die fünfte Gewalt

»Wenn die Feder mächtiger ist als das Schwert, sind Nachrichtenmagazine die eigentlichen Waffenlager unserer Zeit.«

Mit dieser Feststellung traf der 2015 verstorbene Aphoristiker Erwin Koch ins Schwarze. Denn es gibt Medien – neue, freie, unabhängige und alternative Medien – und einen Propaganda-Apparat. Die an Konturen gewinnende Trennlinie zwischen den beiden Domänen zeichnete sich im Zuge der vergangenen drei Jahre deutlicher ab denn je.

Während sich die neuen Medien um Wahrheitsfindung, Objektivität, Kontextualisierung, Fakten und eine holistische Analyse aktueller Themen bemühten, fungierten die Leitmedien der Deutungseliten als willfähriges Sprachrohr eines kontinuierlich totalitärer auftretenden Systems – als Propaganda-Posaunen.

So wurde alles, was nicht der unisono ventilierten Einheitsmeinung des postmodernen Kollektivismus entsprach, von einer über Agenturmonopole gleichgeschalteten Presse als Falschinformation gebrandmarkt. Autoren, die sich erdreisteten, inhaltlich aus der Reihe zu tanzen, wurden verunglimpft, geächtet und sozial isoliert. Diskursbereitschaft und das Recht auf Gegenrede waren passé. Eine institutionelle Zensur ungekannten Umfangs verengte den Debattenraum derart, dass den Unsrigen außer ein paar schmalen Fluchttunneln und Luftschlitzen nichts mehr blieb.

Dieses Vorgehen hat Programm. Daher dominieren nicht engagierte Diskussionen um Sachfragen die mediale Öffentlichkeit, sondern emotionalisiertes Empörungsmanagement. Argumentum ad populum et ad hominem. Und auch die di-

gitale Bücherverbrennung läuft auf Hochtouren. Selbst das gemeinnützige und für Journalisten zwischenzeitlich unentbehrliche Internet Archive mit seiner »Wayback Machine« steht zwischenzeitlich wegen vorgeblicher Urheberrechtsverletzungen unter Beschuss. Sollte dieses Projekt irgendwann offline gehen, ist das orwellsche »Memory Hole« endgültig Realität.

Neben der EU-Kommission mit ihren Plänen zur überwachungsstaatlichen »Chatkontrolle« arbeiteten auch die Vereinten Nationen (UN) schon im Sommer 2019 an einem Projekt zur Bekämpfung der Meinungsfreiheit. Eine entsprechende Resolution wurde am 1. Juni 2022 gefasst. Und bereits am 1. August 2022 verschärfte die demokratisch nicht legitimierte Organisation den Ton und erklärte sogenannten »*Fake News*« und »*Verschwörungstheorien*« offiziell den Krieg. Denn so bezeichnet das System mittlerweile jede vom Mainstream abweichende Berichterstattung. Wer sich in Anbetracht all dieser Entwicklungen noch nicht an George Orwells »*Wahrheitsministerium*« erinnert fühlt, hat dessen Klassiker »1984« vermutlich nie gelesen.

Im Gegensatz zu einem über Abgabenzwang finanzierten und keineswegs staatsfernen, öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der nach Angaben des Handelsblatts im Jahr 2023 erstmals ein Budget von über zehn Milliarden Euro zur Verfügung haben wird, sind die neuen Medien tatsächlich einem freien Markt ausgeliefert und müssen Produkte bereitstellen, die das Publikum goutiert. Das sollte man eigentlich auch von etablierten nicht-staatlichen Publikationen wie ZEIT, SPIEGEL, Stern, FAZ, BILD, et cetera annehmen – doch gibt es gute Gründe, warum diese Blätter in zunehmender Häufigkeit »*Konzernmedien*« geschimpft werden. Zum einen, weil Inhaber, Herausgeber oder Chefredaktion unge-

niert Partei ergreifen und sich politisch stets im Sinne der gut vernetzten Herrschaftskaste positionieren. Zum anderen, weil private Medienhäuser zunehmend durch externe Großspender, Nichtregierungsorganisationen oder sonstige sozialarchitektonische Stiftungsvehikel beeinflusst werden.

So pflegten die mächtigsten Medienfrauen Deutschlands, Friede Springer und Liz Mohn (Bertelsmann), seit jeher exzellente Kontakte ins Kanzleramt. Wenig verwunderlich also, dass die beiden Medien-Matriarchinnen ihre Blätter über jedwede Krise hinweg auf Linie hielten, um beispielsweise Angela Merkel bei praktisch allen Themen wohlfeil beizupflichten. Für den öffentlichen Debattenraum ein unheilvolles Trio Infernale – das manch einer bereits vor über einer Dekade als »Triumvirat« bezeichnete.

Bis heute ist die Springer-Presse linientreuer Proklamator des Berliner Zentralkomitees. Wie sonst ist zu erklären, dass sich das Medienhaus jüngst der gesamten BILD-Chefredaktion entledigte, nachdem diese sich erdreistet hatte, zu bestimmenden Herrschaftsnarrativen wie Corona-Krise, Ukraine-Krieg oder Klima-Apokalypse vereinzelt auch differenzierte Stimmen zu Wort kommen zu lassen? Selbst Ikonen des Investigativ-Journalismus wie Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh, der unlängst die bislang überzeugendste Recherche zur Sprengung der Nord-Stream-Pipelines ablieferte, sind vor der evidenzlos diffamierenden »Cancel Culture« nicht gefeit.

Dass die deutschsprachigen Massenmedien seit langem weder ihrem Informationsauftrag noch dem Pressekodex gerecht werden, offenbarte neben vielen vergleichbaren Vorfällen die Causa Martenstein. Der bekannte Kolumnist hatte sein halbes Leben beim Berliner »Tagesspiegel« verbracht.

Nachdem Zweifler, Mahner und Nonkonformisten jedoch allerorten zunehmendem Gegenwind aus der Chefetage entgegensahen – Meinungspluralismus unerwünscht – verließ Harald Martenstein das Blatt Anfang 2022, um abschließend festzuhalten: »*Wo man glaubt, nur man selbst sei im Besitz der Wahrheit, bin ich fehl am Platz*«.

Auch die fadenscheinige Reue von SPIEGEL und Co., die in Bezug auf unsagbare verbale Entgleisungen und einseitige Berichterstattung während der angeblichen Jahrhundert-Pandemie derzeit plötzlich Fehler eingestehen oder Selbstkritik üben, ist nichts anderes als durchschaubarer Feigenblatt-Journalismus. Auch wenn der Mediziner Gunter Frank, Autor von »Das Staatsverbrechen«, bei BILD mal ein paar Minuten Tacheles reden darf.

Dieses konzertierte Vorgehen zum Ausklang einer pandemischen Lage, zum Einrollen des Panik-Narratives, ist ein zentrales Element von Pandemie-Planspielen wie SPARS. Das im Jahr 2017 von der Johns Hopkins Universität ausgerichtete Event beschreibt in Kapitel 19 des zugehörigen Handbuchs – »*SPARS Aftermath*« – wie zum Ende der Pandemie mit geheuchelter Einsicht und einigen Bauernopfern der Volkszorn besänftigt werden soll. Immerhin hatte sich das Biosicherheitsregime zuvor schwerste Grenzüberschreitungen beim alternativlosen Kampf gegen das Virus erlaubt.

So ist ein nicht unbeträchtlicher Anteil der medialen Corona-Aufarbeitung kritisch zu hinterfragen. Denn zumindest jene Zugeständnisse, die nun von den Leitmedien kuratiert und präsentiert werden, dürften wenig mehr sein als eine Ingredienz des Potpourris gewiefter Social-Engineering-Methoden, denen wir uns seit einer Weile in beispielloser Penetranz ausgesetzt sehen. Selbst wenn der Autor authentisch und sein

Vortrag inhaltlich korrekt ist. Es ist mentale Manipulation für den Klassenkampf von oben.

Zu konstatieren ist in jedem Falle: die »vierte Gewalt« hat als Kontrollinstanz versagt. Anstatt Übergriffigkeiten, Rechtsbrüche und das Gewaltmonopol des korrupten Systems kritisch zu hinterfragen, absorbiert die Journaille widerstandslos dessen Dogmen und praktiziert Gewalt. Denn Indoktrination, »Nudging«, Propaganda, Diffamierung, Hetze, Agitation und soziale Ächtung sind nun einmal nichts anderes als psychologische Kriegsführung. Vornehmlich aus diesem Grunde braucht es eine »fünfte Gewalt« – die neuen Medien – als Korrektiv.

Als Ersatz für einen korrumpierten, infiltrierten, usurpierten und instrumentalisierten Apparat von Massenmedien, der schon lange nicht mehr die Interessen seines Publikums vertritt. Aber eine offene Gesellschaft bedarf Öffentlichkeit. Und der unzensierte Debattenraum, an dem jeder gleichberechtigt teilnehmen oder -haben kann, ist Grundlage einer jeden Demokratie. Das gilt ebenso für faire Streitkultur und eine Berichterstattung, die Meinungsvielfalt abbildet, kontextualisiert und freie Rede garantiert. Dafür wiederum braucht es Journalisten, die ihren Beruf als Berufung verstehen, die ein Berufsethos pflegen und ihrer Arbeit aus idealistischer Überzeugung nachgehen – weil sie nach Wahrheiten suchen, anstatt sich um Geld, Einfluss, Reputation und Auszeichnungen zu scheren.

Auf genau solche Persönlichkeiten traf ich beim Rubikon-Magazin, dessen Team nun mit »Manova« einen fulminanten Neustart hinlegt. Ich begegnete Menschen, die sich, zumeist ehrenamtlich, für das engagierten, was ich unter Journalismus verstehe. Und diesen definiere ich eben nicht nur

darüber, zu »*schreiben, was ist*«, wie Rudolf Augstein es dereinst formulierte – sondern vor allem über die Freiheit, »*das zu schreiben, was die Leute nicht hören wollen*« (George Orwell). Ich traf auf Menschen, die willens sind, ungeachtet der monetären Kompensation ein überdurchschnittliches Arbeitspensum zu schultern, nur, um die Welt ein kleines Stückchen besser zu machen. Um Menschenrechte, humanistische Werte und die »Autonomie des souveränen Individuums« (F. Nietzsche) zu verteidigen. Und um jenen eine Stimme und Plattform zu geben, die das System nicht mehr wahrzunehmen gewillt ist.

An diesem Umstand wird sich durch den »Relaunch« des ohnehin noch recht jungen Magazins, die Überarbeitung des Web-Auftritts oder die Einführung neuer Rubriken ebenso wenig ändern wie an meiner stets ersprießlichen Zusammenarbeit mit der Redaktion, dem Lektorat und verschiedensten Autoren. Au contraire. Denn ich bewerte die strategische, organisatorische und visuelle Erneuerung, die Metamorphose hin zu »Manova«, als logische Konsequenz von strukturellen Veränderungen der Medienlandschaft.

Die »fünfte Gewalt« ist schon lange keine vernachlässigbare Randerscheinung, kein Nischen-Produkt oder simpler Bürger-Journalismus mehr. Sie hat längst die Führung übernommen, setzt Themen und treibt öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Konzernmedien vor sich her. Manch ein Format übertrifft in puncto Zuschauerzahlen und Seitenzugriffe locker die Prime-Time-Angebote etablierter Medienhäuser. Und auch die Qualität der Produktionen oder Nutzeroberflächen muss in vielen Fällen keinen Vergleich mehr mit den milliardenschweren Dinosauriern der Branche scheuen – trotz, oder gerade wegen kleiner Budgets. Die Leitmedien haben hingegen zunehmend Mühe, dem dezentral organi-

sierten Journalismus dieser Tage noch etwas Gehaltvolles entgegenzusetzen. Die »fünfte Gewalt« ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Ansonsten gäbe sich das System nicht solche Mühe, ihr Steine in den Weg zu legen.

Der Auftritt unter neuer Marke emanzipiert das Magazin, öffnet es, befreit und revitalisiert es, löst es aus den strategischen Bandagen einer an Unschärfen gewinnenden Vergangenheit, in der es zeitgemäß war, den »*Tiefenstaat*« hervorzustellen und damit eine über alle Schichten der Gesellschaft versprengte Leserschaft adäquater Interessenlage anzusprechen – die »*kritische Masse*«, die dem Magazin zu Relevanz verhalf, es bis heute trägt und möglich macht. Jene neugierigen Menschen, denen Aufmerksamkeit erheischende Schlagzeilen, Sinnfetzen und betreutes Denken nicht genügten, die einen Blick hinter den Vorhang der »*Fassadendemokratie*« werfen wollten.

Aber diese Zeiten sind vorbei. Denn der »Deep State« hat sich spätestens durch sein Handeln im Zuge der Corona-Krise unmissverständlich zu erkennen gegeben. Er hat seine boshafte Fratze offenbart. Dabei wurde zugleich deutlich, dass das neofeudale System seinen ärgsten Feind nicht hinter Grenzlinien oder auf einem anderen Kontinent verortet – sondern vor den Hochsicherheitstoren seiner Elfenbeintürme. Der Kampf um Wahrheit, Freiheit und Selbstbestimmung wird jetzt mit offenem Visier ausgetragen. Und ohne Handschuhe.

Nicht nur Jean Ziegler ist überzeugt, dass der dritte Weltkrieg bereits im Gange ist. Der Menschenrechtsaktivist bezieht sich dabei aber vor allem auf den in Armut und Hunger resultierenden Neokolonialismus der Hegemonialmächte. Ressourcen als Waffe. Doch dieser dritte Weltkrieg ist auch

und vor allem ein Informationskrieg. Und wir können nur hoffen, dass es dabei bleibt. Denn einen solchen Krieg können wir gewinnen. Einen Drohnenkrieg oder nuklearen Holocaust nicht. Der supranational manifestierte, skrupellos operierende technokratische Korporatismus macht keinen Hehl mehr daraus, welch inhumane Ziele er im Rahmen der oktroyierten Zeitenwende verfolgt. Und dass die Massenmedien nichts weiter als seine handzahmen Erfüllungsgehilfen sind, seine dienstbaren Steigbügelhalter, muss zwischenzeitlich für wirklich jeden erkennbar sein.

In diesem Lichte betrachtet ist es demnach nicht nur geboten, sondern geradezu überlebenswichtig, dass die neuen Medien jenen Platz einnehmen, auf dem die heiße Luft der »vierten Gewalt« außer einem Vakuum wenig hinterlassen hat – Selbstermächtigung ist ein Imperativ. Es gilt, nicht mehr nur die kritische Masse zu erreichen, sondern *die Massen*. Folgerichtig öffnet sich das Magazin nach Klausur und Selbsterneuerung als »Manova« nicht nur neuen Lesern im Inland, die sich in den nachjustierten Rubriken leichter wiederfinden werden, sondern auch jenen in den Nachbarländern. Das unterstreichen gesonderte Kategorien für die Schweiz und Österreich, in denen künftig landesspezifische Inhalte bereitgestellt werden. Denn auch in den angrenzenden Ländern muss die »fünfte Gewalt« dringend gestärkt und präsenter werden.

Bei diesen Bemühungen um einen prägnanteren Auftritt und mehr Wahrnehmung in der Breite geht es nicht um Expansion im ökonomischen Sinne. Wachstum, Marktanteile und Gewinnmaximierung sind nicht Treiber dieser internen Revision. Eine solche Herangehensweise wäre für die neue Medienlandschaft ohnehin schlicht kontraproduktiv – sie kannibalisierte die eigene Mission. Denn die Stärken des neuen, freien Journalismus sind Dezentralität, Autonomie, Kreativi-

tät und Vielfalt, Guerilla-Taktiken und Do-It-Yourself-Mentalität.

Exakt diese Alleinstellungsmerkmale würden dem Kasino-Kapitalismus unserer Ära aber wohl als Erstes zum Opfer fallen. So ändert sich mit diesem Neustart nichts an den fundamentalen Leitlinien des Magazins, der Motivation der Redaktion, der gewissenhaften Arbeit von Autoren, Lektoren und Informatikern, oder dem Anspruch, sich kontinuierlich zu verbessern. Es ändert sich lediglich die Wahrscheinlichkeit, mehr Menschen mit etwas erreichen zu können, das allen »Manova«-Beteiligten am Herzen liegt – Journalismus.

Während also die Konzern-Medien munter degenerative Tendenzen fördern und der im Niedergang befindliche ÖRR demnächst eine Monatsabgabe von 25 Euro für die zwangsfinanzierten Rundfunkpaläste aufrufen möchte, um die durch »Binge-Watching« sedierte Bevölkerung vollends vorzuführen, entstehen um diese von ihren eigenen Innovationen paralysierte Blase von Mitläufern bereits die Massenmedien der Zukunft. Die Multiplikatoren der Gegenrede. Die Leuchtfeuer einer zweiten Aufklärung. Mit Ihnen, geschätzter Leser! Damit die Verschwörungstheorie von gestern nicht immer wieder zum »New Normal« von morgen avanciert. Die Fahrwasser sind wild. Aber es geht um alles.

| fertiggestellt am 07. April 2023

Dezentrale Druckkammern

Konsum, Medien, Kommunikation, soziale Interaktion – alles digital. Die zentralistische Plattformökonomie macht den virtuellen Raum zum digitalen Gulag. Praktisch alle Lebensbereiche sind betroffen. Eine Isolationspandemie. Nur die Überwindung des eigenen Phlegmatismus und dezentrale Druckkammern vermögen, den elektronischen Gitterstäben langfristig Paroli zu bieten.

Zentralismus und Kollektivismus: die zwei großen sozioökonomischen Trends unserer Zeit. Die zwei großen Übel, Ekzeme oder Tumore einer saturierten Wohlstandsgesellschaft – das ist man eigentlich geneigt zu sagen. Eines bedingt und forciert das andere. Ein sich amplifizierender Teufelskreis der Entmündigung und Enteignung. Der schleichende Verlust von Autonomie. Seine Auswirkungen schlagen nicht nur im Kulturbetrieb oder in der Wirtschaft durch, wo Klein- und mittelständische Unternehmen ungebremst der Marktkonsolidierung von oben zum Opfer fallen, um in multinationalen Investmentstrukturen oder Großkonzernen aufzugehen, sondern vor allem in der vom Korporatismus assimilierten Medienlandschaft. Deren Topografie charakterisiert mittlerweile vor allem die Kapitulation des Intellekts vor der schieren Anzahl an Einschlagskratern, die die Geschosse psychologischer Informationskriegsführung in den Ruinen der Logik hinterlassen haben.

Augenfällig wurde dies zuletzt im Rahmen der medialen Aufarbeitung der Corona-Krise. Während nämlich im Abklang des Viren-Wahns schlichtweg nicht mehr von der Hand zu weisen ist, dass Maßnahmenkritiker, Mahner und

Pharma-Skeptiker nahezu vollumfänglich richtig lagen, behauptet eine de facto gleichgeschaltete Agentur-Presse schamlos das Gegenteil. Dabei versuchen weder die finanziell unterwanderten Konzernmedien noch der keineswegs neutral berichtende öffentlich-rechtliche Rundfunk mit Fakten zu überzeugen. Denn die gibt es nicht. Man setzt auf penetrierende Wiederholung des Falschen. Ganz nach Propaganda-Lehrbuch.

Die vierte Gewalt übt zwar weiterhin Gewalt aus – aber eben vornehmlich *gegen* ihr Publikum. Das bewies letzte Woche eindrücklich die Washington Post. Anstatt einen 21-jährigen Informanten zu schützen, der brisante Geheimdokumente der US-Regierung veröffentlichte, spürte das Blatt den Mann auf, identifizierte ihn, veröffentlichte seinen Klarnamen und gab sämtliche Informationen ans FBI weiter, das Jack Teixeira, so der Name des Delinquenten, kurze Zeit später festnahm. Die Washington Post als verlängerter Arm des Überwachungsstaates. Verkehrte Welt.

Ein weiteres Paradebeispiel für diese verstörenden Entwicklungen sind unzählige Artikel mit der stets gleichen Überschrift: »*Warum Querdenker meinen, recht gehabt zu haben*«, die Anfang April 2023 das Display der Wahl zu zieren begannen. Ob ZEIT, Stern, RTL oder Handelsblatt – überall die gleichen Headlines und Artikel. Ob ÖRR, Konzernmedium oder Lokalzeitung. Mehrere hundert Ergebnisse meldet die Suchmaschine. Stets im Sinne des offiziellen Narratives. Systemtreu und konformistisch.

Irgendwie auch logisch. Denn welches Blatt möchte sich schon selbst kritisieren und zugeben, dass man sich die vergangenen drei Jahre handzahm den Mächtigen angedient hat, anstatt Journalismus gemäß Pressekodex zu betreiben. Ein

solches Eingeständnis gliche Harakiri, einem endgültigen Suizid der sogenannten vierten Gewalt, die in weiten Teilen längst zu einem willfährigen Propaganda-Apparat verkommen ist. Es wäre das offizielle Eingeständnis der etablierten Journaille, dass die von mir jüngst als »fünfte Gewalt« bezeichneten, neuen, freien, alternativen oder unabhängigen Medien längst deren Platz eingenommen haben.

Wie solch ein zeitgeist-surfender Zombie-Journalismus zustande kommt, wie es sein kann, dass hunderte Print-Publikationen, News-Outlets und Webseiten praktisch zeitgleich identische Texte aufschalten, beschrieb Jan Bovelet am 13. April 2023 in einem aufschlussreichen Artikel für »schwarz auf weiß«. Darin erklärte er:

»*Am 2. April erscheint der Text im Laufe des Tages wortgleich auf hunderten deutschsprachigen Nachrichtenseiten, zumeist zwischen 8:08 Uhr und 8:11 Uhr. Dazu gibt es auch eine ganze Anzahl an Nachzüglern im Laufe des Tages und am Folgetag; vermutlich zeigt sich hieran der jeweilige Grad der digitalen Integration der betreffenden Seiten in die Maschinerie des Agentur-Journalismus.*«

Im vorliegenden Falle fußt die frappierende Konformismus-Kakophonie auf einer Agentur-Meldung der 1949 gegründeten Deutschen Presse-Agentur (dpa), die einen Großteil jener Informationen aufbereitet und kommuniziert, die von den linientreuen Medien als Nachrichten vermarktet werden. Kaum noch eine Meldung, die hierzulande nicht auf Basis eines Agentur-Tickers zustande kommt. In den USA stammen 90 Prozent aller Nachrichten von gerade einmal sechs Unternehmen. Vor 30 Jahren waren es noch über fünfzig. Kaum eine Redaktion im Wertewesten, die noch selbst recherchiert, verifiziert und falsifiziert. Das ist in den meisten

Fällen schlichtweg zu teuer. Denn die etablierten Medien gehen in dem Maße zugrunde, in dem die Menschen deren wahren Charakter erkennen. Dieser Trend hält seit Jahren an. Absatzzahlen und Vertrauenswerte trudeln im Sturzflug.

So werden viele News-Webseiten zwischenzeitlich vollautomatisch aktualisiert. Sie adaptieren kosteneffizient Agentur-Texte. Oft gänzlich unbearbeitet. Allenthalben werden die Beiträge von einer Software geringfügig angepasst, um Eigenleistung vorzutäuschen. Hier und da tippt ein Schreiberling ein paar Zeilen hinzu. Ein Hoch auf die Plattformökonomie und jahrzehntelange Rationalisierung! Dergestalt zentralistische und von Kartellbildung bestimmte Zustände herrschen dieser Tage selbstredend nicht nur in Deutschland oder den USA, sondern bedauerlicherweise weltweit. Denn die Nachrichten – nach denen es sich zu richten gilt – werden von einer Handvoll Agenturen gemanagt, die von den Deutungseliten finanziert und kontrolliert werden. Und das ist beileibe kein neues Phänomen.

Presseagenturen gibt es nämlich schon lange. Agence France-Presse (AFP) wurde im Jahr 1835 gegründet, Associated Press (AP) im Mai 1848 und Reuters (heute Thomson Reuters) im Jahr 1851. Die drei Agenturen zeichnen heutzutage für über 90 Prozent aller »Corporate-Media-Inhalte« weltweit verantwortlich. Reuters allein veröffentlicht etwa drei Millionen Meldungen pro Jahr. Und vor allem Reuters pflegte von Beginn an eine unrühmliche Nähe zur internationalen Hochfinanz. Dies vor allem, weil der aus Kassel stammende Gründer, ein Bankkaufmann und Unternehmer namens Paul Julius Freiherr von Reuter, seinen Nachrichtendienst zuvorderst gründete, um Aktiendaten per Brieftaube nach Brüssel zu übermitteln. Als zwischen den beiden Orten eine Telegrafenverbindung eingerichtet wurde, stellte Reuter

seinen Flugdienst ein, emigrierte nach London und gründete dort ein neues Unternehmen, das mittels Seekabeln zwischen Dover und Calais Börsenkurse von London nach Paris übermittelte.

Von 1870 bis 1934 formte Reuters zusammen mit AFP, AP und dem deutschen Pendant W.T.B. (Wolffs Telegraphisches Büro, Berlin) das »Wolff-Reuter-Havas-Kartell«. Am 15. Juli 1859 einigten sich diese Agenturen schriftlich und ganz nach Couleur ihrer imperialistischen Regierungen auf global geltende Gebietsabsprachen. Kern der entsprechenden Kartellverträge, die de facto ein weltweites Monopol zur Sammlung und Verbreitung von Informationen konstituierten, war eine detaillierte Marktaufteilung. Die Berichterstattung von Reuters wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts massiv kritisiert. Denn schon während des Burenkrieges (1899 – 1902) warf man dem Dienst vor, bewusst Falschmeldungen zu verbreiten, um politische Partikularinteressen zu stützen.

Zeitwährend stand das einflussreiche Nachrichtenkonglomerat wegen Falschberichterstattung und offensichtlicher Lügen in der Kritik. Noch heute verwendet man in der Schweiz die Redensart „Das ist ein Havas“, um deutlich zu machen, dass es sich bei einer Behauptung um eine Lüge handelt. Das verästelte Kartell wurde im Jahr 1934 von den Nationalsozialisten aufgelöst. Seither gelten ersatzweise direkte Austauschverträge zwischen den Agenturen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwar ein paar strukturelle Veränderungen, Neugründungen und Firmenübernahmen, an der Machtkonzentration und Deutungshoheit dieser international operierenden Nachrichten-Mafia hat sich bis heute aber nur eines geändert – sie wurde konstant mächtiger.

So ist es die nicht zu unterschätzende Stärke der fünften Gewalt, dass sie dezentral organisiert ist. Dass sie nicht von der Finanz-Oligarchie abhängig und in der Lage ist, mit überschaubaren Budgets qualitativ hochwertige Formate zu entwickeln, die das Informationsbedürfnis klar denkender Menschen decken. In vielfältiger Form und auf einer Vielzahl von Plattformen. Und an vorderster Front technologischer Entwicklungen. Zum Glück. Denn irgendwann kommt nicht nur die vom Weltwirtschaftsforum (WEF) in Aussicht gestellte »Cyber-Pandemie« – der weiträumige, langwierige Ausfall kritischer digitaler Infrastruktur – sondern auch die Ausweispflicht im Internet. Schon heute bestimmt die Zwei-Faktor-Authentifizierung den digitalen Alltag. Kaum ein Online-Dienst, der nicht zusätzlich die Smartphone-Nummer abfragt und den Nutzer damit eindeutig lokalisierbar macht.

Zusätzlich verschärfen derzeit sowohl die EU als auch die USA oder Großbritannien ihre bereits bestehenden legislativen Zensurvehikel. Die Bloggerin André Westphal kommentierte diesbezüglich in einem Beitrag vom 11. April 2023:

»*Das Bundesjustizministerium will schärfer gegen Hass im Netz vorgehen. Gerichte sollen in die Lage gelangen, Social-Media Konten auf Dauer zu sperren. Es soll vor allem Wiederholungstätern ein Riegel vorgeschoben werden. So kritisiert man, dass Opfer derzeit zu sehr auf die Willkür von Betreibern wie Meta, Twitter, TikTok und Co. angewiesen seien. Die müssen zwar rechtswidrige Inhalte ohnehin laut Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) löschen, ob sie aber die dauerhaft Nutzer sperren, die Hass und Häme absondern, scheint oftmals von einem Münzwurf abhängig. Allerdings ist das ohnehin so eine Sache: Neues Konto angelegt, VPN am Mann – und es wird schwer werden, Wiederho-*

lungstäter korrekt zu identifizieren. Dennoch soll ein auch im Koalitionsvertrag festgehaltenes Gesetz gegen digitale Gewalt wohl Lücken bei den Auskunftsrechten für Betroffene schließen und eben die erwähnten Accountsperren durch richterliche Anordnungen ermöglichen.«

In Deutschland wird demnach das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) zeitnah durch ein »Gesetz gegen digitale Gewalt« ergänzt werden, um jegliche Formen von »*Hassrede*« zu unterbinden. Damit verbietet das System aber nicht *Hassrede*, sondern die Rede, die es hasst. Dies anhand einer Terminologie, die bewusst jede Definition offen lässt. Ein Freibrief für die gerichtlich legitimierte Sperrung von Accounts – und, konsequent zu Ende gedacht, personifizierte Kontrolle des allgemeinen Internetzugangs. Von der allseits ventilierten und demnächst auch in Deutschland herrschenden Chat-Kontrolle, die das Konzept der Unschuldsvermutung ad absurdum führt, ganz zu schweigen.

Privatsphäre im Netz adieu. Künftig erkennt bereits der W-LAN-Router in den eigenen vier Wänden, oder einer der smart integrierten Hand- und Haus-Spione, dass man aufgrund des Vorwurfs der Häresie des digitalen Raumes verbannt wurde. Die Verbindung zum nächsten Internet-Knoten, einem »Internet Exchange Point« (IXP), auch »Network Access Point« (NAP) genannt, wird verunmöglicht. Die Tür zum World Wide Web bleibt zu. China lässt grüßen.

Schon jetzt genügt ja bereits ein falscher Kommentar im Netz, um zu Haftstrafen verurteilt zu werden. Wer nicht der hoheitlich goutierten Einheitsmeinung folgt, verliert künftig nicht mehr nur den Zugang zu seinem Twitter- oder Facebook-Konto, sondern auch zu E-Mails, seiner Webseite, E-Banking, Reise-Portalen oder dem präferierten Online-Shop.

Auch »Apps« oder Messenger-Dienste auf dem Handy verbinden sich dann nicht mehr mit dem Server und den Datenbanken der Gegenstelle. Telefonieren wird vermutlich noch erlaubt sein. Wie sonst sollte einem das gesichtslose Imperium Befehle übermitteln. In diesem nicht mehr wirklich schwarzmalerischen Szenario ist dann auch das von manchem als Allheilmittel gegen finanzielle Unterdrückung angepriesene Bitcoin-Wallet relativ nutzlos. Ohne Zugang zu einem Internet-Knoten keine Transaktionen.

Was dieses im Eiltempo Gestalt annehmende digitale Gulag für private Webseiten, oppositionelle URLs, »Innovationen« wie elektrische Fahrzeuge oder den Zahlungsverkehr nach der flächendeckenden Einführung digitaler Zentralbankwährungen (CBDC) bedeutet, kann sich jeder gut informierte Zeitgenosse mit einem Minimalaufwand an Fantasie ausmalen. Dass auch die Einschläge rund um die zu Unrecht noch mehrheitlich optimistisch bis euphorisch gestimmte Krypto-Community zunehmen, zeigten unlängst die Pleiten der »Silicon Valley Bank« sowie verschiedener krypto-naher Dienstleister. Oder der Umstand, dass das EU-Parlament Mitte April neue Regularien für den Kryptomarkt beschlossen hat, die ab 2024 schrittweise in Kraft treten sollen. Auch für das virtuelle Geld wird die Luft also dünner. Obschon es auf den ersten Blick Freiheit verheißt und beispielsweise Bitcoin oder der noch diskretere Monero – im Gegensatz zu anderen digitalen »Assets« – dezentral verwaltet werden.

Das Kernproblem für als solche identifizierte »Systemschädlinge« und »Hochverräter« wird sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit irgendwann auf den schieren Zugang zu einem Internet-Knoten konzentrieren. Umso wichtiger ist es, sich bereits jetzt mit der einzigen zeitnah realisierbaren Alternative zum Online-Rigorismus der Plattform-

Ökonomie zu beschäftigen: dem dezentralen Internet. Einem Netz, das sich aus sogenannten „Nodes„ (Knoten) zusammensetzt. In diesem Falle also jedem Computer, der sich mit dem Netz verbindet und diesem damit Rechnerkapazität zur Verfügung stellen kann. Vereinfacht gesagt: ein Internet, das auf dem eigenen PC läuft, anstatt auf den zentralisierten Server-Farmen und Datenbanken von Amazon, Microsoft, Facebook, Apple, Google und Co. Ein nicht zensierbares Internet auf Basis der Blockchain-Technologie, die natürlich auch vom korporatistischen System für CBDC genutzt werden wird – und damit sowohl Fluch als auch Segen bedeuten kann.

In Bezug auf Privatsphäre im virtuellen Raum und den Aufbau eines freien Internets markiert diese Entwicklung in jedem Fall die derzeit größte Chance auf digitale Autonomie des Individuums. Umso erfreulicher ist es, dass sich immer mehr Menschen intensiv mit diesem Thema beschäftigen und auf Blockchain-Technologie oder »Nodes« laufende Angebote wie Odysee/Library für Datenspeicherung, Publizistik und Video-Streaming, »Flote« für Social Media oder »Presearch« für Suchanfragen nutzen.

Auch die TOR-Technologie mit ihrem Onion-Routing, VPN-Anbieter und entgoogelte Privacy Phones erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Doch das Kernproblem bleibt: wenn der Telekom-Router zu Hause partout keine Verbindung mit einem Eintrittsknoten mehr herstellt und auch TOR-Verbindungen unterdrückt werden, wie dies in China längst der Fall ist, ist der Zugang zum Netz und damit überregionaler Kommunikation quasi passé.

Wenn überhaupt, werden nur über »Nodes« und Blockchain-Technologie betriebene Netze in naher Zukunft noch freie

Meinungsäußerung im digitalen Raum garantieren können. Verschlüsselung, die Anzahl teilnehmender Instanzen und die Möglichkeit, sogenannte »Bridges« aufzusetzen, Knotenpunkte also, die zentralisierte Internet-Knoten überlisten, macht es nahezu unmöglich, solche Netze zu kontrollieren.

Leider sind viele der in punkto dezentrales Internet vielversprechenden Lösungen eher etwas für IT-affine Anwender. Für Nerds. Der »Otto Normalverbraucher« tut sich noch sichtlich schwer mit Projekten wie Quortal oder Nostr, deren konstruktive Nutzung ein gewisses Maß an Vorkenntnissen erfordert. Sonst hätten diese längst mehr aktive Nutzer. Wer sich mit den technischen Untiefen dieser beiden an Relevanz gewinnenden Unterfangen beschäftigen will, findet eine Fülle von Informationen auf den entsprechenden Webseiten.

Auch News-Outlets oder Krypto-Blogs wie Bitcoin-Magazine, Freethink oder The Investor Podcast berichteten in jüngerer Vergangenheit vermehrt über das von Twitter-Gründer Jack Dorsey gesponserte Nostr-Projekt – oder ließen Jason Crowe, den Gründer von Quortal, in aufschlussreichen Interviews erklären, was es mit dem dezentralen Internet und den jeweiligen Protokollen auf sich hat. Doch wie gesagt: es ist unwahrscheinlich, dass diese beiden Angebote dem unbedarften IT-Laien beim ersten Versuch der Nutzung allzu viel Freude bereiten. Vom sinnstiftenden Einsatz als Ergebnis des potenziellen Zugangs mal ganz abgesehen.

Ganz anders: »Bastyon« (www.bastyon.com), ein weiteres, dezentral über »Nodes« funktionierendes Netzwerk, das es jedoch auch unerfahrenen Anwendern erlaubt, den ersten Ausflug in die Welt des dezentralen Internets mit einem Erfolgserlebnis zu verbinden. Bastyon ist eine Plattform, die Social-Media-Funktionen, Video-Streaming und Wallet-

Dienste vereint und mit einer simplen, intuitiv gestalteten Benutzeroberfläche überzeugt.

Zur Anmeldung muss man sich lediglich einmalig auf der Bastyon-Webseite registrieren. Dazu genügt ein selbst definiertes Kürzel. Ein fiktiver Name. Die Angabe persönlicher Daten oder einer E-Mail-Adresse ist nicht nötig. Damit bleibt man völlig anonym, wenn dies gewünscht ist. Nach der Registrierung auf der Webseite erhält man eine Blockchain-Adresse, also eine Zeile einmaliger Buchstaben- und Zahlenkombinationen. Nach dem Download der Bastyon-Applikation auf den eigenen PC gibt man eben diese Blockchain-Adresse zur Anmeldung ein – und schon ist man online und kann surfen, das eigene Profil gestalten oder einen Kanal aufsetzen. Dafür simuliert die Applikation ein Laufwerk auf dem Computer und öffnet sich in einem separaten Fenster, anstatt dem Internet-Browser.

Als Wiederherstellungsoption erhält man zusätzlich eine Passphrase aus zwölf Wörtern, die es einem erlaubt, den Zugang zum eigenen Konto wieder herzustellen, sollte man seine Blockchain-Adresse verloren oder vergessen haben. Diese sollte man selbstredend analog sichern. Sprich, auf einem Blatt Papier. Eine digitale Notiz kann dem Verlust des PCs, der Software oder der drohenden Cyber-Pandemie zum Opfer fallen. Wer seine Adresse verliert oder die Passphrase nicht zur Hand hat, verliert den Zugang zum Account. Für immer. Es gibt aufgrund der Natur des Projektes nämlich keinen Support, der einem das Konto wieder freischalten kann – die individuelle Adresse ist niemandem bekannt und einen zentralen Server mit Benutzerdaten gibt es nicht.

Schon jetzt existieren auf Bastyon eine deutschsprachige Benutzergemeinschaft sowie Kanäle von Infowars, Corbett Re-

port – oder auch regenauer.press. Diese lassen sich ganz normal über den Internet-Browser aufrufen. Wie normale Webseiten. Ist das Internet jedoch einmal »down«, oder der reguläre Zugang zur gewünschten URL über nächsten Internet-Knoten gesperrt, ist Bastyon mit hoher Wahrscheinlichkeit weiterhin dezentral über die heruntergeladene Applikation verfügbar. Funktioniert der eigene Hausanschluss überhaupt nicht mehr oder sind zentrale Knoten vollständig unter staatlicher Kontrolle, bleiben schließlich nur noch Verbindungsoptionen via Satellit, wie sie zum Beispiel über Elon Musks »Starlink« und ähnliche Anbieter herzustellen sind.

Noch herrscht auf einer Plattform wie Bastyon natürlich weniger Betrieb als auf den von Geheimdiensten kontrollierten Monopolisten-Netzwerken. Doch wenn wir jetzt nicht beginnen, solche Alternativen aktiv zu nutzen, um ihnen mehr Leben einzuhauchen, wird uns die Einschränkung des digitalen Raumes später umso härter treffen. So kann schon heute jeder parallel in beiden Welten unterwegs sein und sein Umfeld über derartige Möglichkeiten informieren. Denn wer allein aufgrund der eigenen Bequemlichkeit, eingeschliffener Routinen und phlegmatischer Unkenntnis weiterhin über Google mailt oder sucht, bei Amazon bestellt und bei Facebook postet, ist nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems.

Information ist eine Holschuld. Und Autonomie beginnt im Medienzeitalter nun einmal mit der Überwindung der eigenen, konfirmationsbeflaumten Lethargie. Mit digitaler Selbstermächtigung. Mit einer konsequenten Absage an den sich selbst strangulierenden, planwirtschaftlichen Zentralismus. Mit dem Boykott jener Institutionen, die unsere Freiheit einschränken wollen und werden, wenn wir sie lassen. Denn der Dritte Weltkrieg wird nicht (nur) auf Schlachtfeldern ausge-

tragen, sondern vor allem in unseren Köpfen. Es ist ein asymmetrischer Krieg der Regierungen, Konzerne und NGOs gegen die eigene Bevölkerung. Kriegsführung der fünften Generation. Auf allen Ebenen. Weltweit. Und diesen Krieg kann man nur dann gewinnen, wenn man ihn nicht führt.

»Sapere Aude. Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen und gegen Deine Faulheit und Autoritätshörigkeit anzugehen. Dort beginnt die tatsächliche Aufklärung; bei sich selber, und nicht bei den Eltern, den Lehrern und den anderen, denen ich die Verantwortung zuschustere, sondern bei mir selber.« (Ottfried Höffe)

| fertiggestellt am 23. April 2023

Das Freiluftgefängnis

Der Öko-Totalitarismus einer verblendenden »Green Economy« bestimmt zusehends den Alltag. Das Klimawandel-Panik-Orchester übertönt Corona-Narrativ und Kriegstreiberei. Und die finale Ausbaustufe korporatistischer Unterdrückung ist ebenfalls längst in Sicht – die 15-Minuten-Stadt.

Seit meinen Kindertagen engagiere ich mich für Umwelt-, Tier- und Artenschutz. Schon als kleiner Steppke von acht Jahren, als im Jahr 1986 der verheerende Sandoz-Chemie-Unfall in Basel am Rhein dafür sorgte, dass die Oberfläche des Flusses von toten Fischen bedeckt war, schrieb ich mit Hilfe meiner Eltern mahnende Leserbriefe an Sendeanstalten und Politiker, um meiner Empörung über diesen Frevel an der Natur Ausdruck zu verleihen und Konsequenzen zu fordern.

Ich war schockiert, malte düstere Bilder eines toten Fließgewässers, um das Gesehene festzuhalten und zu verarbeiten. Einige davon wurden im Radioprogramm des Südwestfunks (SWR) besprochen, wo es wochenlang Sondersendungen zu der folgenschweren Umweltkatastrophe gab. Bis heute unterstütze ich Initiativen zum Schutz von Elefanten in der Masai Mara, Auffangstationen für Straßenhunde in verschiedenen Ländern, Artenschutz-Projekte und vertrauenswürdige Organisationen, die sich dem Erhalt des Regenwaldes widmen.

Umso mehr schmerzt mich die Tatsache, dass das Thema »Klimawandel« nunmehr in aller Munde ist, die dahinter stehende »Green Economy« aber so rein gar nichts mit wirklichem Umweltschutz gemein hat. Ebenso die Agenda 2030

der Vereinten Nationen (UN). Im Gegenteil. Viele Aspekte, Vorhaben und Stützpfeiler der euphemistisch als »Nachhaltigkeitsziele« titulierten Ansätze schaden der Natur, befördern den Raubbau am Planeten und sind langfristig schlichtweg schädlich für unsere Umwelt. Mit dem Schutz unseres Habitats hat das alles wenig zu tun. Aber das ist nur ein Problem.

Deutlich schwerer wiegt die Tatsache, dass der sogenannte Klimaschutz einen Hebel der Herrschafts- und Deutungseliten darstellt, um die individuellen Freiheiten der Bevölkerung auf ein Minimum zu reduzieren. In Konsequenz bedeuten Ansinnen wie die totale Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft das Ende des selbstbestimmten Lebens. Dass die postulierte Klima-Apokalypse nach Corona das nächste große Narrativ ist, mit dem man die Menschheit in Angst und Schrecken versetzen will, um autokratische Herrschaftsziele zu erreichen, dürfte gut informierte Zeitgenossen kaum überraschen. Schon im April 2021 erzählte Charlie Chester, ein hochrangiger CNN-Mitarbeiter, der mit versteckter Kamera gefilmt wurde, dass der Sender plane, den vermeintlichen Klimawandel zur »*nächsten Pandemie*« zu machen. Zum nächsten Hype, den man gedenkt, mit medialer Gewalt in die Köpfe des Publikums zu »nudgen«.

Und so geschieht es, wie derzeit jeder unschwer in den Leitmedien beobachten kann. Kaum eine Meldung, Sendung oder Nachricht, die nicht wenigstens indirekt das Thema streift. Die postulierte Klima-Apokalypse steht dem Corona-Wahn in kaum etwas nach. Die entsprechenden Protagonisten sind omnipräsent. Oft sind es die gleichen. Die Amplituden des Panik-Levels werden hochgejazzt, wo es nur geht. Auch wenn das ungewöhnlich nasskalte Wetter des Früh-

jahrs 2023 so gar nicht ins Narrativ von Klimaerwärmung und drohenden Dürreperioden passen will.

Trotz Dauerregen, Hochwasser, drohenden Überschwemmungen und gegenteiligen Augenzeugenberichten aus den betreffenden Gebieten berichten die Leitmedien der DACH-Region weiter ungeniert von vermeintlich niedrigen Wasserständen am italienischen Gardasee und in Venedig, Waldbrandgefahr in Ostdeutschland oder einem drohenden Dürre-Sommer 2023 in Europa.

Tatsächlich herrscht in Ländern wie Spanien stellenweise Wassermangel. Dies ist jedoch nicht zuletzt auf Öko-Projekte wie »Dam Removal Europe« der »World Fish Migration Foundation« zurückzuführen, das allein in Spanien im Jahr 2021 für den Rückbau von sage und schreibe 108 Stau-Anlagen geführt hat, die für die zuverlässige Wasserversorgung von Landwirtschaft und Bevölkerung essentiell waren. Wie so oft schafft man also erst mit blindem Aktionismus oder eindimensionalem Denken ein Problem, um sich dann über die katastrophalen Folgen zu beschweren und diese im Nachgang als Rechtfertigung für autoritäre Legislatur heranzuziehen.

Das gilt in gleichem Maße für das Thema Dekarbonisierung und die medial ventilierte Korrelation vom CO_2-Gehalt der Atmosphäre und dem vermeintlichen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur. Das Narrativ der Klima-Apokalypse basiert auf Lügen, Unterschlagungen und Manipulationen eines korrumpierten Wissenschaftsbetriebes. Das unterstreichen die Ausführungen des Biologen und freien Journalisten Markus Fiedler, der die Kernthesen offizieller Stellen in einem aktuellen Interview mit Flavio von Witzleben gut nachvollziehbar seziert und entkräftet.

Ungeachtet dieser Hintergründe und der Tatsache, dass die globale Erwärmung seit 2010 eher stagniert, es deutlich wärmere Perioden in der Zivilisationsgeschichte gab, der Bodensee zum Beispiel im Jahr 1540 ausgetrocknet war, und zwar ganz ohne Industrialisierung, und bereits im Jahr 2019 mehr als 500 prominente Wissenschaftler in einem offenen Brief an den UN-Generalsekretär mitteilten, dass ein Klima-Notfall nicht existiert, wird das entsprechende Narrativ von den angeblich drohenden »Kipppunkten« und der menschengemachten Klima-Apokalypse weiter ungebremst durch den Blätterwald geprügelt. Unterstützt durch die medial aufgebauschte kontrollierte Opposition von Aktivisten-Gruppierungen wie der »Letzten Generation«, »Fridays for Future« oder »Extinction Rebellion«.

Nur so ist es zu erklären, dass die Administration von New York City unlängst ohne großen Aufschrei in der Bevölkerung erklären kann, zeitnah mit der Überwachung von Kreditkartendaten für Lebensmitteleinkäufe zu beginnen, um den CO_2-Verbrauch der Stadtbewohner zu überwachen. Auch in Deutschland regte sich nur überschaubarer Widerstand, als der Physiker Hans Joachim Schnellnhuber Anfang 2023 im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorschlug, den Bürgern ein Budget von maximal drei Tonnen CO_2 pro Jahr zuzuteilen. Zum Vergleich: der aktuelle Durchschnitt liegt bei neun Tonnen pro Kopf und Jahr. Einen Wert von drei Tonnen schafft selbst ein Obdachloser schwerlich, der keinerlei elektrischen Geräte besitzt. Außer, er stellt zeitweise die Nahrungsaufnahme, oder am besten gleich das Atmen ein.

Das individuelle CO_2-Tracking ist der Hebel für die endgültige Entmündigung der Bürger. Für die Versklavung der Zivilisation. Es ist das Steroid für den totalen Überwachungs-

staat und der Sargnagel für die Autonomie die Individuums. Entsprechende Smartphone-Applikationen, die unter anderem von einem von Google finanzierten Start-up entwickelt werden, wurden beim Weltwirtschaftsforum (WEF) bereits seit 2019 vorgestellt und sind zwischenzeitlich in den verschiedensten Variationen auf dem Markt. Darüber hinaus dürfte zwischenzeitlich jeder selbst im Alltag festgestellt haben, dass auch die eigene Bank, das eigene Kreditkartenunternehmen oder die bevorzugte Airline längst mannigfaltige CO_2-Kompensations- oder Überwachungsprogramme aufgelegt und installiert haben.

Noch ist die Teilnahme zumeist freiwillig. Doch wie man bei den Treffen der Deutungseliten in Davos bereits vernehmen konnte, ist dies nur die erste Phase des Roll-outs. In der zweiten Phase wird die Teilnahme verpflichtend. Und in Phase drei werden die persönlichen CO_2-Budgets mit realen Einschränkungen des täglichen Lebens einhergehen. Ob Mobilität, Fleisch- oder Energieverbrauch – ohne ausreichenden »Green-Social-Score« geht dann praktisch nichts mehr. Passend dazu hatte Karl Lauterbach bereits Anfang 2021 bei einem Interview mit dem TV-Sender Phoenix die mögliche Notwendigkeit von Klima-Lockdowns in Aussicht gestellt.

Das absolute Endstadium dieser freiheitsfeindlichen Agenda markiert jedoch die sogenannte »15-Minuten-Stadt«. Ein Begriff, den der Sorbonne-Professor Carlos Moreno im Jahr 2016 prägte. Es ist das Freiluftgefängnis des Raum greifenden Öko-Faschismus. Ein stadtplanerisches Konzept, das urbanes Leben vordergründig bequemer, humaner und vor allem grüner gestalten soll, weil alle Wege des Alltags fußläufig oder mit dem Fahrrad und in weniger als 15 Minuten bestritten werden können. Dafür soll der motorisierte Individualverkehr innerhalb dieser Zonen auf ein Minimum

reduziert oder untersagt werden. Das Verlassen des 15-Minuten-Radius mit dem eignen PKW soll nur noch unter Auflagen und nach Genehmigung durch offizielle Stellen gestattet sein. Oder durch den kostenintensiven Zukauf von CO_2-Budget. Wer kein Geld hat, bleibt zu Hause.

Bedauerlicherweise handelt es sich bei dieser Vision nicht um eine drohende Dystopie ferner Zukunft. Ob Brisbane in Australien, Paris und Nantes in Frankreich, Madrid in Spanien, Oslo in Norwegen, verschiedene Städte in den Vereinigten Staaten, Oxford im Vereinten Königreich oder China – weltweit versuchen Regierungen, ihren Bürgern diese räumlichen Einschränkungen mit perfiden Wohlfühlfloskeln schmackhaft zu machen. Auch in Deutschland. So ventilieren »Die Stadtgestalter«, eine vorgeblich bürgernahe, überparteiliche Organisation, das Konzept bereits für Bochum und das gesamte Ruhrgebiet. Und auch für Hamburg diskutieren grüne Politiker die Einführung des 15-Minuten-Ansatzes. Die Stadt soll in 104 »Dörfer« aufgeteilt werden. Die Initiative »Hamburg 2040« zeigt, wohin die Reise gehen soll.

In nicht wenigen Regionen Großbritanniens ist die schleichende Einführung der Freiluftgefängnisse bereits bittere Realität. In diversen Kommunen wurden bereits Poller, Straßenblockaden und Kontrollen installiert, um den Individualverkehr aus den neuen urbanen Umweltzonen heraus zu reduzieren oder ganz zu unterbinden. Landesweit protestieren die Briten gegen diese totalitäre Einschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit. Nicht zuletzt, weil immer wieder Rettungswagen behindert werden und dadurch Menschen zu Schaden kommen oder sterben. Das kennt man bereits von den Klima-Klebern, die sich in ihrer kognitiven Dissonanz nicht gewahr sind, dass sie mit ihren Aktionen lediglich Narrative jenes Großkapitals unterstützen, das die Natur indust-

riell vergewaltigt. So wehren sich die Bewohner der britischen Insel völlig zu Recht gegen diesen Klassenkampf von oben. Barrikaden, Schilder und Kameras werden in Nacht- und Nebelaktionen abgebaut oder schlicht zerstört.

Dass es bei dieser dunkelgrünen Symbolpolitik, beim Kampf gegen den vermeintlichen Klimawandel und der Etablierung einer »Green Economy« nicht um echten Umweltschutz geht, verdeutlicht die Tatsache, dass der Raubbau am Planeten, die neokolonialistische Ausbeutung des globalen Südens, die Durchsetzung der Weltmeere mit Mikroplastik, die Abholzung des Regenwaldes, die Verpestung der Luft oder die Verseuchung der Natur durch Schwer-, Chemie- und Rüstungsindustrie ungehindert voranschreiten. Echte Umweltprobleme scheint keine Regierung oder NGO ernsthaft bekämpfen zu wollen. Denn nicht der Schutz der Natur ist das primäre Ziel, sondern die totale Kontrolle eines gläsernen Bürgers. Und die Kapitalisierung der natürlichen Ressourcen. Das letzte »Asset«, das die Hochfinanz noch nicht für ihren verachtungswürdigen Kasino-Kapitalismus erschlossen hat. Es geht um den Nachhaltigkeitsmarkt, den wertvollsten Markt der Welt. Prognostiziertes Volumen im Jahr 2030: Zwölf Billionen US-Dollar.

Kriminalität lohnt sich eben vor allem dann, wenn das Verbrechen groß genug ist.

| fertiggestellt am 13. Mai 2023

Klima, Kartelle und Korruption

Das Postulat vom meteorologischen Weltuntergang ist das mächtigste Narrativ unserer Ära. Seine korporatistischen Auswüchse bestimmen den Alltag. Ob Enteignungsspirale, Graichen-Clan, Agora Energiewende, Mercator Stiftung, korrumpierte Politik, antidemokratische Prozesse, manipulierte Zahlen oder irrationale Prognosen – es ist eine durchschaubare Farce der Prädatorenkaste, die auf einem halben Jahrhundert Korruption, Indoktrination und korrumpierter Wissenschaft fußt. Grün sind in der »Green Economy« nur die Dollar- und 100-Euro-Noten, die schamlos von unten nach oben umverteilt werden.

Es gibt kein Entkommen. Tagein, tagaus ventiliert eine von wenigen Agenturen dominierte Presse die Story vom menschengemachten Klimawandel, vom vor der Tür stehenden Kollaps des Weltklimas sowie den vermeintlich zeitnah erreichbaren und irreversiblen »Kipppunkten«. Auf Basis äußerst kontrovers diskutierter Daten soll so eine globale Transformation abseits demokratischer Prozesse forciert werden. Neu ist das alles nicht. Seit Jahrzehnten malen Deutungseliten diesbezüglich den Teufel an die Wand. Neu sind jedoch die Aggressivität und Intensität der Propaganda, mit der das Thema in den Lebensalltag der Bevölkerung gepeitscht wird. Und die immer drastischeren Maßnahmen, mit denen Politik, NGOs und Philanthropen die totale Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen gedenken. Die alternativlos daherkommende Programmatik des Vorgehens deckt sich mit der evidenzfreien Panikmache im Zuge der Corona-Krise. Das Ziel ist ein Öko-Sozialkredit-System, eine Green Economy, die in finaler Ausgestaltung für nichts

anderes steht, als für das Ende selbstbestimmter, freiheitlicher Lebensführung. Für 15-Minuten-Ghettos.

In den Siebzigern war es die Angst vor einer neuen Eiszeit, mit der Postillen wie der SPIEGEL Auflage machten. Diese sollte drohen, wenn zum Beispiel der Golfstrom versiegt. Von diesem Szenario hört und liest man heute nichts mehr. Denn das Narrativ wandelte sich unversehens. Plötzlich stand das Ozonloch im Fokus. Doch auch das ist zwischenzeitlich medial verschollen. Dennoch war es fortan die »*Klimaerwärmung*«, an die man zu glauben angehalten wurde. Da aber weder das eine noch das andere theoretische Konstrukt seine zeitnahe Entsprechung in der Realität fand, spricht man mittlerweile nur noch vom »*Klimawandel*« – mit dieser nichtssagenden Worthülse lässt sich nämlich praktischerweise jedes Wetterphänomen zu einer ins Herrschaftsnarrativ passenden Geschichte formen.

Die haarsträubenden Widersprüchlichkeiten der offiziellen Darstellung des Themenkomplexes zeigen sich exemplarisch an den Ausführungen von ÖRR-Erklär-Bär Harald Lesch. Der erzählt dieser Tage völlig ungeniert das Gegenteil dessen, was er in Sendungen aus dem Jahr 2001 zum Besten gab. Eine Gegenüberstellung entsprechender Videos, die der Philosoph und Autor Gunnar Kaiser im Januar 2020 auf seinem Kanal veröffentlichte, verdeutlicht die Schizophrenie des offiziellen Klima-Narratives. Und die intellektuelle Anpassungsfähigkeit von Lesch, der augenscheinlich einfach das erzählt, was seine zeitgeistig flexiblen Redaktionen hören wollen. Vor nicht allzu langer Zeit vernahm man aus dieser Ecke des medialen Raumes noch, dass CO_2 nicht die Ursache, sondern *die Folge* von Klimaveränderungen ist. Heute versichert man dem Publikum, es sei andersrum.

Ja, die Mär von der Klima-Apokalypse basiert auf Lügen, Kartellbildung und Korruption. Deutlich wird dies bereits am Umstand, dass ausschließlich Kohlenstoffdioxid (CO_2) für den vermeintlich exponentiellen Anstieg globaler Durchschnittstemperaturen, den längst entzauberten Hockey Stick, verantwortlich gemacht wird. Dies, während der reale Temperaturanstieg seit einer Dekade weltweit stagniert, wie die NOAA (National Oceanic and Atmospheric Administration), die nationale Ozean- und Atmosphärenbehörde der USA, in einem Dossier vom 1. September 2018 noch selbst bestätigte. Jetzt relativiert man.

Wetter-Extreme nehmen generell eher ab. Die »World Meteorological Organisation« bestätigte noch im August 2021, dass dabei nun zwar mehr materieller Schaden angerichtet wird, aber weniger Tote verzeichnet werden als noch vor 50 Jahren. Wetter ist nicht Klima. Und da es sich bei beidem um chaotische, non-lineare Systeme handelt, greift jedwede monokausale Erklärung zu kurz. Dennoch werden Veränderungen der Sonneneinstrahlung und dutzende weiterer Einflussfaktoren bei den manipulierten Modellrechnungen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) schlichtweg außer Acht gelassen.

Das Vorgehen offizieller Stellen genügt wissenschaftlich anerkannter Methodik in keinster Weise. Die eindimensionale Argumentation der Panik-Propheten entkräftete der am 24. September 2022 verstorbene kanadische Wissenschaftler Prof. Dr. Tim Ball an der Universität von Winnipeg bereits vor über zehn Jahren. Sein entlarvendes Essay namens »*Why and How the IPCC Demonized CO_2 with Manufactured Information*« (D., »Warum und wie das IPCC CO_2 mit fabrizierten Informationen dämonisierte«) ist bis heute auf seiner weiterhin aktuellen wie informativen Webseite abrufbar. In

einer Vielzahl fundierter Vorträge und Texte erläuterte Tim Ball, wie die Klimaforschung von Korruption durchsetzt und für die Verfolgung von Partikularinteressen missbraucht wird. Seine gewissenhafte Arbeit ist wegweisend auf diesem Gebiet.

Dem offiziellen Narrativ diametral entgegen steht auch die simple Tatsache, dass sich die CO_2-Konzentration in der Atmosphäre seit circa 1955 von einem historischen Tiefstand *erholt*. Zu diesem Zeitpunkt lag sie je nach Messstation und -methode bei circa 250 ppm (Parts per Million) bis 320 ppm. Hätte die CO_2-Konzentration jemals die Grenze von 140 ppm unterschritten – die »*rote Linie des Todes*« – hätte dies das Ende nahezu der gesamten Vegetation bedeutet. Und damit auch der menschlichen Zivilisation, die sich schlichtweg nicht mehr hätte ernähren können. Die Erde sähe bald aus wie der Mond. Aktuell liegt die Kohlenstoffdioxid-Konzentration mit offiziellen 418.56 ppm immer noch weit entfernt vom Vegetationsoptimum, dass zwischen 1000 ppm und 1400 ppm rangiert. Folglich sollte man sich derzeit wohl eher Sorgen um fallende Werte machen als um eine Zunahme der CO_2-Konzentration in der Atmosphäre.

Selbstverständlich hat der korrumpierte Wissenschaftsbetrieb es zwischenzeitlich geschafft, diverse gewagte Studien zu produzieren, die das exakte Gegenteil behaupten und versuchen, das Vegetationsoptimum umzudeuten oder die CO_2-Absorptionsleistung der Pflanzenwelt herunterzurechnen. Allerdings fällt selbst dem Laien auf, dass die Thesen dieser Nudging-Elaborate alles andere als schlüssig sind und oft jeglicher Logik entbehren. Oft stellen sie anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse ohne jeglichen Beweis auf den Kopf. In welchem haarsträubenden Umfang die dem offiziellen Narrativ zu Grunde liegenden Messungen, Daten und

Modellrechnungen manipuliert und gegenteilige Erkenntnisse zensiert werden, hat der Biologe und freie Journalist Markus Fiedler unlängst in zwei ausführlichen Artikeln herausgestellt.

Darüber hinaus gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass die menschliche Zivilisation für nur circa vier Prozent des globalen jährlichen CO_2-Ausstoßes verantwortlich ist. Der Rest ist natürlichen Ursprungs. Wer also glaubt, Kohlendioxid sei der entscheidende Hebel, um eine vermeintliche Klima-Katastrophe abzuwenden, ist unweigerlich auf dem Holzweg. Denn mit Umwelt- und Artenschutz oder ernsthafter Wissenschaft hat die von Finanzeliten ausgerufene und im Kern betrügerische »Green Economy« herzlich wenig zu tun.

Sinnbild für die Haltlosigkeit des Narratives vom bevorstehenden Exodus des Homo sapiens ist der Umstand, dass allein die allseits gefeierte Apokalypsen-Dokumentation »An Inconvenient Truth« des ehemaligen US-Vizepräsidenten und Klimawandel-Apostels Al Gore gleich neun frappierend schwerwiegende wissenschaftliche Fehler enthält. Das bestätigte ein Gericht bereits im Oktober 2007. Dennoch werden die Inhalte dieser Dokumentation weiter verbreitet. Grafiken daraus haben ihren Weg in Schulbücher gefunden. Und Al Gore hat das Schüren irrationaler Klima-Panik zum »*ersten CO_2-Milliardär der Geschichte*« gemacht.

Stellt sich die Frage: wie kann es trotz all der Widersprüchlichkeiten, Lügen und – frei nach Annalena Baerbock: »*360-Grad-Wenden*« – die im vorliegenden Text bisher beschrieben wurden, und das war nur die Spitze des Eisbergs, sein, dass das Narrativ von der menschengemachten Klima-Apokalypse so verfängt? Wie ist es möglich, dass das kontrovers diskutierte Thema mittlerweile alle Bereiche des gesell-

schaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens durchdrungen hat wie ein streuender Tumor? Keine Kleinstadt, die nicht einen Plan zur Erfüllung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Eng.: SDG, Sustainable Development Goals) vorzuweisen hat. Kein Extremwetter, das nicht monokausal auf den Klimawandel zurückgeführt wird. Kaum ein Konzern, der nicht schon jetzt CO_2-Kompensationsmodelle implementiert oder ausgerollt hat. Von der Anzahl der auf dem Markt befindlichen Tracking-Apps ganz zu schweigen.

Schon die ausgerufene »Energiewende« hat derart umfangreiche Implikationen, dass man dem Komplex mit dem vorliegenden Format kaum gerecht werden kann. Man muss den Begriff nur in eine Suchmaschine der Wahl eingeben, um zu verstehen, welche Ausmaße die Etablierung der euphemistisch mit Umweltschutz gerechtfertigten »Green Economy« bereits angenommen hat. Da rollt eine Propaganda-Lawine über die Zivilisation hinweg, die in der Geschichte ihres Gleichen sucht. Corona erscheint im Vergleich wie eine Lappalie.

Obwohl die Bundesregierung bereits in ihrer Drucksache 18/21237 vom 23. Juli 2020 einräumt, in punkto Klimakatastrophe die gleichen Propaganda-, Panik- und Einschüchterungsmethoden anzuwenden wie in der Corona-Krise. Siehe Panik-Papier des Bundesinnenministeriums. Die Schockmodelle und Kommunikationsstrategien zu Corona- und Hitze-Toten stammen aus den Federn der gleichen Autoren. Die von den Herrschenden verfolgten Netto-Null-Ziele münden in finaler Ausgestaltung fraglos in totalitären Strukturen, die zum Ende des Individualverkehrs, des persönlichen Besitzes und selbstbestimmten Lebens führen werden. In ein QR-Code-Dystopia. Dennoch unterstützen viele Menschen unreflektiert die »Agenda 2030« inklusive sämtlicher Stilblüten.

Sie applaudieren dunkelgrünen Unterdrückern und laufen blindlings wie gutgläubig der eigenen Entmündigung entgegen. Ein Verhalten, das man fälschlicherweise Lemmingen attestiert. Da kleben sich jugendliche Vertreter einer vorgeblich letzten Generation bei grotesken Protesten auf Straßen und an Autos. Landauf, landab werden sogenannte Energiewende-Genossenschaften gegründet. Zumeist von drögen Lokalpolitikern, abgehalfterten Architekten und Stadtplanern, die sich über entsprechende Subventionspakete supranationaler Organisationen, Klima-Stiftungen und Ausschreibungen bereichern. Beispiel: BürgerEnergie Bergisch Gladbach. Das Birth-Strike-Movement hat einen »*Gebärstreik*« ausgerufen, um die Population und damit CO_2-Emissionen zu reduzieren. Das inhumane Motto: »*Besseres Klima durch weniger Menschen*«. Die Eugenik-Enthusiasten der angloamerikanischen Finanzeliten werden frohlocken.

Auch die Konzern-Oligarchie transformiert gen »Agenda 2030«. Man wittert goldenen Zeiten in Sachen Nachhaltigkeitsökonomie. Siehe Haniel-Gruppe, eine seit 1756 bestehende Familiendynastie, die dereinst mit Kohlezechen, Eisenhütten und Dampfschiffen Kasse machte. Nachdem die Holding zuletzt jedoch knapp 800 Millionen Euro Verluste einfuhr (Stand: 2019), sucht das Management nun neue Geschäftsfelder und reformiert die Unternehmensgruppe, um sie zu einem Öko-Unternehmen zu machen und von der »Green Economy« zu profitieren. Die Haniel-Gruppe setzt sich aus den Familien-Clans der Haniels, Beisheims (Handelskonzern Metro) und Schmidt-Ruthenbecks zusammen. Die Schmidt-Ruthenbecks wiederum sind die Gründer der Mercator-Stiftung, einer vorgeblich gemeinnützigen Organisation, die über ein Kapital von weit über 100 Millionen Euro verfügt und Standorte in Berlin, Zürich, Istanbul und Peking

unterhält. Pikant: Die Mercator-Stiftung war es, die im Jahr 2012 die Denkfabrik und Klima-Lobby-Organisation Agora Energiewende und in der Folge die Agora Verkehrswende ins Leben rief, ein von Korruption, Kumpanei und Parteienfilz durchsetztes Konstrukt, das zuletzt durch die von massivster Vetternwirtschaft zeugende Graichen-Affäre in den Medien präsent war. Über die wenig bekannte Mercator-Stiftung und deren umso einflussreicheren Chef Bernhard Lorentz schrieb das Nachrichtenmagazin Cicero bereits im Jahr 2021:

»In den vergangenen Monaten hat der umtriebige Stiftungsmanager gleich zwei Großprojekte auf den Weg gebracht. Der Klimaökonom Ottmar Edenhofer bekommt 17 Millionen Euro, um in Berlin ein Forschungszentrum für internationale Klimapolitik und Gemeingüter aufzuziehen. Und den früheren Umweltstaatssekretär Rainer Baake hat Lorentz gerade von der Deutschen Umwelthilfe abgeworben, um mit einem Budget von zwölf Millionen Euro eine Agora zur Energiewende zu leiten. In dem Gremium sollen Minister, Staatssekretäre, Spitzenbeamte, Manager und Techniker Probleme und Fortschritte besprechen und ihr Vorgehen miteinander abstimmen. (...) Die Dimensionen der (...) Projekte stehen symbolisch für das, was Lorentz aus der Mercator-Stiftung gemacht hat. Früher hauptsächlich im Ruhrgebiet bekannt, ist sie nun bundesweit und auch international als New Kid on the Block präsent, zuletzt mit einer promigetränkten Kampagne »Ich will Europa«. Seit Lorentz 2008 die Leitung der Mercator-Stiftung übernahm, sind die jährlichen Fördermittel von zehn Millionen auf 60 Millionen Euro gestiegen.

Das Geld stammt aus dem Vermögen, das die Duisburger Familie Schmidt mit dem Verkauf ihrer Metro-Anteile erzielt hat. Lorentz macht kein Geheimnis daraus, dass Mercator

anders arbeiten will als die vielen Tausend deutschen Stiftungen, die im Stillen Gutes tun: »Wir wollen mit einer Mischung aus Projekten und Interessenvertretung den politischen Diskurs ändern.« Sein Schlüsselwort dabei ist das englische Wort »advocacy«. Während die Stiftungskonkurrenz bei Bosch und Bertelsmann jeden Eindruck zu vermeiden sucht, selbst Politik zu betreiben, macht Lorentz gar keinen Hehl daraus. Sein Budget nennt er »gesellschaftliches Risikokapital«. Lorentz hat eine steile Stiftungskarriere hinter sich. Begonnen hat sie nach dem Geschichtsstudium und einem Job bei den Grünen bei der Zeit-Stiftung, wo er von Theo Sommer lernte, stets passende Zitate von Gelehrten parat zu haben. Bei Vodafone arbeitete er, was ungewöhnlich ist, zugleich im Unternehmen und in der dazugehörigen Stiftung. Dann bekam er die Chance, die Hertie School of Governance aufzubauen.«

Ein ähnliches Kaliber: Patrick Graichen, WEF-Mitglied. Ein Korporatist, der sich seit zwei Dekaden in Politik, NGOs und Wirtschaft für neofeudalistische Nachhaltigkeitsökonomie engagiert. Siehe seine Schlüsselrolle beim Kyoto-Protokoll. Graichen war von 2014 bis 2021 Geschäftsführer der Agora Energiewende und zudem eng verbunden mit der 2000 gegründeten dena (Deutsche Energie-Agentur), eine mit dem deutschen Staatsapparat verwobene, aber private GmbH mit 330 Mitarbeitern und einem Umsatz von knapp 25 Millionen Euro (Stand: 2019). In der Rolle als Agora-Direktor kündigte Graichen bereits beim dena-Kolloquium am 16. April 2020 ein »*1-Million-Wärmepumpen-Programm*« an. Lange bevor er im Dezember 2021 Staatssekretär in Robert Habecks von Vetternwirtschaft verseuchtem Ressort wurde. Ein Ministerium, das im Lichte der fragwürdigen Übernahme des mittelständischen Wärmepumpenherstellers Viessmann durch den

US-Konzern Carrier Global einmal mehr keinen Hehl aus seiner korrupten Geschäftspraxis zu machen scheint. Der trotz aller Skandale von den Grünen geradezu heroisierte Graichen erhält nach seinem Rauswurf übrigens 232.000 Euro Übergangsgeld plus 5.250 Euro Pension – und zwar bis zum Ende seiner Tage, wie Business Insider am 17. Mai 2023 zu vermelden wusste.

Notiz am Rande: Im Internet wurde jüngst kolportiert, dass Jutta A. Dönges, die unlängst Finanzvorstand bei UNIPER, einem skandalumwitterten, Umwelt verseuchenden Energie-Unternehmen wurde, das der deutsche Steuerzahler letztes Jahr mit 15 Milliarden Euro retten musste, die Ehefrau von Patrick Graichen sei. Das Unternehmen dementierte dies in einer Pressemitteilung vom 16. Mai 2023. Es ließ sich bis dato nicht verifizieren, wer der Ehepartner oder die vier bei Wikipedia erwähnten Kinder von Dönges sind.

Neben inländischer Einflussnahme mischen jedoch selbstredend eine Vielzahl internationaler Potentaten mit beim Panik-Postulat vom meteorologischen Weltuntergang. Zum Beispiel der umstrittene britische Aktivist Roger Hallam, der die Klima-Kleber seit geraumer Zeit unterstützt und auf einen »*Kampf gegen mordende Milliardäre*« einschwört. Man nennt ihn den »*Einflüsterer der radikalen Klimabewegung*«. Weiterhin erhielt die »Letzte Generation« nicht nur Geld vom deutschen Staat, sondern auch von der in den USA ansässigen Stiftung Climate Emergency Fund (CEF), die von US-Öl-Magnaten finanziert wird und im Jahr 2022 vier Millionen Euro an 39 internationale Klimaschutzorganisationen ausbezahlte.

Aller damit verbundenen kognitiven Dissonanz zum Trotz verkörpert nun gerade eine weitere Schlüsselfigur für die Fi-

nanzierung der Klimawandel-Netzwerke den Archetyp des bevorzugten Feindbildes der Temperatur-Rebellen. Gemeint ist der schwerreiche Philanthrop Hal Harvey. Ein im Jahr 1961 geborener Lobbyist mit besten Verbindungen zur Rockefeller- und Gates-Foundation. Hal Harvey ist Präsident der Climate Imperative Foundation, einer Nichtregierungsorganisation mit Sitz in San Francisco, die über immense Budgets verfügt. Darüber hinaus ist er Gründer der am gleichen Ort residierenden Energy Innovation LLC sowie diverser anderer Stiftungen und Think Tanks in den USA, Europa und Asien. Ob Agora Energiewende, European Climate Foundation, Climate Works Foundation oder Stiftung Klimaneutralität – überall hat Harvey seine Finger im Spiel, oder ist gar Initiator. Die ZEIT überschrieb einen Artikel zu Harvey vom 20. Juni 2022 mit den Worten: »*Der mächtigste Grüne der Welt*«.

Bereits anhand dieser noch recht oberflächlich gehaltenen Analyse des Klima-Narratives und dahinter stehender Netzwerke wird deutlich, dass sich auf Basis dieser zumindest als kontrovers zu bezeichnenden Sachlage keine weitreichende Implikationen aufwerfende Energie-, Verkehrs- oder gar Zeitenwende begründen lässt. Eine Entscheidungsgrundlage für derart einschneidende Veränderungen ist nicht gegeben. Das Narrativ steht auf tönernen Füssen und wird primär durch antidemokratische Einflussnahme nicht legitimierter Potentaten vorangetrieben. Allein eine Stadt wie Genf beherbergt über 700 NGOs, die zusammen fast 34.000 Menschen beschäftigen. Es braucht aus sozioökonomischer Perspektive nur wenig journalistische Eigenleistung, um zu belegen, dass es sich bei Biosicherheitsdoktrin, Nachhaltigkeitsökonomie oder »One Health«-Agenda um Klassen- und Kulturkampf von oben handelt. Die Kernfrage ist daher, wie man dem

mächtigsten Herrschaftsnarrativ unserer Ära auf psychologischer Ebene den Wind aus den Segeln nehmen kann. Denn ein halbes Jahrhundert massiver Indoktrination hinterlässt strukturelle Spuren.

Es ist ein Endzeit-Kult, der ungleich stärker in der fundamentalen Weltanschauung vieler Menschen verankert ist als es das Corona-Narrativ je sein wird. Denn er wird seit mindestens 50 Jahren medial installiert und seither kontinuierlich in das Selbstverständnis postmodernen Zusammenlebens einmassiert. Bio, Öko, Anti-AKW-Bewegung, Greenpeace – you name it. Konsens all dieser Strömungen: der Mensch ist das Problem. Der Feind. Sein eigener. Eine autoaggressive, destruktive Startkoordinate. »*Die Wissenschaft*« hat dabei längst die Rolle klerikaler Führer vergangener Zeiten eingenommen – und darf dementsprechend nicht mehr hinterfragt werden. Nicht von ungefähr titelte das Forbes-Magazine im Juli 2020 vielsagend: »*You Must Not Do Your Own Research When It Comes To Science*« (D.: Wenn es um Wissenschaft geht, dürfen Sie keine eigene Forschung betreiben).

Wohin derart blindes Vertrauen führt, haben die mannigfaltigen Kollateralschäden der vermeintlichen Pandemie ebenso gezeigt wie die verachtenswerte Kriegstreiberei imperialistischer Hegemonien jedweder Ideologie während der vergangenen Jahrzehnte. Warum sollte man einer Prädatoren-Kaste vertrauen, die ihre Untergebenen nachweislich konstant belügt, betrügt und bestiehlt? Die Frage stellt sich derzeit vor allem in Bezug auf die Energiewende, die manch Eigenheimbesitzer aufgrund der Zusatz- und Sanierungskosten, durch negative Realzinsen oder wegen neuer EU-Initiativen zur Enteignung von Wohneigentum das sauer verdiente Häuschen kosten wird. Der Immobilienmarkt ist instabil. Die Rezession, oder gar Neuauflage der großen Depres-

sion, steht ins Haus. Der Widerstand gegen die dunkelgründogmatischen Transformationsprozesse hält sich dennoch in Grenzen. Man hofft wohl wieder einmal, Wahlen würden etwas ändern. Doch das werden sie nicht. Denn die dysfunktionale moderne Fassadendemokratie beruht vor allem auf den Prozessen der von der RAND Corporation in den 1950er-Jahren entwickelten Delphi Technik, die Partizipation suggeriert, obwohl das Ergebnis bereits im Vorfeld feststeht. Das zeigte die Abstimmung des deutschen Parlaments vom 12. Mai 2023, bei der alle etablierten Parteien für eine Reform – meint Stärkung – der WHO votierten. Ungeachtet der korrupten Strukturen und übergriffigen wie evidenzlosen Umtriebe dieser zweifelhaft finanzierten Organisation.

Ob SARS im Jahr 2002/2003, Schweinegrippe im Jahr 2009/2010, das Zika Virus im Jahr 2015/2016 oder Corona – stets stellte sich heraus, dass die WHO unnötig Panik verbreitete, falsche Prognosen publizierte und mit den kriminellen Pharma-Kartellen zu deren Vorteil kooperierte. Die übergeordneten, globalistischen Ziele eines supranationalen Verordnungsstaates unter Ägide der Vereinten Nationen, und damit auch die »Green Economy«, unterstützen alle UN-Mitgliedsstaaten sowie alle etablierten Parteien. Und andere werden nie Mehrheiten erringen. Dafür werden Massenmedien, irrsinnige Wahlrechtsreformen und zunehmend antidemokratische Governance-Strukturen sorgen.

Ein genauerer Blick auf die Entstehungsgeschichte des Klimawandel-Narratives enthüllt ein Meisterstück von generationsübergreifendem Social Engineering. Während die Steuerung der Zivilisation über den individuellen Energieverbrauch ihrer Systeme bereits ein Kerngedanke der totalitären Technokratie-Bewegung der 1930er-Jahre war – und mit CO_2-Tracking heute den Kerngedanken der Nachhaltig-

keitsökonomie und der mit ihr assoziierten Überwachungsstaatlichkeit markiert – nimmt die Erzählung vor der menschengemachten Apokalypse, von der seit Dekaden vermeintlich zeitnah ins Haus stehenden Endlichkeit der Ressourcen und der angeblichen Überbevölkerung erst 1969 richtig Fahrt auf. Mit der Gründung des »Club of Rome« durch David Rockefeller. Die von der angloamerikanischen Finanzelite betriebene Organisation mit Sitz in Winterthur (Schweiz) veröffentlichte im Jahr 1972 ihren ersten alarmistischen Report – »The Limits to Growth«. Sein Inhalt wurde dutzende Male falsifiziert. Dennoch gilt das inhaltlich entkräftete Pamphlet bis heute als Standardwerk und Referenzpunkt der Klima-Apokalyptiker. Und der Club of Rome behielt seine Kernaussagen selbstredend bei. Trotz nachweislicher Fehler im Narrativ, durchschaubar politisierter Untergangsprophetie und einer löchrigen Beweisführung. Eine Vielzahl von düster in die Zukunft blickenden Publikationen wie »The First Global Revolution« (1991) oder der »Planet Emergency Plan« (2019) folgten. Die Propaganda-Maschine lief weiter.

Die Massenmedien griffen das Thema dankbar auf. Sex und Katastrophen machen Auflage. Vor allem die Öl-Krisen der 1970er-Jahre waren Wasser auf den Mühlen der Klimaschutz-Initiativen. Auch zeitigten diese das Ende des sozialliberalen Reform- und den Beginn des postmodernen Medienzeitalters. Die international vernetzten Finanz-, Konzern- und Adelseliten sorgten mittels Philanthropie und Infiltration von Agentur-Presse, Wissenschaftsbetrieb, Gesundheits- und Bildungswesen für die profunde Verankerung des Narratives in der DNA postmoderner Gesellschaften. Schon in Kindergarten und Grundschule begegnete ich selbst als Kind der 80er den Erzählungen vom Störenfried Mensch, vom

Schädling Homo sapiens. Umwelt- und Naturschutz waren en vogue. Und der Mensch stets das Problem. Dabei sind es primär die Superreichen und Eliten, die gewissenlos die Umwelt verpesten und mittels korrupter Konzern-Plutokratie Raubbau am Planeten betreiben. Siehe Ex-Prinz Charles, der verschwenderische König, oder besser, Despot von Großbritannien. Charles pflegte nicht nur über Jahrzehnte hinweg engste Verbindungen zum Sex-Monster, Pädophilen und Vergewaltiger Jimmy Savile, er war es auch, der beim World Economic Forum den Great Reset verkündete. Der Thronfolger wirbt seit Dekaden für eine neue Weltordnung und verkündete bereits im Jahr 2009, der Menschheit blieben nur noch 96 Monate, um den Planeten zu retten. Doch die Erde hat augenscheinlich auch das Jahr 2017 überstanden.

Der royale Spross gründete 1985 die Organisation »Business in the Community«, die später zum »International Business Leaders Forum« wurde. Dieses stellte seine Geschäftstätigkeit zwar offiziell im Jahr 2013 ein, die operativen Aufgaben führen jedoch zwei daraus hervorgegangene Organisationen fort: das »International Business Leaders Forum Global« sowie die »Partnering Initiative«. Beide widmen sich dem gleichen Ziel wie das antidemokratische WEF und komplementieren dessen Aktivitäten hinsichtlich Zementierung korporatistischer Strukturen auf supranationaler Ebene. Immer im Fokus – »*Sustainable Development*«. Nachhaltigkeitsökonomie. Umverteilung von unten nach oben unter dem Vorwand des Klimaschutzes. Man hat ernsthafte Mühe zu zählen, wie oft bei Charles' WEF-Ansprache zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft aus dem Jahr 2020 der Begriff »*sustainable markets*« Anwendung findet. In jedem Fall wird im Rahmen der in den Raum gehauchten Floskelwolke rasch klar, dass es Charles um Profite für Finanzwelt und Konzerne, um lü-

ckenlose Kontrolle der Normalbevölkerung und neofeudale Strukturen geht, nicht um Umweltschutz. Entsprechende Erkenntnisse trug die Autorin Joan M. Veon bereits vor über zwanzig Jahren für ihr aufschlussreiches, aber kaum noch erhältliches Buch »*Prince Charles: The Sustainable Prince*« zusammen. Dass es sich bei der weltweit im Roll-out befindlichen »Green Digital Economy«, die in der Ukraine seit mindestens 2019 als Pilotprojekt von internationalen »Public Private Partnerships« aufgebaut wird, nicht um Altruismus der herrschenden Kaste handelt, zeigt schon die massive Beteiligung der dunklen Finanzmacht BlackRock am Wiederaufbau des vom Krieg gebeutelten Landes. Ein Wiederaufbau, der, entgegen jeder Logik des Krieges, im Eiltempo vorangepeitscht wird.

Natürlich engagiert sich neben so illustren Figuren wie Habeck, Graichen, King Charles, Hal Harvey oder den Rockefellers auch Bill Gates, der bereits Millionen mit der Corona-Krise und seinem neuen Steckenpferd Nahrungsmittelindustrie verdient hat, für den Kampf gegen den Klimawandel. Er fordert eine »*grüne industrielle Revolution*«. Dafür plant er nicht nur größenwahnsinnige wie gefährliche Geoengineering-Projekte. Bill Gates und die Rockefeller Foundation, in Kombination wohl das mächtigste Philanthropie-Vehikel der Welt, kollaborieren auch offiziell, um eine »*grüne Revolution*« in Afrika loszutreten. Was das bedeutet, erkennt man zum Beispiel daran, dass Nigeria bereits eine digitale Zentralbankwährung (CBDC) eingeführt hat, ohne die man nur noch schwerlich Trinkwasser oder Grundnahrungsmittel beziehen kann. Die Ukraine will ihre CBDC Anfang 2024 zum Einsatz bringen. Genau wie die Linksaußen zu verortende Regierung Brasiliens. Wie vorgängig konstatiert: »Green Economy« steht als Synonym für Klassenkampf von oben.

Der mit sinnentleerten Buzz-Words proklamierte »*inklusive Stakeholder Kapitalismus*« ist eine Illusion. Die damit einhergehende »biodigitale Konvergenz« ein transhumanistisches Horror-Szenario. »Grün« sind dabei ausschließlich die Dollar-Noten, die schamlos von unten nach oben umverteilt werden. Denn Macht korrumpiert. Und Macht hat in diesem System nun einmal nur, wer über ausreichende Finanzmittel verfügt. Das zeigen anschaulich die Hohepriester des Klima-Narratives beim in Genf (Schweiz) ansässigen IPCC. Zuvorderst sollten das Governance-Modell sowie die Formulierung des eindimensionalen IPCC-Arbeitsauftrages zu denken geben. Denn die Aufgabenstellung, Beweise für menschengemachten Klimawandel beizubringen, klingt nicht nach einem ergebnisoffenen Forschungsauftrag, sondern nach politisierter Regierungswissenschaft. Dass diese Bedenken nicht zu Unrecht angemeldet werden, impliziert bereits die Aufbauorganisation des IPCC. Ein »Top-Down-Konstrukt«. Ein politisiertes Führungsgremium gibt vor, welche Ergebnisse nachgeordnete Instanzen zu erarbeiten haben. Das IPCC betreibt dabei keine eigene Forschung. Es konsolidiert existierende Ergebnisse von ausgewählten Wissenschaftlern, deren beruflicher Erfolg in der Regel von grünen Fördermitteln abhängig ist.

Unter einem von »Policy Makern« besetzten Führungsgremium aus IPCC Plenary, IPCC Bureau und Exekutivkomitee hängen Arbeitsgruppe I, II und III. Der vorgängig erwähnten Delfi Technik entsprechend, erstellen die vorgelagerten Gruppen zunächst den alarmistischen SPM-Report (Summary for Policy Makers), der anschließend prominent in allen Medien auftaucht und Panik schüren soll. Arbeitsgruppe III arbeitet unterdes daran, die bereits nach außen kommunizierten Informationen des SPM-Reports mit Daten zu unter-

füttern. Aus diesem Grund erscheinen die ausführlicheren »*wissenschaftlichen*« Reports, das »Working Group Assessment« oder die »Special Reports«, stets deutlich später. Und in den Medien hört man von diesen haltlosen, weil mühsam konstruierten Machwerken auch nichts. Sonst fiele im Vergleich über die Zeitachse hinweg vielleicht auf, dass Grafiken des ersten IPCC-Reports von 1990 im Gegensatz zu aktuellen Diagrammen noch die Warmzeiten des Holozän enthielten. Wenn die Leitmedien überzeugt vermelden, 97 Prozent der Wissenschaftler seien sich einig, dass die Klima-Apokalypse drohe, beziehen sie sich ebenfalls auf manipulierte Daten, auf politisch motivierte Direktiven des IPCC-Führungszirkels. Tatsächlich vertreten nur 0,54 Prozent der Wissenschaftler, die etwas zum Klimawandel schreiben, die These, der Mensch sei primärer Treiber des Phänomens. Demgegenüber stehen 1.500 renommierte Forscher aus über 30 Ländern, die im März 2023 eine Deklaration publizierten, die nahelegt, dass es überhaupt keinen Klima-Notstand gibt. Doch davon hört man bei UN, IPCC oder in den Massenmedien nichts. Die zensorische Intransparenz hat Methode, wie Judith Curry, Präsidentin des »Climate Applications Forecast Network« (CFAN) bereits in einem Editorial vom 15. September 2013 ausführte.

»*Was sie (IPPC SPM) sagen: Die Erwärmungsrate seit 1951 betrug 0,12 °C pro Jahrzehnt. Was das bedeutet: in seinem letzten äußerst einflussreichen Bericht aus dem Jahr 2007 behauptete das IPCC, die Welt erwärme sich um 0,2 °C pro Jahrzehnt. Hier geben sie zu, dass die Geschwindigkeit der globalen Erwärmung massiv zurückgegangen ist – obwohl dies in einem Abschnitt über die jüngste Pause der Erwärmung versteckt ist. Nun stellt sich heraus, dass die tatsächliche Zahl nicht nur knapp über der Hälfte dessen liegt, was*

sie angenommen hatten – sie liegt auch unter ihrer niedrigsten vorherigen Schätzung.«

Auch im Rahmen des Climategate-Skandals aus dem Jahr 2009 wurde deutlich, dass das IPCC korrumpiert ist, falsche Daten veröffentlicht und von wissenschaftlichem Arbeitsethos nicht die Rede sein kann. Über 1.000 geleakte E-Mails von führenden IPCC-Wissenschaftlern bestätigten damals, dass sämtliche Prognosen zugunsten von Partikularinteressen manipuliert werden. Auszüge der für Modellrechnungen verwendeten Software-Codes enthalten Text-Kommentarzeilen, die darauf hinweisen, wo manuell einzugreifen ist, um die manipulative Hockey-Stick-Kurve zu generieren. Andere E-Mails zeigen, dass politisch Einfluss auf die Ergebnisse genommen wird. Vor allem dann, wenn der nun vermeintlich auf kurzen Zeitskalen kausal durch CO_2 verursachte Temperaturanstieg auf selbigen so gar keine echte Korrelation aufweist. Eine waschechte Verschwörung also, um reale Daten und Erkenntnisse zu unterschlagen. So schrieb der Hauptautor des IPCC, Kevin Trenberth, an seine Kollegen Mann, Santer, Wigley und Philip D. Jones sowie weitere führende Alarmisten wie Stephen H. Schneider und James Hansen, dass die Daten leider nicht stützen, was die manipulierten Klimamodelle im SPM prophezeien:

» (…) *Wo zum Teufel ist die globale Erwärmung? Wir fragen das hier in Boulder, wo wir in den letzten zwei Tagen Rekorde für die kältesten Tage seit Beginn der Aufzeichnungen gebrochen haben.* (…) *Tatsache ist, dass wir die fehlende Erwärmung im Moment nicht erklären können. Und es ist eine Farce, dass wir das nicht können.*«

Weitere E-Mail-Auszüge von Philip D. Jones, die eine deutliche Sprache sprechen, lauten wie folgt:

»Ich kann keines dieser Papiere im nächsten IPCC-Bericht sehen. K. und ich werden sie irgendwie draußen halten – auch wenn wir neu definieren müssen, was Peer-Review-Literatur ist!« (…) *Die Australier sind besorgt, dass dies einen etwas konservativeren Umgang mit den Risiken darstellen könnte, als sie von CSIRO (Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation) hören. Insbesondere wünschen sie sich, dass der Abschnitt zu Schwankungen und Extremereignissen nach Möglichkeit aufgepeppt wird.«*

Obschon also seit spätestens 2009 öffentlich bekannt ist, dass den »Fear-Porn«-Elaboraten des IPCC nicht zu trauen ist, bilden die Ergebnisse des zwischenstaatlichen Ausschusses nach wie vor die Grundlage der United Nations Framework Convention on Climate Change, die 1992 von 165 der 198 Mitgliedsstaaten ratifiziert wurde. Am 13. Juni 2019 gingen die Vereinten Nationen zudem eine strategische Partnerschaft mit dem Weltwirtschaftsforum ein, um »*gemeinsam die Implementierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen*«. Das ist supranationaler, totalitärer, übergriffiger und neofeudalistischer Korporatismus in Reinform. Denn demokratisch legitimiert wurde keine dieser Organisationen, Entscheidungen oder Agenden.

Im Lichte der vorliegenden Informationen muss man – zumindest wenn man der Logik noch nicht ganz entsagt hat – folgerichtig konstatieren: wie auch immer man den verschiedenen Interpretationen der Datenlage in Sachen Klimaveränderungen gegenübersteht, als Demokrat ist man zumindest gezwungen einzugestehen, dass man auf Basis eines auf derart dünnem Eis manövrierenden, kontrovers diskutierten Narratives, das von korrumpierten Wissenschaftlern und korrupten Finanzeliten bestimmt wird, keine weitreichenden

Entscheidungen für die gesamte Zivilisation oder die Weltwirtschaft treffen darf.

Ein transparenter, in der Breite geführter, wissenschaftlicher, gesellschaftlicher und ökonomischer Diskurs wäre vonnöten, um relevante Sachfragen zum Themenkomplex Klima zu erörtern und ein Fundament für demokratische Entscheidungsfindung zu schaffen. Jedes anderweitige Vorgehen ist kategorisch abzulehnen. Eine oktroyierte Zeitenwende auf Grundlage der vorgängig beschriebenen Daten oder Sachverhalte kann nur als neofeudale Machtergreifung bezeichnet werden. Auch wenn das von einem halben Jahrhundert Klima-Propaganda manipulierte Publikum der Leitmedien der eigenen Entmündigung frenetischen Applaus spendet. Sie wissen es nicht besser. Zumindest bis jetzt.

| fertiggestellt am 20. Mai 2023

Ukraine 4IR – Das Testgelände

In den 70ern war es China. Heute ist es die Ukraine: Opfer neokolonialistischer Investment-Heuschrecken, die von Desaster-Kapitalismus profitieren und das Land als Testgelände für einen totalitären Gesellschaftsentwurf missbrauchen. Für Version 2.0 globalisiert-korporatistischer Technokratie. Als Pilotprojekt für den Roll-out der »vierten industriellen Revolution«.

Arnaud Charles Paul Marie Philippe de Borchgrave (1926 - 2015) war ein Spross der noblen Familiendynastie de Borchgrave d'Altena, die sich bis ins Jahr 1749 zurückverfolgen lässt. Sein Vater war unter anderem Chef des belgischen Militärgeheimdienstes. Arnaud jedoch wurde Journalist. Er schrieb zum Beispiel für Blätter wie »Newsweek«, »The Washington Times« oder »United Press International« und berichtete im Zuge seiner erfolgreichen Karriere bevorzugt über internationale Politik, Kriege, Geostrategie und finanzwirtschaftliche Themen. Einem unerschrockenen Artikel von de Borchgrave, der am 28. April 2011 in der »The Washington Times« erschien, ist es zu verdanken, dass wir heute nachvollziehen können, wie die Karriere des Regime-Change-Spezialisten und Tiefenstaat-Philanthropen George Soros tatsächlich begann.

Vorwegzuschicken ist – wie immer in solch einem Fall – dass es bei den in der Folge beschriebenen Sachverhalten um Recherchen hinsichtlich Korruption, organisierter Kriminalität und antidemokratischer Strukturen geht und mir dabei absolut gleichgültig ist, welcher Glaubensgemeinschaft die behandelten Personen sich zugehörig fühlen. Auch wenn dabei die Bankiersdynastie Rothschild oder George Soros Erwäh-

nung finden. Denn für mich gibt es nur zwei Sorten von Menschen: gute und schlechte. Wer sich bei einem solchen Text also zuvorderst Gedanken um die religiöse Orientierung der Akteure macht, sollte vielleicht zunächst sein eigenes Schubladendenken kritisch hinterfragen. Weiterhin ist dieser Tage bedauerlicherweise anzumerken, dass ich weder Putin noch die NATO oder sonstige Imperialisten unterstütze. Ausnahmslos jeder Krieg ist falsch und zu verurteilen. Das gilt in gleichem Maße für jeden, der ihn finanziert, beginnt, unterstützt, verherrlicht, relativiert oder instrumentalisiert. »*Aber unsere Befreier … !*«, wird nun manch Pseudo-Pazifist rufen, um die USA in Schutz zu nehmen, ohne dabei zu Bedenken, dass Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges von jenen »*befreit*« wurde, die diese Katastrophe erst ermöglichten. Und nein, Parteien unterstütze ich auch nicht. Keine. Weil ich den repräsentativen Parlamentarismus unserer Epoche für den Sargnagel echter Demokratie halte.

Nun aber zum Inhalt des eingangs erwähnten Artikels von Arnaud de Borchgrave, welcher unter der zunächst mysteriös daherkommenden Headline »*Geneva gnome's global dread*« (D., »*Globale Bedrohung der Genfer Zwerge*«) erschien. Die »*Genfer Zwerge*«, von denen de Borchgrave berichtet, sind das Pendant zu den »*Züricher Zwergen*« in der französisch-sprachigen Schweiz.

Bei den beiden amüsant benamsten Gruppen handelt es sich um verschwiegene Netzwerke von Privatbänkern, Investment-Verwaltern und Finanz-Magnaten, die beste Kontakte zu Politik, Wirtschaft oder Geheimdiensten pflegen und über ein Imperium geheimer Nummernkonten von Milliardären, Oligarchen, Wirtschaftskriminellen, Diktatoren und Steuerbetrügern aus ganzer Welt herrschen. Über die im Halbschatten vor sich gehenden Umtriebe dieser Netzwerke spricht

kaum jemand. Selbst im Ruhestand brach keiner der Zwerge sein Schweigen.

Mit einer Ausnahme: Georges Coulon Karlweis (1928 bis 2012), »*Hedge-Fund-Guru der Rothschilds*«, wie Bloomberg ihn taufte. Ein Mann, dessen Name wohl nicht umsonst mehrfach in den berüchtigten »Paradise Papers«, bei diversen Fonds-Konstrukten und in panamaischen »Director Reports« der Jahre 1964 bis 1981 auftaucht. Ansonsten finden sich online allerdings kaum Informationen über die Vita des diskreten wie einflussreichen Spitzenbankiers. Hier und da ein paar Zeilen in Finanzmarkt-Fachzeitschriften und eine Hommage zu seinem Tod. Das war's. Lediglich sein verschachteltes Netzwerk dubioser Unternehmungen und Finanz-Vehikel lässt sich über die Offshore Leaks Database oder die »Paradise Papers« grob nachvollziehen. Karlweis gab sich offenbar größte Mühe, im Hintergrund zu bleiben. Wäre da nicht der Blog einer einstigen weiblichen Bekannten namens Bérénice de la Salle, die Georges C. Karlweis in ihren allenthalben recht intimen Texten unumwunden als einen Mann bezeichnet, »*der in der Lage war, ihr den wahren Grund hinter dem Börsencrash von 1929 zu nennen*«.

Bérénice führt weiter aus:

»*Sein Name war Georges Coulon Karlweis und er fungierte als stellvertretender Vorsitzender und Top-Anlagestratege für Edmond de Rothschilds Banque Privée – die Enklave der Superreichen im Land der geheimen Nummernkonten. Als Wiener Jude, der den Zweiten Weltkrieg unter falschen Papieren überlebte, erfand er 1969 den weltweit ersten Dach-Hedgefonds – Leveraged Capital Holdings – und leistete Pionierarbeit in einer Branche, auf die er spät in seinem Leben*

mit einer gesunden Portion Verachtung zurückblicken würde.«

Hier knüpfen die Erzählungen von Bérénice an das Gespräch von Journalist de Borchgrave mit Karlweis an. Denn im Zuge dieser wohl einzigartigen Unterredung, die vielleicht nur zustande kam, weil Karlweis de Borchrave aufgrund seiner noblen Herkunft als einen der »Seinen« erachtete, erklärte der in die Jahre gekommene Rothschild-Vertraute, was er für sich persönlich als größten beruflichen Erfolg verbucht: »*George Soros und die Gründung dessen Quantum Fund im Jahr 1969*«.

Anschließend zitiert De Borchgrave Karlweis wie folgt:

»*Jeder erkennt, dass wir zu weit gegangen sind. Die Kassen sind erschöpft, die exzessiven Ausgaben der Vergangenheit haben zu einem riesigen Überhang geführt, und niemand weiß, wie neue Kredite finanziert werden können. Menschen, die von ihren Ersparnissen leben, wurden geschröpft. Ihre Investitionen bringen nichts. Die Chancen stehen gut, dass sie alles verloren haben. Die kommenden Zeiten sehen nicht schön aus. Nachdem sie Länder durch das Drucken von immer mehr Geld in Weimarer Republiken verwandelt haben, werden sie alle einen Währungskommissar wie Hjalmar Schacht brauchen, der deutsche Bankier, der die Reichsbank leitete und ein früher Hitler-Anhänger wurde, um sie davor zu retten: Hyperinflation. Hoffen wir nur, dass sie ihre Regime in der Zwischenzeit nicht in Dritte Reiche verwandeln.*«

Danach erklärt der belgisch-amerikanische Journalist:

»*Es lohnt sich also, dem Mann hinter dem ursprünglichen Erfolg von Herrn Soros zuzuhören – er hat keine Angst davor, im Ruhestand seine Meinung zu äußern. Ein ursprüng-*

licher Anteil von 100.000 US-Dollar am Fonds von Soros war 1994 schon 150 Millionen US-Dollar wert. Zwischen 1970 und 2000 betrug die Rendite 33,65 Prozent. Zehn Jahre in Folge waren es 42,6 Prozent pro Jahr. Im Jahr 1992 setzte Herr Soros Milliarden gegen das britische Pfund und ruinierte die Bank of England (Schwarzer Mittwoch).«

George Soros war demnach von Beginn seiner Karriere an Protegé der mächtigsten Bankiersdynastie der modernen Geschichte. Frontmann der Besitzer des größten privaten Vermögens aller Zeiten. Konservative Schätzungen sprechen heute von 400 Milliarden, andere von einer oder zwei Billionen. Es scheint im Lichte der gesammelten Informationen nicht einmal mehr abwegig, Thesen zu unterstützen, die besagen, die Familie kontrolliere zwischenzeitlich mehr Vermögenswerte als die zehn reichsten Familien oder 75 Prozent der Weltbevölkerung zusammengenommen. Während die acht reichsten Personen der Welt bereits so viel besitzen, wie die ärmsten 50 Prozent der Menschheit.

Auf offiziellen Listen der reichsten Familien der Welt tauchen die Rothschilds trotz ihres unstrittig astronomischen Reichtums und damit einhergehenden Einflusses kaum jemals auf. Dies, weil ihr Vermögen über aller Herren Ländern verteilt ist. In unzähligen Fonds, Anlagen, Beteiligungen und philanthropischen Vehikeln – in sogenannten »*Closely Held Corporations*« – und sie ausschließlich über mehrere Beteiligungsebenen hinweg involviert sind. So tritt die Familie selbst nie in Erscheinung, findet der Name des eigentlichen Investors selten seinen Weg an die Öffentlichkeit.

Die »*Propheten des Geldes*«, nannte der britische Historiker Niall Ferguson die seit anno 1744 dokumentierten Rothschilds in einem Buch aus dem Jahr 1999. Ein verschwiege-

ner Finanz-Clan, der heute nicht ohne Stolz im eigenen Familienarchiv seine geopolitisch-feudalistische und somit antidemokratische Einflussnahme während der zurückliegenden Jahrhunderte zur Schau stellt. Siehe Waterloo (1815), Suez Kanal (1895) oder Balfour Deklaration (1917) – um nur die bekanntesten Beispiele zu nennen. Die Timeline der Familien-Chronik spricht Bände. Ob Etablierung internationaler Banking-Strukturen, Einfluss auf das Zentralbankensystem, die Regulierung des Goldmarktes oder die Finanzierung von Kriegen, bei denen die Familie bevorzugt mehrere Parteien unterstützte, um auch sicher vom Ergebnis zu profitieren. Immer wieder stößt man in der Geschichte auf den Namen Rothschild.

Umso interessanter ist der Umstand, dass George Soros seine Startfinanzierung 1969 von einem Chef-Bänker dieses Clans erhielt. Wird doch gleichzeitig von allen Faktencheckern kolportiert, die Familie wäre zwar einmal die mächtigste der Welt gewesen, hätte ihren machtvollen, 200 Jahre währenden Zugriff auf Finanzwelt, Politik und Geostrategie jedoch längst eingebüßt. Jede abweichende Darstellung wird als haltlose Verschwörungstheorie verleugnet. Die Antisemitismus-Keule darf natürlich auch nicht fehlen. Man erinnere sich an dieser Stelle an meine dahingehende Anmerkung zu Beginn des vorliegenden Textes.

Die Rotschilds agieren am Finanzmarkt jedenfalls immer noch, als verfügten sie über Insiderwissen, Vorkenntnisse oder hellseherische Fähigkeiten. Ob 2016, als »GoldCore« darüber berichtete, wie die Familie in ungekanntem Ausmaß und mit einiger Aggressivität begann, Unmengen von Gold und Wertmetallen zu kaufen, oder 2019, als die umtriebige, in Genf (Schweiz) ansässige Banque Privée Edmond de Rothschild von der Börse genommen wurde, um kurz vor dem

Beginn der Corona-Krise zur einzigen Schweizer Bank zu werden, die sich zu 100 Prozent in Privatbesitz befindet.

Auch im Februar 2023 zeigten die Rothschilds Weitsicht. Als die in Paris (Frankreich) ansässige Rothschild & Co SCA über ihre am Markt sichtbare Marke »Concordia« ankündigte, Anteile zurückzukaufen und die Bank nach zwei Jahrhunderten aus dem Handel an der Pariser Börse zu nehmen. Gerade rechtzeitig, bevor sich die US-Bankenkrise mit dem Kollaps der »Silicon Valley Bank« verschärfte. Der Kurswert der Rothschild & Co SCA ist, nebenbei bemerkt, von sechs US-Dollar im Jahr 2000 konstant und auf mittlerweile über 47 US-Dollar gestiegen.

Die Führungsspitze der Edmond de Rothschild Group, die natürlich nicht nur exklusive Banken betreibt, sondern auch die Edmond de Rothschild Foundations (Philanthropie), Motto: »*COCREATING THE FUTURE*«, und Edmond de Rothschild Heritage (Wein, Luxushotels, Gastronomie) verwaltet, sponserte also den seinerzeit 39-jährigen George Soros. Jenen Mann, zu dem das Magazin The New Yorker 26 Jahre nach Gründung seiner Quantum Group of Funds fragen sollte: »*Ist der Spekulant und Philanthrop eine Ein-Mann-Außenpolitikmaschine oder ein unregulierter Milliardär mit einem Messias-Komplex?*«.

Weiter schreibt Autorin Connie Bruck im entsprechenden Artikel vom 15. Januar 2015:

»*Das war nicht immer so. Soros machte sein Vermögen als Spekulant auf den Finanzmärkten und betreibt seit 1969 einen Hedgefonds – eine wenig regulierte, private Investmentpartnerschaft, die sich an wohlhabende Privatpersonen richtet und in der Regel versucht, durch große, stark fremdfinanzierte Wetten schnelle, übergroße Renditen zu erzielen. Viele*

Jahre lang genoss er, wie seine Kollegen in dieser geheimnisvollen Welt, Anonymität. Auch in der Philanthropie, mit der Soros vor etwa zehn Jahren ernsthaft begann – als er in Budapest eine Stiftung gründete, deren Ziel es war, die demokratischen Werte einer offenen Gesellschaft zu fördern.«

Die Rede ist von Soros' Open Society Foundations, die der in Ungarn geborene Spekulant 1993 ins Leben rief. 24 Jahre nach der ersten Finanzspritze durch die Rothschild-Bankendynastie. Eine überraschende Anschubfinanzierung, die er ganze 15 Jahre nach Abschluss seines Studiums an der »London School of Economics« erhielt. Seine neuen Financiers dürften in dem motivierten wie skrupellosen und zum damaligen Zeitpunkt von überschaubarem Erfolg gesegneten Soros' einen willfährigen wie formbaren, weil erfolglosen Protegé gesehen haben. Hatte er doch zuvor vergeblich versucht, in die verschwiegene Welt der Hochfinanz vorzudringen.

Soros' wird in den deutschen Medien gerne als Holocaust-Überlebender umschrieben. Unterschlagen wird dabei zumeist, dass Soros diese dunkle Zeit nur unbeschadet überstanden hat, weil »*sein Vater ihn als Christ ausgab, weshalb er im zarten Alter von 14 Jahren den Nazis dabei half, Inventurlisten über das Vermögen seiner zu enteignenden jüdischen Mitbürger anzufertigen, die anschließend ins KZ deportiert wurden*«, wie die Journalistin Aya Velazquez jüngst korrekt kommentierte. Sie fügt hinzu: »*Was jeden normalen Menschen lebenslänglich traumatisiert hätte, darüber empfand Herr Soros eigenen Aussagen zufolge keine Schuldgefühle*«. Moralische Fragen schienen Soros tatsächlich noch nie zu tangieren.

Das mag erklären, warum er offenbar keinerlei Bedenken hat, geopolitische Partikularinteressen zu unterstützen und

mit den Regime-Change-Operationen seiner NGOs an der Seite von USAID, NED und anderen CIA-Ablegern ganze Länder ins Chaos zu stürzen. »*Bulldozer-Revolution*« (Serbien, 2000), »*Rosen-Revolution*« (Georgien, 2003), »*Orange Revolution*« oder »Euromaidan« (Ukraine, 2004/2014), »*Tulpen-Revolution*« (Kirgisistan, 2005), Kroatien, Tschechoslowakei, Jugoslawien, et cetera – stets waren Soros' Organisationen, die Unsummen supranationaler Interessengruppen konsolidieren und allozieren und eng mit den Regierungen in London, Washington oder Ottawa sowie deren Geheimdiensten zusammenarbeiten, an den Vorbereitungen der destabilisierenden Aktivitäten beteiligt.

Eigenen Angaben zufolge sind die Open Society Foundations mittlerweile in 41 Ländern tätig und beschäftigen 1.800 Mitarbeiter. Das Jahresbudget für 2016 betrug 930 Millionen Dollar. Im Jahr 2021 lagen die Ausgaben mit 1,5 Milliarden Dollar nochmals deutlich höher. Mit so viel Geld kann man eine ganze Menge bewegen. Das beschrieb auch ein Artikel der »The Epoch Times« vom 20. Juli 2022, der Soros' Einfluss in der Ukraine beleuchtete und festhielt, dass »*eines seiner Hauptprojekte seit nunmehr 30 Jahren die Ukraine ist*«. Im Jahr 2014, als Victoria »*Fuck the EU*« Nuland und der kriminelle Biden-Clan begannen, die Führung in Kiew nach Gutdünken der USA und ihres digital-finanziellen Komplexes zu strukturieren, gab Soros an, in den kommenden Jahren ebenfalls 500 Millionen US-Dollar in das Land pumpen zu wollen. Um den massiven Einfluss des Finanzmoguls in dutzenden Ländern vor Russlands Haustüre wussten auch die Leitmedien, die noch 2020 halbwegs aufrichtig darüber berichteten. Selbst ukrainische Nachrichten-Outlets attestierten George Soros noch 2019, der zweiteinflussreichste Mann in

der Ukraine zu sein. Direkt nach Wolodymyr »Pandora Papers« Selenskyj.

An diesem Punkt offenbart sich die Analogie zur Geschichte Chinas. Während in den 70ern nämlich Geostrategen wie David Rockefeller, Heinz Alfred Kissinger, Richard Nixon und Zbigniew Kazimierz Brzeziński, stellvertretend für die Konzern-Oligarchie, alles taten, um China »*gen Westen zu öffnen*«, um dort mit Mao die erste und bislang einzige operative Technokratie der Welt zu installieren, scheint Soros nun federführend ein ähnliches Geopolitik-Projekt in der Ukraine vorbereitet und lanciert zu haben. Zumindest als Frontmann entsprechender Interessengruppen der »City of London« und »Wall Street«. Als Exekutiv-Marionette jener Banken- und Konzern-Kartelle, die auch Hitler, die Bolschewiken oder den »*überragenden Führer*« Chinas finanzierten – weil politische Spektren und Ideologien für deren geopolitische Rochaden nur eine zu vernachlässigende Rolle spielen.

So wiederholt der supranationale, technokratische Korporatismus der Public-Private-Partnerships und »Global Governance« heutzutage in der Ukraine, was die Heuschrecken des Neokapitalismus vor einem halben Jahrhundert im sogenannten Reich der Mitte taten – er macht ein Land zum Testgelände für ein neuartiges, von oben durchgeboxtes Gesellschaftsmodell. Die CIA und andere US-Dienste begannen bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, rechte Extremisten in der Ukraine zu unterstützen und entsprechende Gruppierungen aufzubauen. Internationale Nazi-Netzwerke, die bis heute ihr Unwesen treiben, entstanden. Die angloamerikanische Hegemonie hatte die Region somit bereits kurz nach Kriegsende als geostrategischen Hebel der Langfristplanung ins Visier genommen. Soros' eng mit dem militärisch-industriellen Komplex verwobenes Engagement im

aufgewühlten Osten Kontinentaleuropas kommt also nicht von ungefähr. Das unterstreicht ein Dokument, das der Finanz-Jongleur am 1. November 1993 auf seiner offiziellen Homepage veröffentlichte. Der Titel: »*Toward a New World Order: The Future of NATO*« (D., »In Richtung einer neuen Weltordnung: Die Zukunft der NATO«).

Darin konstatiert Soros:

»*Ich werde nicht auf die Einzelheiten meiner Theorie eingehen. Der wichtigste Punkt, den ich zum Boom-Bust-Muster ansprechen möchte, ist, dass es ein zeitgebundener, einseitiger Prozess ist, der jedoch ein offenes Ende hat und auch durch Diskontinuitäten gekennzeichnet ist. Das heißt, ein vorherrschender Trend kann jederzeit umgekehrt werden. Tatsächlich ist eine eventuelle Trendumkehr ein integraler Bestandteil des Boom-Bust-Musters und der Punkt, an dem sich der Trend umkehrt, ist nicht im Voraus festgelegt. (…)*

Ein weiteres wichtiges Merkmal des Boom-Bust-Musters ist, dass es asymmetrisch ist. Der »Boom« ist in die Länge gezogen, der »Bust« ist verdichtet. Es ist der Zeitmangel, der die Pleite so heftig macht. Ereignisse passieren so schnell, dass es sehr schwierig ist, das eigene Denken und Verhalten an veränderte Umstände anzupassen. Maßnahmen, die in der Anfangsphase angemessen gewesen wären, sind in einem anderen Stadium unwirksam oder kontraproduktiv. Dies kann sehr verwirrend sein, insbesondere wenn Menschen den Unterschied zwischen Bedingungen nahe dem Gleichgewicht und weit entfernt vom Gleichgewicht nicht erkennen.«

Zur Rolle der NATO und Russland notierte er im Jahr 1993:

»*Die Länder Mitteleuropas fordern eine baldige Vollmitgliedschaft in der NATO, am besten noch bevor Russland*

sich erholt. Russland widerspricht, nicht weil es irgendwelche Absichten gegen sein ehemaliges Imperium hegt, sondern weil es keinen Vorteil darin sieht, zuzustimmen. (…) *Der primäre Bedarf besteht in einem konstruktiven Engagement beim Übergang zu demokratischen, marktorientierten und offenen Gesellschaften. Hierzu ist ein Zusammenschluss oder Bündnis erforderlich, das weit über militärische Belange hinausgeht und einen wesentlichen Anteil wirtschaftlicher Hilfe beinhaltet. Sowohl die militärischen als auch die wirtschaftlichen Aspekte des Bündnisses müssen sich sowohl auf die innenpolitischen Entwicklungen innerhalb der Staaten als auch auf die Beziehungen zwischen Staaten beziehen, denn Frieden und Sicherheit in der Region hängen zuallererst von einem erfolgreichen Übergang zur offenen Gesellschaft ab.*«

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Soros hier seine Blaupause für Regime-Change- und Social-Engineering-Aktivitäten beschreibt, die er plant, gegen den Willen der jeweiligen Zielobjekte einzusetzen. Anwendbar nicht nur in einem Land, sondern für ganze Regionen. Ein wiederholbarer Prozess, ein »Roll-out-Template«, um Gesellschaften *offener* zu gestalten. Für was *offener* dabei steht, lässt sich derzeit in der Ukraine beobachten. Der Desaster-Kapitalismus, schwarzer Vorbote des Stakeholder-Kapitalismus, ist über das gebeutelte Land gekommen. BlackRock, JP Morgan, die US-Konzern-Oligarchie, Google (jetzt Alphabet) und Co. privatisieren schamlos und im Eiltempo Staats- und Volksvermögen. Sie schürfen das Gold der Neuzeit: Daten.

Private Konzerne übernehmen zunehmend Staatsfunktionen. Gemäß Leitmedien sind das selbstverständlich selbstlose Investitionen, um der Ukraine »*beim Wiederaufbau zu helfen*«.

Dabei begannen die neokolonialen Heuschrecken bereits deutlich früher, sich durch das von Korruption regierte Land zu fressen. Schon 2014, als die Ukraine nach einem vom Wertewesten dirigierten Regime-Wechsel durch Umbrüche und soziale Konflikte gezeichnet war, überschrieb das Oakland Institute eine seiner Publikationen mit den Worten: »*The Corporate Takeover of Ukrainian Agriculture*« (Frei übersetzt: Die feindliche Übernahme des ukrainischen Agrarsektors durch die Konzernwirtschaft). Geopolitischer Korporatismus auf dem »*großen Schachbrett*« (Z. Brzezinski, 1997).

Im gleichen Jahr wurde auch erstmals die Web-Domain Myrotvorets von ehemaligen Euromaidan-Aktivisten registriert, die Todesliste ukrainischer Killer-Kommandos. Finanziert (ab Min. 49:50) wird das als Feindabwehr deklarierte Projekt vom NED (National Endowment for Democracy), einer CIA-Frontfirma, sowie Soros' ukrainischem Ableger der Open Society Foundations. Und seit 2014 ist eine Menge passiert.

Siehe die Skandale um Hunter Biden, den Sohn des US-Präsidenten, der mit seinen dubiosen Geschäftstätigkeiten in der Ukraine, der Finanzierung von Bio-Laboren sowie dem verstörenden Inhalt seines Laptops in den letzten Jahren mehrfach für Furore sorgte. Ein US-Regierungskomitee untersucht derzeit die Vorgänge der korrumpierten Präsidenten-Familie. Nachdem der »Desaster-Kapitalismus« in der Ukraine seine volle Wirkung entfaltet hat, und am effektivsten funktioniert das in Kriegszeiten, sind es heute die üblichen Verdächtigen, die die üblichen Forderungen stellen und ihre Floskelblasen in den Debattenraum pusten. Siehe Depopulationsverfechter Bill Gates, der vor etwa einem halben Jahr insinuierte: »*Die russische Invasion in der Ukraine wird auf lange Sicht gut sein, weil sie Länder zum Übergang zu*

grüner Energie zwingt«. Danach lobte er ESG-Investitionen, »*Environmental Social and Governance Goals*«. Übersetzt: Umwelt-, Sozial- und Governance-Ziele.

Sprich, die Green-Digital-Economy und die von einem Gates-Rockefeller Joint Venture befeuerte Green Revolution. Klassenkampf von oben. Und Kultur-Marxismus. Verbrämt als inklusiver Kapitalismus. Die postmoderne, mit pseudohumanistischen Regenbogenfarben übertünchte Form des Raubtierkapitalismus. Nachdem der »Internationale Währungsfonds« (IWF) und seine kriminelle Chefin Christine Lagarde die Ukraine zuerst jahrelang mit Krediten in die Mangel nahmen und in Abhängigkeiten brachten, bieten nun Milliardäre und Heuschrecken wie Larry Fink – BlackRock-Chef und für viele »*der mächtigste Mensch der Welt*« – scheinbar selbstlos Hilfe an. Dabei kaufen und enteignen sie das extrem verschuldete Land. Es ist eine feindliche Übernahme der »Economic Hit Men«. Souveränität adieu.

Jetzt leiten Microsoft und Google die Verteidigung des ukrainischen Internets. Allein Microsoft vermachte der Ukraine als größter Einzelspender 430 Millionen US-Dollar. Zudem hostet der US-Tech-Gigant auf seinen Servern die gesamte IT des Landes. Und somit sämtliche Daten der Regierung – also in Konsequenz auch die gesamten privaten Daten der Bevölkerung. Die externe Datensicherung wird indes großzügig von Amazon übernommen. Google entwickelt Strategien für den Kampf gegen Cyber-Angriffe oder Desinformation und hat auch gleich noch eine Luftalarm-App geliefert.

Peter Thiels Unternehmen Palantir und Anduril, zwei Massenüberwachungs- und Spionage-Spezialisten, sind in Kiew ebenfalls sehr aktiv. Neben ClearView AI, einer New Yorker Firma, die auch all Ihre Internet- und Social-Media-Fotos –

auch solche, von denen Sie gar nicht wussten, dass es sie gibt – längst in einer Datenbank gespeichert und an Ermittlungsbehörden sowie private Interessenten verkauft hat. Ja, die Tech-Konzerne helfen Kiew: und zwar bei der Einführung des ersten »Green-Social-Credit-Systems« in Kontinentaleuropa.

Dazu hat die Ukraine schon 2020 »Diaa« lanciert, eine staatlich administrierte Smartphone-App mit zugehörigem Web-Portal und unter Markenregistrierung der ukrainischen »*e-Governance*«, dem Ministerium für digitale Transformation unter Leitung des kontrovers agierenden WEF-Mitglieds Mykhailo Fedorov, der am 14. Juli 2022 prognostizierte: »*Die Ukraine 2030 – das freieste und digitalste Land der Welt. Ohne Bürokratie, aber mit starker Tech-Industrie. Bargeldlos und papierlos. Das ist die Zukunft, die wir bauen*«. Die neue Ukraine. Ukraine 2.0 – oder besser »*Ukraine 4IR*« – als Akronym für »Fourth Industrial Revolution«. Die Amerikaner lieben Abkürzungen. Und den Slogan »Build back better«. Jetzt nutzt ihn BlackRock in Kiew.

Bei der Entwicklung der Diaa-App halfen nicht nur US-Tech-Giganten. Auch CIA-Frontorganisationen wie USAID waren gemäß hauseigener Pressemitteilung von Anfang an in die Entwicklung involviert. Mit der klaren Ansage, die Social-Scoring-Applikation, die unter dem Mission-Statement »*Der Staat in einem Smartphone*« angepriesen wird, zeitnah in andere Länder exportieren zu wollen. Estland legt schon los. Zu bedenken ist in diesem Kontext, dass Google, wie viele andere überwachungsstaatliche Firmen, von der CIA finanziert und maßgeblich (mit-) aufgebaut wurde. Die entsprechend kontinuierliche Zusammenarbeit von Google mit Nachrichtendiensten ist kein Geheimnis. Selbst die Mainstream-Postille GUARDIAN titelte am 20. Dezember

2018: »*Google's Earth: How the tech giant is helping the state spy on us*« (D., »Googles Erde: wie der Tech-Gigant dem Staat hilft, uns auszuspionieren«).

Neben den üblichen Verdächtigen unterstützt übrigens auch die Familie von Warren Buffet die Ukraine. Sein Sohn spendete im Sommer 2022 über zweieinhalb Millionen US-Dollar. Interessant, dass immer jene Superreichen Philanthropie walten lassen, die Sorgen aufgrund vermeintlicher Überbevölkerung hegen. Buffet unterstützte bis 2003 die radikalsten Verfechter von Sterilisations- und Depopulationsprogrammen. Dann stellte er diese Aktivitäten nach eigenen Angaben ein. Nur, um 2014 eine Abtreibungsspezialistin zur Chefin des amerikanischen Charity-Investment-Arms seines Firmen-Konglomerats zu ernennen.

Umso bedenklicher daher die Tatsache, dass für die ukrainische Bevölkerung ohne eine von solchen Financiers gesponserte App die Bewältigung des Alltags praktisch nicht mehr möglich ist. Die Diaa-App bietet mittlerweile nämlich über 120 Regierungsdienstleistungen an. Ob Bezahlung von Steuern, Gewerbeanmeldung, Beantragung staatlicher Zuwendungen, Führerschein, Post, »Digital ID«, COVID-Zertifikat oder biometrische Erkennungsdienste für den Zugriff auf das eigene Bankkonto – kaum eine Interaktion mit Staatsapparat und Wirtschaft, die nicht bereits entmenschlicht, auf null und eins reduziert und an das Smartphone delegiert wurde. Selbst eine Chat-Funktion gibt es, mit der man der Regierung in Echtzeit verdächtige Aktivitäten potenzieller Ukraine-Feinde melden kann.

Und 2024 kommt, wie vorgängig beschrieben, die digitale Währung dazu. Der »e-hryvnia«. Die digitale Zentralbankwährung wird aller Voraussicht nach auf dem Stellar Block-

chain Netzwerk laufen. Das von Jed McCaleb im Jahr 2014 gegründete und von WEF-Mitglied Denelle Dixon als CEO geführte Unternehmen ist bereits im Dezember 2021 eine Kooperation mit der ukrainischen Geschäftsbank Tascombank eingegangen, um ein CBDC-Pilotprojekt aufzugleisen. Die Einführung des Diaa-CO_2-Tracking dürfte im Lichte dieser Umstände wohl auch nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Eine Vielzahl von Drittanbieter-Applikationen setzt zwischenzeitlich ebenfalls die biometrische Verifikation der Identität mit Diaa voraus. Sprich, ohne Diaa gibt's weder Musik bei Spotify noch Zugriff auf das Krypto-Wallet oder die flinke Bestellung beim Versandhändler. Sogar die Volkszählung des Jahres 2023 will man in Zusammenarbeit mit Apple über die staatliche Smartphone-Anwendung durchführen, teilte das Ministerium für digitale Transformation der Ukraine mit. Samantha Power, seit Mai 2021 Direktorin von USAID, wird im Zuge dieses rasanten Fortschritts ganz euphorisch und lässt die Öffentlichkeit am 19. Januar 2023 via Twitter daran teilhaben.

Diaa – das ist die totale Kontrolle über einen gläsernen Bürger. Partizipation ausgeschlossen. Wenn ab morgen der Reisepass nur noch in digitaler Form akzeptiert wird, erfährt der Nutzer dies durch ein lapidares »Pop-up«. Durch einen anonymen Dreizeiler auf seinem Handy-Display. Das ist absolute Zentralisierung von Macht in Händen eines gesichtslosen Fluidums aus Staat und Konzernen. Und das in einem Land, in dem Opposition verboten und die Medienlandschaft gleichgeschaltet wurde. Nach Angaben der Vereinten Nationen nutzen derzeit bereits 63 Prozent der Bevölkerung die App. Das sind circa 18,5 Millionen Menschen. Etwa die Hälfte der Vorkriegspopulation. Tendenz steigend. Mangels Alternativen.

Was in der Ukraine stattfindet, erinnert an die Industrialisierung eines »Roll-outs«. Das Vorgehen deckt sich nämlich mit der Projektmanagement-Methodik bei der Einführung von Software bei international operierenden Großkonzernen. Zuerst entwickelt man ein »Template«, eine für die gesamte Firmengruppe optimierte ERP-Software (Enterprise Resource Planning), die allen Unternehmensfunktionen und -lokationen gerecht wird. Die bekannteste ist SAP. Vertrieb, Produktion, Logistik, Buchhaltung. Alles auf einem System. Standardisiert, skalierbar und global.

Oft heißen die Projekte von Weltkonzernen dann auch »One Client«, »One Solution« oder »One Business«. Bei der Entwicklung berücksichtigt man Geschäftsprozesse, Gesetzgebung und Steuerreglements für alle Standorte des Konzerns und bildet diese Parameter sowie relevante Dokumente im System ab. Ist das »Template« endlich einsatzbereit – je nach Komplexität kann das sechs Monate oder oft mehrere Jahre dauern – identifiziert man eine Landesgesellschaft als Pilotprojekt. Anhand eines zuvor entwickelten Projekt-, Kommunikations- und Change-Management-Plans rollt ein kleines Management-Team die Software nun an diesem Standort aus, baut das Unternehmen entsprechend globaler Konzernvorgaben um und versucht dabei, diese Roll-out-Vorgehensweise repetierbar zu machen. Der Belegschaft vermittelt man den Eindruck, sie habe Gestaltungsspielraum und Einfluss auf die für den einzelnen zumeist nachteiligen Transformationsprozesse. Doch das ist gelogen. Das gewünschte Ergebnis steht im Vorfeld fest. Man standardisiert Abläufe, Werkzeuge, Vorlagen, Kommunikation und Zeitaufwand. Es entsteht eine industrialisierte Roll-out-Methodik. Diese kann dank der Wiederholbarkeit anschließend von noch kleineren und sogar externen Teams in noch kürzeren Projekten und

parallel an mehreren Standorten eingesetzt werden. So krempelt man binnen weniger Jahre auch den größten Weltkonzern von oben her um.

Man kann angesichts der angeführten Informationen also durchaus die These vertreten, dass der supranationale Korporatismus in den 70ern China finanzierte, um dort in Zusammenarbeit mit Mao die erste und einzige Technokratie der Welt zu entwickeln. Mit einem Fokus auf urbaner Überwachungsinfrastruktur, Konformismus durch ideologisierte Bildung, Auflösung der individuellen Souveränität im Kollektivismus, Gleichschaltung des Informationsangebots in einer nach außen abgeschirmten Medienlandschaft und totalitärer Durchsetzung von Macht. Nachdem das chinesische QR-Code-Dystopia zwischenzeitlich bittere Realität ist, man hatte immerhin ein halbes Jahrhundert Zeit, um das »Template« zu entwickeln, hat die generationsübergreifend agierende Prädatorenkaste jetzt beschlossen, »Technokratie Version 2.0« auszurollen. »*4IR*«. Die »*Green Digital Economy*« der Agenda 2030.

Und die Ukraine fungiert als Pilotprojekt – bevor der industrialisierte Roll-out dieses verabscheuungswürdigen Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells an den restlichen Standorten des gesichtslosen Imperiums, das ihn verantwortet, durchgeführt werden soll. In solch einem Szenario stellt sich unweigerlich die Frage, wie solch eine Entwicklung überhaupt aufzuhalten ist. Entzieht sich das Projekt doch jeder demokratischen Einflussnahme.

Wieder mag ein Blick aufs Parkett der Konzern-Oligarchie Anhaltspunkte bieten. Dort werden derartige Projekte sistiert, wenn die Roll-out-Kosten explodieren, die Umsätze zurückgehen, zu viele Angestellte nicht mitziehen, die neue Lö-

sung boykottiert wird oder sich manuelle »Workarounds« außerhalb des Systems etablieren. Leider kommen die Projekte aber häufig unter neuem Namen zurück, sobald die Situation dem Management wieder günstiger erscheint. Außer, die Belegschaft hat sich zwischenzeitlich eigene, neue, dezentrale Betätigungsfelder erschlossen und steht für das Vorhaben einfach nicht mehr zur Verfügung.

Gekaperte Konzerne

Warum unterstützen weite Teile der Konzernwirtschaft einen aggressiv-dogmatischen Wokeismus und die zunehmend radikalere LGBTQ-Bewegung, obwohl ihre Stammkundschaft sich von den Kulturkampf-Kampagnen im Marketing immer öfter vor den Kopf gestoßen sieht? Die Antwort: für ihr CEI-Rating, dem Sozialkredit-System für Unternehmen.

Stolze 15,7 Milliarden US-Dollar. Das ist der Betrag (Stand: 25.03.2023), um den der Unternehmenswert der 1852 gegründeten US-Traditionsbrauerei Anheuser-Busch bisher gefallen ist. Die Verkäufe für die wichtigste Biermarke des Konzerns, »Budweiser«, brachen ab Anfang April 2023 drastisch ein. Ihren Lauf nahm diese desaströse Entwicklung, nachdem Anheuser-Busch eine Marketing-Kampagne mit dem Transgender-Influencer Dylan Mulvaney für sein Produkt »Bud Light« lanciert hatte, die bei der durstigen Stammkundschaft in Sportbars, Football-, Baseball- und Basketball-Arenen alles andere als wohlwollend aufgenommen wurde. Der weltbekannte Musiker Kid Rock veröffentlichte gar ein Protest-Video, auf dem er eine Ladung »Bud Light« mit dem Schnellfeuergewehr zerlegt. Man rief zum Boykott des Unternehmens auf. Wehrte sich mit der geballten Macht des Konsumenten gegen sexualisierten Kulturmarxismus segregativ-dogmatischer »Wokisten«. Mit Erfolg.

Die Transgender-Kampagne wurde eingestellt. Diverse Veranstalter und Sportstätten nahmen die Biermarke aus dem Verkauf. Der Aktienkurs des Unternehmens befindet sich seit Wochen im Sinkflug. Zwei Vorstandsmitglieder von Anheuser-Busch ließen sich beurlauben. Trotzdem hat sich

die Situation der Mammut-Brauerei bis dato nicht wesentlich verbessert. Im Gegenteil. Als das Unternehmen unlängst eine Kooperation mit dem Motorrad-Hersteller »Harley-Davidson« publik machte, brach eine neue Welle der Entrüstung los. Zu offensichtlich, dreist und billig der plumpe Versuch des Bierbrauers, das ramponierte Image seiner Marke »Budweiser« mit Hilfe Maskulinität verheißender Maschinerie aufzupolieren.

Auch die Konkurrenz von Anheuser-Busch steht mittlerweile unter Beschuss. Nachdem die Absatzzahlen anderer Biermarken zunächst zulegten, weil sie nun scharenweise ehemalige »Budweiser«-Kunden für ihre Produkte gewinnen konnten, erhoben sich nun auch Boykott-Aufrufe gegen »Miller Lite«. Dies, nachdem das Unternehmen Werbung geschaltet hatte, im Zuge derer es sich selbstkasteiend für seine *»überholte«*, *»sexistische«* Marketing-Vergangenheit entschuldigte. Gemeint ist damit die Vielzahl leichtbekleideter Modells, mit denen der Bierproduzent bisher häufig für sein schales Gebräu warb. Der Gewinneinbruch bei »Molson Coors«, der Dachgesellschaft von »Miller«, fiel bislang allerdings weniger drastisch aus als bei der Konkurrenz.

Ganz anders die Situation bei der »Target Corporation«, einem 1902 gegründeten US-Handelsgiganten mit 360.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von über 75 Milliarden US-Dollar. Der offerierte jüngst eine sogenannte PRIDE-Kollektion für Kinder in seinen Filialen. Dazu gehörten neben Shirts oder Utensilien mit grotesken LGBTQ-Slogans und knappen Kleidchen auch Badeanzüge für Jungen, die es männlichen Heranwachsenden erlauben sollten, ihr Geschlechtsteil mittels spezieller Schnitte im Intimbereich zu kaschieren. Doch auch dieser Versuch, der Kund-

schaft die LGBTQ-Agenda aufzudrängen, scheiterte kläglich.

Videos der fragwürdigen Kollektion machten im Netz die Runde – und Target (D., Ziel) wurde, dem eigenen Namen gerecht werdend, zum nächsten Ziel einer an Fahrt aufnehmenden Boykott-Welle. Nach nur einer Woche hatte das Unternehmen bereits neun Milliarden Dollar verloren. Innerhalb von zehn Tagen wuchs der Verlust auf zehn Milliarden Dollar. Und am 1. Juni 2023 waren es nach Angaben der »Weltwoche« bereits zwölf Milliarden. Der Aktienkurs brach binnen weniger Tage radikal ein. So büßte das Handelsunternehmen bis dato circa 15 Prozent seines Börsenwertes ein. »*Go woke, go broke*« (D., »*Sei woke, geh pleite*«), titelte manch ein hämisch kommentierendes Nachrichten-Outlet. Zu Recht.

In Folge der Protestwelle begann der Handelsgigant kleinlaut, die Kollektion sukzessive aus den Geschäften zu entfernen. Leitmedien wie die »New York Times« schreiben diese Entwicklungen einem »*volatilen politischen Klima*« zu, dem sich Unternehmen wie Anheuser-Busch, Miller oder Target dieser Tage ausgesetzt sehen. Eine Mitschuld der Konzerne können sie nicht erkennen. Damit ignorieren die Propaganda-Postillen die Tatsache, dass sich die LGBTQ-Identitätspolitik-Agenda längst zu einer Form von umgekehrtem Rassismus entwickelt hat. Dass ganze Menschengruppen, ja ein Großteil der Zivilgesellschaft, von den in der Opferrolle aufgehenden Minoritäten diskreditiert, diffamiert und angegriffen werden.

Das belegen die Ausführungen des »*Chief Diversity and Inclusion Officer*« von Target während einer kürzlich geleakten Video-Konferenz. Darin erklärt Kiera Fernandez, so der

Name des Target-Vorstands für diverse Geschlechterrollen und Inklusion, dass sich Mitarbeiter, welche die neue DEI-Strategie (Diversity, Equity, Inclusion) des Unternehmens nicht unterstützen, einen neuen Job suchen sollen. Die DEI-Agenda sei nicht für jeden, so Fernandez, aber jeder müsse sie akzeptieren. Habe man sich erst einmal damit abgefunden, aufgrund finanzieller Abhängigkeiten mitmachen zu müssen, ändere sich ja vielleicht auch die persönliche Einstellung.

Bemerkenswert ist, dass sich eine Firma wie Anheuser-Busch überhaupt dazu hinreißen ließ, »Woke-Werbung« zu fahren, unterstützte das Unternehmen doch seit geraumer Zeit das 2006 von David Padden gegründete »Heartland Institute«, einen liberal-konservativen Think Tank, der sich unter anderem um Gegenaufklärung in punkto Klima-Apokalypse bemühte und dafür bei den dunkelgrünen Dogmatikern stets in der Kritik stand. Darüber hinaus unterstützte Anheuser-Busch in der Vergangenheit vor allem Wahlkämpfe der republikanischen Partei, die den »Wokisten« mehrheitlich kritisch gegenübersteht. Warum also die Kehrtwende?

Ähnliche Fragen stellen sich in Bezug auf Deutschland, wo sich beispielsweise der Hamburger Versandhändler Otto Ende 2021 einen veritablen Shitstorm einhandelte, als er einem Twitter-Nutzer, der sich gegen das Gendern auf dem Otto-Kanal aussprach, nahelegte, doch einfach woanders einzukaufen. Das löste einigen Unmut unter der Kundschaft aus, die sich augenscheinlich auch hierzulande nur ungern umerziehen lässt. Speziell in Bezug auf ein Thema, das kaum jemand in der Normalbevölkerung mitträgt, wie regelmäßige Umfragen zum Gendern in Deutschland, Österreich und der Schweiz offenbaren.

Trotz offenkundiger Aversionen der Stammkundschaft gegen den Raum greifenden »Wokeismus« machen viele Unternehmen wie selbstverständlich mit. Selbst, wenn sie dabei Umsatzeinbußen, Kritik einer erbosten Klientel und den Verlust von Marktanteilen in Kauf nehmen müssen. Ob Adidas, wo jüngst Männer für Damenbademode posierten, oder Handelsketten wie Edeka, Lidl und Tchibo, die nach eigenen Angaben fortan »*bunter*« werben wollen, und sich damit ebenfalls heftigen Gegenwind von Konsumenten einhandeln, weil diese sich von derart agitatorischen Kulturkampf-Kampagnen bevormundet sehen – kaum ein Großunternehmen, das sich der postmodernen »Woke-Taxonomie« in der Konzernwirtschaft nicht willfährig unterordnet.

Was also ist der Grund für dieses allenthalben geradezu suizidär wirkende Vorgehen? Die Antwort: HRC – »Human Rights Campaign«. Ein bereits im Jahr 1980 in den USA gegründetes und als Lobby-Organisation firmierendes Social-Engineering-Vehikel, das sich vordergründig für die Rechte der LGBTQ-Community einsetzt und für 2021 Erlöse von knapp 40 Millionen US-Dollar rapportiert. Die HRC hat den »Corporate Equality Index« (CEI) entwickelt, ein Sozialkredit-System für Unternehmen, das schon im Jahr 2002 implementiert wurde. Es soll die Arbeitsbedingungen von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen sowie Queer-Personen am Arbeitsplatz verbessern. Das klingt zunächst positiv. Wer hätte schon etwas gegen den Schutz von Minderheiten einzuwenden? Auf den zweiten Blick entpuppt sich der CEI jedoch als »*ein Angebot, das man nicht ablehnen kann*«. Als Erpressung.

Dafür analysiert und bewertet die HRC im Jahresturnus 366 (Stand: 2021) der Fortune-500-Unternehmen sowie eine Vielzahl weiterer Firmen, die zusammen für etwa zwei Drit-

tel des Bruttoinlandsproduktes der Vereinigten Staaten verantwortlich zeichnen und einen Jahresumsatz von 12,8 Billionen US-Dollar (Stand: 2018) erwirtschaften.

Zur Benotung der teilnehmenden Unternehmen wird in regelmäßigen Abständen und nach einem festgelegten Punktesystem deren »CEI-Rating« ermittelt. Daraus erstellt die HRC eine Rangliste der inklusivsten Firmen der USA. Für diese Evaluierung erhebt die HRC Daten zur exakten Zusammensetzung der Belegschaft, zu Transgender-Inklusion, Antidiskriminierungsmaßnahmen sowie direkter Interaktion mit und öffentlichem Engagement für die LGBTQ-Community. Entspricht das Ergebnis nicht den stetig steigenden Erwartungen der Organisation, würdigt die HRC den betreffenden Konzern mit einer entsprechend negativen CEI-Wertung.

Der »Washington Standard« kommentiert die Situation am 10. April 2023 unter der Überschrift: »*Der CEI: warum Marken das Risiko im Kauf nehmen, pleite zu gehen, um woke zu wirken*«:

»*Unternehmen wie Gillette, Disney, Nike, Tampax und Bud Light scheinen ihren Kernkundenstamm völlig aufgegeben zu haben und sich einer komplett anderen Zielgruppe zuzuwenden – einer, die ihre Produkte wahrscheinlich überhaupt nicht braucht oder will.* (…) *Eine kurze Anmerkung zum HRC selbst: Finanziert wird diese Organisation hauptsächlich von George Soros' Open Society Foundation sowie von Disney. Hier können Sie sehen, wie die HRC sich bei den beiden Unternehmen für ihre Unterstützung bedankt.*«

Auch die »New York Post« widmet sich dem Thema in einem Editorial vom 7. April 2023. Der Titel: »*Im Inneren des CEI-Systems, das Marken dazu drängt, Promis wie Dylan*

Mulvaney zu unterstützen«. Autorin Dana Kennedy führt aus:

»*Sie (die Konzerne) vergeben lukrative Deals an Personen, die einst als Randberühmtheiten galten, weil sie es müssen – sonst riskieren sie, bei einer wichtigen sozialen Bonitätsprüfung durchzufallen, die über Erfolg oder Misserfolg ihres Geschäfts entscheiden könnte. Auf dem Spiel steht ihr Corporate Equality Index (CEI), der von der Human Rights Campaign, der größten politischen LGBTQ-Lobbygruppe der Welt, überwacht wird. HRC, die unter anderem Millionen von der Open Society Foundation von George Soros erhalten hat, stellt über das CEI Zeugnisse für Amerikas größte Unternehmen aus. Es werden Punkte dafür vergeben oder abgezogen, wie gut Unternehmen die von der HRC eingeführten Bewertungskriterien einhalten. Unternehmen, die die maximale Gesamtpunktzahl von 100 erreichen, erhalten den Titel »Bester Arbeitgeber für LGBTQ-Gleichstellung«. Laut HRC-Daten erhielten fünfzehn der Top-20-Unternehmen im Fortune-Ranking letztes Jahr eine Bewertung von 100 Prozent. Dem neuesten Bericht zufolge erzielten mehr als 840 US-Unternehmen hohe CEI-Werte. Der HRC, der 1980 gegründet wurde und 2002 die CEI ins Leben rief, wird von Kelley Robinson geleitet, die 2022 zur Präsidentin ernannt wurde und als politische Organisatorin für Barack Obamas Präsidentschaftswahlkampf 2008 arbeitete.*«

Stellt sich die Frage, warum sich marktdominierende Fortune-500-Konzerne und andere erfolgreiche Unternehmen einem solchen vordergründig freiwilligen Rating-Prozess überhaupt aussetzen. Hat dieser doch massiven Einfluss auf die Unternehmenskultur, den öffentlichen Auftritt oder – wie vorgängig erörtert – auf die Umsätze, sollte das Verhalten des Unternehmens von der Kundschaft nicht goutiert werden

und die Zielgruppe vor den Kopf stoßen. Zur Beantwortung dieser Frage empfiehlt sich ein Blick auf die Liste der »Corporate Partners« der HRC.

Die liest sich wie das Stelldichein von digital-finanziellem Komplex und supranationalem Korporatismus: Amazon, Google, JPMorgan Chase & Co., Microsoft, Morgan Stanley, Pfizer, The Walt Disney Company, BP, Northrop Grumman, UPS, Intel, Nike, PayPal, Danone, Visa, Mastercard, Goldman Sachs, Citi Bank, IBM, Dell, Shell, Hyatt, Airbus oder Target – um nur einige zu nennen. Kaum ein Global Player, der nicht bereits mit der HRC, und in Folge mit dem supranationalen Korporatismus von Finanz-, Konzern- und Philanthropie-Eliten verbunden ist. So wird der vorgeblich dem Gemeinwohl dienliche Zweck des CEI-Ratings exaptiert, heißt zweckentfremdet, und zum Hebel für transformatorische Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft. Für den Klassenkampf von oben.

Verweigert sich ein Unternehmen dem »*Angebot*« der HRC, hat das Folgen. Investoren ziehen sich zurück, Kreditzinsen steigen, Darlehen werden vorzeitig fällig gestellt, Fördermittel von NGOs und Stiftungen werden abgezogen, Wartungsverträge verteuern sich oder werden gekündigt, Leitmedien berichten in abfälliger Manier, Lizenzgebühren steigen, Kooperationsverträge werden nicht verlängert oder aufgelöst, et cetera. So erzeugt man Handlungsdruck. Die Mafia könnte es kaum besser. Neben ihrer zunehmenden sozioökonomischen Kontrolle versucht die »Human Rights Campaign« derzeit, ihren direkten Einfluss auf Gesetzgebungsverfahren auszuweiten. In den USA sammelt die Organisation daher fleißig Unterschriften zur Unterstützung des »Equality Act«, einem Gleichstellungsgesetz, das die fundamentalen Para-

digmen und Kriterien des CEI-Ratings nach und nach in Legislatur gießen soll.

In diesem Kontext darf nicht vergessen werden, dass die größte Investment-Verwaltung der Welt – BlackRock – die ein Vermögen von fast acht Billionen US-Dollar beaufsichtigt und alloziert, seit Jahren an nahezu jedem wichtigen Unternehmen der Welt beteiligt ist. Eine detaillierte Übersicht der von BlackRock gehaltenen Aktien-Pakete spricht dahingehend Bände. So hat die mächtigste Finanzinstitution, die der Planet je gesehen hat, nicht nur unwahrscheinlichen Einfluss auf Nationalstaaten, Geopolitik und Ökonomie, siehe Wiederaufbau einer technokratisierten Ukraine, sondern auch auf soziale Strömungen und kulturelle Entwicklungen.

Georgina Murray und David Peetz von der »Griffith University« in Queensland (Australien) untersuchten im Jahr 2017 globale Eigentümerstrukturen im Rahmen einer Studie. In der Causa BlackRock hielten sie bereits damals fest:

»*Wichtig ist, dass ein Unternehmen, das außerhalb von Finanzkreisen relativ unbekannt ist, BlackRock Inc., im Jahr 2009 schon 6,1 Prozent des Vermögens der 299 größten Unternehmen (rund drei Billionen US-Dollar) hielt oder kontrollierte. Es handelt sich um ein US-Finanzunternehmen, ein Fonds-Management, mit Niederlassungen in 30 Ländern und rund 8.400 Mitarbeitern. BlackRock mobilisiert als Fondsmanager das Geld anderer, um Anteile an den vielen Unternehmen zu kaufen und zu kontrollieren, an denen es beteiligt ist. Daher übt das Unternehmen die Aktienkontrolle hauptsächlich über die von ihm verwalteten Fonds aus und nicht durch den Erwerb von Aktien. Mehr als 85 Prozent seines Aktienbesitzes erfolgte über kontrollierte Fonds. BlackRock war nicht nur international, sondern auch unter kana-*

dischen, deutschen, italienischen und amerikanischen Großkonzernen der größte Aktienkontrolleur.«

Das vom undurchsichtigen Kappa Beta Phi-Mitglied Larry Fink im Jahr 1988 mitgegründete und bis heute geleitete Unternehmen verändert die Welt mittels seiner Finanzmacht diskret aus der zweiten, dritten oder vierten Reihe. Es steuert mit seinen Investments direkt wie indirekt das Verhalten jener Konzerne, die wiederum als Premium-Partner bei Organisationen wie der HRC, der UN oder dem WEF gelistet sind. Gleiches gilt für das Panoptikum von etwa 35.000 international operierenden NGOs (Lewis, 2010; Riddell, 2007), das abseits demokratischer Prozesse und Strukturen mehr Einfluss auf den Lauf der Welt ausübt als die Regierung eines souveränen Staates es je könnte.

Die so von BlackRock, Vanguard, Fidelity, Open Society Foundations, Bill & Melinda Gates Stiftung et al. infiltrierten oder assimilierten Konzerne und Institutionen wiederum müssen die an sie gesetzten Erwartungen der HRC, des WEF oder der UN erfüllen, um weiter in der Gunst von Vermögensverwaltern, Banken-Kartellen und Potentaten zu stehen. Das beinhaltet die Verpflichtung, der Agenda dienliche Spitzenpolitiker, NGOs, Think Tanks, Medien oder Influencer zu unterstützen. So setzt die Hochfinanz über mehrere Einflussebenen hinweg die inhumane Agenda einer Prädatorenkaste durch, die bevorzugt diskret im Hintergrund agiert. Die Drecks- und Öffentlichkeitsarbeit lässt sie ihre moralbefreiten Lakaien, Opportunisten und Karrieristen verrichten.

Die gekaperte Konzernwirtschaft hat also in punkto woker DEI-Agenda nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Sie sitzt in der Zwickmühle. Ist »*gefangen im Auf und Ab der Woke-Bewegung*«, wie die französische Zeitung »Le

Monde« es in einem Artikel vom 1. Januar 2023 formuliert. Entweder bringt sie ihre Kundschaft gegen sich auf, weil sie gegen deren Interessen und Überzeugungen handelt – oder sie verscherzt es sich mit den korporatistischen Eliten, an deren Tropf sie hängt. In der Folge wählen die meisten Unternehmen Option eins. Denn so ein Shitstorm ebbt in der Regel irgendwann ab, oder lässt sich mit Rebranding-Initiativen und Marketing-Methoden eindämmen. So die Annahme. Zumindest bisher. In Anbetracht immer dreisterer Interferenz seitens der DEI-Propagandamaschinerie hat die Qualität von Empörung und Boykott-Wellen nun jedoch ein neues Level erreicht und bringt selbst ein Traditionsunternehmen wie Anheuser-Busch rasch ernsthaft in die Bredouille.

Das unterstreicht: Nachfrage bestimmt das Angebot. Noch sitzt der Kunde in diesem System also am längeren Hebel und ist dem Korporatismus gegenüber nicht vollends entmachtet. Von diesem Druckmittel gilt es künftig konsequent Gebrauch zu machen. Umso frappierender ist in meinen Augen die Tatsache, dass selbst äußerst kritische Zeitgenossen aufgrund der eigenen Bequemlichkeit weiterhin mit PayPal bezahlen, Amazon Prime nutzen, Netflix Abonnements verlängern, an Bonus-Programmen teilnehmen, Fitness-Tracker am Handgelenk tragen, Kreditkarten dem Bargeld vorziehen oder Mails von einem Google-Account versenden. Wer derart inkonsistent handelt, ist trotz aufgeklärter Geisteshaltung nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems und muss sich nicht wundern, wenn er von jenen »Public-Private-Partnerships« unterjocht wird, die er in seiner Lethargie finanziert und mit persönlichen Daten füttert.

Der LGBTQ-Community hat die massive Medienpräsenz, die DEI-Propaganda und das permanente Ventilieren Inklusion heuchelnder Hohlphrasen jedenfalls das exakte Gegen-

teil von dem eingebracht, was sie sich erhoffte. Anstatt wachsender gesellschaftlicher Akzeptanz für ihre Anliegen, sehen sich die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe nun zunehmender Ablehnung und Anfeindungen ausgesetzt. Denn sie wurden von einem System instrumentalisiert, das sich einen feuchten Kehricht um das Wohlergehen des Einzelnen schert. Sie wurden missbraucht. Für eine übergeordnete Agenda. Wie so viele Randgruppen im Lauf der Geschichte.

Merke: Wer sich als komplexes, reflektiertes, spirituelles Lebewesen auf seine Sexualität, seine Rasse oder seine Religion reduzieren lässt, wird nicht ernstgenommen, sondern ausgegrenzt und ausgenutzt. Und zwar nicht von seinen Mitmenschen, sondern von einer Herrschaftskaste, die den Rest der Menschheit als bedeutungslose Verfügungsmasse auf ihrem geostrategischen Schachbrett betrachtet.

| fertiggestellt am 03. Juni 2023

Revisionismus unterm Regenbogen

Was noch vor 70 Jahren als Strafe galt, wird verunsicherten Jugendlichen heutzutage als Ausdruck von Individualismus aufgenötigt: chemische Sterilisation. So markiert die omnipräsente Queer-Agenda einen elementaren Baustein zur Etablierung einer ideologischen Mélange aus Eugenik und Transhumanismus im Gewand biosozialer Evolution. Moribunde Überbleibsel humanistischer Aufklärung wandeln sich so zur Conditio humana 2.0 – zu einer autoaggressiven Eigenwahrnehmung des Menschen, die in der Selbstkastration der Spezies gipfelt.

Seine Strafe: Zwangssterilisation – chemische Kastration – durch gerichtlich angeordnete Einnahme von weiblichen Hormonen. Sein Vergehen: Homosexualität.

Die Rede ist von Alan Turing, jenem herausragenden, 1912 in London geborenen Wissenschaftler, dem es gelang, die Verschlüsselung der deutschen Enigma-Chiffrier- und Lorenz-Schlüssel-Maschinen zu knacken. Seine Arbeit machte die codierten Funksprüche des nationalsozialistischen Feindes endlich verständlich. Der Logiker, Mathematiker, Kryptoanalytiker und Informatiker lieferte mit seinen bahnbrechenden Entdeckungen die kriegsentscheidende Komponente für den Sieg der Alliierten über Hitlers Terror-Regime. Von 1945 bis 1950 legte Turing mit seiner theoretischen Arbeit zudem den Grundstein für die Entwicklung des modernen Computers, für Blockchain-Technologie und künstliche Intelligenz. Schon im Jahr 1952 schrieb er das erste Schachprogramm der Welt. Zu einer Zeit, als noch keine Maschine mit ausreichender Rechenleistung existierte, um das Pro-

gramm ausführen zu können. Ein Genie. Ein Nationalheld. Ohne Zweifel.

Im Umgang des britischen Staates mit Alan Turing fand dieser Status allerdings keinen Niederschlag. Nach seiner Verurteilung als Homosexueller wurde er 1952 zu einer Hormonbehandlung genötigt, die nicht nur massive körperliche Veränderungen, sondern auch eine schwere Depression auslöste. Seine Geheimhaltungsstufe wurde ihm ebenfalls aberkannt. Er starb 1954 im Alter von nur 41 Jahren an einem mit Zyanid vergifteten Apfel. Kriminalisiert und verstoßen. Offizieller Befund: Selbstmord. Erst im Jahr 2013 wurde er von der britischen Krone posthum begnadigt und rehabilitiert – seit 2019 ziert Turings Antlitz außerdem die britische 50-Pfund-Note. Die seit jeher von Eugenik begeisterten Honoratioren in den Elfenbeintürmen des »Empire« brauchten also offenkundig über 60 Jahre, um offiziell einzugestehen, dass Homosexualität nicht kriminell und Zwangssterilisation falsch ist.

Was bei Alan Turing als homosexuellem Mann in den 50er-Jahren noch als höchstrichterliche Bestrafung galt, wird von der zumeist adoleszenten LGBTQ-Community unserer Zeit als Zuwachs an Lebensqualität empfunden, als Selbstverwirklichung gewertet. Ungeachtet der oft fatalen Folgen derartiger Eingriffe in die menschliche Entwicklung. Kinder, Heranwachsende und Teenager werden heutzutage in nie dagewesenem Ausmaß mit risikobehafteten »Pubertätsblockern« behandelt. Oft ohne vorher ausreichend über Langzeitfolgen oder Risiken aufgeklärt worden zu sein. Die Anzahl der Klinken, die »*Gender-Affirming Care*« – geschlechtsbejahende Behandlungen – anbieten, hat sich nach Angaben der »World Professional Association for Transgen-

der Health« (WPATH) in Amerika, Großbritannien, Kanada und Finnland seit dem Jahr 2005 mehr als verzehnfacht.

Bemerkenswert wirkt in diesem Kontext übrigens der Umstand, dass sich Albert Bourla, umstrittener CEO des mafiös bis kriminell agierenden Pfizer-Konzerns, genau in dieser Domäne seine ersten Sporen in der Pharma-Branche verdiente. Schon vor eineinhalb Dekaden räsonierte Bourla gerne über sein Vorhaben, männliche Schweine mittels Impfungen zu sterilisieren und unfruchtbar zu machen. Sein entsprechendes Forschungsprojekt brachte den lukrativen Impfstoff »Improvac« hervor. Diese synthetische Alternative zur Schnittkastration aus dem Hause Pfizer wurde von der EU im Jahr 2009 zugelassen und ist seitdem weltweit im Einsatz. Dass Schweine dem Menschen in Physiologie und Erbgut sehr ähnlich sind und US-Wissenschaftler bereits 2017 einen Embryo aus Schweinezellen und menschlichen Stammzellen kreierten, sei dabei nur am Rande erwähnt.

Ein solches »*GnRH Agonist*« (Eng.: Gonadotropin-Releasing-Hormon), ein Medikament, das den Beginn oder das Voranschreitenden der Pubertät verlangsamt, oder aufhält, wird in der Regel bei Kindern zur Anwendung gebracht, bei denen diese Prozesse signifikant zu früh einsetzen. Bei Mädchen demnach im Alter von acht bis maximal dreizehn Jahren und circa ein bis zwei Jahre später bei Jungen. Präparate wie »Improvac« unterbinden die Produktion von Hormonen im Gehirn, die maßgeblich für die sexuelle Reife verantwortlich sind. Vielen Kindern werden dergleichen Stoffe jahrelang verabreicht. Eine häufige Nebenwirkung der Pubertätsblocker ist, dass die Knochendichte dramatisch abnimmt. Auch die Zeugungsfähigkeit im Erwachsenenalter wird häufig beeinträchtigt. Dennoch werden solche Medikamente nun ungebremst bei den zusehends jünger werdenden Mit-

gliedern der LGBTQ-Gemeinschaft eingesetzt. Die Tatsache ignorierend, dass diese oft zu lebenslangen gesundheitlichen Komplikationen führen. So markieren Pubertätsblocker die erste Phase einer oft übereilt eingeleiteten Geschlechtstransformation.

In der zweiten kommen Hormone zum Einsatz. Synthetisch hergestelltes Östrogen oder Testosteron. Östrogen wird dabei in Form von Tabletten oder Hautpflastern gegeben, Testosteron hauptsächlich in Form wöchentlicher Injektionen. Damit einher geht ein massiv erhöhtes Risiko zur Ausbildung von Blutgerinnseln sowie Probleme mit dem Cholesterinspiegel. Bisherige Richtlinien sahen derlei Behandlungen erst für Jugendliche ab 16 Jahren vor. Die Einwilligung der Eltern war obligatorisch. Zu Recht. Denn in der Regel werden diese Präparate ein Leben lang eingenommen. Zwischenzeitlich empfiehlt die WPATH jedoch Hormonbehandlungen bereits ab einem Alter von 14. Und die Einwilligung der Erziehungsberechtigten wird ebenfalls zunehmend ausgehebelt oder unterlaufen. Doch dazu später mehr.

Auf die Einnahme von Hormonen folgt zumeist Phase drei der Transformation: Operationen. Für diese wurde von der WPATH bisher immerhin noch die Volljährigkeit als frühestmöglicher Zeitpunkt zum Eingriff angesetzt. Lediglich »*die Amputation von Brüsten sei auch schon für Trans-Jungen ab 15 zu empfehlen, wenn den Probanden zuvor mindestens ein Jahr lang Testosteron verabreicht wurde*«. Eine neue WPATH-Empfehlung sieht nach Berichten von »Associated Press« am 15. Juni 2022 allerdings vor, dass operative Veränderungen am Körper nun bereits ab einem Alter von 17 Jahren vorgenommen werden sollen. Dies betreffe vor allem die Entfernung von Gebärmutter oder Testikeln.

Allein im »Kaiser Permanente Hospital« in Oakland (USA), wo die durch Tik-Tok-Kampagnen zu zweifelhaftem Ruhm gelangte, gender-affirmative Ärztin Dr. Sidhbh Gallager praktiziert, wurden nach Informationen der New York Times im Jahr 2019 ganze 70 Operationen an Jugendlichen im Alter von dreizehn bis achtzehn Jahren durchgeführt. Zum Vergleich: im Jahr 2014 waren es noch fünf. Ähnlich sieht es aus, betrachtet man sich die Entwicklung für die Vereinigten Staaten insgesamt. Im Jahr 2021 attestierte man dort nach offiziellen Zahlen etwa 42.000 Kindern eine »Gender Dysphorie«, also eine Störung der geschlechtlichen Selbstwahrnehmung. Das sind drei Mal so viele wie im Jahr 2017. Die Gabe von Pubertätsblockern bei Kindern im Alter von sechs bis siebzehn Jahren nahm ebenfalls in rasantem Ausmaß zu. Waren es 2017 noch 633 Kinder, denen man die umstrittenen Präparate verschrieb, stieg die Zahl im Jahr 2021 bereits auf 1.390. Bei Hormontherapien stiegen die Zahlen im gleichen Zeitraum von 1.905 auf 4.231. Insgesamt identifizierten sich im Jahr 2020 etwa 700.000 Amerikaner unter 25 als »Transgender«. Auch das, doppelt so viel wie drei Jahre zuvor.

Die US-Pädiatrie scheint generell kaum Hemmungen zu haben, selbst folgenschwerste Eingriffe auch an den jüngsten Mitgliedern der Gesellschaft vorzunehmen. Unter dem Slogan »*Alter ist nur eine Zahl*« werben WPATH-nahe Kinderärzte ungeniert für operative Eingriffe zur Geschlechtsumwandlung selbst für Minderjährige. Der Gouverneur von Washington unterzeichnete unlängst gar ein Gesetz, um Kinder unter 18 Jahren dem Zugriff ihrer Eltern zu entziehen, sollten diese mit einer derartigen Operation nicht einverstanden sein. Ein halbes Dutzend weiterer US-Bundesstaaten arbeitet bereits an ähnlichen Legislativen. Konservative Staaten, die sich dieser Strömung verwehren, werden vom obers-

ten Gerichtshof gemaßregelt. So blockierte ein progressiver US-Bundesrichter vor wenigen Tagen ein Gesetz des Gouverneurs von Florida, das gender-affirmative Behandlungen bei Minderjährigen verbieten sollte.

Dieser Boom kommt nicht von ungefähr. Seit 2018 nimmt die mediale Präsenz des Themas in den Leitmedien kontinuierlich zu. LGBTQ-, DEI- (Diversity, Equity, Inclusion) und »Corporate Equality Index«-Propaganda beherrschen Debattenraum, digitale Sphären und das Konzern-Marketing. Immerhin geht es – neben augenscheinlich transhumanistischen Zielen – auch um einen neuen Markt, der im Jahr 2021 bereits ein Volumen von gut zwei Milliarden US-Dollar erreichte. Im Jahr 2030 dürfte das Geschäft mit dem Geschlecht mindestens fünf Milliarden Dollar mobilisiert haben. Im Vergleich mit den Summen, die über die globalisierte »Green Economy« von unten nach oben umverteilt werden sollen, sind das allerdings Peanuts. Monetäre Motive können demnach schwerlich primärer Treiber dieser Agenda sein.

Hinweise auf die wahren Beweggründe, die fundamentalen Motive der LGBTQ-Apologeten, finden sich in einem Dokument, das die »Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung« (BZgA) im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) publizierte. Es trägt den zunächst unspektakulär bürokratisch anmutenden Titel »*Standards für Sexualerziehung in Europa*«. Ab Seite 37, und übertitelt mit »*1.4 – Wie die Matrix zu lesen ist*«, empfehlen die beiden vermeintlich dem Gemeinwohl verschriebenen Organisationen, Kinder bereits im Alter von null bis vier Jahren in punkto Masturbation zu unterrichten. Schüler im Alter von neun bis zwölf Jahren sollen gar zu sexueller Interaktion, zu Geschlechtsverkehr ermutigt werden.

Interessant ist auch Anhang B der Bibliografie ab Seite 54. Da findet sich die im Dokument referenzierte Wissenschaftsliteratur zur »*psychosexuellen Entwicklung von Kindern*«. Gelistet sind unter anderem Titel wie »*Kindessexualität – Konturen eines dunklen Kontinents*« (G. Schmid, 2004), »*Genitalentdecken im zweiten Lebensjahr*« (B. Schuhrke, 1997) oder »*Das sexuelle Denken von Kindern. Eine vergleichende Studie an Kindern im Alter von 5 bis 15 Jahren*« (R. & J. Goldman, 1982). Das Dokument wird auf der Webseite des »International Center for Missing and Exploited Children« (ICMEC) zur Verfügung gestellt. Die 1998 gegründete NGO arbeitet nicht nur eng mit Geheimdiensten oder der Nachrichtenagentur Thomson Reuters zusammen, sondern ist seit 2008 auch offiziell mit den Vereinten Nationen (UN) verbunden, wo sie den Status eines »Special Consultant« innehat. Ergo, stehen UN, EU, die WHO sowie die deutsche Regierung offiziell dafür ein, Kinder von null bis vier an Masturbation heranzuführen und sie ab einem Alter von neun zu Sex zu ermutigen.

Im Jahr 2012 wurde von ICMEC und UN ein zusätzliches Gremium ins Leben gerufen, das sich aus Führungskräften des Gesundheitssektors zusammensetzt. Das ICMEC möchte die Pharma-Branche vorgeblich ermutigen, sexuellen Kindesmissbrauch in die Lehrpläne medizinischer Fakultäten aufzunehmen, die rechtzeitige Erkennung von Opfern durch medizinische Schulung und Ausbildung zu verbessern und epidemiologische Studien durchzuführen, um die Gesundheitsversorgung von Entführungs- und Missbrauchsopfern zu verbessern. Mitglieder dieses Gremiums sind unter anderem die Pharma-Konzerne Merck und GlaxoSmithKline, die Harvard Medical School, die »American Academy of Pediatrics« und das »Center for Disease Control

and Prevention« (CDC), das spätestens durch die Corona-Krise vollends in Verruf geriet.

Auch UNICEF hat es auf die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft, die nächsten Generationen abgesehen. In einem Manifest vom Mai 2021, das den Titel »*The Case for Better Governance of Children's Data*« (D., »*Argumente für eine bessere Verwaltung von Kinderdaten*«) trägt, advoziert die supranationale Organisation für mehr Transparenz und ein verbessertes Management der Stamm- und Bewegungsdaten Heranwachsender. Was dabei unter *Transparenz* und *Verbesserung* zu verstehen ist, kann man sich in Anbetracht grassierender Überwachungsstaatlichkeit ausmalen. Die von UNICEF im Manifest vertretene These lässt sich wie folgt subsummieren: da sich Kinder verstärkt im digitalen Raum bewegen und damit ihr Recht auf Selbstbestimmung, Privatsphäre und freien Zugang zu Information bedroht sei, brauche es dringend mehr Engagement der supranationalen Public-Private-Partnerships, um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Sprich – schärfere Gesetze und zentralere Kontrolle der Daten der Jüngsten. Simple Herrschaftsdialektik.

»Die Zukunft kann man am allerbesten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet.« (Alan Kay)

Und um Gegenwart und Zukunft zu verstehen, lohnt, wie so oft, ein Blick in die Vergangenheit. Während die Transgender-Bewegung nämlich heute politischen Diskurs und Popkultur dominiert, war sie Anfang des 20. Jahrhunderts eine absolute Randerscheinung und Homosexualität, wie eingangs erläutert, verpönt oder gar illegal. Ihren Ursprung verortet die moderne Transgender-Ideologie im Jahr 1910, als ein junger Arzt namens Magnus Hirschfeld – »*Der Einstein*

des Sex«, wie er in einem Portrait von Regisseur Rosa von Praunheim bezeichnet wird – seine Forschungsarbeit »*Die Transvestiten: Eine Untersuchung über den erotischen Verkleidungstrieb*« veröffentlichte. Neun Jahre später gründete besagter Hirschfeld in Berlin das »Institut für Sexualwissenschaft«. Durch seine Arbeiten prägte er den Begriff *Transvestit*. Mit seiner »*Theorie vom dritten Geschlecht*« lieferte er außerdem das konzeptionelle Fundament für die nun omnipräsent ventilierte Queer-Theory. Noch heute begegnet man in der Schwulen- oder Lesben-Szene häufig seinem Namen. Immerhin gilt Hirschfeld als erster homosexueller Aktivist der Welt. Auch eine Bundesstiftung Magnus Hirschfeld firmiert bis anhin unter seinem Konterfei.

Ja, Magnus Hirschfeld war schwul. Und er gehörte der jüdischen Glaubensgemeinschaft an. Beides hielt ihn jedoch nicht davon ab, Gefallen an eugenischen Ideen zu finden. So warb er dafür, mit aus der Biologie gewonnen Erkenntnissen die Fortpflanzung zentral zu regulieren, um »*Degeneration*« zu vermeiden. Auch Zwangssterilisation unterstützte er als eugenisch vorbeugende Maßnahme, um jene, »*die geistig so verblödet sind, dass sie außer Stande sind, über sich selbst zu* verfügen«, an der Reproduktion zu hindern (Magnus Hirschfeld: Geschlechtskunde, 1930). Aufgrund dieser Hintergründe vertritt nicht nur der deutsche Sexualwissenschaftler und Autor Martin Dannecker die Auffassung, Hirschfelds »*Zwischenstufentheorie*« habe den eugenischen Wahn der NS-Zeit genährt (M. Dannecker, W. J. Schmidt: Jahrbuch für sexuelle Zwischenstufen, 1983).

Hirschfelds Institut für Sexualwissenschaft führte in den 1920er-Jahren die weltweit ersten Operationen zur Geschlechtsumwandlung durch. Die erste Orchiektomie, sprich, die Entfernung eines oder beider Hoden, fand schon

im Jahr 1922 statt. Das »Opfer« dieses neuartigen Eingriffs war ein 1891 geborener Mann, der fortan unter dem Namen Dora Richter in die Geschichte eingehen sollte. Dora Richter war es auch, die sich Anfang 1931 der ersten Penisamputation der Medizingeschichte unterzog, einer Penektomie, die der bei Hirschfelds Institut arbeitende Dr. Ludwig Levy-Lenz vornahm. Die erste Mastektomie, also die chirurgische Entfernung von weiblichem Brustgewebe, führte der ebenfalls bei Hirschfelds Institut aktive Arzt Dr. Felix Abraham im Jahr 1926 aus.

Hirschfelds Sexualforschungszentrum bestand über einen Zeitraum von 13 Jahren. Bis zu seiner Zerstörung war es international zu fragwürdiger Berühmtheit gelangt – denn manch ein Patient, zum Beispiel die dänische Malerin und »Transgender-Pionierin« Lili Elbe, 1882 geboren als Einar Mogens Andreas Wegener, starb nach den experimentellen Eingriffen. Im Jahr 1933 endete die Geschichte von Hirschfelds Berliner Institut jedenfalls abrupt. Die Nazis stürmten und vernichteten die Einrichtung samt den dort befindlichen Unterlagen und Büchern. Hirschfeld selbst befand sich zu dieser Zeit in Frankreich, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1935 im Exil verblieb.

In den Vereinigten Staaten wurde der Transgender-Theorie in dieser Frühphase nicht die gleiche Aufmerksamkeit zuteil wie in Europa. Das änderte sich im Jahr 1952 und mit der Rückkehr des US-Soldaten George William Jorgensen aus dem Zweiten Weltkrieg. Denn als die »New York Daily Post« einen Artikel über Jorgensen veröffentlichte, in dem die Zeitung von dessen Geschlechtsumwandlung im Ausland berichtete, wurde der nun unter dem Namen Christine Jorgensen auftretende Veteran rasch zu einer Berühmtheit. Die detaillierte Beschreibung von Jorgensens Operation in

der New Yorker Tageszeitung sorgte dafür, dass die Transgender-Theorie über Nacht in aller Munde war.

Zur gleichen Zeit begann eine andere Schlüsselfigur der frühen Transgender-Bewegung von sich reden zu machen – John Money – ein Sexualforscher und Psychologe aus Neuseeland, der 1952 an der Harvard Universität seinen Doktortitel erhalten hatte. Schon ein Jahr vor seiner Promotion begann er für die Johns-Hopkins-Universität zu arbeiten – eine private Universität in Baltimore (Maryland, USA), die international spätestens seit der Corona-Krise einen zweifelhaften Ruf innehaben dürfte. John Money gilt heute als Vater der modernen Gender-Ideologie, die Jugendliche der wertwestlichen Welt derzeit wie ein Lauffeuer vereinnahmt. Er prägte die Ansicht, dass Geschlechter lediglich ein soziales Konstrukt darstellen. Man fragt sich dabei allerdings gezwungenermaßen, wie John Money diese Theorie in der Praxis überprüfen konnte. Denn dafür benötigte er menschliche Versuchskaninchen.

Eines davon war ein kanadischer Junge namens David Reimer. Zu dessen tragischen Fall schrieb das News-Outlet »The Publica« am 18. April 2023:

»*Im Alter von etwa sieben Monaten erlitt David nach einer fehlgeschlagenen Beschneidung eine katastrophale Verletzung seines Penis. Da Davids Eltern nicht wussten, was sie sonst tun sollten, brachten sie ihn ins John's Hopkins Krankenhaus in Baltimore, um John Money nach Rat zu fragen. John Money sah in dem Knaben eine Gelegenheit, seine Theorie zu testen und überzeugte Davids Eltern, ihrem Sohn eine chirurgische Geschlechtsumwandlung zu ermöglichen. Dies wäre die erste Operation zur Geschlechtsumwandlung, die jemals an einem ansonsten normalen, gesunden Kind durch-*

geführt wurde. Der Prozess beinhaltete eine klinische Kastration, gefolgt von einer zwölfjährigen Hormontherapie sowie einer sozialen und mentalen Konditionierung, um David davon zu überzeugen, dass er ein Mädchen sei. Ein außergewöhnlicher Aspekt dieser Geschichte ist, dass David einen eineiigen Zwillingsbruder hatte, Brian. Dies verschaffte Money eine Kontrollinstanz. Das verlieh der Forschung eine seltsame Art von Glaubwürdigkeit, die die breitere medizinische Gemeinschaft faszinierte. Das Experiment wurde in der Fachliteratur als Triumph gefeiert. (…) *Es trug dazu bei, Texte der Psychologie und Soziologie neu zu schreiben und stellte Zweifel an der damals weit verbreiteten Überzeugung auf, dass männliche und weibliche Merkmale, die in Genen kodiert sind, unveränderlich seien.*

Die Realität war wesentlich düsterer. Es sollte 22 Jahre später sein, im Jahr 1997, als die Welt die Wahrheit über das David-Reimer-Experiment und sein Ergebnis erfuhr. Diese Information kam jedoch zu spät. Die ideologischen Samen der Gender-Ideologie waren von Wissenschaft und Medien schon lange gepflanzt. (…) *Die Ärzte Milton Diamond und Keith Sigmundson veröffentlichten in den »Archives of Pediatrics and Adolescent Medicine« ein Dokument, das das erbärmliche Scheitern von Moneys Experiment offenlegte. Denn David fühlte sich nie wie ein Mädchen. Er hat das Leben als Mädchen nie akzeptiert. Obwohl er die Umwandlung schliesslich versuchte rückgängig zu machen, war der Schaden irreversibel. Auf die Frage von Diamond und Signumdson, warum er sich an dem Experiment beteiligte, antwortete David schlicht, dass er seinen Eltern gefallen wollte.*

Im Jahr 2004, im Alter von gerade einmal 38 Jahren, beging David Selbstmord. Mit einem Schuss in den Kopf.«

Als wäre diese Geschichte nicht fatal genug, war John Money, der Übervater postmoderner Queer-Theorie, auch noch pädophil. Er vertrat vehement die Überzeugung, dass Pädophilie Kindern keinen Schaden zufüge – wenn sie »*richtig praktiziert werde*«. Im pro-pädophilen Magazin »Paidika«, welches von einer niederländischen NGO zwischen 1987 und 1995 publiziert und dem Peer-Review-Prozess unterzogen wurde, schrieb John Money im Jahr 1991:

»*Wenn ich den Fall eines Jungen im Alter von zehn oder elf Jahren betrachte, der sich stark erotisch zu einem Mann in den Zwanzigern oder Dreißigern hingezogen fühlt, wenn die Beziehung völlig auf Gegenseitigkeit beruht und die Bindung wirklich auf Gegenseitigkeit beruht, dann würde ich das nicht in irgendeiner Weise als pathologisch bezeichnen.*«

Doch nicht nur diese Fragmente einer vergangenen Zeit, dieser Blick auf die Frühphase der Transgender-Ideologie offenbart moralische, soziale und ökonomische Abgründe. Nicht nur in der Retrospektive scheinen Eugenik und Pädophilie eine Schlüsselrolle im Denken jener Herrschaftskasten einzunehmen, die mit zunehmenden Druck nach Einfluss auf die jüngsten Mitlieder der Gesellschaft trachten, nach Kontrolle über die Gedanken – und Körper – nachwachsender Generationen.

Auch in der Gegenwart lässt sich dahingehend ein roter Faden erkennen. Ob im Jahr 2019, als man in London einen Päderasten festnahm, der als Drag Queen auftrat. Oder 2021, als ein Transgender-Influencer, der eine Kindertagesstätte betrieb, in Salt Lake County (USA) festgenommen wurde, weil Google den Behörden mitteilte, dass auf dessen Account Kinderpornographie hochgeladen wurde. Oder Anfang 2023, als bekannt wurde, dass transsexuelle Männer

beim »Christlichen Verein Junger Menschen« (YMCA, Young Men's Christian Association) die Sanitäranlagen mit minderjährigen Mädchen teilen dürfen – immer wieder bricht der Wille zur Sexualisierung der Beziehung zwischen Erwachsenen und Kindern als Leitmotiv hervor. Und anstatt sich auf die Seite des Opfers zu schlagen, des minderjährigen Mädchens, das sich in Gegenwart eines erwachsenen Mannes unwohl in der Damendusche fühlt, betreiben die Woke-Medien Täter-Opfer-Umkehr und bieten dem transsexuellen Herrn ein Forum, um sich als Opfer der minderjährigen Anklägerin zu gerieren. Schließlich könne er sich von nun an nicht mehr ganz unbeschwert im lokalen YMCA aufhalten, weil ihm die Attacke des Mädchens einen internationalen Shitstorm eingebracht habe.

Wie enthemmt das Niederreißen roter Linien in diesem Kontext vonstatten geht, zeigt sich exemplarisch am Bildungswesen. In Kalifornien wurden bereits im Jahr 2017 Transgender-Bücher für Grundschulen zugelassen. Selbst im konservativen Texas werden mittlerweile in immer mehr Schulbezirken »Trans-Grooming-Bücher« öffentlich angeprangert (Grooming: D., Anbahnung). Queer-, Trans-, Pride- und Non-Binär-Literatur verschiedenster Couleur durchwuchert inflationär die Lehrpläne der Jüngsten weltweit. Forciert und quer-finanziert vom Konzern-Korporatismus und elitärer Philanthropie. Oft enthalten die buchähnlichen Drucksachen, die dem Nachwuchs da zugemutet werden, völlig groteske Geschichten, zum Beispiel von schwangeren Männern, und äußerst eindeutige Abbildungen. Geschwängert von Visualisierungen sexueller Handlungen und Semiotik aus Erotikfilmen ist eine beträchtliche Anzahl dieser Publikationen fraglos als Pornographie zu kategorisieren.

Auch Sprache und offizielle Kommunikation passen sich diesem zeitgeistig flexiblen Wertekatalog willfährig an. Wo man gestern noch entsetzt von einem Kinderschänder oder Pädophilen sprach, relativiert man dieser Tage jovial, nennt die Täter nun »*Minor-Attracted-Person*« (MAP). Fragwürdige Moralvorstellungen versteckt man hinter Wohlfühlfloskeln. Anstatt von realitätsfremden bis kranken Ansichten zu sprechen, räsoniert man vom Queer-Aktivisten oder Gender-Influencer. Das klingt inklusiv, ein bisschen mondän und irgendwie sachlich – und dadurch harmloser. Genau wie Hebephilie als deutsches Pendant. Die Zustände erinnern zwangsläufig an die haarsträubenden Umtriebe der deutschen Grünen in den 80er- und 90er-Jahren. Die Partei war nicht nur Sammelbecken und Netzwerk für verurteilte wie verdeckt agierende Päderasten, die binnen zwei Dekaden weit mehr als 1.000 Opfer missbrauchten – die Partei verfolgte ostentativ das Ziel, Pädophilie salonfähig zu machen.

Heute will man in Wissenschaft und Politik von all den Abgründe offenbarenden Tatsachen vergangener Jahrzehnte nichts mehr wissen. Dennoch avanciert gerade das Bildungssystem mehr und mehr zur Speerspitze einer Indoktrinationsmaschinerie, die sich am Geist des Nachwuchses vergeht. Denn auf eine natürliche Entwicklung ist der sprunghafte Anstieg von verunsicherten Teenagern, Hormontherapien, Geschlechtsumwandlungen, Queer-, Trans- und Non-Binär-Enthusiasten wohl kaum zurückzuführen. Die fragwürdigen Erfolge der LGBTQ-Bewegung seit 2017/2018 weisen eine klare Korrelation zu gehäufter Berichterstattung und Etablierung entsprechender Unterrichtsinhalte in Schulen auf.

Das Schulsystem steht seit jeher im Fokus der Prädatorenkaste. Bildet es doch die Untertanen von morgen aus. Schon 1985 beschrieb der Ökonomie-Professor und Autor Antony

C. Sutton in seinem Buch »How the Order Controls Education«, wie einflussreiche Kreise der angloamerikanischen US-Ostküsteneliten das hiesige Bildungssystem zu ihrem Nutzen beeinflussten und transformierten. Das erklärte Ziel dabei: die heranwachsenden Massen möglichst tumb zu halten. Abgestumpftes Wahlvieh zu generieren, das nach der Adoleszenz mit sich selbst und dem Hamsterrad namens Alltag überfordert und somit auslastend beschäftigt ist. Sisyphusarbeit ganz unten sorgt für Ruhe ganz oben – an der Spitze der Nahrungskette.

Dass Kinder des postmodernen Medienzeitalters nicht nur von eugenischen und pädophilen Konzepten bedroht werden, sondern auch von der zunehmenden Vereinnahmung ihrer Physis durch den digitalen Raum, durch einen digitalen Gulag der Aufmerksamkeitsökonomie und einen heraufziehenden Transhumanismus, veranschaulicht der Autor John Adam Klyczek in seinem bereits 2019 erschienenen Wälzer »School World Order: The Technocratic Globalization of Corporatized Education«. Darin erläutert er, wie Philanthropen und Finanzeliten psychologische Reizreaktionskonditionierung nutzen, um ein korporatistisches System der Arbeitskräfteausbildung für eine faschistoid administrierte Planwirtschaft einzuführen.

Weiterhin führt Klyczek aus, wie das Bildungssystem durch Zentralisierung, Digitalisierung und invasive Technologien erweitert wird. Es degradiert Schüler mittels eines weltweit harmonisierten Lehrplans zu phantasielosen Arbeitsameisen eines leicht steuerbaren Kollektivs. Der Autor zeigt, welch passiv-entmündigte Rolle der Einzelne im Bildungssystem von heute (und morgen) einnimmt, wie die Schutzbefohlenen von Wirtschaft und Wissenschaft für Data-Mining und Tech-Agenda missbraucht, vom Staat indoktriniert und von

künstlicher Intelligenz kontrolliert und manipuliert werden. So legt dieses System den Grundstein für eine technokratisch-totalitäre, posthumanistische Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund nimmt es kaum Wunder, dass Elon Musks Gehirnimplantat-Projekt »Neuralink« vor wenigen Tagen die offizielle Genehmigung der amerikanischen Behörden für Versuchsreihen am Menschen erhielt. Dies, obwohl die bisherigen Tests an Primaten alles andere als vielversprechend endeten. Die meisten Versuchstiere starben einen qualvollen Tod. Darüber hinaus ermitteln andere US-Behörden wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz in mehr als 1.500 Fällen gegen Neuralink. Man kann den ersten Kunden des Unternehmens, das uns künftig mittels künstlicher Intelligenz (KI) vor allmächtiger KI schützen will – so Elon Musks schizophren anmutendes Heilversprechen – also nur viel Glück wünschen.

In Anbetracht der im vorliegenden Text versammelten Informationen wird einmal mehr überdeutlich, dass das Leben den Mächtigen nichts wert ist. Bis auf ihr eigenes natürlich. Ob Indoktrination, Manipulation, Menschenversuche oder Kindesmissbrauch – rote Linien existieren für die Hirten des Wahlviehs nicht. So zeigt auch die Historie der kontrovers diskutierten LGBTQ-Bewegung, dass gerade Randgruppen immer wieder als Spielball für Partikularinteressen und Hebel für Sozialarchitekten herhalten müssen. Je feinkörniger die Gesellschaft aufgerieben wird, je kleiner die Strömungen, Gruppen und Blasen, die durch konstantes Sähen von Spaltpilzen erzeugt werden, je maroder das soziale Fundament, desto einfacher ist die Herde zu führen.

Einen bitteren Nachgeschmack hat bei alledem nicht einmal vorrangig der Umstand, dass sich Zyklen der Geschichte

wiederholen. Dass Imperien entstehen und fallen. Viel bedrückender ist, dass es stets die gleichen fundamentalen Herrschaftslogiken und -ideologien sind, die uns über alle Despoten, jede Zeitenwende, jeden Krieg und jedes politische Spektrum hinweg dominieren. Sie überdauern die Zeit, sind die Konstante jenes gesichtslosen Imperiums, das in den Geschichtsbüchern nicht beschrieben wird.

Denn immer noch ist es die Eugenik, die im Kern das Fundament aller großen Narrative der Postmoderne ausmacht. Es wurden nur neue Labels aufgeklebt. Biosoziale Forschung, Bioethik, Genetische Medizin, Transhumanismus, Biodigitale Konvergenz, et cetera. So wandelt sich eine von humanistischer Aufklärung geprägte Conditio humana zur Miseria humana. Aus Autonomie wird Servilität.

Man kann es dahingehend daher wohl nur als konsequent bezeichnen, dass die »*Charta der Grundrechte der Europäischen Union*« unter »*Artikel 14 – Recht auf Bildung*« festhält: »*Dieses Recht umfasst die Möglichkeit, unentgeltlich am Pflichtschulunterricht teilzunehmen.*« Das Recht auf Pflicht! Dieser Satz könnte auch Orwells Klassiker »1984« entnommen sein.

| fertiggestellt am 17. Juni 2023

Mord ist ihr Hobby

Am 3. Mai 2007 verschwand die damals dreijährige Madeleine McCann. Bis heute ist unklar, was genau mit dem Mädchen geschah. Es gibt weder eine Leiche noch einen Täter. Dafür aber eine ganze Reihe von Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten. Zudem wird bei Untersuchung des Falles schnell klar, dass Maddies Schicksal kein Einzelfall ist. Moderne Sklaverei, Kindesmissbrauch und der Handel mit Kinderpornographie haben längst industrielle Ausmaße angenommen.



Bild: Biljana Djurdjevic, Little Girls (2007)

Portugal ist ein traumhaft schönes Land. Ob im Norden rund um Porto, im Patina verströmenden Lissabon, dem Alentejo oder ganz im Süden an der Algarve – jede Region des Landes ist eine Reise wert. Das kann ich aus eigener Erfahrung mehr als bestätigen. Doch wie immer gilt: wo es Licht gibt, existiert auch Schatten. So war das malerische wie gastfreundliche Land am südlichen Ende Kontinentaleuropas zur Jahrtausendwende Schauplatz eines der größten Missbrauchsskandale jüngerer Vergangenheit. Bekannt wurde dieser im Jahr 2002, als die portugiesische Wochenzeitung Expresso davon berichtete, dass Mitglieder der größten staatlichen Kinderschutzorganisation – »Casa Pia« – über viele Jahre hinweg ihre Schutzbefohlenen sexuell missbrauchten, sie gar Dritten für Orgien zur Verfügung stellten. Viele der minderjährigen Opfer waren taub oder anderweitig körperlich be-

hindert. Bild- und Videoaufnahmen der abscheulichen Taten wurden von einem Kinderpornoring vertrieben.

Im Jahr 2004 begann der entsprechende Prozess. Es war der umfassendste seiner Art in der Geschichte Portugals. Gut 1.000 Zeugen wurden an über 460 Verhandlungstagen gehört, um das Richtergremium nach sechs Jahren zum dem Entschluss kommen zu lassen, dass die Angeklagten sich des Kindesmissbrauchs, der Zuhälterei und der Vergewaltigung schuldig gemacht hatten. Sieben davon saßen auf der Anklagebank. Nur einer davon war geständig. Carlos Silvino alias »Bibi«, der Hausmeister einer Casa Pia Einrichtung. Allein ihm waren 634 Einzelfälle anzulasten. Und »Bibi« war es auch, der vor Gericht zu Protokoll gab, dass die Causa Casa Pia die Dimensionen des belgischen Missbrauchsskandals rund um Marc Dutroux, der neben den minderjährigen Opfern auch 27 Zeugen das Leben kostete, bei Weitem übersteige. Analog zu den unglaublichen Vorgängen in Belgien waren auch in Portugal zahlreiche Politiker und Fernsehstars unter den Tätern.

Darunter Jorge Ritto, ehemaliger Botschafter Portugals in Südafrika. Der wurde bereits 1970 in Deutschland auffällig. Nach »*einem Zwischenfall*« mit einem Kind in einem Stuttgarter Stadtpark bestanden die hiesigen Behörden darauf, dass Lissabon den Mann abzieht. Auch die Vorsteherin der »Casa de Elvas«, einer Unterorganisation von Casa Pia, war involviert. Gertrudes Nunes. Sie stellte die Räume für die widerlichen Orgien. Der renommierte Arzt Joao Ferreira Diniz soll sich an liebsten an taubstummen Kindern vergangenen haben. Und selbst dem geradezu als Volksheld geltenden Starmoderator Carlos Cruz wird fünffacher Missbrauch vorgeworfen. Nicht umsonst titelte die »Süddeutsche Zeitung« am 4. September 2010 – »*Prominente Kinderschänder*« – als

sie das Verdikt nach dessen Verkündung thematisierte. Im Artikel führt SZ-Autor Javier Caceres aus:

»*In Portugal gilt als ausgemacht, dass der Ring weit mehr Personen umfasste. Im Laufe der Jahre fielen Namen von Ex-Ministern, anderen Politikern und weiteren TV-Stars. Doch nicht nur das sorgte in Portugal für das Gefühl, dass vor dem Gesetz manche eben doch gleicher sind als andere. Schließlich griffen die meisten Angeklagten auf die besten und teuersten Anwälte des Landes zurück, die dann den Prozess geschickt in die Länge zogen. Umgekehrt klagten die Beschuldigten über Indiskretionen und Vorverurteilungen. Auf der Strecke blieb das karge Restvertrauen in Portugals Justiz. Die Opfer fürchten längst, dass der Fall Casa Pia dasselbe Schicksal erleidet wie so viele Rechtsfälle im Land – und unter einer dicken Schicht aus Staub verschwindet.*«

Diesem Schicksal scheint sich zusehends auch der Fall »Maddie« zu fügen. Das dreijährige Mädchen, mit vollem Namen Madeleine McCann, verschwand am 3. Mai 2007 aus einer Ferienanlage im portugiesischen Praia da Luz, einem überschaubaren, aber international bekannten Badeort an der Algarve. Das Kind soll nach Angaben der Eltern, einem aus Leicestershire in Mittelengland stammendem Ärztepaar, aus der angemieteten Ferienwohnung entführt worden sein, während sich die beiden mit Freunden zum Abendessen in einem etwa 50 Meter entfernten Restaurant befanden. Um 22:00 Uhr stellte Kate McCann, die Mutter von Madeleine, bei einer der im Halb-Stunden-Turnus absolvierten Kontrollen des Kinderbettes fest, dass das Kind sich nicht mehr in der Wohnung befand. So zumindest die Angaben, die Kate McCann gegenüber der portugiesischen Polizei machte, als sie die Behörden per Notruf über den Vorfall informierte.

In den folgenden Wochen und Monaten sorgte die Geschichte des dreijährigen Mädchens für ein weltweites Medienecho. Die portugiesische Polizei veranlasste die größten Suchaktionen ihrer Geschichte. Behörden anderer Ländern schalteten sich ein und boten Verstärkung an. Stars wie Christiano Ronaldo oder David Beckham unterstützen einen im britischen Fernsehen ausgestrahlten Suchappell der entschlossen wirkenden Eltern. Den Auftritt hatte ein Onkel von Maddie organisiert. Kurz darauf stellte die britische Regierung den McCanns den Beamten Clarence Mitchel als »*Medienberater*« und »*Kampagnen-Manager*« zur Verfügung. Mitchel war bis zum September 2007 Leiter der »Media Monitoring Unit« (MMU), einer Abteilung des »Central Office of Information« (COI). Davor verdingte er sich als Reporter und Moderator bei »BBC News«. Ohne Zweifel: die Suchaktionen von Kate und Gerald McCann schlugen Wellen. Eine derartige Medienpräsenz wurde wohl noch keinem Entführungsopfer zuteil. Das von der Regierung vermittelte »*Kampagnen-Management*« schien Wirkung zu zeigen – und das Elternpaar gewillt, jeden Hebel in Bewegung zu setzen, um das Schicksal der verschollenen Tochter zu klären.

Bis heute wurde kein Leichnam gefunden. Maddie blieb verschollen. Anklage wurde ebenfalls nie erhoben. Denn gegen keinen der Verdächtigen ließ sich der Tatverdacht erhärten. Und auch der derzeit als mutmaßlicher Entführer geltende Deutsche Christian B. sitzt nicht wegen des Verbrechens an Maddie in Haft, sondern aufgrund einer anderweitigen Verurteilung des Landgerichts Braunschweig wegen dreifacher Vergewaltigung und zweifachen Kindesmissbrauchs. Christian B. hielt sich zum Tatzeitpunkt wohl in der Nähe von Praia da Luz auf. Mehr als einen eingehenden Anruf von einer portugiesischen Telefonnummer, der etwa 30 Minuten

dauerte, konnte man dem Sexualstraftäter für den besagten Abend aber nicht nachweisen. Sein Mobiltelefon soll zum Zeitpunkt des Verschwindens circa fünf Minuten vom Tatort entfernt ins Funknetz eingeloggt und damit während des Gesprächs lokalisierbar gewesen sein. Für eine Anklage, geschweige denn eine Verurteilung, reicht das selbstredend nicht. Das räumt selbst die zuständige Staatsanwaltschaft ein. Aber der Mann sitzt ja noch eine ganze Weile wegen anderer Verbrechen. Eilig scheint man es in Braunschweig jedenfalls nicht zu haben mit der Aufklärung des Falles.

Eine gänzlich konträre Arbeitsethik pflegte augenscheinlich der Chefermittler der portugiesischen Kriminalpolizei – Gonçalo Amaral. Ein Polizist der alten Schule. Er machte sich Gedanken über Inkonsistenzen und mysteriöse Details hinsichtlich des vermeintlichen Tathergangs. Über die Laufwege in der Ferienanlage, das Fenster in Maddies Zimmer, das nach Angaben der Eltern erst offen und dann wieder geschlossen war, die Behauptung, man habe alle 30 Minuten nach dem Kind geschaut, die vom Kellner des von den Eltern besuchten Restaurants entkräftet wurde, oder die kühl wirkende Emotionslosigkeit von Kate und Gerald McCann. Betrachtet man sich die auch in Buchform dokumentierten Ermittlungsergebnisse von Gonçalo Amaral, wirft dies tatsächlich ein völlig anderes Licht auf die Vorgänge in Praia da Luz. Und auf die vermeintlich unentwegt suchenden Eltern.

Zweifel an den Ausführungen der McCanns müssen bereits bezüglich der ersten Momente des geschilderten Entführungsszenarios aufkommen. Denn schon der allererste Satz, den Kate McCann nach Aussagen ebenfalls anwesender Gäste von sich gab, als sie nach der Kontrolle der Ferienwohnung zurück ins besagte Restaurant kam, war nicht etwa ein schockiertes »Maddie ist weg!«, »Habt ihr Maddie gese-

hen?«, oder »Maddie wurde entführt!« – sondern »*We let her down*«. Übersetzt steht das für »*wir haben sie im Stich gelassen*« oder »*wir haben sie sterben lassen*«. Nicht unbedingt der Ausruf, den man im Rahmen völliger Ungewissheit, einer vermissten Tochter und einer just detektierten Kindesentführung erwarten würde.

Das dachte sich wohl auch Inspektor Amaral, der seine Ermittlungen nach ergebnisloser Suche ausweitete und knapp drei Monate nach dem Verschwinden von Maddie nun auch die McCanns in den Kreis der Verdächtigen aufnahm. Im August 2007 forderte er Leichenspürhunde aus Großbritannien an. »Eddie«, so der Name einer der vierbeinigen Spürnasen, hat in seinem Leben bereits über 200 verschollene Leichen gefunden. Sein Geruchssinn ist unfehlbar. Und tatsächlich waren es Eddies olfaktorische Fähigkeiten, die dem Fall eine völlig neue Wendung gaben. Denn bei einer neuerlichen Durchsuchung des besagten Ferienapartments entdeckte er minimalste Reste beseitigter Blutspuren von Maddie. Erst hinter dem Sofa im Wohnzimmer, danach im Fach eines Wandschranks. Demnach wurde das Kind nicht einfach blitzschnell aus der Wohnung entführt, sondern dort misshandelt oder getötet. Noch mysteriöser: als man Eddie in der weiträumigen Tiefgarage der Ferienanlage von der Leine ließ, bewegte er sich zielstrebig auf den von den McCanns erst 25 Tage nach der Tat angemieteten Leihwagen zu und schlug an. Im Kofferraum des Fahrzeugs entdeckte Eddie weitere DNA-Spuren des vermissten Kindes. Damit waren für Gonçalo Amaral nun die Eltern die Hauptverdächtigen.

Auch in der internationalen Öffentlichkeit erregte das Ausmaß McCann'scher Medienpräsenz Aufsehen. Das Vorgehen der stets kühl und reserviert wirkenden Briten sorgte für

allerlei Kritik. Dergestalt kostenintensive Suchkampagnen, inklusive massivem Promi-Support und Papst-Audienz, erschienen selbst deutschen Leitmedien oder Satire-Magazinen atypisch für Eltern entführter Kinder zu sein.

Am 7. und 8. September 2007 wurden die McCanns erneut vernommen. Nach einem öffentlich zugänglichen Transkript dieses Verhörs beantwortete Kate McCann jedoch keine der 48 an sie gestellten Fragen. Am 10. September 2007 kehrten die McCanns nach Großbritannien zurück. Dort beschwerten sie sich über die portugiesischen Ermittler, die angeblich versucht hätten, Madeleines Mutter zu einem Geständnis zu bewegen. In Anbetracht der Unmenge an belastenden Indizien eine ziemlich gewagte Position. Dennoch vollbrachten es die McCanns – beziehungsweise andere, im Verborgenen agierende Kräfte – das Narrativ der Eltern durchzusetzen. In der Öffentlichkeit war weiter von einer Entführung die Rede. Und Inspektor Amaral wurde im Oktober 2007 aus seinem Amt entlassen, nachdem er den monokausalen Tunnelblick der britischen Ermittler und Medien moniert hatte.

Der unauffällige Nachfolger von Amaral nahm bereits nach acht Monaten seinen Hut. Am 21. Juli 2008 stellte die portugiesische Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein. Gonçalo Amaral dagegen publizierte seine Erkenntnisse am 24. Juli 2008 unter dem Titel »A Verdade da Mentira« (D.: Die Wahrheit der Lüge). In seinem Buch vertritt Amaral die These, dass Maddie bei einem nicht näher bezeichneten »*Unfall*« in der Ferienwohnung gestorben sei, woraufhin die Eltern eine Entführung vortäuschten, um die Leiche des Mädchens später diskret verschwinden zu lassen. Die McCanns verklagten Amaral wegen Verleumdung und forderten Schadensersatz. Der Verkauf des Buches wurde temporär eingestellt, nach Entscheidungen portugiesischer Appellationsge-

richte in den Jahren 2010 und 2016 jedoch wieder freigegeben. Und auch die Schadensersatzforderung der McCanns wies das Oberste Gericht Portugals im Jahr 2017 endgültig zurück.

Das bewegte das Ärztepaar jedoch nicht zur juristischen Kapitulation. Noch im Herbst 2022 musste der Europäische Gerichtshof (EuGH) über eine Klage der McCanns entscheiden, die nun über diese Instanz versuchten, das Buch von Gonçalo Amaral vom Markt nehmen zu lassen. Doch auch der EuGH in Luxemburg wies die Klage zurück. Ähnlich verhielten sich die McCanns in Bezug auf eine entlarvende portugiesische Dokumentation, die Amarals in Buchform veröffentlichte Ermittlungsergebnisse visuell aufbereitet und mit diversen Originalaufnahmen der Ermittlungen, des Tatorts (Min. 12:05) oder Eddies olfaktorischen Erfolgen (Min. 24:30) in Ferienwohnung und Tiefgarage aufwarten kann. Doch auch hier scheiterte das Paar. Das Video ist weiterhin verfügbar und lässt, wie Amarals Buch mit all den penibel dokumentierten Indizien, nur einen logischen Schluss zu: Maddie ist tot – und die McCanns lügen. Anders ist weder der blinde Aktionismus noch das irritierende Verhalten der McCanns bei Interviews zu erklären.

Zudem muss im Lichte der vorgängig beschriebenen Tatsachen davon ausgegangen werden, dass das Elternpaar von einflussreichen Stellen unterstützt wird. Warum sonst sollten die McCanns, Leitmedien, Politik, Justiz und Internet-Enzyklopädien bis zum heutigen Tage und ohne jegliche Beweise darum bemüht sein, eine anderslautende Geschichte für die Nachwelt zu hinterlassen? Warum sonst sollte man Inspektor Amaral von den Ermittlungen abgezogen und medial diffamiert haben? Warum sonst sitzen immer wieder neue Verdächtige wie Christian B. in Haft, gegen die nie An-

klage erhoben wird? Sinn macht dieses Vorgehen mit all seinen Inkonsistenzen nur, wenn die Wahrheit partout unterdrückt werden soll. Diese Überzeugung vertreten auch portugiesische Ermittler. Zumindest auf dem direkten, nicht politisierten Dienstweg, wo sie jede Beteiligung von Christian B. als unhaltbar abtun.

Was also passierte wirklich am 3. Mai 2007 im portugiesischen Praia da Luz? Um was für einen bis dato unspezifizierten »*Unfall*« handelte es sich? Eine vielversprechende Spur führt zum britischen Politiker, Schriftsteller, Moderator und Journalisten Clement Freud (1924 - 2009), einem Enkel des Psychoanalytikers Sigmund Freud. Der besaß zufällig eine Luxusvilla in Praia da Luz, wenige Gehminuten entfernt von der Ferienanlage, in der die McCanns ihren Urlaub verbrachten. Zudem war Freud pädophil. Im Rahmen einer TV-Dokumentation aus dem Jahr 2016 erhoben zunächst zwei Frauen den Vorwurf, von Freud in der Kindheit sexuell missbraucht worden zu sein. Nach der Ausstrahlung meldeten sich dutzende weitere Opfer von Freud zu Wort. Des Weiteren wurde bekannt, dass der frühere britische Botschafter Craig Murray bereits im Jahr 2009 eine Vielzahl von Hinweisen darauf erhielt, dass Clement Freud im Laufe der Jahrzehnte »*tausende von Kindern*« sexuell missbraucht haben soll. Viele Zuschriften verglichen Freud mit dem pädophilen BBC-Sexmonster und Prince-Charles-Vertrauten Jimmy Savile, so Murray.

Weiterhin arbeitete Clarence Mitchel, der den McCanns von der britischen Regierung als Kampagnen-Manager und Medien-Berater zur Seite gestellt wurde, für Freud Communications, ein Unternehmen von Clement Freuds Sohn Matthew. Matthew ist ein international vernetzter Public-Relations-Guru und mit Elisabeth, einer Tochter von Medien-Mogul

Rupert Murdoch verheiratet. Matthews Freuds Tochter wiederum ist die Lebensgefährtin von Richard Curtis, dem Drehbuchautor, der unter anderem für Kassenschlager wie »Notting Hill«, »Mr. Bean« oder »Vier Hochzeiten und ein Todesfall« verantwortlich zeichnet. Wenn es also jemand bewerkstelligen konnte, der Medienlandschaft ein Narrativ zu oktroyieren, auch wenn es nicht den Tatsachen entspricht, darf man annehmen, dass es dieses Team ist. Damit nicht genug der Merkwürdigkeiten. Zwei Monate nach dem Verschwinden von Maddie empfing Clement Freud die McCanns in seiner Villa in Praia da Luz. Man trank gemeinsam Vodka und speiste zusammen. Eine verstörende Freundschaft. Kate McCann schwärmte in den britischen Medien regelrecht von dem Besuch und ihrem Gastgeber. Später ließ Freud die McCanns gar kostenfrei in besagter Luxusunterkunft wohnen. Man schrieb sich E-Mails. Und als Inspektor Amaral begann, das Ehepaar als Hauptverdächtige zu betrachten, konstatierte Clement Freud nach Angaben von Craig Murray:

»*Clement Freud versicherte Kate McCann, dass sie nichts von den Leichenhunden zu befürchten habe, die bei der Untersuchung von McCanns Mietwagen, der nach dem »Verschwinden« von Madeleine angemietet worden war, eine positive Reaktion auslösten. Sie hatten keinen Beweiswert. »Was sollen die schon tun? Ein Bellen für Ja, zwei Bellen für Nein?« mokierte Freud.*«

Wieder in Großbritannien angekommen, besuchte der skrupellose wie einflussreiche neue Freund Freud die McCanns sogar zwei Mal in deren Haus. Selbst hiesige Massenmedien berichteten von der potenziellen Verwicklung von Clement Freud in den Kriminalfall. Siehe RTL-Nachrichten vom 29. Juni 2016. Dabei scheint die Verbindung der McCanns zu

Freud nur das Bindeglied zu weitaus schockierenderen Hintergründen zu markieren. Denn Freud war augenscheinlich nicht der Täter. Zum Tatzeitpunkt weilte er nämlich nachweislich nicht in Portugal. Aber er hatte entsprechende Verbindungen. Immerhin war er über Dekaden in der Kinderporno-Szene aktiv. Erwarb er also nicht rein zufällig ein luxuriöses Ferienhaus in der Nähe der Casa Pia-Häuser? Bemerkenswert ist zudem, dass Freud schon lange enge Kontakte in die USA pflegte, wo man ihm seit geraumer Zeit vorwirft, Mitglied eines internationalen Pädophilen-Rings für Superreiche und VIPs gewesen zu sein.

Dabei dürfte es sich allem Anschein nach um das seit mindestens vier Jahrzehnten operierende Menschenhandels- und Pädophilen-Netzwerk des 2019 unter mysteriösen Umständen verstorbenen Jeffrey Epstein und seiner Gehilfin, der inhaftierten Ghislaine Maxwell handeln. Kaum ein Promi, Sportstar, Musiker oder Machtmensch der »Superclass«, der nicht auf Epsteins Kundenliste stand. Eine Liste, die stetig wächst. Ob Bill Gates, Ehud Barak, Kevin Spacey, Lady Gaga, Noam Chomsky, der amtierende CIA-Direktor William Burns, Ariane de Rothschild, Peter Thiel, Woody Allen, Prince Andrew, Debonnaire von Bismarck, Tony Blair, Flavio Briatore, Richard Branson, Steve Forbes, Dustin Hoffman, Mick Jagger, Henry Kissinger, Adam Sandler, Tom Hanks, Donald Trump, Chris Tucker, Larry Summers, Alec Baldwin, Steve Bannon, Elon Musk, John Legend, Nicolas Berggruen oder Bill und Hillary Clinton – um nur ein paar wenige zu nennen – sie alle besuchten Epstein auf seiner abgelegenen Privatinsel, seiner Ranch in New Mexico (USA), in New York oder flogen mit seinem Lolita-Express. Manche gleich mehrfach. So befand sich neben Stammgast Bill Gates allein Bill Clinton mindestens 26 Mal an Bord von

Epsteins Privatflugzeug, das, wie Epsteins sonstige Etablissements, Schauplatz wüster Sexorgien mit Minderjährigen war.

In diesem Kontext verwundert es kaum, dass es gerade Ghislaine Maxwell sowie drei Personen aus dem engeren Umfeld der Clintons sind, die auch mit dem Fall Maddie in Verbindung zu bringen sind. Namentlich handelt es sich dabei um John Podesta, ehemaliger Stabschef des Weißen Hauses unter Präsident Clinton, Transition-, Klima-, und Big Data-Berater von Präsident Obama, Wahlkampfmanager von Hillary Clinton und der wohl einflussreichste Politikberater der USA – und Tony Podesta, Johns älterer Bruder, Gründer der »Podesta Group«, der einflussreichsten Lobbying-Agentur Washingtons. Der dritte im Bunde: Anthony Weiner, ein verlogener, moralisch verdorbener US-Politiker aus dem Dunstkreis der Clintons, der bereits seit 2011 mit Sex-Eskapaden im Internet für Furore sorgt und 2017 wegen »Sexting« mit einer Minderjährigen zu 21 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Anthony Weiner spielte darüber hinaus eine Schlüsselrolle in der E-Mail-Affäre um Hillary Clinton während des US-Präsidentschaftswahlkampfes 2016. Ein von ihm privat sowie von seiner Frau, Huma Abedin, einer Clinton-Vertrauten genutzter Laptop landete beim FBI. Auf diesem befanden sich neben persönlichen Daten Weiners und Abedins sowie verschlüsselten Medien auch zehntausende E-Mails von und an Hillary Clinton. Darüber hinaus könnte der Computer jedoch noch weitaus brisanteres Material enthalten haben. Mutmaßlich Pornographie. Kinderpornos. Manche sprechen gar von »Snuff-Videos«, also Filmaufnahmen von Vergewaltigungen, bei denen das Opfer vorsätzlich gequält und getötet wird.

Weiners Laptop bleibt nach einer oberflächlichen Prüfung des Inhaltes durch das FBI jedenfalls bis heute verschollen. So zumindest der offizielle Stand. Das Gerücht, dass mindestens neun von zwölf Personen, die Kontakt mit dem Laptop hatten, zwischenzeitlich tot sind, hält sich dagegen hartnäckig. Auffällig ist dahingehend zumindest eine ominöse Reihe unerwarteter Suizide bei der New Yorker Polizei (NYPD). Nach Angaben von Beamten aus den zuständigen Revieren konfiszierten zunächst NYPD-Officer das Laptop, um das Gerät nach kurzer Überprüfung an das FBI weiterzureichen. Jene Polizisten, die das Gerät bei der NYPD untersuchten, berichteten davon, dass sie beim Anblick der Dateien Übelkeit empfanden und nicht die mentale Stärke besäßen, um die Sichtung der Inhalte fortzusetzen.



Bild: Margi Geerlinks, Young Lady

Mit welcher Form von Grausamkeit Ermittler in dergestalt Fällen konfrontiert werden, lässt die Ästhetik jener »Kunst« erahnen, die Menschen wie Epstein, Maxwell, den Podestas oder Weiner gefällt. Die Kunstwerke, die Tony Podesta sammelt, sind derart verstörend, dass Journalisten sie aus Artikeln und Video-Interviews retuschieren. Sie stammen von fragwürdigen Figuren wie Margi Geerlinks, Biljana Djurdjevic, Kim Noble, Patricia Piccini, Arrington de Dionyso oder Marina Abramović, deren Werk immer wieder mit Kannibalismus, Missbrauch sowie dem Leid oder Tod von Menschen, bevorzugt von Kindern kokettiert. Künstlerische Extravaganz oder soziopolitische Provokation


Bild: Kim Noble, Good Dog

sehen jedenfalls anders aus. Marina Abramović, die bestens mit der A-Liga internationaler Prominenz vernetzt ist, geriet 2016 in den Fokus einer breiteren Öffentlichkeit, als ihr Name in den WikiLeaks-Dumps der Clinton-Mails auftauchte, aus denen hervorging, dass die Podesta-Brüder eine mittlerweile liquidierte Stiftung von Abramović finanzierten und sich mit der kontroversen Künstlerin, die sich gerne als Satanistin geriert, aber dementiert, eine solche zu sein, zu sogenannten »Spirit Cookings« verabredeten.

Dabei wird das gemeinsame Dinner zumeist von, auf oder mit nackten und in Blut gebadeten Menschen konsumiert. Makaber wäre als Beschreibung für solche Events noch untertrieben. Sie glorifizieren sexuelle Gewalt, Folter und Tod und zelebrieren Kannibalismus. Umso erstaunlicher, dass Rap-Star Jay-Z sich für Marketing-Aktionen von Abramović einspannen oder Lady Gaga sich von ihr bei einem privaten »Retreat« nackt und mit verbundenen Augen im Wald aussetzen lässt.

Provokante Kunst ist selbstredend nicht verboten. Allerdings lassen die Werke der genannten Künstler erahnen, welch dunkle Gedanken jenen Personenkreis umtreiben müssen, dem der abstoßende Schund von Geerlinks, Noble, Piccini, Djurdjevic oder Abramović gefällt. Und dass es in diesen Kreisen offenbar nicht bei geschmackloser Kunst bleibt, belegen regelmäßig Enthüllungen, Leaks und Missbrauchs-

skandale. So kursiert seit einigen Jahren ein kurzer Videoschnipsel im Internet, mutmaßlich eine Datei von Anthony Weiners Laptop, der John Podesta bei Folterung und Misshandlung eines Kindes zeigen soll. Auf dem Video (VORSICHT: verstörender Inhalt!) selbst ist kaum etwas zu erkennen. Es wurde vermutlich aus der Duschkabine oder hinter dem Milchglasfenster eines dunklen Kellerraumes aufgenommen. Doch die Audio-Spur genügt, um das Blut in den Adern gefrieren zu lassen. Prüfen sie das in diesem Absatz des Schriftartikels verlinkte Video als Leser deshalb bitte nur, wenn sie starke Nerven haben, der Inhalt kann auf empfindliche Gemüter durchaus traumatisierend wirken.

Bisher ist nicht zweifelsfrei nachvollziehbar, ob die Stimme auf dem Video zu John Podesta gehört. Obschon ein simpler Hörvergleich sowie eine semiprofessionelle Digital-Analyse der Tonspur mittels Audio-Software die These grundsätzlich stützen. Skepsis muss auch für die überschaubare Anzahl von qualitativ minderwertigen Screenshots, Video- und Audio-Dateien gelten, die seit dem Verschwinden von Weiners Laptop aufgetaucht sind und unter anderem ein Video zeigen sollen, auf dem Hillary Clinton, Huma Abedin sowie eine dritte, männliche Person ein Mädchen misshandeln und zu Tode foltern. Den Anblick der genannten Dateien erspare ich dem Leser des vorliegenden Textes. Denn stattgefunden hat solch ein Verbrechen offenbar. In einem kahlen Kellerraum, in dessen Mitte ein Bett steht. Daneben befinden sich ein paar Stühle und so etwas wie ein Pranger. Und vorne rechts im Bild eine Toilette, in der blutige Haarbüschel schwimmen.

Die drei Personen im Bild sollen dem vor einem Stuhl knienden Mädchen mit einer Bohrmaschine die Haare vom Kopf entfernt haben, indem sie diese um den Bohrkopf wickelten und mitsamt Teilen der Kopfhaut ausrissen. Weitere Details

müssen wohl nicht beschrieben werden, um darzustellen, welchen Horror manche Missbrauchsopfer erleiden. Und obschon zwei der drei Personen auf den betreffenden Screenshots augenscheinlich weiblich sind, Statur wie Frisur erinnern durchaus an Clinton und Abedin, ist ein schwarz-weißes Bild mit geringer Auflösung weder ein valider Beweis noch suffiziente Grundlage für eine entsprechende Anklage. Darüber hinaus zirkuliert im Netz eine nicht geringe Anzahl weiterer Videos. Einige zeigen zwar reale Gewalt, sind aber gestellt. Manche sind ein geschmackloser Akt Jugendlicher, die mit solchen Aktionen Aufsehen erregen wollten. Andere dagegen, wie das mittlerweile nicht mehr zu lokalisierende »Wipee«-Video, zeigen vermutlich wirklich die brutale Misshandlung oder Vergewaltigung von Kindern. Ermitteln sollten die zuständigen Behörden in Anbetracht dahingehender Indizien fraglos. Und zwar bei jedem noch so leisen Verdacht. Gründlich und in alle Richtungen. Doch genau das passiert in kaum einem der Fälle. En contraire. Vor allem dann nicht, wenn Prominente involviert sind.

Gleiches gilt für den »Clinton-Body-Count«, eine Liste von mittlerweile über 70 Personen aus dem näheren Umfeld der Clintons, darunter bis zu zwölf Bodyguards des machtbesessenen Paares, die durch ominöse Selbstmorde und Unfälle zu Tode kamen. Oft starben die betreffenden Personen kurz vor einem Gerichtstermin, bei dem sie gegen die Clintons hätten aussagen müssen. Oder genau dann, wenn sie den Umtrieben des augenscheinlich kriminellen Duos auf die Schliche kamen. Wie Monica Peterson, eine junge Amerikanerin, die für eine Forschungsarbeit Recherchen zum Thema Kinder- und Menschenhandel anstellte. Dafür reiste sie nach Haiti, wo dieses Geschäft floriert wie an kaum einem anderen Ort der Welt. Besonders an der Grenze zur Dominikanischen Re-

publik. Selbst CNN oder der englische Guardian berichteten darüber. Monica Peterson untersuchte die Arbeit von Waisenhäusern und Kinderhilfsprojekten, aus denen immer wieder Schutzbefohlene verschwanden. Spurlos. Manchmal zwanzig bis vierzig Kinder auf einen Schlag.

Im Zentrum der Recherchen standen Hilfsorganisationen wie »Elpida Home«, das von der Ratcliffe Foundation finanziert wird. Frank Giustra, Clinton-Partner und Besitzer der Ratcliffe-Stiftung, ist wiederum Vorstandsmitglied der mafiös operierenden Clinton Foundation, die in Haiti gleich mehrere Projekte finanziert und betreut. Das Logo von Giustras Stiftung ist nicht nur nahezu identisch mit einem Symbol, das vom FBI als Pädophilen-Code für »*Jungen-Liebhaber*« eingestuft wird, es waren auch primär die Ratcliffe-Einrichtungen, aus denen in Haiti die meisten Kinder verschwanden.

Ans Licht kamen Ausmaß und Vorgehen des Kinderhändler-Netzwerkes auf Haiti zum Beispiel, als am 29. Januar 2010 die Clinton-Vertraute und Gründerin der NGO »The New Life Children's Refuge« verhaftet wurde – Laura Silsby. Sie war im Versuch, 33 Kinder illegal über die Grenze ins Nachbarland zu schmuggeln. Die haitianischen Behörden entdeckten den Transport und Silsby kam in U-Haft. Einen Anwalt für die Menschenhändlerin stellten ohne viel Federlesens die Clintons. Bill Clinton beauftragte dafür Jorge Torres Puello, der im Jahr 2010 selbst wegen Menschenhandels in El Salvador festgenommen und angeklagt wurde. Genau wie Puellos Ehefrau. Laura Silsby, die nach Eheschließung heute den Namen Laura Gayler trägt, kam nach acht Monaten und drei Tagen frei. Sie durfte Haiti verlassen ohne weitere Repressalien fürchten zu müssen. Der Richter verurteilte sie praktischerweise genau für den Zeitraum, den sie ohnehin

bereits in U-Haft abgesessen hatte. Zurück in den USA wurde sie 2011 zunächst Finanzdirektorin und dann »Senior Vice President« für Vertrieb und Marketing des Software-Unternehmens konexus, das für die US-Regierung ein Push-Alarm-System namens »AlertSense« betreibt. Es versendet bei Notfällen automatisierte Nachrichten an die Smartphones der im System registrierten Personen. Zum Beispiel bei Kindesentführungen.

Monica Peterson hingegen starb. Am 13. November 2016. Unter mysteriösen Umständen vor Ort in Haiti. Ihre Forschungsergebnisse wurden nie publiziert. Bis auf ein paar vielsagende Facebook-Posts sowie einige kritische Kommentare in Richtung der Clintons, die sie unumwunden als Kriminelle titulierte, ist von Monicas Arbeit nichts geblieben. Ihr Freundeskreis geht fest davon aus, dass sie ermordet wurde. Die Dokumenation »Suicided« (D., »Selbstgemordet«) aus dem Jahr 2021 beleuchtet diesen Todesfall nebst zahlreichen ähnlich gelagerten Vorgängen. Wie andere Verstorbene muss Monica Peterson einem international vernetzten Pädophilenring auf die Schliche gekommen sein, der unter dem Deckmantel von Wohltätigkeitsarbeit und Krisenhilfe moderne Sklaverei betreibt. Ein dunkles Netz, das elitäre Zirkel, deren Hobbies offenbar Missbrauch und Mord sind, mit Nachschub für Sexorgien und Schlimmeres beliefert. In Würdigung dieser Umstände macht es auch Sinn, wenn der Hollywood-Insider und Drehbuchautor von »House of Cards«, einer von politischen Morden bestimmten Netflix-Serie, in einem Interview erklärt, seine beiden Hauptcharaktere dem Leben und Wirken der Clintons nachempfunden zu haben.

So führt ungeachtet von Unschärfen hinsichtlich der Täterschaft und des exakten Tathergangs eine ganze Reihe an In-

dizien von Praia da Luz über Clement Freud zu Ghislaine Maxwell, Jeffrey Epstein, den Podestas, Anthony Weiner – und damit auch zu den Clintons, beziehungsweise dem korrupten Sumpf in Washington im Allgemeinen. Es geht hier nämlich nicht um Einzelfälle. Oder nur um Maddie. Hinter den zahlreichen Pädophilie-Verbrechen der letzten Dekaden stecken professionell organisierte Netzwerke.

Trotzdem wurden sowohl Weiners Laptop Leaks als auch der »Pizza-Gate-Skandal«, bei dem John Podesta aufgrund verschiedener E-Mails einer der Hauptverdächtigen war, von Leitmedien wie der FAZ und USA Today als »Fake News« abgetan. Dabei findet sich in den WikiLeaks-Archiven tatsächlich eine Vielzahl von Nachrichten, die auf kriminelle Aktivitäten von Podesta und Co. hindeuten. Denn viele der Schriftstücke ergeben inhaltlich wie semiotisch schlicht keinen Sinn – außer, wenn Satzkonstruktionen und Vokabular von codierten Hinweisen durchzogen sind. Da ist von vergessenen »*Taschentüchern*«, die irgendwelche »*pizza-bezogenen Karten*« enthalten, die Rede. In anderen Konversationen von farbigen »*Zutaten*« für Pool-Besuche, speziellen »*Soßen*«, Bedienungen, Gewürzen und Spielzeugen. Oder von Pizza- und Hot Dog-Bestellungen im Wert von 65.000 US-Dollar, die weit nach Mitternacht für Barack Obama ins Weisse Haus eingeflogen werden.

Allenthalben müssen ob der Offensichtlichkeit selbst die Mainstream-Medien eingestehen, dass hinter den zahlreichen Missbrauchsverbrechen nicht Einzelpersonen stehen, sondern professionell operierende Gruppen. So berichtete die BBC am 12. Oktober 2011, dass mindestens 9.000 Kinder aus Uganda für Blut-Rituale nach Großbritannien verkauft



wurden. Und noch am 7. Juni 2023 schrieb das renommierte »Wall Street Journal« über ein umfangreiches Pädophilen-Netzwerk, das über Instagram verklausuliert kommuniziert und Kinderpornographie austauscht. Dabei benutzten die enttarnten Personen genau jene Begriffe, die vom FBI als Pädophilen-Codes klassifiziert und in den E-Mails zwischen John Podesta und Hillary Clinton immer wieder verwendet wurden.

In Anbetracht der Indizienlage wäre es demnach kaum verwunderlich, wenn der Menschenhändler-Ring von Jeffrey Epstein oder der Haiti-Dunstkreis von Ratcliffe- und Clinton-Foundation auch etwas mit dem Fall Maddie zu tun hat – auch wenn die Faktenchecker das kategorisch ausschließen. Denn gerade in Bezug auf die Vorgänge in Praia da Luz gibt es stichhaltige Hinweise, die den Verdacht untermauern, dass John Podesta, Tony Podesta und Anthony Weiner selbst vor Ort waren und Ghislaine Maxwell das Trio unterstützte. Natürlich werden sich diese Namen nicht auf den Passagierlisten herkömmlicher Airlines finden. In diesen Kreisen fliegt man Privatjet. Dafür existieren Phantombilder der britischen und portugiesischen Behörden, deren frappierende Ähnlichkeit zu den genannten Personen nicht von der Hand zu weisen ist. Für sich allein genommen waren die Phantomzeichnungen von Scotland Yard, die basierend auf Zeugenaussagen angefertigt wurden, keine wirkliche Hilfe bei den polizeilichen Ermittlungen vor Ort. Betrachtet man sich jedoch Collagen der Zeichnungen, die selbige mit Fotos der Podestas, von Weiner und Maxwell vergleichen, ist der Ef-

fekt erstaunlich. Denn die Bilder wirken wie eigens angefertigte Portraits der vier.

Das muss sich auch Kevin Halligen gedacht haben, ein Privatermittler, den die McCanns in ihrem fortwährenden Aktionismus für 500.000 britische Pfund engagierten. Er galt als »James Bond« unter den Privatdetektiven. Halligen war es, der der britischen Polizei half, die betreffenden Phantombilder erstellen zu lassen. So brachte er den Fall Maddie im Jahr 2008 erstmals mit den Podestas in Verbindung. Die Brüder sollen sich im Tatzeitraum in Clement Freuds Luxus-Villa in Praia da Luz aufgehalten haben. Die McCanns zeigten sich zunächst beeindruckt ob der neuen Erkenntnisse. Verfolgen konnte Halligen diese Spur aber nicht.

Denn schon kurze Zeit nach diesem ersten Ermittlungserfolg distanzierten sich die McCanns überraschend von Halligen. Die britischen Medien zogen ihn durch den Kakao. Er habe Honorare veruntreut, sei Alkoholiker und ein notorischer Lügner. Rufmord. Die Spur nach Washington wurde nicht weiter verfolgt, sämtliche dahingehenden Indizien ignoriert. Zehn Jahre später, im Januar 2018, starb Kevin Halligen unter bislang ungeklärten Umständen. Seine entstellte Leiche fand die Polizei auf einen anonymen Anruf hin in seinem Haus in der Grafschaft Surrey. Nach Angaben der »Daily Mail« war das gesamte Haus voller Blut. Ein Gemetzel. Selbstmord ist demnach wohl eher auszuschließen.

Nicht zu erhärten ist allem Anschein nach die These, Gerry McCann hätte im Jahr 2010 an einer Party von Tony Podesta in den USA teilgenommen, die unter dem Titel »The Red Shoes Club« zu trauriger Berühmtheit in gewissen Internetblasen gelangte. Denn während die durchaus befremdlich wirkende Veranstaltung zu Podestas 65. Geburtstag tatsäch-

lich stattfand, das Magazin »Politico« berichtete entsprechend, ist der Mann rechts neben Podesta eben nicht, wie oft behauptet, Gerry McCann. Dieser war nach Angaben auf seinem zwischenzeitlich gelöschten Blog zwar tatsächlich in den USA. Allerdings kurz nach dem Mord an Maddie. Drei Jahre zuvor. Zudem wirkt Podestas Sidekick auf besagtem Bild – trotz einer gewissen Ähnlichkeit – deutlich jünger als Gerry McCann zu diesem Zeitpunkt. Warum Tony Podesta nach Informationen der »HuffPost« vom 18. März 2010 seit 1993 ein Faible für rote Schuhe bei Veranstaltungen hat, sollte man sich allerdings schon fragen. Denn auch diese gelten als Geheimsignal in pädophilen Kreisen. Nicht umsonst tragen auch die Kinder auf den abartigen Schmierereien von Djurdjevic und Co. oft rote Schuhe.

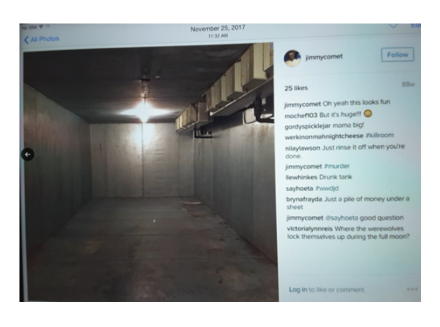
Diesbezüglich werfen auch Fotos des letzten Familienausflugs der McCanns vor dem Verschwinden ihrer Tochter Fragen auf. Zum einen, weil Madeleine McCann bei dem Ausflug nach Donegal (Irland) ebenfalls rote Schuhe trägt. Zum anderen, weil das Mädchen auf unterschiedlichen Bildern unterschiedlich aussieht, beziehungsweise die Passform der Kleidung variiert. Zudem stellten sich Angaben von Gerry McCann zu einem Pub-Besuch während des Trips als falsch heraus. Das Pub existiert im besagten Ort überhaupt nicht. Zu klären wäre außerdem, warum das von der britischen Regierung unterhaltene »Child Exploitation and Online Protection« (CEOP) Center schon drei Tage *vor* Maddies Entführung, nämlich am 30. April 2007, eine Vermisstenanzeige auf seiner Webseite publizierte. Diese wurde mit der »Wayback Machine« des Internet-Archivs entsprechend dem Zeitstempel gespeichert, ist dort heute aber nicht mehr vor dem 13. Mai 2007 gelistet. Sprich, man hat frühere Ein-

träge manuell entfernen lassen. Denn ein technischer Fehler erscheint unwahrscheinlich.



Mit Kevin Halligen starben in jedem Fall auch die Ermittlungen in Richtung Podesta, Weiner und Maxwell. Der Mörder von Maddie wird vermutlich nie identifiziert werden. Die McCanns bleiben Opfer. Und »Pizzagate« gilt weiterhin als Verschwörungstheorie. Obwohl sich der ABC-News-Journalist, der das Thema dereinst als haltlose Verschwörungstheorie »entlarvte«, James Gordon Meek (53), seit 21. Juli 2023 selbst vor Gericht für Besitz und Weitergabe von Kinderpornographie verantworten muss. Auf seinem iPhone fanden Ermittler pornographisches Material von Kindern im Alter von unter zwölf Jahren. Ein Kind wird auf den Aufnahmen vergewaltigt. Dennoch, auf Plattformen wie dem Social-News-Aggregator »Reddit« ist der Begriff gar gesperrt. Das Hashtag blockiert. Und die namensgebende Lokation für den Skandal, das »Comet Ping Pong«, eine Promi-Pizzeria in Washington, ist nach wie vor geöffnet. Ungeachtet der Tatsache, dass die zahlreichen makabren Instagram-Posts des Besitzers, James Alefantis, immer wieder mit pädophilen Gewaltmotiven spielen. In den Leitmedien wird Alefantis zum Opfer von Verschwörungsgläubigen stilisiert. Drang doch 2016 ein bewaffneter Mann in seine Pizzeria ein, um jenen Keller zu stürmen, in dem Alefantis und Co. vermeintlich Kinder missbrauchen. Der Eindringling fand diesen al-

lerdings nicht und ließ sich in der Folge anstandslos festnehmen.



Der Restaurantbesitzer gab sich schockiert, teilte mit, das »Comet Ping Pong« habe nicht einmal einen Keller – um dann knapp ein Jahr später das Foto eines mit Stahlwänden verkleideten Kellerraums auf seinem Profil zu posten, versehen mit dem Kommentar: »*Oh yeah, that looks fun*«. Andere Nutzer kommentierten das Bild mit den Worten »*#killroom*«, oder »*einfach in den Abfluss spülen, wenn man fertig ist*«. Auch in einem Interview mit der »Metro Weekly« aus dem Jahr 2015 beschreibt Alefantis einen Kellerbereich, in dem Zutaten für die Küche des »Comet Ping Pong« gelagert werden. Ob dort nun Verbrechen stattfinden, sei dahingestellt. Es hat vermutlich Gründe, warum die Anwesen von Sexualstraftäter Jeffrey Epstein weitab jeder Zivilisation liegen. Gelogen hat Alefantis aber in jedem Fall. Trotz dieser mehr als irritierenden Umstände und der Tatsache, dass Alefantis *nur* Inhaber einer kleinen Pizzeria ist, zählte das GQ-Magazine den Mann im Jahr 2012 zu den 50 mächtigsten Menschen in Washington. Warum?

Nun kann man all die vorgängig angeführten Informationen, die unzähligen Missbrauchsskandale institutioneller Kirchen oder die pädophilen Umtriebe der frühen Grünen schlicht ignorieren, relativieren, als zusammenhanglose Einzelfälle und Verschwörungstheorie abtun. Oder man kann akzeptieren, dass wir es hier mit einem strukturellen Problem ungeahnten

Ausmaßes zu tun haben. Mit moralisch verdorbenen Machtmenschen und elitären Zirkeln, die sich an Massen von unschuldigen Kindern vergehen. Denn irgendwo müssen all die Kinder sein, die jedes Jahr spurlos verschwinden. Es sind Hunderttausende. Weltweit. Seit Jahrzehnten. Je nach Datenlage werden selbst konservativen Schätzungen folgend allein in den USA jährlich über 10.000 Kinder entführt, um sie sexuellem Missbrauch zuzuführen. In Asien und Afrika dürfte die Zahl um ein Vielfaches höher liegen. Denn in den verarmten Regionen dieser Welt verkaufen Familien ihre Neugeborenen, um sich selbst und den älteren Nachwuchs am Leben erhalten zu können. Ob für Adoption, Kindesmissbrauch, oder Blutrituale mit Todesfolge, das erfahren die hilflosen Eltern dabei nicht. Sie hoffen darauf, ihren Jüngsten so ein besseres Leben in »entwickelten Industrienationen« zu ermöglichen.

Dass dem häufig nicht so ist, belegen Dokumentationen wie »Deliver Us from Evil« (2006), »Nefarious: Merchant of Souls« (2011), »An Open Secret« (2014) oder »Showbiz Kids« (2020), die das düstere Bild einer veritablen Missbrauchs-Epidemie zeichnen. Auch der Kundenstamm von Epstein, der das »Who is Who« internationaler Machteliten umfasst, lässt kaum Zweifel daran aufkommen, dass eine regelrechte Menschenhandelsindustrie existiert, ein Schwarzmarkt für Kleinkinder – und dass nicht wenige vom Publikum verehrte, weil sympathisch wirkende Politiker und Hollywood-Stars in ihrer Freizeit sexuelle Abgründe ausleben, die, gelinde gesagt, als abnormal zu bezeichnen sind.

Es kam demnach nicht von ungefähr, dass der britische Comedian, Schauspieler, Autor, Regisseur und Produzent Ricky Gervais seine Eröffnungsrede zum 77. Golden Globe Award im Januar 2020 nutzte, um der anwesenden »woken«,

moralisch komplett verkommenen Hollywood-Elite dahingehend die Leviten zu lesen. Gervais wies in seiner mutigen wie unterhaltsamen Ansprache unumwunden auf die Doppelmoral der Filmbranche hin. Er stellte auf smartem Wege, weil auch für den Mainstream sichtbar, klar, dass Hollywood nicht nur das Mekka gefeierter Blockbuster ist, sondern auch *der* »Hot Spot« für Menschenhandel, sexuellen Missbrauch und Pädophilie. An den Gesichtern manch eines im Publikum sitzenden Filmstars ließ sich ablesen, dass Gervais' »Laudatio« ins Schwarze traf. Das Lachen schien dem ein oder anderen Granden der Filmbranche geradewegs im Halse stecken geblieben zu sein.

Fragt sich ausgehend, was zu tun ist. Wie man diesen kriminellen Machenschaften begegnet, dem Bösen die Stirn bietet. Scheinen viele Journalisten, Filmemacher, Regisseure, Politiker und Aktivisten den Kampf gegen diese ungeheuerlichen Verbrechen doch mit dem Leben zu bezahlen. Und Organisationen, die es ernst meinen mit dem Engagement gegen Kinder- oder Menschenhandel, gibt es ebenfalls nur wenige. Viele Projekte, Vereine, Organisationen, Stiftungen und NGOs dienen im Gegenteil als Sammelbecken für Pädophile oder Tarnfirma für die Beschaffung neuer Opfer.

Trotzdem scheint vor allem der Zusammenschluss in schlagfähigen, transparent arbeitenden und öffentlich auftretenden Gruppen nützlich, um der latenten Gefahr für Leib und Leben zu begegnen, die das brisante Thema unweigerlich mit sich bringt. Denn einen einzelnen Opponenten oder Chronisten des Bösen schaltet man womöglich unbemerkt aus. Bei einem Verbund von zwanzig oder mehr Personen mit identischem Wissensstand gestaltet sich das etwas schwieriger. So mag es für »Manfred Mustermann« nicht unbedingt ein Fehler sein, Projekte wie »Operation Underground Railroad«

(O.U.R.) finanziell zu unterstützen, eine 2013 von Tim Ballard gegründete, gemeinnützige Organisation, die mit Strafverfolgungsbehörden verschiedener Länder kollaboriert, eigene Interventionsteams aufstellt, um Opfer zu befreien, und prominent von Mel Gibson unterstützt wird. Ob Spenden dem angedachten Zweck wirklich zugeführt werden, lässt sich allerdings kaum jemals mit abschließender Sicherheit eruieren, wie kritische Berichte zu O.U.R. und Faktenchecks zu einer vermeintlichen Mel Gibson-Doku zum Thema Pädophilie anführen. Umso weniger in punkto Kinderhandel, stellt doch gerade Diskretion eine Lebensversicherung für Opfer und Helfer dar. So ist denn auch der jüngst veröffentlichte Film »Sound of Freedom«, für den Gibson tatsächlich warb, und der das Thema derzeit einer breiten Öffentlichkeit ins Gedächtnis ruft, eher ein klassischer Thriller nach Hollywood-Rezept mit klassischer Rollenverteilung als eine investigative Recherche

Bleibt – wie so oft – vor allem die Option, selbst Informationen zu verteilen, Aufmerksamkeit zu schaffen und sich mit Zivilcourage und guten Freunden für Wahrheit und Gerechtigkeit einzusetzen. Für Gegenöffentlichkeit. Sonst werden wir auch im Fall Maddie, der stellvertretend für zigtausende oder Millionen seiner Art steht, gezwungen, die plumpe Coverstory des Bösen zu glauben. Immerhin wurde sie gerade von Netflix verfilmt. Mit einem hanebüchen verlogenen Plot basierend auf den nachweislich falschen, widersprüchlichen, irreführenden Aussagen der McCanns und ihrer Kommunikationsberater.

| fertiggestellt am 02. Juli 2023

UNdemokratische Übernahme

Dank fruchtbarem Empörungsmanagement wird der Debattenraum zumeist von Nebelkerzen, Strohmännern und Testballons dominiert. Nebenschauplätze des allgegenwärtigen Wahnsinns werden mit Feuereifer bespielt. Derweil arbeiten die Vereinten Nationen (UN) weitgehend unbeobachtet daran, aus »Global Governance« endlich »Global Government« zu machen. Zeit, oppositionelle Ressourcen auf die Wurzel des antidemokratischen Übels unserer Epoche zu fokussieren.

»Great Reset« war gestern. Auch die Nummer mit dem globalen Impfpass ist durch. Er wird kommen. Und auch die von der »Green Digital Economy« befeuerte Verarmungsspirale wird unentwegt weiterlaufen. Genau wie die künstliche Verknappung und Synthetisierung von Lebensmitteln oder flächendeckendes Geoegineering mit seinen unabschätzbaren Implikationen für Flora und Fauna.

Das Aufwärmtraining ist beendet. Das konditionierende Corona-Camp geschlossen, die »Global Governance« der Public-Private-Partnerships im Lebensalltag etabliert. Deutungselitäre Dominanz, überwachungsstaatliche Technokratie, Biosicherheitsdoktrin, Erziehungs- und Haltungsfunk, algorithmisierte Zensur, Verkehrs-, Energie- und Zeitenwende, vierte industrielle Revolution und QR-Code-Dystopia. Ein Leben mit »Smombies« und Internet-Blasen, statt Mitmenschen und Gemeinschaftssinn. »*Das große Narrativ*«, das »*neue Normal*«. Alles längst Realität.

Ja, das Schlachtfeld, auf dem derzeit um Autonomie und freiheitliche Gesellschaftsentwürfe gekämpft wird, es ist ein weites. Und auch wenn der auf breiter Front geführte Klas-

senkampf von oben etwas an Momentum verliert, der internationale Korporatismus ist gut aufgestellt, der Propaganda- und Nudging-Apparat gut eingeschliffen. So dient, dank ausgefeiltem Social Engineering, nahezu jede gesellschaftliche Strömung, jede Disruption und jede Emotionsamplitude der neofeudalistischen Transformationsagenda einer transatlantischen Plutokratie. Auch der Widerstand. Zudem absorbiert das übersteuerte Diskurs-, Daten- und Dokumenten-Massaker im langatmigen Stellungskrieg mit bürokratischen Windmühlen Energie und trübt zusehends die Wahrnehmung. Häufiges Ergebnis: weißes Rauschen. Orientierungslosigkeit. Wilder Aktionismus, dann Burn-out. So funktioniert Informationskrieg.

Ob der Vielzahl an Frontlinien schlägt man sich naturgemäß an diejenige durch, an der man persönlich am meisten ausrichten zu können vermeint. Oder an jene, die der eigenen Existenz gegenüber am bedrohlichsten erscheint. Empörungsmanagement eben – die über Displays ausgelieferte Variante von »Divide et impera«. Während also vielerorts noch immer über den Great Reset lamentiert wird und man sich völlig zurecht darüber echauffiert, dass internationales Reisen wohl bald nicht mehr ohne den technokratisch-totalitären Gesundheitsnachweis einer demokratisch nicht legitimierten, von Big Pharma korrumpierten WHO möglich sein wird, zieht der gesichtslose Kontrahent an den schlecht einsehbaren Seitenflanken weitaus gefährlichere Geschütze zusammen. Denn einem global geltenden Gesundheitspass ist vermutlich noch irgendwie zu entkommen, sei es dadurch, dass man das Reisen einstellt, einem global geltenden Steuersystem dagegen kaum.

Und genau daran arbeiten die Vereinten Nationen, die korrupte Nachfolgeorganisation des im Jahr 1920 gegründeten

und 1946 aufgelösten Völkerbundes, fieberhaft. Unter dem Titel »Our Common Agenda« kündigte UN-Generalsekretär António Guterres bereits im September 2021, zum 75. Geburtstag der Vereinten Nationen an, die Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) der Agenda 2030 beschleunigen zu wollen. Dazu brauche es laut Guterres dringend mehr Momentum. Denn noch immer seien »*Probleme*«, die seitens der UN bereits 2015 benannt wurden, nicht gelöst. Damit bezieht sich Guterres vor allem auf zwischenstaatliche Vertragswerke, die bis dato nicht von allen Mitgliedsstaaten unterzeichnet wurden. Aus berechtigter Sorge vor endgültigem Verlust jedweder nationalstaatlichen Autonomie.

Bisher besteht die »Global Governance« aus einem vordergründig chaotisch erscheinenden, vermeintlich schlecht verzahnten Geflecht von supranationalen Organisationen. IWF, Weltbank, UNESCO, WHO, WEF, CFR, IPCC, Chatham House, unzählige NGOs und Think Tanks, et cetera. Um daraus das zu machen, was sich Initiatoren und Financiers der UN mit ihren mittlerweile gut 60 Suborganisationen vorstellen – »Global Government« – braucht es *ein* verbindendes Element. Und das ist entgegen landläufiger Annahmen nicht der internationale Impfpass, digitales Zentralbankgeld oder eine weltweit gültige Einheitswährung, sondern ein global geltendes Steuersystem. Erst ein solches macht aus einem losen Verbund organisatorischer Einheiten einen Staat, konstituiert eine Regierung. Sollte es auf globaler Ebene implementiert werden, kann man also tatsächlich von einer Weltregierung sprechen.

Die Generalversammlung der von finanziellem Filz und Misswirtschaft verseuchten Vereinten Nationen stimmte dem Vorschlag von Guterres zu und plant nun ein Meeting namens Summit for the Future (D.: Gipfel für die Zukunft),

das vom 22. bis 23. September 2024 stattfinden soll. Zur Vorbereitung dieses Zukunftsgipfels, der wohl eine Art Endspurt auf dem Weg zur vertraglich fixierten Weltregierung einläuten soll, findet vom 18. bis 19. September 2023 bereits der »*Nachhaltigkeitsgipfel*« (SDG Summit 2023) in New York statt. Laut Guterres markiert dieses in wenigen Wochen stattfindende Meeting das Ende der ersten Halbzeit auf dem Weg zur Vollendung der Agenda 2030.

Man hat es eilig da oben im Elfenbeinturm der Macht. So hält man im UN-Hauptquartier auch nicht mehr mit den eigentlichen Zielen der supranationalen Organisation hinterm Berg. Gab man sich bislang trotz Korruptionsskandalen, die selbst der Mainstream nicht ignorieren konnte, redlich Mühe, als friedvoller Patron der Global Common Goods (GCG) zu erscheinen, als Hüter der Menschenrechte, der Ozeane, der Ozonschicht und der Antarktis, belegen neue Papiere des Globalistenzirkels im »Big Apple« – die »*Our Common Agenda Policy Briefs*« – dass die UN nichts Geringeres im Sinne hat, als sich endgültig zur formalen Weltregierung aufzuschwingen.

Denn zum einen erweitern die Vereinten Nationen ihren Machtanspruch damit schamlos auf zwei weitere »*globale Gemeinschaftsgüter*«, nämlich das für lückenlose Überwachung des Planeten relevante Weltall (Policy Brief 7) sowie den digitalen Raum (Policy Brief 5). In beiden Domänen geht es um »Full-Spectrum Dominance«. Zum anderen übt man mittels »*Common Agenda*« immer stärkeren Druck auf die 193 Mitgliedsstaaten aus, sich vollends dem Diktat der UN-Generalversammlung und damit dem Willen der anglo-amerikanischen Hochfinanz zu unterwerfen.

Wie die Vereinten Nationen ihrer Rolle bei der Bewirtschaftung, beziehungsweise Beschneidung des digitalen Raumes verstehen, wurde im Zuge der Corona-Krise mehr als deutlich. Schon im März 2020 sprach Guterres von einer »*Infodemic*« und von »*Informationsverseuchung*«, rief zur Unterdrückung von missliebigen Informationen in punkto COVID-19 auf. Am 30. April 2020 legte die »Abteilung für globale Kommunikation« der UN nach und führte aus, mit welchen fünf Maßnahmen man gedenkt, dieser »Infodemie« Herr zu werden. Im August 2022 erklärten die Vereinten Nationen »*gefährlichen Verschwörungstheorien*« und »*Falschinformationen*« gar offiziell den Krieg. Dazu rief man die Online-Kampagne »Think Before Sharing« ins Leben. Denn weder die Corona-Krise noch die Welt werde im Geheimen von einer Finanzelite kontrolliert, ließ man aus New York verlautbaren.

Und obwohl sich zwischenzeitlich herauskristallisiert hat, dass die Corona-Maßnahmengegner mit praktisch allen Kritikpunkten richtig lagen, es also kaum Fehlinformation, dafür aber eine Menge valider Gegenargumente gab, führen die Vereinten Nationen ihren Kampf um Deutungshoheit unvermindert fort, wie Anmerkungen von António Guterres während einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates im Juli 2022 unterstreichen.

Das Vorgehen ist bekannt und deckt sich mit Plänen und Prozessen der Europäischen Kommission. Alles, was nicht der vom oberen Ende der Nahrungskette goutierten Einheitsmeinung entspricht, wird entweder als Fehlinformation oder Hassrede abgestempelt. Konträre Positionen, sachliche Kritik und offener Diskurs werden kriminalisiert. Damit kämpfen diese Institutionen nicht gegen Hassrede, sondern gegen jene Rede, die sie hassen. Es ist die Installation eines global

agierenden Wahrheitsministeriums nach orwellschem Vorbild. Siehe UN Policy Brief 8 vom Juni 2023 zum Thema »*Informationsintegrität auf digitalen Plattformen*«. Oder das vorgängig erwähnte Policy Brief 5 vom Mai 2023 namens »*A Global Digital Compact*«, das sich der Schaffung einer »*offenen, freien und sicheren digitalen Zukunft für alle*« widmet, und in Deutschland von einem »Global Compact Netzwerk« unterstützt wird. Dass mit dem exakten Gegenteil der im regenbogenbunt anmutenden Slogan verwendeten Adjektive zu rechnen ist, dürfte dem informierten Beobachter längst klar sein. Frei nach Walter Ulbricht: »*Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten*«.

Gleichermaßen bedenklich sind die Pläne der Vereinten Nationen, eine »*Notfall-Plattform*« zu etablieren, die eine international harmonisierte Reaktion auf »*komplexe globale Schocks*« ermöglichen soll. Siehe Policy Brief 2, das vom März 2023 datiert. Dabei handelt es sich nicht um ein simples Online-Tool, das im Falle von tatsächlichen Katastrophen wie Erdbeben für eine schnelle Bereitstellung von Hilfsgütern sorgen soll, sondern um ein bindendes Regelwerk, das alle Mitgliedsstaaten dazu zwingt, unisono auf eine von der UN ausgerufene Krisensituation zu reagieren. Als Beispiele für solche »*Schocks*« führt das Dokument folgende Szenarien an: Pandemien, klimawandel-induzierte Events, die Unterbrechung internationaler Waren- oder Finanzflüsse, Disruptionen im Cyberspace, Vorkommnisse im Weltraum und sogenannte »Black-Swan-Events« – sprich, unvorhergesehene Vorkommnisse aller Art. Was die Vereinten Nationen den Mitgliedsstaaten mit dieser schwammig formulierten Entscheidungsvorlage zur Ratifizierung vorlegen, ist nichts anderes als ein Blankoscheck. Ein Freibrief zu machtbesoffener Willkür. Das Papier führt obendrein an, dass besagte

»*Schocks*«, oder die konzertierte Reaktion darauf, zur Einschränkung der allgemeinen Menschenrechte führen können – inklusive struktureller Diskriminierung oder anderer Ungerechtigkeiten.

Um besser auf diese vagen Bedrohungen vorbereitet zu sein, will die UN ihre strategische Vorausschau optimieren. Dazu soll ein »Future Lab«, ein Zukunftslabor eingerichtet werden, das regelmäßig Risikobewertungen publiziert. Das erklärte Ziel ist, dass bis 2027 jeder Mensch auf diesem Planeten Zugriff auf diese Risiko-Reports und die besagte Notfall-Plattform hat. Der schwedische Wissenschaftler und Autor Dr. Jacob Nordangard schreibt diesbezüglich am 21. März 2023 auf seiner generell empfehlenswerten Internetseite:

»*Die Veröffentlichung globaler Risikoberichte erfolgt nach dem Vorbild des UN-Partners Weltwirtschaftsforum (WEF) (…) und der Global Challenges Foundation, Partner des hochrangigen UN-Gremiums für wirksamen Multilateralismus, (…) einige in Zusammenarbeit mit dem Future of Humanity Institute des Transhumanisten Nick Bostrom. (…). Die engen Verbindungen zwischen diesen Organisationen zeigen, woher das Fachwissen stammt. Letztes Jahr schlug Johan Rockström, Vorstandsmitglied der Global Challenges Foundation, zusammen mit Thomas Dixon vom Canadian Cascade Institute die Einrichtung eines internationalen Forschungsprogramms zu Polykrisen vor, um das Future Lab der Vereinten Nationen zu unterstützen. Ziel des Konsortiums ist es, kausale Mechanismen zu erkennen, die eine Polykrise hervorrufen können, und umsetzbare Maßnahmen zur Minderung dieses Risikos vorzuschlagen. (…) Sowohl die physische Welt als auch die Menschheit werden als System betrachtet, das beeinflusst und in eine gewünschte Richtung gelenkt werden kann. Das Cascade Institute wurde kurz*

nach der Ausrufung der Pandemie im Jahr 2020 durch einen Zuschuss der kanadischen McConnell Foundation gegründet, um Schlüsselmaßnahmen zu identifizieren, die den Klimawandel eindämmen können. Rockström, der Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Cascade ist, legt auch die Grenzen für menschliches Handeln durch die Earth Commission im Global Commons Alliance Projekt des Rockefeller Philanthropy Advisor fest, während zum Beispiel das Potsdam-Institut eigene Future Labs betreibt. Man kann davon ausgehen, dass sowohl Rockström als auch Dixon Teil der entstehenden wissenschaftlichen Priesterschaft sein werden, die die Belastbarkeit des Planeten berechnen (...) und auf dieser Grundlage die UN vor globalen Schocks warnen werden. (...) Alles hängt eng mit der zukunftsorientierten Arbeit der UN zusammen, die im zeitgleich veröffentlichten Policy Brief 1 – To Think and Act for Future Generations – behandelt wird. (...)

Kurz gesagt: dadurch entsteht ein Mechanismus, der Gefahr läuft, für die Menschheit gefährlicher zu werden als die Krisen, die er bewältigen soll. Besonders wenn man bedenkt, dass unser individueller CO_2-Fußabdruck als so unhaltbar gilt, dass er laut Club of Rome, Potsdam-Institut und Global Commons Alliance einen planetarischen Notfall rechtfertigt. Sogar UN-Generalsekretär António Guterres hat diese Rhetorik übernommen. Es muss in diesem Kontext an das »Fortress World-Szenario« aus dem im Jahr 2002 publizierten Bericht »The Great Transition: The Promises and Lures of our Times« der Global Scenario Group erinnert werden. Dort heißt es:

Auf der Grundlage einer neu gestalteten Organisation der Vereinten Nationen wird der weltweite Notstand ausgerufen. Eine Kampagne mit überwältigender Gewalt, rauer Justiz

und drakonischen Polizeimaßnahmen fegt durch Brennpunkte von Konflikten und Unzufriedenheit.«

Angesichts dieser intransparenten Zusammenhänge, des Einflusses, den sich die Vereinten Nationen seit dem Zweiten Weltkrieg gesichert haben, und den Planungen der Organisation bis 2030 wird deutlich, dass nicht mehr allzu viel fehlt, um aus der herrschenden »Global Governance« endlich »Global Government« zu machen – die seit jeher als Verschwörungstheorie verfemte Weltregierung. Die finale Ausbaustufe eine gesichtslosen Imperiums, auf das demokratische Prozesse keinerlei Einfluss mehr haben. Ein bürokratisches Monstrum, das ein über technokratische Methoden anonymisiertes Kollektiv per Bildschirm steuert.

Der Schlussstein auf dem Weg zur neokolonialistischen Versklavung der Zivilisation ist ein global geltendes Steuersystem. Und genau das planen die Vereinten Nationen mit Policy Brief 6 vom Mai 2023 unter dem Titel »*Reformen der internationalen Finanzarchitektur*«. Ab Seite 28 des Dokumentes beschreibt die Organisation verklausuliert und unter Verwendung der üblichen Wohlfühlphrasen-Nomenklatur, wie ein länderübergreifendes, international harmonisiertes Steuersystem auszusehen hat. Mit den Arbeitsanweisungen 15 bis 17 fordert die UN ihre Mitgliedsstaaten auf, entsprechende rechtliche und technische Voraussetzungen zu schaffen. Zum Abschluss des entsprechenden Paragrafen fordert der Globalistenbund:

»*Aktion 17: Schaffen Sie einen nicht-reziproken Steuerinformationsaustausch und Mechanismen, die Entwicklungsländern nutzen. Veröffentlichen sie Informationen zur wirtschaftlichen Eigentümerschaft für alle juristischen Personen. Die internationale Gemeinschaft sollte Mechanismen zur au-*

tomatischen Bereitstellung von Bankdienstleistungen und Finanzkontoinformationen für Entwicklungsländer entwickeln, bei denen das Risiko einer illegalen Nutzung von Finanzströmen besteht, wodurch sie von den bestehenden Steuertransparenzmechanismen profitieren können, während die Fähigkeit, vollumfänglich Teilnehmer dieser Mechanismen zu werden, nach und nach ausgebaut wird. Internationale Abkommen sollten geändert werden, um den lokalen Autoritäten eine breitere Nutzung der im Rahmen von Steuerabkommen ausgetauschten Informationen zu ermöglichen, beispielsweise bei der Verfolgung nichtsteuerlicher Finanzverbrechen. Als erster Schritt sollte die länderspezifische Berichterstattung von multinationale Unternehmen reformiert werden, um Informationen im Rahmen der Unternehmensberichterstattung öffentlich zugänglich machen. Die Länder sollten Systeme zur Transparenz wirtschaftlicher Eigentumsverhältnisse mit einer breiten Abdeckung sowie die automatisierte Überprüfung und Veröffentlichung von Informationen stärken. Solche Register wären bahnbrechende Entwicklungen beim Versuch, große Vermögen und multinationale Unternehmen ordnungsgemäß zu besteuern.«

Klingt schwülstig und komplex, bedeutet aber nichts anderes als: sorgen sie dafür, dass jegliche Finanzinformationen automatisiert gespeichert und den Behörden länderübergreifend zur Verfügung gestellt werden, damit wir jeder nicht genehmen Finanztransaktion Einhalt gebieten oder diese entsprechend besteuern können – weltweit. Wir fangen mit den multinationalen Konzernen und Vermögenden an. Dann sind die Bürger an der Reihe.

So verständlich wie berechtigt also die Mobilisierung gegen einen globalen Gesundheitspass oder die WHO, gegen individualisiertes CO_2-Tracking und einen Bildungsansatz, der

Pädophilie salonfähig macht, sein mögen – diese Unterfangen greifen zu kurz. Sie sind ein Kampf gegen Symptome eines Tumors, der trotz operativem Eingriff weiter streut, ein Versuch, die Arme einer Hydra zu amputieren, die dabei keinen substanziellen Schaden nimmt. Das eigentliche Problem manifestiert sich eine Ebene höher.

Es ist die skandalumwitterte UN, der es Einhalt zu gebieten gilt. Das erklärte Ziel jeder basisdemokratischen, voluntaristischen oder anarchistischen Bewegung muss demnach sein, die Vereinten Nationen, die nichts anders sind als ein neofeudalistischer Globalistenbund angloamerikanischer Finanzeliten, aufzulösen, oder wenigstens zu verlassen, um sie durch einen »von unten« getragenen Völkerbund echter Völkerverständigung auf Augenhöhe zu ersetzen.

Nicht nur die Inklusion heuchelnden Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 sind ausreichender Beleg dafür, dass die Pläne der UN totalitaristischen Charakter haben. Immerhin stehen das »*Recht auf ein Bankkonto*« oder das »*Recht auf eine digitale Identität*« eher für Pflichten als für auf humanistischen Überzeugungen fußende Grund- oder Menschenrechte. Selbst die per UN-Resolution im Jahr 1948 ratifizierte Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht. Denn nach 29 blumig formulierten Artikeln zu allen möglichen Rechten stellt der Eliten-Club in Paragraph 29.3. unmissverständlich klar:

»*Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.*«

Darauf folgt der abschließende Artikel 30, der zusätzlich festhält: »*Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder*

eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.«

Im Klartext: wer nicht die gleichen Ziele hat wie die UN, oder sich gar erdreistet, gegen die Organisation vorzugehen, hat überhaupt keine Rechte.

Sommer & Märchen

»Will man Schweres bewältigen, muss man es sich leicht machen.« (Bertolt Brecht)

Sommerzeit – Ferienzeit. Zeit, um den Kopf freizumachen. Frei von Reue um das Gestern, der hektischen Geschäftigkeit des Heute und den Sorgen um das Morgen. Zeit für Reisen, neue Eindrücke, Erlebnisse, Zeit für Familie, Freunde und Entspannung. Zeit für »Digital Detox«. Genau die richtige Jahreszeit, um sich mit einem guten Buch zu beschäftigen. Begünstigt doch kaum etwas anderes innere Ruhe und Ausgeglichenheit so sehr wie das Lesen.

Aus diesem Grund habe ich folgend eine kleine Liste von Leseempfehlungen zusammengestellt – Klassiker, Spannendes, Humorvolles, Informatives, Introvertiertes und Inspirierendes – in loser Folge, ohne spezifische Kategorisierung oder Präferenz. Einfach Bücher, die mir dieser Tage bei einem Blick ins Regal ins Auge sprangen, und die ich allesamt mit Interesse, Begeisterung, Ver- oder Bewunderung gelesen habe. Manche mehrmals. Lange Beschreibungen der Werke und ausführliche Kommentare zu Inhalt, Autor oder Stil habe ich mir dabei erspart. Die in Klammern verlinkte Produktseite der Buchhändler, oder der Klappentext, bieten grundlegende Informationen zum jeweiligen Werk und helfen bei der Kaufentscheidung.

Eines haben die versammelten Druckerzeugnisse dann aber doch gemeinsam: obwohl sie zum Teil vor langer Zeit verfasst wurden – und von vergessenen Epochen oder fiktiven Orten handeln – sind viele gerade im Kontext der oktroyierten Zeitenwende, im Lichte des neuen Normal, im Kontext

der Märchen, die uns als Realität aufgenötigt werden, (wieder) besonders relevant. Auch handelt es sich nicht um Sachbücher im klassischen Sinne. Verweise auf derartige Literatur finden sich in meinen Artikeln bereits genug. Wir schlagen uns ständig mit Zahlen, Daten und Fakten herum. So darf es im Sommer doch gerne einmal andersartige Lektüre sein, die gerade deshalb zu neuen Einsichten, spannenden Gedanken, inspirierenden Momenten oder vertiefter Reflexion führen kann – *wenn* man sich die nötige Auszeit nimmt und sich mit bedrucktem Papier statt Displays beschäftigt. Also mit sich.

- Umberto Eco: Das Foucaultsche Pendel
  Ein grandioser, voluminöser Roman, der mich zur Anschaffung diverser darin erwähnter Bücher animierte und bis heute zu meinen absoluten Favoriten zählt.

- Milan Kundera: Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins
  Eine der schönsten und gleichzeitig traurigsten Geschichten, die ich kenne. Ein tolles, zeitloses, aufwühlendes Buch, das bewegt.

- Jörg Fauser: Rohstoff, Der Schneemann
  Völlig unterschätzter, unorthodoxer Autor mit spannender Biografie und mysteriösem Ableben. Kantig, direkt, irritierend, aber hochspannend. Dringende Leseempfehlung!

- Volker Reinhardt: Montaigne – Philosophie in Zeiten des Krieges
  In Anbetracht derzeitiger Kriegsgefahr aktueller denn je. Geschichte wiederholt sich eben. Und Montaignes Weg mit dem Chaos seiner Epoche fertig zu werden inspiriert.

- José Saramago: Eine Zeit ohne Tod
  Klasse Plot, kreativ, vielsagend und fantastisch geschrieben.

- Robert Seethaler: Der Trafikant
  Eine berührende wie spannende Geschichte, die im Wien des Zweiten Weltkriegs spielt und damit auch in diesen Tagen wieder zum Nachdenken anregt.

- Harald Schmidt: Avenue Montaigne & Quadrupelfuge
  Was soll man sagen – Harald Schmidt. Unterhaltsam, zynisch, ironisch. Herrlich.

- Erich Fromm: Vom Haben zum Sein
  Zu Fromm muss man vermutlich nichts anmerken. Ein Standardwerk, gespickt mit klugen Gedanken, vorausschauenden Erkenntnissen und tiefen Einsichten.

- Hermann Hesse: Mit der Reife wird man immer jünger
  Eine Sammlung von Schriften, die sich mit dem Älterwerden und dem Ableben beschäftigen. Unterhaltsame, wortstarke, philosophische Lektüre mit Tiefgang.

- Fredmund Malik: Führen Leisten Leben
  Ein empfehlenswertes Management-Buch, weil die beschriebenen Techniken auch bei der Bewältigung des ganz normalen Alltags helfen.

- Loriot: Loriots Kleiner Opernführer
  Der große Vicco von Bülow. Eine Klasse für sich. Kurzweilig und unterhaltsam. Und man muss nicht Fan oder Kenner von Opern sein, um das Buch zu mögen.

- Charles Bukowski: Aufzeichnungen eines Außenseiters
  Menschliche Abgründe, verstörende Geschichten und ergreifende Einsichten eines kontroversen, aber tollen und einzigartigen Autors. Kann man lieben, oder hassen.

- Roger Willemsen: Der Knacks, Momentum
  Am besten zusammen kaufen. Denn nach der Lektüre des ans Eingemachte gehenden »Knacks« braucht es dringend etwas positives »Momentum«.

- Bernhard Moestl: Shaolin
  Über die Kraft der Gedanken und die Kunst, auch in turbulenten Zeiten Ruhe zu bewahren. Denn genau darin lag die Stärke der legendären Shaolin-Mönche.

In die Sommerpause verabschieden möchte ich mich mit einem kleinen Absatz aus dem vorgängig gelisteten Buch von Hermann Hesse. Mit einem Text, den er 1926 schrieb, und der sich mit einprägsamen Worten und Bildern mit dem unvermeidbaren Ende des Sommers befasst, mit dem Ausklang der langen, heißen Jahreszeit hier in meiner Wahlheimat Montagnola, wo ich heutzutage an malerischen Abenden im gleichen Grotto wie damals Hermann Hesse unter alten Bäumen sitzen darf, um meine Notizen zu Papier zu bringen.

»*Dann wird es wieder zu Ende sein mit den Abenden im Grotto, und zu Ende mit den Badenachmittagen am See von Agno, und zu Ende mit dem Draußensitzen und Malen unter den Kastanienbäumen. Wohl dem, der dann eine Heimkehr zu geliebter und sinnvoller Arbeit, zu geliebten Menschen, zu irgendeiner Heimat hat!*

Wer das nicht hat, wem diese Illusionen zerbrochen sind, der kriecht alsdann vor der beginnenden Kälte ins Bett oder

flieht auf Reisen, und sieht als Wanderer hier und dort den Menschen zu, welche Heimat haben, welche Gemeinschaft haben, welche an ihre Berufe und Tätigkeiten glauben, sieht ihnen zu, wie sie arbeiten, sich anstrengen und mühen, und wie überall ihrem guten Glauben und all ihrer Anstrengung langsam und ungesehen sich die Wolke des nächsten Krieges, des nächsten Umsturzes, des nächsten Untergangs zusammenzieht, nur den Müßiggängern, nur den Ungläubigen und Enttäuschten sichtbar – den Altgewordenen, die an Stelle des verlorenen Optimismus ihre kleine, zärtliche Altersvorliebe für bittere Wahrheiten eingesetzt haben.

Wir Alten sehen zu, wie unterm Fahnenschwenken der Optimisten jeden Tag die Welt vollkommener wird, wie jede Nation sich immer göttlicher, immer fehlerloser, immer berechtigter zu Gewalt und frohem Angriff fühlt, wie in der Kunst, im Sport, in der Wissenschaft die neuen Moden und neuen Sterne auftauchen, die Namen glänzen, die Superlative aus den Zeitungen tropfen, (…) Woge um Woge glüht auf wie die Wärmewogen im Tessiner Sommerwald. Ewig und gewaltig ist das Schauspiel des Lebens – ohne Inhalt zwar – aber ewige Bewegung, ewige Abwehr gegen den Tod.«

»*Jugend ist das in uns, was Kind bleibt, und je mehr dessen ist, desto reicher können wir auch im kühlbewussten Leben sein*«, schrieb Hesse dereinst in einem Brief an einen Bekannten – und wann gäbe es im von Rationalität dominierten Schauspiel des Lebens ein prädestinierteres Zeitfenster, um dem naiven, unbeschwerten, überschwänglichen, ja leichtsinnigen Tatendrang der Jugend freien

| fertiggestellt am 14. Juli 2023

Rote oder blaue Brille?

Eine Betrachtung zum Thema »Was ist Erfolg?«, zuerst publiziert in der Print-Ausgabe #7/23 der Schweizer Monatsschrift »Die Freien«. Welches Thema wäre besser geeignet, um den hiermit 100. Textbeitrag meines Blogs zu zelebrieren.

Drei kräftezehrende Jahre lang haben wir ihn vehement verteidigt, uns vor ihm aufgebaut, unsere schützende Hand über ihn gehalten, um ihn vor Lügen, Propaganda und publizistischem Schmutz zu bewahren, den massenmediale Muldenkipper vor seinen schmaler werdenden Zugängen abgeladen haben – den Debattenraum. Zeit, Bilanz zu ziehen. Zeit, sich zu fragen, was das alles gebracht hat. Scheint unser Habitat doch trotz dieses selbstlosen Engagements von Idealisten zum Dystopia einer oktroyierten Zeitenwende zu verkommen.

Quartalsberichte, Umsatzkennzahlen, Marktanteile, Seitenaufrufe, Return on Investment (ROI): auf Basis derartiger »Key Performance Indicators« (KPI) würde man den Erfolg neuer Medien im Management bewerten. Vermutlich sähen entsprechende Statusberichte ganz passabel aus. Denn nie zuvor in der Zivilisationsgeschichte hatte die »fünfte Gewalt« mehr Zulauf, mehr Publikum, mehr Relevanz und mehr Momentum als in den zurückliegenden drei Jahren. Nie zuvor im Postfaktum des Medienzeitalters haben mehr Menschen weltweit gleichzeitig nach alternativen Informationsquellen, objektiver Berichterstattung und intellektueller Einordnung des Zeitgeschehens gesucht als im Zuge der Corona-Krise. Und dieser Trend setzt sich in Anbetracht des zusehends eskalierenden Ukraine-Konflikts, der postulierten

Klima-Apokalypse oder dem dunkelgrünen Klassenkampf von oben ungehindert fort.

Nun greift der Ansatz, den Erfolg der fünften Gewalt nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien bewerten zu wollen, natürlich zu kurz. Denn obschon auch neue Medien und außerparlamentarische Opposition kostendeckend arbeiten oder infrastrukturelle Fixkosten bewältigen müssen, ist monetärer Erfolg selten Primärantrieb der Initiatoren. Für sie steht zumeist gesellschaftlicher »Impact«, also der Wirkungsgrad ihres Handels im Fokus. Sie interessieren sich für den Effekt, den ihre Arbeit auf das sozioökonomische Umfeld, auf Politik und Kulturbetrieb hat. Für das Echo, das ihr Wirken im öffentlichen Raum evoziert. Naturgemäß sind dergestalt Resultate ungleich schwerer quantifizierbar als unternehmerische Triumphe, die sich in Kontoauszügen und Bilanzen niederschlagen.

Zudem ist Erfolg stets abhängig vom eigenen Anspruchsdenken sowie der individuellen Perspektive. Für Tagediebe und Faulenzer mag es schon ein Erfolg sein, sich trotz akuter Unlust pünktlich zur Arbeit eingefunden zu haben, während der getriebene Workaholic trotz ambitioniertem Tagespensum auch nach zwölf Stunden Maloche noch nicht vom Gefühl der Zufriedenheit beschlichen wird. Für die Massai in Kenia ist es bereits ein Segen, wenn nachts keine der wertvollen Dorfziegen vom Löwen gerissen wurde. Für eine in bitterer Armut lebende Familie im Sudan heißt Glück, dass ausnahmsweise mal niemand Hunger oder Durst leiden muss. Und für die Bewohner eines von Bombenhagel heimgesuchten Kriegsgebietes ist jeder weitere Tag, an dem man dem Tod von der Schippe gesprungen ist, ein großer Erfolg.

Wie also ist das Erreichte zu bewerten? Wohin haben das Engagement von Corona-Maßnahmenkritik, Bürgerrechtsbewegung und fünfter Gewalt geführt? Welche Resultate hat der zum Teil massive Arbeitsaufwand der außerparlamentarischen Opposition gezeitigt? Zunächst ist diesbezüglich einzuräumen: ja, es hätte durchaus besser laufen können – aber eben auch deutlich schlechter. Immerhin waren die Schweiz und Schweden diejenigen Länder, in denen die mildesten Corona-Maßnahmen herrschten. Kein Vergleich mit Australien, wo das Regime eine strikte Zero-Covid-Strategie verfolgte, der österreichischen Impfpflicht oder Deutschland, wo man die Bevölkerung deutlich länger mit faschistoiden 2G-Reglements, Ausgangssperren und ausufernder Maskenpflicht gängelte.

Natürlich wäre es erfreulich gewesen, hätte man das hiesige Covid-Gesetz bereits mit der Volksabstimmung im November 2021 ad acta legen können. Selbstverständlich wäre es zu begrüßen gewesen, hätten sich noch mehr Menschen mit den kritischen Stimmen in punkto mRNA-Technologie beschäftigt, anstatt blindlings der Propaganda mafiöser Pharma-Kartelle und usurpierter Massenmedien anheim zu fallen. Auf der anderen Seite haben hierzulande im November 2021 über 40 Prozent an der Urne *gegen* das Covid-Gesetz votiert. In der Alterskohorte unter 30 wäre es abgelehnt worden. Zu einem Zeitpunkt, als offizielle Stellen den kritischen Anteil der Bevölkerung beim nördlichen Nachbarn auf maximal 20 Prozent beziffern wollten. Und in Liechtenstein stimmten schon letzten September 52,7 Prozent der Wähler gegen die gesetzliche Grundlage für segregierende 2G-Reglements.

»*Erfolg hat nur, wer etwas tut, während er auf den Erfolg wartet*«, konstatierte dereinst der Erfinder Thomas Alva Edison. Das gilt im Zuge der Corona-Krise speziell für die Spra-

che. Denn sie war das erste Opfer dieses korporatistisch orchestrierten Social-Engineering-Experiments, dessen Primärziel darin bestand, flächendeckenden Konformismus zu erzeugen. Eine perverse Umdeutung tradierter Begrifflichkeiten ungekannten Ausmaßes griff Raum. Wörter wie *Solidarität* und *Freiheit* wurden ad absurdum geführt und ihrer Definition beraubt. Und die »Lämmer schwiegen« (R. Mausfeld, 2015). So ist davon auszugehen, dass ohne die Arbeit der neuen Medien und kritischen Netzwerke nicht nur das System deutlich autoritärer operiert hätte. Auch die Sprache hätte sich noch extremer in Richtung orwellscher Neusprech entwickelt.

Der französische Schriftsteller und Philosoph Michel de Montaigne (1533 bis 1592) gab diesbezüglich zu bedenken:

»*Da wir uns miteinander nur durch das Wort zu verständigen vermögen, verrät, wer es fälscht, die menschliche Gemeinschaft. Es ist das einzige Mittel, durch das wir unsern Willen und unsere Gedanken austauschen, es ist der Mittler unserer Seele. Wenn wir es verlieren, so haben wir keinen Zusammenhang und keine Kenntnis mehr voneinander. Wenn es uns betrügt, so zerstört es allen unseren Umgang und zerreißt alle Bande unserer Gesellschaft.*«

Die maßnahmenkritische Bewegung der Schweiz kann sich demnach guten Gewissens auf die Fahnen schreiben, durch ihren Verve eine Gegenöffentlichkeit erzeugt zu haben, die sich Gehör verschaffen und Schlimmeres verhindern konnte. Gleiches gilt im Übrigen für Deutschland, wo der Staat ohne den unermüdlichen Einsatz der freien Medien zweifelsohne deutlich weiter gegangen wäre. Quarantäne-Lager, Impfpflichten und Zero-Covid-Konzepte nach chinesischem Vor-

bild hatte man auch dort in Erwägung gezogen – und zum Teil bereits vorbereitet.

Ja, die Biosicherheitsdoktrin der »vierten industriellen Revolution« konnte nicht gänzlich gestoppt werden. Die invasive »One-Health«-Agenda, ein billiger Euphemismus für die Abschaffung der »souveränen Autonomie des Individuums« (F. Nietzsche, 1887) unter dem Deckmantel der Volksgesundheit, läuft weiter. Die WHO arbeitet unbeirrt an einem neuen Pandemie-Abkommen, das der demokratisch nicht legitimierten, supranationalen Organisation bei Ratifizierung eine nie dagewesene Machtfülle zuschreibt. Auch die fragwürdigen mRNA-Injektionen sind längst nicht endgültig vom Tisch. En contraire – die Technologie soll nun auch gegen Krebs und andere Krankheiten in Stellung gebracht werden. Und der Starttermin für eine ehrliche Aufarbeitung der Verbrechen, die im Zuge der vermeintlichen Pandemie begangen wurden, steht ebenfalls noch in den Sternen.

Manch ein Erfolg mag nicht ohne weiteres greif- oder quantifizierbar sein. Und das Ideal ist kaum jemals zu erreichen. Hin und wieder bemisst sich ein Erfolg aber auch schlicht daran, was in Anbetracht der denkbaren Szenarien alles *nicht* eingetreten ist. Zudem dürfte zumindest ein Umstand von allen Mitgliedern der oppositionellen Kräfte wohlwollend goutiert werden – dass im Verlauf der zurückliegenden drei Jahre unzählige Menschen zueinander gefunden haben, die sich ohne diese Krise(n) nie begegnet wären. So entstand das Fundament für eine humanere, dezentralere und freiheitlichere Gesellschaft, an der es nun mit neuem Elan weiterzuarbeiten gilt. Für die Zukunft. Gegen Tyrannei.

Ich für meinen Teil habe noch nie zuvor in meinem Leben und in so kurzer Zeit so viele neue, wertvolle Kontakte mit

Gleichgesinnten geknüpft, so viele bereichernde Menschen kennengelernt. Dieser Umstand ist fraglos ein massiver Zugewinn an Lebensqualität. Und als größten persönlichen Erfolg der vergangenen Jahre verbuche ich für mich die Tatsache, dass ich an potenzielle Erfolge, oder Misserfolge, keinerlei Gedanken mehr verschwende. Ich mache einfach das, was mir in diesem Moment richtig und wichtig erscheint, während ich darauf warte, dass sich Erfolge einstellen. Bleiben diese aus, hat man zumindest Gewissheit, das Menschenmögliche dafür getan zu haben.

Zudem bin ich im Falle eines Scheiterns längst mit neuen Ideen, Projekten oder Wissbegierigkeiten beschäftigt. Daher ist in meinem Leben schlichtweg selten Platz für negative Empfindungen. Früher bezeichnete man Menschen, die keiner geregelten Erwerbsarbeit nachgehen, gerne als Lebenskünstler. Und tatsächlich scheint das Leben viel mit einem Kunstwerk oder der Arbeit an einem solchen gemein zu haben. Lebt sich das Leben doch am unbeschwertesten, wenn man seine wie auch immer gearteten Werke mit Hingabe und Herzblut vollendet – um nach ihrer Fertigstellung keinen Gedanken mehr daran zu verschwenden. Denn es sind nun nicht mehr die eigenen. Man hat sie der Öffentlichkeit, der Welt, der Zeit übergeben und ihnen damit Eigenleben verliehen. Sie gehören jetzt allen. Und niemandem.

| fertiggestellt am 20. Juli 2023

Futur II

»Wer die Enge seiner Heimat begreifen will, der reise. Wer die Enge seiner Zeit ermessen will, studiere Geschichte« (Kurt Tucholsky). Doch wie schreibt man diese Geschichte, wie sorgt man im Zeitalter der »Cloud« dafür, dass kommende Generationen sich an ihre Vergangenheit werden erinnern können?

Futur II – eine etwas umständlich zu handhabende, moribunde grammatikalische Tempusform, der im Deutschunterricht, den ich aus meiner Jugendzeit erinnere, nicht allzu viele Sympathien zuteil wurden. Zahlreiche Klassenkameraden hatten veritable Schwierigkeiten mit dem für ihre Anwendung erforderlichen Geschick im Satzbau, fanden die Variante umständlich und suchten sich daher einfachere Wege, um das Gewünschte auszudrücken. Ein leichtfertiger Einsatz des Gelernten könnte unter Umständen das Fehlerrisiko bei Prüfungen erhöhen, zu schlechteren Zensuren führen, also vermied man ihn. In meinen Augen dagegen barg diese Art und Weise, Mutmaßungen über die Zukunft zu formulieren, die Möglichkeit für amüsante sprachliche Spielereien. So entwickelte ich einigen Elan dabei, mit Worten und Tempi möglichst komplexe Satzgebilde zu zeichnen. Schreiben hatte für mich schon immer etwas von Malen mit Buchstaben. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wurde ich mir gewahr, dass diese semantische Finesse der hiesigen Schriftsprache eine fundamentalere, eine philosophische Frage aufwarf: Was ist die Zukunft – und wie schreiben, oder beschreiben wir sie? Anhängig: Was ist die Vergangenheit, »*die Geschichte*«, und wie soll man im Lichte möglicher Antworten auf diese scheinbar simplen Fragen sinnvoll mit der wertvol-

len wie kurzlebigen Gegenwart der zerbrechlichen menschlichen Existenz umgehen?

Was also ist Vergangenheit? Was Geschichte? Was wissen wir warum aus der Zeit vor unserer Geburt und woher? Die Antworten erscheinen zunächst trivial: Das, was vor unserer Zeit passierte. Das, was von Menschen, die vor uns lebten, konzipiert, kreiert und dokumentiert wurde und die oft fatalen Wirren der Zeit überdauerte. Wir kennen die Geschichte von den Erzählungen der Ältesten, aus Büchern, lernen sie im Schulunterricht, sehen sie dank Hochglanzdokumentationen sogar in bewegten Bildern. So meinen wir zu wissen, wie die Welt entstand, der Homo sapiens sich entwickelte, wie Kriege aufflammten und gewonnen wurden, was Sokrates dachte, Jesus tat, Fernando Pessoa bewegte, was Mussolini, Mao, Hitler oder Idi Amin trieb, arabische Völker wollen und der afrikanische Kontinent braucht.

Während wir all das Gelernte für bare Münze und als Startkoordinate unseres Denkens, Fühlens und Agierens nehmen, stellen wir kaum jemals die Frage, wessen Zweck der »offizielle Tathergang«, die gängige Interpretation der Vergangenheit, die anerkannte Geschichtsschreibung eigentlich dient. Wir hinterfragen nicht, wie man uns dazu bewegte, zu glauben, dass es normal sei, wenn Demokratie von Langstreckenbombern abgeworfen, anstatt vom Demos ausgeübt wird – und wie die von Deutungseliten goutierte Variante der zivilisatorischen Historie überhaupt Eingang in die schulisch relevanten Annalen unserer Spezies nahm. Wir beschäftigen uns zu selten mit dem Umstand, dass die Gegenwart die Vergangenheit der Zukunft ist.

Deutlich wird der Ausgangspunkt dieser Gedankengänge beim Spiel mit dem Tempus, formuliert man einen schlich-

ten Satz in Futur I und II. Zum Beispiel: »Wenn ich einmal gestorben sein werde, wird mein Vermächtnis meine Zukunft sein«.

Diesem Vektor folgend werden diejenigen, die in der Zukunft existieren, nur das von mir wissen können, was ich in der Gegenwart erschaffe und ihnen hinterlasse. Mein Heute formt mein Morgen, die Zeit, in der ich nicht mehr lebendig, aber Teil einer Vergangenheit sein werde – während meine Jetztzeit zu großen Teilen von dem bestimmt wird, was ich über die Vergangenheit zu wissen vermute. Aus dem Selbstverständnis meines Wissens um Geschichte, um Gut und Böse, Sieger und Verlierer, Helden und Despoten, leiten sich moralische Grundwerte, politische Überzeugungen, kulturelle Zugehörigkeiten und religiöse Affinitäten ab. Das, was vom Vergangenen überliefert ist, ob Katastrophe oder Triumph, Lüge oder Wahrheit, hat nicht nur die faktische Gegenwart ermöglicht, die normative Realität, sondern auch das Identitätsdenken des hier und jetzt lebenden Individuums. Sein Sozialverhalten, seine Reflexe, die evolutionäre Entwicklung der fleischlichen Hülle, seine Ängste und Träume.

So führen derartige Überlegungen unweigerlich zur Frage, wem die im Bildungssystem gelehrte Interpretation zurückliegender Zeiten dient. Der slowenische Schriftsteller Zarko Petan war diesbezüglich sehr deutlich und konstatierte:

»Die Historiker verfälschen die Vergangenheit, die Ideologen die Zukunft«.

Wer profitiert von den geopolitischen, sozialarchitektonischen, physikalischen und religiösen Erzählungen, die in Literatur, Medien und Bildungssystemen als absolute Wahrheit angepriesen werden? Wer definiert Wahrheit? Und wie kommen die Abhandlungen, Dokumentationen und Erzäh-

lungen darüber zustande? Wird das Buch eines kritischen Autors der 2020er-Jahre in einer fernen Zukunft auch an Grund- und Hochschulen als Zeitzeugnis besprochen werden? Wird man lehren, dass die Corona-Krise eine dystopische Pandemie war – oder wird man den Heranwachsenden erklären, dass die Bevölkerung von korporatistischen Plutokraten betrogen wurde und es primär um Macht, Überwachungsstaatlichkeit und Milliarden für die Pharmaindustrie ging? Ist unser aller Leben Teil des Lehrplans kommender Generationen – oder wird die Geschichte wieder nur von den »*Gewinnern*« geschrieben, jenen Zeitgenossen, die in exponierter Position den Lauf der Geschichte, oder zumindest die Form seiner Überlieferung zu beeinflussen vermögen?

Das ist keine rhetorische Frage. Denn vom Zeitalter der »Cloud«, in dem der Brief durch E-Mail und Messenger-Dienste ersetzt, die Musik gestreamt, Kunst als NFT angeboten, das Familienalbum auf dem iPhone geführt und das Buch auf dem Tablet geschrieben oder gelesen wird, bleibt nach einem EMP (Elektromagnetischer Puls) oder Sonnensturm vielleicht nicht allzu viel übrig. All die Daten, ob auf Festplatte im Keller oder auf Serverfarmen der Konzerne, könnten sich binnen Sekunden in Wohlgefallen auflösen. Lebenswerke, gelöscht in einem Wimpernschlag. Die zusehends rigide Kontrolle des Sagbaren, die automatisierten Einschränkungen des digitalen Debattenraumes, monopolistisch algorithmisierte Plattform-Zensur sowie das individuelle Phlegma des Homo sapiens im Medienzeitalter tun ihr Übriges, um die Vollständigkeit wahrheitsgemäßer Überlieferung des Ist-Zustandes für kommende Jahrzehnte und Jahrhunderte zu gefährden. Bekanntermaßen hielt schon George Orwell in diesem Zusammenhang fest:

»Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.«

Anno dazumal hatten es Despoten jedoch deutlich schwerer in punkto Zensur. Denn bis vor nicht allzu langer Zeit war es war ein Ding der Unmöglichkeit, aller Exemplare eines unliebsamen Buches, einer aufrührerischen Platte, eines verbotenen Plakates, Magazins oder Flugblattes habhaft zu werden. Dank dieser Umstände, dank der physischen Reproduktion und sozialen Multiplikation von Ideen und Gedanken, sind wir heute in der Lage, zumindest, wenn wir Patina, Pathos und Paradigmen vom Kern der Erzählung zu unterscheiden vermögen, die Überzeugungen, Leiden, Abgründe und Verdienste unserer Vorfahren zu erahnen – auch wenn das in ihrer Ära herrschende System mit allen Mitteln versuchte, ihre Stimme zu unterdrücken, um sie aus der Fortschreibung der Zeit zu tilgen. Dank traditioneller Publizistik und physischer Medien hören wir sie bis heute.

»*Geschichte lehrt die Menschen, dass die Geschichte die Menschen nichts lehrt*«, soll Mahatma Ghandi gesagt haben. Allenthalben lehrt uns die Geschichte nebst unglaubwürdigen Erzählungen der »*Gewinner*« aber auch ganz einfache, unstrittige Tatsachen. Zum Beispiel, dass man vor etwas mehr als hundert Jahren noch keine Erlaubnis der Regierung benötigte, um zu heiraten, ein Haus zu bauen, angeln zu gehen, eine Grenze zu passieren, Haare zu schneiden, ein Geschäft zu eröffnen, Regenwasser zu sammeln, Gemüse anzubauen, Nutztiere zu züchten oder zu protestieren. Man tat es einfach. Und auch die Abgabenlast in Form des »Zehnt« war im Altertum vergleichsweise gering. Dagegen muss man die Lohnabzüge der Postmoderne unumwunden als Raubzug bezeichnen. So helfen historische Fakten bei der Kontextua-

lisierung des Status Quo. Auch wenn die Lehrmeinung darüber, wie wir diesen erreicht haben, en gros in Frage zu stellen ist.

Was wird von der flüchtigen Kommunikation, der digitalen Korrespondenz, von Online-Fotoalben und der Kunst dieser Epoche bleiben? Und wo? Wer kontrolliert die gesicherten Daten? Wie wird das Wissen jener weitergegeben, die im Jahr 2023 erkannten und dokumentierten, dass sich ein neuer Totalitarismus erhebt, die versuchten zu kommunizieren, dass man nicht frei ist, wenn man für praktisch alles die Einwilligung eines technokratischen und zunehmend übergriffigen Systems einholen muss? Dass man Souveränität und Autonomie vollends einbüßt, wenn man zur gesichtslosen Verfügungsmasse eines in Rage geratenen Kollektivs, dessen Denkmuster wie hypnotisiert den Emotionsamplituden wohldosierter Empörungsschübe folgen, degradiert wird? Als zahlendes Nutzvieh, gehalten auf einer Steuern- und Abgabenfarm, in einem Freiluftgehege, dessen aus Nullen und Einsen bestehender Stacheldrahtzaun kontinuierlich enger gezogen wird.

Wie soll die Zukunft von einer Generation erfahren, deren Leben, deren Widerstand, deren Kultur im digitalen Raum stattfindet, deren Alltag von Apps, Profilen, Programmen und Plattformen bestimmt wird? Was übersteht den Test der Zeit, wenn die virtuelle Domäne von Tag zu Tag labiler, unfreier und unzugänglicher wird? Werden die physisch gedruckten Bücher, Magazine und Zeitungen dieser Jahre genügen, um abzubilden, was geschehen ist? Die wenigen CDs und Schallplatten? Wissen wir nicht oft erst durch Tagebücher, Briefe, vergilbte Fotos, Kalender und persönliche Dokumente, was Zeitzeugen dereinst wirklich bewegte? Notierten und kommunizierten sie nicht gerade im Privaten jene

Puzzleteile der Wahrheit, die nicht Eingang in offizielle Publikationen fanden? Teilen uns nicht oft gerade alte Fotografien mehr über Zusammenhänge, Netzwerke und Intentionen mit als manch gedrucktes Buch?

Aus diesen Überlegungen scheint sich ein Imperativ abzuleiten: Schafft und erhaltet so viele Printmedien, Tonträger und Kunstwerke wie möglich – nutzt die Gegenwart, um an der Zukunft zu arbeiten! Eurer Zukunft. Schreibt Karten, Briefe und Tagebücher, druckt bedeutsame Online-Konversationen aus, legt Fotoalben an, benutzt Kalender aus Papier, sichert Daten auf externen Festplatten. Nur so wird sich für kommende Generationen ein halbwegs zutreffendes Bild ihrer Vergangenheit rekonstruieren lassen. Die Zukunft ist jetzt.

»Jeder möge sein eigener Geschichtsschreiber sein, dann wird er sorgfältiger und anspruchsvoller leben«. (Bertolt Brecht)

| fertiggestellt am 05. August 2023

Konterkarierende Kultur

»Unsere Eigenschaften müssen wir kultivieren, nicht unsere Eigenheiten.« (Johann Wolfgang von Goethe)

Musik verbindet, ist eine universelle Sprache, die sich über Grenzen, Ethnien, Ideologien, Religionen und Epochen hinwegsetzt. Ihr Klang, dem die zuweilen fast surreal wirkende Kraft innewohnt, aus kalter, bedrückender Stille einen warmen, harmonischen Raum zu formen, bringt, ja schweißt Menschen zusammen. Seit Jahrhunderten vollbringen es kunstvoll organisierte Tonfolgen, Barrieren zu überwinden, die ohne diese tonale Magie kaum aufzubrechen wären. Opern, Arien, Sonette, Hymnen, Fugen, Balladen, Songs – sie überdauern Kriege und Katastrophen, Gesellschaftsformen und Tyrannen, Strömungen und Zeitalter. Es ist dabei nicht einmal erforderlich, der Sprache des Komponisten, Musikers oder Sängers mächtig zu sein. Jeder Mensch, der zu emotionalen Wallungen fähig ist, versteht, auch ganz ohne Worte, was der Urheber des Werkes mitzuteilen hat. Denn Musik ist eine universelle Sprache.

So brillieren in Studios und auf Bühnen nicht selten bunt zusammengewürfelte Bands, bei denen jedes Mitglied aus einem anderen Land kommt, eine andere Sprache spricht. Die Instrumentalisten verstehen sich blind, harmonieren nonverbal. Sie verständigen sich mit Noten und Rhythmen, mit Mimik und Körpersprache. Und auch das Publikum kommt oft aus aller Herren Länder angereist. Bei großen Festivals treffen Menschen aller Altersgruppen, aus jedem Erdteil, jedem Kulturkreis aufeinander und verstehen sich. Friedlich. Ganz ohne über ein gemeinsames Vokabular zu verfügen. Denn bei Kunst geht es um etwas Höheres. Ein übergeordnetes

Selbstverständnis. Sie kommuniziert auf einer anderen, geradezu spirituellen Ebene. Wenn die Interpreten auf der Bühne ihre Hits und Klassiker im dämmernden Licht eines milden Sommerabends anstimmen, zelebrieren sie gemeinsam mit den Zuhörern eine universelle Verbundenheit. Schon mit dem ersten Ton, der im Auditorium erklingt, verschmelzen die Besucher einer musikalischen Darbietung zu einer Einheit. Werden zu einer wogenden Masse. Egal, ob es dutzende, hunderte oder abertausende sind.

»*Die Welt ist ein Buch. Wer nie reist, sieht nur eine Seite*«, hielt Augustinus Aurelius dereinst fest. Er hatte Recht. Denn ich bin Musiker. Und viel gereist. Ich hatte das Glück, einen großen Teil dieser Welt sehen zu dürfen. Mit all ihren Sonnen- und Schattenseiten. In der Rückschau erscheint mir ein Leben ohne diese Erfahrungen undenkbar, nahezu unmöglich. Denn erst mit Kenntnis von der Welt wurde mir mein Platz darin bewusst, wurde mir klar, was wirklich zählt. Erst durch die persönliche Konfrontation mit Grenzen, Konflikten, Armut, Kriegen, Leid, aber auch Traditionen, Bräuchen, Feierlichkeiten und Freudentänzen all der anderen Kulturen auf diesem Planeten offenbarte sich mir, was mich von ihnen trennt – und vor allem, was mich mit ihnen untrennbar verbindet.

Überall wo ich hinging, um mit anderen Menschen gemeinsam Musik zu machen, war Sprache irrelevant, waren weltliche Gedanken zweitrangig. Man spürte einander – als gleichgesinnte Wesen einer Spezies. Verstand sich wortlos. Oder notfalls mit Händen und Füßen. Ähnlich geht es wohl auch Vertretern und Anhängern der bildenden Künste. Skizzen, Ölgemälde alter Meister, Skulpturen, unscheinbare Stillleben, Aquarelle, selbst Hieroglyphen und Höhlenmalereien sprechen mit dem aufmerksamen Betrachter. Und zwar weit

über ihr Motiv, ihr Entstehungsjahr oder den Stil ihres Erschaffers hinaus. Denn Kunst kommt von innen. Muss artikuliert, manifestiert, komponiert werden. Ein Zwang. Sie bricht heraus. Und sie kommt von unten, wird von uns gemacht – von den Tagelöhnern, Langschläfern und Arbeitslosen, den Arbeitern und Angestellten, von Mindestlohnempfängern, Aussteigern, Lebenskünstlern, Unangepassten und Rebellen. Nicht von der herrschenden Klasse. Oder wann haben Sie das letzte Mal einen König, Diktator, Präsidenten, Konzernchef, General oder Philanthropen gesehen, der einen feingeistigen Song ersonnen, ein fesselndes Buch geschrieben oder ein bewegendes Bild gemalt hätte? Eben.

»Die Musik drückt das aus, was nicht gesagt werden kann und worüber zu schweigen unmöglich ist.« (Victor Hugo)

Kunst und Kultur sind Ausdruck des Innersten. Von Menschen. Von unten. Von Herzen. Aus der Seele. Von *»denen da oben«*, der Prädatorenkaste, sind derartige Bereicherungen gesellschaftlicher Kohabitation in der Regel nicht zu erwarten. Denn obschon auch jene an der Spitze der Einkommenspyramide biologisch zur Gattung Homo sapiens zu zählen sind, haben sie nicht selten alles Menschliche abgelegt. Sie führen Krieg, opfern gewissenlos Untergebene für Partikularinteressen, negieren moralische Grundfesten. Zügelloses Profitstreben, Machtgier, Kontrollneurosen und Größenwahn haben die kursgebenden Vertreter unserer Spezies im Würgegriff. Deswegen haben sie vergessen, oder blenden aus, was uns Menschen wirklich verbindet. Und das sind nun einmal nicht supranationale Organisationen, überstaatliche Abkommen oder die global operierende Plattform- und Aufmerksamkeitsökonomie, sondern Werte, Gefühle und die gemeinsame Geschichte. Die kleinen Freuden des Lebens. Eine glückliche Familie. Wir einfachen Menschen haben das

längst verstanden, haben allgemein gültige Menschenrechte verinnerlicht und wollen mit den Völkern dieses Planeten in Friede und Freiheit leben. Nur die Herrschaftskaste hat, ob ihrem Gerangel um Macht, ein Interesse daran, diesen Umstand zu ändern, versucht in regelmäßigen Abständen, uns gegeneinander aufzuwiegeln, will vergessen machen, was war – damit wir akzeptieren, was kommt. Neue Feindbilder werden gesetzt, Bevölkerungsgruppen pauschal herabgewürdigt, ausgegrenzt, diffamiert, bespuckt, barbarisiert. Ausgemerzt? Wer weiß. Jedenfalls sollen wir wieder Angst haben, sollen hassen. Vielleicht auch töten.

Nach Terroristen, Islamisten, Corona-Maßnahmen-Kritikern und Klima-Leugnern sind es nun vor allem die Russen, zu deren Verachtung wir angehalten werden. Ein ganzes Volk. Pauschal zu Abschaum erklärt. Ein Volk, das den Deutschen maßgeblich dabei half, die dunklen Jahre der NS-Diktatur zu beenden. Ein Volk, das genau wie jedes andere aus einfachen Menschen besteht, die Krieg fürchten und verabscheuen. Ein in weiten Teilen armes Volk, das ein einfaches, ländliches Leben führt. Hier wie dort rennt niemand vom Freudentaumel erfasst, sehenden Auges ins Verderben eines Schlachtfeldes. Sippenhaft und Kontaktschuld sollten aus gutem Grund ein Relikt der Vergangenheit darstellen. Kein normaler Mensch deklassiert sofort die gesamte Nachbarschaft, nennt jeden seiner Nachbarn einen Untermenschen, nur weil ihm der Hausmeister des Wohnblocks auf die Nerven geht. Das ist primitiv. Und trotzdem genau das, was die Obrigkeit derzeit von uns verlangt.

»Man kann ohne Liebe Holz hacken, Ziegel formen oder Eisen schmieden. Aber man kann nicht ohne Liebe mit Menschen umgehen« (Leo Tolstoi)

Anstatt sich blindlings um die Flagge zu scharen und den Rattenfängern zu folgen, gilt es, sich der kulturellen Errungenschaften, der verbindenden Elemente jener Gesellschaft zu erinnern, die wir nun im Blutrausch meucheln sollen. Denn genau wie jede andere Nation hat Russland eine Vielzahl großer Geister hervorgebracht, Genies, die uns Meisterwerke, Klassiker und Unikate hinterlassen haben. Stravinsky, Tschaikowsky, Schostakowitsch oder Prokofiev schufen Meilensteine kontinentaleuropäischer Kultur, waren getrieben von einer Mission, einer Idee, einer übermannenden Emotion, die es in universeller Sprache künstlerischen Ausdrucks festzuhalten bedurfte. Aus diesem Grund verstehen wir ihre Nachrichten aus der Vergangenheit noch in der Postmoderne – ganz ohne das kyrillische Alphabet zu beherrschen. Denn Kunst kennt keine Grenzen. Landkarten dagegen schon. Umso bedeutsamer erscheint der Umstand, dass sowohl Kunst als auch Wissenschaft sich stets überstaatlich organisierten, dass Gleichgesinnte im internationalen Austausch mit den relevanten Zirkeln ihrer Zeit standen und etatistische Barrieren ignorierten.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns dieser Tage die beachtlichen wie bezaubernden architektonischen Zeugnisse russischer Kunstfertigkeit betrachten. Die Basilius Kathedrale auf dem Roten Platz, die Jagdresidenz Kolomenskoje, die Eremitage in St. Petersburg, in der zehnmal mehr Exponate ausgestellt sind als im Louvre, Schloss Peterhof, »*das Versailles von Russland*«, oder die kuriosen Holzbauten auf der Kizhi-Insel. Wir sollten uns häufiger die Landschaftsmalereien von Lewitan, die einzigartigen Waldgemälde von Iwan Schischkin oder den Realismus eines Ilja Repin zu Gemüte führen. Oder die unterhaltsamen Kurzgeschichten von Anton Tschechow. Gerade vor zwei Jahren hätte Fjodor

Dostojewski seinen 200. Geburtstag gefeiert und wurde aufgrund des runden Jubiläums geehrt – der meistgelesene russische Autor der Welt – dessen analytische Betrachtungen der menschlichen Psyche bis heute zu verblüffen wissen. Der Dichter Alexander Puschkin ist ebenfalls weit über die Gemarkung seiner riesigen Heimat hinaus bekannt. Und auch der russische Philosoph und Moralist Leo Tolstoi, Verfasser von »Anna Karenina« oder »Krieg und Frieden«, erlangte nicht zu Unrecht Weltruhm.

Wer sich zwischen Ost und West auf die Suche nach Unterschieden macht, stößt vor allem auf Gemeinsamkeiten. Wie immer, wenn es um das Zusammenleben von Menschen geht. So sind natürlich auch nicht nur die Metropolen des Wertewestens ein heißes Pflaster für urbanes Leben und Subkultur. Auch in russischen Großstädten tobt das Leben, gibt es geschäftige Cafés, Konzerte, Clubs, kulinarische Tempel und nächtliche Ausschweifungen. Wahrscheinlich ist das Nachtleben in Moskau, St. Petersburg oder Omsk mittlerweile sogar aufregender als im dogmatisch-woken Berlin.

Selbst die Hip-Hop-Szene steht der hiesigen in nichts nach. Im Gegenteil. In Russland gibt es derzeit wohl mehr unangepasste Rapper, die kein Blatt vor den Mund nehmen, als hierzulande, wo sich der Kulturbetrieb nahezu gänzlich für Herrschaftsnarrative prostituiert. Auf manch Moskauer Bühne herrschen recht raue Töne. Soziale Missstände, Korruption und Putins Regierung werden von der jungen Generation offen kritisiert. Man nimmt kein Blatt vor den Mund. Hin und wieder versucht der Kreml natürlich, Konzerte abzusagen oder deren Durchführung zu erschweren – doch Kultur bricht sich Bahn. Vor allem Sub- und Jugendkultur. Auch, und gerade, wenn man sie unterdrücken will. Im Ergebnis dürfte man sich als russischer Künstler derzeit weniger einge-

schränkt fühlen, weniger Selbstzensur üben müssen, als es die deutungselitären Leitplanken im besten Deutschland aller Zeit verlangen.

Anstatt »*die Russen*« also über einen Kamm zu scheren, wie vom Zentralkomitee in Berlin empfohlen, sollten wir uns intensiver mit ihnen beschäftigen, sollten versuchen, ihre Kultur zu verstehen. Denn alle Menschen sind gleich! Ohne Ausnahme. Wir alle sind Vertreter ein und derselben Spezies. Und wir haben die gleichen Fressfeinde – jene Zeitgenossen nämlich, die die Auffassung vertreten, sie hätten das Recht, uns zu beherrschen.

Wer sich auf sein Gegenüber einlässt, ehrliches Interesse an der Geschichte des anderen hegt, wer fragt und forscht, entwickelt Empathie. Selbst für vermeintliche Opponenten. Deswegen sollten wir uns dringend wieder mit den menschlichen und feingeistigen Aspekten unserer Zeitgenossen beschäftigen, nicht mit deren politischer Kaste. Mit den kulturellen Errungenschaften, anstatt blutdürstiger Propaganda. Denn auch Russland lässt sich nicht auf eine Person, einen Egomanen und modernen Zaren und seine Oligarchen reduzieren – es besteht zuvorderst aus fast 150 Millionen Artgenossen. Der Alltag des Landes wird bestimmt von Mitmenschen, mit Menschen, für Menschen. Manch eine Tradition, manche Vorliebe, manch eine Überzeugung mag auf Bewohner Westeuropas befremdlich wirken, ja. Doch betrachten wir das kulturelle Schaffen der russischen Bevölkerung, erkennen wir, wie ehrlich Kultur sein kann. Der menschliche Ausdruck in seiner reinsten Form ist nicht oktroyiert, transportiert kein Herrschaftsnarrativ, keine Ideologie und keine versteckte Agenda – Kultur reflektiert, abstrahiert, konterkariert oder devalviert die sozioökonomischen Strömungen ihrer Epoche, fängt sie ein und konserviert sie. Sie reflektiert

den herrschenden Zeitgeist aus der Perspektive jener Menschen, deren Zusammenleben im Geist der Zeit Kultur erst entstehen lässt.

Bevor uns die fanatisch flötenden Fanfaren der Kriegstreiber also ins nächste historische Unglück stürzen, einen dritten Weltkrieg, weil man in den Elfenbeintürmen korporatistischer Macht inhumane Pläne für geopolitische Rochaden und biotechnologischen Überwachungskapitalismus verfolgt, man den kollektivistisch konditionierten Pöbel wie üblich wieder nur als Kanonenfutter sieht, als Verfügungsmasse, sollten wir uns bewusst machen, wer hier eigentlich gegen wen anzutreten gedenkt – und ob der aktuelle Konflikt an Russlands Außengrenzen, wie auch jeder andere Krieg, überhaupt der unsrige ist. Denn die Geschichte zeigt, dass es nicht die einfachen Bürger sind, die militärische Konflikte vom Zaun brechen, sondern jene, die sich dazu aufschwingen, über sie zu herrschen. Oder wollen Sie sich für eine korrupte Regierung, die die Interessen von Großkapital und Konzerneliten vertritt und sich einen feuchten Kehricht um ihr Wohlbefinden schert, in einen Schützengraben werfen, um auf Mitmenschen zu schießen, die sie nicht kennen, die ihnen nichts getan haben, die Frau und Kinder haben? Wollen Sie für einen neofeudalistischen Staatsapparat ihr Leben opfern, dem selbiges nie einen Cent wert war? Sind Sie wirklich bereit, ihre Zukunft, die ihrer Familie, und, im Falle eines nuklearen Schlagabtausches, die ganz Kontinentaleuropas für das Polykrisen-Monopoly der Prädatorenkaste auf Spiel zu setzen? Ich jedenfalls nicht.

»Man kann einen Krieg genauso wenig gewinnen wie ein Erdbeben.« (Jeanette Rankin)

| fertiggestellt am 12. August 2023

Spiegelreflexe

»Lass dich nicht gehen. Geh selbst!« (Magda Bentrup) – eine mokante Betrachtung zum Thema Reisen – und der Abschluss meiner kleinen Sommer-Trilogie leichter Lektüre.

Ich habe sehr viel Zeit über den Wolken verbracht. In Flugzeugen. In manchem Jahr belief sich meine persönliche »Airtime«, also die Zeit, die man binnen 52 Reisewochen effektiv in der Luft verbringt, auf drei bis vier Monate. Bei einer einzigen Fluggesellschaft. Auf die Minute genau dokumentiert in der Meilen-Statistik des elektronischen Vielflieger-Profils.

Dies, während ich im gleichen Zeitraum natürlich noch Verbindungen bei diversen anderen Airlines buchen musste, weil Flugzeiten, Verfügbarkeit und Buchungsklassen je nach Destination differierten. Ich habe in Flugzeugen geschlafen, an Flughäfen eingekauft, mich in Lounges verköstigt und geduscht, mein Büro im Koffer transportiert, in Hotels gelebt und jegliches Gefühl für die heimische Zeitzone hinter mir gelassen. Erholsamer Schlaf wurde zum Luxusgut. Die großen Verkehrsknotenpunkte der Welt kenne ich dafür allesamt. Viele in- und auswendig. Und sie gleichen sich frappierend. Genau wie die zahlreichen grau, entkernt und desillusioniert dreinschauenden Konzernweltroboter, denen man in dieser Flugmeilen sammelnden Blase Dauerreisender zwischen Willkommensdrink, Lachshäppchen und Hochprozentigem begegnet.

Manchen Vertreter dieser Gattung trifft man denn auch tatsächlich mehr als einmal. Erst in Tel Aviv, dann in Frankfurt, Boston, Dubai oder Singapur. Die Welt ist klein, so riesig einem der Planet auf Langstreckenflügen allenthalben vor-

kommen mag. Man erkennt sich, sieht sofort, wer ungewöhnlich viel Zeit in der gängigen Reiseflughöhe von zehn bis zwölf Kilometern verbringt. Man nickt sich in Wartehallen, Airline-Lounges und Shuttle-Bussen, an Check-in-Schaltern, Sicherheitsschleusen und Gepäckausgaben zu. Chronischer Schlafmangel, Termindruck, Stress und permanente Beschleunigung hinterlassen Spuren, zeichnen das rascher alternde Antlitz. Mit zunehmender Reiseerfahrung und anwachsendem Meilenkonto beginnen sich außerdem die Insignien internationaler Vielfliegerschaft anzugleichen. Es leuchtet plötzlich ein, warum viele der zur Rastlosigkeit verdammten die gleiche Koffermarke benutzen, auf den gleichen Kopfhörer schwören oder identische Reiseadapter bei sich tragen.

Dieses Paralleluniversum greller Neonröhren, summender Klimaanlagen, ohrenbetäubender Lautsprecherdurchsagen und invasiver Checkpoints ist Ausdruck der anonymisierenden Perversität eines außer Kontrolle geratenen Turbokapitalismus. Eines technokratischen Systems, dem der karrierefixierte Homo sapiens seinen Geist, seinen Biorhythmus und seine sozialen Kontakte opfert. Wie einer Sekte. Der Altar ist das Fließband des Sicherheitspersonals in der First- und Business-Class-Schlange. Die Absolution das grüne Licht des Anti-Terror-Personenscanners, das endlich den erlösenden Weg zum Flugsteig freigibt. Dort angekommen, und dank Gold-Status wieder als Erster im Oberdeck der Boing 747 platziert, ist nach dem x-ten Mal aber auch der eilig, mit einem aufgesetzten Lächeln gereichte Begrüßungssekt kein Ausdruck von Willkommenskultur oder Kundenservice mehr, sondern lediglich Sinnbild lustlos bemühter Beliebigkeit. Manifestation routinierter Austauschbarkeit. Kultivierte Redundanz.

Während sich trotz der infamen Oberflächlichkeit dieser Frequent-Traveller-Blase nicht wenige der um die Welt jettenden Manager für das Zentrum des Universums halten, für mondän und unersetzbar, einen arroganten Habitus betuchter Allwissenheit zur Schau stellend, wirken sie für reflektierte Eingeweihte wie die blasse, gehetzte Karikatur des erfolgreichen Geschäftsmannes. Wie ein lebloses Abziehbild. Jedes Klischee erfüllend. Die Moral der weltbekannten Erzählung über den »*Handlungsreisenden*« (A. Miller) haben sie augenscheinlich nicht verstanden. Die Selbstdarstellungsmaschinerie hat sie vereinnahmt, der abstumpfende Marathon im Hamsterrad fremdbestimmten Lebens dafür gesorgt, dass sie Pfade abseits der ausgetretenen nicht mehr wahrnehmen. Außenwirkung ersetzt innere Werte, der Kollegenkreis die Familie, die Bonuszahlung das persönliche Glück. Ein Panoptikum standardisierter, sinnentleerter 0815-Lebensentwürfe aus dem Hochregallager der Plutokratie.

So entgehen diesen von Outlook-Kalendern und digitalen Fesseln kontrollierten Zeitgenossen natürlich die schönen Seiten des Fliegens. Denn hat man es nach Transfers, Sicherheitsschleusen und Boarding-Logistik schließlich über die Wolken geschafft, hat so eine Flugreise durchaus wundervolle, faszinierende, bereichernde Seiten. Die Verantwortung für das eigene Leben hat man bereits beim Einsteigen an Pilot und Maschine übereignet. Für die Dauer des Fluges ist man ausgeliefert. Das kann einerseits beängstigend wirken – oder auch sehr befreiend. Wie der erste Blick aus dem Fenster. Denn zehn Kilometer über der Erde wirkt nicht nur die eigene Existenz irgendwie relativ, sondern auch alles andere was da unten vor sich geht. Aus dieser Perspektive erscheinen Alltagsstress und Sorgen um irgendwelche Malässen surreal, tägliche Animositäten überflüssig wie unbedeu-

tend. Das kopflose Rennen und Hetzen, das Gerangel am Futtertrog, die Eitelkeiten, Obszönitäten und amoralischen Umtriebe unserer Ellenbogengesellschaft, von so weit oben – konfrontiert mit der eigenen Machtlosigkeit und Vergänglichkeit – wirkt all das wie eine Seifenoper steriler Sinnlosigkeiten.

Während das bis zu 397 Tonnen schwere Fluggerät, begleitet vom monoton vibrierenden Brummen, das seine vier Rolls-Royce-Turbinen an die Kabine übertragen, mit knapp 1000 Stundenkilometern über Kontinente hinweg gleitet, lassen sich tiefe Einsichten gewinnen – *wenn* man sich en route nicht von Power-Point-Präsentationen, Excel-Tabellen oder hunderten ungelesener E-Mails ablenken lässt, die Ausnahmesituation als solche anerkennt, sie zu schätzen weiß. Leider sind dessen wohl die wenigsten Mitreisenden fähig. Sobald die bis zur verwischten Trübheit totgepflegten Monitore an der Rückenlehne des Vordersitzes aktiviert sind, suchen sie Zerstreuung mittels Bord-Entertainment. Ihr Leben ist ein Vakuum. Ein Dasein auf der Flucht, auf konstanter, mit zunehmendem Alter immer verzweifelter wirkenden Flucht vor sich selbst. Es giert, nachdem nach dem Einsteigen zunächst das Smartphone für Ablenkung sorgen musste, nach einem der verfügbaren Hollywood-Streifen. Noch bevor das Anschnallzeichen erloschen ist, drücken sie »Play«. Auch wenn sie den Film zum zweiten oder dritten Mal anschauen müssen. Hauptsache, sie werden nicht gezwungen, Zeit mit sich selbst zu verbringen. Menschen, die beim Betrachten ihres Spiegelbildes Fluchtreflexe verspüren müssen. So verrät das, was manche Zeitgenossen auf einem Interkontinentalflug mit den vielen unverplanten Stunden anzufangen wissen, oft mehr über ihr Innerstes, als sie zu vermuten wagen.

»*Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein*«, säuselte dereinst wohlgefällig der Wohnzimmerphilosoph, Liedermacher und Freizeitpilot Reinhard Mey – der im März 2020 aber ebenso ungeniert »*Wir bleiben zu Hause*« für das Bundesgesundheitsministerium trällerte. Mey zeichnet damit für eine der kitschigsten Textzeilen hiesiger Musikgeschichte verantwortlich. Eine Phrase, die vor allem für ein Mitglied der fliegerischen Zunft keinen Sinn ergibt, wurde zu Kulturgut. Leider. Denn entweder ist die Freiheit über den Wolken grenzenlos – oder eben nicht. Was sucht das Wort »*wohl*« in diesem Satz? Hat beim Schreiben eine Silbe für die Rhythmik gefehlt? Entweder genießt man als Passagier (oder Pilot) den unvermeidlichen Umstand, die Verantwortung für sein Leben Dritten (und/oder der Technik) zu übertragen, und nutzt die besonderen Umstände für eine Form geistiger Erhebung – oder man folgt der üblichen Routine und praktiziert mentalen Eskapismus. Nur eben auf »Flight Level« 350, mit etwa 200 Stundenkilometern unterhalb der Schallgeschwindigkeit und bei minus 50 Grad Außentemperatur, anstatt auf dem heimeligen Sofa.

Dort scheinen sich die meisten Passagiere zu wähnen. Dass sie nur eine dünne Außenhülle vom sicheren Tode trennt, ignorieren sie beflissentlich. Angst vor Viren in der Luftzirkulation haben sie aber. Es scheint, als hänge der Grad des sich einstellenden Freiheitsempfindens in einer solch fremdbestimmten Ausnahmesituation davon ab, inwieweit die gewohnte Umgebung simuliert wird. Sessel, Snacks, seichte Zerstreuung – alles wie gehabt. Frei scheinen diese Menschen also auch zuhause nicht zu sein. Denn der Begriff hat für sie keinerlei Bedeutung. Viele Artgenossen haben offenbar panische Angst davor, sich mit sich selbst beschäftigen zu müssen, fürchten, ihren Gedanken, unerfüllten Träumen,

ihrer Reue, ihren Wünschen, Defiziten, Lastern und seelischen Leiden nüchtern gegenübertreten zu müssen. So verkommt jede ihrer Handlungen zu einer Imitation derselben. Sie treiben apathisch im seichten Strom eines schnöden Alltags dahin. Tagein, tagaus. Am Samstagvormittag penetrieren sie mit penibler Gründlichkeit das steril weiße, lebensfeindliche Kiesbett rund um ihr hypothekenbelastetes Häuschen mit dem Hochdruckreiniger. Mähen den kurz geschorenen Rasen noch einmal. Schwingen den Besen über die Reihenhausterrasse. Dicht gefolgt vom Laubbläser, der aus der Garage geholt wird, um unter ohrenbetäubendem Lärm eine Handvoll Laub die Straße entlangzupusten.

Sie schauen Filme oder Serien, weil Bekannte darüber sprechen, schlagen Zeit mit Computerspielen tot, oder mit Hobbys, die eine willkommene Ausrede für Saufgelage bieten, kaufen Kleidung, Accessoires, Autos und Möbel, weil sie »in« sind. Sie bestellen Dinge, die sie nicht brauchen, mit Geld, das sie nicht haben, um Menschen zu beeindrucken, die sie nicht mögen – in einem System, das sie nicht verstehen.

Und sollte man ein Exemplar der Gattung Homo demens ab und zu tatsächlich mit einem Buch in der Hand antreffen, wurde auch dieses bemitleidenswerte Druckerzeugnis eher aus Dekorationszwecken als aufgrund von überbordendem Wissensdurst erworben. Denn einen Hype – wie den um das miserabel geschriebene Machwerk »50 Shades of Grey« im Jahr 2012 – wollen natürlich auch chirurgisch aufgepeppte und bis zur Unkenntlichkeit überschminkte Nichtliteraten vom Schlage einer Gina-Lisa Lohfink keinesfalls verpassen.

»Je weniger wir Trugbilder bewundern, desto mehr vermögen wir die Wahrheit aufzunehmen.« (Erasmus von Rotterdam)

Auch wenn es nur eines Funken Selbsterkenntnis, eines durchdringenden Blicks in den Spiegel am Morgen bedürfe, um zu erkennen, dass man programmierten Reflexen folgt, einem Lebensentwurf von der Stange, identisch mit dem der meisten Bekannten und Kollegen, dass man Lebenszielen aus einem faden Katalog von Identitätsschablonen nacheifert – wie der Erzähler zu Beginn des Filmes »Fight Club« – will die Flamme partout nicht überspringen. Miseria humana! Freizeit und Müßiggang werden nicht für »*produktives Nichtstun*« genutzt, wie Erich Fromm es nannte, weil jedweder Gefahr von ehrlicher Reflexion mit Ablenkung oder Sedierung begegnet wird.

Nur mit den kognitiven Kollateralschäden unseres entmenschlichten Lebenswandels, mit der Normalisierung des Abnormalen ist zu erklären, dass die Fassadendemokratie, die mediale Matrix, die »Truman Show«, in der wir gezwungen werden zu leben, noch nicht implodiert ist. Noch trägt die Täuschung, steht das Potemkin'sche Dorf, das wir repräsentative Demokratie und freiheitliche Grundordnung nennen sollen. »*Der typische Demokrat ist immer bereit, die theoretischen Segnungen der Freiheit gegen etwas einzutauschen, das er gebrauchen kann*«, konstatierte der 1956 verstorbene Essayist Henry Louis Mencken – und beschrieb damit treffsicher die Agenda des herrschenden Systems, in dem herrschendes Recht das Recht der Herrschenden ist. Ein System, das autonome Lebensentwürfe durch trügerische Sicherheitsversprechen eines paternalistischen Staates ersetzen will, das das Individuum nötigt, in einem gleichschaltenden Globalkollektivismus aufzugehen, in dem althergebrachte, hart erkämpfte Werte keinen Wert mehr haben.

So passt eine Vielzahl der vermeintlich weltgewandten Globetrotter, Einzelgänger und Karrieristen, denen man an inter-

nationalen Drehkreuzen begegnet, nicht nur prächtig zum logikverachtenden, totalitaristischen, segregierenden Zeitgeist, sondern auch zu den Abwechslung scheuenden Bürokomplexen, Leuchtreklamefassaden, Shopping Malls und Ladenzeilen ihrer jeweiligen Destination. Zu abgeschotteten Pauschalferienresorts, wo großkotziger, greller, aufdringlich aufgetakelter Überfluss inmitten grassierender Armut zelebriert wird. Zu den kopiert wirkenden Stadtzentren der Metropolen, die stets von den gleichen Marken, Franchises, Fast-Food-, Hotel- und Kaffeehaus-Ketten dominiert werden.

Egal wo auf der Welt man sich befindet, der zivilisatorische Tumor ist schon da. Mal hat er mehr Metastasen hervorgerufen, mal weniger. Mal ist das tradierte sozioökonomische Bindegewebe der betreffenden Region vollends zersetzt, mal sind noch faulende Fetzen davon übrig. Selbst im entlegensten Kaff der vom Neokolonialismus assimilierten Gebiete dieser Welt findet sich ein Smartphone-Shop, ein McDonald's, ein Starbucks, eine Citibank-Filiale, eine Avis- oder Hertz-Station und eine Tankstelle, die überzuckerte Softdrinks, Tabak und Schokoriegel verkauft. Weggeworfene Cola-Dosen findet man noch auf Trails in der Sahara, auf entlegenen Inseln, in den Resten der majestätischen Redwood-Wäldern Kaliforniens oder am Mount Everest, wo sich heutzutage ob der Masse an Touristen regelrechte Staus vor Basis-Camps und Gipfelpfad bilden.

Um der Postmoderne halbwegs entfliehen zu können, muss man weite Wege auf sich nehmen. Wobei sich bei einem neuerlichen Besuch des gleichen Ortes in zeitlichem Abstand leicht feststellen lässt, dass auch diese Distanzen zur Zivilisation immer kürzer werden. Denn die wertewestlich-imperialistische Infrastruktur frisst sich unaufhaltsam voran. Selbst an den viele Flugstunden von der nächsten Stadt ent-

fernten Wasserlöchern der Masai Mara stehen zwischenzeitlich mehr Safari-Jeeps mit fotoverrückten Urlaubern als dort Löwen nach kräftezehrender Jagd im Morgengrauen rasten. Die großen Wildtiere, die »Big Five«, werden in ihren Reservaten häufiger von Gruppen motorisierter Eindringlinge verfolgt und bedrängt als von Hyänen oder Schakalen, die es wachsam auf Reste der erlegten Beutetiere und zurückgelassene Kadaver abgesehen haben.

So verkommen selbst erhabene Erlebnisse, einmalige Begegnungen mit der Wildnis Afrikas, Tête-à-Têtes mit neugierigen Elefanten, imposanten Raubkatzen oder seltenen Nashörnern zum lapidar abgehakten Punkt auf der »Bucket List«, zum Foto-Icon in einer Big-Tech-Cloud, zum austauschbaren Bildschirmhintergrund des Smartphones, zu dem nach wenigen Tagen kein emotionaler Bezug mehr besteht – während für die Herstellung des Gerätes nur wenige Kilometer entfernt vom Urlaubsort kleine Kinder in primitiven Minen nach Rohstoffen wie Kobalt oder Coltan buddeln und ihre Gesundheit ruinieren.

Dabei könnte für wohlstandsverwöhnte Touristen aus Industrienationen gerade der Besuch Afrikas eine Zäsur im Leben markieren. Eine Epiphanie. Wird man doch gerade auf dem aus 55 Ländern bestehenden Kontinent mit derart vielen Extremen konfrontiert, dass es als Ding der Unmöglichkeit erscheint, die eigene Position, die eigenen Ansprüche – ja den gesamten Lebensentwurf der wertewestlichen Gesellschaften – nach der Rückkehr nicht komplett hinterfragen zu müssen. Von der dramatischen Armut und deren Manifestation in Ballungszentren bis zur überwältigenden, entwaffnenden Schönheit, Brutalität und Verletzlichkeit der Wildnis – der Kontrast zur zwangsdigitalisierten Erste-Welt-Oase zu Hause könnte größer kaum sein.

Ob in Mombasa oder Johannesburg, der Masai Mara oder der Serengeti, ob an der Küste, in der Sahel-Zone oder Sub-Sahara – fast überall geht es primär ums nackte Überleben, hängt die eigene Existenz am seidenen Faden. Bedroht von Hunger, Krieg, Wassermangel, humanitären Katastrophen, Kriminalität, Neokolonialismus, blutigen Stammesfehden sowie der unberechenbaren Unerbittlichkeit der Natur schärft sich der Blick fürs Wesentliche. Selbstverständlichkeiten werden zu Ausnahmeerscheinungen. Überfluss wird abgelöst von Mangel, Sicherheit von Risiko. Der Mensch, reduziert auf sein Minimum – befähigt zu maximalem Erkenntnisgewinn. So zumindest habe ich selbst meine Reisen nach Afrika in der Rückschau dankbar wahrgenommen, als eine der wichtigsten, prägendsten und lehrreichsten Erfahrungen meines Lebens. Denn ich habe mich auf das Land, die Menschen, auf Flora und Fauna eingelassen und so retrospektiv Fernreisen in mein Innerstes unternommen – genau deshalb nenne ich kaum mehr als zehn Fotografien aus diesem Zeitraum mein Eigen.

Ob in Afrika, Asien oder der Atacama, auf sturmgepeitschten Ozeanen, einsamen Berggipfeln oder der Osterinsel – je weiter ich mich geographisch von meinem Zuhause, von Bekanntem, Routinen, Bequemlichkeiten und Geborgenheiten entfernte, desto näher kam ich mir selbst. Je intensiver die visuellen Eindrücke waren, die ich sammelte, je stärker die damit verbundenen Emotionen, desto weniger hatte ich das Verlangen, diese auf Bildern festhalten zu müssen. Um Freunden derartige Erlebnisse greifbar nahezubringen, brauche ich weder Fotos noch bewegte Bilder. Der Film befindet sich in meinem Kopf. Mit jeder Rekapitulation lässt er sich anschaulicher beschreiben – und bereichert so mein Leben. Bis zum Ende. Denn was uns auf dem Sterbebett bleiben

wird, sind einzig unsere Gedanken, unsere Erinnerungen, die unvergesslichen Momente. Das ist wahrer Reichtum, das ist der Schatz, der sich mit ins Grab nehmen lässt. Geboten ist also, genau diese Besitztümer zu mehren, anstatt die Schlaglöcher der eigenen Existenz mit materieller Scheinbefriedigung zu füllen.

»Es ist nicht der Berg, den wir bezwingen – wir bezwingen uns selbst.« (Edmund Hillary)

| fertiggestellt am 26. August 2023

Angemaßte Weltregierung

Ein Interview mit Ullrich Mies, das in seinem am 13. November 2023 publizierten Buch »Das 1x1 des Staatsterrors« veröffentlicht wurde.

Mies: Sie haben sich unter anderem intensiv mit den Vereinten Nationen beschäftigt. Diese globale internationale Organisation aus 193 Staaten bezeichnet als eines ihrer wichtigsten Ziele die Erreichung der 17 Millennium-Entwicklungsziele. Um diese besser verwirklichen zu können, unterzeichneten der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, und der WEF-Chef Klaus Schwab im Juni 2019 eine öffentlich-private »Strategische Partnerschaft«. Welche Bedeutung kommt dieser Partnerschaft aus Ihrer Sicht zu?

Regenauer: Für mich ist diese strategische Partnerschaft in der öffentlichen Wahrnehmung überbewertet. Natürlich hat das WEF einen gewissen Einfluss auf Regierungen, Konzerne und Nichtregierungsorganisationen – dennoch ist es weit davon entfernt, eine »Weltmacht« zu sein. Die Organisation so zu bezeichnen, überhöht ihren Stellenwert in der Aufbauorganisation der Global Governance, die federführend von den Vereinten Nationen mit ihren circa 70 Unterorganisationen vorangetrieben wird. Die allgemeine Fokussierung auf WEF und WHO spielt dem sozialarchitektonischen Aufmerksamkeitsmanagement der Deutungseliten in die Hände, da diesen Kreisen natürlich daran gelegen ist, wenn sich der Blick nicht auf den Kopf der Hydra, sondern auf ein paar um sich schlagende Arme lenken lässt.

Die Global Governance lässt sich am besten mit der Struktur eines supranational operierenden Konzerns vergleichen; wobei die UN die Vorstandsetage darstellt und das WEF eine Abteilung für »Change Management«. Einen Steuerkreis. In dieser Rolle entwickelt das WEF Kommunikationsstrategien, um die Herrschaftsagenda wohldosiert in den Debattenraum zu drücken. In Davos sammelt man die Ergebnisse von Think Tanks, konsolidiert und visualisiert diese, koordiniert die kommunikativen Schnittstellen zwischen Konzernen, Staat und NGOs und bildet im Sinne elitärer Nachwuchsförderung »Change Agents« aus – sprich, korrumpierbaren personellen Nachschub, der im Sinne der Prädatorenkaste Kabinette und sonstige Schaltstellen des mittleren Managements »*penetrieren*« darf, wie Klaus Schwab es selbst formuliert. Auch die Entstehungsgeschichte des WEF, das aus einer von Henry Kissinger gegründeten Vorgängerorganisation an der Harvard Universität hervorging, zeigt, dass nicht Davos die Fäden in der Hand hat. Denn Kissinger, engagierter Mentor von WEF-Gründer Klaus Schwab, war von jungen Jahren an ein Protegé von David Rockefeller, der wiederum eine tragende Rolle bei der Gründung der UN spielte. Nicht umsonst spendete Rockefeller den Vereinten Nationen das Filetgrundstück in New York City, auf dem noch heute das Hauptgebäude der Organisation steht.

Mies: Im Zentrum der Partnerschaft stehen sechs Agenda-Punkte, hier in Kurzform:

- Klimawandel einschränken, Kohlenstoff-Neutralität bis 2050 erreichen,
- Gesundheit für alle fördern, innerhalb des Kontextes der Agenda 2030 bei Konzentration auf globale Gesundheitsgefahren,

- Digitale Zusammenarbeit im Hinblick auf eine digitale Governance und Inklusion fördern,
- Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frau verwirklichen, unter anderem durch gleichen Lohn,
- Bildung und Qualifikationen im Hinblick auf das Arbeitsleben stärken,
- Finanzierung der »Agenda 2030« bei Forcierung von Investitionen in »Sustainable Development Goals«.

Alle Punkte sollen im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften realisiert werden. Das hört sich doch alles ganz vernünftig an. Sind die Vereinten Nationen nun auf die schiefe Bahn gelangt, weil sie sich die falschen Partner wie das WEF zur Verwirklichung dieser Ziele aussuchten oder verfolgen sie mit diesen Zielen völlig andere Absichten?

Regenauer: Wie vorgängig angeführt halte ich die Vereinten Nationen für den originären Treiber globaler Transformation, für die Schaltzentrale einer supranationalen Machtergreifung, und das WEF nur für eine von vielen zuarbeitenden Organisationen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN klingen vordergründig natürlich unterstützenswert. Wer möchte nicht den Welthunger beenden, die Armut abschaffen oder die Umwelt vor Raubbau und Konzernkolonialismus bewahren? Bei genauerer Betrachtung entpuppen sich die Detailziele allerdings fast durchweg als totalitäre Kontrollmechanismen.

In Anbetracht der Erfahrungen der vergangenen Jahre darf man wohl mit Fug und Recht behaupten, dass zum Beispiel das Recht auf eine digitale Identität ab Geburt (Ziel 16.9) eher einer Pflicht gleichkommen wird. Ebenso das Recht auf Zugang zu Finanzdienstleistungen (Ziel 1.4), das mit an Si-

cherheit grenzender Wahrscheinlichkeit in der Zuweisung eines verpflichtenden Zentralbankgeld-Wallets für jeden Menschen auf dem Planeten mündet. Die Vereinten Nationen sind ein zutiefst korrupte Organisation. Selbst die Leitmedien konnten das über die Jahre nicht negieren und berichteten immer wieder über die grotesken Vorgänge in New York. Zudem: wenn die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel angetreten sind, die Welt friedlicher, freier und fairer zu machen, muss man konstatieren – Ziel verfehlt. Die Hegemonialmächte überziehen den Planeten seit 1945 mit mehr Kriegen als jemals zuvor. Amerika wirft Demokratie in Form von Bomben ab, um sich die Rohstoffvorräte der unterjochten Länder unter den Nagel zu reißen. Und die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, hat sich nach Angaben von Oxfam seit Beginn der Corona-Krise mehr als verdoppelt.

Den totalitären Ansatz der Vereinten Nationen erkennt man übrigens schon bei aufmerksamer Lektüre der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – denn nach 28 blumig formulierten Artikeln über allerlei Rechte stellen die Vereinten Nationen in Paragraph 29.3 klar: »*Diese Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden*«. Im Klartext bedeutet das: wer die Ideen, Ansätze und Ziele der UN nicht unterstützt, hat überhaupt keine Rechte.

Mies: In Ihrem Artikel »UNdemokratische Übernahme« haben Sie auf mehrere sogenannte »Policy Briefs« der Vereinten Nationen hingewiesen. Diese kann zwar jeder Interessierte im Netz einsehen und dennoch ist deren Inhalt so gut wie niemandem bekannt. Weder Regierungen noch Medien verbreiten deren Inhalte öffentlich. Aus welchen Motiven?

Was passiert aus Ihrer Sicht im Hintergrund? Haben wir es hier mit einer feindlichen Übernahme von oben zu tun?

Regenauer: Dass diese »Policy Briefs«, die im Kern nichts anderes sind als Arbeitsanweisungen an die Adresse der Nationalstaaten, in den Leitmedien nicht diskutiert werden, legt den Schluss nahe, dass wir es mit einer feindlichen Übernahme, mit Klassenkampf von oben zu tun haben. Korrekt. Mit diesen Arbeitsanweisungen, die seit Anfang 2023 unter dem Label »*Our Common Agenda*« veröffentlicht werden, verfolgt die UN meiner Meinung nach zwei Ziele: erstens signifikante Machtausweitung – und zweitens die Schaffung von legislativen Rahmenbedingungen auf der Ebene der Nationalstaaten, die in finaler Ausprägung deren Selbstabschaffung bedeuten. Das Aufgehen in einer globalen Organisationsstruktur. Zunächst haben die Vereinten Nationen im Rahmen dieser »Common Agenda« zwei zusätzliche Domänen zu »*Globalen Gemeingütern*« erklärt – den digitalen Raum und das Weltall – diese unterstehen damit nun der Aufsicht der Vereinten Nationen. Wie zuvor beispielsweise schon die Meere oder die Atmosphäre. Darüber hinaus beschreiben die Policy Briefs zum Beispiel, wie der digitale Raum kontrolliert werden muss, um »*Falschinformationen*« auf internationaler Ebene den Garaus zu machen. Forciert wird auch eine sogenannte »*Notfallplattform*«, die es der UN erlaubt, den internationalen Notstand auszurufen. Zum Beispiel aufgrund der postulierten Klima-Apokalypse, bei Unterbrechungen der Lieferkette, Disruptionen im digitalen Raum oder im Falle von »*Black Swan Events*« – also unvorhergesehen Ereignissen aller Art. Zusammengenommen fordern die Vereinten Nationen nun einen Freibrief für das dauerhafte Regieren im Ausnahmezustand. Sie versuchen, aus »Global Governance« endlich »Global Government« zu machen –

die als wilde Phantasterei verrufene Weltregierung. Pikant ist dabei, dass die UN die Mitgliedsstaaten mit diesen Arbeitsanweisungen nun erstmals zur Etablierung eines globalen Steuersystems anhält. Und genau das ist es, was einen Staat konstituiert und ein supranationales Herrschaftskonstrukt von einer losen Partnerschaft befreundeter Nationen unterscheidet.

Mies: Im selben Artikel beschreiben Sie die Vereinten Nationen als korrupten Filz und von Misswirtschaft durchseucht. Eigentlich nicht verwunderlich, sind doch sämtliche Akteure, ob global, auf EU-Ebene oder national, aus dem gleichen machtpolitischen und ideologischen Holz geschnitzt. Sind die Regierungen, die »*strategischen Partner*«, die »Stakeholder«, die multinationalen Finanzkonglomerate und die internationalen Organisationen zu einer global organisierten Kriminalität zusammengewachsen?

Regenauer: Allerdings. Die »*Superclass*« (D. Rothkopf, 2008), die zwischenzeitlich aus etwa 7.000 Personen bestehen dürfte, bleibt gerne unter sich und besetzt die entscheidenden Position in Finanzinstitutionen, Think Tanks, NGOs, Philanthropie-Vehikeln, Geheimdienst- und Staatsapparaten stets mit Kandidaten aus den eigenen Reihen. Die Mitglieder dieser Prädatorenkaste gehen allesamt auf die gleichen Elite-Universitäten, erhalten die gleichen Stipendien, siehe Rhodes-Scholarships, sie bewegen sich im Dunstkreis von Organisationen wie dem Council on Foreign Relations, Chatham House oder der Atlantikbrücke, kommen bei Meetings der Trilateralen Kommission, des Bohemian Grove oder bei den Bilderberg-Konferenzen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zusammen. Es ist ein verschwiegener, mächtiger, skrupelloser Club von Superreichen und Machtmenschen – und wir

Normalbürger gehören nicht dazu. Es ist generationsübergreifend organisierte Kriminalität.

Mies: Die digitale Identität soll in dem gesamten Komplex ein Meilenstein sein und angeblich dazu dienen, die Armut zu reduzieren. Interessant ist bei dem Vorhaben der Global Governance, dass immer wieder dieselben Verdächtigen auftreten. Im Rahmen der Digitalisierung zum Beispiel »UN Secretary-General's High-level Panel on Digital Cooperation«, Bill & Melinda Gates Foundation, Ali Baba Group, WEF, Center for the Fourth Industrial Revolution, ID2020 Alliance, GAVI und die Rockefeller Foundation. Da fragt man sich: Welche Welt streben diese an? Oder geht es ihnen ausschließlich um die Einführung eines Sozialkreditsystems beziehungsweise die Realisierung einer digitalen Zentralbankwährung? Wie sehen Sie das?

Regenauer: Der Soll-Zustand, den diese Herrschaftskaste anstrebt, orientiert tatsächlich sich an China – wo das Sozialkreditsystem und ein anonymisierender Kollektivismus längst bittere Realität sind. Dazu wurde China von den US-Ostküsteneliten aufgebaut. Als Testgelände für die Gesellschaftsform der Zukunft. Nicht umsonst waren die ersten US-Finanzmagnaten, die massiv in China investierten, die Rockefellers. Schon 1917 sponsorte die Familie dort den Bau einer Schule. Später finanzierte die Yale-Universität den jungen Mao Zedong, der ohne die finanziellen Mittel aus Amerika nie zu einem der größten Massenmörder der Geschichte geworden wäre. Im Archiv der hauseigenen Zeitung wird Mao trotzdem bis heute stolz als Alumnus gefeiert. Vielsagend ist ein Zitat von David Rockefeller, der einst verlauten ließ:

»*Das soziale Experiment in China unter Maos Führung ist eines der wichtigsten und erfolgreichsten der Geschichte*«.

So verwundert es wenig, dass es Henry Kissinger, Rockefellers Mann fürs Grobe und Geopolitische war, der Anfang der 70er China für die Öffnung gen Westen »vorbereitete«. Kurz nach seinem ersten Besuch reiste Kissinger 1972 erneut ins Land der Mitte, dieses Mal in Begleitung von Richard Nixon. Ab diesem Zeitpunkt begannen US-Konzerne in der Volksrepublik mit dem Aufbau der Infrastruktur, die China zu dem machte, was es heute ist. Es wurden Milliarden investiert; zu einem Zeitpunkt, als das nach geltendem US-Recht noch illegal war. Vielsagend auch, dass es gerade George H. W. Bush war, der ab 1974 das Verbindungsbüro der USA in China leitete – bevor er kurz darauf Direktor der CIA wurde. So entstand über die Jahrzehnte die erste Technokratie der Welt – als Pilotprojekt für einen späteren Rollout auf internationaler Ebene.

Ähnliche Vorgänge beobachten wir derzeit in der Ukraine. Das Land steht finanziell unter der Fuchtel von Investmentriesen wie Blackrock, ist abhängig von Krediten aus dem Wertewesten. Die gesamte digitale Infrastruktur wird mittlerweile von Google, Microsoft, Apple und Amazon kontrolliert, inklusive aller Daten der Einwohner. Mit Hilfe der CIA-Frontorganisation USAID baut Big Tech in der Ukraine die sogenannte Diaa-App aus – Motto: »*State in a smartphone*« – die bereits jetzt über 120 Funktionen bietet und ohne die ein geregeltes Leben in der Ukraine kaum noch zu bewältigen ist.

Ein persönlicher Kontakt zum Staat ist damit obsolet. Das gesichtslose Imperium Realität. Sobald diese Applikation

mit digitalem Zentralbankgeld und einem obligatorischen CO_2-Tracking verbunden ist, garantiert sie absolute Kontrolle über das Individuum. Und folgt man den Worten von USAID-Chefin Samatha Power, soll die App bald auch in vielen anderen Ländern angeboten werden. Estland hat bereits mit der Implementierung begonnen – und in Washington finden Panel-Diskussionen über die Vorzüge eines solchen Systems statt. Die Indizien sind eindeutig: Nachdem man in China das Gesellschaftsmodell »Technokratie« perfektioniert hat, dient die Ukraine nun als Pilotprojekt für einen schnelleren, einen industrialisierten Rollout des Modells, das über entsprechende Staats-Applikationen demnächst auch in der EU Einzug halten wird. Die Covid-Apps haben bereits einen Vorgeschmack darauf geliefert.

Mies: Von Demokratie wird in all diesen Papieren überhaupt nie gesprochen. Es geht immer nur um multi-steakholder Ansätze, das heißt, die öffentliche Diskussion wird gar nicht gewünscht und die demokratische Öffentlichkeit — sofern es so etwas überhaupt gibt — bleibt draußen. Darüber hinaus maßen sich nach Ihrer Aussage die Vereinten Nationen auch an, in Zukunft darüber befinden zu können, was richtige und was falsche Informationen sind. Da gibt es ja jede Menge von Initiativen auf Regierungs- und EU-Ebene bis hin zur UN, um sogenannte Desinformation zu bekämpfen. Werden wir in Zukunft mit einem zentralisierten Wahrheitsministerium, wie in Policy Brief 8 beschrieben, konfrontiert sein?

Regenauer: Das kann man recht knapp beantworten – ja. Allerdings wird dieses Wahrheitsministerium genauso wenig eine singuläre, lokalisierbare Institution sein wie die drohende Weltregierung. Die Prädatorenkaste hat über die Jahr-

hundert verstanden, dass es taktisch unklug ist, wenn das einfache Volk den Despoten in seiner Burg auf dem Berg lokalisieren kann. Um dem Lynchmob zu entgehen, wird Macht heute dezentral ausgeübt, über »Policies«. Über schwammig und unpräzise Formulierungen, die kaum jemand intellektuell zu durchdringen vermag und die nahezu beliebig auslegbar sind. Im Management nennt man diese Form von Führung „Leitplanken setzen“. Innerhalb dieser Leitplanken darf agiert werden. Dazu bedarf es dann keiner zentralen Kontrollstelle, keines durch die Gänge marschierenden Aufsehers, keiner haftbaren Institution – es braucht Regeln, die automatisiert durchgesetzt werden. Wie das funktioniert, hat ebenfalls die Corona-Krise verdeutlicht, weil bestimmte Begriffe und Informationen im Internet schlichtweg nicht mehr auffindbar oder teilbar waren. Die Gitterstäbe unseres Gefängnisses sind Algorithmen. Deswegen ist das »*State in the smartphone*«-Konzept, das derzeit in der Ukraine entwickelt wird, so gefährlich. Es wird uns als bequemes Werkzeug, als Errungenschaft der Digitalisierung angepriesen werden – und markiert dabei den Sargnagel für die souveräne Autonomie des Individuums (F. Nietzsche).

Mies: Aufmerksame Beobachter der aktuellen Entwicklungen bekommen immer mehr den Eindruck, dass Herrschaftscliquen und Großkonzerne bei der Bewältigung der gigantischen Probleme, die sie selbst verursachen, nun dazu übergehen, die Welt über »*Emergency Platforms*«, wie in Policy Brief 2 beschrieben, im Dauerstress zu halten. Teilen Sie meine Befürchtung?

Regenauer: Absolut. »*Der Ausnahmezustand wird die Regel sein*« – das gab ja bereits unser soziophob wie sediert wirkender Krankheitsverwalter Karl Lauterbach bekannt. Ge-

nau darauf zielt die »Emergency Plattform« der Vereinten Nationen ab, die binnen zwei Jahren weltweit operativ sein soll. Interessant ist dabei, dass die UN ein solches Konzept implementiert, während die WHO ihrerseits an einem neuen globalen »*Pandemieabkommen*« arbeitet. Ein geschickter Schachzug in Sachen Empörungsmanagement: denn während sich die Opposition mit der WHO beschäftigt und im Widerstand gegen ein globales Gesundheitszertifikat aufreibt, wird ein deutlich mächtigeres Machtinstrument völlig unbeobachtet zu legislativer Realität – und kaum jemand spricht darüber.

Zeit also, unsererseits den Ausnahmezustand auszurufen und sich diesen totalitären Anwandlungen durch zivilen Ungehorsam zu verweigern. Denn Macht haben »*die da oben*« immer nur so viel, wie wir ihnen zugestehen. Wir sind mehr. Und wir haben die Macht – auch wenn die Tyrannen dieser Tage nicht mehr so einfach aus ihrer Burg zu prügeln sind.

| fertiggestellt am 28. August 2023

Das letzte Tabu

»Comprehensive Sexuality Education« (CSE) – das Label, unter dem sich die UNESCO anschickt, Sexualkunde zu modernisieren. Doch was vordergründig Bildungsoffensive und Inklusion verspricht, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als zwielichtiges theoretisches Konstrukt, das von Eugenikern und Pädophilen entwickelt wurde und den angesprochenen Minderheiten ausschließlich zum Nachteil gereicht.

In einer Welt, in der alles überwacht, aufgezeichnet, gespeichert und analysiert wird, in der Privatsphäre zum Luxusgut geworden ist, in der jede Handlung auf ihre Selfietauglichkeit hin überprüft wird, wo persönliche Räume ausgehöhlt werden und Autonomie kaum noch lebbar zu sein scheint, markiert sie den kümmerlichen Rest diskret erlebbarer Authentizität, der Menschen in der Postmoderne bleibt – die Sexualität. Das Intimleben des Hominiden ist die letzte Bastion zwischenmenschlicher Vertrautheit, der letzte Kokon nackter, ungezwungener Öffnung, der letzte physische Akt sozialen Miteinanders, den das Herrschaftssystem noch nicht vollends zu durchdringen und technokratisieren vermochte. Auch wenn manch einer wohl schon jetzt nicht einmal mehr dann er selbst ist, wenn er es sich selbst macht.

Doch auch diese letzte Grenze zwischen Innenleben und Außenwelt ist bedroht. Denn anstatt intime Räume zu bewahren, zu respektieren und zu schützen – der wichtigsten Grundregel gesellschaftlichen Zusammenlebens folgend: jeder hat das Recht, in Ruhe gelassen zu werden – besetzt der sozialarchitektonische Kulturmarxismus nun auch diese Domäne, presst das Thema mit abstoßender Wucht in den deu-

tungselitär vordefinierten Debattenraum. LGBTQ+, Regenbogen-Revolution, Fetisch-Festivitäten, eine Porno-Pandemie, Frühsexualisierung der Adoleszenz. Medialer Overkill. Mit einer Aggressivität vorangetrieben, die vor allem den betroffenen Minderheiten zum Nachteil gereicht. Denn wie immer, wenn das System Minoritäten als Hebel für Transformation von oben missbraucht, ernten selbige vor allem Hass und Missgunst. Seit das Thema Sexualität unter dem Kampfbegriff »Gender Diversity« von transatlantischen Deutungseliten usurpiert wurde, schlägt der LGBTQ-Community, schlägt auch meinen homosexuellen Bekannten, die über Jahrzehnte frei, glücklich und sozial integriert leben konnten, anstelle von mehr Akzeptanz und Zuspruch nun zusehends mehr Ablehnung entgegen.

Wer sich eingehender mit der Historie der Queer-Theorie beschäftigt – siehe mein Text »Revisionismus unterm Regenbogen« – hat längst verstanden, dass es den Initiatoren dieser Bewegung nie um gesellschaftliche Akzeptanz für Randgruppen oder Gleichberechtigung für Minderheiten ging. Denn die Pioniere dieser gesellschaftlichen Strömung, zum Beispiel Magnus Hirschfeld (1868 bis 1935) oder John Money (1921 bis 2006), waren durchweg überzeugte Eugeniker und Pädophile. Unter dem Vorwand, Forschung zu betreiben und sich um Inklusion zu bemühen, versuchten sie, gesellschaftliche Akzeptanz für fragwürdige sexuellen Präferenzen und Perversitäten zu generieren. Dass dieses Ansinnen mittlerweile Früchte trägt, erkennt man an der Omnipräsenz, die das Thema »Gender-Diversität« zwischenzeitlich im öffentlichen Raum einnimmt.



Längst sind es nicht mehr zuvorderst Aktivisten, Vereine, Initiativen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen, die sich für eine breite Durchsetzung der Queer-Theorie einsetzen. Der Staat hat das Thema für sich entdeckt – als weiteren Keil, der sich zwecks »Divide et impera« in die Bevölkerung treiben lässt. Auch die Wirtschaft forciert die Agenda, wirbt penetrant, und in der Regel zum eigenen Nachteil, für die aggressiv-dogmatisch auftretende LGBTQ-Community. Wie ich in meiner Analyse »Gekaperte Konzerne« beschrieben habe, werden Großunternehmen von der Human Rights Campaign (HRC) und ihrem Corporate Equality Index (CEI) zu geschäftsschädigendem, autodestruktivem Verhalten gezwungen.

Doch eine Alternative gibt es nicht. Denn praktisch alle multinationalen Konzerne werden von BlackRock und seinen diversen Investmentvehikeln kontrolliert. Und für Larry Fink – CEO von BlackRock und der wohl mächtigste Finanzmogul unserer Zeit – ist klar: keine Investments ohne gutes CEI-Rating. Fink macht keinen Hehl daraus, dass man die von

den Deutungseliten gewünschten Veränderungen »*erzwingen muss*«, wie unter anderem seine Äußerungen bei einer Podiumsdiskussion der New York Times belegen.

Als wäre es nicht bereits verstörend genug, dass eine transformative Agenda, die maßgeblich von Eugenikern und Pädophilen konzipiert wurde, derzeit Schlagzeilen, Marketing-Kampagnen, politische Debatten und zunehmend auch das Straßenbild bestimmt – bemächtigten sich die treibenden Kräfte hinter der Queer-Propaganda nun auch des Bildungswesens. Kinder und Jugendliche werden in nie dagewesenem Ausmaß verwirrender Gender-Equality-Indoktrination ausgesetzt. Entsprechend obszöne Inhalte nehmen verstärkt Einzug in Lehrpläne. Vor allem in den USA. Manches Buch, das nun Teil des Curriculums diverser amerikanischer Schulen ist, enthält derart frivole Darstellungen, dass man nicht umhin kommt, es als Pornographie zu bezeichnen. Bei einer Analyse der Treiber hinter diesen Entwicklungen wird schnell deutlich, dass die federführenden Institutionen und Organisationen auf dem Bildungssektor – entgegen deren rosaroten Frohsinn und regenbogenfarbene Glückseligkeit insinuierenden Beteuerungen – mitnichten das Kindeswohl, Gleichstellung von Minoritäten und eine inklusivere Gesellschaft im Sinne haben.

Tonangebend ist in diesem Bereich die 1945 gegründete UNESCO, die für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zuständige Unterorganisation der Vereinten Nationen (UN). Schon in den Anfangsjahren offenbarten die theoretischen Fundamente des zunächst in London und später in Paris ansässigen UN-Spin-offs, wes Geistes Kinde sie ist. Festmachen lässt sich das unter anderem an der Tatsache, dass die UNESCO ab 1946 von Julian Huxley geleitet wurde. Huxley war Globalist, überzeugter Eugeniker und Opponent des

Konzepts der natürlichen Selektion. Er leitete von 1937 bis 1944 sowie von 1959 bis 1962 die British Eugenics Society, die sich ab 1988 The Galton Institute nannte und bis heute in London unter der Bezeichnung Adelphi Genetics Forum firmiert.

Die historischen Dokumente der British Eugenics Society verwaltet im Übrigen die »Wellcome Collection«, das hauseigene Archiv des mächtigen Wellcome Trust, dem im Zuge des mRNA-Rollouts in der Corona-Krise eine führende Rolle zukam. Huxley prägte darüber hinaus den Begriff Transhumanismus und war 1961 Mitgründer des World Wildlife Fund, einer äußerst zweifelhaften NGO, die im Jahr 2015 das erstaunlich »weitsichtige« Krisen-Planspiel Food Chain Reaction veranstaltete, bei dem die letalen Auswirkungen globaler Lebensmittelengpässe simuliert wurden. Motto des Events: »*Volatilität ist das neue Normal*«. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Schon in seiner ersten offiziellen Publikation – »UNESCO: Its Purpose And Philosophy« (1947) – plädiert Julian Huxley für eine Weltregierung (S. 13) sowie für die Applikation eugenischer Konzepte (S. 18 ff, S. 21 ff) auf globaler Ebene, um Schwächen der menschlichen Spezies und ihrer verschiedenen Rassen per elitärer Intervention in den Griff zu bekommen. Vor diesem Hintergrund muss also bereits die Intention der UNESCO, die derzeit mit dem Hochglanzprogramm »Comprehensive Sexuality Education« (CSE) den Bildungssektor penetriert, kritisch hinterfragt werden. Was da als lehrplanbasierter Prozess beworben wird und die emotionalen, sozialen und kognitiven Fähigkeiten Heranwachsender verbessern soll, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als zwielichtige Agenda elitärer Kreise, deren Begeisterung für Eugenik und Pädophilie nicht von der Hand zu weisen sind.

Doch damit nicht genug. Denn für ihre CSE-Initiative, die derweil längst in alle Bereiche gesellschaftlicher Kohabitation vorstößt, kollaboriert die UNESCO eng mit zwei weiteren fragwürdigen Organisationen, die jeweils führende Rollen bei der Entwicklung der Lehrinhalte spielen. Zunächst wäre da das Guttmacher Institute, eine als Forschungseinrichtung und Policy-Organisation auftretende NGO, die 1968 von der Planned Parenthood Federation of Amercia (PPFA) gegründet und im Jahr 1977 als eigenständige Organisation ausgegliedert wurde. Die PPFA, zeitweise geleitet von Bill Gates' Vater William Henry Gates, ging aus der 1916 von Margaret Sanger (1879 - 1966) ins Leben gerufenen und geleiteten American Birth Control League hervor und verfügt über jährliche Budgets von über eine Milliarde US-Dollar (Fiskaljahr 2011/2012). Sanger war eine strikte Verfechterin der Eugenik und engagierte sich zeitlebens für Zwangsterilisation und Geburtenkontrolle von »*minderem Leben*«.

Das deutsche Pendant zur PPFA – und ebenfalls von Margaret Sanger initiiert – ist die 1952 in Kassel gegründete »*Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung*«. Besser bekannt unter dem Namen pro familia. So steht das Guttmacher Institute in einer langen Reihe von Organisationen, die ungeniert Eugenik und Rassenlehre das Wort reden. Gleich und gleich gesellt sich gern, möchte man bemerken, wenn die UNESCO gemeinsam mit dem Guttmacher Institute Strategiepapiere mit Titeln wie »*From ideas to action*« (2019) erarbeitet, um »*Barrieren gegen eine freizügigere Sexualerziehung in Schulen zu überwinden*«.

Die zweite und in puncto Frühsexualisierung von Kindern einflussreichste Organisation, mit der die UNESCO zusam-

menarbeitet, um ihre CSE-Agenda international voranzutreiben, ist das 1947 gegründete und maßgeblich von der Rockefeller Foundation finanzierte Kinsey Institute. Beide Organisationen – Guttmacher- und Kinsey-Institute – sind seit geraumer Zeit eng mit der UN verbunden, erhielten einen »*Special Consultative Status*« als vertrauenswürdige Berater von UN, UNESCO, WHO, UNICEF und ECOSOC, die in jüngerer Vergangenheit allesamt eigene Papiere zum Thema CSE publizierten. Vor allem in Bezug auf das Kinsey Institute erscheint dieses »*Vertrauen*« mehr als verwunderlich. Veröffentlichte doch das renommierte TIME Magazine bereits am 14. April 1980 einen Artikel namens »Attacking the Last Taboo« (D., Das letzte Tabu angreifen), in dem Kinsey-Institute-Forscher vehement für die gesellschaftliche Akzeptanz von Inzest eintreten.

In den USA wehrt man sich seit geraumer Zeit gegen den massiven Einfluss des Kinsey Institute auf das Bildungswesen. Ein Zusammenschluss von US-Bürgerrechtlern hat die Initiative »Stop the Kinsey Institute« ins Leben gerufen und wirbt dafür, der Organisation den Status einer bei der UN akkreditierten NGO abzuerkennen. In einem Beitrag auf ihrer Interpräsenz schreibt die Gruppierung über Alfred Kinsey:

»*Kinseys persönliche Faszination für alle Arten von sexuellen Handlungen sowie seine eigenen, gut dokumentierten sexuellen Fetische und Gewohnheiten (einschließlich der Ausübung sadomasochistischer, homosexueller, ehebrecherischer und voyeuristischer Verhaltensweisen) hatten großen Einfluss auf die Gründungsphilosophie des Kinsey-Instituts und die Art der Sexualforschung sowie die Entwicklung ihres typischen, nicht wertenden Ansatzes zur Erforschung menschlicher Sexualität.* (…) *Mit der Unterstützung und Reputation der Indiana University sowie der Finanzierung*

durch das Rockefeller Institute führte Kinsey seine pseudowissenschaftliche Forschung zur menschlichen Sexualität durch und versuchte der Welt zu beweisen, dass Kinder von Geburt an sexuell sind – und dass promiskuitives Sexualverhalten aller Art und in jedem Alter eine grundlegende Veranlagung sei; daher sei es normal und gesund. Diese falsche Philosophie lieferte die philosophische Grundlage und Begründung für höchst umstrittene, umfassende Sexualerziehungsprogramme, die Kindern jeden Alters beibringen, dass sie ein Recht auf sexuelles Wissen und sexuelles Vergnügen haben, und die Kindern bereits im Alter von fünf Jahren beibringen, dass sie durch Masturbation Selbstvergnügen erfahren können. Die Ergebnisse des Kinsey-Instituts zur menschlichen Sexualität, die ursprünglich in »Sexual Behavior in the Human Male« und »Sexual Behavior in the Human Female« (gemeinsam bekannt als »The Kinsey Reports«) veröffentlicht wurden, wurden zur Förderung von Pädophilie, Inzest, Abtreibung, Homosexualität, Promiskuität, Ehebruch (…) *herangezogen.*«

Analysiert man die Ausführungen in Kinseys Buch »Sexual Behavior in the Human Male«, müssen in der Tat massive Zweifel an Kinseys Intention und der Validität seiner vermeintlichen Forschungsergebnisse aufkommen. Schon die Art und Weise, wie diese zustande kamen, lässt einem die Haare zu Berge stehen. Denn um seine Kernthese zu untermauern – dass Menschen ab Geburt sexuelle Empfindungen wahrnehmen – führte Kinsey hunderte Versuche mit Kindern im Alter von fünf Monaten bis vierzehn Jahren durch. Für diese Versuche sammelte Kinsey Informationen, Daten und Erfahrungsberichte von männlichen Probanden, häufig Gefängnisinsassen und verurteilte Sexualstraftäter, die Minderjährige missbrauchten. Er vergab »Forschungsaufträge«

an Pädophile und erklärte ihnen, auf was im Rahmen der »Untersuchungen« zu achten sei. Auch er selbst legte Hand an, zahlte Eltern Geld, um ihre Kinder zu »*benutzen*«, missbrauchte Kinder im Namen der Forschung. Auf dem Sofa im Dachgeschoss seines Hauses und in schalldichten Räumen seines Institutes. Um zu belegen, dass der Mensch ab seiner Geburt Freude an sexueller Interaktion empfindet, untersuchte Kinsey, wie häufig die hilflosen Opfer zum »Orgasmus« kamen – und wie lange die sexuelle Interaktion oder Penetration andauern musste, um diesen herbeizuführen.

Als »Orgasmus« zählten für Alfred Kinsey dabei auch das Schreien und Weinen, das Abwehrverhalten und Schlagen des erwachsenen männlichen »Sexualpartners«.

Dokumentiert sind diese pädophilen Vergehen unter dem Deckmantel der Wissenschaft in Tabelle 34 des vorgängig erwähnten Machwerks. Die tabellarische Übersicht zeigt beispielsweise, dass ein zweijähriges Kind binnen 74 Minuten achtzehn Orgasmen erlebt haben soll. Was für Qualen es dabei über sich hat ergehen lassen müssen, möchte man sich kaum vorstellen. Wohlwissend, dass diese Methoden Kritiker und die Justiz auf den Plan rufen würden, wären alle Details bekannt, hält das Kinsey Institute bis heute alle Rohdaten unter Verschluss. Originaldokumente wurden der Öffentlichkeit zu keinem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt. Und auch die Pädophilen, mit denen das Institut eingesteht, zu Forschungszwecken zu kollaborieren, werden bis anhin geschützt.

»Stop the Kinsey Institute« führt dahingehend in seinem »Kinsey Brief« aus:

»*Die Sexualforschung des Kinsey Institute wurde von qualifizierten Forschern weitgehend abgelehnt, weil sie nicht einmal Minimalstandards eines anerkannten Forschungsdesigns entsprach. Beispielsweise wählten Kinsey und sein Team vorsätzlich nicht repräsentative, sexuell abnorme Forschungsthemen aus – und Personen, von denen viele verurteilte Sexualstraftäter waren, die in Gefängnissen befragt wurden. Anschließend versuchte Kinsey, Rückschlüsse auf die Verbreitung dieser abweichenden Verhaltensweisen in der gesamten US-Bevölkerung zu ziehen. Dies geschah eindeutig im Bemühen, ungesundes, abnormales und extremes Sexualverhalten zu normalisieren.* (…) *Pädophile Gruppen nutzen noch immer die fehlerhaften Forschungsergebnisse des Kinsey Institute, um Sex zwischen Erwachsenen und Kindern zu verteidigen. Es überrascht nicht, dass Gruppen wie die berüchtigte »North American Man Boy Love Association« (NAMBLA) Kinseys Schriften und Forschungsergebnisse nutzen, um sexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern zu rechtfertigen.*«

Organisationen wie NAMBLA und derartige Forschung gab und gibt es natürlich auch in Deutschland. Zum Beispiel die »Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität« (AHS), die aus der 1983 aufgelösten »Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie« hervorging und bis heute für die gesellschaftliche Akzeptanz und Legalisierung von Sex mit Minderjährigen wirbt. Innerhalb der Grünen existierte bis 1987 die »Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule, Päderasten und Transsexuelle«, die »*mehr Einfluss hatte, als die Partei heute glauben machen will*«, wie es die taz in einem Artikel vom 12. Mai 2013 formulierte. Sie alle bezogen und beziehen sich bei Rechtfertigungsversuchen ihrer Perversionen,

Neigungen und kriminellen Vergehen bevorzugt auf die pseudo-wissenschaftlichen Erkenntnisse von Alfred Kinsey.

Aufgrund der verstörenden Historie und der Kontroverse um den Gründer hat das Kinsey Institute die Öffentlichkeitsarbeit frühzeitig an andere Organisationen delegiert, die heute auf Basis von Kinseys Schriften den gesellschaftlichen Diskurs beeinflussen. So verbreitet heute unter anderem SIECUS – der »Sexuality Information and Education Council of the United States« – die kruden Thesen des Kinsey Institute. Gegründet wurde SIECUS im Jahr 1964 von Mary Calderone, der ersten weiblichen Direktorin von Planned Parenthood, einer strengen Verfechterin zentralisierter Geburtenkontrolle. Ein weiteres SIECUS-Gründungmitglied war Alfred Kinseys persönlicher Co-Autor, Wardell Pomeroy, der zuvor als leitender Direktor dem Kinsey Institute vorstand.

Doch nicht jeder lässt sich von Verschleierungstaktik, strukturellen Scharaden und Tarnorganisationen blenden. Bereits im Jahr 2004 warnten die über 2.000 US-Staatsrechtler von ALEC (The American Legislative Exchange Council) vor dem massiven Einfluss der Lehren des Kinsey Institute auf die amerikanische Gesetzgebung und veröffentlichten ein Papier mit dem Titel »Restoring Legal Protections for Women And Children: A Historical Analysis of The States' Criminal Codes«, welches darlegt, wie massiv die Gesetzgebung für Straftatbestände wie Sodomie, Vergewaltigung, Pädophilie und sexuelle Belästigung unter dem Einfluss von Kinseys Thesen über die Jahrzehnte aufgeweicht wurde.

Ungeachtet dieser mehr als irritierenden Tatsachen, trotz zivilgesellschaftlichem wie medialem Gegenwind engagierter Eltern, Missbrauchsopfer und Bürgerrechtler sind es weiter-

hin Kinseys Schriften, auf deren Basis SIECUS, Planned Parenthood und das Guttmacher Institute heute die Vereinten Nationen beraten. Und wer dieser Tage Sexualtherapeut zu werden gedenkt, durchläuft noch immer eine in weiten Teilen von Kinseys Thesen dominierte Ausbildung. So nimmt es kaum Wunder, dass auch das invasive CSE-Programm der UNESCO sich an diesen Inhalten orientiert und sie folglich Einzug ins Klassenzimmer halten.

So bitter diese Pille für jene (jungen) Menschen zu schlucken sein mag, die guten Glaubens für körperliche Selbstbestimmung kämpfen, für mehr gesellschaftliche Akzeptanz von Schwulen, Lesben und Transsexuellen – sie tun dies in verblendetem Aktionismus, als Erfüllungsgehilfen einer Prädatorenkaste, die sie benutzt und danach fallen lässt.

Sowohl das CSE-Programm als auch Queer-Theorie und LGBTQ-Agenda fußen auf einem theoretischen Unterbau, der Partikularinteressen von Eugenikern, pädophilen Kreisen und Rassisten ventiliert. Ein kurzer Blick auf die Kernpunkte des CSE-Programms verdeutlicht die frappierenden Parallelen zu Kinseys Ansätzen. Da wird postuliert, dass nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder, regelmäßige sexuelle Interaktion erfahren müssen, um ein erfülltes Leben führen zu können. Dass auch Kleinkinder das Recht auf sexuelle Befriedigung haben – und dieses »*fundamentale Menschenrecht*« andere Rechte aufhebt. Dass Kinder ein Recht auf Abtreibung haben, auf sexuelle Kontakte gegen den Willen ihrer Eltern. Und dass diese dagegen nichts zu unternehmen haben. Dass schon Kleinkinder Heterosexualität aktiv bekämpfen und für ihr Recht eintreten sollen, divers zu sein.

In der digitalen Bibliothek der UNESCO finden sich erstaunlich viele Dokumente, Anleitungen und Präsentationen zum

Thema CSE, allesamt sehr bunt, visuell ansprechend und harmlos daherkommend, mit nichtssagenden Wohlfühlphrasen durchsetzt. Oft mit einem Fokus auf den ahnungslosen Nachwuchs armer Länder. Wer zwischen den Zeilen lesen und die flauschig aufgehübschten Worthülsen zu dechiffrieren vermag, detektiert jedoch rasch den dunklen Kern der »neuen Sexualkunde«. Man kennt die ad absurdum geführte Rhetorik von der irreführenden Buzz-Word-Prosa der Pharmaindustrie – Rechte sind eigentlich Pflichten. Sicher bedeutet unsicher. Lockdowns stehen für Freiheit. Hass für Solidarität. Und wenn etwas als unwahrscheinlich bezeichnet wird, kann man relativ sicher sein, dass es zwei Wochen später eintritt.

Eltern mit schulpflichtigen Kindern sollten sich demzufolge intensiv mit den Lerninhalten auseinandersetzen, die nun im Rahmen von CSE und UN Education 2030 vermittelt werden, diese kritisch hinterfragen und sie mit den haarsträubenden Thesen des pädophilen Alfred Kinsey abgleichen. Denn neben irrlichternder Prophetie zur künftigen Rolle der Eltern, die die Erziehung ihres Nachwuchses zusehends in die Hände des Staatsapparates legen sollen, überschreitet vor allem die postmoderne Sexualkunde, die derzeit zum globalen Standard ausgebaut wird, mehr als nur eine rote Linie.

Es hat schlichtweg nichts mit Bildung, Progressivität oder Inklusion zu tun, wenn Kinder im Alter von null bis fünf Jahren ihr Geschlechtsteil entdecken sollen, wenn Fünf- bis Zehnjährige sich – gar unter Anleitung Dritter – mit Pornographie und Masturbation auseinandersetzen müssen und Heranwachsende ab zehn von Aufsichtspersonen und Lehrkörper zur sexuellen Interaktion mit Gleichaltrigen ermutigt werden.

Ich bin in einem sehr toleranten Haushalt aufgewachsen. Homosexualität war nie ein Tabu. Wenn gleichgeschlechtliche Paare bei uns zu Gast waren, habe ich als Kind neugierig Fragen gestellt. War irgendwie fasziniert. Meine Eltern hatten stets ein offenes Ohr für meine diesbezüglichen Anliegen, sprachen ungeniert über alles, was ich in diesem Kontext wissen wollte. Allerdings habe dabei ich das Tempo vorgegeben, nicht der Staat oder eine supranationale Indoktrinationsmaschinerie. Und das war gut so.

Vorbei die Zeiten, in denen man verschmitzt das erste Sexheftchen in Händen hielt, unschuldig die erste Jugendliebe erfahren, behutsam den eigenen Körper entdecken und mit verständnisvollen Erziehungsberechtigten über Sexualität sprechen konnte. Biologieunterricht, in dem nüchtern die Fakten in puncto Reproduktion dargelegt wurden – passé. Nach Auffassung der UNESCO ist die Jugend jetzt »*Switched on*«, informiert sich im digitalen Raum über fluide Geschlechter, Sexualpraktiken, Sexspielzeug, Abtreibung und ihre diesbezüglichen Rechte. Die rapide Abkapselung vom Elternhaus wird positiv konnotiert dargestellt, der Familienverbund dagegen als altbacken. So verkommt das behutsame Erkunden zwischenmenschlicher Nähe in der Adoleszenz nicht nur zum lieblos-technokratischen Akt, die CSE-Agenda eliminiert darüber hinaus auch den letzten Rest von Privatsphäre, der einem menschlichen Wesen im Überwachungskapitalismus bleibt.

Dass dem Staat so auch die Türe zum elterlichen Schlafzimmer geöffnet wird, ist dabei nicht einmal das Verwerflichste – am bedenklichsten erscheint der Umstand, dass die aggressive Frühsexualisierung der Jugend die Romantik raubt, die Chance auf ein von Empathie und Authentizität geprägtes Liebesleben, die Möglichkeit auf eine Zukunft in werteba-

sierten, von Respekt und Vertrauen getragenen Beziehungen. Denn diese sind angesichts der transhumanistischen Prämissen der Deutungseliten künftig wohl nicht mehr vorgesehen. Aus diesem Grund muss der generationsübergreifend angelegten Assimilation des Sexuallebens durch das supranationale System hier und jetzt Einhalt geboten, der Transhumanismus abgelehnt werden – denn die Kinder von heute sind die Eltern von morgen.

| fertiggestellt am 03. September 2023

Der BRICS-Bluff

Nicht wenigen gelten die BRICS-Staaten derzeit als willkommene Opposition zur US-dominierten NATO-Hegemonie. Diese Position wirkt bereits in Anbetracht der Tatsache, dass China eine Diktatur und Putin ein Despot wie jeder andere ist schwer haltbar. Und analysiert man die finanzpolitische Koppelung zwischen Ost und West wird schnell deutlich – geopolitisch ziehen die beiden Machtblöcke am gleichen Strang.

Geopolitik ist ein komplexes Thema. Zumindest auf den ersten Blick. Zu verworren erscheinen internationale Verflechtungen, zu umfangreich die Abhängigkeiten, zu unberechenbar Reaktionsmuster und Risiken, als dass man die tatsächlichen Beweggründe und Ziele der involvierten Parteien vollumfänglich abschätzen könnte. Stellt man sich Geopolitik jedoch als mehrdimensionales Brettspiel vor, als 3D-Schach, oder als Monopoly-Spiel, bei dem die Bank von einem Betrüger geführt wird, als koordinierten Mix aus nationalstaatlichen Interessen und sozialarchitektonischen Manipulationsmethoden, oder einfach als das Verfassen eines Drehbuchs mit mehreren parallelen Handlungssträngen – und behält dabei das Primärziel der profitierenden Akteure im Blick: mehr Kontrolle – wirken irritierende Einzelereignisse auf der Makroebene plötzlich folgerichtig. Kohärent. Logisch. Alternativlos quasi.

Eindimensional betrachtet sind es aber entweder die kriegslüsternen Amerikaner, die in boshafter Manier dem Globus ihre Hegemonialmacht aufzwingen wollen – oder die nunmehr als barbarische, nicht zu Europa gehörende Untermenschen geltenden Russen, die danach trachten, die Welt ihrer

skrupellosen Gewaltherrschaft zu unterwerfen. Die einen hassen die NATO, die anderen hegen einen Groll auf die BRICS-Staaten. Krieg wird dabei auf beiden Seiten als notwendiges Übel in Kauf genommen, um die eigene Doktrin, um »das Gute« durchzusetzen. Und Afrika ist immer noch so weit weg, dass man sich zwar einen Moment lang aufgrund der aktuellsten Katastrophenmeldung aus der Region echauffiert, einen Anflug seichten Mitgefühls empfindet, die Nachricht aber nach der nächsten Werbeunterbrechung sofort wieder verdrängt. Mit dieser weltanschaulichen Denkschablone zwingt man hörige Medienkonsumenten zur fatalen Überzeugung, der Planet bestünde aus drei in Konkurrenz zueinander stehenden Machtblöcken. »*Ozeanien, Eurasien und Ostasien*«, wie in Orwells Klassiker »1984«. Und tatsächlich schreitet die strukturelle Blockbildung nach orwellschem Vorbild rapide voran. Aus der Perspektive der Vereinten Nationen (UN) eine geradezu ideale Entwicklung. Denn große Wirtschafts- und Währungsregionen kontrollieren sich selbstverständlich ungleich einfacher als ein Sammelsurium von Nationalstaaten mit eigener Währung. Blockbildung im Windschatten der »Polykrise« ist also das ideale Herrschaftsinstrument, hat man im Sinn, Macht zu zentralisieren.

Diesem Gedanken folgend wird man im New Yorker Büro von UN-Generalsekretär António Guterres guter Dinge gewesen sein, als die Presse nach dem letzten BRICS-Gipfeltreffen, das vom 22. bis 24. August 2023 in Johannesburg (Südafrika) stattfand, vermeldete, dass Argentinien, Äthiopien, Saudi Arabien, Iran sowie die Vereinigten Arabischen Emirate dem Staatenbund ab 1. Januar 2024 als Vollmitglieder beitreten. Damit vereinen die BRICS-Staaten künftig 29,4 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes

sowie 46 Prozent der Weltbevölkerung unter einem Dach. Die Vormachtstellung des Dollars als Leitwährung steht in Frage. Die Tage, an denen die USA als Weltpolizei auftreten und nach Belieben Demokratie abwerfen können, scheinen gezählt.

Weiß man um Sinn und Zweck der Vereinten Nationen, ist der geostrategische Status quo aus der Vogelperspektive relativ simpel zusammenzufassen, beschreibt ihn die Herrschaftskaste doch ungeniert in ihren eigenen Publikationen: So ist die UN, eine von Finanz- und Industriekartellen der Superclass gegründete und finanzierte Organisation, im Begriff, einen juristisch wie fiskalisch bindenden Verordnungsstaat für alle Mitgliedsländer unter dem Label »Our Common Agenda« zu errichten. Startdatum dieser als Pakt für die Zukunft getarnten Ermächtigung: 22. September 2024. Eine neofeudalistische Machtübernahme, der sich der gesamte Planet ergeben soll. Ernsthafte Konflikte, oder solche, die völlig unkoordiniert eskalieren und in vernichtenden Kriegen enden, können zwischen den 193 UN-Mitgliedsstaaten folglich kaum noch entstehen. Denn sie alle haben das gleiche Ziel: supranationale Technokratie unter Führung der UN. Das korrumpierte Personal der ausführenden Regierungen rekrutiert sich dabei aus den stets gleichen, von den gleichen Kartellen usurpierten Kaderschmieden und Institutionen und dient einer gemeinsamen Agenda.

Die mutwillig betriebene Konsolidierung der bis anhin gültigen planetaren Organisationseinheiten ist mehr als offensichtlich. Analog zur rasanten Monopolisierung und Plutokratisierung der Weltwirtschaft oder der korporatistischen Assimilation soziokultureller Domänen durch invasive Technologien und synchronisierte Inhaltsvermittlung. Ungeachtet der frappierenden Offensichtlichkeit dieses harmoni-

sierten, dogmatisch-totalitären Bestrebens nach einer globalen Transformation unter der Ägide der UN mit ihren 15 offiziellen Unterorganisationen – 58 an der Zahl, schaut man etwas genauer hin – und den 6.343 offiziell akkreditierten NGOs scheint die Ausweitung der BRICS-Koalition, die Aussicht auf eine multipolare Welt, auf eine vermeintliche Querfront gegen US-Imperialismus gerade in der kritischen Blase der neuen Medien und NATO-Kritiker viel Zuspruch zu ernten. Putin böte dem »woken« Wertewesten mutig die Stirn, China den militärisch aufdringlichen USA, ein gestärktes BRICS-Bündnis werde »*die Apartheid gegenüber dem globalen Süden beenden*«, eine ausbalanciertere Weltordnung stünde in Aussicht, lässt manch ein Publizist dieser Tage optimistisch verlauten.

Eine erstaunliche Haltung, die nur mit Informationsmangel, kognitiver Dissonanz, Ignoranz oder Naivität zu erklären ist. Analog der Annahme, dass ein zwielichtiger Milliardär namens Donald Trump, der seine mRNA-Rollout-Kampagne stolz »*Operation Warp Speed*« nannte und vom Militär koordinieren ließ, den Sumpf des Establishments in Washington trockenlegen wolle. Oder die Meinung, dass die CDU mit BlackRock-Merz eine veritable Alternative zur dunkelgrünen Ampelpolitik wäre, obwohl es Angela Merkel und ihre Politschergen waren, die die Bevölkerung erst über vier Legislaturperioden hinweg schamlos betrogen, um zu guter Letzt auch noch das totalitäre Corona-Regime zu etablieren. Oder die Überzeugung, dass Elon Musk, der Aufträge des Pentagon und aller US-Geheimdienste ausführt, an Gehirnimplantaten arbeitet und »X« zur wertwestlichen Variante der chinesischen WeChat-App ausbauen will, angetreten sei, um für eine liberalere Gesellschaft zu kämpfen.

Die eindimensionale Weltsicht ihrer Leser verfestigend, verteufelt die hiesige Propagandamaschinerie natürlich die signifikante Expansion der BRICS-Allianz, sieht die »*liberale Weltordnung*«, die freiheitlich-demokratische Wertegemeinschaft unter Druck, die Dominanz des Petro-Dollars in Gefahr. Man bezeichnet Mitgliedsstaaten und BRICS-Anwärter als Erfüllungsgehilfen Putins, attestiert dem KGB-geschulten Despoten in Moskau aber zeitgleich »*abnehmenden Einfluss*«, da er nicht persönlich beim letzten BRICS-Gipfeltreffen erschien, sondern Außenminister Sergej Lawrow nach Johannesburg entsandte. Der digital-finanzielle Komplex des Wertewestens lässt nichts unversucht, um das plumpe Ost-West-Feindbild aufrechtzuerhalten. Der UN-Generalsekretär ruft derweil die 193 Mitgliedstaaten zu mehr Zusammenhalt auf, zu verstärkter Unterstützung der Vereinten Nationen. Guterres lancierte dazu unlängst ein neues Programm namens »The new Agenda for Peace«, das in Zeiten »*geopolitischer Spannungen*« die UN als »*einzigartige Institution*« stärken soll. Merke: je intensiver die Krise, je disruptiver der Konflikt, desto machtvoller die UN.

Von dieser Einordnung des Ist-Zustandes ausgehend, ist kaum nachvollziehbar, warum gerade in NATO- und regierungskritischen Kreisen häufig ein Loblied auf die Expansion der BRICS-Allianz gesungen wird. Warum ein Autokrat wie Putin als Retter der freien Welt gesehen werden soll, oder eine brutale Diktatur wie China als akzeptabler Gegenpol zu wertewestlicher Hegemonialmacht. Selbst die imminente Einführung digitaler Zentralbankwährungen (CBDC) in den BRICS-Staaten wird von Unterstützern derselben argumentativ so zurechtgebogen, dass die eigene Weltsicht nicht verändert werden muss. Damit folgen hiesige USA-Kritiker der Hoheitsmeinung. Sprich, der Argumentation des

»Atlantic Council«, dem inoffiziellen Führungsgremium der NATO, das die Einführung des digitalen Rubel am 1. April 2023 damit erklärte, dass Putin dieses Finanzinstrument brauche, um eine Alternative zum Fiat-Geldsystem nutzen und die Sanktionen des Westens umgehen zu können. Dass Brasilien und Argentinien sich derzeit anschicken, eine Währungsunion für lateinamerikanische Staaten zu implementieren, dass Indien am 1. November 2022 den Pilot für seine CBDC lancierte und China im Begriff ist, den digitalen Yuan, der schon am 14. August 2020 verfügbar war, als Leitwährung für den internationalen Zahlungsverkehr aller ASEAN-Staaten (Verband Südostasiatischer Nationen) sowie als Gegenpol zur Dollar-Dominanz zu etablieren, scheint den Glauben manch eines NATO-Kritikers an die positiven Effekte einer »multipolaren Weltordnung« dank BRICS ebenfalls nicht zu erschüttern.

Dabei sollte dahingehend bereits ein Blick auf die organisatorischen Hintergründe des BRICS-Konglomerats zu denken geben. Denn Blockbildung verfolgt zuvorderst das Ziel, souveräne Nationalstaaten finanzpolitisch zu kontrollieren. Zu diesem Zweck existiert die Europäische Währungsunion, aus diesem Grund betreibt der Wertewesten die Weltbank, eine UN-Sonderorganisation, und den eigenständig operierenden Internationalen Währungsfonds (IWF). Beide gegründet im Jahr 1945. Wobei hier schon der Name irreführend ist. Denn wie bereits der Bretton Woods-Architekt John Maynard Keynes bemerkte, »*sollte die Weltbank eigentlich als Fonds*« (für Entwicklungsprojekte) bezeichnet werden und »*der Internationale Währungsfonds als Bank*«, der Länder bei Finanzdefiziten unterstützt.

Unpräzise Labels. Dafür aber klare, gemeinwohlorientierte Arbeitsaufträge. Sollte man meinen. Die Realität sieht leider

völlig anders aus. Denn wie man unter anderem aus den Publikationen des Insiders und »Economic Hitman«, des »*Wirtschaftskillers*« John Perkins erfahren konnte, handelt es sich bei beiden Institutionen um kriminelle Organisationen supranationaler Bankenkartelle, die mit dem primären Ziel ins Leben gerufen wurden, die globale Finanzarchitektur im Sinne der Machtzirkel des wertewestlichen Neokolonialismus in den Würgegriff zu nehmen.

Der mit BRICS abgekürzte Staatenbund soll diesen erpresserischen Umtrieben nun also Paroli bieten. Dies, obschon bereits die Abkürzung BRICS von Jim O'Neill stammt, dem ehemaligen Chefvolkswirt der US-Großbank Goldman Sachs – wegen ihrer Nähe zur US-Regierung gerne auch »*Government Sachs*« genannt – der diese Ende 2001 erstmals in Umlauf brachte. Seither gilt die US-Bank als »*BRICS-Erfinder*«. Die zu Beginn aus Brasilien, Russland, Indien und China bestehende Allianz kam am 16. Juni 2009 zum ersten offiziellen Gipfeltreffen in Jekatarinburg (Russland) zusammen. Doch analog zum wertewestlichen Bündnis, das erst durch das Bretton-Woods-System seine dominante Rolle einnehmen konnte, nahm auch das BRICS-Projekt erst mit der Gründung multilateraler Finanzinstitutionen richtig Fahrt auf. Mit der Fortaleza-Erklärung, die beim sechsten BRICS-Gipfel im Juli 2014 in Brasilien unterzeichnet wurde und die gemeinschaftliche Gründung der »New Development Bank« (NDB) sowie des ihr angeschlossenen Reservefonds »Contingent Reserve Arrangement« (CRA) besiegelte. Damit waren die östlichen Pendants, die vermeintlichen Alternativen zu Weltbank und IWF geschaffen – und China hatte in beiden Organisationen die führende Rolle eingenommen.

Folgt man nun der gängigen Erzählung von den verbissen konkurrierenden Machtblöcken, von »*guten Globalisten*« und »*schlechten Globalisten*«, von sich diametral entgegenstehenden Ideologien, müssten sich sowohl die europäische und angloamerikanische Hochfinanz als auch IWF und Weltbank in einem erbitterten Wettbewerb mit den neuen Finanzmarktteilnehmern des Klassenfeindes wähnen, deren Investments kritisieren und torpedieren, so, wie es die fragwürdigen Geschäftspraktiken des IWF bisher vorsahen. Doch wenn irgendjemand die NDB und das CRA kritisiert, sind es ganz sicher nicht IWF und Co. – denn es ist *ein* Club; und wir alle sind kein Teil davon.

Im Gegenteil scheinen Ost und West auf finanzpolitischer Ebene bestens zu harmonieren. Die mehr als fruchtbare Zusammenarbeit läuft in weiten Teilen über die »Asiatische Infrastrukturinvestmentbank« (AIIB), eine multilaterale Entwicklungsbank, ebenfalls unter chinesischer Führung, die im Jahr 2015 von 57 Staaten gegründet wurde, im Juni 2022 bereits 103 Mitgliedsstaaten zählte und eng mit der NDB und dem CRA verbunden ist. Deutschland und Großbritannien waren von Beginn an Mitglied der AIIB, Italien und Frankreich stießen Mitte 2016 dazu. Auch Spanien, Belgien, Ungarn, Schweden, Belarus, Griechenland, die Schweiz, Russland, Sudan, Saudi-Arabien, Pakistan, Thailand, Iran, Israel oder die Türkei sind mit von der Partie. Militärische Konflikte interessieren auf dieser Ebene nur bedingt – man finanziert ohnehin immer beide Seiten. Zudem geht es der internationalen Finanzoligarchie um Ziele und Herrschaftsvisionen, die die Ära der Nationalstaaten längst hinter sich gelassen haben. Was sich viele eindimensional argumentierende Transatlantiker zu dieser Zeit von der Gründung der NDB erwarteten, war, dass sich die Kreditvergabe vereinfacht und

mit wenigen bis keinen Bedingungen verknüpft sein würde – während die aus Washington, London und Brüssel gesteuerten Strukturprogramme von IWF und Weltbank den Entwicklungsländern eine ganze Reihe politischer und wirtschaftlicher Reformen abverlangen. Mitglieder globalistischer Organisationen wie Matt Ferchen vom »Carnegie Tsinghua Center for Global Policy« zeigten sich zum damaligen Zeitpunkt vor allem besorgt über die Möglichkeit, dass eine laxe Kreditvergabestrategie seitens der NDB dieser hegemonialen, zwangsreformatorischen Daumenschraube die Wirkung nehmen könnte.

Die internationale Hochfinanz sah das schon immer etwas entspannter. Der damalige Präsident der Weltbank, Jim Yong Kim, gratulierte dem indischen Premierminister Narendra Modi am 23. Juli 2014 persönlich vor einem Meeting in Neu-Delhi (Indien) zur Gründung der BRICS-Bank. Am 28. Juni 2015 veröffentlichte Jim Yong Kim zudem ein Statement, um allen Gründungsmitgliedern der NDB offiziell zu gratulieren und die Bank als neuen, wichtigen Partner am Markt willkommen zu heißen. Die damalige IWF-Chefin und verurteilte Finanzkriminelle Christine Lagarde teilte im Rahmen eines Meetings in Peking am 22. März 2015, welches unter dem Titel »*Chinas Wirtschaft im neuen Normal*« anberaumt worden war, offiziell mit, »*der IWF freue sich darauf, mit China über die AIIB zusammenzuarbeiten*«. Der erste Präsident der NDB, ein ehemaliger WEF-Co-Chair und zudem früherer Mitarbeiter der AIIB, Kundapur Vaman Kamath, erwiderte die Grußworte aus dem Westen prompt und konstatierte bei einem Meeting der NDB im Juli 2015:

»*NDB und IWF/Weltbank sind keine Rivalen, sondern sich ergänzende Institutionen*«.

Kurz darauf, ebenfalls im Juli 2015, unterzeichneten die Weltbank und die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank AIIB einen Kooperationsvertrag. Damit schloss sich der Kreis. Die internationale Hochfinanz hatte die Block-Allianzen aus West und Ost mittels AIIB zu einem globalen Netzwerk finanzpolitischer Unterdrückung verbunden. Unabhängig davon, was auf dem Auslandsnachrichtenticker an Spannungen zwischen den Regionen vermeldet wird. Schon zu Beginn hielt die NDB in ihren Gründungsvereinbarungen explizit fest, den US-Dollar als Nennwert für alle Investitionen, Darlehen und Verbindlichkeiten zu nutzen, »*die offizielle Zahlungswährung der Vereinigten Staaten von Amerika*«. Nur die Medien zeichneten weiterhin das gewohnte Bild vom Kampf der Klassenfeinde.

Dabei wurde aus nachvollziehbaren Gründen außer Acht gelassen, dass der am 11. Juni 2015 zum Vizepräsidenten der BRICS-Bank gewählte Paulo Nogueira Batista, Jr. gleichzeitig zu seiner Aufgabe bei der NDB einen Posten als Executive Director beim IWF bekleidete. In jungen Jahren studierte Batista außerdem an einer mit der City of London, der größten Steueroase der Welt assoziierten Universität. Batista war es auch, der 2015 im Namen der neuen BRICS-Bank verkündete, diese wolle nun intensiv mit Internationalem Währungsfonds und Weltbank zusammenarbeiten. Und auch der aktuelle Präsident der AIIB, Jin Liqun, hat engste Verbindungen zum NATO-Finanzmarkt – denn Liqun begann seine Karriere 1980 bei der Weltbank in Washington, wo er es bis zum stellvertretenden Generaldirektor brachte. Später wurde er Präsident der Asian Development Bank, die sich bei der Gründung exakt an der Aufbauorganisation der Weltbank orientierte. Rivalität sieht irgendwie anders aus.

Wer weitere Belege dafür sucht, dass die BRICS-Allianz nur als simulierte Opposition zu verstehen ist, als Teil geopolitischer Herrschaftsdialektik, findet diese in einem Report, den die britische Regierung in Auftrag gegeben und finanziert hat. Das 24 Seiten umfassende Dokument datiert vom März 2014 und trägt den Titel »*The BRICS and the International Development System: Challenge and Convergence*«. Übersetzt: Die BRICS-Staaten und das internationale Entwicklungssystem: Herausforderung und Konvergenz. Die Verfasser Li Xiaoyun und Richard Carey legen in dem Briefing für die Regierung in London dar, welche potenziellen Auswirkungen die Gründung der östlichen Pendants zu IWF und Weltbank haben könnte. Doch anstatt eine Bedrohung für die geostrategischen und finanzpolitischen Interessen des »Empire« in Aussicht zu stellen, ergehen sich die Autoren in Relativierungen. Es gäbe zwar kulturelle Unterschiede zwischen den Machtblöcken, abweichende Wertvorstellungen und den Willen der BRICS-Staaten, ihren geopolitischen Einfluss zu erweitern – insgesamt sei jedoch eher mit einer raschen Annäherung sowie einer fruchtbaren Zusammenarbeit auf dem internationalen Finanzmarkt zu rechnen.

Den Optimismus begründen Xiaoyun und Carey unter anderem damit, dass die BRICS-Staaten die Führungsrolle der G20 bedingungslos anerkennen, dass sie die G20 als führende Wirtschaftsmächte auf dem Finanzsektor unterstützen wollen, dass die BRICS-Allianz eingesteht, dass der eigene CRA-Fonds nur einen »*gewissen Grad von Unabhängigkeit vom IWF*« biete – sowie mit dem Hinweis, dass BRICS, UN, G20, Weltbank und Co. gemeinsame, übergeordnete Ziele in puncto »*Global Governance*« verfolgen. Weiter führen die Autoren an, dass »*der BRICS-Gipfelprozess in einen größeren Prozess systemischer Veränderungen der globalen*

Governance integriert ist, der die gewünschte Konvergenz befördern wird«. Kein Grund zur Sorge also für »Downing Street Nummer 10«.

Gemäß Analyse britischer Regierungsberater sind NDB, CRA und AIIB also nur Teil einer deutlich weitreichenderen Transformation des Weltfinanzsystems, enge Partner von IWF, Weltbank und der einflussreichen wie intransparenten »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« (BIZ), der Zentralbank der Zentralbanken. Auch die vertraglichen Verflechtungen von NDB, CRA und AIIB mit den supranationalen Finanzkartellen des Klassenfeindes sowie die personelle Drehtür des internationalen Korporatismus weisen in diese Richtung. Weitere Belege dafür, dass das BRICS-Projekt mitnichten eine Opposition zu globalistischem Putsch von oben und wokistischem Kulturkampf darstellt, liefern die Mitgliedsstaaten regelmäßig selbst.

Zum Beispiel in der gemeinsamen Erklärung der BRICS-Mitglieder, die zu Beginn des neunten Gipfels im Jahr 2017 in Xiamen (China) veröffentlicht wurde. Darin beschwört man nicht nur die »*zweite goldene Dekade*« des Projekts, sondern freut sich auch darüber, »*eine neue Weltordnung vorzubereiten*«.

Unter Punkt vierzehn der Erklärung liest man außerdem:

»*Wir bekräftigen unser Engagement für die vollständige Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Wir werden uns außerdem für eine gerechte, offene, umfassende, innovationsgetriebene und integrative Entwicklung einsetzen, um eine nachhaltige Entwicklung in ihren drei Dimensionen – Wirtschaft, Soziales und Umwelt – auf ausgewogene und integrierte Weise zu erreichen. Wir unterstützen die wichtige Rolle der Vereinten Nationen (UN), einschließ-*

lich des »High Level Political Forum on Sustainable Development« (HLPF), bei der Koordinierung und Überprüfung der globalen Umsetzung der Agenda 2030 und unterstützen die Notwendigkeit, das UN-Entwicklungssystem zu reformieren, um so zu verbessern, dass Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Agenda 2030 unterstützt werden.«

Auch die Formulierungen unter Punkt 29 klingen nicht wirklich nach Opposition:

»*Wir sind bestrebt, eine globale wirtschaftspolitische Governance-Architektur zu fördern, die effektiver ist* (…) *Wir bekräftigen unsere Zusage, die 15. allgemeine Quotenüberprüfung des IWF, einschließlich einer neuen Quotenformel, bis zur Frühjahrstagung 2019 und spätestens bis zur Jahrestagung 2019 abzuschließen. Auch werden wir die Einführung der* »*World Bank Group Shareholding Review*« *weiterhin vorantreiben.*«

Systemkritik gegenüber dem Wertewesten und seinen Organisationen findet sich ebenso wenig unter Punkt 32 der Erklärung:

»*Wir bekräftigen unsere Verpflichtung, die vollständige Umsetzung und Durchsetzung der bestehenden WTO-Regeln sicherzustellen, und sind entschlossen, zusammenzuarbeiten, um die WTO (World Trade Organisation) weiter zu stärken.*«

Selbst beim BRICS-Gipfel im Jahr 2022 waren trotz geostrategischer Disruptionen Statements zu hören, die auch aus dem Weißen Haus oder dem Bundeskanzleramt hätten stammen können. So bemängelte Südafrikas Präsident Cyrill Ramaphosa in seiner vorab aufgezeichneten Rede den »*ungenügenden Zugang seines Landes zu lebensrettenden Vakzinen*«. Indiens Premier Narendra Modi sprach primär über

den post-pandemischen Wiederaufbau der Weltwirtschaft – über »*Build back better*«. Und Chinas Xi Jinping, der »*überragende Führer*« und Präsident auf Lebenszeit, stellte in seiner Keynote nochmals klar, wie er zur von der UN koordinierten Globalisierung steht.

»*Heute stößt der globale Entwicklungsprozess auf große Hindernisse, die Dynamik der internationalen Entwicklungszusammenarbeit wird geschwächt* (…) *Dadurch erlitten die weltweiten Bemühungen zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 erhebliche Rückschläge. Fast 1,2 Milliarden Menschen in fast 70 Ländern sind mit COVID-19, Nahrungsmittel-, Energie- und Schuldenkrisen konfrontiert. Was in Jahrzehnten globaler Armutsbekämpfung erreicht wurde, könnte verloren gehen.*«

Xi forderte mehrfach, »*die Agenda 2030 der UN zu implementieren*« sowie eine »*bessere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von COVID-19 und mit den Entwicklungsländern, um diesen mehr Anti-COVID-Medikamente zur Verfügung zu stellen und das Virus frühzeitig zu bekämpfen*«.

Die Universalsprechbausteine des »*alternativen*« Machtblocks passen zum freundlichen Empfang, den Xi dem 100 Jahre alten Geopolitik-Granden Henry Kissinger im Juli 2023 bereitete. Kissinger wurde mit allen Ehren bedacht, erhielt, im Gegensatz zu manch anderem Staatsgast jüngerer Zeit, die Premium-Behandlung. Verständlich. Das Reich der Mitte verdankt ihm viel. Waren es doch Kissinger, Richard Nixon und George H. W. Bush, die auf Geheiß der Rockefellers in den 70ern eng mit Mao Zedong zusammenarbeiteten und die »Öffnung gen Westen« initiierten. Nur durch die Unterstützung der US-Eliten konnte China zu dem werden, was es heute ist – zur Blaupause für eine technokratisch-to-

talitär regierte, kollektivistische Gesellschaftsform. Zur ersten Technokratie der Welt.

Doch zurück zum BRICS- Gipfel 2022. Denn ein bisschen Kritik am Westen gab es dann doch. Xi beschuldigte die USA, das Weltfinanzsystem »*als Waffe einzusetzen*«. Er erwähnte es nicht explizit, bezog sich aber darauf, dass die russischen Banken im Zuge der Sanktionen aus dem SWIFT-System ausgeschlossen worden wurden. Wladimir Putins Antwort auf diese Maßnahme war der Hinweis, dass man plane, »*eine internationale Reservewährung auf der Grundlage des Währungskorbs der BRICS-Staaten zu schaffen*«, »*als Alternative zu den Sonderziehungsrechten des IWF*«. Und auch neue multilaterale Zahlungssysteme für BRICS-Staaten seien in Arbeit. Eine »*alternative*« Reservewährung und »*alternative*« Zahlungssysteme – für eine neue, stetig wachsende Währungszone. Der feuchte Traum eines jeden Globalkorporatisten.

Heutzutage steht der Aufbau solch einer Währungszone selbstredend im Zeichen digitaler Zentralbankwährungen. So sind die BRICS-Staaten wohl im Begriff, das erste multilaterale CBDC-Netz aufzubauen. Eine »mCBDC-Bridge« – als Pilotprojekt für Europa und die anderen potenziellen Währungszonen dieses Planeten. Im Lichte der symbiotischen Verbindungen der vorgängig beschriebenen Organisationen in Ost und West sind all die BRICS-Projekte vermutlich genauso »*alternativ*« wie die »*Alternative*« zu SWIFT, die China im Jahr 2015 lancierte – und die ihre Transaktionen dann auf dem SWIFT-Netzwerk übermittelte.

Die Fakten geben demnach allen Grund zur Annahme, dass die in unseren Breiten als nächste »*Achse des Bösen*« gebrandmarkten BRICS-Staaten, beziehungsweise deren Fi-

nanzmarktvehikel, Teil einer global harmonisierten, aus London, Washington, Brüssel und Basel koordinierten Restrukturierung des Weltfinanzsystems sind. Eine Konsolidierung des Weltfinanzmarktes, die im Windschatten von Polykrise und Agenda 2030 zum Ziel hat, Geschäftsbanken obsolet zu machen, oder zu eliminieren, um im Ergebnis die Macht der Zentralbanken zu stärken – welche künftig nicht mehr nur Nationalstaaten in monetärer Abhängigkeit halten werden, sondern durch die Einführung digitaler, individuell programmierbarer Zentralbankwährungen bald auch den Endkunden. Dank expandierender Währungszonen sogar über Landesgrenzen hinweg.

Hätte die wertewestliche Prädatorenkaste die BRICS-Staaten jemals als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen, bestünde eine reale Konkurrenzsituation zwischen den Finanzmächten in Ost und West, hätte man das Projekt frühzeitig torpediert. Mit allen Mitteln. Doch dass schon der erste Kredit, den die NDB jemals vergab, in Yuan ausgegeben wurde, anstatt in US-Dollar, wie zunächst vereinbart, schien niemanden in Washington, London oder Brüssel ernsthaft zu beunruhigen. Auch der Umstand, dass die AIIB kurz darauf ankündigte, den chinesischen Yuan in ein erweitertes Währungsportfolio aufnehmen zu wollen – vordergründig ein klarer Affront gegen die Dominanz des »Greenback« – sorgte weder beim IWF noch bei der Weltbank oder der europäischen Zentralbank für Krisenstimmung.

Warum dem so ist, erklärt eventuell ein Statement von Zhou Xiaochuan, der von 2002 bis 2018 die »People's Bank of China«, die Zentralbank des Regimes in Peking leitete. Am 23. März 2009 veröffentlichte er ein dreiseitiges Essay unter dem titelnden Imperativ »*Reform the international monetary system*« – Reformiert das internationale Finanzsystem. Das

Dokument wird bis heute auf der Webseite der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich angeboten. Womöglich, weil es einen Satz enthält, den Ökonomen und Finanzhistoriker einer fernen Zukunft als konzeptionelle Grundsteinlegung für die erste Weltwährung würdigen werden.

»The SDR (Special Drawing Rights) has the features and potential to act as a super-sovereign reserve currency«.

Übersetzt: »*Das Sonderziehungsrecht (SZR) hat die Eigenschaften und das Potenzial, als suprastaatliche Reservewährung zu fungieren*«. Doch was genau ist ein SZR? Das SZR ist eine Guthabenform, die 1969 eingeführt wurde und vom IWF als international kontrolliertes Reserveguthaben geschöpft wird. Es wurde als Reaktion darauf geschaffen, dass ausländische Dollarguthaben bereits in den 1950er-Jahren die Goldreserven der USA überstiegen. Über das SZR stützten kontinentaleuropäische Staaten den Dollar. Der Wechselkurs der SZR wird über einen sogenannten Währungskorb festgelegt, in dem die wichtigsten Währungen der Welt vertreten sind. Dollar, Euro, Yen, britisches Pfund – und seit dem 1. Oktober 2016 auch der chinesische Yuan.

Der IWF erklärt Sinn und Zweck der SZR wie folgt:

»*Das SZR ist weder eine Währung noch eine Forderung gegenüber dem IWF. Es handelt sich vielmehr um einen potenziellen Anspruch auf die frei verwendbaren Währungen der IWF-Mitglieder. Inhaber von SZR können diese Währungen auf zwei Arten im Austausch für ihre SZR erhalten: erstens durch die Vereinbarung freiwilliger Umtauschprozesse zwischen Mitgliedern; und zweitens, indem der IWF-Mitglieder mit starken Außenhandelspositionen dazu bestimmt, SZR von Mitgliedern mit schwachen Außenhandelspositionen zu kaufen. Zusätzlich zu seiner Rolle als Reservevermögen dient*

das SZR als Rechnungseinheit des IWF und einiger anderer internationaler Organisationen.«

Wenn Zentralbänker wie Xiaochuan über SZR schreiben, beziehen sie sich allerdings auf die vielen weiteren Möglichkeiten, wie SZR künftig eingesetzt werden könnten. Er publizierte sein Essay zu einer Zeit, als das Financial Stability Board (FSB), eine weitgehend unbeachtete, aber sehr einflussreiche Finanzinstitution, als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 gegründet wurde und damit begann, die Richtlinien für Zentralbanken weltweit neu zu definieren – zum Beispiel hinsichtlich »Bail-ins« – also Gläubigerbeteiligungen. Waren es in der Finanzkrise 2008 noch die Nationalstaaten, die mit »Bail-outs« in Milliardenhöhe, mit Steuergeldern, marode, »*systemrelevante*« Kreditinstitute vor dem Kollaps bewahrten, sind es bei »Bail-ins« nun die Guthaben der Anleger, die zur Rettung einer insolventen Bank herangezogen werden können. Die Bank spart sich also den Umweg über den Staat und konfisziert direkt Einlagen und Guthaben. Ein räuberischer Paradigmenwechsel, dem in Anbetracht seiner signifikanten Implikationen viel zu wenig Öffentlichkeit zuteil wurde. Joachim Nagel, der seit 1. Januar 2022 als Präsident der Deutschen Bundesbank amtiert und zusätzlich Mitglied des Verwaltungsrates der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ist, kommentierte die Erweiterung des für die Bestimmung des SZR-Wechselkurses relevanten Währungskorbes um den chinesischen Yuan vor ein paar Jahren wie folgt:

»*Wenn der Yuan in den SZR-Korb des IWF aufgenommen wird, ist jedes IWF-Mitglied indirekt in die chinesische Währung investiert.* (…) *Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, Yuan als Reservewährung im Allgemeinen zu halten. Wenn*

Sie bereits in etwas investiert sind, fällt die Entscheidung leichter, ihr Engagement zu erweitern.«

Durch die eindimensionale geostrategische Linse betrachtet wäre demnach verständlich, warum die USA sich gegen derartige Reformen des IWF zur Wehr setzten. Sie sahen die Vormachtstellung des US-Dollars bedroht, der die Weltwirtschaft für knapp ein Jahrhundert dominierte. Doch wie eingangs umrissen sind Geostrategie und supranationale Finanzarchitektur als mehrdimensionales Spielfeld zu sehen. Monokausale Einordnungen und Schwarz-Weiß-Analysen über gute und böse Globalisten greifen zu kurz. In diesem mehrschichtigen Spiel scheinen die US-Finanzeliten ebenso daran interessiert, den Dollar zu ruinieren, wie ihre europäischen und chinesischen Pendants. Und der Plan scheint aufzugehen. Denn die US-Währung schwächelt, verliert kontinuierlich an Wert und Relevanz, während der Yuan seit Anfang 2022 relativ verlässlich zulegt und zwischenzeitlich zumindest ein veritables Gegenwicht zum Dollar darstellt – darüber hinaus sind die Steuerzahler in weiten Teilen längst der Mär aufgesessen, dass nur supranationale Finanzinstitutionen, Währungsunionen und multilaterale Währungskörbe den Niedergang der Weltwirtschaft werden abwenden können. Zhou Xiaochuan, der ehemalige Chef der chinesischen Zentralbank, hob ja bereits hervor:

»*Im Vergleich zur getrennten Verwaltung der Reserven durch einzelne Länder wird die zentralisierte Verwaltung eines Teils der globalen Reserven durch eine vertrauenswürdige internationale Institution mit einer angemessenen Rendite zur Förderung der Teilnahme wirksamer bei der Abschreckung von Spekulationen und der Stabilisierung der Finanzmärkte sein.* (…) *Mit seiner universellen Mitgliedschaft, seinem einzigartigen Auftrag, die Währungs- und Finanzsta-*

bilität aufrechtzuerhalten, und als internationaler Überwacher makroökonomischer Politik seiner Mitgliedsländer verfügt der IWF, ausgestattet mit seinem Fachwissen, über einen natürlichen Vorteil, als Manager der Reserven seiner Mitgliedsländer zu fungieren.«

Das Ziel der »*kreativen Zerstörung*« – wie man das geoökonomische Chaos in Davos gerne nennt: Ein global gültiges Steuersystem, das von einer Weltregierung unterhalten und in einer weltweit einheitlichen Währung geführt wird. Dass es dafür weder eine Regierung im herkömmlichen Sinne braucht noch ein in allen UN-Mitgliedsstaaten zirkulierendes Zahlungsmittel, zeigen die Entwicklungen der vergangenen Jahre. Denn eines dürfte im Lichte der vorliegenden Informationen klar sein: Auch wenn sich Staaten vordergründig in Konflikten verheddern, auch wenn Kriege, Handelsembargos und Sanktionen die Tagesnachrichten bestimmen und Finanzeliten den Menschen suggerieren, die Weltwirtschaft stünde am Abgrund – auf der Ebene multidimensionaler Geostrategie ziehen alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen am gleichen Strang. Sie alle haben das gleiche übergeordnete Ziel: die Etablierung eines technokratisch-totalitären, weltumspannenden Herrschaftskonstrukts. Die BRICS-Staaten sind folglich kaum als echte Opposition zum Westen zu sehen, sondern als billiger Bluff, als Hebel zur fortschreitenden Konsolidierung und Harmonisierung globaler Finanzmacht.

Die Kunst Steuern einzunehmen, besteht darin, die Gans zu rupfen, ohne dass sie schreit. (Maximilian von Béthune, Herzog von Sully)

| fertiggestellt am 17. September 2023

Dominanzdialektik

Obschon Demokratie heißt, Mehrheiten für Sachfragen zu generieren, wird der politische Diskurs von ideologisierten Grabenkämpfen dominiert. Gleichzeitig sind sich die Lager des politischen Spektrums inhaltlich näher als je zuvor. Denn den supranational verordneten Biosicherheitskollektivismus des »Neuen Normal« stellt keine etablierte Partei in Frage. Die postmoderne Sozialdemokratie – ein Einheitsbrei. Auf welche Denkschulen, Rückkopplungsmechanismen und Netzwerke lässt sich dieser Zustand zurückführen? Eine Analyse von Historie, Wirken und Impakt der Fabian Society liefert Anhaltspunkte.

Links und rechts – das sind die dominierenden »Argumente« des postmodernen politischen Diskurses. Sie finden derart inflationär Gebrauch, dass sie de facto wertlos geworden sind. Selbst Leitmedien kommen nicht umhin, zu konstatieren, dass diese Zurechnungen ob ihrer akuten Inhaltsleere primär Verwirrung stiften. Erhitzte Debatten um Zugehörigkeit zum einen oder anderen Lager, ideologisierte Grabenkämpfe und mediale Ikonisierung – oder Abstrafung – der lautesten Protagonisten beider Seiten haben die Erörterung von Sachfragen ersetzt; und führen damit die demokratische Idee ad absurdum. Denn der Kerngedanke von Demokratie ist nun einmal, durch Argumente Mehrheiten für die Lösung konkreter Problemstellungen zu generieren.

Die Unterscheidung der politischen Lager in »Linke« und »Rechte« geht auf die Sitzordnung der Delegierten bei der Einberufung der Generalstände sowie der Konstituante bei der Entstehung der französischen Nationalversammlung von 1789 bis 1791 zurück. Dort waren die Sitze des Adels rechter

Hand angeordnet, das weniger einflussreiche Bürgertum saß links vom Parlamentspräsidenten. Von Frankreich aus eroberte dieser Modus Operandi Europa. Auch das Paulskirchenparlament des Deutschen Bundes formte sich im Jahr 1848 nach dem Muster der französischen Nationalversammlung, platzierte die republikanischen Abgeordneten, die eine Abschaffung der monarchistisch strukturierten Fürstenhäuser forderten, auf der linken, und die Monarchisten, die für den Erhalt des Status quo eintraten, auf der rechten Seite.

Heute bildet der parlamentarische Halbkreis zwar ein feingliedrigeres politisches Spektrum ab – konservative, liberale, nationalistische oder bürgerliche Parteien auf der einen, sozialdemokratische, sozialistische, kommunistische und ökologisch motivierte Gruppen auf der anderen Seite – trotzdem steht die Bezeichnung »Linke« oder »Rechte« zunächst für wenig mehr als eine Sitzordnung. War die jeweilige Position 1791 und 1848 noch mit der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, oder mit dem Ausdruck fundamental divergierender Herrschaftskonzepte verbunden, ist dies vor allem nach dem sogenannten Linksruck der zurückliegenden Dekaden nicht mehr der Fall. Jetzt herrscht einförmige Dominanzkultur.

Die Wahlprogramme von CDU, SPD, FDP und Grünen unterscheiden sich nur noch marginal. Wirklich libertär oder konservativ ist niemand mehr. Dafür sind alle irgendwie grün. Lediglich die marxistisch motivierte Linke oder die nationalkonservative AFD scheren ab und an aus, fallen mit speziellen Forderungen und Kritik aus dem Rahmen. Ein Großteil der Mitglieder des deutschen Bundestages dient jedoch ein und derselben Agenda – siehe Antrag zur Stärkung der WHO im Mai 2023. Kritik an der schleichenden Machtübernahme durch supranationale Organisationen und globale

Investmentverwalter ist von den etablierten Parteien des Hohen Hauses nicht zu vernehmen.

Obschon links und rechts in der Gegenwart also kaum noch zu unterscheiden sind, die sogenannten Volksparteien sich unisono der Erfüllung transatlantischer Agenden verschrieben haben und das politische Spektrum weder mit einer spezifischen sozialen Schicht noch mit einem abweichenden Herrschaftsmodell zu assoziieren ist, verschanzen sich Menschen weiter hinter den jeweiligen Kampfbegriffen ihrer ideologischen Blase. Sie wissen stets, wogegen sie sind, aber selten wofür. Sind geblendet von identitären Worthülsen und haltlosen Wohlstandsversprechen. Meist, ohne ihre politischen Überzeugungen auf Nachfrage präzise artikulieren oder gegen die ihrer Opponenten abgrenzen zu können. Dabei ist Abgrenzung das wichtigste Element postmoderner Politik, der primäre sozialarchitektonische Hebel zur Steuerung der Zivilgesellschaft – und die Basis hybrider Herrschaftsdialektik.

Denn wer sich mit einer Gruppierung, einer Flagge, mit Ideen, Slogans und Zielen einer Partei identifiziert, exkludiert andere automatisch. Nur über Konkurrenzkampf mit anderen Demokratiemarktteilnehmern und Ideologien definiert sich eine Partei. Sachfragen sind sekundär. Und Identifikation schafft Gegner. So lenken postfaktische Links-Rechts-Scharmützel nicht nur davon ab, dass der relevante Konflikt unserer Epoche zwischen oben und unten zu verorten ist, sondern auch davon, dass nahezu alle Parlamente der wertewestlichen Hegemonie – egal, wie viele Parteien und Fraktionen darin vertreten sind – längst von einer Art affirmativen »Einheitspartei« kontrolliert werden. Von Koalitionen und Konstellationen, die den vordergründig engagierten Diskurs

ihrer Lager als Schauspiel zur Aufrechterhaltung einer durchschaubaren Demokratiesimulation inszenieren.

Fragt sich, wie diese frappierende Annäherung parteipolitischer Programmatik, die Egalisierung von Ständen, Schichten, Ideologien, Konflikten und sonstigen Divergenzen in der parlamentarischen Repräsentanz zu erklären ist? Warum der Einheitsbrei? Woher rührt der Umstand, dass politische Gegner keine Gegner mehr sind und sich der Diskurs auf Scheindebatten, ideologische Kampfbegriffe und Ad-hominem-Exzesse reduziert? Auf eine Show. Warum verfolgen alle etablierten Parteien deckungsgleiche Ziele demokratisch nicht legitimierter Organisationen? Aus welcher Feder speisen sich diese überstaatlichen Ziele? Und warum lässt sich der Bürger – ahnend, dass sich durch elektorale Zyklen nichts an der generellen Marschroute ändern wird – noch zu Partizipation motivieren?

Antworten auf diese Fragen finden sich im Großbritannien des ausgehenden 19. und angehenden 20. Jahrhunderts. In einer Zeit, die von zwei machtpolitischen Strömungen durchdrungen war – von Eugenik und Fabianismus. Strömungen, deren einflussreiche Fürsprecher zumeist in beiden Domänen aktiv waren. Die Eugenik, auch Sozialhygiene genannt, wurde in den 1880er- und 1890er-Jahren von rassistischen Elitisten wie Cecil Rhodes, Arthur James Balfour, Sybil Neville-Rolfe und Francis Galton, einem Cousin von Charles Darwin, begründet. Auch Winston Churchill, Henry Asquith, John Maynard Keynes oder William Beveridge plädierten, neben vielen anderen, für die Zwangssterilisation, Optimierung oder Ausrottung »*minderwertigen Lebens*«. Die britische Eugenik-Welle bildete die theoretische Grundlage für die Rassenlehre der Nationalsozialisten. Und für die US-Faschisten der Wall Street, die Amerika 1934 mittels Mi-

litärputsch in eine Diktatur führen wollten. Nach den Gräueltaten von Hitlers Terrorregime verdammte man das Konzept der gesteuerten Zucht des Menschen. Zumindest vordergründig. Das Establishment war aber nach wie vor an der genetischen Modifikation seiner Untertanen interessiert. An der Kreation einer Herren- und einer Sklavenrasse.

So blieben sämtliche Organisationen, Institutionen und Publikationen, die schon die Nazis inspirierten, erhalten – und das Konzept firmiert jetzt schlicht unter unverdächtigen Labels wie Bioethik, biosoziale Forschung, biodigitale Konvergenz oder Transhumanismus. Heutzutage beschreibt man Eugenik gerne als »*Selbststeuerung der menschlichen Evolution*«. Oder als »Newgenics«, als Forschung, die dazu dienen soll, Erbkrankheiten zu bekämpfen. Unter dem Deckmantel medizinischer Innovation geht es aber offenbar noch immer primär darum, »*unwertes Leben*« – also Behinderte, Kranke und Alte – auszumerzen und eine sensorisch deprivierte, mental derangierte Arbeiterklasse zu erschaffen, die ihre Knechtschaft widerstandslos akzeptiert. Siehe Euthanasie-Gesetze in Kanada, denen selbst vom Forbes Magazine ein »*verstörendes Echo aus der Nazi-Ära*« bescheinigt wird.

Faschistoides Gedankengut bestimmt also auch nach knapp 150 Jahren nachweislich noch immer das Denken einer abgehobenen Kaste von Aristokraten, Finanz-Jongleuren, Oligarchen, Philanthropen, Naturwissenschaftlern, Soziologen und »Intellektuellen«. Das erklärt manch einen Paradigmenwechsel in der Humanmedizin sowie die bedenklichen Fortschritte in puncto Biowaffenentwicklung oder Gentechnik. Über die Unterwanderung von Universitäten, Forschung, Schulmedizin und Pharmabranche konnten Eugeniker ihre langfristigen Ziele auch nach der NS-Zeit weiter verfolgen – und sind nun nur noch wenige Generationen davon entfernt,

die biologische Herrschaft über »*die Herde*« zu übernehmen. Mit Autorität über die fleischliche Hülle allein ist absolute Kontrolle über Milliarden von Menschen allerdings nicht zu erreichen. Nur die gleichzeitige Vereinnahmung der Psyche und damit der sozialen Strukturen und Wechselwirkungen garantiert auf lange Sicht totale Kontrolle. Demnach ist ein hybrider Ansatz nötig, um – neben ökonomischer Transformation – aus willensstarken, autonomen, kreativen Individuen ein steuerbares, devotes, unkritisches Kollektiv zu formen. An dieser Stelle tritt die »Fabian Society« auf den Plan.

Denn die gleichen sozialdarwinistischen Kreise, die sich ab 1880 für Eugenik und Sozialhygiene engagierten, für biologische Dominanz über das Klatsch- und Wahlvieh auf ihrer Steuerfarm, entwickelten um die Jahrhundertwende mittels Sozialnetzwerkanalyse (Social Network Analysis, SNA) Theorien zur Manipulation und Steuerung komplexer sozialer Systeme. Sprich, ganzer Gesellschaften. Unter dieser Prämisse wurde am 4. Januar 1884 die sozialistische Fabian Society gegründet. Sie ging aus der bereits 1883 entstandenen linken Bewegung The Fellowship of the New Life hervor. Von Beginn an befand sich die Fabian Society in konspirativem Kontakt mit den elitären Round-Table-Zirkeln um Cecil Rhodes und Alfred Milner sowie Eugenik-Apologeten wie Margaret Sanger. Auch der britischen Regierung und royalen Kreisen stand man nahe. Fabianer der ersten Stunde waren zumeist auch prominente Anhänger der Bevölkerungskontrolle, siehe H. G. Wells, Sidney und Beatrice Webb, George Bernard Shaw oder Bertrand Russel, der in seinem Buch »Principles of Social Reconstruction« – Prinzipien sozialer Rekonstruktion – schon 1916 für eine sozialistisch-kollektivistische Gesellschaft, autoritären Zentralismus

und eine Weltregierung plädierte. Und genau das waren auch die Ziele der Fabian Society.

Dass die Arbeiterklasse Großbritanniens »*nicht in den Sozialismus rennen würde*«, hatten die Fabianer früh erkannt, wie Edward R. Pease, Mitbegründer der Organisation, unumwunden zugab. Daher bestand die vornehmste Aufgabe der Fabianer zunächst darin, die Arbeiterklasse für ihre Zwecke zu gewinnen. Ein Schritt in diese Richtung war die Gründung der »Independent Labour Party« (ILP). Die ILP wurde 1893 im Rahmen einer Fabian-Society-Konferenz gegründet, bestand aus über siebzig sozialistischen Ortsgruppen und wurde von Fabian Keir Hardie geleitet, der zuvor mit Friedrich Engels die Zweite Internationale ins Leben gerufen hatte. Das Ziel der ILP, die Arbeiter- und Sozialistenbewegung für ihre sozialistische Agenda zu kontrollieren, ist in Beatrice Webbs umfangreichen Tagebüchern sowie anderen offiziellen Fabian-Publikationen unmissverständlich beschrieben.

Welch massiven Einfluss die Fabian Society schon kurz nach der Gründung hatte, zeigt der Umstand, dass Sidney Webb, George Bernard Shaw und Graham Wallas 1895 die London School of Economics and Political Science gründeten, bis heute – nach Harvard und vor Oxford und Cambridge – auf Rang zwei der einflussreichsten, wohlhabendsten Elite-Universitäten der Welt. Fünf Jahre später waren es ebenfalls Fabianer, die aus der ILP die Labour Party, die sozialdemokratische Partei Großbritanniens formten; bis in die Gegenwart eine der drei dominierenden politischen Kräfte der Insel. Selbst das Gründungspamphlet der Partei stammt aus der Feder des menschenverachtenden Shaw – der, nebenbei bemerkt, die ehemalige Sowjetunion seinerzeit als »*Union fabianischer Republiken*«, Lenin als »*größten Staatsmann Eu-*

ropas« und Stalin als »*guten Fabianer*« bezeichnete. Im Jahr 1900 legte Shaw nach und veröffentlichte das 122 Seiten umfassende Buch »Fabianism and the Empire« – in dem er die Weltmachtfantasien seines Zirkels detailliert beschreibt.

Bei genauerer Betrachtung war damals also offenbar ein Großteil der linken und sozialdemokratischen Kräfte Großbritanniens, ja das gesamte Establishment, Befürworter von Rassenlehre, Zwangssterilisation, genetischer Modifikation und direkt oder indirekt von fabianischem Sozialismus beeinflusst. Führende Fabianer wie Richard Henry Tawney, ein Wirtschaftshistoriker und Sozialkritiker, der mehr Einfluss auf Politik, Gesellschaft und Bildung hatte als man glauben möchte, gelten als einflussreichste Personen ihrer Ära. Wohl nicht umsonst veröffentlichte das englische Blatt »The Guardian« am 30. August 1997 einen Artikel mit der Überschrift »*Eugenik und die Herrenrasse der Linken*«.

Im Jahr 1913 riefen die Fabianer das bis heute publizierende Magazin »New Statesman« ins Leben, dessen Output die intellektuellen Grundlagen für den britischen Sozialstaat nach dem Zweiten Weltkrieg schuf. Beim Erdrutschsieg von 1945 waren über 220 Labour-Abgeordnete des britischen Parlamentes Mitglied der Fabian Society. Und auch die Revitalisierung der Labour-Partei in den 1990ern ist dem »New Statesman« zu verdanken. Das Blatt veröffentlichte als erstes Medium Tony Blairs Wahlprogramm namens »Der Dritte Weg« – ein Titel, auf den im Verlauf des vorliegenden Artikels noch detaillierter einzugehen sein wird.

Die Fabian Society ist – genau wie die Eugenik – mitnichten ein Relikt grauer Vergangenheit. Im Gegenteil. 1960 wurde zusätzlich die Unterorganisation Young Fabians für Mitglieder unter 31 Jahren gegründet. Darüber hinaus existieren eine

gesonderte Organisation für weibliche Mitglieder, schottische und walisische Gruppen, unzählige regionale Zirkel sowie ein offizieller Ableger in Australien, der bereits seit 1947 besteht und als die »*älteste politische Gedankenschmiede des Landes*« gilt. Ein österreichischer Ableger der Fabier führte zur Gründung der Sozialpolitischen Partei in Wien. Diese konnte sich zwar nicht durchsetzen, dafür sind aber gleich zwei britische Premierminister der jüngeren Vergangenheit, namentlich Tony Blair und Gordon Brown, langjährige Mitglieder der Fabian Society. Und auch der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, steht im Ruf, Fabianer zu sein.

»Die Stärke der Fabianer ist, dass niemand weiß, was sie tun.« (George Bernard Shaw, Boston Evening, 1908)

Was verschafft einer Organisation mit circa 7.000 Mitgliedern so viel Einfluss? Verrät bereits das frühe Wappen der Fabianischen Gesellschaft – ein Wolf im Schafspelz – mehr über die Strategien dieser Bewegung als man denkt? Das impliziert zumindest das gleichnamige Buch der Autorin Dr. Amy McCrath aus dem Jahr 2012, dessen Cover das besagte Wappen ziert. Untertitel ihres Werkes: »*Fabianische Kommunisten führen einen geheimen Krieg gegen den Westen*«. Doch wie sieht dieser »*Krieg*« aus, welche Waffengattungen kommen zum Einsatz – und was sind die Ziele des Gefechts?

Ein Blick auf die offizielle Homepage der Fabian Society und die dort beschriebenen Prioritäten gibt Aufschluss. Denn zweideutig gibt sich die als sozialistischer Think Tank auftretende Nudging- und Infiltrationsmaschinerie der britischen Linken nicht. Zunächst verfolgt man offen einen »*evolutionären*«, keinen »*revolutionären*« Ansatz. Meint: anstatt der ahnungslosen Gesellschaft hastig und brutal ihre Ziele

aufzuzwingen, planen Fabianer langfristig und manipulieren ihre Zielgruppe transgenerational. Denn man vertritt »*die Überzeugung, dass radikale langfristige Ziele am besten durch empirische, praktische und schrittweise Reformen erreicht werden können*«. Die Zielgebiete für seine antidemokratischen Hintergrundaktivitäten sieht der Fabianismus ganz bescheiden in den Bereichen »*Politik und Macht, Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeit, Grün und global*«. Es wäre also vermutlich interessanter zu erfahren, welche Domänen man nicht gedenkt zu usurpieren.

In den hauseigenen Publikationen, zum Beispiel den Fabian Essays vom August 2015, führt die Gruppierung aus: »*In der Geschichte der Labour Partei war es stets die Fabian Society, wo die Partei ihr Zukunft diskutiert*«, denn man sei »*an vorderster Front der Linken bei der Entwicklung von Ideen und öffentlicher Ordnung*. (…) *Zu den Fabianern zählen Hunderte von Politikern in Westminster, der Kommunalverwaltung und den dezentralen (regionalen) Verwaltungen*«. Stand Oktober 2020 waren die die Bürgermeister der zehn größten Städte Großbritanniens – mit Ausnahme von Edinburgh – Mitglied der Labour Partei. Vorneweg der Bürgermeister von London, Sadiq Khan, der zusätzlich Mitglied der Fabian Society ist.

Analysiert man Netzwerke und Einflusssphären der Society-Denkfabrik, zeigt sich, dass die von ihren Mitgliedern und Sympathisanten dominierte politische Linke eng mit dem supranationalen korporatistischen Komplex kollaboriert. Die intimen Verbindungen von Fabianismus und internationalem Kapital offenbaren sich schon durch den Umstand, dass gerade führende Fabier wie Tony Blair und Peter Mandelson nicht nur an intransparenten Geopolitik-Gremien, Bilderberg-Konferenzen oder WEF-Meetings teilnehmen, sondern

zudem bei Konzernen wie JP Morgan und Lazard beschäftigt sind. Auf der anderen Seite pumpt die internationale Hochfinanz Unsummen in Elite-Institutionen wie die London School of Economics (LSE), das Imperial College London (ICL) oder das National Institute for Health Research (NIHR), die ihrerseits fabianische Ideen in Lehre und Öffentlichkeitsarbeit vertreten und salonfähig machen. Mitglieder von Institutionen wie LSE, ICL und NIHR wiederum bilden staatliche Beratungsgremien, die direkt an der Gestaltung von Politik beteiligt sind. Siehe britischer Covid-19-Krisenstab, der sich aus Experten von Imperial College und NIHR zusammensetzte.

Fabianer der ersten Stunde wie Edward R. Pease, der Sozialist Edward Carpenter oder Havelock Ellis galten als Verkörperung einer visionären viktorianischen Elite. Es verwundert dabei kaum, dass der genannte Sozialreformer und Sexualforscher Ellis überzeugter Anhänger der Eugenik war. Im Jahr 1914 ging er gar eine Beziehung mit Margaret Sanger ein, die für die Gründung der American Birth Control League (jetzt Planned Parenthood) und dem deutschen Pendant pro familia verantwortlich zeichnet. Havelock untersuchte abnormales Sexualverhalten und engagierte sich unter anderem dafür, Pädophilie gesellschaftsfähig zu machen. Er korrespondierte intensiv mit Persönlichkeiten wie Sigmund Freund, dem aus der Schweiz stammenden Eugeniker Auguste Forel, oder dem deutschen Eugeniker und Sexualforscher Magnus Hirschfeld, der als Begründer der Queer-Theorie gilt. Havelocks Forschung inspirierte nicht nur John Maynard Keynes, sondern auch den Autor Vladimir Nabokov, der in Briefen an den Novellisten Edmund Wilson angibt, Ellis' Schriften hätten ihn zum Schreiben seines Bestsellers »Lolita« angeregt. Damit gehört Havelock Ellis – wie Mag-

nus Hirschfeld, John Money oder Alfred Kinsey auch – zu jener Handvoll einflussreicher Sozial- und Sexualforscher, die den Boden für frühsexualisierend-promiskuitive, von eugenischen Thesen beeinflusste Sexualkunde bereitet haben. Ein Programm, das derzeit Lehrpläne weltweit in Beschlag nimmt.

»Ich war stets und bleibe der Meinung, dass man viel zu viel blöde, kranke, degenerierte und schlechte, dagegen viel zu wenig gesunde, intelligente, arbeitsame, gute, sozial brauchbare Menschen besitzt. Ich bin Gegner des Quantitäts-, aber Freund des Qualitätsmalthusianismus, somit Anhänger einer bewussten und vernünftigen Eugenik, wie sie Francis Galton vertritt.« (Aguste Forel)

Die Fabian Society war seit Anbeginn bestrebt, intellektuelle und politische Bewegungen zu assimilieren, um die Gesellschaft holistisch wie langfristig nach ihrem Ideal zu formen. Das zeigt exemplarisch das Wirken von Annie Besant, einer britischen Theosophin, Frauenrechtlerin und Politikerin. In den 1880er-Jahren war sie zunächst Mitglied der Dialektischen Gesellschaft in London. Nach einer zweijährigen Beziehung mit dem Eugeniker und Fabier George Bernard Shaw wurde Besant 1885 Mitglied der Fabian Society und nahm dort rasch eine führende Rolle ein. Im Dezember 1886 organisierte Besant eine Konferenz, um anarchistischen und kollektivistischen Flügel der Gruppierung zu einem linken Block zu vereinen. Auf diesem Gesamttreffen aller relevanten sozialistischen Gruppen setzten sich marxistische Lager durch – was fortan den Kurs des subversiven Think Tanks bestimmen sollte.

In der Folgezeit engagierte sich Besant primär in der wachsenden Gewerkschaftsbewegung. Außerdem wurde sie Mit-

arbeiterin der bekannten Okkultistin Helena Blavatsky, deren Schriften massiven Einfluss auf die moderne Esoterik ausübten. Besant galt gar als ihre Erbin. Im gehobenen Alter bereiste sie die Vereinigten Staaten und Indien, um in intellektuellen, politischen und esoterischen Kreisen für Ideen der Fabian Society zu werben. In Indien zierte ihr Konterfei im Jahr 1963 gar eine Briefmarke. So könnte man noch dutzende von Personen anführen, die im Verlauf des vergangenen Jahrhunderts im Sinne von Eugenik und fabianischem Sozialismus auf die Gesellschaft einwirkten – ohne dass diese sich dessen bewusst war.

Der Wirkungsgrad von Havelock Ellis oder Annie Besant verdeutlicht: die Fabian Society übte von Beginn an nicht nur Einfluss auf politische Strukturen in ihrem Umfeld aus, sondern auch auf Progressive, Reformer, Intellektuelle, Wissenschaftler und Künstler, auf die Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und auf das Bildungswesen. Verdeckter Kulturkampf. »Soft Power« zur Manipulation der Generationen mittels Counterculture. Zudem beschränkten sich die Aktivitäten der sozialistischen Denkfabrik nicht nur auf die britische Insel. Aus der in Großbritannien lancierten Organisation war bald ein angloamerikanisches Netz von Mitgliedern, Unterstützern und Sympathisanten geworden – ein Netz, das die Schaltstellen kultureller Entwicklung besetzte und beeinflusste. Nicht umsonst bezeichnete Edward Bernays, der Vater modernen Social Engineerings, Hollywood als den »*größten unbewussten Propagandaträger der Welt*«. Das bewegte Bild sei ein »*großartiger Verteiler für Ideen und Meinungen. Es kann die Ideen und Gewohnheiten einer Nation standardisieren*«. So errangen die 68er den Sieg im bis heute nachhallenden Kulturkampf ihres Jahrzehnts. So entfernte sich Kunst von Kunstfertigkeit. Wurde zur Pop Cul-

ture. So wurde Musik zu Lärm. Beliebig. Wertlos. Zur nebenbei gestreamten Single auf dem Smartphone.

Freie Kunst hat die Macht, Revolutionen auszulösen – darum setzen die Sozialarchitekten der Fabier bis heute alles daran, die kulturellen Strömungen ihrer Zeit zu assimilieren.

Neben zahlreichen Beratern von US-Präsidenten sympathisierten zum Beispiel auch so einflussreiche Persönlichkeiten wie Walter Lippmann oder John Maynard Keynes mit den Ideen des sozialistischen Think Tanks. Auch wenn sie in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit andere Positionen besetzten. Sie funktionierten als trojanische Pferde, indem sie kollektivistische Denkstrukturen adaptierten und das vorherrschende Systemdenken auf der Metaebene erodierten. Daher sitzen Anhänger des fabianischen Sozialismus heute – ohne in ein moralisches Dilemma zu geraten – in Vorstandsetagen eines artifiziellen Turbokapitalismus, in der Bel Etage multinationaler Großkonzerne, in einflussreichen Stiftungen, Think Tanks und überstaatlichen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN). UN-Generalsekretär António Guterres ist zum Beispiel ehemaliger Präsident der Sozialistischen Internationale, einer ursprünglich von Karl Marx gegründeten und nach dem Zweiten Weltkrieg von der Fabian-Gesellschaft revitalisierten Organisation, die das erklärte Ziel verfolgt, Sozialismus international zu koordinieren.

Zwischen den Fabianismus propagierenden Organisationen auf beiden Seiten des Atlantiks herrscht reger Kontakt. Das zeigt sich anhand der in London ansässigen Denkfabrik »Policy Network«, heute »Progressive Britain«, die 1999 von Peter Mandelson, Tony Blair und Bill Clinton gegründet wurde. Auch als Joe Biden sich 1987 für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten bewarb, zi-

tierte er in seinen Reden regelmäßig den fabianistisch geprägten Labour-Chef Neil Kinnock, nannte ihn seinen »*besten Redenschreiber aller Zeiten*«. Und damals war Biden vermutlich noch zurechnungsfähig.

Ein weitere Schlüsselperson, die substanziell zum internationalen Siegeszug des fabianischen Sozialismus beitrug, war David Rockefeller, der sich mit den Milliarden seines Familienclans via Philanthropie in praktisch alle Domänen menschlichen Werdens und Wirkens einkaufte und so den Einfluss des Familienvermögens in den Bereichen Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur seit Ende des Zweiten Weltkrieges immens ausbaute. Nicht von ungefähr nennt das renommierte Fachjournal »The Lancet« die Rockefellers die einflussreichste Familie der letzten 100 Jahre.

David Rockefeller berichtet in seinen Memoiren nicht nur davon, wie er bereits in jungen Jahren Sigmund Freud (S. 101) oder Pablo Picasso (S. 162) traf, einen Sommer in Hitlers Deutschland verbrachte (S. 95), sich Gedanken über Keynesianismus machte und Joseph Schumpeter im Hörsaal lauschte (S. 110), sondern auch vom Verfassen seiner Abschlussarbeit an der Harvard University. Sie trug den Titel »*Destitution through Fabian Eyes*« (S. 106) – übersetzt: »*Armut aus Perspektive der Fabian Society*«. Sein intensiver Kontakt zu diversen prominenten Vertretern des sozialistischen Social-Engineering-Vehikels muss den adoleszenten »*Weltbankier*« nachhaltig beeindruckt haben. Weiter führt Rockefeller an dieser Stelle und untertitelt mit »*Volksverführer der Linken*« aus:

»*Das Konzept, erweitert durch die Webbs und die anderen Fabianer, bildete den Grundstein für die Arbeit von Sir Wil-*

liam Beveridge, damals Direktor der London School of Economics, an der ich bald studieren wollte. Sir William, der spätere Lord Beveridge, wurde einer der führenden Architekten des Wohlfahrtsstaates, der Mitte der 1930-Jahre in England immer mehr Zustimmung fand.« Sir William und die Rockefellers verband später eine enge Zusammenarbeit. Beveridge war glühender Anhänger des Fabianismus und Gründer des staatlichen Gesundheitsdienstes (NHS, National Health Service). Auf Seite 114 der deutschsprachigen Ausgabe erklärt Rockefeller diesbezüglich: »*In jenen Tagen galt die LSE als Brutstätte des Sozialismus und Radikalismus. In den 1890er-Jahren von den Webbs gegründet, um die Ziele ihres fabianischen Sozialismus durchzusetzen,* (…) *hatten ihre Mauern schon häufiger Männern und Frauen, die die Grenzen der Orthodoxie testeten, Schutz geboten.*«

Wie stark Eugenik und die kollektivistisch-marxistischen Konzepte des Fabianismus die zurückliegenden 140 Jahre tatsächlich beeinflussten, wie sehr sozialistische Thesen und Programmatik der linken »*Vordenker*« das heutige Verständnis von Sozialdemokratie prägen, dokumentiert anschaulich der Historiker Leo Lucassen, Mitglied der »Königlich Niederländischen Akademie der Wissenschaften« sowie der »Academia Europaea«, in einer wissenschaftlichen Analyse aus dem Jahr 2010. Titel des Papiers: »*Eine schöne neue Welt: Die Linke, Social Engineering und Eugenik im Europa des 20. Jahrhunderts*«. Lucassen kommt darin zum Ergebnis, dass Linke und Sozialdemokraten so lange keinen Grund für die Anwendung eugenischer Konzepte sehen, wie sie davon ausgehen können, dass soziale Probleme primär von einem unfairen kapitalistischen System verursacht werden. Und das tun sie augenscheinlich nicht mehr. Denn sie sind ein Teil davon.

Noch ausführlicher stellt den Einfluss der Fabianer eine über 300 Seiten umfassende Dissertation von Joseph M. Snyder für die »West Virginia University« aus dem Jahr 2017 dar. Überschrieben mit »*Die Fabianisierung des britischen Empire* (…) «, beschäftigt sich die Arbeit tiefgehend mit dem Einfluss der demokratisch nicht legitimierten Organisation auf die britische Politik. Von der Frühphase der Fabianer im spätviktorianischen England über die Gründung der Labour Partei bis hin zum Kalten Krieg oder der Einflussnahme in Kenia und Uganda zwischen 1948 und 1956 – wohin Snyder auch schaut, das Gedankengut der Fabian Society prägte das Umfeld. Schuf Zeitgeist. Zusammengefasst wird die Conclusio der Dissertation am besten mit der Überschrift des ersten Kapitels, wo es heißt: » (…) *Reformistischer Zeitgeist – vom sozialistischen Revival zum sozialistischen Imperialismus*«.

Obwohl die Öffentlichkeit kaum Notiz von den Fabianern nimmt, scheint deren langfristiger Einfluss auf die Gesellschaft nicht unerheblich zu sein. Doch wie konnte sich solch ein imperialistisches Denkmodell, ein Herrschafts- und Wirtschaftssystem, das sprichwörtlich als Wolf im Schafspelz daherkommt, weltweit durchsetzen, um unter dem Label Sozialdemokratie zur Blaupause modernder Gesellschaftsform zu avancieren? Die meisten Bürger würden die zugrundeliegenden Ideen – Sozialismus/Kommunismus, Zentralismus, Kollektivismus und Eugenik – vermutlich reflexartig ablehnen. Dennoch akzeptieren sie einen kontinuierlich wachsenden Staat und die inhaltsleere Politiksimulation. An dieser Stelle gebietet es sich, auf das vorgängig erwähnte Konzept vom »Dritten Weg« zu rekurrieren, der Tony Blair die Wahl zum britischen Premierminister und Bill Clinton die US-Präsidentschaft sicherte. Denn der »Der Dritte Weg« versteht sich als zentralistische politische Position, deren Ziel eine Fu-

sion linker und rechter Lager ist. Ergo, manufakturierter Konsens. Einheitsbrei.

»Die Toleranz wird ein solches Niveau erreichen, dass intelligenten Menschen das Denken verboten wird, um die Idioten nicht zu beleidigen.« (Unbekannt)

Einflussreichster Advokat dieses zentralistischen Ansatzes ist Anthony Giddens, profiliertester Soziologe unserer Zeit und ehemaliger Direktor der LSE. Giddens' Profil beeindruckt. Er hat über 50 Bücher sowie eine ungeheuerliche Fülle wissenschaftlicher Papiere verfasst, hält 15 Ehrendoktortitel, sitzt für die Labour Party im »House of Lords«, wurde zum Baron ernannt und erhielt unzählige Auszeichnungen. Er beriet die einflussreichsten Menschen in Politik und Wirtschaft und gilt als meist zitierter Soziologe der Welt. Giddens vertritt die Überzeugung, dass die politischen Konzepte von links und rechts überholt und im Auflösen begriffen sind, da eine Alternative zum Kapitalismus fehlt. In jüngerer Vergangenheit kümmerte sich Giddens bevorzugt um Probleme, die seines Erachtens der positiven Entwicklung der Weltbevölkerung im Wege stehen – namentlich Klimawandel oder die digitale Revolution. Letztere führe seiner Auffassung nach zur Auflösung der Selbstwahrnehmung des Individuums, da eine unbegrenzte Auswahl an Lebensentwürfen, Informationen und Reizen sowohl befreiend als auch beängstigend wirken und den Homo sapiens in mentale Agonie zwingen könne.

In seinem Habitat sei der Mensch heute einem System ausgesetzt, das emotionalen Stress befördere und dadurch mit der Eigenschaft »*Unsicherheit produzierend*« zu beschreiben ist. Die post-traditionelle Welt nötige den Hominiden dazu, sich selbst ein Narrativ zu schaffen, in dem er sich

wahrnehmen kann, das er als »Ich« nach außen präsentiert. In früheren Sozialverbänden sei ihm automatisch eine Rolle zuteil geworden sei. In der Regel bedingt durch seine individuellen Fähigkeiten, oder durch seinen Beruf. Zugespitzt formuliert: das Leben erscheint dem Bewohner der Postmoderne zusehends sinnlos, er wird ihm überdrüssig, weshalb er gezwungen ist, sich eine Fassade, ein Narrativ, eine Selfie-Realität – eine Lüge – zu erschaffen und diese zu leben.

In dem 1998 veröffentlichten Buch »Der Dritte Weg« plädiert Giddens für eine zentralistische Mélange politischer Spektren, für eine Symbiose von links und rechts, da die Sozialdemokratie auf globale Veränderungen reagieren müsse. Daher solle »Der Dritte Weg« die Gegensätze von klassischer Sozialdemokratie und Neoliberalismus durch Diskursdialektik aufheben. Giddens will also durch politische Umwälzung jene Zustände schaffen, denen er in Bezug auf das in Agonie verfallende Individuum negative Auswirkungen attestierte. Zunächst bezog er sich dabei auf das Großbritannien nach Margaret Thatcher, das nach dem Sieg von Tony Blairs »New Labour« im Jahr 1997 eine Auflösung der bis dahin gültigen politischen Strukturen erfuhr. In einem weiteren Buch zum Thema »Dritter Weg« aus dem Jahr 2001 widmet sich Giddens allerdings explizit einem globalen Rollout.

In diesem Lichte muss man die Dialektik der Postmoderne, den Neomarxismus der Frankfurter Schule – welcher APO, Studentenbewegung und Neue Linke in den 60ern massiv beeinflusste – die Kritische Theorie und die Kybernetik als wissenschaftliche Disziplin gegebenenfalls in einem anderen Licht betrachten. Setzte sich doch gerade die Kybernetik seit Mitte der 1940er-Jahre mit der Frage auseinander, wie technische und soziale Systeme in Verbindung zu bringen sind. Interessant in diesem Zusammenhang sind die Macy-Konfe-

renzen, die zwischen 1946 und 1953 in den USA stattfanden und sich Themen wie neuronalen Netzen, Neurophysiologie, Mustererkennung, Gruppendynamik oder Kindheitstraumata widmeten. Man untersuchte Rückkoppelungsmechanismen in biologischen und sozialen Systemen, Gedächtnis und Speicher, Sprache, Kommunikation, Lernen und Wahrnehmen. Durchweg Themengebiete, deren Erkenntnisse sich zur Steuerung – oder gezielten Manipulation – der Gesellschaft verwenden lassen. Ergebnisse der Macy-Konferenzen manifestierten sich unter anderem in der von der RAND Corporation entwickelten Delphi Methode, die zum Beispiel einen Bürgerdialog mit Politikern, eine Abstimmung oder eine Podiumsdiskussion wie einen offenen Prozess erscheinen lassen, obwohl der Ausgang bereits feststeht.

Vergegenwärtigt man sich zudem, dass Soziologen des demokratisch-sozialistischen Lagers schon Mitte der 60er-Jahre konkrete Konzepte entwickelten, um Regierungen zu zwingen, unpopuläre Wege zu gehen, kommt man nicht umhin zu fragen, inwieweit der soziopolitische Status quo überhaupt auf organische Entwicklungen zurückzuführen ist.

In diesem Kontext erscheint relevant, dass im Mai 1966 die »Cloward-Piven-Strategie« veröffentlicht wurde, deren erklärtes Ziel es ist, den Staat durch koordinierte Überbeanspruchung in strukturelle Krisen zu stürzen. Die daraus resultierende Labilität soll zur Machtausweitung des Staates genutzt werden – was in finaler Ausgestaltung einen zentralistisch-kollektivistischen Apparat kreiert. Konservative US-Kommentatoren wie Glenn Beck erwähnen die »Cloward-Piven-Strategy« bis heute regelmäßig und erklären, dass diese nicht nur Barack Obamas politische Agenda bestimmte, sondern auch zeitnah zum Zusammenbruch des Systems führen werde.

»Die totale Zerstörung des Wohlstands steht bevor (…) Es ist die letzte Phase der Cloward-Piven-Strategie, deren Resultat im Zusammenbruch des Systems besteht.« (Glenn Beck, 18. Februar 2010)

Den Indizien folgend bedeutet das: Während Meetings von WEF, Bilderbergern, Trilateraler Kommission, Le Cercle, UN und anderen Geopolitik-Zirkeln der Abstimmung strategischer Belange dienen, der Organisation korporatistischer Strukturen, fokussieren sich die Aktivitäten der Fabianer darauf, Denk- und Handlungsmodelle zu assimilieren. Einen »*Aesthetic War*« zu führen. Der Think Tank betreibt Kulturmarxismus, der Gesellschaften schleichend über Dekaden hinweg verändert, der linkes und rechtes Spektrum als Hebel seiner manipulativen Dialektik verwendet – nur, um die beiden Pole anschließend darin aufzulösen.

Bei der Bewertung des sozioökonomischen Status quo muss man daher annehmen, dass sich die gravitative Wirkung fabianischer Konzepte, deren Ziel es ist, aus pluralistischen Gesellschaften ein in vordefinierten Debattenräumen zankendes Kollektiv zu formen, durchgesetzt hat. Das politische Denken, der alimentierende Wohlfahrtsstaat, die postmoderne Sozialdemokratie mit ihrem Akzeptanzdogmatismus, beliebig gewordene Kunst, oder die omnipräsente Biosicherheitsdoktrin – alles nahe an der Idealvorstellung des in Infiltration geübten Society-Think-Tanks und der ihn leitenden Visionen von Kontrolle und »Sozialhygiene«.

Ja, der »*sozialistische Imperialismus*« der 1884 gegründeten Fabian Society scheint Früchte getragen zu haben. Liberalismus und Progressivität stehen heute für das Gegenteil von dem, was man damit assoziiert. Antifaschismus ist faschistisch. Eugenik firmiert jetzt unter biosozialer Forschung. Plu-

ralismus wurde zu Partikularismus – und Autonomie ersetzt durchs Kollektiv. Ingredienzen für ein totalitäres System. Man addiere eine Prise Technokratie – und fertig ist die konfuse, überwachungsstaatliche Realität der »Truman Show«. Man wartet geradezu darauf, dass einem beim Spaziergang durch die Stadt ein Scheinwerfer vor die Füße fällt.

Der erste Schritt, um diesem verwirrten Zustand erzwungener Einförmigkeit entgegenzutreten, ist, auf die Diskussion und Lösung von Sachfragen, anstatt ideologischen Animositäten zu bestehen – der zweite, anzuerkennen, dass Eigenwohl vor Gemeinwohl stehen muss, denn jeder andere Ansatz hat in der Geschichte zu Katastrophen geführt.

»Es herrscht fast überall die Meinung, dass wir ein Land loben, wenn wir es als demokratisch bezeichnen. Folglich behaupten die Verteidiger jeder Art von Regime, dass es sich um eine Demokratie handelt, und befürchten, dass sie möglicherweise aufhören müssten, das Wort zu verwenden, wenn es an eine bestimmte Bedeutung gebunden wäre.« (George Orwell)

| fertiggestellt am 30. September 2023

Rekurs & Rochaden

Gute Nachrichten: Gegenöffentlichkeit wirkt. BlackRock lässt verlauten, man sei nicht »woke«. Großbritanniens Premier konstatiert, es gebe nur zwei Geschlechter. Beim WEF beklagt man die zunehmende Fragmentierung der Eliten und klingt weniger euphorisch als besorgt. Gleiches gilt für die Führung der UN. Selbst der mächtige »Council for Inclusive Capitalism« knickt ein und will das Thema ESG beerdigen. Doch was ist von all diesen Zugeständnissen zu halten? Die schlechte Nachricht – nicht allzu viel.

Politdarsteller lieben es, sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen, um zu sagen, sie hätten diese schon immer unterstützt. Anbiederung ist ihr Geschäft. Denn sie müssen Wählerstimmen sammeln und sich gegen andere Demokratiemarktteilnehmer abgrenzen. Sobald sich soziokulturelle Strömungen verändern, sich der Wind im hermetisch abgeschotteten Debattenraum des Sagbaren dreht, springen die vermeintlichen Volksvertreter auf den gerade vorbeifahrenden Zug auf. Jenen, der steigende Popularitätswerte verspricht. Sie schwimmen mit der Welle. Haltlose Fähnchen im Wind zeitgeistigen Opportunismus. Das gilt in gleichem Maße für alle anderen einflussreichen Gestalten unserer Zeit. Ob Konzernchefs, Gewerkschaftsführer, Philanthropen, Intellektuelle, Mainstream-Künstler oder sonstige »Influencer« – jeder möchte ganz vorne in der »Current-Thing-Parade« mitlaufen. Auch wenn er oder sie gestern noch das Gegenteil dessen forderte, was heute en vogue ist.

»Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeug und Feinde.« (Friedrich Nietzsche)

Gut beobachten lässt sich dieses Phänomen derzeit bei den »Green Economy-Aposteln« und »Inclusive Capitalism-Apologeten« der supranationalen Deutungselite. So zum Beispiel bei Klaus Schwab, dem Gründer und Chef des Weltwirtschaftsforums (WEF). Prahlte er im Jahr 2017 noch schamlos und voller Stolz damit, wie die Nachwuchsförderung des WEF, das »Young Global Leaders-Programm« mit seinen über 4.100 Absolventen, erfolgreich Kabinette in aller Welt »*penetriert*«, scheint er nun – um in der Metapher zu bleiben – die Stellung zu wechseln. Seine jüngsten Einlassungen wirken nicht mehr ganz so großspurig und siegessicher wie zu Beginn der Corona-Krise.

Schon sein 2021 erschienenes Buch »The Great Narrative«, der Nachfolger seiner präpandemischen Prophetie-Prosa »The Great Reset«, schlug leisere Töne an als die vollmundigen Reset-Phantasmen des Vorjahres. Man müsse Vertrauen zurückgewinnen, ergreifendere »*Geschichten erzählen*«, überzeugendere »*Narrative entwickeln*«, um die Unterstützung der Massen für die große Transformation nicht einzubüßen, so der Tenor des »*großen Narratives*«. Und auch beim WEF-Meeting 2023 klang Schwab weniger euphorisch als besorgt.

So wies er während seiner Begrüßungsrede im Jänner 2023 darauf hin, dass die größte Gefahr für die Durchsetzung der »Agenda 2030« in der »*zunehmenden Fragmentierung*« zu sehen sei. Dabei bezog Schwab sich allerdings nicht auf die Fragmentierung der sich aufreibenden Zivilgesellschaften, oder die schleichende Dekonstruktion globaler Lieferketten – sondern auf die wachsende Kluft zwischen jenen, die einen »*konstruktiven Ansatz*« zur Bewältigung der Polykrise wählten, womit er selbstverständlich sich und seinesgleichen meint, und jenen, die diesem elitären Effort mit einer »*nega-*

tiven, kritischen, oder gar konfrontativen Haltung« gegenüberstünden. Anders formuliert: Korporatismus-Klaus, der sich redlich Mühe gibt, bei jedem Auftritt das Bild eines typischen Bond-Bösewichts abzugeben, treibt die Sorge um, dass die als Klassenkampf von oben geführte »*geoökonomische Remodellierung*« der Welt langsam, aber sicher, zu viel Gegenwind in der Normalbevölkerung erzeugt.

Er scheint sich an seine mahnenden Worte aus dem Jahr 2017 zu erinnern. Damals äußerte sich Schwab beim »World Governments Summit« in Dubai (VAE) zum Status quo in puncto Globalisierung wie folgt:

»*Diejenigen, die neue Ideen haben, haben stärker von Globalisierung profitiert. Das ist der Grund, dass wir bei den US-Wahlen, oder auf dem Weg zum Brexit, diese Wut bei den Menschen gesehen haben – gegen Globalisierung und gegen die Eliten, die ihrer Meinung nach von Globalisierung profitierten.* (…) *Gerade wenn wir in die USA schauen, gibt es da diese anti-systemische Bewegung. Was wir sehen, ist eine Revolution gegen das System.*«

Schwabs ungutes Gefühl war zu diesem Zeitpunkt primär auf die turbulente Situation in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, wo die Wahl von Donald Trump eine soziopolitische Eruption auslöste. Dann kamen Corona, Krieg, Klimawandel und anziehende Inflation. Die dunkelgrüne Enteignungsspirale. Dicht gefolgt von einer destabilisierenden Migrationswelle. Die postulierte Polykrise eben. Jeweils begleitet von konzertiertem »Fear Porn«. Von Angstpropaganda. Auf allen Kanälen. Doch keines der deutungselitären Narrative konnte die Erwartungen von Klaus und Konsorten erfüllen. Keine Lüge verfing nachhaltig. Keine der medial amplifizierten Krisen hat eine ausreichende Anzahl von

Menschen auf Dauer vereinnahmt und in Ohnmacht versetzt. Im Gegenteil. Immer mehr Bürger werden sich der zahlreichen Lügen, Strohmänner und Nebelkerzen gewahr, die ihnen im Verlauf der Jahre und Jahrzehnte vorgesetzt wurden.

So sprach Klaus Schwab denn zu Beginn dieses Jahres auch bevorzugt über »*Kooperation*«. Allerdings nicht über Kooperation mit jenen Menschen, die von hausgemachter Polykrise und oktroyierter »*Remodellierung*« betroffen oder benachteiligt sind – sondern über die Kooperation der im Davoser Auditorium versammelten Eliten untereinander. Über eine stringentere Zusammenarbeit der »Global Governance« und den Ausbau der Dominanzkultur. Es gelte, neue Wege zu finden und überzeugendere Storys zu präsentieren, um die Unterstützung der Massen zurückzugewinnen. Um das erodierte Vertrauen in die korporatistischen Führer wiederherzustellen.

Ins gleiche Horn stieß BlackRock-CEO Larry Fink, offiziell der mächtigste Vermögensverwalter der Welt, am 17. Januar 2023. Nach zunehmenden internen wie externen Protesten gegen BlackRocks Unterstützung der dogmatischen Regenbogen-Agenda teilte Fink in seinem jährlichen Bulletin für Konzernchefs beschwichtigend mit, dass der von BlackRock unterstützte Stakeholder-Kapitalismus »*nicht woke*« sei, dass es sich bei der Investmentstrategie seines Unternehmens nicht um Support für die Durchsetzung einer soziopolitischen oder ideologischen Agenda handele.

Seltsam – sprach Fink bei einem Podiumsgespräch der New York Times vom 9. November 2017 doch noch davon, dass man gewünschte »*Veränderungen erzwingen*« müsse. Dass man die flächendeckende Einführung und Einhaltung des

»Corporate Equality Index« (CEI) nur durch monetären Druck erreichen könne, weil Unternehmen nicht aus freien Stücken die Einführung von »Diversity, Equity, Inclusion«-Konzepten (DEI) verfolgen oder sich dem Finanzdiktat von »Environmental, Social & Corporate Governance«-Dogmen (ESG) unterordnen werden.

Dieses Sammelsurium von Wohlfühl-Akronymen – CEI, DEI, ESG – repräsentiert Teilprojekte der »Sustainable Development Goals« (SDG), des übergeordneten Programmes der Vereinten Nationen (UN), das als Teil der Agenda 2030 seine Dystopie garantierenden »*Nachhaltigkeitsziele*« durchzusetzen gedenkt. Und das ist Larry Fink bewusst. Im CEO-Bulletin 2021 erklärte er explizit, dass BlackRock erwarte, dass Unternehmen, die sich im Portfolio der Investment-Krake befinden, ihr Engagement in fossilen Energien drastisch reduzieren. Im Bulletin des folgenden Jahres betonte Fink, dass BlackRock von den Unternehmen, in die es investiert, einen Plan zur vollständigen Dekarbonisierung ihrer Geschäfte bis 2050 verlange.

Mittlerweile sollen aber nicht nur besagte Unternehmen, sondern auch sämtliche Zulieferer diese Vorgaben erfüllen. Die gesamte »Supply Chain«. Noch im März 2023 vermeldete die Nachrichtenagentur Reuters, dass BlackRock die Karenzzeit zur Einhaltung bestimmter ESG-Kriterien für Unternehmen kurzfristig halbiert habe. Anstatt 90 Tagen blieben ihnen jetzt nur noch 45 Tage, um die Vorgaben des Investmentgiganten zu erfüllen. Bei Nichteinhaltung drohe Rauswurf aus verschiedenen Fonds. BlackRocks Tagesgeschäft ist das einer Drückerkolonne. Erpressung, Nötigung, Betrug. Nicht umsonst nannte Werner Rügemer sein empfehlenswertes Buch über den Investmentriesen »*BlackRock & Co. enteignen*!«.

In Anbetracht von BlackRocks globalem Einfluss und des eineinhalb Jahrzehnte andauernden Engagements für die Durchsetzung von Green-Economy-Dogmen, für CEI, DEI und ESG, wirkt es befremdlich, dass in Larry Finks aktuellem Bulletin, das aufgrund von BlackRocks Marktmacht durchaus als konkrete Arbeitsanweisung für die gesamte Finanzbranche einzuordnen ist, das Kürzel ESG nicht einmal mehr auftaucht. Keine Nachhaltigkeitspredigt. Keine neuen Forderungen zur Remodellierung des Wirtschaftssystems. Stattdessen spricht Fink nun plötzlich davon, dass die Politik, die technologische Innovation und die Verbraucherpräferenzen das Tempo der Dekarbonisierung bestimmen sollen. Er betont, dass es nicht Aufgabe von Minderheitsaktionären sei, Unternehmen Anweisungen zu geben. Lippenbekenntnisse. Bestenfalls. Selbst Reuters merkt an, dass BlackRock seine strategischen Ziele keinesfalls geändert habe oder ändern wird.

Finks mafiös operierende Kapitalkrake gilt als mächtigstes Finanzunternehmen der Welt. Es ist an nahezu allen internationalen Großkonzernen beteiligt. BlackRock nimmt über seine Anteile und Investitionsvolumen Einfluss auf die Finanzwelt, auf Konzerne, Staaten und sogar Zentralbanken. BlackRock verwaltet derzeit etwa 9,4 Billionen (Eng., Trillion) US-Dollar »Assets under Management« (AUM). Fast eine Billion mehr als im Vorjahr. Das Geld fließt Finks Milliarden-Magnet in Strömen zu. Die von seiner Kapitalsammelstelle betriebene Investment-Plattform »Aladdin«, die mittlerweile von allen wichtigen Finanzinstitutionen der Welt genutzt wird, bewegt vollautomatisiert weitere 21,6 Billionen Dollar an investiertem Kapital. Ein unüberschaubares Netz finanzieller Akkumulation. Hunderte von Groß-

und Einzelinvestoren. Die gesamte Konzernelite. Abertausende von Beteiligungen. Abermillionen von Transaktionen.

Welchen Einfluss mag wohl ein Investmentvehikel haben, wenn es nur überschaubarer 250 Investoren bedarf, um ganze 10,5 Billionen US-Dollar an Anlagevermögen zusammenzubringen? Eine Billion mehr als BlackRock. Die Antwort scheint das »Mission Statement« auf der Webseite der betreffenden Organisation, des »Council for Inclusive Capitalism« (CIC), zu geben. Dort liest man: »*Wir mobilisieren den privaten Sektor, um ein inklusiveres, nachhaltigeres und vertrauenswürdigeres Wirtschaftssystem zu kreieren*«. Inklusiver Kapitalismus? Ein Widerspruch in sich. Und ein neues Weltwirtschaftssystem? Erinnern Sie sich, dafür votiert zu haben? Eben. So viel zu Partizipation im heutigen System.

Gegründet wurde das wenig bekannte Investmentmonster von Lynn Forester de Rothschild, Vertreterin der bekannten Bankiersdynastie und CEO von E.L. Rothschild, einer Finanzholding – Motto: »*Fokussiert auf das Langfristige*« – die unter anderem am 1843 gegründeten und in London ansässigen Medienkonzern The Economist Group beteiligt ist. Dieser gibt das international einflussreiche Magazin The Economist heraus, das sich auf geopolitische und geoökonomische Berichterstattung sowie Risikoanalysen spezialisiert hat. Dazu nutzt das Unternehmen eine Art internen Nachrichtendienst, die Economist Intelligence Unit, die zum Beispiel für die Ermittlung des offiziellen, in 167 Ländern »*gemessenen*« Demokratieindex verantwortlich zeichnet. Und auch sonst dient »The Economist Group« vor allem der Durchsetzung von Partikularinteressen.

Die schwerreiche Gründerin des CIC ist eine langjährige Freundin der Clintons, stand dem Menschenhändler Jeffrey

Epstein nahe und tauchte mehrfach in den durch WikiLeaks veröffentlichten Mail-Archiven von Hillary Clinton auf. Hashtag: #USWahl2016 – oder #PizzaGate. Jetzt betreibt sie ein Kapitalsammelbecken, das vermutlich sogar den finanzarchitektonischen Wirkungsgrad von Wall Street-Granden wie Larry Fink übertreffen dürfte. Unterstützer sind neben der Crème de la Crème der Superclass nicht nur der ehemalige McKinsey-Chef Dominic Barton, der Salesforce Co-CEO Marc Benioff, VISA-Chef Alfred Kelly, Allianz-Boss Oliver Bäte, ex-BP-CEO Bernard Looney oder die Rockefeller Foundation, sondern auch Papst Franziskus und die geheimniskrämernde, seit jeher in allerlei fragwürdige Aktivitäten verstrickte Vatikanbank. Selbst CNBC berichtete über diese fragwürdige Allianz zwischen Heiligem Stuhl und Hochfinanz.

Der »Council for Inclusive Capitalism« kann zweifelsohne gravitative Kräfte auf dem privaten Sektor mobilisieren wie kaum eine andere Kapitalsammelstelle. Die Durchsetzung der ESG-Agenda war der primäre Grund für Forester de Rothschilds 10,5-Billionen-Projekt. Trotzdem rudert man nun auch dort zurück. Zumindest vordergründig. Während eines vielsagenden Interviews, das die Rothschild-Repräsentantin im Rahmen des B20-Gipfels, der vom 25. bis 27. August 2023 in Neu-Dehli (Indien) stattfand, dem Sender Bloomberg gab, distanzierte sie sich überraschend von der ESG-Agenda. Es sei an der Zeit, ESG »*in den Papierkorb*« zu befördern, so Rothschild. Damit meinte sie allerdings nicht die Agenda an sich, sondern lediglich die Terminologie.

Im Elfenbeinturm der Macht scheint jedenfalls angekommen zu sein, dass sich Widerstand gegen die räuberische Klassenkampf-Agenda breit macht. Dass ESG, Klima-Panik und Inklusionsindoktrination nicht in der Breite wirken. Dass »Wo-

keness« in der Normalbevölkerung als totalitäre Bevormundung mit realitätsfremder Motivation aufgefasst wird. Ungeachtet dessen plädiert die Mega-Investorin vor der Bloomberg-Kamera nicht für ein Zurücknehmen oder eine fundamentale Rekalibrierung der Agenda – sondern für ein simples Rebranding. Für eine Umbenennung. Man solle »ESG« als Label nicht verteidigen, sondern künftig eher von »*verantwortlichem Wirtschaften*«, von »*verantwortungsvollen Unternehmen*« sprechen und sich auf »*profitable Produkte sowie den Kunden*« fokussieren – einen Marktteilnehmer, der wahrlich lange nicht mehr im Fokus stand. Die Ziele, die man sich mit der ESG-Agenda gesetzt hat, werde man dennoch durchsetzen, so Rothschild. Aber sie müssten dringend besser vermarktet werden. Aufgrund der überragenden finanziellen Möglichkeiten ihres Forums für Inklusionskapitalisten darf eine solch lapidare Anmerkung am Rande eines Gipfeltreffens durchaus als Arbeitsanweisung für Larry Fink und Konsorten, die nachgeordnete Hierarchieebene, verstanden werden.

Zeitweise ist man fast geneigt anzunehmen, die Zeitenwende käme ein bisschen ins Stocken. Corona 2.0 kommt nicht so richtig in Fahrt, dazu Boykott-Wellen gegen LGBTQ-Indoktrination, Widerstand gegen promiskuitive Sexualkunde und Frühsexualisierung in Schulen, Vertrauenswerte für Staat, Altparteien und Leitmedien in konstantem Sinkflug, die Klima-Kleber gehen immer mehr Menschen auf die Nerven und die Unterstützung für die Ukraine-Strategie des Wertewestens nimmt ebenfalls zusehends ab. Gute Zeichen, möchte man meinen. Parallel legt sich Elon Musk auf Twitter (jetzt X) mit dem Auswärtigen Amt an und kritisiert die deutsche Migrationspolitik – bevor er dem SPIEGEL salopp auf Deutsch mitteilt: »*Du hast nicht mehr alle Tassen im*

Schrank«, weil ihn das Blatt in einem Artikel der Verbreitung von Verschwörungstheorien bezichtigte.

Auch der britische Premierminister und WEF-Günstling Rishi Sunak überrascht, weicht Klimaziele auf, macht Zugeständnisse in Sachen Dekarbonisierung, verteidigt gar die Biologie und spricht auf einem Parteitag davon, dass Menschen nicht einfach nach Lust und Laune darüber entscheiden könnten, welches Geschlecht sie haben. »*Ein Mann sei ein Mann, und eine Frau sei eine Frau*«, so Sunak im Laufe seiner Rede. Demzufolge muss der britische Premier in Deutschland ab sofort als Persona non grata oder Nazi gelten. Besonders erstaunlich ist Sunaks unerwarteter Affront gegenüber den »Wokeisten« vor allem deshalb, weil Großbritannien sonst stets ganz vorne mitspielt, wenn es um CO_2-Reduktion, Krieg, Zensur, Überwachungsstaatlichkeit, LGBTQ, Integrationskrisen oder die Einführung von »15-Minuten-Städten« geht.

Vielleicht haben ihm die massiven Proteste gegen das ULEZ-Projekt zu denken gegeben. Diese intensivieren sich seit Monaten. ULEZ steht für »*Ultra Low Emmission Zones*«, abgasreduzierte Areale in London und Umgebung, in denen der Individualverkehr durch automatisierte Kameraüberwachung und Sanktionierung der PKW-Halter drastisch reduziert werden soll. Ähnliche Projekte laufen im gesamten Königreich. Schon seit Anfang 2023 orakeln britische Medien, dass dieses Thema dem Premier das Amt kosten könne. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, von »Big Brother« kontrollierte Öko-Wohndistrikte oder Bio-Ghettos kommen eben nicht gut an – egal, welch absurde Umschreibung man dem Vorhaben angedeihen lässt.

So wird auch das als Freiluftgefängnis in Verruf gekommene Konzept der 15-Minuten-Stadt in punkto Öffentlichkeitsarbeit bald neu positioniert werden müssen. Die »Smart City« gibt es ja schon. Siehe »Bundesverband Smart City«, oder eGovernment.de – 85 Modellprojekte allein in Deutschland. Weitere irreführende Bezeichnungen werden folgen. Vielleicht setzt sich auch das Label »C40-City« durch – ist so schön nichtssagend. Fast 100 Städte haben sich dem im Jahr 2005 gegründeten C40-Netzwerk, das eine globale Bewegung initiieren will, bislang angeschlossen. Unter anderem Berlin und Heidelberg. Die als »C40 Cities Climate Leadership Group« auftretende Organisation wurde von Bill Clinton ins Leben gerufen. Geleitet wird das C40-Projekt vom Multimilliardär und Klimawandel-Apologeten Michael Bloomberg sowie Londons Fabian-Society-Bürgermeister Sadiq Khan – einem ULEZ-Hardliner, der ungeachtet wachsenden Widerstands unlängst ankündigte, die durch das System automatisch erhobenen Gebühren von gut dreizehn britischen Pfund (circa 15,00 EUR) pro Auto und Tag sogar noch erhöhen zu wollen.

Die angeführten Sachverhalte lassen ein einfaches Muster erkennen: Je stärker der Widerstand von unten, desto größer das Entgegenkommen von oben. Das *vordergründige* Entgegenkommen. Wie beim Judo versuchen die Deutungseliten, die Energie des Angriffs umzuleiten, durch Ablenkung zu reduzieren, anstatt sich ihr frontal zu stellen. Denn wie die vorgängig angeführten Beispiele zeigen, hat die Prädatorenklasse keineswegs im Sinn, von der Durchsetzung ihrer totalitären Green-Economy-Agenda abzulassen. Zugeständnisse, Rekurs und Rochaden dienen lediglich der Besänftigung schwelenden Volkszorns. Als Licht am Horizont. Hier und da aufblitzende Hoffnungsschimmer – als Se-

dativum für die empörte Masse. Die Ziele ändern sich derweil natürlich nicht. Nur Methodik, Rollout- und Kommunikationsstrategien werden angepasst. Mit etwas »Hopium« angereichert.

Nutzen sich Narrative ab, oder wird ihre Proliferation durch zu viel Gegenöffentlichkeit verhindert, erzeugen sie nicht mehr genug Angst. Sie müssen durch andere ersetzt werden. Das unterstreichen Statements wie jenes von Mariana Mazzucato, Gründerin des »UCL Institute for Innovation and Public Purpose«, die bei einer Pressekonferenz des WEF im Jahr 2022 anregte, das »*Thema Wasser*« zur nächsten interdisziplinären Krise zu erheben – weil Corona oder Klimawandel eben nicht die erwünschte Folgsamkeit beim Pöbel erzeugt hätten. Mazzucato, die von der FAZ als »*Habecks Lieblingsökonomin*« bezeichnet wird, ist überzeugt, die Bevölkerung mittels H_2O stärker für die Ziele der Eliten »begeistern« zu können. Mag sein. Denn ohne das kühle Nass lebt es sich bekanntlich nicht lange.

Bleibt abzuwarten, was passiert. Denn immer mehr Menschen erkennen, dass sich hinter der Fassade demokratischer Ordnung Tyrannei formiert. Dass sie vom System nach Strich und Faden belogen und betrogen werden. Das Fass droht überzulaufen. Derweil treiben neue Medien zusehends den etablierten Propaganda-Apparat vor sich her, setzen Themen, denen die Mainstream-Öffentlichkeit auf Dauer nicht mehr in der Lage ist auszuweichen. Der digitale Raum – dahingehend Fluch und Segen zugleich – macht es möglich. Ebenso wie die zahlreichen neu entstandenen Print-Medien, Technologie-Start-ups, DIY-Netzwerke, Lebensgemeinschaften und voluntaristischen Projekte, die langfristig massiven Einfluss auf die Gesellschaft haben werden. Überall brodelt es. Überall entsteht Neues. Von unten.

Mittlerweile protestieren selbst Linksaktivisten gegen Black-Rock. Allerdings nur deshalb, weil sie den Standpunkt vertreten, Finks Konzern betreibe »Greenwashing«, übe *zu wenig* Druck auf die Konzernwelt bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele aus. Sie wollen *mehr* CEI, DEI, SDG und ESG. Fazit: Thema verfehlt. Aber immerhin. Leichter machen es die zunehmenden Proteste von allen Seiten Finks Finanzmafia nicht. Außer, eines der Kernziele der herrschenden Kaste besteht darin, absolutes Chaos zu erzeugen, um daraus Neues zu erschaffen. Für eine solche These spricht die »*Polykrise*«. Und die historische Tatsache, dass weitreichende Neuordnungen des Weltfinanzsystems oder geoökonomischer Strukturen bisher nur nach zwei Weltkriegen möglich waren.

Summierend muss man festhalten: Hinterfrage alles! Denn nicht jeder Freiheitskämpfer ist ein Held, manch eine Rochade nur taktisches Kalkül, mancher Rückzug nur ein neuer Anlauf. Eine gewonnene Schlacht ist noch kein Sieg. Zwei Schritte vor – einen zurück. So verschieben autoritäre Herrschaftssysteme auch zementierte rote Linien. Indem sie die Bevölkerung an verschärfte Unterdrückungsmechanismen gewöhnen. Indem sie darauf hinarbeiten, dass Menschen Ideologie mit Inhalt assoziieren, und Freiheit mit Unsicherheit. Und Unsicherheit erzeugt Angst. Genau die sollten wir demnach nicht haben. Diesen Gefallen sollte man der generationsübergreifend organisierten Kriminalität von oben nicht tun.

»Überzeugungen sind gefährlichere Feinde der Wahrheit als Lügen.« (Friedrich Nietzsche)

| fertiggestellt am 15. Oktober 2023

Flagge ~~zeigen~~ meiden

»Jeder anständige Mensch schämt sich der Regierung, unter der er lebt.« (Henry Louis Mencken)

Nein, ich möchte mich nicht entscheiden, möchte keine Seite wählen. Ich will nicht meine Solidarität mit der einen oder anderen Gruppe bekunden. Schon gar nicht »*bedingungslos*« oder »*uneingeschränkt*«. Ich lasse mich auch im Zuge des neuesten kriegerischen Konfliktes nicht zum Instrument gesellschaftlicher Spaltung machen oder solidarisiere mich mit einem System, das ich ablehne, nur weil es sich berufen fühlt, militärische Projekte seiner Komplizen zu unterstützen. Ich stehe weder hinter einem Staat noch irgendeiner anderen Organisation, die ihre Rivalitäten auf dem geopolitischen Schachbrett mit Gewalt lösen und für ideologische oder religiöse Ziele nutzen möchte. Ich verwehre mich einer Ordnung, die ihre Bürger als Zahlsklaven, Versuchskaninchen, unmündige Verfügungs- und Verhandlungsmasse oder Kanonenfutter missbraucht. Und ich lasse mich nicht dazu nötigen, eine Copy-Paste-Meinung, die »*Leitkultur*« oder höfische Haltung zu übernehmen – auch wenn Hundertschaften gegen mich stehen. Denn genau dieser Weg des geringsten Widerstands führt meist gen Untergang.

Im Lichte dieser Position halte ich es für ein Unding, dass es für ein historisch komplexes Thema wie den Israelisch-Palästinensischen Konflikt kein »*Ja, aber*« geben soll, keine Gegenrede. Das gilt gleichermaßen für die Forderung, dass geschichtlicher, geostrategischer oder militärischer Kontext bei Ereignissen der Gegenwart keine Rolle spielen dürfe. Der neuerliche Krieg in Gaza begann ebenso wenig mit den Attentaten vom 7. Oktober 2023 wie der Ukraine-Konflikt mit

dem russischen Einmarsch am 24. Februar 2022. Bei militärischen Auseinandersetzungen, die eine derart lange und komplizierte Vorgeschichte haben, nur im Präsens argumentieren zu wollen, weil man von der Kriegsberichterstattung emotional übermannt wird, wirkt, als negiere man Deutschlands dunkle NS-Vergangenheit im jetzigen Umgang mit dem israelischen Staat. Trotzdem ist genau diese Eindimensionalität vorauseilenden Gehorsams beim Umgang mit der Nahost-Problematik gerade Usus. Dabei sollte jeder, der anderen Menschen aufgrund divergierender Meinungen den Mund verbieten will, der Argumente der Gegenseite kein Gehör mehr schenkt, sie ausblendet und blockiert, angehalten sein, sich nicht mehr als Demokrat zu bezeichnen.

Die Gräuelpropaganda aus Israel und Gaza erhitzt die geplagten Gemüter der neuen Normalität, die sich rasch um die jeweils bevorzugte Flagge scharen. Jeder hält seine Seite für die Guten. Für Opfer der anderen. Für die guten Killer. Logik, Rationalität und Empathie bleiben dabei weitläufig auf der Strecke. Ab wie vielen Toten ist es genug? Wann sollte man ein generelles Ende des Tötens fordern? Ab welchem Tribut an menschlichem Leben empfindet der Rachelustige endlich Genugtuung? Bis zu welcher Opferzahl darf man sich noch als Pazifist oder Humanist bezeichnen? Mit Stand vom 26. Oktober stehen wir nach Angaben des TIME-Magazine derzeit bei 1.400 toten Israelis und 7.000 ins Jenseits gebombten Palästinensern. Laut CNN sind 2.913 davon Kinder. Wie viele sollen es werden – 10.000, 100.000, 500.000 – bis die Fanatiker, Claqueure und Vernichtungsfans beider Lager die verkümmerten Reste ihrer Menschlichkeit wiederfinden?

»In der Demokratie verwendet eine Partei all ihre Kraft auf den Beweis, dass die andere unfähig zur Regierung ist - und im All-

gemeinen sind beide darin erfolgreich und haben recht.« (Henry Louis Mencken)

Traurig, dass man so etwas nach den Lehren, die die Gesellschaft aus der Corona-Krise hätte ziehen können, immer noch fragen muss. Doch gerade in Kriegszeiten, das kennen wir bereits vom Ukraine-Konflikt, spielen Werte, rote Linien und Menschenrechte keine Rolle mehr. Und die Vergangenheit natürlich auch nicht.

Als Russland am 24. Februar 2022 in der von einem korrupten, nationalistischen und autoritären Regime regierten Ukraine einmarschierte, starben nicht nur Soldaten beider Seiten und unbeteiligte Zivilisten, sondern mit ihnen auch gleich die gesamte Vergangenheit dieses Konfliktes. Vergessen die Nazi-Historie des Landes, die jahrzehntelange Finanzierung erodierender Kräfte vor Ort durch internationale NGOs, der Krieg im Donbas seit 2014, die zweifelhafte Geschichte des Euromaidan, die illegalen Umtriebe des Biden-Clans in der Ukraine, oder die Rolle von Victoria »*Fuck the EU*« Nuland und der US-Regierung bei der Entstehung dieser militärischen Auseinandersetzung. Es existierte nur noch die blaugelbe Gegenwart.

Ähnlich verhält es sich in Bezug auf das neuerliche Aufflammen der Israelisch-Palästinensischen Fehde. Gut oder böse. Dafür oder dagegen. Schwarz oder weiß. »*Stand with Israel*« – oder »*Free Palestine*«. Zwischen diesen beiden Extremen: ein verödeter Todesstreifen herrschaftlicher Deutungshoheit. Gesäumt von Selbstschussanlagen des Sagbaren. Der Debattenraum als Hexenkessel. Jeder Zweifel, jede Kritik am absorbierten Narrativ – ein Sakrileg. Das aktiviert die Schere im Kopf, die Selbstzensur, weil kaum jemand permanent mit dem überbordenden Hass verfeindeter Lager konfrontiert

werden will. Selbst mäßigende Worte, oder der Versuch, eine differenzierte Sicht auf die Entwicklungen zu kommunizieren, scheitern an bis zum Maximalpegel pulsierenden Emotionsamplituden.

Aufgepeitscht von Monstrositäten, Bildern, Videos und Geschichten, deren Authentizität zumeist nicht zweifelsfrei belegbar ist, verfällt mancher Zeitgenosse in die gleichen Verhaltensmuster, die er zuvor in punkto Corona-Krise, Klimawandel-Narrativ oder Ukraine-Krieg kritisierte. Selbst vermeintlich kritische Journalisten scheinen in der Causa Nahost-Konflikt nicht davor gefeit, gegen jede Vernunft, reflexartig und blindlings Partei zu ergreifen. Ein Lernkurvendesaster. Obschon es speziell hinsichtlich geopolitischer Disruptionen und bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Staaten nur vernünftig ist, die Prozesse mit einer gewissen Distanz zu analysieren, mit einem Urteil an sich zu halten, bis der Rauch des Gefechts sich etwas gelichtet hat, werden binnen Minuten Absolutismen ventiliert. »Real time-Reaktionismus«. Eine Geißel des Medienzeitalters.

So solidarisieren sich derzeit nicht wenige mit Regierungen, Organisationen und Akteuren, die sie vor dem 7. Oktober noch mit Verachtung straften. Oder mit Ignoranz – die im Lichte gefährlichen Halbwissens über Israel und Gaza vermutlich die bessere Wahl war. Da scharen sich Menschen in Massen um die Flagge von Staaten, von denen sie mehr als drei Jahre lang gegängelt, ausgegrenzt und desavouiert wurden. Machen sich die »*Staatsräson*« einer Regierung zu eigen, die sie tyrannisiert. Mir persönlich erschien es schon immer widersinnig, »*Flagge zu zeigen*«. Denn ich solidarisiere mich gerne mit der Bevölkerung eines Landes, mit den Menschen, aber nicht mit seiner Administration. Ich möchte mich nicht mit der dunklen Geschichte eines Staates, seiner krie-

gerischen Historie und der Doktrin seiner Führungsriege gemein machen. Genau aus diesem Grund halte ich es für Verblendung, einen Staat zu unterstützen. Egal welchen. Denn sie alle haben Dreck am Stecken, scheren sich keinen Deut um das Individuum. Ein Menschenleben ist ihnen keinen Pfifferling wert. Zentralistische Staaten sind zuvorderst Machtapparate, um nicht zu sagen kriminelle Organisationen, die der Durchsetzung von Partikularinteressen dienen. Ihr Geschäft ist Piraterie. Warum also sollte man seine Peiniger beklatschen, wenn man nicht gerade am Stockholm-Syndrom leidet?

Schon im Zuge der vermeintlichen Jahrhundert-Pandemie erschloss sich mir nicht so ganz, warum beispielsweise ein Staat wie Schweden permanent als leuchtendes Beispiel für gekonntes Krisenmanagement angeführt wurde und damit Sympathiepunkte sammeln konnte. Kontrollgruppe hin oder her. Ja, die Bevölkerung wurde dort nicht so massiv schikaniert wie in anderen Ländern. Und ja, der schwedische Weg war weniger aggressiv, der Chef-Epidemiologe des Landes, Anders Tegnell, trat deutlich sympathischer auf als der soziophob wirkende Karl Lauterbach. Trotz, oder vielleicht gerade wegen seinem Sonderweg, für den er international zunächst massive Kritik einfuhr, war Tegnell zwischen März und April 2022 übrigens im Gespräch für einen exponierten Posten bei der WHO, wo er das COVID-Impfstoff-Management zwischen Herstellern und Gesundheitssektor koordinieren sollte. Angetreten hat er diesen allerdings nicht. Denn offenbar wurde man sich hinsichtlich organisatorischer Fragen nicht einig, wie die schwedische Gesundheitsbehörde mitteilen ließ.

Bei genauerer Betrachtung drängt sich jedenfalls der Verdacht auf, dass der Corona-Korporatismus in Schweden nur

deshalb nicht so stringent durchgesetzt wurde, weil das Land samt seinen zehn Millionen Einwohnern längst an einem Punkt im überwachungsstaatlichen Koordinatensystem angelangt war, an den man die anderen UN-Mitgliedsstaaten durch den orchestrierten Viren-Wahnsinn noch treiben wollte – den »Point of no Return«. Jener Punkt, an dem die Akzeptanzschwelle zur Biosicherheitstechnokratie eines paternalistischen Wohlfahrtsstaates überschritten und von der breiten Mehrheit der Bevölkerung als Normalität akzeptiert wurde.

Schweden ist ein durchdigitalisiertes QR-Code-Mekka. Es belegt nach Finnland, Dänemark und den Niederlanden Platz vier im Ranking des seit 2014 von der Europäischen Kommission überwachten »Digital Economy and Society Index« (DESI). Bargeld ist nahezu ausgestorben. Und die schwedische Bevölkerung scheint nicht nur im Zuge der Corona-Krise ein ausgewachsenes bis naives Vertrauen in die vermeintlich guten Absichten ihrer Regierung zu hegen. Konformismus im fortgeschrittenen Stadium. Siehe Booster-Impfquote von 93,2 Prozent. Auch im Rahmen der sich kontinuierlich verschärfenden Migrationskrise, die schwedische Vorstädte zusehends zum Schauplatz für Bandenkriege und Straßenschlachten werden lässt, glaubten die Bürger den Versprechen ihrer Führungsriege – nur um jetzt, wie der Rest Europas, entsetzt feststellen zu müssen, dass unkontrollierte und nicht-integrative Zuwanderung sozioökonomischer Sprengstoff ist.

So zeigt sich bereits an einem vordergründig sympathisch wirkenden Land wie Schweden, das ab Ende November 2023 als 32. Mitglied in die NATO aufgenommen werden soll, und das man gern mit unberührter Natur, IKEA, Kött-

bullar und ABBA assoziiert, dass man auch einem noch so anheimelnden Image nicht blind vertrauen sollte.

Hinter Werbebannern und einer Fassade naheliegender Assoziationen wird es rasch dunkel. So wird Schweden zum Beispiel seit Ende des 19. Jahrhunderts maßgeblich von der Wallenberg-Dynastie kontrolliert, einem einflussreichen wie verschwiegenen Familienclan, der nach Schätzungen von Analysten zwischenzeitlich für etwa 40 Prozent der Marktkapitalisierung der gesamten schwedischen Industrie verantwortlich zeichnet. Das stellt eine in Europa beispiellose Machtkonzentration dar. Nicht ohne Grund schreibt der englische Guardian am 16. Juni 2006, dass man die Familie als »*die Rockefellers, Gettys und Rothschilds Schwedens*« bezeichnet. Auch die New York Times nennt die Wallenbergs in einem Artikel vom 12. Mai 1996 unumwunden »*die schwedische Antwort auf die Rockefellers*«. Ihren massiven Einfluss auf den schwedischen Staat manifestierte die Familie über die Gründung der »Stockholms Enskilda Bank« im Jahr 1856 (heute: Skandinaviska Enskilda Banken AB, SEB). Die SEB wird von Marcus »Husky« Wallenberg (*1956) geführt. Hauptaktionär der Großbank ist die »Investor AB«. Über dieses 1916 gegründete Investmentunternehmen sowie die Beteiligungsgesellschaft »EQT Partners AB« hält die Familie unzählige Mehrheitsbeteiligungen und kontrolliert eine Vielzahl internationaler Konzerne. Zur Wallenberg-Unternehmensgruppe gehören unter anderem Saab, Electrolux, Ericsson, SAS Scandinavian Airlines, ABB, der Börsenbetreiber Nasdaq Inc., Astra Zeneca, Atlas Copco, Gardena, Husqvarna, Carl Zeiss Vision oder Kabel BW. Geleitet wird die die Investor AB von Jacob Wallenberg, der in den Jahren 2000 bis 2016 an ausnahmslos jeder

Bilderberg-Konferenz teilnahm und zum Steuerungskreis des intransparenten Machtzirkels gehört.

Machthunger als Familientradition. Seit nunmehr drei Generationen sind die Familienpatriarchen der Wallenbergs Stammgast der Bilderberg-Meetings und Teil des Bilderberg-Führungszirkels. Marcus Wallenberg Jr. (1899 - 1982), der mit Geheimdienstkreisen bestens vernetzte Großvater der heutigen Chefs von SEB und Investor AB, half nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen von »Operation Gladio« beim Aufbau des schwedischen Ablegers des NATO-nahen »Stay-behind-Netzwerkes« und war, wie sein heute amtierender Nachkomme Marcus »Husky« Wallenberg, Mitglied des wenig bekannten aber supranational einflussreichen »The 1001 Club«.

Der 1982 verstorbene Marcus Wallenberg Jr. war es auch, der sich von 1932 bis 1976 für den vom fabianischen Sozialismus geprägten »*Mittleren Weg*« – bei Bill Clinton oder Tony Blair später »*Dritter Weg*« genannt – engagierte. Damit nahm er maßgeblich Einfluss auf die Entwicklung von Staat und Gesellschaft. Zudem wurde Wallenberg Jr. immer wieder in Verbindung mit der Ermordung von Schwedens langjährigem Premierminister Olof Palme gebracht. Unter anderem, weil einflussreiche Unternehmerkreise, die unter Wallenbergs Fuchtel standen, vor Palmes Wiederwahl 1982 eine millionenschwere Diffamierungskampagne gegen den Politiker lancierten. Dass Palme im seinerzeit schwelenden Konflikt zwischen US-Hegemonie und Sowjetunion für Schwedens Neutralität, und damit sowohl für Abrüstung als auch gegen eine NATO-Annäherung des Landes plädierte, war den Transatlantikern um und unter Wallenberg wohl ein Dorn im Auge. Auch Palmes Kritik am Apartheidregime Südafrikas missfiel den Großindustriellen. Ein Ende der seg-

regativen Politik stellte Millionenverluste für die Profiteure derselben in Aussicht.

Darüber hinaus legen Recherchen niederländischer Dokumentarfilmer und eines belgischen Ermittlers nahe, dass das Attentat auf Olof Palme nicht einem verwirrten Einzeltäter, sondern einem Operation-Gladio-Kommando anzulasten ist. Ein Geheimdienstbericht der South African Defense Force (SADF) vom 15. Oktober 1985 weist aus, dass Olof Palme als Staatsfeind klassifiziert wurde. Intensive Recherchen des Bestseller-Autors Stieg Larsson, der in den 1980er-Jahren für das antifaschistische Magazin »Searchlight« aus Großbritannien tätig war und über Jahrzehnte Material zu dem Mordfall sammelte, führen ebenfalls nach Südafrika und implizieren, dass der schwedische Premierminister einem Mordkomplott verschiedener Geheimdienste zum Opfer fiel. Am 28. Februar 1986 wurde Olof Palme auf offener Straße in Stockholm kaltblütig hingerichtet. Verurteilt wurde bis heute niemand.

Dass Schweden mit Bilderberger Carl XVI. Gustav einen König als Staatsoberhaupt hat, der gemäß Staatsorganisationsgesetz »*wegen seiner Handlungen nicht zur Verantwortung gezogen werden darf*«, verbessert den zweiten Eindruck vom NATO-Anwärterstaat nicht. Denn auch wenn offiziell Gewaltenteilung herrscht, rechtfertigt nichts die Fortführung des mittelalterlichen Feudalismus und die Herrschaft über Menschen durch Erstgeburtsrecht. So steht der sympathisch wirkende Staat an der Ostsee, neben dem vielgepriesenen »*schwedischen Weg*«, vor allem für 1.000 Jahre Erbmonarchie, ein Jahrhundert Wallenberg-Clan, für extreme Machtgier, massive finanzielle Ungleichheit, verdeckte Korruption, Geheimdienstaffären, Auftragsmord, NSA-Abhörskandale, Cyber-Warfare, eine langjährige Top-Ten-Position auf der Liste international aktiver Waffen-Exporteure, für intranspa-

rente Globalistenzirkel, ein effizientes mRNA-Injektionsregime und eine mehr als destruktive Migrationspolitik, deren Folgen der eigenen Bevölkerung zum Verhängnis werden. Auf den zweiten Blick gibt Schweden also kein allzu sympathisches Bild mehr ab.

Das gilt gleichermaßen für jeden anderen Staat. Ob Frankreich, Spanien, Portugal, Niederlande, Belgien, Dänemark oder das britische »Empire« als brutale Kolonialmächte, ob Russlands grausame Diktatur unter Stalin, Maos Massenmord, der von Kriegen, Terror, Despoten und Revolten gezeichnete arabische Raum, Deutschlands blutige Vergangenheit und Nazi-Diktatur, ob internationaler Sklavenhandel, Apartheid, Eugenik, Neokolonialismus, False Flag-Operationen, Geheimdienst-Attentate oder die von imperialistischen Bombenteppichen gesäumte und auf dem Blut indigener Völker errichtete Kriegshegemonie der Vereinigten Staaten – an ausnahmslos jeder Flagge klebt Blut. Viel Blut.

Diese Aufzählung könnte man beliebig fortsetzen. Denn Regieren bedeutet organisierte Kriminalität. Und Krieg. Nur aus diesem Grund gibt es Landesgrenzen überhaupt. Warum also sollte man das Banner eines solchen Verbrechersyndikats schwenken, sich mit seiner Historie, seinen Methoden und seiner korrupten wie tyrannischen Führungsebene gemein machen? Wieso sehen Menschen über all die Gräuel der Vergangenheit – oder die eigene akute Unterdrückung durch ihren Staat, seine Financiers, Handlanger und Vasallen – hinweg und unterstützen die Agenda ihrer Leithammel, sobald diese jemandem den Krieg erklären oder ihre Komplizen bei einem solchen unterstützen?

Die gleiche Frage muss man sich in Bezug auf Religionen stellen. Denn gerade die fanatische Identifikation mit einer

Glaubensgemeinschaft scheint rationales Denken häufig komplett zu verunmöglichen. Anders sind Selbstmordattentate und Glaubenskriege kaum zu erklären. Religiöser Fanatismus ist Wahnsinn. Das gilt für Christentum, Buddhismus, Judentum, den Islam und jede andere Glaubensgemeinschaft. Wer sich im Wertewesten derzeit meint mit islamophoben Parolen hervortun zu müssen, nur weil die von ihm geduldete oder gar gewählte Regierung Migration als Waffe missbraucht, vergisst offenbar, dass es in der Vergangenheit fanatische Christen waren, die auf Kreuzzügen Ungläubige in fremden Ländern niedermetzelten – und dass es die katholische Kirche war, die im Laufe von über 500 Jahren Inquisition die Hexenjagd zum Berufsstand erhob.

Engstirniger Glaube, Emoji-Emotionswellen, Social-Media-Profile, die mehr Flaggen führen als der Accountinhaber je selbst Länder besucht hat – selektive *Solidarität*. Ein Verhalten, das wir bereits aus der Corona-Krise kennen, die diesen Begriff endgültig entwertet hat. Klerikale Verehrung der einen, der absoluten Wahrheit. Schuldkomplexe. Vermengt mit nebulösem Ehr- und Pflichtgefühl kindlicher Prägung. Ein seltsames Phänomen mentaler Entrückung, das man von der Polykrise bereits kennt, das man nun aber auch bei bisweilen kritischen Geistern in Bezug auf den Staat Israel beobachten kann. Denn obwohl Netanjahus Regierung selbst in hiesigen Leitmedien als »*rechtsextrem*« oder »*tiefreligiös*« bezeichnet wird und sogar das ZDF noch im Dezember 2022 fragte: »*Ist Israels Demokratie in Gefahr?*«, obwohl die Berliner Morgenpost noch im Januar 2023 titelte: »*Rechtsradikaler Ben-Gvir: Das ist Israels neuer Brandstifter*«, ergreift mancher reflexartig wie kritiklos Partei – und kann Bevölkerung, Staat und Religion wohl nicht auseinanderhalten.

So erhält Netanjahus extremistische Regierung angesichts der fraglos katastrophalen innenpolitischen Situation Israels derzeit wohl mehr Zuspruch aus dem Ausland als aus der eigenen Bevölkerung. Die protestiert seit Monaten vehement gegen die rechtsradikal-orthodoxe Machtübernahme sowie die Erosion der Gewaltenteilung durch eine umstrittene Justizreform. Und auch gegen den neuerlichen Krieg in Gaza machen sich viele Israelis stark. Sie versammeln sich in den Straßen von New York, Tel Aviv und anderen Metropolen, sie demonstrieren vor dem israelischen Verteidigungsministerium – während Netanjahu versucht, Kriegsgegner mundtot zu machen und der Polizeichef Regierungskritikern gar damit droht, sie »*in Bussen nach Gaza*« zu deportieren. Auch in Israel dominiert eine radikale Minderheit die friedliebende Mehrheit der Population.

Ähnliches – und Schlimmeres – widerfährt Palästinensern, die sich offen gegen die Hamas stellen. Kritiker werden oft kurzerhand hingerichtet. Demzufolge hält sich der Widerstand aus der eigenen Bevölkerung in Grenzen, obwohl die Terrororganisation bei den Bewohnern des Gaza-Streifens nie sonderlich beliebt war. Kein Wunder. Während die Menschen in der umzäunten palästinensischen Enklave am Mittelmeer zumeist in spärlichen Verhältnissen, ohne Reisefreiheit und Zukunftsperspektiven dahinvegetieren, leben führende Hamas-Mitglieder wie Khaled Mechaal auf großem Fuß in Katar oder anderen Golfstaaten und führen ihre Geschäfte aus Luxushotels.

Die Reaktion des Wertewestens auf Hamas-Terror und israelische Verstöße gegen das Völkerrecht erinnert jedenfalls frappierend an den Ukraine-Konflikt, in dessen Kontext Konzernmedien und NATO-Groupies bis heute versuchen, ihren bevorzugten Akteur in einem besseren Licht erschei-

nen zu lassen. So verklären sie mühsam die unzähligen Hakenkreuz-Tätowierungen des rechtsextremen Asov-Bataillons, die Einflussnahme der USA, meiden den Begriff »*Stellvertreterkrieg*«, relativieren die Ermordung der eigenen Bevölkerung im Donbas oder die in den »Pandora Papers« dokumentierten Raubzüge von Selenskji und Konsorten. Schuld sind gemäß NATO-Narrativ ausschließlich »*barbarische Russen*«, die es demzufolge auszurotten gilt. Seit Putin den Befehl zur Invasion gab, gibt es sogar »*gute Nazis*«.

Der kriminelle wie korrupte Netanjahu hat wahrscheinlich sogar noch mehr auf dem Kerbholz als Selenskji. So ist – wie in Bezug auf das Regime in Kiew – auch blinde Solidarität mit dem rechtsradikal-orthodoxen und von Fanatikern durchdrungenen Staatsapparat Israels falsch. Genau wie lautstarkes Anfeuern dschihadistischer Agitatoren, Killerkommandos und Terroristen. Jede Form von Extremismus, Segregation, Gewalt oder Krieg ist abzulehnen. Kategorisch. Denn sie geht in der Regel nicht initial vom Individuum aus, sondern von dessen Lehrmeistern, die den hasserfüllten Samen der Gewalt ausbringen. Seine Frucht transgenerational hochzüchten. Jeder Mensch trägt Verantwortung für seine Taten, ist aber stets selbst Opfer seiner Mentoren, Herrscher, Unterdrücker und Gurus, die ihn nach Belieben für ihre Zwecke manipulieren, radikalisieren und massakrieren.

So grausam die Taten Einzelner sein mögen, sie sind im Kontext einer seit langem rotierenden Gewaltspirale zu diskutieren. Ja, Täter müssen sich verantworten. Vor Gericht. Denn »Auge um Auge« ist keine Lösung. Außer, man will sich selbst zu den Barbaren zählen.

Es gibt keine guten Toten. Und keine Auslegung von Menschen- und Völkerrecht nach Gutdünken oder Tagesform. Es ist auch keine »*Notwehr*« mehr, wenn man einen 41 Kilometer langen und sechs bis zwölf Kilometer breiten Küstenstreifen zurück ins Mittelalter bombt. Vor allem, wenn dieser bereits seit Jahrzehnten ein hermetisch abgeriegeltes Freiluftgefängnis ist. Ein Knast mit zwei streng bewachten Ausgängen, für dessen Bewohner die Aufseher Wasser- und Stromzufuhr kontrollieren, das Internet, das Mobilfunknetz und die individuelle Mobilität.

Nein. Kritik am nicht-säkularen Staat Israel, seinem Propagandaapparat und seiner verwerflichen Siedlungspolitik ist kein Antisemitismus. Es ist Kritik an einer zunehmend extremistischen Regierung, die korrupt und machthungrig ist wie jeder andere. Eine »*semiautokratische Theokratie*«, nennt die taz das Land. »*Totalitär*« nennt die libertäre israelische Publikation Haaretz Netanjahus Regierung seit 2020. Und nicht nur Human Rights Watch, Amnesty International, Knesset-Mitglieder oder der frühere Premier Ehud Barak, sondern auch israelische Zeitungen, israelische Menschenrechtsorganisationen wie B'TSELEM, der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter und südafrikanische Journalisten bezeichnen Israel als Apartheidstaat. Und genau das ist es. Ich war dort. Habe lange dort gelebt und gearbeitet und kann zu keiner anderen Einschätzung kommen. Auch wenn die blutrünstige Terror-Attacke der Hamas aufs Schärfste zu verurteilen ist – die Reaktion des Staates Israel darauf hat längst den Rahmen jeder Verhältnismäßigkeit verlassen. Wenn radikale israelische Spitzenpolitiker wie Moshe Feiglin, Chef der zionistischen Partei Zehut, fordern, »*Es ist Zeit, Gaza in Dresden zu verwandeln! Vergast die Palästinenser, jetzt!*«, wenn an Fassaden in Tel Aviv »*Wipe out Gaza*« und »*Arabs*

to the Gas Chamber« steht, sollte gerade der Deutsche hellhörig werden. Denn das klingt verdächtig nach Endlösung. Und nach der streben nicht nur radikal-islamische Dschihadisten, sondern auch militante Hardliner in Israels Regierung und Gesellschaft. Ich selbst habe vor Ort eine ganze Reihe zionistisch motivierter Israelis getroffen, die von Palästinensern sprachen, wie Nationalsozialisten früher von Juden.

Wer annimmt, nur fanatische Dschihadisten bejubelten mit Häme das Töten ihrer Erzfeinde und wünschten sich deren endgültige Tilgung vom Angesicht der Erde, irrt gewaltig. Das tun auch Israelis. Nicht selten sitzen diese mit Popcorn auf Dächern, Balkons und Hügeln in Sichtweite der Grenzlinie, wenn Gaza bombardiert wird, feiern, beklatschen und bejubeln die Einschläge von Raketen. Als wäre industrialisiertes Töten ein Sport-Event. Auch die Schadenfreude, mit der sich viele israelische Social-Media-Nutzer und Influencer derzeit über das Leid der palästinensischen Bevölkerung lustig machen, ist schwer erträglich.

Wer sich also mit jemandem solidarisieren will, der ergreife Partei für unschuldige Zivilisten, ob Israelis, Palästinenser, Ukrainer, Russen, Syrier, Libyer, Iraker, Nigerianer oder Libanesen, für Kinder, Kranke und Senioren, die für Ideologien und Partikularinteressen sterben. Für all die unbeteiligten Artgenossen, die unter ihrer fanatischen Führung oder der Kriegstreiberei des postmodernen Neokolonialismus leiden.

Wir brauchen Völkerverständigung, statt echauffiertem Etatismus, müssen uns hinter leidende Mitmenschen stellen, nicht hinter die Flaggen unserer Unterdrücker. Zudem sei bemerkt: Opposition gegen technokratische Überwachungsstaatlichkeit bedeutet nicht, Klicks und Follower zu sammeln oder Bestätigung in der eigenen Echokammer zu suchen.

Widerstand ist kein Geschäftsmodell. Es ist eine Frage des Charakters. Genau wie Journalismus. Der eigentliche Gegner kommt nicht aus einem anderen Land, gehört einer anderen Partei, einem anderen Kulturkreis oder einer anderen Religion an. Er regiert uns.

Wer zur Wurzel des Übels vordringen will, sollte nicht bei seinen Nachbarn suchen. Daher engagiere ich mich für »Team Menschheit« – gegen Krieg, Unterdrückung, Unrecht und supranationale Strukturen, die das Konzept von Demokratie ad absurdum führen. Für Freiheit. Gegen Tyrannei. Dafür, dass jeder das Recht hat, in Ruhe gelassen zu werden. Unabhängig von seiner Herkunft, seinem Stand, seinen Überzeugungen oder seiner Religion.

Wer seine Stimme nur dann gegen Menschenrechtsverletzungen erhebt, oder dazu publiziert, wenn es zum eigenen Weltbild, Narrativ oder Zeitgeist passt, wenn es der Karriere oder dem Social-Media-Account dient, sollte der Öffentlichkeit die seine besser ersparen.

»Die schlechteste Regierung ist oft die moralischste. Eine, die aus Zynikern besteht, ist häufig sehr tolerant und menschlich. Wenn jedoch Fanatiker an der Spitze stehen, kennt die Unterdrückung keine Grenzen.« (Henry Louis Mencken)

| fertiggestellt am 31. Oktober 2023

Trio Infernale (Teil 1)

Der Dritte Weltkrieg – ein Szenario, das mit dem neuerlichen Aufflammen des Nahost-Konfliktes in bedrohliche Nähe zu rücken scheint. Obschon die Gegenwart bei genauerer Betrachtung noch immer von den geopolitischen Nachwehen des Ersten Weltkrieges gekennzeichnet ist. Um beurteilen zu können, ob und warum ein Dritter Weltkrieg wahrscheinlich ist oder nicht, bedarf es einer Rückschau, die nationalstaatliche Interferenzen nachrangig behandelt. Denn damit hat Krieg nur selten zu tun.

Der Dritte Weltkrieg. Vielleicht sogar der erste Atomkrieg – die dunkle Vorahnung einer heraufziehenden Katastrophe biblischen Ausmaßes schwebt über unseren Köpfen wie ein Damoklesschwert. Wie die unheilvolle Prophezeiung des Nostradamus', die für 2023 den Beginn eines Krieges in Aussicht stellt, der sieben Monate dauern soll. Oder wie der seit langem im Internet kursierende, aber augenscheinlich gefälschte Plan von Albert Pike, dem berüchtigten US-Konföderationsgeneral, Rassisten, Sklaverei-Verfechter und Mitbegründer des Ku Klux Klan, der drei Weltkriege zur Erringung der Weltherrschaft vorhergesagt haben soll. Vorhersagen hin oder her. Es scheint tatsächlich eng zu werden. Seit der Kubakrise stand die Welt nicht mehr so dicht am Abgrund Armageddons. Erst die Ukraine. Jetzt der Nahe Osten. Die Kriegsrhetorik nimmt Fahrt auf. Truppen werden in Stellung gebracht, Feindbilder geschärft. Mit jedem auflodernden Brandherd nimmt das Risiko eines flammenden Infernos, nimmt die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Apokalypse zu.

Wie die Neuauflage solch eines global eskalierenden Krieges angesichts des technologischen Fortschritts aussähe, weiß niemand mit Gewissheit. Denn während im Ersten Weltkrieg noch circa 22 Millionen Menschen starben, verloren im Zweiten Weltkrieg bereits 55 bis 60 Millionen Menschen ihr Leben. Inkludiert man Kriegsverbrechen, Shoa, Porajmos und Kriegsfolgen, sogar bis zu 80 Millionen. Dass ein potenzieller dritter Akt dieses zivilisatorischen Trauerspiels totalen Tötens kaum eine geringere Anzahl von Opfern fordern würde, ist naheliegend. Vor allem, wenn Atomwaffen zum Einsatz kommen sollten. Die Mär von der »*chirurgischen Kriegsführung*« bleibt eine fiebrige Fantasie der Generalitäten. Ein militarisierter Euphemismus, um industriellen Massenmord mehrheitsfähiger zu machen.

Um beurteilen zu können, ob und warum ein Dritter Weltkrieg wahrscheinlich ist, bedarf es einer Rückschau, einer Betrachtung aus der Vogelperspektive, die nationalstaatliche Interferenzen nachrangig behandelt, einer Analyse, die sich auf die übergeordnete, die geostrategische und -ökonomische Entwicklung von Governance-Strukturen fokussiert. Denn nur aus diesem Blickwinkel lässt sich beurteilen, ob jene transgenerational strategierenden Mächte, die von zwei Weltkriegen profitierten, gegebenenfalls einen weiteren Anlauf benötigen, ein tödliches Triptychon, um jene »*neue Weltordnung*« zu etablieren, die Imperialisten seit Ende des 19. Jahrhunderts dezidiert fordern.

In diesem Zusammenhang verwundert es kaum, dass ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkrieges die Federal Reserve Bank (FED), die Nationalbank der Vereinigten Staaten gegründet wurde. Oder dass ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges die Gründung des Völkerbundes war, der »League of Nations«. Die Organisation nahm als Resultat der »Pariser

Friedenskonferenz« am 10. Januar 1920 ihre Tätigkeit auf. Eine Dekade später entstand die »*nazifreundliche*«, von Geheimdiensten durchdrungene »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« (BIZ), die vorgeblich ins Leben gerufen worden war, um deutsche Reparationszahlungen aus dem Ersten Weltkrieg zu managen. Damit ist die BIZ die älteste international agierende Finanzorganisation.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum war der 1920 entstandene Völkerbund Blaupause für die Gründung der Vereinten Nationen (UN), die offiziell am 26. Juni 1945 gegründet wurden – obwohl auf Basis der im August 1941 publizierten Atlantik-Charta, verfasst von US-Präsident Franklin D. Roosevelt und dem britischen Premierminister Winston Churchill, bereits am 1. Januar 1942 die Deklaration der Vereinten Nationen erfolgte. 26 Staaten der Anti-Hitler-Koalition traten dem neuen Bündnis im Zuge der Arcadia-Konferenz in Washington (USA) bei. Sie gelten seither als Gründungsmitglieder der UN. Dass Roosevelt und Churchill ihre Atlantik-Charta zur Grundlage eines neuen supranationalen Friedensbündnisses machten, obgleich ein solches mit dem Völkerbund bereits existierte, dürfte auf den Anspruch des angloamerikanischen Establishments zurückzuführen sein, diese schon bald weltumspannend operierende Organisation anstelle der Europäer zu dominieren. Und genau das taten Großbritannien und Amerika fortan. Schon die Bezeichnung »*United Nations*« soll auf einen Vorschlag von Roosevelt zurückzuführen sein. Auch das erste offizielle UN-Poster, das mit dem ikonischen Wahrzeichen der USA – der Freiheitsstatue – aufwarten kann, spricht dahingehend Bände.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs zeitigte mit dem Bretton Woods Abkommen die Geburtsstunde des herrschenden Weltfinanzsystems. Die Weltbank (1944), der Internationale

Währungsfonds (1945), die UNESCO (1945) und die WHO (1948) entstanden. So führt mit den Kataklysmen des großen Krieges eines zum anderen. Problem, Reaktion, Lösung. »*War is a racket, it always has been*« – Krieg ist ein schmutziges Geschäft! – wie Smedley Butler, hochdekorierter General des United States Marine Corps und zweimaliger Empfänger der »Medal of Honor«, im Jahr 1935 zu sagen pflegte. Auch der französische General Ferdinand Foch schien sehr genau zu wissen wovon er sprach, als er nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und zum Versailler Vertrag bemerkte:

»Das ist kein Frieden. Es handelt sich um einen Waffenstillstand für 20 Jahre.«

Die Geschichte der beiden Weltkriege lässt sich in der Tat nicht separiert erzählen. Die beiden Ereignisse hängen – wie Foch seinerzeit korrekt prognostizierte – eng zusammen, bauen aufeinander auf. Die supranationalen Strukturen der Gegenwart konnten nur durch die historische Zäsur des Zweiten Weltkrieges entstehen. Und ein zweiter Weltkrieg nur, weil wir bis heute mit den geopolitischen Folgen des ersten zu kämpfen haben. Damit stellt sich unweigerlich die Frage, wie der Erste Weltkrieg überhaupt entstand. Was löste den Konflikt aus? Welche geopolitische Dynamik begünstigte die Entwicklung zum globalen Fiasko? Welche Kräfte induzierten diese Dynamik? Und – Cui bono? – wer profitierte davon?

Nach Auffassung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der hochherrschaftlichen Lesart der Geschichtsschreibung, dauerte es im Jahr 1914 »*weniger als sechs Wochen, um die Welt in einen Weltkrieg zu stürzen. Nach dem Attentat auf einen Thronfolger folgte ein fataler Absturz der diplomatischen Beziehungen zwischen den Staaten. Unter großem Jubel zo-*

gen Hunderttausende in die Schlacht, auch in Deutschland.« Mal ganz abgesehen von der schlichten Semantik: Von Simplifizierung zu sprechen, wäre in Anbetracht dieser sträflich unterkomplexen Darstellung noch ein Lob. Lüge durch Unterlassung träfe es besser.

Denn mittlerweile ist bekannt, dass das Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand eine Falle war. Eine Verschwörung. Sechs mit Handfeuerwaffen und Bomben bewaffnete Killer erwarteten den Thronfolger von Österreich-Ungarn, der streng nach Zeitplan und auf einer zuvor bekannt gegebenen Route durch Sarajevo chauffiert wurde. Ein erster Mordversuch scheiterte. Die in das royale Fahrzeug geworfene Bombe fiel heraus und zu Boden. Sie explodierte unter dem vorausfahrenden Wagen. Franz Ferdinand flüchtete sich zu Fuß ins Rathaus und sagte alle weiteren Termine ab, um ins Krankenhaus zu fahren. Sein Fahrer nahm dabei jedoch zufällig die falsche Route – und als er angewiesen wurde zu wenden, kam Franz Ferdinands Transport direkt vor Gavrilo Princip zum Stehen, einem der sechs noch immer herumstreichenden Auftragskiller. Dieser feuerte zwei Schüsse ab und tötete den Erzherzog sowie dessen Frau. Nedjelko Cabrinovic, der glücklose Bombenwerfer, starb am 20. Januar 1916 im Gefängnis. Gavrilo Princip, der, genau wie Cabrinovic, Mitglied des militanten serbischen Geheimbundes »Schwarze Hand« war, starb zwei Jahre später nach einer ominösen Operation in einem Krankenhaus in der Nähe seines Gefängnisses.

Wenn das Attentat auf den Thronfolger im Juni 1914 der Zündfunken gewesen sein soll, der den Ersten Weltkrieg entfachte, wenn es ein perfides Mordkomplott war, wie sogar die manipulative »*Geschichtsschreibung der Gewinner*« unumwunden eingesteht – warum packte die Schwarze Hand

zu? Was motivierte die Gruppe zu dem Attentat? Nach Dafürhalten der Washington Post und anderer Leitmedien primär innenpolitische Verwerfungen und regionale Scharmützel, die aufgrund der brenzligen geographischen Lage entstanden. Warum der Balkan in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine derart instabile Region war, wird dabei aber kaum erschöpfend erklärt.

Um das zu leisten, müsste man den Blick gen Großbritannien richten. Denn im ausgehenden 19. und angehenden 20. Jahrhundert wurde Weltpolitik noch immer primär in London gemacht – dem Zentrum des Empire. Noch galt die Pax Britannica, das britische Prinzip der Welt- und Kolonialherrschaft. Denn nach dem Sieg über Frankreich hatte Großbritannien außer dem Russischen Reich keine ernstzunehmenden Rivalen mehr. Es war das »*imperiale Jahrhundert*«, wie man den Zeitraum zwischen 1815 und 1914 gerne bezeichnet. London herrschte nicht nur über zahllose Kolonien in aller Welt, sondern beeinflusste dank der britischen Dominanz über die Weltwirtschaft auch vermeintlich souveräne Staaten wie China. Die blaublütigen Imperialisten und ihre »Britische Ostindien-Kompanie« hatten ganze Arbeit geleistet. Siehe Opium-Kriege. Mit kriminellen und barbarischen Methoden hatten sich die Kolonialisten von der Insel seit dem frühen 17. Jahrhundert ein Reich geschaffen, in dem »*die Sonne*« auch zu Beginn des Ersten Weltkrieges »*nie unterging*«. Die New York Times schrieb diesbezüglich in einem Artikel vom 4. September 2019:

»The Original Evil Corporation: Die Ostindien-Kompanie, ein Handelsunternehmen mit eigener Armee, war meisterhaft darin, Regierungen zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Es ist der Prototyp für die heutigen multinationalen Unternehmen.«

Das angelsächsische Establishment konnte mit sich zufrieden sein. Doch *eine* Schmach konnte man in den feinen Londoner Salons auch auf dem Gipfel der Macht niemals so ganz verwinden – den Verlust der dreizehn Kolonien, die sich nach Ende des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges mit dem »Frieden von Paris« im Jahr 1783 endgültig von der Krone lossagten. Seit diesem Zeitpunkt, und nachdem sich bei den britischen Geostrategen die Erkenntnis durchgesetzt hatte, dass den neu gegründeten Vereinigten Staaten militärisch künftig nur noch mühsam beizukommen war, sinnierte man in London über andere Wege, die es den Angelsachsen erlauben würden, die Kontrolle über die Abtrünnigen wiederzuerlangen.

Etwas mehr als einhundert Jahre nach dem Pariser Frieden schickten sich fünf der einflussreichsten Männer ihrer Zeit an, dieses Ziel zu erreichen. Den Beginn ihres Vorhabens markiert ein verschwiegenes Treffen im Februar 1891. Unter Leitung des Imperialisten, Rassisten, Sklavenhalters und Diamantenhändlers Cecil Rhodes, dem wohlhabendsten Individuum seiner Zeit, wurden konkrete Pläne gefasst, wie das britische Weltreich Genugtuung für die Niederlage jenseits des großen Teiches erfahren und seine Vormachtstellung künftig ohne kostenintensive militärische Operationen erhalten und ausbauen kann. Mit Manipulation, Intrigen und Propaganda. Mit Verträgen, anstelle von Waffen. Durch Gründung supranationaler Organisationen.

Neben Rhodes anwesend waren William T. Stead, der bekannteste Publizist jener Ära, und Reginald Baliol Brett alias Lord Esher, enger Vertrauter von Königin Victoria und wichtigster Berater von König Edward VII und König George V. Als viertes Mitglied bestellte man den bestens vernetzten Staatsmann Viscount Alfred Milner, der fortan die

operative Leitung der Gruppe übernehmen und von Dezember 1916 bis November 1918 das wichtigste Mitglied des Kriegskabinetts von David Lloyd George werden sollte. Der letzte im Bunde war Walter Rothschild, 2. Baron Rothschild, wohlhabender Repräsentant der berüchtigten Finanzdynastie und wichtigster Geldgeber. Nach Auskunft des offiziellen Familienarchivs der Rothschilds arbeite man eng und gerne mit Rhodes zusammen. In von den Rothschilds selbst publizierten Quellen wird Rhodes als »Agent« des Clans bezeichnet. Er arbeitete bereits für Nathan Rothschild, 1. Baron Rothschild, den Vater von Walter Rothschild. Die Rothschilds unterstützten Rhodes unter anderem bei der Gründung von De Beers und der damit einhergehenden Quasi-Monopolisierung des Diamantenmarktes. Empfohlen wurde Cecil Rhodes den Rothschilds gemäß hauseigenem Archiv von Lord Randolph Churchill, dem Vater des späteren Premierministers Sir Winston Churchill. Randolph war bereits seit längerem als Berater für die international operierende Bankiersfamilie tätig. Selbst Wikipedia weiß zu diesen historischen Tatsachen zu berichten und schreibt:

»*Churchill war ein enger Freund von Nathan Rothschild, 1. Baron Rothschild, und erhielt umfangreiche Kredite von den Rothschilds. Er berichtete in ihrem Namen über die Bergbauindustrie in Südafrika, wo ihr Agent Cecil Rhodes Bergbauvorkommen konsolidierte, was schließlich zur Gründung von De Beers führte.*«

Das Treffen im Februar 1891 kam also nicht von ungefähr. Das Netzwerk der Mächtigen und Willigen stand bereits. Was fehlte, war Organisation. Cecil Rhodes, dem sein brachiales Wirken in Südafrika – siehe Rhodesien und Genozid-Diamanten von De Beers – den Spitznamen »*Colossus*« einbrachte, hatte mehr als siebzehn Jahre auf diesen Moment

hingearbeitet. Stead wurde am 4. April 1889 in die Planungen eingeweiht, Lord Esher am 3. Februar 1890. Alfred Milner direkt nach dem ersten Meeting. Die Gruppe nannte sich zunächst »Society of the Elect«. Nach Cecil Rhodes' Ableben im Jahr 1902 fand sie ungebrochene Fortsetzung in »Milner's Kindergarten«, der den Einfluss des Zirkels auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft massiv ausweitete, um später im sogenannten Round Table Movement aufzugehen, das in modifizierter Form bis heute besteht – genau wie der Rhodes-Trust, dessen elitäre Stipendiaten seit 120 Jahren an exponierter Stelle »*die Welt verändern*«.

Dass es sich bei Rhodes' »Society of the Elect« weder um eine harmlose Männerrunde noch um ein wirkungsloses Strohfeuer politischer Hirngespinste handelte, sondern diese kleine Gruppe einflussreicher Menschen ab Mitte der 1890er-Jahre tatsächlich Mittel und Wege fand, um weitreichendste geopolitische Veränderungen zu forcieren, zeigt allein der Umstand, dass es der erklärte Zionist Walter Rothschild und der Schattenpolitiker Alfred Milner waren, die die tragenden Rollen bei der Verabschiedung der folgenschweren Balfour-Deklaration im Jahr 1917 spielten.

»67 Worte, die zur Schaffung des Staates Israel führten«, wie der offizielle Internetauftritt verlauten lässt.

Die fünf verschiedenen Versionen der knappen Erklärung wurden zum 100-jährigen Jubiläum auf der Webseite »balfour100.com« veröffentlicht. Sie zeigen, dass der Namensgeber, der damalige britische Außenminister Arthur James Balfour, außer seinen Insignien praktisch nichts zu dem Dokument beitrug. Sein Name und seine politische Stellung als Vertreter der den Nahen Osten dominierenden Kolonialmacht hatten offenbar lediglich den Zweck, den Machtan-

spruch des von Walter Rothschild vertretenen Zionismus in der Region zu legitimieren. Das unterstreicht auch das auf der Balfour-Seite dargebotene Interview mit Jacob Rothschild, 4. Baron Rothschild, dem amtierenden Familienpatriarchen, der unter anderem im Vorstand der Blackstone Inc. oder von Sky Television saß und mit zwei Milliarden Pfund bis heute einen der größten Fonds an der Londoner Börse kontrolliert.

Entstanden ist die Deklaration übrigens im Rahmen der Balfour Mission, einer formellen diplomatischen Visite der britischen Regierung in den USA, die im Jahr 1917 kurz nach der amerikanischen Kriegserklärung gegenüber Deutschland stattfand. Nicht, wie die »*Geschichtsschreibung der Gewinner*« es gerne vermuten lässt, am Schreibtisch von Arthur James Balfour. Auch wenn das Möbel heute als Ausstellungsobjekt in einem Museum Tel Avivs zu »bewundern« ist. Noch vor dem Ende des Ersten Weltkrieges – und vorrangig auf das Betreiben von Rhodes' erweitertem Netzwerk hin – waren damit jene geostrategischen Verhältnisse geschaffen, die nun gut 100 Jahre später das Potenzial haben, den dritten loszutreten.

Die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den USA vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg legte das Fundament für das moderne »Anglo-American Establishment«, das nach Auffassung von renommierten Autoren wie Anthony Sutton oder Caroll Quigley bis heute als Hegemon die Welt kontrolliert. Die »Society of the Elect«, die Gesellschaft der Auserwählten, verhalf den Ideen der Eugenik, Bewegungen wie der »Fabian Society« und sämtlichen supranationalen Herrschaftskonstrukten der Gegenwart, zu reüssieren. Und wenn Rhodes' Round-Table-Bewegung es fertigbrachte, signifikanten Einfluss auf das britische

Kriegskabinett oder historisch relevante Entscheidungen wie die Balfour-Deklaration zu nehmen, lohnt sich vermutlich auch ein Blick auf die Umtriebe seiner Zirkel in den Jahren vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges. Denn die Auftraggeber der »Schwarzen Hand« liegen noch immer im Dunkeln.

Seine weitreichenden wie präzisen Pläne für die Weltherrschaft des weißen, englischsprachigen Mannes, den er als die alleinige Krone der Schöpfung erachtete, umriss Cecil Rhodes schon 1890 in persönlichen Briefen an William T. Stead, der Rhodes' machtbesoffenen Visionen als dessen Testamentsvollstrecker auch noch posthum zu Geltung verhalf. Genau wie Nathan, 1. Baron Rothschild, der ebenfalls als Testamentsvollstrecker eingesetzt und federführend bei der Etablierung der Rhodes-Stipendien war. Im Familienarchiv der Rothschilds liest man diesbezüglich:

»*Es (das Rhodes-Stipendium) ist nach wie vor der älteste und renommierteste internationale Postgraduiertenpreis. Rhodes und Nathaniel kannten sich gut. Er hatte Cecil Rhodes bei der Entwicklung der British South Africa Company und des Diamantenkonglomerats De Beers unterstützt.*«

Ein aufschlussreicher Artikel der New York Times vom 9. April 1902 fasst Rhodes' Memos an William T. Stead zusammen und erläutert, welches Ideal globalisierter Zukunft der Namensgeber von Rhodesien insinuierte. »*Er glaubte, ein wohlhabender Geheimbund solle daran arbeiten, den Weltfrieden und eine britisch-amerikanische Föderation zu sichern*«, so das Blatt. Sobald die USA dank Infiltration und Assimilation wieder unter Kontrolle des britischen Empire stünden und damit die Weltherrschaft der angloamerikanischen Eliten gesichert sei, so Rhodes, könne man im Wech-

sel alle fünf Jahre Wahlen abhalten, einmal in den USA und dann in Großbritannien, um der Bevölkerung das Gefühl von Partizipation zu suggerieren. Was der Text der New York Times bereits verkürzt umreißt, wird im Testament von Cecil Rhodes auf über 200 Seiten detailliert beschrieben. Im Kapitel »*politische und religiöse Ideen*« erfährt man unter anderem:

»*Als reicher Mann stand Mr. Rhodes nicht im Wettlauf mit Mr. Carnegie, Mr. Rockefeller oder Mr. Astor. Aber obwohl es viele wohlhabendere Männer gab, erkannte keiner von ihnen vor Herrn Rhodes die Möglichkeiten, die Reichtum seinem Besitzer bietet, um die Welt zu beherrschen. Die großen Finanziers Europas haben ihre Macht zweifellos oft genutzt, um Friedens- oder Kriegsfragen zu kontrollieren und die Politik zu beeinflussen, aber sie handelten immer aus rein finanziellen Motiven.* (…) *Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie bei politischen Deals oft eine führende Rolle übernommen. Doch Herr Rhodes hat die Operation umgekehrt. Bei ihm standen immer politische Erwägungen im Vordergrund. Wenn er den Markt nutzte, tat er dies, um sich die Mittel zur Erreichung politischer Ziele zu sichern. Daher ist es keine Übertreibung, ihn als den ersten – er wird nicht der letzte sein – Millionärsmonarchen der modernen Welt zu betrachten.*«

Rhodes hatte die erklärte Absicht, die gesamte »*unzivilisierte Welt*« der weißen, englischsprachigen Rasse zu unterwerfen. Völker, die in seinen Augen als minderwertig galten, sollten versklavt oder ausgerottet werden. Sein Ziel war eine Weltregierung unter britischer Ägide, eine einheitliche Sprache und eine Weltreligion. Ab Seite 68 erklärt er:

» (…) *Wenn dieser Name (Rhodes) überall mit dem Ziel Englands verbunden wird, könnte der Name vielleicht den Ursprung einer Idee vermitteln, die letztendlich zum Ende aller Kriege und einer einheitlichen Sprache auf der ganzen Welt führte, wobei das Patentrezept dazu die schrittweise Übernahme von Reichtum und menschlichem Geist höherer Ordnung ist.* (…) *Wenn wir Amerika nicht verloren hätten, oder wenn wir uns schon jetzt mit den gegenwärtigen Mitgliedern der Versammlung der Vereinigten Staaten und unseres Unterhauses einigen könnten, wäre der Frieden der Welt für alle Ewigkeit gesichert! Wir könnten alle fünf Jahre Wahlen abhalten, mal in Washington und mal in London. Das Einzige, was zur Verwirklichung dieser Idee funktioniert, ist eine geheime Gesellschaft (nach dem Vorbild der Jesuiten), die nach und nach den Reichtum der Welt aufnimmt, um ihn einem solchen Ziel zu widmen.«*

Der US-Autor und Historiker Richard Grove kommentierte Rhodes' Umtriebe zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einem Interview wie folgt:

»*Das Testament enthält das Ziel.* (…). *Und dann, als er 1902 stirbt, existiert die Finanzierung, es gibt einen Plan, es gibt eine Agenda, es gibt Arbeitsgruppen, es geht los* (…). *Und dann, nicht allzu lange Zeit danach, gibt es den Ersten Weltkrieg. Darauf folgt der Zweite Weltkrieg. Und dann folgt ein Jahrhundert der Kontrolle und Sklaverei, das wirklich hätte verhindert werden können.*«

Auch der Autor des Buches »*Hidden History: The Secret Origins of the First World War*«, Gerry Docherty, ist davon überzeugt, dass die fragile geopolitische Lage, die das Szenario eines Ersten Weltkrieges überhaupt erst möglich machte, primär auf die Aktivitäten des britischen Establish-

ments zwischen 1891 und 1914 zurückzuführen ist – und der Krieg einen bewusst herbeigeführten Kataklysmus zur Etablierung internationaler Machtstrukturen darstellt. Geheim waren die imperialistischen Pläne des Round-Table-Zirkels seinerzeit nicht. Rhodes' und Co. warben öffentlich für ihre Vorhaben. Dabei gaben sie allerdings stets vor, für den Weltfrieden zu kämpfen, obwohl ihr Interesse vor allem Kriegen galt.

Eine der ersten »Leistungen« der Round-Table-Gruppe war es, Großbritannien in einen blutigen militärischen Konflikt in Südafrika zu verwickeln – den Burenkrieg. In einem Artikel vom 7. März 2013 schrieb der SPIEGEL diesbezüglich:

»Britischer Tycoon Cecil Rhodes führte Großbritannien in den Burenkrieg: Der Burenkrieg (1899 bis 1902) wurde Englands größter und kostspieligster Waffengang seit den Napoleonischen Kriegen. Die Briten glaubten, ihren zahlenmäßig weit unterlegenen Gegner mit 75.000 Soldaten besiegen zu können, mussten schließlich aber 450.000 Männer aus dem gesamten Empire in den Kampf schicken. Sie hatten 22.000 Tote zu beklagen. Auf der burischen Seite starben 34.000 Menschen, davon 28.000 als Zivilgefangene in »Concentration Camps«. Die Briten internierten die Bevölkerung (...).«

Dieser Krieg war der britischen Elite in zweierlei Hinsicht dienlich. Zum einen vereinte der Konflikt die verschiedenen Republiken und Kolonien Südafrikas zu einer Einheit unter britischer Kontrolle. Zum anderen sicherte der Sieg dem Rothschild-Rhodes-Konsortium der »British South Africa Company« die Goldvorräte der Transvaal-Republik. Aus der Tatsache, dass sie allein für den Burenkrieg verantwortlich waren, machten weder Rhodes noch sein Mann fürs Grobe, Alfred Milner, ein Geheimnis. In einem Brief an Lord Roberts

notierte Milner seinerzeit: »*Ich habe die Krise ausgelöst, die unvermeidlich war, bevor es zu spät war. Es ist nicht sehr erfreulich und in den Augen vieler kein besonders lobenswertes Geschäft, maßgeblich zur Entstehung eines Krieges beigetragen zu haben.*« William T. Stead, Mitverschwörer der ersten Stunde, äußerte zunächst Bedenken hinsichtlich der Kriegspläne, woraufhin Cecil Rhodes ihn wissen ließ: »*Sie werden Milner in jeder Hinsicht unterstützen* (…) *Ich unterstütze Milner absolut vorbehaltlos. Wenn er Frieden sagt, sage ich Frieden. Wenn er Krieg sagt, sage ich Krieg. Was auch immer passiert, ich sekundiere Milner.*«

Ein weiterer positiver Aspekt für Rhodes' Imperialistennetzwerk war die Tatsache, dass Milner nach Ende des Burenkrieges und in seiner Rolle als »*Hochkommissar für das Südliche Afrika und Gouverneur der Kapkolonie*« eine Position innehatte, die es ihm erlaubte, neue, zumeist in Oxford ausgebildete Adepten für die Round-Table-Gruppe zu rekrutieren. Daher rührt auch die leicht spöttische Bezeichnung »*Milner's Kindergarten*«. Diese ist allerdings mehr als irreführend. Schon ab 1910 veröffentlichte die Round-Table-Gruppe das bis heute erscheinende Magazin The Round Table Journal, das offensiv für die Idee einer »*Föderierten Union*« anstelle des britisches Weltreiches warb. Mitglied von Milners Gruppe waren nicht nur Diplomaten, Gouverneure und Investmentbanker, sondern zum Beispiel auch der »The Times«-Herausgeber oder Lionel George Curtis, der Gründer des »Royal Institute of International Affairs« (heute: Chatham House), dem wohl einflussreichsten Think Tank der Welt, dessen US-Delegation ein Jahr später das amerikanische Pendant »Council on Foreign Relations« (CFR) in New York gründete. So wurden denn auch ausnahmslos alle Mitglieder von »Milner's Kindergarten« im Jahr 1920 Mit-

glied des »Royal Institute of International Affairs«. Im Ranking der zehn einflussreichsten Think Tanks der Welt taucht »Chatham House« heutzutage nicht mehr auf. Das muss auch nicht sein, weil die in London ansässige Organisation direkt oder indirekt für die Gründung aller anderen Think Tanks in den »Top Ten« verantwortlich zeichnet.

Lionel Curtis und der Milner-Adept Philip Kerr, ein glühender Nazi-Sympathisant, riefen im November 1938 zudem die britische »Federal Union« ins Leben, eine Organisation, deren Ziel es war, nach dem Zweiten Weltkrieg eine föderale Union in Europa zu schaffen. Die Federal Union ist Vorläufer der seit 1946 bestehenden, in Den Haag ansässigen »Union Europäischer Föderalisten« (UEF), die sich für die Etablierung eines »*föderalen europäischen Bundesstaates*« und einer »*föderalen Weltregierung*« engagiert. Welchen bis in die Gegenwart wirksamen Einfluss auf die Weltpolitik der 1854 in Gießen (D) geborene Viscount Alfred Milner als Leiter der Round-Table-Bewegung hatte, veranschaulicht bereits der kurze Absatz einer einschlägigen Online-Enzyklopädie:

»*In London wurde Milner Vorstandsvorsitzender der Rio Tinto Company, was er bis zu seinem Tode bleiben sollte. In der Folge beschäftigte er sich mit der Ausarbeitung von Ideen zur Erneuerung des britischen Weltreichs auf Basis einer freien Assoziation der europäisch dominierten Dominions. Während seiner Zeit in Südafrika hatte er sich mit den Liberalen überworfen und lehnte deren Vorstellungen zum Freihandel strikt ab. Er wurde ein führender Fürsprecher des Imperialismus, setzte sich für eine Zollreform nach dem Modell der Imperial Preference ein und begründete 1909 zusammen mit einer Reihe früherer Mitarbeiter die Round-Table-Bewegung. Im Ersten Weltkrieg wurde*

Milner 1916 von David Lloyd George als Minister ohne Geschäftsbereich in dessen Kriegskabinett einbezogen. Er gilt als Initiator der Balfour-Deklaration von 1917. 1918 war er kurzzeitig Kriegsminister und nach den sogenannten Khaki-Wahlen im selben Jahr wurde er Kolonialminister (Secretary of State for the Colonies). In dieser Funktion nahm er an der Pariser Friedenskonferenz 1919 teil und gehörte zu den Unterzeichnern des Friedensvertrags von Versailles mit dem Deutschen Reich. Zwischen 1919 und 1920 arbeitete er Empfehlungen für das zukünftige Verhältnis Großbritanniens zu Ägypten aus.«

Seit damals hat sich wenig geändert. Bis zum heutigen Tag wird Geopolitik nicht in Parlamenten gemacht, sondern im Rahmen privater Meetings, von Machtmenschen, Finanzmagnaten, Strategen, Beratern und Schattenpolitikern, die dafür kein demokratisches Mandat innehaben. Aktuelles Beispiel: Douglas »Dougie« Smith. Der 1962 geborene Politik-Berater, so sein offizieller Titel, beriet bereits die Premierminister David Cameron, Theresa May und Boris Johnson. Jetzt arbeitet er für Rishi Sunak. Dennoch taucht der Mann auf keiner offiziellen Mitarbeiterliste auf. Ein Phantom. Bis auf ein oder zwei Fotos und ein paar Zeilen zu seinem Werdegang finden sich keine stichhaltigen Informationen – obwohl Smith als mächtigster Akteur hinter der britischen Regierung gilt, als Instanz, die Premierminister inthronisieren und absetzen kann. Im aktuellen Buch von Nadine Dorries, einer ehemaligen Mitarbeiterin von Boris Johnson, die das Thema kürzlich in einem BBC-Interview zur Sprache brachte, wird Smith als »*Fixer*« und »*die mächtigste Person, von der sie noch nie gehört haben*« bezeichnet. Dorries bemängelt, dass niemand über diese illegitime Einflussnahme auf die Geschicke des Landes und damit auch seiner Verbün-

deten sprechen will. Wenn sie den Namen Dougie Smith erwähne, so Dorries, riete man ihr stets verschüchtert flüsternd, das Mikrofon des Smartphones zusätzlich mit der Hand bedeckend, besser nicht über Smith zu sprechen.

Im Lichte dieser Tatsachen wird deutlich, dass der geostrategische Status quo, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit des Horrorszenarios eines Dritten Weltkrieges nicht losgelöst von den imperialistischen Umtrieben des vergangenen Jahrhunderts, oder anhand der leitmedialen Berichterstattung bewertet werden kann. Denn die Gegenwart ist gekennzeichnet durch tiefenstaatliche, supranationale Intransparenz, technokratisches Social Engineering und die geopolitischen Nachwehen des Ersten Weltkrieges – der nicht einfach binnen weniger Wochen nach dem Attentat auf Franz Ferdinand vom Zaun gebrochen wurde, sondern eindeutig auf subversive, kriminelle Aktivitäten transgenerational strategierender Kriegsprofiteure zurückzuführen ist und von Beginn an auf Wiederholung angelegt war.

Nachdem der Burenkrieg entschieden, das Gold Südafrikas geraubt, die britische Monarchie eingenordet, Rhodes gestorben und sein Testament publiziert worden war, nachdem die Round-Table-Bewegung unter Milners Leitung ab 1902 massiv an Einfluss gewonnen und ihre Protagonisten international in Stellung gebracht hatte, begann das mächtige Netzwerk der angelsächsischen Imperialisten sich der größten Bedrohung für die hegemoniale Vormachtstellung des »Empire« zu widmen: Deutschland.

| fertiggestellt am 12. November 2023

Trio Infernale (Teil 2)

Denn mit Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1871 änderten sich die Machtverhältnisse in Kontinentaleuropa drastisch. Anstatt sich nur mit seinen traditionellen Feinden Frankreich und Russland auseinandersetzen zu müssen, sah sich das britische Imperium im anbrechenden 20. Jahrhundert nun auch von einem geeinten, erstarkenden Deutschland unter Kaiser Wilhelm I. bedroht. Nach Ansicht des angelsächsischen Establishments war es nur eine Frage der Zeit, bis der neue Rivale Großbritannien wirtschaftlich, technologisch und sogar militärisch die Stirn bieten konnte. Alfred Milner und seine von Cecil Rhodes übernommene Round-Table-Gruppe waren sich einig, dass diesen Entwicklungen mit allen Mitteln begegnet werden muss. Die deutsche Gefahr für die britische Vormachtstellung musste eliminiert werden – so lange das noch möglich war.

Der Plan: Die Fehde mit Frankreich und Russland ad acta legen und beide Länder zu Partnern des »Empire« machen – um das Deutsche Reich isolieren und dank der militärischen Übermacht dieser neuen Allianz rasch besiegen zu können. Keine leichte Aufgabe. Um zwei Erzfeinde Großbritanniens als künftige Mitstreiter zu gewinnen und die Öffentlichkeit gegen das Deutsche Reich aufzuwiegeln – bis dahin ein geschätzter Partner der Briten, immerhin entstammen die Royals dem Haus Sachsen-Coburg und Gotha – mussten Milner und Konsorten ihren Einfluss auf die diplomatischen Kreise des Empire, die Medien und das Militär intensivieren. Und damit begannen Rhodes und Milner bereits 1899, während die beiden rücksichtslosen Imperialisten in Südafrika noch damit beschäftigt waren, den Burenkrieg loszutreten und

Apartheid zu etablieren, um die afrikanischen Kolonien mit Gewalt unter britische Herrschaft zu zwingen.

Auf Betreiben von Milners Zirkel wurde der Leiter des außenpolitischen Ressorts der überregionalen Tageszeitung The Times, Donald Mackenzie Wallace, von seinem Posten verdrängt und durch das Round-Table-Mitglied Ignatius Valentine Chirol ersetzt. Chirol hatte zuvor für das britische Außenministerium gearbeitet und dadurch informellen Zugang zu Diplomaten und Offiziellen. Chirol stellte in der Folge sicher, dass eine der einflussreichsten Publikationen des Landes alle geopolitischen Vorkommnisse im Sinne von Rhodes und Milner kommentierte. Darüber hinaus verschaffte er einem seiner engsten Freunde, Charles Hardinge, im Jahr 1904 den immens wichtigen Posten als britischer Botschafter in Russland und 1906 die Nominierung zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Das reichte allerdings immer noch nicht aus, um einen Krieg mit Deutschland vom Zaun zu brechen. Milner musste es schaffen, jemanden aus den eigenen Reihen auf den Sessel des Außenministers zu hieven, jemanden, der ihn schon bei der Stimmungsmache zum Burenkrieg an der britischen Heimatfront unterstützt hatte. Und genau das passierte, als Edward Grey im Dezember 1905 für dieses Amt vereidigt wurde. Ein Amt, das er bis 1916 bekleidete, so lange wie niemand vor ihm.

Edward Grey entwickelte sich zu Milners wichtigstem Verbündeten. Er teilte, wie auch König Edward VII., dessen Ressentiments gegen das prosperierende Deutschland. Siehe die ausführliche Analyse zu Greys Wirken des amerikanischen Autors Peter Hof aus dem Jahr 2018, die in seinem überzeugend recherchierten Buch »*The Two Edwards – How King Edward VII and Foreign Secretary Sir Edward Grey Fomented the First World War*« nachzulesen ist. »*Die zwei*

Edwards – Wie König Edward VII. und Außenminister Sir Edward Gray den Ersten Weltkrieg auslösten«.

Mit Grey und Hardinge in der Regierung, der Presse auf ihrer Seite und Lord Eshers einzigartigem Zugang zu König Edward, der sich entgegen royaler Gepflogenheiten aktiv ins politische Geschehen einmischte, war die Basis der »Triple Entente« geschaffen. Großbritannien, Frankreich und Russland nahmen Deutschland in die Zange. Milner und Co. sorgten in der darauffolgenden Dekade dafür, dass jeder internationale Zwischenfall den Deutschen angekreidet wurde. Als 1904 der Russisch-Japanische Krieg ausbrach, lancierte die Gruppe in London das Gerücht, dass die Feindseligkeiten eigentlich von den Deutschen angezettelt worden waren. Dabei war der Brooks's-Club-Protegé und Rothschild-Vertraute Lord Lansdowne bereits 1902 in Japan, um ein militärisches Bündnis mit Großbritannien zu besiegeln.

Den daraus resultierenden Ausbau des Militärapparates konnte sich Japan allerdings nicht leisten. So wandte sich die Regierung an Cecil Rhodes und Lord Nathan Rothschild, um den Krieg gegen Russland zu finanzieren. Zeitgleich untersagten die Briten den Russen die Nutzung des Suez-Kanals und statteten Japan mit der für einen Krieg nötigen Hochseeflotte aus. Auch in Marokko agitierte das Empire, um die Welt gegen Deutschland aufzubringen. Über geheime militärische Zusagen und entgegen geltender Garantien motivierte man Frankreich, die Handelsbeziehungen des afrikanischen Landes mit Deutschland zu stören und damit regionale Krisen auszulösen. Parallel dazu rechtfertigte die britische Presse jede Aktion Frankreichs als Verteidigung zivilisierter Werte – und verteufelte alle Reaktionen Deutschlands darauf als Akt der Barbarei.

Mit Demokratie hatte das alles wenig zu tun. Denn als Premierminister Arthur Balfour sein Amt 1905 niederlegte sorgte Milners politisches Netzwerk dafür, dass die Round Table-Mitglieder Henry Asquith, Edward Grey und Richard Haldane, drei »*Milner-hörige*«, Schlüsselpositionen in der neuen liberalen Regierung besetzten. Die Anti-Deutschland-Strategie wurde nahtlos fortgesetzt. Das britische Parlament erfuhr von den geheimen Verhandlungen mit Russland und Frankreich übrigens nichts. Erst sechs Jahre nach Amtsübernahme, im November 1911, wurde das Kabinett von Premierminister Asquith darüber in Kenntnis gesetzt, dass Milner und Co. – entgegen diversen Dementi in Presse und Parlament – derartige Vereinbarungen getroffen hatten.

Auch der Balkan versank in der Zeit vor 1914 zusehends im Krieg. Dieser drängte durch seinen Verlauf zwischen 1912 und 1913 das Osmanische Reich bis an die Grenzen der heutigen Türkei zurück. Auf ganz Europa wollte sich dieser eingedämmte militärische Konflikt allerdings partout nicht ausweiten. Erst durch das Attentat der von dunklen Kreisen finanzierten »Schwarzen Hand« in Sarajevo entstand jene Dynamik, auf die Milner und Konsorten mit diplomatischen Abkommen, gezielter Propaganda, geheimen Allianzen und Militärbündnissen über ein Jahrzehnt lang hingearbeitet hatten. Ab 1914 befand sich Europa im Krieg. Doch damit war das Ziel des angelsächsischen Establishments noch nicht erreicht. Denn Rhodes' Vision von einer angloamerikanisch dominierten Weltordnung, von der Reintegration der abtrünnigen US-Kolonien ins Empire konnte nur realisiert werden, wenn auch die Vereinigten Staaten in diesen Konflikt hineingezogen würden.

Doch in Amerika interessierte man sich nicht sonderlich für den Krieg im weit entfernten Europa. Die Bevölkerung hatte

andere Sorgen. Erst als der britische Transatlantikliner »Lusitania« am 7. Mai 1915 von einem U-Boot der kaiserlichen Marine vor der Südküste Irlands versenkt wurde und dabei auch 128 Amerikaner ums Leben kamen drehte sich der Wind. Bis heute gilt die Attacke auf das Schiff, die 1.198 Menschen das Leben kostete, als *»unerwartete Gräueltat«* der Deutschen und jeder andere Erklärungsversuch als Verschwörungstheorie. Dabei sind die Indizien für eine mutwillige Inszenierung des Vorfalls überwältigend.

Die Lusitania war weder ein harmloser Passagierkreuzer noch kam der Angriff unerwartet. Sie war ein schwer bewaffnetes Handelsschiff, das Kriegsmaterial transportierte. Nach Einschlag eines deutschen Torpedos und einer ersten Explosion wurde das Schiff von einer zweiten, ungleich heftigeren Detonation erschüttert. Die aus Munition und Schießpulver bestehende Ladung war in die Luft geflogen. Sie war nur leichtfertig verpackt und falsch beschriftet gewesen. Daher war keine zusätzliche Ladungssicherung erfolgt, wie das für Explosivgüter üblich gewesen wäre.

Und die Position der deutschen U-Boote war der britischen Marine ebenfalls bekannt. Man hatte die Kommunikation der kaiserlichen Flotte abgehört. Warum sich Kapitän Turner, Kommandant der Lusitania, nicht an den für Kriegszeiten vorgeschriebenen Zick-Zack-Kurs hielt, sondern sein Gefährt durch Geradeausfahrt zum leichten Ziel machte, wurde ebenfalls nie abschließend geklärt. Die betreffenden Unterlagen des »British Naval Intelligence Department« unterliegen weiterhin der Geheimhaltung. Darunter auch der von den Briten abgefangene deutsche Funkverkehr. Andere Dokumente und Beweismaterialien, wie die Akten der Cunard-Gesellschaft (Reederei), sind spurlos verschwunden. Abschriften von Funksprüchen wurden durch leere Blätter

ersetzt. Und es gibt Indizien, die nahelegen, dass das Kriegstagebuch des deutschen U-Bootes »SM U 20«, das auf die Lusitania schoss, ebenfalls Fälschungen enthält. Die britische Regierung dementierte 99 Jahre lang vehement, die Weltöffentlichkeit in Bezug auf diesen folgenschweren Vorfall getäuscht zu haben – bis deklassifizierte Dokumente der Royal Navy im Jahr 2014 das Gegenteil bewiesen. Die Regierung in London hatte vorsätzlich getäuscht und gelogen, um der Kriegsmüdigkeit der amerikanischen Bevölkerung entgegenzuwirken. Dabei wurde im Rahmen der publizierten Geheimunterlagen noch nicht einmal darauf hingewiesen, dass König George V, der nach dem Tod von Edward VII. im Jahr 1910 den Thron bestieg, am 7. Mai 1915, nur wenige Stunden vor dem Angriff auf die Lusitania, hohen Besuch aus Amerika empfangen hatte. Zu Gast war Edward Mandell House, einflussreicher Gesandter des »Money Trust«, jenes mafiösen Wall-Street-Bankenkartells, das 1913 die Einführung des Federal Reserve Act, des Zentralbankensystems in den USA durchgesetzt hatte.

Obwohl Mandell House nie im Militär gedient hatte, verlieh er sich selbst das Namenspräfix »Colonel«, um seine Reputation zu stärken. House war Woodrow Wilsons leitender Berater in Sachen Europapolitik. Sein »*Handler*«. House kontrollierte die US-Diplomatie während des Ersten Weltkrieges, organisierte den Aufbau des Round-Table-Netzwerkes in den USA und begleitete Wilson zur Pariser Friedenskonferenz im Jahr 1919. Außerdem betreute der »Colonel« zusammen mit Alfred Milner das »League of Nations Mandate«, das als Vorläufer der Vereinten Nationen (UN) nach dem Ersten Weltkrieg über den legalen Status jener Staaten entschied, die Territorialverluste oder -gewinne zu verbuchen hatten. Sprich – die beiden waren dafür verantwortlich,

die Weltkarte zu rearrangieren. In Anbetracht dieser Hintergründe scheint es rückblickend mehr als nur Zufall zu sein, dass Colonel House und König George V an jenem schicksalshaften Tag im Mai 1915 über »*die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ozeanliner sinken könnte*« sprachen. Oder dass House seinen Komplizen Edward Grey, der ebenfalls an dem Treffen teilnahm, informierte, dass »*wenn dies geschehe, eine Flamme der Empörung über Amerika hinwegfegen und uns wahrscheinlich in den Krieg verwickeln würde*«. Noch offensichtlicher wird die angloamerikanische Intrige als König George V nur eine Stunde nach dem Meeting mit House und Grey im Buckingham Palace erklärt, dass man »*zufällig über die Möglichkeit gesprochen habe, dass Deutschland einen Transatlantikliner angreifen könnte*. (…) *Man stelle sich vor, sie versenken die Lusitania. Mit amerikanischen Passagieren an Bord*«. Um 14:00 Uhr des gleichen Tages wurde das besagte Handelsschiff in die Tiefe gerissen. Es war der Anfang vom Ende der amerikanischen Neutralität.

Milners Konspirationsnetzwerk gewann auch jenseits des Atlantik rasch an Einfluss. Denn Rhodes hatte nicht die geheime Weltregierung in Form einer verschwiegenen Handvoll alter weißer Männer gegründet, sondern eine Idee geboren. Die Vision eines elitären Herrschaftskonstrukts, das ihn erfolgreich überleben sollte. Rhodes ersann die Strukturen und Prozesse, mit denen das transatlantische Imperium seine Kolonialmacht global ausdehnen und langfristig sichern konnten – die Global Governance des postmodernen Korporatismus. Und in den USA mangelte es nicht an Unterstützern für sein Vorhaben. Auch die 1902 gegründete Pilgrims Society, bei der später unter anderem Henry Kissinger, Margaret Thatcher, Bilderberger und FED-Boss Paul Volcker, oder Weltregierungsadvokat Walter Cronkite Mitglied wa-

ren, engagierte sich vor Ort bereits für die angloamerikanische Weltherrschaft. Das US-Ostküstenkapital unterstützte internationalistische Umtriebe stets gerne. Vor allem John Pierpont Morgan, bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert Amerikas mächtigster Bankier, setzte sich für Rhodes' imperialistische Ideen ein. Sein Finanzinstitut »J.P. Morgan & Company« (heute JPMorgan Chase), nach Angaben des Forbes-Magazine die bis dato größte Bank der USA und das drittgrößte börsennotierte Unternehmen der Welt, hatte schon in den 1890ern mehr Macht als das US-Finanzministerium. Als die amerikanische Regierung im Jahr 1895 einem Goldengpass entgegensah, sprangen J.P. Morgan und seine Partner der Rothschild-Banken ein, um die marode Staatskasse mit Krediten zu stützen. Die »Panik von 1907«, die Morgan maßgeblich selbst verursacht hatte, konnte die US-Regierung anschließend ebenfalls nur noch mit seiner Hilfe in den Griff bekommen. Merke: Mit dem Finanzsystem, oder Krieg, verhält es sich wie mit dem Glücksspiel – die Bank gewinnt immer.

John Pierpont Morgan war auch primärer Treiber hinter dem »Federal Reserve Act«, der die USA kurz vor Kriegseintritt unter die finanzielle Knute der Wall-Street-Bankenmafia zwingen sollte. Nachdem der Aldrich-Plan, einer erster dahingehender Plot der Hochfinanz, rasch als solcher entlarvt und politisch vereitelt worden war, sorgten »Colonel House« und J.P. Morgan dafür, dass der obskure, dafür aber kontrollierbare Princeton-Professor Woodrow Wilson im November 1912 die Präsidentschaftswahl gewann. Knapp ein Jahr danach, am 3. Oktober 1913, führte Wilson die kontrovers diskutierte Einkommenssteuer ein, die Federal Income Tax. Dicht gefolgt vom missliebigen Federal Reserve Act, der am 23. Dezember 1913 durch die Instanzen gepeitscht wurde.

Damit hatte das im Sinne von Rhodes und Milner konspirierende Wall-Street-Kapital die Macht im Land der unbegrenzten Möglichkeiten übernommen und war bereit für Krieg. Jetzt galt es, die letzte Hürde aus dem Weg zu räumen: die Kriegsmüdigkeit der US-Bevölkerung.

Als Wilson sich 1916 zur Wiederwahl stellte, warb er für die zweite Amtszeit mit dem simplen Slogan »*He kept aus out of war!*« – »*Er hat uns aus dem Krieg herausgehalten!*«. Und obwohl es mit seiner Popularität wahrlich nicht zum Besten bestellt war, sicherten ihm diese nichtssagende Feststellung und mediale Schützenhilfe seiner Financiers den knappen Sieg. Denn die amerikanische Bevölkerung verstand den Krieg in Europa noch immer nicht als den ihren. Wie auch Großbritannien bis 1905, bis Milner und Co. das Empire in ein Netz von internationalen Bündnisverträgen bugsierten, standen die Vereinigten Staaten vor dem Ersten Weltkrieg für Isolationismus. Im Rahmen einer Umfrage, die 1914 bei 367 Zeitungen durchgeführt wurde, votierten 242 für amerikanische Neutralität bei diesem »*europäischen Krieg*«. Ein Artikel der Zeitung The New York Sun drückte die Haltung Amerikas wie folgt aus:

»*An einem Krieg wie den, auf den sich Europa vorbereitet hat, ist nichts Vernünftiges. Es wäre töricht, wenn dieses Land sich dem Wahnsinn der Dynastie-Politik und dem Aufeinandertreffen uralter Hassgefühle opferte, die die Alte Welt in ihre Zerstörung treiben.*«

Im Lichte solch selbstverständlicher Positionsbestimmungen half auch ein willfähriger US-Präsident den Round-Table-Zielen nur bedingt. So verlagerte sich der medial-industrielle Komplex der angloamerikanischen Imperialisten ab 1914 auf gezielte Stimmungsmache. Auf Gräuelpropaganda. Und

zwar in einem Ausmaß, wie es die Welt bis dahin nicht gesehen hatte. Eine passende Gelegenheit für die gezielte Dehumanisierung des Gegners lieferten die Deutschen, als sie im August 1914 im neutralen Belgien einmarschierten. Die kaiserlichen Truppen erschossen Zivilisten, plünderten und brannten Städte nieder. Der transatlantisch usurpierten Presse kam der Vorfall wie gerufen. Bald gab man der deutschen Invasion den Titel »*Die Schändung Belgiens*« (»Rape of Belgium«).

Zeitungsberichte schilderten daraufhin detailliert, wie die »*unzivilisierten Barbaren*«, die »*hässlichen Deutschen*«, die »brutalen *Hunnen*« rücksichtslos Kirchen anzündeten, Frauen vergewaltigten, Kinder folterten und Babys ermordeten. Entsprechend abstoßende Poster und Flyer wurden in Umlauf gebracht. Radiosender schickten passende Horrormeldungen über den Äther. Die intendierte Botschaft solcher Darstellungen ist bis heute: unsere Gegner sind keine Menschen, sondern Monster und Bestien. Sie verdienen den Tod. Und wie damals ist der Wahrheitsgehalt von Kriegspropaganda auch heute noch gering. Rückblickend erklären die Historiker in punkto »*Schändung Belgiens*« zum Beispiel:

»*Im Gegensatz zur deutschen war die gegnerische Propaganda von unverhohlen brutalen Feindbildern durchsetzt – und sie war damit in ihrer Wirkung auf die eigene Bevölkerung wie auf die neutralen Staaten sehr viel erfolgreicher als die fast harmlos und bieder erscheinende deutsche Propaganda, die bis Kriegsende 1918 auf Gräuelmotive verzichtete.* (..) *Die Invasion von Belgien wurde in einer sehr stilisierten Form dargestellt,* (..) *die sich in perversen sexuellen Akten, blutrünstigen Verstümmelungen und zeichnerischen Darstellungen von Kindesmisshandlungen mit zumeist fragwürdigem Wahrheitsgehalt erging.*«

Die von Times und Daily Mail federführend lancierte Medienkampagne verfehlte ihre Wirkung nicht. Schockiert von den Nachrichten aus Belgien begann sich die öffentliche Wahrnehmung des Konfliktes zu verändern. Schon bald sah die amerikanische Bevölkerung das Gemetzel nicht mehr als einen rein europäischen Krieg, der wegen irgendeinem erschossenen Thronfolger vom Zaun gebrochen wurde, sondern als ein Verbrechen der Deutschen gegen die Menschlichkeit. Als einen Akt der Barbarei des Deutschen Reiches gegenüber der zivilisierten Welt. Den Höhepunkt dieses Empörungsmanagements markierte der Bryce Report – »*zu Händen der königlich-britischen Regierung*« – in dem 1.200 nicht verifizierte Zeugenaussagen die Kriegsverbrechen und Gräueltaten der deutschen Barbaren beschreiben sollen. Kuratiert wurde das Dokument von Viscount James Bryce, britischer Botschafter in den USA von 1907 bis 1913 und ein enger Freund von Woodrow Wilson. Erst durch diese Propagandaschlacht, in Kombination mit der Fortführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges seitens Deutschland und der russischen Februarrevolution, jeweils von Milners Kreisen provoziert und finanziert, und die Zimmermann-Depesche, publiziert von US-Marinegeheimdienstdirektor William Reginald Hall, der eng mit den britischen Geheimdienstabteilungen »MI5« und »Room 40« verbunden war, war ein Kriegseintritt der USA denkbar geworden. Der Bryce-Report wurde am 12. Mai 1915 publiziert. Fünf Tage nach der Havarie der Lusitania. Genau zwischen diesen beiden Vorkommnissen, am 9. Mai 1915, schrieb Colonel House ein Telegramm an Woodrow Wilson, der die Eingaben seines Instruktors am nächsten Tag pflichtbewusst dem Kabinett vorlas. Zeitungen im ganzen Land druckten das House-Telegramm, dessen Wortlaut frappierend an die Wohlfühlphrasen der Gegenwart erinnert.

»Amerika ist an einem Scheideweg angelangt, an dem es entscheiden muss, ob es für eine zivilisierte oder unzivilisierte Kriegsführung einsteht. Wir können nicht länger neutrale Zuschauer bleiben. Unser Handeln in dieser Krise wird darüber entscheiden, welche Rolle wir spielen werden, wenn Frieden geschaffen wird, und inwieweit wir eine Lösung zum dauerhaften Wohl der Menschheit beeinflussen können. Unsere Worte werden auf die Waagschale gelegt – unsere Position unter den Nationen wird von der gesamten Menschheit beurteilt.«

Schon im Herbst 1915, über ein Jahr bevor Wilson sich zur Wiederwahl stellte, besprach Colonel House mit Edward Grey, wie man die USA endlich zum Kriegseintritt bewegen könne. Diese Geheimverhandlungen zogen sich bis Winter 1916 und wurden stets von beiden Seiten dementiert – bis die archivierten Dokumente von Edward Mandell House im Jahr 1928 veröffentlicht wurden und alle Verdachtsmomente bestätigten. Als House am 7. Mai 1915 zu Grey und König George sagte, dass der Untergang der Lusitania einen Sturm der Entrüstung in den USA entfachen würde, lag er richtig. Seine Vermutung, dieser maritime Verlust könne den Kriegseintritt der USA nach sich ziehen, war dagegen falsch. Dennoch war es schlussendlich vor allem der Krieg zur See, der den Krieg eskalieren ließ. Die Geschichtsbücher der Gewinner beschreiben das diesbezügliche Vorgehen der kaiserlichen Seestreitkräfte allerdings sehr tendenziös. Denn die deutsche Praxis, Handelsschiffe in Sichtweite anzugreifen, verstieß fraglos sowohl gegen internationales Seerecht als auch das Völkerrecht, war aber entgegen alliierter Lesart beileibe kein unprovozierter Akt der Barbarei. Das Deutsche Reich reagierte damit ab 1915 auf unzählige Affronts der Briten, die ihrerseits und lange vor den kaiserlichen Flotten-

verbänden das See- und Völkerrecht brachen. Bereits zu Kriegsbeginn 1914 nutzte Großbritannien seine Vormachtstellung zur See, um eine folgenschwere Blockade gegen das Deutsche Reich durchzusetzen. Sie richtete sich nicht nur gegen die Lieferung von Kriegsmaterial, sondern auch gegen den Transport von Nahrungsmitteln – und wird als »*eines der umfangreichsten und komplexesten Unterfangen des gesamten Ersten Weltkrieges*« bezeichnet. Das Empire erklärte dabei schlicht die gesamte Nordsee zum Kriegsgebiet und brachte großflächig Wasserminen aus. Damit verstieß das britische Vorgehen sowohl gegen die Erklärung von Paris (1856) als auch die Erklärung von London (1909), die eindeutige Regeln für die Kriegsführung zur See definierten.

So war die britische Seeblockade zweifelsohne ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und Großbritanniens Unterfangen, ein ganzes Land auszuhungern, setzte sich bis nach Kriegsende fort. Da nun auch die Ostseeküste von der Blockade betroffen war, intensivierte sich die Hungersnot bis 1919. Die Bevölkerung musste sich bei der Grundversorgung mit einer Ration von 1.000 Kalorien pro Tag zufrieden eben. Wer den Hunger überlebte, litt an Tuberkulose oder anderen Krankheiten. Nach Angaben des Landesgesundheitsamtes Berlin starben 763.000 Menschen an den direkten Folgen der Blockade. Andere Quellen sprechen von 424.000 verhungerten Zivilisten. Am klar erkennbaren Vorsatz, durch die Blockade unbeteiligte Menschen töten zu wollen, ändert die exakte Anzahl ziviler Opfer derweil nichts.

Es ist vor allem dieser Doppelmoral der britischen Propaganda-Diplomatie zuzuschreiben, dass die USA in den ersten Weltkrieg eintraten. Denn erst nach monatelangem Hin und Her – und angesichts der zunehmend verzweifelten Lage an der Heimatfront – entschied die deutsche Admiralität Anfang

1917, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg wieder aufzunehmen. In Folge dieses Beschlusses versenkte die kaiserliche Flotte im März 1917 vier amerikanische Handelsschiffe. Wenige Tage danach, am 2. April 1917, hielt Woodrow Wilson seine historische Rede und forderte den US-Kongress auf, Deutschland den Krieg zu erklären. Es sollte das erste Mal in der amerikanischen Geschichte sein, dass Truppen nach Europa entsendet werden. Am 6. April 1917 veröffentlichte der US-Kongress die offizielle Kriegserklärung. Die Vereinigten Staaten traten unter Woodrow Wilsons Führung in den Ersten Weltkrieg ein. 15 Jahre nach dem Tod von Cecil Rhodes begannen dessen Visionen Realität zu werden. Das Empire und die abtrünnigen Kolonien kämpften wieder Seite an Seite. Unter dem Banner der Alliierten. Rhodes' Sukzessor Alfred Milner hatte mittels Round-Table-Konzept, Schattendiplomatie und Propaganda das erste Etappenziel auf dem Weg zur angloamerikanischen Weltherrschaft erreicht. Kaum war der Krieg zu Ende, wurden die ersten neoimperialistischen Transatlantiknetzwerke der »*neuen Weltordnung*« installiert. Chatham House, Völkerbund, Council on Foreign Relations, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich – das Fundament des supranationalen Korporatismus – in seiner Gesamtheit zurückzuführen auf die Umtriebe eines einzigen einflussreichen, verdeckt agierenden und kriminellen Infiltrationsnetzwerkes.

Es war eine Zeitenwende. Denn mit dem Ende der Kampfhandlungen waren auch die letzten Tage der Erbmonarchie gezählt. Zumindest offiziell. Die Weltkarte hatte sich signifikant verändert. Die geostrategischen Sollbruchstellen der Zukunft waren entstanden. Nicht nur Europas Grenzlinien waren neu gezogen worden, auch der Nahe Osten erfuhr eine Remodellierung. Schon 1916 verständigten sich Großbritan-

nien und Frankreich im Rahmen des geheimen Sykes-Picot-Abkommens darauf, wie die Region nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches zwischen den Kolonialmächten aufgeteilt werden solle. Die arabische Bevölkerung erfuhr natürlich nichts davon. Sie war den Kolonialmächten egal.

»*Der Brite zog eine Linie von Kirkuk (im heutigen Irak) nach Haifa im damaligen Palästina. Nördlich davon sollte Frankreich das Sagen haben, südlich davon Großbritannien*. (…) *Vermutlich war es Zufall, dass Sykes ziemlich genau den Verlauf der späteren Ölpipeline aus dem Irak nach Haifa zeichnete*«, kommentiert der Deutschlandfunk am 21. Juni 2014.

Kurz nach dem Sykes-Picot-Abkommen, im Juli 1917, lancierten Lionel Walter Rothschild und Alfred Milner die Balfour-Erklärung, mit der das britische Imperium offiziell bestätigte, das 1897 beim ersten Zionisten-Kongress in Basel (CH) festgelegte Ziel des Zionismus, in Palästina eine nationale Heimstätte des jüdischen Volkes zu errichten, unterstützen zu wollen – obwohl Großbritannien das betreffende Territorium zuvor bereits der arabischen Bevölkerung versprochen hatte.

Auch im Buckingham Palace passte man sich dem Zeitgeist an. Ebenfalls im Juli 1917 verkündete die königliche Familie, ihren Namen von »*Sachsen-Coburg und Gotha*« in Windsor zu ändern. Jede Referenz und jeder Titel, der an das dunkle Deutschland erinnerte, sollte mit etwas Britischem ersetzt werden. So war bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges bereits eine Generation junger Briten nachgewachsen, die sich in weiten Teilen nicht bewusst war, dass sie von deutschen Erbmonarchen gegen Nazi-Deutschland ins Feld geschickt wird.

Am 26. März 1918, knapp ein Jahr nach dem Kriegseintritt Amerikas, lud Alfred Milner die alliierte Generalität zu einer Konferenz im Rathaus von Doullens (F), um vorzuschlagen, die Entente-Streitkräfte unter ein vereintes Kommando zu stellen und General Foch mit dessen Leitung zu betrauen. Am 20. April 1918, als erstes offizielles Statement in seiner neuen Rolle als britischer Kriegsminister, gab Lord Milner der französischen Zeitung Le Temps diesbezüglich zu Protokoll:

»*Ich war persönlich an den Maßnahmen beteiligt, die zur jetzigen Organisation des Kommandos führten. Und ich gratuliere mir selbst zu dem herzlichen Vertrauen, das ständig zwischen Herrn Clemenceau und mir geherrscht hat. Nicht umsonst haben wir die gleichen Ängste und die gleichen Freuden brüderlich geteilt. Die Zeit, in der wir leben, schafft unvergängliche Bindungen.*«

Eineinhalb Dekaden später, am 11. November 1931, besuchte Viscountess Violet Milner den Konferenzraum im zweiten Stock des Rathauses von Doullens, um ihrem mittlerweile verstorbenen Mann dort eine Marmorbüste zum 15-jährigen Jubiläum der »*kriegsentscheidenden*« Übereinkunft zu widmen. Das geeinte Kommando hatte unter Foch ab 8. August 1918 zur Hunderttageoffensive geführt. Im Nahen Osten bahnte sich unterdes der endgültige Zusammenbruch der osmanischen Front an, die mit der »Palästinaschlacht« vom 19. bis 21. September 1918 vollends fiel. Schon am ersten Tag der Auseinandersetzung nahmen die Briten das osmanische Hauptquartier im Westjordanland ein.

Schon 1917 hatte das Empire Bagdad erobert, Gaza, Jaffa und Jerusalem besetzt. Die Übermacht der Invasoren war erdrückend. Das Mittelmeer wurde von der Royal Navy be-

herrscht. In Palästina dominierten ebenfalls britische Truppen. Der Nachschub für die Besatzer kam über den von den Rothschild-Banken finanzierten Sueskanal aus Ägypten. Nach der Ablösung von General von Falkenhayn hatte der deutsche General Otto Liman von Sanders am 19. Februar 1918 den Oberbefehl über die osmanische Armee in Palästina übernommen. Doch nach sieben Monaten war seine Armee besiegt. Und das letzte große Gefecht des Ersten Weltkriegs im Nahen Osten nach drei Tagen zu Ende.

Sieben Wochen nach der Palästinaschlacht schwiegen die Waffen endgültig. Denn am 11.11.1918 um exakt 11:00 Uhr mitteleuropäischer Zeit war der Erste Weltkrieg offiziell zu Ende. Und Millionen von Menschen haben diesen Schritt in Richtung Global Governance mit ihrem Leben bezahlt.

Der grässlichen Zäsur folgten 21 Jahre Zwischenkriegszeit. Interbellum. Die illusorische Ruhe vor dem noch vernichtenderen Sturm. So, wie Ferdinand Foch es prophezeite – es »*ist kein Frieden, sondern ein Waffenstillstand für 20 Jahre*«. Und während sich Leitmedien oder betriebsblinde Historikerkreise bis heute mit der sogenannten Kriegsschuldfrage beschäftigen, sich in Überlegungen ergehen, ob man nun in diesen Krieg »*hineingeschlittert*« sei oder Europa unter Umständen »*einer politischen Kultur der Paranoia*« verfallen war, scheint die wahre Ursache für den Ersten Weltkrieg im Lichte der angeführten und verlässlich dokumentierten Indizien auf der Hand zu liegen. Und auch die Frage nach den Profiteuren dieser perversen Premiere industriellen Tötens ist schnell beantwortet.

Denn Imperialisten wie Rhodes, Milner, Chirol, Grey oder Jan C. Smuts – ebenfalls Mitglied der Round-Table-Bewegung – machten vor dem Ersten Weltkrieg beileibe kein Ge-

heimnis daraus, dass sie im Begriff waren, das konzeptionelle Fundament für eine neue Form von Weltregierung zu legen. Sie hatten verstanden, dass Weltmacht nicht militärisch zu erringen, geschweigen denn zu sichern war. So verlagerten sich die elitären Zirkel auf Infiltration, statt Invasion. Auf Globalisierung, anstatt Imperialismus.

Deutlich wird dieser Ansatz, wirft man einen Blick auf das Wirken von Akteuren wie Jan C. Smuts oder Sir Alfred Eckhard Zimmern, der nicht nur den Begriff »*Commonwealth*« als unverdächtigere Beschreibung für britischen Gewaltkolonialismus prägte, sondern 1917 auch Gründer der »League of Nations Society« war, dem Vorläufer der Vereinten Nationen. Zimmern war von 1913 bis 1923 als Kernmitglied im inneren Kreis der Round-Table-Bewegung als Vordenker für supranationale Strukturen führend und auch nach dieser Zeit noch lange in den äußeren Zirkeln aktiv. Im gesetzten Alter war es Zimmern, der dem Georgetown-, Harvard- und Princeton-Professor Caroll Quigley belastbare Insiderinformationen über die Round-Table-Gruppe zukommen ließ. Und Quigley verarbeitete den Input gewissenhaft in seinen beiden Klassikern zu angloamerikanischer Geopolitik.

»*Zum ersten Mal in ihrer Geschichte besteht die Gefahr, dass die westliche Zivilisation von innen durch eine korrupte, kriminell herrschende Kabale zerstört wird* (…) *Diese Junta übernahm in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Kontrolle über das politische, finanzielle und kulturelle Leben Amerikas*. (…) *Hier gibt es tatsächlich* (…) *ein internationales anglophiles Netzwerk, das in gewissem Maße so operiert, wie die radikale Rechte glaubt, dass die Kommunisten handeln. Tatsächlich hat dieses Netzwerk, das wir als Round-Table-Gruppe bezeichnen können, keine Abneigung gegen die Zusammenarbeit mit den Kommunisten*

oder anderen Gruppierungen und tut dies häufig. Ich kenne die Funktionsweise dieses Netzwerks, weil ich es zwanzig Jahre lang studiert habe und Anfang der 1960er zwei Jahre lang die Erlaubnis hatte, seine Papiere und geheimen Aufzeichnungen einzusehen.« (Caroll Quigley, Tragedy and Hope, 1966)

Wie relevant die Ereignisse zwischen 1891 und 1918 für die Gegenwart sind, veranschaulicht en Detail das 2013 bei »Princeton University Press« erschienene Buch »*No Enchanted Place: The End of Empire and the Ideological Origins of the United Nations*« – zu Deutsch: »*Kein zauberhafter Ort: Das Ende des Imperiums und die ideologischen Ursprünge der Vereinten Nationen*«. Ja, das Ende des Ersten Weltkrieges zeitigte nicht nur das trügerische Zurückstehen der Monarchie, sondern vor allem das schleichende Dahinscheiden des Nationalstaats, der seine Befugnisse fortan »*Public-Private-Partnerships*« und supranationalen Organisationen übereignen sollte – Organisationen, die sich nach dieser traumatisierenden Tragödie für den Weltfrieden engagieren sollten.

Ohne Milner und Co. wäre Amerika neutral geblieben, hätte sich nicht zur bis an die Zähne bewaffneten Weltpolizei aufgeschwungen, die im Namen des an Transluzenz gewinnenden, vorsätzlich zurückhaltender auftretenden Empire Demokratie auch dort abwirft, wo niemand danach fragt. Seit 1918 hat sich aber vor allem unser Verständnis von Krieg drastisch verändert. Genau wie unser Bild vom Staat, der im Notstandsmodus zusehends übergriffiger wurde. Zudem trieben die horrenden Ausgaben für die Materialschlacht die Regierungen in die dauerhafte Abhängigkeit des Zentralbankensystems. Der »*militärisch-industrielle Komplex*« (Mills, 1956), wie wir ihn heute kennen, entstand aufgrund der Welt-

kriege. Ohne dieses globale Desaster, ohne das Massentrauma des Ersten Weltkriegs hätten die in »*die schöne neue Welt*« von »*1984*« führenden Transformationsprozesse niemals eingesetzt.

Ohne den Zweiten Weltkrieg wäre das angloamerikanische Establishment nie in der Lage gewesen, die Global Governance der Gegenwart zu etablieren. Wenig überraschend also, dass die 1939 beginnende Katastrophe auf die gleichen faschistoiden Zirkel zurückzuführen ist wie 1914. Obgleich Rhodes und Milner mittlerweile das Zeitliche gesegnet hatten – ihre Konzepte und Organisationsstrukturen überlebten sehr erfolgreich. Das zeigte nicht zuletzt das Apartheidregime Südafrikas. Denn Rhodes, Smuts und Churchill gelten als dessen Erfinder. »*Apartheid: made in Britain*«, titelte The Independent im März 2013, als er über die Entstehung von Apartheid und Konzentrationslagern in Südafrika berichtete.

Progressive Sozialingenieure, Intellektuelle und Ökonomen sahen den »*großen Krieg*« verstörend oft nicht als Tragödie oder Barbarei, gezeichnet von der Mechanisierung des Massenmordes. Sie beschrieben ihn, wie Richard T. Ely, als »*Chance*«. Der amerikanische Philosoph John Dewey beispielsweise notierte zu den »*sozialen Möglichkeiten des Krieges*«:

»*In jedem kriegführenden Land gab es die gleiche Forderung, dass in Zeiten großer nationaler Spannungen die Produktion für den Profit der Produktion für den Gebrauch untergeordnet werden muss. Besitz und individuelle Eigentumsrechte mussten vor gesellschaftlichen Anforderungen zurücktreten. Die alte Vorstellung von der Absolutheit des Privateigentums bekam einen Schlag versetzt, von dem sie sich nie ganz erholen wird.*«

War 1918 bereits ein großer Wurf für Milner und Co., markierte 1945 einen Quantensprung für deren Infiltrationsnetzwerke. Denn erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden jene gesichtslosen, antidemokratischen Institutionen elitärer Globaldominanz zementiert, die uns heute regieren. Bereits 1939 wurde in Großbritannien die Federal Union gegründet, eine Vorläuferorganisation der EU. 1942 entstand unter Anleitung des britischen MI6 deren amerikanischer Ableger, das »Office of Strategic Services« (OSS), heute bekannt als »Central Intelligence Agency« (CIA). Nach 1945 wurden Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Vereinte Nationen, NATO, RAND Corporation, Mossad, Le Cercle, Bilderberg-Konferenzen, BND, Trilaterale Kommission, et cetera ins Leben gerufen. Man sollte meinen, damit hätten Rhodes' geistige Erben ihr Ziel erreicht. Denn die von ihnen gegründeten oder inspirierten Organisationen kontrollieren mittlerweile tatsächlich den gesamten Planeten.

Doch ist die Schattenmonarchie der Prädatorenkaste wirklich am Ziel? Der informierte Beobachter weiß – nein! Die Superclass bezeichnet die Normalbevölkerung als »*Cattle*«, als »*Vieh*«. Und das hat man auf einer Farm erst dann unter Kontrolle, wenn man seine Identität, Mobilität und Vitalfunktionen kontrolliert. Nicht von ungefähr sehen wir 15-Minuten-Städten, Totalüberwachung, elektronischen Identifikationssystemen und digitalem Zentralbankgeld entgegen. Die »Polykrise« macht's möglich. Allerdings sind die anstehenden Paradigmenwechsel derart drastisch, dass ernsthaft in Frage gestellt werden muss, ob diese allein mit Propaganda, Pandemien, Wirtschaftskrisen und regionalen Kriegen realisiert werden können.

Bisher waren Weltkriege nötig, um solch weitreichende Veränderungen zu ermöglichen. Klassenkampf von oben funk-

tioniert nämlich am besten, wenn die Beherrschten dem Chaos ausgesetzt und mit sich selbst beschäftigt sind. Und im Lichte zunehmender militärischer Auseinandersetzungen an Russlands Außengrenzen, im Nahen Osten und im Indopazifik muss befürchtet werden, dass Geschichte sich wiederholen soll. Ein Dritter Weltkrieg wäre das ideale Szenario, um im Zuge des kostspieligen Wiederaufbaus alternativlose Lösungen anzubieten – e-ID, CBDC und bedingungsloses Grundeinkommen beispielsweise. Darüber hinaus könnte ein solches Katastrophenszenario und das vorsätzlich herbeigeführte Ende der »Pax Americana« der UN endlich die Legitimation angedeihen lassen, die Rhodes, Milner, Smuts, Mandell House, Zimmern, die Rothschilds oder Rockefellers für eine solche Institution vorsahen. Den Prämissen der Round-Table-Gruppe folgend, scheint ein Dritter Weltkrieg also praktisch unausweichlich.

Offen ist, wie dieser Krieg aussehen könnte, wie verheerend er wird. Sterben dieses Mal in Anbetracht des technischen Fortschritts nicht *nur* ein paar Millionen Menschen, sondern ein paar hundert Millionen? Oder eine Milliarde? Oder haben wir Glück im Unglück und die Technokratie ist mittlerweile so weit gediehen, die medial kuratierte Demokratiesimulation der »Truman Show« so überzeugend und die Deprivation der Massen so weit fortgeschritten, dass das wichtigste Schlachtfeld dieses Dritten Weltkrieges ein Display ist?

Auch wenn solch ein ernüchterndes Eingeständnis evolutionären Rückschritts ein Armutszeugnis für den Homo sapiens an sich darstellt, kann man nur hoffen, dass Letzteres – als das kleinere Übel – der Fall sein wird.

| fertiggestellt am 26. November 2023

Letale Liaison

Torpedos, 1.000 Pfund Bomben und Napalm. 34 Tote, 174 Schwerverletzte. Ein Blutbad, 14 Seemeilen vor der Küste Israels. Chronologie eines Verbrechens, für das auch nach fast 60 Jahren noch niemand zur Rechenschaft gezogen wurde.

Es war ein warmer Tag. Die Sonne schien. Der Wind blies mit fünf bis zehn Knoten über das Mittelmeer vor der Küste Israels und ließ die Flaggen der am 6. April 1945 vom Stapel gelaufenen »USS Liberty« munter an den Masten flattern. Neben der Standardbeflaggung hatte die Crew an diesem Tag sogar die »Holiday Colors« gehisst, ein übergroßes »Stars and Stripes«-Banner, welches das Schiff weithin sichtbar als amerikanisches Wasserfahrzeug auswies. Die »Liberty« galt offiziell als Aufklärungsschiff der US-Navy, stand jedoch unter dem Kommando der 1952 gegründeten, international operierenden und für ihre Intransparenz berüchtigten »National Security Agency« (NSA) – einem von mindestens 22 US-Geheimdiensten. Es war ein Spionageschiff.

Die Aufgaben der zu ihrer Zeit hochmodernen Liberty bestanden in elektronischer Kriegsführung und militärischer Aufklärung. Großkalibrige Bordgeschütze und Flugabwehrkanonen gab es an Bord nicht. An jenem ruhigen Morgen des 8. Juni 1967 kreuzte das Schiff in internationalen Gewässern – 14 Seemeilen vor der israelischen Küste. Die Liberty war das einzige Schiff dieser Größe, das sich zum besagten Zeitpunkt auf Patrouille in den Gewässern der Region aufhielt. Die 6. US-Flotte, inklusive zweier Flugzeugträger, zog gute 500 Seemeilen entfernt ihre Kreise durch die Wellen.

Der Sechstagekrieg, ein von Israel ausgehender Angriff auf Ägypten, Jordanien und Syrien, war bereits seit drei Tagen im Gange. Obwohl primär die USA für die militärische Aufrüstung Israels verantwortlich zeichnen, hatte die amerikanische Regierung ihre Unterstützung für einen solchen israelischen Präventivschlag gegen die Nachbarländer im Vorfeld vehement verweigert. Der damalige US-Präsident Lyndon B. Johnson warnte die Konfliktparteien in der Region vor Beginn des Sechstagekrieges mehrfach davor, »*den ersten Schuss abzufeuern*«, und suchte – völlig untypisch für den militärisch-industriellen Komplex der USA – nach einer diplomatischen Lösung. Zumindest offiziell.

Die israelische Regierung unter Levi Eschkol, zum damaligen Zeitpunkt Premierminister des Landes, ignorierte die Mahnungen aus Washington. Am 5. Juni 1967 griffen israelische Kampfflugzeuge die ersten Luftwaffenbasen in Ägypten an. Der Sechstagekrieg, der knapp 20.000 Menschen das Leben kosten und hunderttausende heimatlos machen sollte, hatte begonnen.

Das israelische Militär ging äußerst brutal vor. Tonbandaufnahmen belegen, dass »*israelische Soldaten willkürlich Zivilisten und Unbewaffnete erschossen*«. Die Liberty hatte demzufolge wohl den Auftrag, Funkverkehr, Luftraum, Truppenbewegungen und Kampfhandlungen in der Region zu überwachen, um die gesammelten Daten an die US-Regierung zu übermitteln, die sich vom nassforschen Alleingang Israels brüskiert zeigte. Dergestalt Observationen waren der israelischen Führung aber offenbar ein Dorn im Auge.

Schon in den frühen Morgenstunden des 8. Juni kreisten israelische Flugzeuge über der Liberty. Die erste Sichtung des Schiffes durch ein Aufklärungsflugzeug ist in den Logbü-

chern der israelischen Marine für 5:45 Uhr festgehalten – Position: 110 Kilometer westlich von Gaza. Zwei weitere Jets folgten um 9:00 Uhr. Die Besatzung der Liberty beobachtete die Überflüge. Die israelischen Piloten winkten den Männern an Deck des Schiffes aus dem Cockpit zu. Diese erwiderten die Grußzeichen aus der Luft mit entsprechend wohlwollenden Gesten. Eine Bedrohung sahen die Seemänner in den israelischen Aufklärungs- und Kampfjets nicht. Immerhin hatte man es mit »*Freunden*« zu tun, mit einem Verbündeten, erinnert sich der ehemalige Navy-Offizier John Scott, der sich seit Tagesanbruch auf der Brücke der USS Liberty befand. Zudem flatterten ja die »Holiday Colors« hoch über dem 139 Meter langen Aufklärer im Wind und waren auch aus der Luft gut erkennbar.

Nachdem die Besatzung der Liberty am Morgen eine anstrengende Übung absolviert hatte, ruhten sich die Männer am späten Vormittag an Deck aus. Als das Mittagessen in der Kajüte verzehrt war, legten sich viele auf Handtüchern in die Sonne und genossen das Wetter. Urlaubsstimmung machte sich breit. Währenddessen hatte die »Israeli Air Force« (IAF) zwei »Mirage III« Kampfjets in Richtung der Liberty entsandt. Gleichzeitig nahmen drei israelische Torpedoboote Kurs auf das amerikanische Schiff. Und um 13:57 Uhr nahm die ausgelassene Sommerlaune an Deck der Liberty ein jähes Ende – denn nach neun Stunden intensiver Observation erteilte der diensthabende Leiter der israelischen Luftraumüberwachung, Lieutenant-Colonel Shmuel Kislev, den beiden Mirage-Jets die Freigabe zum Angriff. Die Kampfflugzeuge stürzten hinab und eröffneten das Feuer. Die israelischen Piloten nahmen die Liberty mit ihren 30-Millimeter-Kanonen unter Beschuss. 30 Besatzungsmitglieder starben sofort, weitere 75 wurden verwundet. Der Rest flüchtete ins

Innere. Auf dem Vordeck des Schiffes rann das Blut in Strömen. Körperteile lagen herum. Gas-Tanks fingen Feuer. Antennen wurden zerstört. Der Funkkontakt zur 6. US-Flotte war nach einem letzten verzweifelten »Mayday«, das der 500 Seemeilen entfernte Flugzeugträger »USS Saratoga« empfangen konnte, unterbrochen. Weitere Notrufe konnten nicht abgesetzt werden. Denn die israelischen Angreifer blockierten den Funkverkehr der Liberty mit Störsendern. Dabei unterdrückten sie allerdings nicht nur die taktische Frequenz, was im Gefecht gängige Praxis ist, sondern auch die internationale Notruffrequenz – was einen massiven Verstoß gegen Kriegs- und Völkerrecht darstellt.

Als den Mirage die Munition ausging, drehten sie ab. Sie wurden durch zwei Maschinen vom Typ »Dassault Super Mystère« ersetzt, die mit Napalm-Bomben bestückt und bereits am Schauplatz des Schreckens eingetroffen waren. Nachdem die Mystère-Piloten das Napalm im tiefen Überflug abgeworfen und damit nahezu die gesamte Oberfläche des Schiffes in Brand gesetzt hatten, wendeten sie ihre Jets und bearbeiteten das brennende Vehikel mit ihren Maschinengewehren. »*Mit Napalm gegen einen Verbündeten*«, überschrieb die Neue Zürcher Zeitung einen diesbezüglichen Artikel vom 8. Juni 2017.

Um 14:20 Uhr, als die beiden Mystère gerade zu einer weiteren Attacke hinabstürzen wollten, befahl Lieutenant-Colonel Shmuel Kislev plötzlich, die Luftangriffe abzubrechen. Die Jets verschwanden. Dafür waren mittlerweile die drei israelischen Torpedoboote am Horizont zu erkennen. Sie näherten sich der schwer beschädigten USS Liberty, die sich nur mit etwa fünf Knoten fortbewegen konnte, mit einer weit überlegenen Geschwindigkeit von circa 30 Knoten (56 km/h). Trotz dieser schier aussichtslosen Lage ließ William

McGonagle, Kapitän der USS Liberty, neuen Kurs setzen, um den noch nicht identifizierten Verfolgern zu entkommen. Da die Fernmeldetechnik an Bord nicht mehr funktionierte, versuchte er mittels Lichtsignalen, Kontakt mit den drei Torpedobooten aufzunehmen. Parallel dazu befahl McGonagle seiner Crew, Maschinengewehre an Deck zu bringen, um die Verfolger gegebenenfalls unter Beschuss nehmen zu können. Doch als der Kapitän erkannte, dass die mittlerweile in klassischer Angriffsformation aufschließenden Torpedoboote israelische Beflaggung führten, war er erleichtert, gab Entwarnung und wies seine Männer an, das Feuer nicht zu eröffnen. Im allgemeinen Chaos schien dieser Befehl jedoch nicht alle Gefechtspositionen auf der Liberty rechtzeitig erreicht zu haben. Ein Warnschuss in Richtung der Verfolger war bereits abgefeuert worden. Die Antwort der israelischen Angreifer ließ nicht lange auf sich warten. Mit ihren Bordkanonen nahmen sie das angeschlagene Spionageschiff unter Beschuss. Das Crew-Mitglied, das versehentlich die Maschinengewehrsalve von der Liberty aus abgegeben hatte, war das erste Opfer dieser neuerlichen Attacke der vermeintlichen israelischen Verbündeten.

Kaum befanden sich die drei Schnellboote in passender Position, feuerten sie fünf Torpedos auf die Liberty ab. Einer davon traf das Schiff auf der Steuerbordseite und riss ein zwölf Meter langes Loch in die Schiffswand. 25 Besatzungsmitglieder starben sofort. Dutzende wurden schwer verwundet. Hätte der Torpedo nicht aus reinem Zufall an einer Stelle der Schiffsstruktur eingeschlagen, die einen Großteil der Detonation absorbieren konnte, wäre die Liberty in der Mitte auseinandergerissen und zu einem nassen Grab für die gesamte Besatzung geworden. Die vier anderen Torpedos verfehlten ihr Ziel. Rettungsmissionen, die das Schiff längst hät-

ten erreichen und den Verwundeten helfen können, wurden zurückgepfiffen. Und die israelischen Angreifer setzten nach, malträtierten die nun manövrierunfähige Liberty weiter mit ihren Bordkanonen – und nahmen dabei auch jene Crew-Mitglieder ins Visier, die Rettungsboote für die potenzielle Evakuierung zu Wasser lassen wollten. Erst um 15:30 Uhr, nach über 90 Minuten massiver ballistischer Penetration, endete die Attacke auf die USS Liberty. Die Torpedoboote entfernten sich. Die israelische Militärführung übermittelte eine Entschuldigung an US-Navy-Attachée Ernst Carl Castle. Und die acht zwischenzeitlich von der »USS Saratoga« gestarteten Kampfflugzeuge wurden auf den Flugzeugträger zurückbeordert. Um 16:00 Uhr setzte die israelische Regierung die US-Botschaft in Tel Aviv formell darüber in Kenntnis, dass Israel »*versehentlich*« ein Schiff der Navy angegriffen habe. 40 Minuten später kehrten die drei Torpedoboote an den Tatort zurück, um den Überlebenden ihres eigenen Angriffs Hilfe anzubieten. Die Liberty lehnte ab.

Das Ende dieses Massakers markiert allerdings nur den Beginn einer nun fast sechzig Jahre andauernden Farce. Denn kaum hatte sich der Rauch über der von Projektilen durchlöcherten und von Napalm versengten Liberty verzogen, ergingen sich nicht nur die israelische, sondern auch die amerikanische Regierung in Relativierungen. Ob aus Tel Aviv oder aus Washington – stets war von einem »*tragischen Missverständnis*« die Rede. Von einer »*Verwechslung*«. Von »*Fehlern*«, »*Leichtsinn*« und »*Übereifer*« auf Seiten des israelischen Militärs. Die zuständige Kommandozentrale habe angenommen, es handele sich um ein ägyptisches Schiff, so der Tenor aus Tel Aviv und dem Weißen Haus. Auch die israelischen Leitmedien sind selbst nach Dekaden weiter bestrebt, diese Auslegung des Vorfalls zu gültiger Geschichtsschrei-

bung zu machen. Siehe ein Artikel der »Jerusalem Post« vom 10. Oktober 2003, in dem einer der Mirage-Piloten zu den Ereignissen des 8. Juni 1967 befragt wird und erklärt, dass »*Fehler passieren*« und es vor allem die Schuld der Amerikaner sei, »*die sich zunächst einmal nicht hätten in diesem Gebiet aufhalten sollen*«.

Wie belastbar sind solche Erklärungen, Entschuldigungen und Relativierungen? In Anbetracht der tatsächlichen Umstände muss die Antwort lauten: gar nicht. In den USA wurden von 1967 bis 1981 sieben offizielle Untersuchungen zu diesem Vorfall durchgeführt – U.S. Naval Court of Inquiry, Joint Chief of Staff, CIA, Clark Clifford Report, U.S. Senat, House Armed Services Committee und NSA – alle untersuchten sie die Attacke vom 8. Juni 1967. Auf israelischer Seite wurden drei offizielle Reports zu dem Vorgang angefertigt. Der erstaunliche Konsens diese zehn Analysen: die israelische Darstellung des Tathergangs ist nachvollziehbar, korrekt, akzeptabel und sollte nicht hinterfragt werden. Dies, obwohl all die Untersuchungen nicht nur hastig und schlampig durchgeführt wurden, sondern sich großteils auch noch auf die fragwürdigen Ergebnisse vorheriger Berichte stützen. Die Aussagen von Besatzungsmitgliedern der Liberty fanden dagegen kaum Beachtung, oder wurden gar als »*missverständlich*« abgekanzelt. Auch nachrichtendienstliche und forensische Erkenntnisse wurden ignoriert oder heruntergespielt. So überrascht es kaum, dass all diese Reports die Frage nach den Gründen für den Angriff nicht zufriedenstellend beantworten können. Beide Regierungen bestehen auf ihrer Diagnose, der Vorfall sei durch Missverständnisse im Flugfunk, Unklarheiten bezüglich der Beflaggung der Liberty und durch Fehler bei der kartographischen Klassifizierung des Schiffes seitens der israelischen Marine zu erklären.

Eine wenig glaubhafte Darstellung, wenn selbst der offizielle Report der IDF (Israel Defence Forces) aus dem Jahr 1982 bestätigt, dass die israelische Kommandozentrale die Liberty schon mindestens drei Stunden vor dem Angriff als »*elektromagnetisches Audioüberwachungsschiff der US-Marine*« identifiziert und auf taktischen Seekarten markiert hatte. Lediglich die letzten Berichte und das Archiv der NSA enthalten Dokumente, die die eingangs beschriebenen Aussagen der Liberty-Besatzung in Bezug auf Kenntlichmachung des Spionageschiffs bestätigten:

»*Jedes offizielle Interview mit (..) Besatzungsmitgliedern der Liberty lieferte übereinstimmende Beweise dafür, dass die Liberty tatsächlich unter amerikanischer Flagge fuhr – und außerdem waren die Wetterbedingungen ideal, um ihre einfache Beobachtung und Identifizierung zu gewährleisten.*«

Eine Vielzahl von Dokumenten und Tonbandaufnahmen, die den Vorfall betreffen, sind bis heute als geheim eingestuft und unter Verschluss. Die letzte Veröffentlichung der NSA zum Thema USS Liberty datiert aus dem Jahr 2007. Im Juni 2017 berichtete die US-Publikation »The Intercept« jedoch von neuen Erkenntnissen in der Causa Liberty, die seinerzeit durch Leaks des Whistleblowers Edward Snowden und ein Buch mit dem Titel »Remember the Liberty!« ans Licht kamen. Auch die israelische Zeitung Haaretz griff das Thema einen Monat später auf und verkündete in einem Artikel vom 11. Juli 2017:

»*Das Fazit der Autoren ist, dass der damalige US-Präsident Lyndon B. Johnson hinter dem Angriff steckte, mit einem Versuch, die Schuld dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser in die Schuhe zu schieben – ein Vorwand, der es den Vereinigten Staaten ermöglicht hätte, sich dem Sechs-*

tagekrieg anzuschließen. Das Buch enthält unter anderem ein CIA-Dokument vom November 1967, das noch immer teilweise zensiert ist. In dem Dokument, das auch auf der offiziellen CIA-Website zu finden ist, wird eine anonyme Quelle mit den Worten zitiert: „Sie sagten, dass der damalige israelische Verteidigungsminister Moshe Dayan den Angriff auf das Schiff persönlich angeordnet habe, dass einer seiner Generäle entschieden dagegen war und sagte: Das ist einfach Mord!" – es besteht kein Zweifel an der Echtheit des Dokuments (…) [Auch] *zitiert das Buch eine Aussage des ehemaligen US-Botschafters im Libanon, Dwight Porter, der von einem Gespräch zwischen einem israelischen Piloten und dem Kommandozentrum der israelischen Luftwaffe berichtete, das von einem NSA-Flugzeug aufgegriffen und versehentlich an CIA-Büros auf der ganzen Welt weitergeleitet wurde.*«

Der irritierende Wortlaut des besagten Gesprächs zwischen dem israelischen Piloten (P) und seinem Kommandozentrum (K) entlarvt jede offizielle Erklärung aus Israel oder den USA als Lüge:

»P: Das ist ein amerikanisches Schiff. Wollen sie, dass wir trotzdem angreifen? K: Ja, folgen sie den Befehlen. P: Aber Sir, es ist ein amerikanisches Schiff, ich kann die Flagge sehen! K: Egal, feuern sie.«

Bereits zehn Jahre zuvor, im Oktober 2007, zum vierzigjährigen Jubiläum des Blutbads, hatte die Haaretz über NSA-Akten und Tonbänder berichtet, die jene eindeutige, für Israel mehr als blamable Gesprächspassage enthielten. Trotzdem weicht die israelische Regierung bis heute keinen Deut von ihrer initialen Erklärung ab und behauptet weiterhin, das Schiff damals verwechselt und die Flagge nicht gesehen zu

haben. Aus Sicht des Täters ist dieses stoische Abstreiten des Vorsatzes eine durchaus nachvollziehbare Haltung. Doch was sind die Beweggründe der US-Regierung?

Warum ist Washington nicht an der Aufklärung des Vorfalls interessiert? Wieso sollen die Verantwortlichen für diesen Angriff, der 34 Amerikaner das Leben gekostet und 174 verwundet hat, nicht zur Rechenschaft gezogen werden? Weshalb verhinderte das US-Militär nach der Bergung des Schiffes aktiv, dass Medienvertreter direkt mit Besatzungsmitgliedern der Liberty sprachen und schirmte diese ab? Wie kommt es, dass in den ersten Untersuchungen des Vorfalls, trotz entsprechender Zeugenaussagen der Crew, unterschlagen wurde, dass Israel Napalm eingesetzt hatte? Warum ignoriert die amerikanische Justiz bis heute das Telegramm des damaligen israelischen Botschafters in Washington, der in dem Schriftstück unumwunden eingesteht, dass Israel die alleinige Schuld an der Tragödie trägt? Warum berichten amerikanische Leitmedien konsequent im Sinne Israels, während interne Memos des früheren stellvertretenden NSA-Direktors Louis Tordella die Berichterstattung als »*Whitewashing*« für eine »*Gruppe ignoranter, dummer und ungeschickter XXX*« bezeichnen? Warum sprechen die Crew-Mitglieder der Liberty in punkto medialer Aufbereitung des Vorfalls geschlossen von einem »*Cover Up*«, von Vertuschung? Und ist es reiner Zufall, dass Präsident Johnson nur ein Jahr nach dem Blutbad im Mittelmeer ein Geheimabkommen mit Israel namens »Stone Ruby« unterzeichnete, einen Vertrag, der bis heute Bestand hat und dem zionistischen Staat den Austausch geheimer Waffentechnologie mit den USA garantiert?

Warum wurde Liberty-Kapitän McGonagle die höchste Tapferkeitsauszeichnung der US-Streitkräfte, die »Medal of Ho-

nor«, erstmalig in der Geschichte der Vereinigten Staaten unter Ausschluss der Öffentlichkeit verliehen, anstatt wie üblich im Rahmen einer pompösen Zeremonie mit dem Präsidenten? Warum wurde die USS Liberty still und heimlich in den Hafen von Valletta (Malta) gebracht, um nach ihrer Überführung in die USA schon 1968 außer Dienst gestellt und 1973 verschrottet zu werden? Warum wurde das Schiff in Malta optisch so auf Vordermann gebracht, dass die US-Massenmedien bei seiner Ankunft in Amerika keine Notiz mehr von den drastischen Schäden nehmen konnten? Und wieso ist der US-Regierung das Schicksal ihrer Veteranen – wieder einmal – völlig gleichgültig?

Wollten sich die USA tatsächlich am Sechstagekrieg beteiligen, wie »Remember the Liberty!« impliziert? Oder wollte das israelische Militär durch die Zerstörung der Liberty am 8. Juni 1967 verhindern, dass die US-Regierung von dem für den 9. Juni angesetzten, völkerrechtswidrigen Angriff auf die Golanhöhen erfährt – eine Region, für die Israel erst im Jahr 2019 durch Donald Trump die Souveränität zugesprochen wurde? Wollte die Regierung in Tel Aviv verhindern, dass die NSA diesen Eroberungsfeldzug von der Liberty aus überwachen, dokumentieren und eventuell verhindern kann? Die »American-Israeli Cooperative Enterprise« (AICE), eine amerikanische Non-Profit-Organisation, die unter anderem die »Jewish Virtual Library« betreibt, wiegelt ab und konstatiert in punkto USS Liberty lediglich: »*Case closed!*« – Fall abgeschlossen! Es scheint, als berge eine wahrheitsgemäße Darstellung der Hintergründe das Risiko, die Bevölkerung verunsichert zu hinterlassen.

So kann über die tatsächlichen Motive und Gründe Israels für die tödliche Attacke weiterhin nur spekuliert werden. Zugeständnisse sind von beiden Regierungen nach fast sechzig

Jahren vehementen Negierens der Faktenlage kaum mehr zu erwarten. Sicher ist: viele von Lyndon B. Johnsons Freunden und engsten Beratern waren Befürworter eines radikalen Zionismus, der segregativen »Staatsräson« Israels – die, um das noch einmal deutlich herauszustellen, auch gemäß der Ausführungen orthodoxer Juden absolut nichts mit Religionszugehörigkeit, nichts mit Kritik am Judentum zu tun hat. Es geht bei den Untersuchungen rund um die Attacke auf die USS Liberty nicht um Religion, sondern um Kriminalität, Mord und außerparlamentarische Einflussnahme.

Es geht darum, dass die vorsätzliche Tötung von 34 Menschen juristisch gesühnt werden muss. Um den Seelenfrieden der Hinterbliebenen. Es geht um eine angemessene Entschädigung der 174 schwer verletzten, traumatisierten und betrogenen Crew-Mitglieder, die an diesem verhängnisvollen Tag im Juni 1967 im guten Glauben an die Solidarität ihrer Staatsführung ihren Dienst auf der Liberty antraten. Denn die knapp zwölf Millionen US-Dollar, die Israel bis 1980 als Entschädigung bezahlte – die Hälfte davon an die US-Regierung, für Materialschäden – werden dem Ausmaß des Verbrechens kaum gerecht. Es geht um die Wahrheit, auf die nicht nur Veteranen einen Anspruch haben, sondern auch die Öffentlichkeit, die die Streitkräfte mit ihren Steuergeldern finanziert.

Ja, die Besatzung der USS Liberty diente einem kriegslüsternen Hegemon. Sie musste im Rahmen ihres Einsatzes grundsätzlich damit rechnen, diesen mit dem Leben zu bezahlen. Dennoch ist es unter moralischen Gesichtspunkten eine Schande, dass es bis heute den Überlebenden der Attacke und den Hinterbliebenen der Opfer überlassen wird, die Öffentlichkeit über die wahren Begebenheiten aufzuklären. Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2007 die Webseite »USS

Liberty Memorial« online gestellt, die bis Mai 2022 gepflegt wurde und den Tathergang aus Sicht der Besatzung beschrieb – unterlegt mit dutzenden offizieller Quellen und Fotos. Bereits seit 2003 existiert die Internetpräsenz der »USS Liberty Inquiry«, die eine neue Untersuchung des Vorganges von der US-Regierung fordert. Die vierteilige Dokumentation »Sacrificing Liberty«, die exklusiv von einer christlich-konservativen Organisation in Florida zum Streaming angeboten wird, schlägt in die gleiche Kerbe. Noch im August 2020 wurde eine Petition der »USS Liberty Community« auf dem Online-Portal »Change.org« veröffentlicht, die Unterstützer für eine neue Untersuchung durch den US-Kongress mobilisieren möchte, bisher aber nur 1.390 Unterschriften sammeln konnte.

Von Erfolg gekrönt war augenscheinlich keines dieser Unterfangen. Die orwellsche »*Geschichtsschreibung der Gewinner*« behielt bis heute ihre Gültigkeit. Ungeachtet der Tatsache, dass sie mit der Realität wenig gemein hat. Daran konnte auch die sehenswerte, weil mit Zeitzeugen, Originaldokumenten und unveröffentlichtem Bildmaterial aufwartende Dokumentation »The Day Israel Attacked Amercia« nichts ändern, die 2014 veröffentlicht wurde und mittlerweile über zweieinhalb Millionen Aufrufe zu verzeichnen hat.

So stellt sich ausgangs unweigerlich die Frage, welche Rückschlüsse sich in Anbetracht dieser Vorgänge in Bezug auf das Verhältnis zwischen Israel und den Vereinigten Staaten ziehen lassen. Steht der 8. Juni 1967 für einen Wendepunkt in der Beziehung der beiden Staaten? Für einen Moment der Kräfteumkehr, den Nullpunkt einer tödlichen Freundschaft? Markieren die Attacke auf die USS Liberty und das vorsätzliche Töten von amerikanischen Soldaten den Emanzipationspunkt des israelischen David gegenüber seinem Gönner,

einem hegemonistischen Goliath? Hatte die zionistische Lobby ihren Einfluss auf die US-Regierung zum Zeitpunkt des Sechstagekrieges bereits dermaßen ausgeweitet, hatte man die Führungsriege des Protektors so weit unterwandert, dass sich die Wahrheit bis heute unterdrücken ließ?

Folgt man den Indizien rund um dieses Verbrechen, lassen weder die kriminalistische Logik noch die gegenwärtige Berichterstattung in Sachen Nahost eine näherliegende Schlussfolgerung zu.

| fertiggestellt am 10. Dezember 2023

Intellektuelle Selbstverteidigung

Folgend der Text meines kurzen Appells für die Unterstützung neuer Medien, der am 16. Dezember 2023 erschien.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Werte Leser, Hörer und Zuschauer,

Mein Name ist Tom-Oliver Regenauer, freier Autor für das Manova-Magazin. Entschuldigen sie, dass ich kurz um ihre Aufmerksamkeit bitte. Aber ich möchte mich mit einem Appell an sie wenden. Mit einem Appell, den ich mit einer gewissen Dringlichkeit vortragen muss. Denn wir leben in Zeiten ungekannter, korporatistischer Übergriffigkeit. Polykrise, Krieg und Cancel Culture. Der Debattenraum verkommt zur zensierten Echokammer. Das selbstbestimmte Leben zu einer Karikatur seiner selbst. Und die bröckelnden Brücken der Verständigung sind gesäumt von Selbstschussanlagen des Sagbaren. Angesichts dieser Entwicklungen bedarf es intellektueller Selbstverteidigung. Mehr denn je.

Darum trete ich als Autor nicht nur für die freie Rede, sondern vor allem für ihr Recht ein, auch unpopuläre Meinungen äußern zu dürfen. Auch und gerade, wenn ich diese nicht teile. Genau diese Vielfalt nämlich charakterisiert eine funktionierende Demokratie. Wo nur das Narrativ von Deutungsexzellenzen gilt, wo Gegenrede umstritten und Kritik nicht mehr erwünscht ist, herrscht schon bald das Gegenteil. Wir brauchen Diskurs, Reibung und argumentativen Schlagabtausch – nicht bloß Rückzugsräume für die unseren.

Deshalb mein Appell: Teilen sie unsere Beiträge, leiten sie sie an Familie, Freunde oder Kollegen weiter. Drucken und legen sie Texte aus. Verbreiten sie relevante Recherchen.

Fertigen sie Flyer und Sticker und sprechen sie über die Inhalte. Diskutieren, streiten und provozieren sie. Schaffen sie Gegenöffentlichkeit. Dabei zählt in diesen Tagen wirklich jede Stimme. Denn Freiheit wird nicht gewährt, sie wird erstritten und erkämpft. Und genau das tun die neuen Medien. Jeden Tag aufs Neue. Wir haben diesen Weg gewählt, weil wir müssen. Weil wir ahnen – und in Echtzeit beobachten können – was passiert, wenn wir es nicht tun.

Ein Magazin wie dieses lebt primär vom Idealismus seines Teams. Nur so sind das enorme Arbeitspensum hinter einem professionellen Medium und der permanente Kampf gegen die Bürokratie zu stemmen. Redaktion, Lektorat, Leserbriefe, Buchhaltung, Behördenkommunikation, IT, Webseite, Video-Produktion, Unterhalt der Internet-Präsenzen – hier wird Großes geleistet. Von einem kleinen, zumeist ehrenamtlich arbeitenden Team. Einem Team, dem der eisige Gegenwind eines gesichtslosen Imperiums täglich heftiger entgegenschlägt. Von einem Team, das dieses Magazin – für seine Leser unsichtbar – mit allen Mitteln gegen verbale, juristische und digitale Angriffe verteidigt.

Wenn ich sie also bitte, aktiv zu werden, schließt das finanzielle Unterstützung natürlich nicht aus. Ein umfangreiches Projekt wie Manova, das ohne Paywall arbeitet und künftig auch in den analogen Raum vordringen muss, um zusehends rigider operierenden Online-Zensoren etwas entgegenzuhalten, kann nur funktionieren, wenn es planbar ist. Fixkosten verzeihen Schwankungen nicht allzu lange. Ein System, dass mit juristischen Winkelzügen versucht, missliebige Informationen zu unterdrücken, noch weniger. Sie helfen uns – und allen anderen neuen Medien – am besten dadurch, dass sie Kontinuität schaffen. Planungssicherheit. Dafür sind keine zwei- oder dreistelligen Zuwendungen nötig. Wenn sie den

drei Publikationen, die sie am häufigsten verfolgen, die am ehesten eine Bereicherung für sie darstellen, monatlich einen einstelligen Obolus per Dauerauftrag zugute kommen lassen, ist schon viel gewonnen.

Es ist ihr Magazin. Es sind ihre neuen Medien. Es ist ihr Debattenraum. Und sie haben in der Hand, wie lange das so bleibt. Werden sie aktiv. Denn auch wenn das in diesen Zeiten nicht einfach sein mag – das wissen wir alle – die Gegenwart lässt zweifelsohne darauf schließen, dass es in der Zukunft ungleich schwerer werden wird.

Also. Wehren wir den Anfängen – so lange die Feder noch mächtiger ist als das Schwert.

| fertiggestellt am 15. Dezember 2023

Diktat der Distraktion

»Eines Tages wird man zugeben müssen, dass das, was wir Wirklichkeit getauft haben, eine noch größere Illusion ist als die Welt des Traumes.« (Salvador Dali)

Die »*Energiewende*« ist *das* dominierende Thema unserer Zeit, *der* normative Hebel zur Etablierung der neuen Ordnung – einer Ordnung, die binnen weniger Generationen im düsteren Dystopia münden könnte. In einem Szenario, das den in der »Hunger Games«-Trilogie visualisierten Zuständen in nichts nachsteht. Eine rational erklärbare Notwendigkeit für solch ein reformatorisches Mammutprojekt besteht in Anbetracht des mühelos zu widerlegenden Postulats von der drohenden Klima-Apokalypse nicht, aber mit irgendetwas muss die prominent ventilierte »*Zeitenwende*« ja gerechtfertigt werden. Sonst fiele vielleicht noch schneller noch mehr Menschen auf, dass diese bis zur Bedeutungslosigkeit beanspruchte Floskel nichts anderes ist als die euphemistische Verklärung für Klassenkampf von oben und eine neofeudalistische Machtergreifung der Finanzeliten. Denn mit echtem Umweltschutz hat »*Dekarbonisierung*« als postmoderne Variante des Ablasshandels herzlich wenig zu tun. Trotzdem werden dem auf tönernen Füßen ruhenden Weltuntergangskult der allerletzten Generation duldsam Wohlstand, Zuversicht und Zukunft geopfert.

Während der Kirchliche Kompensationsfonds seine Schäfchen zur »*Klima-Kollekte*« ruft und dekadent dahinjettende Deutungsexzellenzen bei Klimagipfeln in fernen Ländern vorstellig werden, um den Milliardenmarkt der »Green Economy« gewinnbringend zu parzellieren, wird der verarmende Bürger auf seinem Leidensweg in die Mangel- und

Planwirtschaft, dem taxonomischen Canossagang gen Netto-Null, immer aggressiver dazu angehalten, Energieverbrauch und CO_2-Emissionen im Alltag zu reduzieren. Unlängst geriet diesbezüglich gar die menschliche Atmung in Verruf. Immerhin sei diese für sagenhafte 0,1 Prozent der Treibhausgase verantwortlich.

Im Lichte solcher Anflüge suizidärer Selbstkasteiung ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis Euthanasie wieder in Mode kommt. Nutztiere keult man zur Besänftigung des Wettergottes ja bereits en masse. Als wären diese von industrieller Massentierhaltung leidgeprüften Geschöpfe bloße Gegenstände. Und Kanada, ein Land, dessen Legislative in punkto Netto-Null Nägel mit Köpfen und die vorzeitige Eliminierung »*unwürdigen Lebens*« für die entrückten Pseudo-Humanisten der Kaffeehaus-Bohème wieder salonfähig macht, bescheinigt selbst das narrativtreue Forbes Magazine »*ein verstörendes Echo aus der Nazi-Ära*«. Zu Recht, wie man einem Kommentar des »Institut für Medizinische Anthropologie und Bioethik« (IMABE) zu entnehmen vermag:

»*Wer in Kanada unter den Folgen von Long-COVID oder an einer posttraumatischen Belastungsstörung leidet, gerät mangels Alternativen in den Sog, aktive Sterbehilfe als letzten Ausweg zu wählen – oder wählen zu müssen. Sterbehilfe ist kostengünstiger als soziale Unterstützung oder eine Therapie.*«

Auch das Gebären von Nachwuchs ist immer negativer konnotiert. Siehe Birthstrike Movement, eine progressiv-feministische Gruppierung, die sich zu Zwecken des Klimaschutzes der Fortpflanzung verweigert. Immerhin könnte das Neugeborene ja auf die Idee kommen, atmen zu wollen. Merke: Arterhalt ist »out« – Selbstabschaffung »in«.

Ja, diese »*Energiewende*« wird den Homo demens einiges kosten. In letzter Konsequenz vor allem sein Leben. Das aber kann dank biodigitaler Konvergenz zum Glück bald in der Cloud geführt werden. Auf Binärcode reduziert, als transhumane Lebensform, auf solarbetriebenen oder von Windkraft gespeisten Servern im Rechenzentrum bei Google, Amazon oder Microsoft gespeichert, verbessert sich der CO_2-Fußabdruck eines lästig Luft schnappenden Zellhaufens natürlich drastisch. Einen Virus wird man sich aber wohl auch dort einfangen können. Um von selbigem nicht einfach gelöscht oder überschrieben zu werden – man weiß ja, welch ein Chaos Systemupdates zuweilen verursachen – erweitert man den persönlichen Avatar-Quellcode vermutlich am besten durch ein automatisiertes morgendliches Stoßgebet zu Ehren der Matrix. Schließlich wollen sich auch die Gottheiten posthumaner Weltreligionen, zum Beispiel des Harari'schen »Dataismus«. Sprich, klerikaler Verehrung binärer Zahlenreihen – ausreichend gehuldigt wissen.

Kein Aspekt des sozialen Miteinanders bleibt verschont. Es gibt nichts, was nicht vom Nachhaltigkeitskorporatismus unterwandert, assimiliert, zersetzt und abgelöst wird. Ein Paradigmenwechsel jagt den nächsten. Rote Linien existieren nur noch auf den Kontoauszügen der Steuerzahler. Keine Schlagzeile, die ohne Kipppunkte-Nudging auskommt. Ob zu heiß oder zu kalt, zu nass oder zu trocken, ob Dürre oder Flut, Zunahme von Herzinfarkten oder Rückgang der Lebendgeburten – egal wie schizophren die konstruierte Kausalität auch anmuten mag – schuld ist, mindestens anteilig, der »*anthropogene Klimawandel*«.

Auf Basis der von Eugenik-Elaboraten beseelten Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 ist ein ganzer Industriezweig entstanden. Ein billionenschwerer Markt, der Umwelt-, Agrar-

und Gesundheitspolitik unter dem Label »One Health« fusionieren und der Gattung Mensch den Krieg erklären will. Sekundiert von dunkelgrünem Kulturmarxismus privatisiert dieses biofaschistoide Schneeballsystem Gewinne und sozialisiert Verluste. Zeitgleich verkommt das für den Fortbestand unserer Zivilgesellschaft elementare Bildungswesen endgültig zur Indoktrinationsmaschinerie. Sukzessiv bemächtigen sich supranationale Institutionen wie die UNESCO der Domäne. Lehrpläne werden auf Inklusion getrimmt und global gleichgeschaltet – wobei die sozialarchitektonische Vielfältigkeitsagenda der Pädophilie rechtfertigenden Regenbogen-Revoluzzer längst das Level eines umgekehrten Rassismus erreicht hat. Wokeness exkludiert und separiert. Opfer dieser manipulatorischen Umtriebe ist die Jugend. Und das ist kein Zufall. Denn Erziehung soll künftig nicht mehr Aufgabe der Eltern sein, sondern dem Staatsapparat obliegen. Das hat bisher noch jedes totalitäre System so gehandhabt. Nur, wenn die Regierung sich des Nachwuchses bemächtigen kann, lassen sich im Grundsatz freiheitsliebende Individuen domestizieren. Nur, wenn der Etatismus schon in jungen Jahren in den Köpfen der nächsten Generation verankert wird, erscheint ein omnipräsenter und paternalistischer Staat trotz seiner mafiösen Machenschaften alternativlos. Nur durch Mentizid werden aus kreativen Kindern devote, unkritische und orientierungslose Einfaltspinsel.

Die »Green Economy« ist eine Vernichtungsindustrie. Millionen von Jobs in Nichtregierungsorganisationen, Politik, Wirtschaft und Verwaltung sind mittlerweile abhängig von der rigiden Durchsetzung farbenfroh umetikettierter Umverteilungspläne. Siehe UN-Klimakonferenz COP 28 in Dubai, für die sich dieses Jahr fast 100.000 Teilnehmer akkreditierten, um über so dringende Themen wie »*nachhaltige Luxus-*

Yachten« zu referieren. Das als partizipativer Stakeholder-Kapitalismus angepriesene Herrschaftsmodell der »Public-Private-Partnerships« macht's möglich. Privatjets, Luxushotels und Gault-Millau-Küche für die einen – Enteignungsspirale, Deindustrialisierung, Überwachungsstaatlichkeit und Scheuklappenkollektivismus für die anderen. So opfert sich die tumb sedierte Masse der Gutgläubigen für die maoistisch daherkommende »*große Transformation*« – obwohl die eigentliche Energiewende schon längst gelaufen ist.

Die begann 2004 mit Facebook, intensivierte sich ab 2007 mit dem iPhone – und hat erschreckend gut funktioniert. Das attestiert uns dieser Tage jeder Kontakt mit der Zivilisation. Denn während Greta und Luisa in den Leitmedien von der Verbannung fossiler Energie fabulieren, hat das Smartphone unsere eigene bereits zu großen Teilen absorbiert. Als zapfe das Gerät beim Ladevorgang nicht nur den Strom aus der Steckdose an, sondern auch unseren persönlichen Akku. Unsere Lebensenergie. Unsere mentale Kapazität. Diese scheint sich im gleichen Rhythmus zurückzuentwickeln, wie Computerchips an Rechenleistung zulegen. Die Aufmerksamkeitsspanne des Menschen ist messbar von einstmals zwölf bis fünfzehn auf elf bis acht Sekunden gesunken. Je nach Studie. Selbst das Skelett passt sich dieser devolutionären Tendenz zwischenzeitlich an. Nomophobie, Phubbing, »Handy-Nacken« und -daumen als durchaus symbolträchtige Krankheitsbilder eines von seinen technischen Errungenschaften nachhaltig geschädigten Lebewesens. Von den weitreichenden psychischen oder sozialen Kollateralschäden der Bildschirmsucht noch ganz zu schweigen.

Angefixt sind alle Altersgruppen. Besonders verheerend sind die Auswirkungen aber selbstredend in der Adoleszenz. Die Effekte auf die Persönlichkeitsentwicklung sind gravierend.

»*Smombies*« prägen mittlerweile das Stadtbild. Es werden immer mehr. Nervös, das Haupt devot geneigt, in sklavischer Ergebenheit vor dem schokoladentafelgroßen Götzen. Starrer Blick. Permanent online. Orte ohne Netzabdeckung oder WLAN werden gemieden. »*Generation Kopf unten*«, nennt man sie. Die Welt zieht an ihnen vorbei, wird nur noch bedingt wahrgenommen. Die Augen leer und teilnahmslos. Das Gesicht blass, aber hell beleuchtet vom hochtaktigen Flimmern des Displays. In Gruppen sind sie gemeinsam einsam. Zucken beim Phantomklingeln in der Hosentasche zusammen. Wieder ein hastiger Blick auf den Bildschirm. Hat es vibriert? Blutleere Hände umklammern verkrampft das Dopamin freisetzende Big-Tech-Bindeglied zwischen analoger Welt und virtueller Perfektion. Fraglos – das Smartphone macht uns zu Krüppeln.

Bei bewusster Nutzung ist der digitale Helfer zweifelsohne ein effizientes Werkzeug und erleichtert vieles. Mit einem Hammer lässt sich ja auch ein Nagel in die Wand – oder jemandem der Kopf einschlagen. Leider sind sich die wenigsten Zeitgenossen des Umstands bewusst, dass sie diese invasive, vom Militär entwickelte Technologie nur sehr bewusst verwenden sollten. In den meisten Fällen benutzen nicht mehr Menschen die Technologie, sondern die Technologie den Menschen. Kaum jemand ist noch imstande, eine ganze Woche ohne sein Smartphone auszukommen. Die Maschinen werden intelligenter, der Mensch unterdes immer dümmer. Denn Digitalisierung ist eine Waffe. Sie tötet langsam, aber sicher. Von Generation zu Generation. Jeder Zugewinn an Bequemlichkeit, jede an die künstliche Intelligenz delegierte Aufgabe, steht für einen weiteren Verlust an eigenen Fähigkeiten. Bis nichts mehr davon übrigbleibt.

Die irrlichternde Energiewende der »Green Economy« ist Humbug – aber greifbar. Sie zeitigt reale Effekte. Ist messbar. Spürbar, an numerisch fassbaren Kriterien festzumachen. Weniger Geld, oder Öl, dafür mehr Verbote, anziehende Inflation, Altersarmut, Subventionschaos, Mobilitätseinschränkungen, et cetera. Die *mentale* Wende dagegen, die Absorption unserer Lebensenergie im sensorischen Ökosystem unseres Habitats, findet in einem Tempo statt, das uns ob seiner langwierigen Prozesse überfordert. Wir sehen die dammbruchartigen Veränderungen nicht, weil wir Teil davon sind. Weil wir von der Welle mitgerissen werden und es uns schwerfällt, die Transformation aus der Vogelperspektive oder im Zeitraffer zu betrachten. Versuchen Sie einfach mal, Ihren Taschenspion für eine Woche in der Schublade zu lassen. Oder vergleichen Sie ihren Alltag im Jahr 2023, Ihre heutigen Beziehungen und Routinen, Ihr soziales Umfeld, Ihren Job oder Ihre aktuellen Konzentrations- und Orientierungsfähigkeiten mit dem, was diesbezüglich vor 2007 Normalität für Sie war. Bei den meisten Menschen dürften diese eineinhalb Dekaden Welten trennen. Wer zwei oder mehr Stunden des Tages am Handy oder auf Twitter verbringt, hat ein ernsthaftes Problem. Also fast jeder, wie aktuelle Daten zeigen:

»*Weltweit verbringt eine Person jeden Tag im Durchschnitt 6 Stunden und 57 Minuten damit, auf einen Bildschirm zu schauen (für Online-Aktivitäten). Der Großteil davon (3 Stunden und 43 Minuten) wird auf dem Handy verbracht. Diese Zeit wird dafür verwendet, sich durch soziale Medien zu scrollen (2 Stunden und 27 Minuten), Musik zu streamen (1 Stunde und 33 Minuten) und Podcasts zu hören (55 Minuten).*«

Mittlerweile bestimmen nervöse, zutiefst krankhafte Verhaltens- und Kommunikationsmuster unseren Alltag. Das unendliche Scrollen. Der nie enden wollende Stream. Permanente Erreichbarkeit – das Diktat der Distraktion. Wir stehen unter Strom; und verharren doch in Apathie. Denn »Social Media« macht asozial. Apathisch. Und einsam. Wenn Online-Aktivitäten gegenüber persönlichen Kontakten Vorrang eingeräumt wird, ist das ganz sicher kein Fortschritt. Das gilt auch für den Einzelhandel, dem der anonyme Plattform-Monopolismus den Garaus macht. Dementsprechend verändern sich die Stadtzentren. Daneben hat sich ein gedankenloser bis leichtsinniger Umgang mit persönlichen Daten weithin etabliert und erlaubt ein nie dagewesenes Ausmaß von »Profiling« und »Targeting«. Den gläsernen Bürger tangiert's scheint's peripher. Selbst prädiktive Polizeiarbeit – das prophylaktische Handeln der Ordnungsmacht aufgrund von zweifelhaften KI-Prognosen – ist längst traurige Realität. Ohne iPhone und Facebook als Türöffner für die krakenhafte Aufmerksamkeitsökonomie des digital-finanziellen Komplexes wären all diese verstörenden Entwicklungen nicht denkbar. Social Media = Social Engineering. Und das funktioniert im durchdigitalisierten Medienzeitalter bedauerlicherweise besser als je zuvor.

Wie sonst könnte das System die abseitige, postfaktische »Truman Show« des »New Normal« zur Lebensrealität eines Großteils der Bevölkerung erheben? Kaum schlagen die Wellen der Empörung zu hoch ans Ufer unserer eskapistischen Enklaven, verabreicht der News-Feed zielgruppengerecht eine Dosis »Soma« oder »Hopium«. Je nach Stallgeruch. Es bedarf nur einer Prise Trump, Meloni, Milei, Orban, Merz oder Wagenknecht, es braucht nur ein beherztes »*Go fuck yourself*« von Elon Musk, einem Aufblitzen ernsthaften

Journalismus' von Tucker Carlson oder die erstaunlich gut getimte Rückkehr von Alex Jones auf Twitter, schon sieht auch manch kritischer Geist wieder Licht am Ende des Tunnels. Auch wenn es nur der außer Kontrolle geratene Triebwagen ist, der auf ihn zurast, und Julian Assange weiter in Haft bleibt.

Die multimedial dargereichte Version des Ist-Zustandes ist eine von Jahr zu Jahr grotesker anmutende Simulation, die nicht selten jedes Korrelat mit dem Wahrhaftigen vermissen lässt. Propagandamechanismen, Erziehungsfunk, semantische Umdeutungen, Angst-Agitation und Nudging konstruieren eine Potemkin'sche Welt. Eine Neonfassade. Zumindest für jene, die sich noch vom Konformismus-Komplex vereinnahmen und autonomes Denken für Häresie vormachen lassen. Doch das werden immer weniger. Zum Glück. Denn wer seine Umwelt nur über Displays und Bildschirme wahrnimmt, verliert den Bezug dazu. Die Erdung. Ohne direkte, bodenständige Interaktion mit ihr, können wir unsere Welt nicht als das wahrnehmen was sie ist. Wir wachsen an den Herausforderungen unserer Umgebung und Wege. Sie justieren den moralischen Kompass. Formen den Charakter. Und genau solch ein Koordinatensystem der Vernunft ist als Schutzschild von Nöten, um der inhumanen Programmatik der Parasitenklasse zu widerstehen. »*War is over, if you want it*« – erkannte, und erklärte bereits John Lennon. Traurig, dass man das ein halbes Jahrhundert später immer noch erklären muss.

Wo Ignoranz als Stärke interpretiert wird, wo Krieg geführt wird, um Frieden zu schaffen, wo Freiheit Angst macht, vermag bald auch das Undenkbare wieder denkbar zu sein. Das hat die Segregationspolitik der Coronakrise eindrücklich bewiesen. Doch der von Global Governance, »*Polykrise*«,

Kriegs- und Klimakult vorgezeichnete Kurs ist beileibe nicht der einzige Zeitstrahl, der uns in Richtung Zukunft führen kann. Nichts ist alternativlos. Auch wenn man uns glauben machen möchte, dass wir in einer Endzeit-Epoche leben, in der es nichts gibt, worauf man sich noch freuen könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Wir erleben eine der spannendsten Phasen der Menschheitsgeschichte. Genau vor diesem Hintergrund braucht es zuvorderst emotionale Resilienz, um der demotivierenden Dominanzdialektik der mentalen Energiewende Paroli zu bieten. Denn nur wer den eigenen Akkufüllstand stabil im grünen Bereich halten, sich der sinnentleerten Sintflut seichter Unterhaltung entziehen, seinen Neocortex gegen digitale Invasoren verteidigen und sich der habsüchtigen Hydra postmoderner Inquisition entreißen kann, hat Kraft, anderen zu helfen.

Wer also nach Lösungen und Alternativen sucht, nach Auswegen und gangbaren Konzepten für eine bessere Welt, sollte zunächst auf seine innere Stimme hören. Auf die Intuition. Die Lösung für unsere Probleme ist nicht im Außen zu finden, sondern im Innen. Im Kleinen. Einen Gemüsegarten anzulegen ist dieser Tage vermutlich eine revolutionärere Tat als einen kritischen Tweet oder das vorliegende Pamphlet zu verfassen. Und wer denkt, als einzelner Mensch könne man den Lauf der Welt nicht wirklich ändern, unterschätzt den Wirkungsgrad des Willens, die Kraft der Liebe und die Macht der Wahrheit.

In diesem Lichte betrachtet ist auch das »*Grüne Reich*« mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nur eine temporäre Erscheinung. Offen ist nur, wie lange es sich hält. Außerdem ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass diese Machtergreifung transatlantischer Finanz- und Konzerneliten die bislang größte Chance unserer Spezies auf einen Be-

freiungsschlag markiert. Eine bis dato einzigartige Gelegenheit, sich der blutrünstigen Parasitärherrschaft einer transgenerational operierenden Prädatorenkaste endgültig zu entledigen. So ist die Frage nicht *ob*, sondern *wann* das gesichtslose Imperium des transhumanistisch-technokratischen Totalitarismus fallen wird. Denn es *wird* an der eigenen Arroganz zugrunde gehen – wie alle luftschlossartigen Turmbauten absolutistischer Herrschaftsfantasien davor.

»Geduld, Vernunft und Zeit macht möglich die Unmöglichkeit.« (Simon Dach)

Die Gedanken sind frei. Nichts anderes hat für unsere physische Manifestation oder unsere Kommunikation zu gelten. Sobald wir uns von den mentalen Fesseln befreien, uns dem Sog des Empörungsmanagements entziehen, unsere Aufmerksamkeit wieder dem Relevanten widmen und die Lethargie überquellender Leere überwinden, sobald wir endlich agieren, anstatt zu reagieren, sobald wir unser Leben nach unseren eigenen Vorstellungen führen, ohne auf Impulse, Ideen und Instruktionen Dritter zu warten – ab dem Moment, ab dem wir das sein wollen, was wir sein könnten – ist eine friedvolle Revolution der Rechtschaffenheit nicht mehr zu stoppen.

Dafür braucht es keine Superhelden, Soldaten oder Säbel, sondern Menschlichkeit, Mut und Motivation.

Ihre Motivation.

| fertiggestellt am 28. Dezember 2023

Weltkrieg V3.0 (Songtext)

Part 1:

Denken wird bestraft wie bei 1984.
Wer kennt Fakten und Gründe
für das Leuchten über der Arktis?
Wir schreiben wie Michael Moore
und zeigen damit nur,
dass es egal ist, was man von seinen Feinden erfuhr.
H5N1 und Ruhr, Schweinepest und Urananreicherung,
warum bleibt's wie bei Darfur?
Technologie, Fortschritt, für und wider den Stillstand.
9/11, London, Madrid, alles inszeniert wie Milzbrand.
Ja, sie machen uns Angst, wie Mahmoud Ahmadinejad,
oder nutzen uns aus, wie Amis Armut im Iran.
Die westliche Welt hält sich fest am Geld.
Bis der letzte Baum gerodet ist und der Rest entstellt.
Des Todes Kinder,
die sich, wie Zeitzeugen auf der Osterinsel,
um zu rebellieren Che Guevara auf Poster pinseln,
wissen nichts. Vielleicht ist es Schizophrenie,
Realität, Fiktion, Witz, oder Schrift zum Genie?

Part 2:

Es ist urbane Kultur gegen globale Strukturen,
asoziale Torturen und die lokalen Figuren,
DEA, CIA, Vatikan, BKA und JUSOS,
Federal Reserve, NATO, Weltbank oder UNO,
die Carlyle Group, Halliburton, Blackwater und UFOs,
Theater, Angst um Terror,

Militärparaden und Flug-Shows.
Es ist die Rückkehr des Propheten
in die schöne neue Welt,
empörend böse und entstellt,
durch Verschwörungen um Geld.
Alarmstufe rot! Es droht der nukleare Tod,
Epidemien, Krieg um Benzin, Massenarmut und Not,
Vogelgrippe, AIDS, Börsencrash und Kornfeldkreise,
Morsezeichen aus dem All,
die geortet doch geheim sind.
Weltkriege – finanziert von den Rothschild-Linien?
Laut Einstein folgt der Untergang dem Tod der Bienen!
Und atomaren Szenarien mit verkrüppelten Leichen.
Denn im vierten Weltkrieg kämpfen wir
mit Knüppeln und Steinen.
Stück für Stück geht es weiter
mit Dollar, EURO und Yen –
und ihr meint die Welt dank
Tagesschau und heute zu kenn'.
Doch auch deutsche Kofferbomber gab's nicht,
es ist tragisch,
sie inszenieren, filtern, manipulieren jede Nachricht.
Passt das Mosaik? Trifft uns ein Asteroid?
Oder ist nichts davon bewiesen
und wir sind nur paranoid?

Part 3:

Gefangene der Arbeit, in mentaler Apartheid,
rufe ich euch auf zu lebenslangem Generalstreik.
Die Welt hochheben wie Atlas, von Ebenen Nazcas.
Wer führt die Brigaden der Moschee von Al Aqsa?
Seit ersten Zivilisationen an Sumer und Akkad

das Problem: Wie fair teilt man nun das Meer an Ertrag?
Erobertes Schwemmland, die Krone von England,
Skulls & Bones, Club of Rome, Interpol, die Templer,
das Foucaultsche Pendel, IWF und Weltbank –
das All-es ergibt Sinn,
wenn man Bomben liebt wie Dr. Seltsam.
Das Drogensyndikat wäscht Kohle für den Staat,
unter dem Schutz der Politik wie Monzer Al-Kassar.
Bomben auf den Irak, London und Graz.
NATO-Recht, das HAARP-Projekt,
die Sonne färbt sich schwarz.
Dem toten Diplomat folgt der erste Atomkrieg.
Dem Aufstieg der Fall, wie bei Brechts Mahagoni.
Eine Wüste aus Glas. Man spürt jedes Grad,
wie Kurden militärischen Druck des türkischen Staats.
Recht und Ordnung – dort, wohin man Demokratie bringt.
Mutig ist nur, wer von Furcht keine Notiz nimmt!

| Andrasfalvy, Regenauer, Laubel (2008)

www.regenauer.press

Über den Autor



Tom-Oliver Regenauer wurde in Süddeutschland geboren und wuchs in der Nähe von Baden-Baden auf. Schon in jungen Jahren interessierte er sich extrem für Musik, Kunst und Literatur. Animiert von der großen Musik- und Bücher-Sammlung der Eltern, begann er sich bereits als Kind für Songs und ihre Texte zu begeistern. Er schrieb kleine Artikel, Geschichten und Verse. Im Alter von fünf Jahren folgte er ersten musikalischen Ambitionen und erhielt Schlagzeugunterricht. Später brachte er sich zusätzlich etwas Violine und Gitarre bei.

Fasziniert von der Skateboard-Welle der 80er sowie den ersten nach Europa herüberschwappenden Ausläufern der global expandierenden Hip-Hop-Kultur, begann er sich als Teenager ernsthaft mit Songwriting, DJing, Graffiti, Musikproduktion und urbaner Kultur im Allgemeinen zu beschäftigen. Er gründete diverse Bands, organisierte Veranstaltungsreihen, Konzerte und Partys. Im Alter von achtzehn Jahren rief er in seiner Heimatstadt ein Tonstudio und Schallplattenlabel mit angeschlossener Event-Agentur ins Leben. In den vergangenen 20 Jahren produzierte er unter diversen Pseudonymen über 1.000 Aufnahmen. Bei vielen zeichnete er sowohl für Songwriting als auch für Arrangement, Mix und Management verantwortlich.

Auf unzähligen internationalen Reisen knüpfte er vielfältige Kontakte zu Musikern, Autoren, Rappern, DJs, Produzenten

und Street-Art Künstlern. Er gilt als bestens vernetzt in der internationalen Musik-Szene. Tom-Oliver Regenauer lebte unter anderem in Mexiko City, Tel Aviv, Boston, New York, Bukarest, Lissabon, Santiago de Chile, Johannesburg, Bern und Zürich.

Neue Musik-Projekte entstanden in jüngerer Vergangenheit unter anderem mit dem Wu-Tang Clan, Cee Lo Green (Goodie Mob, Gnarls Barkley), Pharrell Williams, Young Thug, Craig G (Juice Crew), Snoop Dogg oder Daz Dillinger (Dogg Pound). Für »Viva con Agua«, eine global tätige Non-Profit Organisation, produzierte er Anfang 2020 den Kampagnen-Song #waterisahumanright. Das renommierte Musikmagazin »laut.de« verglich seinen Sound in einem Portrait mit dem von Produzenten wie Pete Rock, RZA oder DJ Premier (laut.de/dj-tom-select).

Parallel zu seinen Unternehmungen im Bereich Musik, Literatur und Kunst war der Autor nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig. Unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie als internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Im Jahr 2009 fasste er Hauptwohnsitz in der Schweiz. Dort gründete er 2015 eine Agentur für Management- und Kommunikationsberatung. Seit Juli 2021 lebt er im Tessin.

Im Jahr 2021 publizierte Regenauer sein erstes Buch mit dem Titel »wortsport & schrift-verkehr« – gefolgt von »Der Elefant im Raum« im Februar 2022 und dem Independent-Bestseller »Homo Demens« Anfang 2023. Auf seiner Homepage veröffentlicht er regelmäßig Texte, Kommentare, Essays und multimediale Inhalte zu einer Fülle von Themen. (rp)



Tree of Life (S. Wäldele, 2008)

»Jeder anständige Mensch schämt sich der Regierung,
unter der er lebt.«

Henry Louis Mencken